

Das gegenhegemoniale Moment der Demokratie.
Gegenhegemoniale Projekte und demokratische Demokratie am
Fallbeispiel der grünen Bewegung.

Von der Fakultät der Gesellschaftswissenschaften der Universität Duisburg–Essen
zur Erlangung des akademischen Grades

Dr.rer.pol.

genehmigte Dissertation

von

Hagemann, Ingmar

aus Lünen

1. Gutachterin: Prof. Dr. Renate Martinsen

2. Gutachter: Prof. Dr. Martin Nonhoff

Tag der Disputation: 4. Februar 2016

Gliederung

1. Einleitung.....	5
1.1 Demokratie als Selbstkonstruktion des Sozialen.....	6
1.2 Erkenntnisinteresse: gegenhegemoniale Projekte.....	10
1.3 Methode und Vorgehen.....	12
 Abschnitt I: Diskurs-, hegemonie- und demokratietheoretisches Modell gegenhegemonialer Projekte.....	15
2. Diskurs, Hegemonie und Demokratie.....	15
2.1 Differenz, Diskurs und Artikulation.....	15
2.1.1 Differenz- und diskurstheoretische Grundlagen.....	16
2.1.2 Artikulation, das Soziale und das Politische.....	20
2.2 Hegemonie.....	27
2.2.1 Hegemoniale Artikulation.....	28
2.2.2 Charakteristika einer Hegemonie.....	29
2.2.3 Subjekt und Hegemonie.....	38
2.3 Hegemonie und Demokratie.....	42
2.3.1 Demokratie als Hegemonie.....	42
2.3.2 Ebenen demokratischer Hegemonie.....	45
 3. Gegenhegemoniale Projekte, demokratische Demokratie und Strategie.....	53
3.1 Gegenhegemoniale Projekte.....	53
3.1.1 Analytische Identifikation von dominanter Formation und gegenhegemonialem Projekt.....	60
3.2 Soziale Bewegungen als demokratisch-gegenhegemoniale Projekte.....	62
3.3 Gegenhegemoniale Projekte und demokratische Demokratie.....	64
3.4 Strategie, Diskurs und Akteur.....	70
3.5 Hegemoniale Entwicklungsphasen.....	76
3.6 Eigenschaften gegenhegemonialer Projekte.....	81
3.6.1 Charakteristika gegenhegemonialer Projekte.....	81
3.6.2 Strategien gegenhegemonialer Projekte.....	85
3.6.3 Erfolg gegenhegemonialer Strategien.....	92
3.6.4 Gegenhegemoniale Projekte und diskursive Dynamiken des Übergangs.....	96
3.7 Zwischenbetrachtung.....	101
 Abschnitt IIa: Das hegemoniale Moment der Demokratie.....	102
4. Staatlichkeit.....	104
4.1 Staatlichkeit als Verdichtung einer Hegemonie.....	104
4.2 Staatlichkeit und gegenhegemoniale Projekte.....	109
4.3 Zwischenbetrachtung.....	111
 5. Öffentlichkeit.....	114
5.1 Konzept einer hegemonietheoretischen Öffentlichkeit.....	115
5.1.1 Die Potenzierung von Sichtbarkeit.....	115
5.1.2 Die Logik der Öffentlichkeit.....	116
5.2 Massenmedien.....	118
5.2.1 Massenmedien und gegenhegemoniale Projekte.....	122
5.3 Ideologie.....	125
5.3.1 Subjekt und Ideologie.....	126
5.3.2 Dominanz in der Ideologie.....	128
5.4 Zwischenbetrachtung.....	130

Abschnitt IIb: Das gegenhegemoniale Moment der Demokratie.....	135
6. Gegenhegemoniale Aspekte des demokratischen Horizonts.....	136
6.1 Das demokratische Paradox: Freiheit und Gleichheit.....	137
6.2 Die Idee der demokratischen Revolution.....	139
6.3 Das historische Apriori der Demokratie.....	143
6.4 Zwischenbetrachtung.....	149
7. Soziale Bewegungen als gegenhegemoniale Praxis.....	150
7.1 Kultur als strategisches Feld sozialer Bewegungen.....	153
7.1.1 Kultur in Aktion.....	153
7.1.2 Kultureller Kontext als strategisches Feld.....	156
7.1.3 Kultureller Wandel durch gegenhegemoniale Projekte.....	158
7.1.4 Exkurs: Ideologie, Gegen-Ideologie und Strategie.....	162
7.2 Soziale Bewegungen und kollektive Identität.....	165
7.3 Narrationen als gegenhegemoniale Artikulationen.....	172
7.4 Das historische Apriori demokratisch-gegenhegemonialer Praxis.....	181
7.5 Zwischenbetrachtung.....	185
Abschnitt III: Analyse demokratisch-gegenhegemonialer Projekte.....	187
8. Analysemodell demokratisch-gegenhegemonialer Projekte.....	188
8.1 Kerncharakteristika gegenhegemonialer Projekte.....	189
8.2 Analyseschema gegenhegemonialer Projekte.....	194
9. Fallbeispiel: Die grüne Bewegung.....	196
9.1 Grundlagen der grünen Bewegung.....	199
9.2 Entstehung und antagonistische Positionierung.....	204
9.2.1 Historischer Überblick.....	204
9.2.2 Detailanalyse.....	207
9.2.3 Zwischenbetrachtung.....	215
9.3 Differenzierung der grünen Bewegung und gegen-gegenhegemoniale Intervention.....	219
9.3.1 Historischer Überblick.....	219
9.3.2 Detailanalyse.....	224
9.3.3 Zwischenbetrachtung.....	228
9.4 Die grüne Bewegung als gegenhegemoniales Projekt.....	234
9.5 Zwischenbetrachtung.....	237
10. Fazit und Ausblick.....	244
10.1 Zusammenfassung.....	244
10.2 Ausblick.....	254
Literaturverzeichnis.....	257

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Übersicht über die Freiräume gegenhegemonialer Projekte.....	84
Tabelle 2: Interaktion produktiver und dekonstituierender diskursiver Strategien bei gegenhegemonialen Projekten.....	90
Tabelle 3: Strategische Optionen nach Poulantzas Modell.....	107
Tabelle 4: Gegenhegemoniale Kernstrategien und diskursive Arenen.....	113
Tabelle 5: Charakteristika erfolgswahrscheinlicher gegenhegemonialer Projekte im Kontext der Öffentlichkeit.....	131
Tabelle 6: Idealtypisches Stufenmodell gegenhegemonialer Intervention.....	135
Tabelle 7: Übersicht idealtypischer Revolutionsnarrationen.....	142
Tabelle 8: Praxis gegenhegemonialer Intervention in Interaktion mit dem kulturellen Feld einer Gesellschaft.....	161
Tabelle 9: Gegenüberstellung von Ideologie und gegen-ideologischen Strategien.....	163
Tabelle 10: Idealtypische Formen des Erfolges gegenhegemonialer Projekte.....	194
Tabelle 11: Ergebnisse der Detailanalyse der grünen Bewegung in den 70er Jahren.....	218
Tabelle 12: Ergebnisse der Detailanalyse der grünen Bewegung ab den 80er Jahren.....	233
Tabelle 13: Idealtypische Formen des Erfolges gegenhegemonialer Projekte.....	240

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Grundmodell Demokratie.....	50
Abbildung 2: Illustration einer möglichen Konkretisierung des demokratischen Horizonts durch das Projekt soziale Marktwirtschaft.....	51
Abbildung 3: Illustration einer möglichen Konkretisierung des Horizonts durch die liberal-repräsentative Deutung.....	52
Abbildung 4: Grundmodell Demokratie inklusive gegenhegemoniales Projekt.....	57
Abbildung 5: Das gegenhegemoniale Moment der Demokratie.....	187
Abbildung 6: Grüne Bewegung - Entstehungsphase.....	216
Abbildung 7: Grüne Bewegung - Polarisationsphase.....	217
Abbildung 8: Grüne Bewegung - Das Projekt der ökologischen Modernisierung.....	231
Abbildung 9: Grüne Bewegung - Professionelle grüne Bewegung und aktive gegenhegemoniale Praxis.....	232

1. Einleitung

„Es gibt keine Idee, die nicht die Möglichkeit einer Widerlegung, kein Wort, das nicht sein Gegenwort in sich trägt“ (Proust 2000: 3574).

Ende der 1970er Jahre verbreitete sich mit der grünen Bewegung rasant die Idee einer existentiellen Bedrohung von Natur und Zivilisation durch die Industriegesellschaft, die bis dahin eher als Errungenschaft verstanden worden war. Das Bild des „Raumschiffs Erde“ wurde zum Symbol für die kritische Neubewertung von Gesellschaftsform und individueller Lebensführung. Viele Menschen wurden sensibel für die Endlichkeit natürlicher Ressourcen und den Zusammenhang aller Bereiche der Erde. Waren materieller Wohlstand und fortwährendes Wachstum zuvor Kern der industriegesellschaftlichen Identität und Anziehungskraft, mutierten sie nun aus der Perspektive der grünen Bewegung zu gefährlichen Prinzipien. Die Zukunft versprach nicht mehr unendlichen Fortschritt, sie wurde vielmehr unsicher und gefährlich.

Kurzum: Die bisherige Identität der Gesellschaft wurde durch die grüne Bewegung in absoluter Form in Frage gestellt – bis dahin unumstößliche Selbstverständlichkeiten waren aus ihrer Perspektive nicht mehr haltbar. Die bis dahin natürlich und alternativlos erscheinende Industriegesellschaft rang um ihre weitere Dominanz, musste sich neu legitimieren und versuchte so, die sich abzeichnende soziale Veränderungsdynamik abzuwenden.

Mehr als 40 Jahre nach dieser initialen Herausforderung des industriegesellschaftlichen Selbstverständnisses zeigt sich ein paradox anmutendes Bild. Einerseits finden sich in allen sozialen und kulturellen Zusammenhängen signifikante Folgen der grünen Bewegung: Der Schutz der Natur ist als Ziel unumstritten, bei der Frage des umwelt- und klimafreundlichen Umbaus der Wirtschaft wird nur noch über das „Wie“ gestritten. Soziale Veränderung im Sinne eines kritischen Projekts scheint also auch bei erheblichem Widerstand möglich.

Andererseits sind Wachstum, materieller Wohlstand und industrielle Produktion weiterhin zentrale Elemente der gesellschaftlichen Identität – das kritisierte industriegesellschaftliche Prinzip ist also weiterhin dominant. Dies wird insbesondere im Projekt der ökologischen Modernisierung deutlich: Hier wird der im Modus der Kritik gestartete umweltfreundliche Umbau der Gesellschaft in ein Kerninstrument zur Sicherung von Wachstum umgedeutet. Die ökologische Modernisierung vereint also, was zuvor durch einen grundsätzlichen Widerspruch geprägt war (Wachstum vs. Umweltschutz).

Veränderungsdynamiken

Die grüne Bewegung als Projekt sozialer Veränderung hatte also äußerst ambivalente Folgen: signifikante Veränderungen und zugleich erstaunliche Kontinuität, Ereignishaftigkeit und Ordnung,

Dynamik und fortwährende Dominanz. Das Beispiel führt demnach zu keinem klaren, eindeutigen Ergebnis. Es eröffnet vielmehr neue Fragen in Bezug auf die grüne Bewegung, die als eine der wichtigsten sozialen Bewegungen gilt: Wie kann man angesichts dieser Beobachtung signifikante Erfolge seitens sozialer Bewegungen allgemein und der grünen Bewegung speziell behaupten? Welche Veränderungsdynamiken sind grundsätzlich möglich – genauer gesagt, wie ist das komplexe Wechselverhältnis zwischen sozialer Kontinuität und Veränderung zu denken und zu verstehen?

Diese beiden Fragen und damit generell das Phänomen sozialer Veränderungsdynamiken sind erklärungsbedürftig und bilden die erkenntnisleitende Hintergrundfolie der vorliegenden Untersuchung. In der Regel erscheinen soziale Ordnungen äußerst stabil, fast unüberwindbar. Dies gilt insbesondere, wenn man übergeordnete, tief verankerte soziale Grundmuster (Kapitalismus, repräsentative Demokratien, soziale Ungleichheit) in den Blick nimmt. Demgegenüber gibt es Momente, in denen genau jene stabile Ordnungen in wenigen Augenblicken zerfallen, sich radikal ändern, um im nächsten Augenblick wieder Teile des alten, überwunden geglaubten Musters aufzuzeigen. Das eingangs illustrierte Beispiel der grünen Bewegung ist für diese Widersprüchlichkeit idealtypisch.

1.1 Demokratie als Selbstkonstruktion des Sozialen

Mit einer radikalen Kontingenzperspektive (Reckwitz 2010) wird das Wechselspiel von Kontinuität und Veränderung zum zentralen Ansatzpunkt des Verständnisses von Gesellschaft. Vor dem Hintergrund des grundsätzlich unbegründbaren Status einer sozialen Ordnung, also dem Verlust fester normativer Fundamente (Religion, Objektivität) (Nancy 2012: 75), rückt der Prozess der Selbstkonstruktion des Sozialen in den Mittelpunkt der Gesellschaftsanalyse. Eine Ordnung besteht nicht, weil sie gut oder besser als andere ist, sondern weil sie sich im Ringen um die soziale Selbstkonstruktion durchsetzen und temporär stabilisieren konnte. Zugleich ist jede Kontinuität per se erstaunlich, sehr voraussetzungsreich und sollte nicht dazu verleiten, das oben genannte Wechselspiel von Kontinuität und Veränderung aus dem Blick zu verlieren. Entsprechend ist die Idee kontingenter Selbstkonstruktion sozialer Ordnungen und das grundsätzliche Erstaunen über vermeintlich dauerhafte soziale Phänomene der ideale Ansatzpunkt, um soziale Veränderungsdynamiken zu analysieren.

Das Ringen um die Identität einer Gesellschaft kann dabei mittels eines diskurs¹- bzw. hegemonietheoretischen Ansatzes besonders kontrastreich und passgenau fassbar gemacht werden. Die Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe (1991) beschreibt das Soziale als

¹ Der Begriff Diskurstheorie ist hier nicht, wie im deutschen wissenschaftlichen Sprachgebrauch oftmals zu beobachten, mit der Theorie Jürgen Habermas' (1996) verknüpft, sondern meint vielmehr die Diskurstheorie poststrukturalistischer Färbung. Letztere wird oftmals als Diskursanalyse bezeichnet, was aber die theoretische Tiefe der behandelten Modelle begrifflich nicht hinreichend repräsentiert. Wenn also von Diskurstheorie gesprochen wird, dann ist nur bei expliziter Ergänzung eines Verweises auf Habermas auch die Diskurstheorie Habermas' gemeint.

Konkurrenz diskursiver Sinnprojekte um das Selbstverständnis einer Gesellschaft. Der Diskurs pendelt als Konkurrenz hegemonialer Projekte zwischen Ordnung und aufbrechender Ereignishaftigkeit – entspricht also oben genannter Gleichzeitigkeit von Kontinuität und Veränderung. Diskursive Hegemonien werden unter Referenz auf einen zentralen Begriff diskursiv etabliert oder stabilisiert. Zentrales Charakteristikum einer Hegemonie ist der Versuch der Negation des eigenen Status als Konstrukt. Je mehr dies möglich ist, umso natürlicher erscheinen die in einer hegemonialen Konstruktion enthaltenen Ideen, Argumentationsmuster oder Begriffe. Die Industriegesellschaft als Hegemonie prägte und prägt beispielsweise das Selbstverständnis der Gesellschaft und die Handlungen der Subjekte – sie gilt als natürliche, vernünftige soziale Ordnung. Das grüne Projekt als Versuch der Etablierung einer neuen Hegemonie musste zunächst diese Natürlichkeit der Ordnung aufbrechen, bevor ein Ringen um die Identität der Gesellschaft auf Augenhöhe überhaupt möglich war. Im Lichte der Hegemonietheorie können demnach soziale Veränderungsdynamiken fassbar gemacht werden, da sowohl die Prozesse der Stabilisierung als auch der fortwährenden Konkurrenz Teil des diskursiven Modells sind.

Nun ist Demokratie durch eine besondere Konstellation an Hegemonien gekennzeichnet. Sie selbst hat gegenüber anderen Hegemonien mit begrenzter Reichweite und Prägekraft einen besonderen Status, da sie überaus breit akzeptiert ist, als Garant des guten Lebens gilt und zentrales Synonym für eine gute soziale Ordnung ist. Ein Denken und Handeln jenseits der Demokratie ist aktuell nicht zu beobachten. Selbst die tiefste Krise stellt nicht Demokratie, sondern vielmehr die konkrete Ausgestaltung von Demokratie infrage. Insofern kann Demokratie als Konstellation verschachtelter Hegemonien gedacht werden. Innerhalb dieser Konstellation sind der Geltungsbereich von Demokratie und basale demokratische Prinzipien (beispielsweise die Affirmation des Wettstreits jener Ideen, die die grundlegende soziale Ordnung nicht infrage stellen oder abstrakte Begriffe wie Freiheit, Gleichheit und Volkssouveränität) unumstritten. Das oben skizzierte Ringen der Hegemonien um die Frage der konkreten sozialen Ordnung findet sich in Demokratien als Konkurrenz um die Konkretisierung dessen, was die detaillierte soziale oder politische Ordnung der Demokratie ausmacht. Manche dieser konkretisierenden Hegemonien, wie etwa die liberal-repräsentative Idee von Demokratie oder die Industriegesellschaft, erlangen einen dominanten Status in der Konkretisierung von Demokratie. Dadurch werden sie temporär zum Inbegriff von Demokratie und damit allgemein der guten Ordnung. Als dominante Formationen prägen sie wesentliche Charakteristika der dominanten sozialen Ordnung. Die vorliegende Arbeit untersucht Veränderungsdynamiken sozialer Ordnung. Im Sinne des gerade skizzierten Modells von Demokratie müssen demnach vor allem die dominanten Formationen als Orte des Ringens die konkrete soziale Ordnung in den Blick genommen werden.

Demokratische Demokratie

In demokratischen Gesellschaften finden sich wesentliche Teile der Selbstkonstruktion des Sozialen innerhalb demokratischer Prozesse. Das Prinzip der Demokratie als Idee der Selbstregierung einer Gemeinschaft ist dabei selbstverständlich nur ein möglicher Modus des Umgangs einer Gesellschaft mit der oben beschriebenen Notwendigkeit der Selbstkonstruktion des Sozialen. In den demokratischen Fragen „Wie wollen wir leben?“, „Was sollen wir tun?“ oder „Wer wollen wir sein?“ spiegelt sich die Idee einer grundsätzlichen Offenheit der sozialen Ordnung. Demokratie und die Prämisse der Selbstkonstruktion des Sozialen sind insofern kompatibel, sofern auf konkrete normative Vorgaben verzichtet wird, das Bewusstsein für den Selbstkonstruktionsprozess vorhanden und die Teilhabe an ihm möglich ist. Demokratie ist aus dieser Perspektive dann demokratisch, wenn die Prozesse des Ringens um die soziale Identität immer wieder offensichtlich werden und zugleich offen für alle Gruppen sind. Im Kontext demokratischer Ordnungen interessiert also der spezielle Modus der diskursiven Konkurrenz um die Selbstkonstruktion einer kollektiven Identität.

Nun muss die konzeptionelle Kompatibilität von diskursiven Veränderungsdynamiken und demokratischer Demokratie nicht notwendiger Weise bedeuten, dass damit jede diskursive Praxis auch demokratisch ist. Wie gesagt: die demokratische Selbstbestimmung ist nur einer von vielen möglichen Wegen der Selbstkonstruktion des Sozialen. Auch alle anderen Modi sozialer Ordnung sind hegemonietheoretisch denkbar bzw. werden auch durch das hegemonietheoretische Modell erfasst. Besonders deutlich wird dies im grundsätzlichen Bestreben hegemonialer Projekte, sich selbst als absolut zu setzen, den eigenen konstruierten Charakter zu negieren und sich damit als natürliche, objektive Ordnung zu präsentieren. Diese hier als *hegemoniales Moment des Diskurses* bezeichnete zentrale diskursive Funktion zur Sicherung von Kontinuität (und damit Ordnung) steht demnach im grundsätzlichen Widerspruch zum Kriterium demokratischer Demokratie. Ihr stehen andere diskursive Elemente gegenüber, die immer wieder Veränderungsdynamiken anstoßen. Gute Beispiele hierfür sind die Menschenrechte oder aber die oben angeführte grüne Bewegung. Beide Phänomene brechen bestehende hegemoniale Formationen auf und machen Alternativen sichtbar: Die Menschenrechte, in dem ihre Idee allen Subjekten das unveräußerliche Recht auf die legitime Infragestellung bestehender Ordnungen gibt (Rödel et al. 1989: 104ff.). Die grüne Bewegung, in dem sie die dominante industriegesellschaftliche Ordnung offen kritisiert und eine alternative Ordnung fordert (Doherty 2002: 3, 68f.). Als diskursive Phänomene, die sich explizit und offensiv gegen etablierte dominante Formationen stellen, können sie als *gegenhegemoniale Momente des Diskurses* bezeichnet werden. Das Beispiel der Menschenrechte legt dabei nahe, dass es im demokratischen Diskurs besonders viele und wirksame gegenhegemoniale Momente gibt und daher das Aufbrechen hegemonialer Formationen wahrscheinlicher als in anderen Formen sozialer Ordnungen ist:

demokratische Ordnungen sind aus dieser Perspektive öfter im (demokratischen) Modus offen-offensichtlicher Selbstkonstruktion des Sozialen – also in einer diskursiven Konstellation, in der die Offenheit für die kollektive, demokratische Selbstkonstruktion garantiert wird, in dem der konstruierte Charakter der sozialen Ordnung durch die regelmäßige Artikulation von Forderungen nach alternativen Ordnungen immer wieder offensichtlich wird.

Das gegenhegemoniale Moment der Demokratie

Im Anschluss an diese Ausführungen wird angenommen, dass demokratische Demokratien durch *das gegenhegemoniale Moment der Demokratie* charakterisiert sind. Letzteres ist ein Sammelbegriff für jene diskursiven Elemente, die es explizit-alternativen Projekten, wie etwa der grünen Bewegung ermöglichen, etablierte Ordnungen infrage zu stellen und damit eine demokratische, offen-offensichtliche Selbstkonstruktion des Sozialen einzuleiten. Das gegenhegemoniale Moment der Demokratie umfasst dabei zwei Kernelemente. Als *gegenhegemoniale Aspekte des demokratischen Horizonts* werden jene Elemente bezeichnet, die als allgemein bekannte und akzeptierte demokratische Symbole Projekten wie der grünen Bewegung Anknüpfungs- und Referenzmöglichkeiten bieten. Durch beispielsweise den Bezug auf die Meinungsfreiheit, Volkssouveränität oder die Menschenrechte erscheinen die Forderungen der grünen Bewegung plausibel und grundsätzlich legitim, obwohl die grüne Bewegung mit der Industriegesellschaft ein dominantes Prinzip der sozialen Ordnung offensiv infrage stellt.

Phänomene wie die grüne Bewegung stellen auch das zweite Element des gegenhegemonialen Moments der Demokratie dar. Sie können als *gegenhegemoniale Projekte* bezeichnet werden, da sie sich explizit und offensiv gegen ein die soziale Ordnung dominierendes Prinzip richten. Im Falle der grünen Bewegung war dieses dominierende Prinzip vor allem die dominante Formation der Industriegesellschaft. Ausgehend von der grundsätzlichen strategischen Positionierung gegenhegemonialer Projekte als Herausforderung dominanter Prinzipien sind sie dadurch charakterisiert, dass sie eine konkrete und komplexe Idee alternativer sozialer Ordnung formulieren. Da sich diese Idee alternativer Ordnung offensiv gegen die bestehende dominante Ordnung richtet, ist ein gegenhegemoniales Projekt zudem Ursprung der sichtbaren Infragestellung der dominanten Ordnung. Der konstruierte Charakter einer Ordnung wird durch ein gegenhegemoniales Projekt offensichtlich und der relative Erfolg gegenhegemonialer Projekte illustriert die Offenheit der demokratischen Selbstkonstruktion für weitere Projekte. Die fortwährende Praxis sozialer Bewegungen führt demnach dazu, dass einzelne gegenhegemoniale Projekte bessere strategische Bedingungen vorfinden. Somit sind soziale Bewegungen nicht nur Projekte mit dem Ziel der Transformation sozialer Ordnung, sondern sie ermöglichen als zweites Element des gegenhegemonialen Moments der Demokratie durch ihre Praxis auch weitere gegenhegemoniale Projekte.

Die oben genannte Hintergrundfolie des grundsätzlichen Interesses für diskursive Veränderungsdynamiken wird demgemäß dahingehend konkretisiert, dass jene Projekte und diskursiven Bedingungen genauer in den Blick genommen werden, die als gegenhegemoniale Projekte auf das Bewirken von Veränderungsdynamiken angelegt sind oder als gegenhegemoniales Moment der Demokratie ebenjene Projekte ermöglichen. So ergibt sich für diese Untersuchung ein inhaltlicher Fokus auf das Dreiecksverhältnis zwischen diskursiven Veränderungsdynamiken, den demokratischen Diskurs und gegenhegemonialen Projekten.

1.2 Erkenntnisinteresse: gegenhegemoniale Projekte

Gegenhegemoniale Projekte dienen dabei als analytischer Ansatzpunkt. Sie sind primär darauf ausgerichtet, bestehende dominante Ordnungen zu überwinden. Angesichts dieses negativen Bezugs auf dominante Prinzipien einer sozialen Ordnung sind gegenhegemoniale Projekte per se durch einen prekären strategischen Status charakterisiert und unterscheiden sich damit von vielen anderen hegemonialen Projekten.

Die vorliegende Studie untersucht daher, *durch welche spezifischen strategischen Bedingungen gegenhegemoniale Projekte gekennzeichnet sind und wie diese Bedingungen mit Hilfe eines komplexen sozialtheoretischen Analysemodells systematisch erfasst werden können.*

Die Zuspitzung des Erkenntnisinteresses auf gegenhegemoniale Projekte begründet sich dabei durch drei Thesen, die die konkrete Analyseperspektive weiter konkretisieren:

Erstens wird angenommen, dass *gegenhegemoniale Projekte entscheidende Faktoren bei signifikanten diskursiven Veränderungsdynamiken sind.* Durch die Verknüpfung mit den Interventionen gegenhegemonialer Projekte rücken jedoch bestimmte diskursive Veränderungsdynamiken in den Blick. Es interessieren Veränderungen in jenen Bereichen des Diskurses, die als dominante Prinzipien der sozialen Ordnung plausibilisiert werden können. Selbstverständlich gibt es jenseits der Interventionen gegenhegemonialer Projekte auch diskursive Veränderungen unterschiedlicher Natur. In letztgenannten Fällen besteht jedoch durch das Fehlen der grundlegenden strategischen Konstellation gegenhegemonialer Projekte (offene Konfrontation von Dominanz und subaltern-gegenhegemonialer Projekte) immer ein positiver Grundbezug auf dominante Prinzipien sozialer Ordnung. Insofern sind die zu erwartenden Veränderungen eher von begrenzter Reichweite und berühren im Regelfall nicht die übergeordneten, dominanten diskursiven Grundmuster. Demgegenüber findet sich durch die explizit-offensive Herausforderung gegenhegemonialer Projekte eine Konstellation, die Veränderungen zwar strategisch voraussetzungsreicher, grundsätzlich aber potentiell signifikanter machen. Ein gegenhegemoniales Projekt problematisiert offensiv eine dominante Ordnung, was bei Erfolg ebenjene dominante

Formation zu Reaktionen zwingt oder mitunter eine Phase der Krise und Neuordnung der sozialen Ordnung initiiert.

Zweitens wird im Sinne des oben genannten Verständnisses argumentiert, dass der demokratische Status einer Demokratie im Verhältnis zur Offensichtlichkeit und Offenheit des konstruierten Charakters der sozialen Ordnung steht. Die Bedeutung gegenhegemonialer Projekte ist für den Status als demokratische Demokratie zentral: durch sie werden bestehende Ordnungen sichtbar durch Alternativen ergänzt. Entsprechend sind für das hier vorgetragene Verständnis demokratischer Demokratie *die strategischen Bedingungen gegenhegemonialer Projekte wesentliches Kriterium für den demokratischen Status einer sozialen Ordnung*.

Drittens befinden sich gegenhegemoniale Projekte an der diskursiven Schnittstelle zwischen Ordnung und Veränderungsdynamiken. Durch ihre Problematisierung dominanter sozialer Ordnungen und ihre Ausrichtung auf das Bewirken von Veränderungen ebenjener Ordnung machen sie beide Grundmomente des Sozialen besonders deutlich sichtbar und können daher methodologisch als eine Art Kontrastmittel dienen.² Die Analyse gegenhegemonialer Projekte trägt also dazu bei, *Veränderungsdynamiken sozialer Ordnungen allgemein fassbar und verständlich zu machen*.

Der Fokus auf gegenhegemoniale Projekte führt darüber hinaus zu einer Ergänzung und Modifikation bestehender Analysemodelle und Forschungsperspektiven.

Im Sinne der Verbesserung des Verständnisses diskursiver Konstellationen dient die vorliegende Analyse dem Zweck, mittels des hegemonietheoretischen Ansatzes ein komplexes diskursives Modell zur Erfassung breiterer hegemonialer Formationen, Interaktionen und Dynamiken zu entwickeln. Die beispielsweise bei Nonhoff (2006) oder Wullweber (2010) zu finden hegemonietheoretischen Analysestrategien werden demnach durch ein Modell strategischer Konstellationen und Beziehungen zwischen Hegemonien bzw. hegemonialen Projekten ergänzt. Ausgangspunkt ist hierbei die Annahme, dass speziell im Falle gegenhegemonialer Projekte (letztlich aber auch bei allen anderen hegemonialen Projekten) das Erfassen von diskursiven Entwicklungsdynamiken und die Frage des diskursiven Erfolgs nur durch das systematische Erfassen der diskursiven Umwelt eines Projekts möglich ist. So manifestiert sich bspw. der Erfolg eines gegenhegemonialen Projekts oftmals nur in Form von Veränderungsbewegungen anderer Hegemonien. Andere diskursive Dynamiken sind demgegenüber nur verständlich, wenn ihre Einbettung in übergeordnete, viel breiter und tiefer verankerte Hegemonien sichtbar gemacht werden kann und entsprechend beachtet wird.

Nicht zuletzt wird eine neue Forschungsperspektive auf das Phänomen sozialer Bewegungen

² Marchart (2014: 224) verweist darauf, dass sich im Aufsatz *Subjekt und Macht* von Foucault (2005c: 173) eine ähnliche Argumentation findet. Foucault beschreibt verschiedene Widerstandsformen, die als chemischer Katalysator dienen, um Machtbeziehungen sichtbar und ihr Wirken verständlich macht.

eröffnet, da soziale Bewegungen in einem komplexen Modell des Sozialen und in Verbindung zur Demokratie fassbar gemacht werden. Entsprechend soll die Einbettung sozialer Bewegungen in allgemeine diskursive Konstellationen thematisiert werden. Hierbei interessiert das Wechselverhältnis von sozialen Bewegungen und diskursiven Entwicklungsdynamiken, dominanten Formationen und insbesondere dem demokratischen Diskurs bzw. dem demokratischen Status von Demokratie.

1.3 Methode und Vorgehen

Methode: theoriegeleitete Analyse

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um die Vorbereitung und exemplarische Durchführung einer *theoriegeleiteten Analyse*.³ Wesentliche Elemente des analytischen Modells werden für die vorliegende Untersuchung und idealiter für weitere Studien als Analyseschema entwickelt. Die hier vorhandene theoretische Diskussion ist demnach primär auf das Ziel der Analyse ausgerichtet. Aus den theoretischen Argumenten wird eine spezifische Perspektive auf gegenhegemoniale Phänomene extrahiert. Der enge Bezug auf das theoretische Modell gestattet dabei, die zu untersuchenden gegenhegemonialen Projekte direkt in ein komplexeres und damit möglichst angemessenes Verständnis gesamtgesellschaftlicher Dynamiken einzubetten. Die sich anschließende Fallanalyse dient dabei nicht nur einem vertieften Verständnis des Erkenntnisgegenstands, sondern ermöglicht darüber hinaus auch eine Weiterentwicklung des grundlegenden theoretischen Modells. Theoretisches Modell, konkretes Analyseschema und nicht zuletzt die Fallanalyse sind demnach wechselseitig, interaktiv und essentiell aufeinander bezogen und miteinander verknüpft.

Vorgehen

Die Untersuchung gliedert sich in drei übergeordnete Abschnitte:

Im ersten Abschnitt wird auf Basis diskurs- und hegemonietheoretischer Arbeiten das erkenntnisleitende strategische Modell gegenhegemonialer Projekte entwickelt. Alle weiteren Argumentationsschritte greifen auf dieses Modell zurück, konkretisieren bzw. entwickeln es weiter. Hierfür werden in Kapitel 2 die grundsätzlichen diskurs- und hegemonietheoretischen Konzepte rekonstruiert und davon ausgehend ein hegemonietheoretisches Modell von Demokratie als Konstellation verschachtelter Hegemonien skizziert. Entlang des Modells von Demokratie kann in Kapitel 3 enger eingegrenzt werden, was unter einem gegenhegemonialen Projekt zu verstehen ist und wie das Verhältnis gegenhegemonialer Projekte zu demokratischer Demokratie gedacht werden kann. Hier wird auch diskutiert, welche detaillierten Eigenschaften (Entwicklungsphasen,

³ Ein gutes Beispiel für eine derartige methodische Strategie findet sich in Howarth 2009.

strategische Konstellationen, diskursive Strategien) gegenhegemoniale Projekte auszeichnen und wie Erfolg gegenhegemonialer Projekte gedacht und analysiert werden kann.

Das vor allem theoretisch entwickelte Modell ist jedoch für die Analyse des komplexen diskursiven Phänomens gegenhegemonialer Projekte nicht hinreichend. Im zweiten Abschnitt wird daher die kontingente diskursiv-historische Entwicklung demokratischer Gesellschaften rekonstruiert und eingearbeitet. Dabei interessieren vor allem gegenhegemoniale Projekte in demokratischen Gesellschaften als Analysegegenstand. Ziel dieses Schritts ist also, ein Modell zu entwickeln, das die spezifischen Bedingungen *demokratisch*-gegenhegemonialer Projekte möglichst genau fassbar macht. Da hier die diskursiven Dynamiken im Mittelpunkt stehen, werden entlang der Begriffe des hegemonialen und gegenhegemonialen Moments der Demokratie jene Punkte untersucht, die in demokratischen Gesellschaften demokratisch-gegenhegemoniale Projekte eher hemmen oder ermöglichen. Parallel zur Diskussion der Momente von Demokratie wird das analytische Modell konkretisiert, differenziert und weiter entwickelt.

Als wesentliche dauerhafte Arenen des hegemonialen Moments der Demokratie werden vor allem Staatlichkeit (Kapitel 4) und Öffentlichkeit (Kapitel 5) analysiert. Beide spezielle Formationen können als funktionale Hegemonien beschrieben werden, die eng mit dem demokratischen Horizont und dominanter Ausdeutung verknüpft sind, durch Organisation von Führung (Staatlichkeit) oder Sichtbarkeit (Öffentlichkeit) diskursive Kontinuität ermöglichen, aber nicht zuletzt auch durch eine gewisse Eigendynamik geprägt sind.

Für das gegenhegemoniale Moment der Demokratie sind insbesondere die gegenhegemonialen Aspekte des demokratischen Horizonts (Kapitel 6) und die erweiterte, verstetigte Praxis sozialer Bewegungen (Kapitel 7) relevant. Der demokratische Horizont wird als Träger gegenhegemonialer Aspekte verstanden, die als wichtige diskursive Symbole fortwährend gegenhegemoniale Artikulationen anstoßen, legitimieren und ermöglichen. Gegenhegemoniale Aspekte werden primär durch soziale Bewegungen, also gegenhegemoniale Praxis re-artikuliert und damit verstetigt. Durch die Existenz sozialer Bewegungen konnte sich demnach eine dauerhafte, übergeordnete Bewegungspraxis etablieren, die beispielsweise durch die analytischen Konzepte Bewegungskultur, -milieu und -gesellschaft ausgedrückt wird. Letztgenannte übergeordnete Bewegungspraxis ermächtigt zusammen mit den gegenhegemonialen Aspekten des demokratischen Diskurses konkrete gegenhegemoniale Projekte – beide werden wiederum durch ebenjene speziellen gegenhegemonialen Projekte re-artikuliert und verstetigt.

Im dritten Abschnitt wird mit der grünen Bewegung ein erstes Fallbeispiel mit Hilfe des entwickelten Modells untersucht. Ziel ist hierbei primär die Konkretisierung und Weiterentwicklung des Modells. Dabei wird in Kapitel 8 die bisherige Argumentation systematisiert und in ein Analyseschema überführt. Dieses Schema bildet in Kapitel 9 die Grundlage für die Analyse der grünen Bewegung.

Es werden zentrale strategische Konstellationen der grünen Bewegung identifiziert und detailliert untersucht. Die grüne Bewegung eignet sich als Fallbeispiel, weil sie relativ umfassend die bestehende soziale Ordnung infrage stellt, selbst ein Konzept alternativer Ordnung skizziert und nicht zuletzt durch ihre nunmehr mehrere Jahrzehnte lange Existenz verschiedene strategische Konstellationen – unter anderem die Konfrontation mit einem gegen-gegenhegemonialen Projekt – abdeckt. Von besonderem Interesse ist zudem der klare Bezug der grünen Bewegung auf grundlegende demokratische Prinzipien. Die Ergebnisse des Fallbeispiels werden abschließend auf das Analysemodell demokratisch-gegenhegemonialer Projekte übertragen – das Modell entsprechend weiter entwickelt und nicht zuletzt auf dieser Grundlage Perspektiven weiterer Untersuchungen diskutiert.

Abschnitt I: Diskurs-, hegemonie- und demokratietheoretisches Modell gegenhegemonialer Projekte

2. Diskurs, Hegemonie und Demokratie

„Die Wahrheit ist eben kein Kristall, den man in die Tasche stecken kann, sondern eine unendliche Flüssigkeit, in die man hineinfällt“ (Musil 2002: 533f.).

Die hier angelegte Analyse gegenhegemonialer Projekte bewegt sich innerhalb eines diskurs- und hegemonietheoretischen Modells des Sozialen, dessen Grundausrichtung letztlich auf folgenden Nenner gebracht werden kann: *Diskurs ist Wirklichkeit* (Nonhoff 2006: 49). Hegemonie ist dabei die zentrale Kategorie zur Beschreibung der Konstitution sozialer Ordnungen durch diskursive Dynamiken. Das Kapitel strukturiert sich wie folgt: In Kapitel 2.1 erläutere ich entlang der Begriffe Differenz, Diskurs und Artikulation die diskurstheoretischen Grundlagen. Anschließend werden in Kapitel 2.2 die speziellen Charakteristika des Phänomens Hegemonie illustriert und in Kapitel 2.3 ein Verständnis von Demokratie aus hegemonietheoretischer Perspektive entwickelt.

2.1 Differenz, Diskurs und Artikulation

Der Titel von Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes Hauptwerk *Hegemonie und radikale Demokratie – Zur Dekonstruktion des Marxismus* (1991) verrät erste Fluchtpunkte ihrer gemeinsamen Theorie. Ziel der Beiden ist es, eine moderne politische Theorie zu entwerfen, die einen besonderen Schwerpunkt auf Fragen der Emanzipation, der Demokratisierung, aber auch der Macht und Herrschaft legt. Der im Titel vorhandene Verweis auf den Marxismus ist vor allem als Bekenntnis zur emanzipatorischen und demokratischen Seite des marxistischen Diskurses zu verstehen. Sie geben zugleich wesentliche Grundannahmen des Marxismus – wie etwa das Primat der Ökonomie oder den privilegierten Status der Arbeiterklasse – auf und wenden sich den neuen sozialen Bewegungen zu. In ihnen glauben sie die demokratisch-emanzipativen Bewegungen der Gegenwart erkennen zu können. Laclau und Mouffe möchten gerade für diese Bewegungen bzw. unter Beachtung ihrer Bedeutung eine komplexe politische Theorie entwerfen, die die Brüche, Heterogenität und Volatilität neuer sozialer Bewegungen fassbar macht und nicht – wie der orthodoxe Marxismus – an den immer neu auftretenden, historisch unvorhersehbaren, emanzipatorischen Entwicklungen verzweifelt.

Die Hegemonietheorie pendelt dabei immer wieder zwischen einem radikal konstruktivistischen Verständnis des Sozialen auf der einen Seite und dem Versuch, diese theoretischen Prämissen in eine handlungsleitende, orientierende politische Theorie zu überführen, auf der anderen Seite.

Dieses Spannungsverhältnis birgt einige Risiken theoretischer Inkonsistenz, verzichtet aber dennoch auf den Versuch demonstrativer Objektivität, indem Laclau und Mouffe letztlich gerade trotz der unleugbaren Kontingenz eine relativ klare politische Ausrichtung beibehalten. Theorieimmanent ist diese Positionierung durchaus konsequent, da aus der hegemonietheoretischen Perspektive jedes theoretische Modell ein politisches (Sinn-)Projekt ist – egal, ob eine explizite politische Forderung enthalten ist oder ebenjene aktiv negiert wird. Die im ersten Moment widersprüchlich anmutende politische Ausrichtung bringt entsprechend sichtbar ein Kernelement der eigenen Theorie zum Ausdruck: dass es grundsätzlich unmöglich ist, nicht Stellung zu beziehen – nicht auch Teil einer politischen Auseinandersetzung um Selbstbeschreibung und Selbstbestimmung von Gesellschaft zu sein (Martinsen 2014: 7).

Insofern ist auch der folgende Abschnitt über das theoretische Modell „Diskurs“ zugleich Teil des Diskurses – beschreibt also die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit und nimmt gleichzeitig an dem beschriebenen Prozess Teil.

2.1.1 Differenz- und diskurstheoretische Grundlagen

Sprache als geschlossenes Differenzsystem

Der Sprachwissenschaftler und Vordenker des Strukturalismus de Saussure negiert in seinen sprachanalytischen Arbeiten die Verknüpfung von Sprache und Wirklichkeit, also die feste Verbindung von Zeichen und real existierendem Objekt (de Saussure 2001). Für de Saussure steht vielmehr das Zeichen selbst im Mittelpunkt des Verständnisses von Sprache. Zeichen bestehen dabei aus Signifikat (dem Bedeuteten, der Vorstellung) und Signifikant (dem Bedeutenden, etwa im Falle der Sprache das Lautbild). Die Beziehung zwischen Signifikat und Signifikant ist dabei grundsätzlich beliebig, im Kontext des Systems Sprache jedoch nicht willkürlich, da diese Beziehung durch Konventionen innerhalb eines Zeichensystems sozial generiert wird (Stäheli 2000: 17; Münkler/Roesler 2000: 3). Einzelne Sprachverwendungen (parole) geschehen bei de Saussure immer unter Beachtung des Regelsystems (langue). Struktur (langue) determiniert hier also die lokale Handlung (parole).

Die Beliebigkeit des Verhältnisses von Signifikat und Signifikant macht es unmöglich, auch weiterhin Sinn und Bedeutung von Zeichen als eine Verknüpfung zwischen Objekt und Zeichen, also „Wirklichkeit“ und Sprache zu denken. Sinn konstituiert sich vielmehr innerhalb des Systems der Sprache, als differente Relationen zwischen den Zeichen. Entscheidend für den Sinn eines Zeichens ist also, zu welchen anderen Zeichen differente Relationen unterhalten werden: Ein Baum im Sinne einer Pflanze steht in Differenz zu Sträuchern, Gräsern oder Blumen. Bestehen Differenzrelationen des Baumes zu Steinen, Beton oder Glas, so ist hier von Bäumen im Sinne von Baumaterialien die Rede.

Sprache erscheint damit als eine von der Wirklichkeit gelöste Konstruktion einer Differenzstruktur. Sinn lässt sich nicht auf die Geltung eines übergeordneten Prinzips, der Wirklichkeit oder das Handeln der Subjekte zurück führen, sondern entsteht nur im Rahmen einer relativ statisch gedachten Struktur. Es findet sich bei de Saussure also eine gewisse „Unhintergebarkeit der Struktur“ (Frank 1984: 14). Letztlich wird also bei de Saussure die Objektivität der Wirklichkeit durch die Objektivität der Struktur ersetzt.

Die Unmöglichkeit der Fixierung und die Ereignishaftigkeit des Diskurses

Poststrukturalistische Ansätze wiederum lösen sich aus dieser Fixierung auf eine totale Struktur, denken aber die Idee des Differenzsystems als Grundlage für Sinn weiter. Ihr Interesse gilt dabei gerade jenen Prozessen der gescheiterten Sinn-Fixierung und dem damit einhergehenden kontinuierlichen Veränderungsmoment. Die Schließung von Differenzsystemen wird als unmöglich verstanden, obwohl das Differenzsystem zugleich stetig nach einer eindeutigen Fixierung der Relationen (Schließung) strebt. Diese „natürliche“ Tendenz zur Schließung wird gerade im Kontext sprachlicher Differenzsysteme mit der Funktion der Bedeutungsgenerierung und -fixierung erklärt. Hätte ein Differenzsystem diese Tendenz nicht, so würde schwerlich die Konstituierung von Sinn das Hauptmerkmal differentieller Beziehungen sein können (Nonhoff 2008: 281).

Die tatsächliche Unmöglichkeit der Schließung wiederum wird zum einen mit der Idee des „Spiels der Signifikanten“ illustriert (Derrida 1983: 17). Das Zeichen, bestehend aus Signifikant und Signifikat, erhält in der Logik der Differenzsystems seine Bedeutung durch die differente Relation der Signifikanten. Das Spiel der Signifikanten ist dabei ein Ausdruck für die anhaltende Bewegung, die sich in diesem System findet. Die Vorstellung eines Zeichens (Signifikat) wird immer wieder neu durch eine aktualisierte Differenz von Signifikanten generiert. Zur Illustration: In einem System von Differenzrelationen ist lediglich *eine* Veränderung einer differenten Relation von A und B hinreichend, um im Umkreis dieser Veränderung auch alle anderen Relationen von A und B zu berühren, da die Veränderung der Relation (etwa der Abbruch der differenten Relation) von A und B Konsequenzen für die sinnhafte Bedeutung von A und B hat. Alle anderen Elemente, die mit A und B in differenter Relation stehen, haben durch die Veränderung der Bedeutung von A und B selbst auch eine veränderte Bedeutung, da dieser Abhängig vom Sinn der anderen Elemente ist. Letztlich ist also jeder Signifikant über die Differenzrelation mit einer unendlichen Kette anderer Signifikanten verbunden. Diese *Signifikantenkette* ist in stetiger Bewegung, also als eine fortwährende wellenförmige Neuordnung der differenten Beziehungen und damit der Bedeutung der Zeichen zu denken. Ein derartiges Phänomen als Spiel der Signifikaten oder Spiel der Differenz (Derrida nennt es *Différance*)⁴ zu bezeichnen ist also durchaus nahe liegend, da es auf

⁴ „Jeder Begriff ist seinem Gesetz nach in eine Kette oder in ein System eingeschrieben, worin er durch das systematische Spiel von Differenzen auf den anderen, auf die anderen Begriffe verweist. Ein solches Spiel, die

das Moment der Bewegung und der Unwägbarkeit zugleich verweist.

Das grundsätzliche Bewegungsmoment von Diskursivität kann durch weitere, ergänzende Faktoren begründet werden. Sicherlich sind Bereiche relativ regelmäßiger, stabiler Differenzrelationen denkbar – diese sind aber immer umgeben von anderen diskursiven Elementen, das Andere. Diese Denkfigur des Anderen ist dabei einerseits Begründung für die relative Stabilität und andererseits stetiger Impulsgeber für diskursive Verunsicherungen.

Relative Stabilität entsteht durch das konstitutive Außen (Stäheli 2000: 25): Es handelt sich letztlich um die erneute Einführung eines differenten Prinzips – hier nicht als Modell für die Genese von Sinn durch Differenz, sondern als notwendige Bedingung der temporären Schließung eines Differenzsystems. Der Verweis auf das Andere schafft eine Gemeinsamkeit grundsätzlich differenter Elemente. So wird die begrenzte Überwindung der grundsätzlichen Heterogenität von Diskursivität möglich. Zugleich ist dieses Andere auch stetige Quelle irritierender Impulse, indem beispielsweise von außen Differenzrelationen mit Elementen des nach Schließung drängenden Differenzsystems eingegangen werden. Das Außen ermöglicht also relative Stabilisierung eines diskursiven Bereichs und unterminiert zugleich fortwährend dieses Streben.

Letztlich sind die Versuche des Schließens wichtige Bedingung eines differenzrelationalen Systems: Erst durch latente Fixierungen des Diskurses werden Abgrenzungen, also Differenzen, des einen Elements zum anderen möglich (Laclau/Mouffe 1991: 164). Gäbe es keine lokale und temporäre Fixierung, würde der Prozess der Genese von Bedeutung in einen völlig chaotischen Zustand der Flüchtigkeit übergehen: Jede Abgrenzung eines Elements wäre schon im Augenblick der Differenz durch einen Wechsel der Bedeutung des gegenüberliegenden Elements nichtig. Bedeutung hätte in diesem Fall einen vollständig volatilen Modus – komplexe Sinnsysteme wären in diesem Fall nicht denkbar (Nonhoff 2004: 76).

Derrida fasst das Differenzsystem Sprache als einen Prozess der radikalen Temporalisierung von Signifikationssequenzen auf (Reckwitz 2006: 342). Die Differenzrelation existiert nicht in Form einer festgelegten und fixen Struktur, sondern sie reproduziert sich stetig. Eine Unterbrechung der Reproduktion, also konkret der erneuten sprachlichen Artikulation, würde die jeweils spezifische Differenzrelation einfach verschwinden lassen – ein etabliertes Zeichen wäre damit vorerst verloren.

Mit dieser Notwendigkeit unaufhörlicher Reproduktion geht eine unausweichliche Verschiebung des relational generierten Sinns einher, denn jede erneute Artikulation findet in einem veränderten Kontext statt und zudem erscheint eine exakte Kopie einer Artikulation unrealistisch. Dieses Moment der *gleichzeitigen Wiederholung und Modifizierung bzw. Andersheit* bezeichnet Derrida als

différance, ist nicht einfach ein Begriff, sondern die Möglichkeit der Begrifflichkeit, des Begriffsprozesses und -systems überhaupt.“ (Derrida 1988: 40).

Iterabilität.⁵ Durch die fortwährende Neu- und Reproduktion von Sinn wird damit ein Moment der Unkontrollierbarkeit in das Konzept der Differenzsysteme eingeführt. Zugleich ist das Maß der Modifikation nicht definiert, sondern kann differieren, sodass innerhalb eines Differenzsystems Bereiche schneller und langsamer Sinnverschiebung denkbar werden.

Damit sind die beiden konstitutiven Momente des Diskurses identifiziert: Auf der einen Seite das grundsätzliche Streben nach Ordnung und Kontinuität, um Sinn zu stiften und zu sichern. Auf der anderen Seite das notwendige Scheitern dieses Bestrebens, die fortwährende Ereignishaftigkeit und Unkontrollierbarkeit des Diskurses. Das Streben nach und Scheitern von Ordnung führt zu einem Verständnis totaler Prozesshaftigkeit des Sozialen. Der Diskurs ist gefangen in einem Zustand des Übergangs – ohne Aussicht, jemals die totale Fixierung oder aber Volatilität zu erreichen.

Differenzsysteme und andere gesellschaftliche Determinanten

Foucault entwickelt das Derrida'sche Verständnis des Differenzsystems Sprache weiter. Er setzt den Diskurs in das Zentrum gesellschaftlicher (Re-)Produktion von Wahrheit, Wissen und mit ihnen verknüpften sozialen Phänomenen der Macht und Herrschaft.

Auch bei Foucault wird die Anwesenheit eines letzten Grundes bzw. eines universellen und metaphysischen Geltungsanspruches negiert – an ihre Stelle tritt die Suche nach den gesellschaftlichen Prozessen der Genese von Sinn, Bedeutung und damit auch Wissen oder Wahrheit. Letztere sind nach Foucault in den diskursiven Auseinandersetzungen einer Gesellschaft zu finden – sie sind nicht die Folge einer ideologisch verklärten Interpretation der „Wirklichkeit“, sondern repräsentieren die einzige Möglichkeit kontingenter Erklärungsversuche von Wirklichkeit; Diskurse bringen ihre Gegenstände erst hervor, indem sie diese mit Bedeutung versehen (Foucault 1974: 74).

Diese Klärungsversuche von Wirklichkeit sind für Foucault nicht jene kontrafaktischen Prozesse rationaler Diskurse, wie sie etwa bei Habermas beschrieben werden (Habermas 1996, 2008). Foucault konzentriert sich vielmehr auf die verborgenen Mechanismen des Diskurses, bestimmte Artikulationen zu bevorzugen und andere undenkbar zu machen. Wie auch bei Derrida finden sich bei Foucault gleichzeitig Prozesse der Unberechenbarkeit des Diskursiven und Versuche der Strukturierung mit dem Ziel des Bannens von Ereignishaftigkeit. Foucault's Aufmerksamkeit gilt dabei verstärkt den Versuchen der Strukturierung – er versteht diese als gesellschaftliche Macht- und Herrschaftstechniken, die aus ihrer verborgenen und nebulösen Existenz in den Mittelpunkt der Analyse gezerrt werden sollen.

Im Rahmen des Diskurses sind *diskursive Formationen* jene Konstellationen, die den Versuch der

⁵ „[...] *[l]iter*, von neuem, kommt von *itera*, *anders* im Sanskrit, und alles Folgende kann als die Ausbeutung jener Logik gelesen werden, welche die Wiederholung mit der Andersheit verbindet [...]“ (Derrida 1988b: 298).

Strukturierung des Differenzsystems ausmachen. Es handelt sich hierbei um eine Kombination verschiedenster Strategien, die in ihrer Summe ein Geflecht von Aussagen (und damit auch Bedeutungen) stabilisieren, wobei „stabilisieren“ nicht mit Bewegungslosigkeit zu verwechseln ist (Nonhoff 2004: 72, 2006: 35f.).⁶ Es handelt sich vielmehr um einen Raum *reduzierter* Ereignishaftigkeit und Iterabilität – Unberechenbarkeit als Ganzes kann nicht per se gebannt werden. Konkret führt Foucault (1977) als Techniken diskursiver Formationen Tabus, privilegierte Sprecherpositionen, den Kommentar oder immanente Regeln der Wahrheit und Argumentation an – in ihrer Summe führen diese Strategien dazu, dass sich ein Diskurs mittels einer diskursiven Formation in einer „geregelten“ Form reproduziert.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es in der poststrukturalistischen Theoriebildung um eine differenztheoretische Perspektive auf die jeweiligen Untersuchungsobjekte handelt. Diese Differenzsysteme oder Strukturen sind geprägt von der Gleichzeitigkeit des Versuches der Schließung und der erzwungenen Offenheit und Anpassung. Dies macht differenztheoretische Ansätze erheblich sensibler für Flüchtigkeit und Beweglichkeit, als es bei klassischen Modellen von Strukturen der Fall ist. Darüber hinaus sind Differenzsysteme der Ort der Genese von Sinn, Bedeutung und damit letztlich Wirklichkeit – diskursive Elemente existieren damit nicht von sich aus, sondern verdanken ihre Bedeutung ausschließlich Abgrenzung zu anderen Positionen. Ein Ursprung von Gesellschaft, des Sozialen oder auch Sprache kann es demnach nicht geben, sondern nur immer neue Konstellationen der sinnhaften und volatilen Konstruktion von Gesellschaft innerhalb des Differenzsystems.

2.1.2 Artikulation, das Soziale und das Politische

Das Soziale als Diskurs, oder der Diskurs als Phänomen ohne Außen

Laclau und Mouffe setzen führen die differenztheoretischen Arbeiten Derridas und Foucaults fort. Im Gegensatz zu Foucault und Derrida erweitern sie jedoch den Diskursbegriff und beziehen ihn auf sprachliche wie auch nicht-sprachliche Phänomene. Laclau und Mouffe sehen einen Stein, einen Baum oder auch ein technisches Objekt durchaus mit einer spezifischen materiellen Existenz ausgestattet – diese wird auch nicht durch das Denken eines materiellen Objekts als Teil des Diskurses negiert. Sie argumentieren jedoch, dass materielle Objekte erst Teil des Sozialen werden, wenn sie durch eine differente Relation mit einer bestimmten Bedeutung versehen werden (Laclau/Mouffe 1991: 157ff.). Ohne diesen Sinn (beispielsweise in Form eines Konzeptes der

⁶ Nonhoff schlägt vor, den Begriff der diskursiven Formation als „Diskursive Formationen-Formation“ zu bezeichnen, um die Gleichzeitigkeit von Ereignishaftigkeit und Strukturalität der diskursiven Formationen zu unterstreichen (2006: 35f.). Letztlich sind also auch diskursive Formationen von der Gleichzeitigkeit von Kräften des Ereignishaften und Versuchen der Schließung charakterisiert, wie es auch beim Diskurs als Ganzes zu beobachten ist.

Verwendung) ist der Stein sozial nicht existent – er existiert in diesem Fall zwar in der (materiellen) Wirklichkeit, nicht jedoch in der Wirklichkeit des Diskurses.⁷

Im Diskursmodell von Laclau und Mouffe stehen sowohl nicht-sprachliche als auch sprachliche Elemente in differenter Relation. Es gibt dabei durchaus diskursive Bereiche mit überwiegend sprachlichen (Wissenschaft) oder nicht-sprachlichen (Architektur, Technik) Anteil – sie ragen aber stetig ineinander und vermischen sich (Laclau/Mouffe 1991: 157ff.).⁸ Die logische Konsequenz dieser Perspektive ist, dass alle sozialen Praktiken – sprachlich und nicht-sprachlich – diskursiv zu denken sind. Entsprechend vermerkt Laclau auch:

„Unter dem ‚Diskursiven‘ verstehe ich nichts, was sich im engen Sinne auf Texte bezieht, sondern das Ensemble gesellschaftlicher Sinnproduktion, das eine Gesellschaft als solche begründet. Hier geht es nicht darum, das Diskursive als Ebene oder eine Dimension des Sozialen aufzufassen, sondern als gleichbedeutend mit dem Sozialen als solchem“ (Laclau 1981: 176).

Alles, was also an der Genese sozialer Wirklichkeit bzw. Gesellschaft durch eine Differenzbeziehung beteiligt ist, muss demnach als Diskurs gedacht werden: Die Wirklichkeit des Diskurses ist damit Quelle des Sozialen bzw. genau genommen das Soziale selbst. Der Diskurs hat damit kein Außen – alles, was Teil bzw. Gegenstand des Sozialen ist, existiert nur innerhalb des Diskurses. „Diskurs ist Wirklichkeit“ (Nonhoff 2006: 49).

Im Sinne eines derart radikalen Diskursverständnisses muss danach gefragt werden, wie diskursiv Sinn generiert wird, denn hier sind die Ursprünge für alle sozialen und damit auch politischen Phänomene angesiedelt. Wie also ist der konkrete Vorgang des Entstehens einer differenten Relation als Ursprung von Sinn zu denken?

Artikulation

Eine erste Definition für die Genese von Sinn lautet bei Laclau und Mouffe:

„Im Kontext dieser Diskussion bezeichnen wir als Artikulation jede Praxis, die eine Beziehung zwischen Elementen so etabliert, dass ihre Identität als Resultat einer artikulatorischen Praxis modifiziert wird. Die aus der artikulatorischen Praxis hervorgehende strukturierte Totalität nennen wir Diskurs. Die differentielle Position, insofern sie innerhalb eines Diskurses artikuliert erscheint, nennen wir Momente. Demgegenüber bezeichnen wir jede Differenz, die nicht diskursiv artikuliert ist, als Element“ (Laclau/Mouffe 1991: 155).

Laclau und Mouffe ordnen der Praxis des immer wieder erneuten In-Beziehung-Setzens den Begriff der Artikulation zu (Laclau/Mouffe 1991: 155). Das In-Beziehung-Setzen stellt dabei die Etablierung einer Differenz zwischen Elementen dar. Zeichen werden dementsprechend als

⁷ „Nicht die Existenz von Gegenständen außerhalb unseres Denkens wird bestritten, sondern die ganz andere Behauptung, dass sie sich außerhalb jeder diskursiven Bedingung des Auftauchens als Gegenstände konstituieren könnten“ (Laclau/Mouffe 1991: 158).

⁸ Eine derartige Konstellation ist auch bei Foucault unter dem Begriff des Dispositivs zu finden, nur dass es hier nicht als Differenzsystem, sondern als eine Verknüpfung sprachlicher Diskurse, nicht-sprachlicher Determinanten und daraus entstehender bzw. damit verknüpfter Macht gedacht wird.

verschieden artikuliert und damit zugleich mit bestimmten Eigenschaften, Merkmalen oder Charakteristika – eben einem Sinn oder einer Bedeutung versehen (Nonhoff 2006: 36). Laclau und Mouffe verwenden in diesem Zusammenhang den Begriff der Identität, obwohl auch die Begriffe Sinn oder Bedeutung zutreffen könnten (Laclau/Mouffe 1991: 155). Sie weisen damit jedoch auf den Umstand hin, dass sie nicht nur sprachliche und nicht-sprachliche Elemente (Laclau/Mouffe 1991: 157), sondern auch Subjekte als Teil eines Sinn generierenden Diskurses denken.

Artikulation bezeichnet damit die zentrale Praxis der sozialen Sinn- und Identitätsbildung, ist aber zugleich Ausdruck des Scheiterns totaler Fixierungsansprüche (Laclau/Mouffe 1991: 164ff.): Erst durch diese *gleichzeitig gegenläufigen* Tendenzen erhält der Diskurs bzw. die konkrete Artikulationspraxis den Anstoß, sich stetig zu reproduzieren und anzupassen. Jede Artikulation fixiert temporär Bedeutungen, in dem differente Beziehungen etabliert werden und schreibt damit das Differenzsystem fort. Zugleich ist aber ebenjene Artikulation auch Ausdruck des Scheiterns der Bedeutungsfixierung, da Iterabilität des Zeichens und das Andere des Diskurses die Deckungsgleichheit von Artikulation und Re-Artikulation beinahe unmöglich machen. Diskursive Kontinuität ist also nur in Form erneuter Re-Artikulationen möglich, die aber immer das Moment der Veränderung in sich tragen.

Gleichzeitig ist der Begriff der Artikulation auch Ausdruck eines umliegenden bzw. vorausliegenden Kontextes. Artikulationen sind durch den Kontext der sie umgebenden Elemente und durch Artikulationsmuster der jüngeren Vergangenheit geprägt. Beide Umstände führen dazu, dass in einem Differenzsystem eine Artikulation nicht ein vollständig schöpferischer Akt des absolut Neuen ist. Vielmehr ist immer auch ein Moment des Vorausliegenden (nach Foucault: historisches Apriori⁹) und des Kontextes Teil einer Artikulation. Historisches Apriori und Kontext sind dabei jedoch nicht externe Determinanten, sondern als vergangene und umgebende Artikulationen auch Teil des Diskurses. Die Verwendung des Begriffs „Modifikation“, der die Gleichzeitigkeit der Existenz einer vorausliegenden Basis und die bedingte Abweichung von dieser Basis ausdrückt, bietet sich hier an (Nonhoff 2006: 36). Artikulation ist damit eine Praxis der sinnhaften Etablierung einer Differenzbeziehung, die – durch Kontext sowie historisches Apriori prädestiniert und durch das notwendige Scheitern der Fixierung latent befreit – ein Differenzsystem in stetig modifizierter Form fortschreibt. Dieses Modell von Kontinuität (historisches Apriori, diskursiver Kontext) und gleichzeitiger Unberechenbarkeit und Abweichung des Diskurses bildet die Hintergrundfolie für die weitere Analyse. Das Moment des Ereignishaften ist dabei dadurch charakterisiert, dass es immer

⁹ „Ich will damit ein *Apriori* bezeichnen, das nicht Gültigkeitsbedingung für Urteile, sondern Realitätsbedingung für Aussagen ist. Es handelt sich nicht darum, das wiederzufinden, was eine Behauptung legitimieren könnte, sondern die Bedingungen des Auftauchens von Aussagen, das Gesetz ihrer Koexistenz mit anderen, die spezifische Form ihrer Seinsweise und die Prinzipien freizulegen, nach denen sie fortbestehen, sich transformieren und verschwinden. Ein *Apriori* nicht von Wahrheiten, die niemals gesagt werden oder wirklich der Erfahrung gegeben werden könnten; sondern einer Geschichte, die gegeben ist, denn es ist die der wirklich gesagten Dinge“ (Foucault 1981: 184).

bedacht werden muss, jedoch analytisch nur schwer fassbar ist. Umso wichtiger ist also, dass alle komplexen diskursiven Konstellationen und Entwicklungen nur unter Berücksichtigung und als Versuch der Bewältigung der grundsätzlichen diskursiven Unberechenbarkeit verständlich sind.

Element > Moment > Struktur

In der Ausgangsdefinition von Laclau und Mouffe werden die beiden Begriffe Element und Moment erwähnt, die Ausdruck der stetigen Versuche diskursiver Fixierung oder Strukturierung eines Differenzsystems sind (Laclau/Mouffe 1991: 155). Diese Prozesse sind für Laclau und Mouffe von Interesse, weil hier die Prozesse zu vermuten sind, die letztlich Entstehen und Stabilität sozialer Sinnsysteme verantworten und damit der Ort gesellschaftlicher Wirklichkeits- und Wahrheitsgenese sind.

Grundsätzlich wird unter dem Begriff Element ein Bestandteil einer übergeordneten Menge oder eines zusammenhängenden Systems verstanden. Im Kontext eines Differenzsystems wäre ein Element immer der eine Teil einer Differenzbeziehung. Laclau und Mouffe schränken dies ein und bezeichnen als Elemente nur jene Bestandteile eines Differenzsystems, die eine Differenzbeziehung eingehen und dabei nicht in eine „strukturierte Totalität“ eingefügt sind (Laclau/Mouffe 1991: 155). Es gibt also im hegemonietheoretischen Modell verschiedene Grade differentieller Beziehungen. Elemente sind recht frei und damit auch weniger stark durch oben genannte präterminierende Faktoren geprägt. Diesen „freien“ Elementen stehen diskursive Kontexte und damit auch Elemente gegenüber, die sich durch eine stärkere Strukturierung auszeichnen: Elemente werden hier zu *Momenten eines Musters*, also einer gewissen Stetigkeit.

Während der Status des Elements fließend und unvorhersehbar ist, sind Momente eingebettet in einen diskursiven Kontext, in eine Kette aufeinander bezogener diskursiver Momente. Das Moment ist Ausdruck des Verlangens eines jeden Diskurses, partielle Fixierung zu generieren – Elemente sind hingegen eher Ausdruck des Scheiterns ebenjenes Versuches. Elemente können unvorhersehbare differentielle Relationen mit anderen Elementen eingehen – Momente sind in eine partielle Fixierung eingebunden und daher vorerst in den Möglichkeiten differenter Beziehungen strukturiert bzw. begrenzt. Das Moment ist Produkt der Struktur, die ihm voraus geht und zugleich reproduziert das Moment durch den ihm eigenen ursprünglichen Artikulationsakt die Struktur (in nur minimal abgewandelter Form) aufs Neue (Nonhoff 2006: 37).

Knotenpunkte

Eine Konstellation aus Momenten kann auch als diskursive Formation bezeichnet werden. Sie ist ein Muster differenter Relationen von gewisser Kontinuität und der daraus resultierenden partiellen

Fixierung von Bedeutung (Laclau/Mouffe 1991: 156f.). Die partielle Fixierung einer diskursiven Formation wird durch die Etablierung eines relativen Zentrums möglich. Der Begriff des Zentrums scheint nicht in das bisherige Bild der Differenztheorie zu passen und sollte daher nur als *Versuch* der Etablierung verstanden werden. Ein diskursives Zentrum ist nur existent im „Streben nach demselben“, bleibt aber letztlich abwesend (Rüdiger 1996: 161).

Laclau und Mouffe übernehmen zur Illustration möglicher diskursiver Zentren Lacans Bild einer versuchten Naht. Das Setzen einer Naht schließt einen offenen Raum, eine diskursive Formation will das Offene des ereignishaften Diskursiven schließen. Die Einstichpunkte einer Naht sind dabei von besonderem Interesse. Lacan nennt diese Punkte „Stepp-Punkte“ - sie sind besondere Signifikanten, die die Bedeutung der Signifikantenkette fixieren und daher als *Knotenpunkte* bezeichnet werden (Laclau/Mouffe 1991: 164). Letztere stehen im Zentrum der diskursiven Formationen, reduzieren das Fließen der diskursiven Elemente, indem Elemente als Momente auf die Knotenpunkte verweisen. Ein Knotenpunkt ist damit jenes Moment einer diskursiven Formation, das durch überaus viele gleichzeitige Relationen charakterisiert ist und daher für die Ausbildung der differentiellen Identität anderer Momente eine besonders wichtige Funktion erfüllt. Sofern dieses Relationsmuster über einige Re-Artikulationswellen hinweg besteht, kann es als Muster oder Formation bezeichnet werden (Nonhoff 2006: 38).

Im Sinne dieses Verständnisses von Knotenpunkten lässt sich der Begriff der Artikulation als zentraler Ausdruck für die stetige und ambivalente Reproduktion des Diskurses konkreter fassen:

„Die Praxis der Artikulation besteht deshalb in der Konstruktion von Knotenpunkten, die Bedeutung teilweise fixieren. Der partielle Charakter dieser Fixierung geht aus der Offenheit des Sozialen hervor, die ihrerseits wieder ein Resultat der beständigen Überflutung eines jeden Diskurses durch die Unendlichkeit des Feldes der Diskursivität ist“ (Laclau/Mouffe 1991: 165).

Artikulation ist also nicht ausschließlich als lokale Konstruktion einer differentiellen Beziehung und die damit einher gehende Genese von Sinn zu verstehen. Es findet sich im Akt der Artikulation zugleich ein offensives Moment zur weiteren Stabilisierung des betreffenden Sinnmusters, da immer auch ein diskursiver Knotenpunkt implementiert oder stabilisiert werden soll. Ist dies erfolgreich, wird also das lokale Sinnmuster auch durch weitere Artikulationen in differente Relationen eingebunden, so ist die weitere Existenz und Prägekraft des lokalen Sinnmusters ungleich höher. Artikulationen sind also Akte der Genese, versuchten Verbreitung und Verstetigung eines Sinnmusters.

Zugleich ist im Konzept der Artikulation auch eine grundsätzliche Quelle der Unberechenbarkeit angelegt. Obwohl Artikulationen grundsätzlich das Ziel haben, partielle Fixierungen zu etablieren, gibt es durch die Vielzahl heterogener Artikulationen eine Tendenz zur *gegenseitigen*

Unterminierung partieller Fixierungen. Die parallelen Versuche verschiedener Artikulationen, differente Relationen mit einem Knotenpunkt zu etablieren, führt letztlich zu einer Pluralität von Bedeutungen. Althusser nennt diesen Prozess Überdeterminierung und entlehnt ihn der Psychoanalyse Freuds und der Linguistik (Laclau/Mouffe 1991: 145). Überdeterminierte Zeichen sind Ausdruck des notwendigen Scheiterns der Fixierung und damit der Unmöglichkeit klarer Identitäten oder eindeutiger Objektivität. Jede erfolgreiche partielle Fixierung hat damit Bruchstellen in sich angelegt. Es wird Eindeutigkeit suggeriert, obwohl diese angesichts der konkurrierenden Artikulationspraxis nicht haltbar ist.

Das Soziale und das Politische

Diskurs kann also als fortwährende und konkurrierende Artikulationspraxis verstanden werden. Im Akt der Sinnstiftung findet sich das grundlegende diskursive Streben nach Ordnung und Kontinuität. Anhand des offensiven Moments der Artikulation wird zugleich deutlich, dass diskursive Konkurrenz um vorherrschende Sinnmuster unausweichlich ist. Dieses Wechselverhältnis gleichzeitiger Existenz ereignishafter Unberechenbarkeit und partieller Fixierungen findet sich auch auf der Ebene der Gesamtheit aller diskursiven Beziehungen. Denkt man den Diskurs als Gewässer (Wullweber 2012), so gibt es Bereiche mit hoher Fließgeschwindigkeit: Diskursive Elemente werden mitgerissen und durcheinander gewirbelt – Kontingenz ist sichtbar und diskursive Veränderungen sind wahrscheinlich. Andere Bereiche haben nahezu keine Strömung, diskursive Elemente schweben auf dem Boden und entziehen sich als Sedimente bis auf weiteres erfolgreich der Strömung. Je umfassender die Sedimentierung diskursiver Elemente, umso unwahrscheinlicher – nicht jedoch unmöglicher – ist das erneute Erfassen des Elements durch diskursive Dynamiken. Übertragen auf das Lacan'sche Bild einer Naht erscheinen manche diskursiven Bereiche als beinahe vollständig mit einer Naht versehen, während andere eher offen und unverschlossen sind.

Bei Laclau und Mouffe gibt es hinsichtlich des Begriffs des Sozialen eine Dopplung. Einerseits bezeichnet *das Soziale* die Gesamtheit aller diskursiver Beziehungen. Damit soll ausgedrückt werden, dass alle sprachlichen und nicht-sprachlichen Interaktionen sowie alle Objekte und Ereignisse, die zum Gegenstand einer Differenzbeziehung werden, das Soziale darstellen. Andererseits wird *das Soziale* auch genutzt, um jene Bereiche der länger andauernden partiellen Fixierung, des ruhigen Wassers oder der fast vollständigen Naht zu bezeichnen. Sie sprechen in diesen Zusammenhang von der Sedimentierung des Sozialen: Ein bestimmtes Sinnprojekt hat hier einen quasi-objektiven Status erlangt und das Aufbrechen der temporären diskursiven Fixierung ist durch die Präsenz starker diskursiver Formationen und Knotenpunkte vorerst unwahrscheinlich.¹⁰

¹⁰ „Durch Wiederholungen beginnt eine hegemoniale Artikulation ihren eigenen Charakter des Kontingenten und Historisch-Politischen allmählich durch Sedimentierung zu verlieren und avanciert zu einer quasi-monologischen Erklärung des Sozialen, ungeachtet ihres wesentlich normativen und politisch anfechtbaren Gehalts“ (Moebius 2003: 160).

Derartige konstruierte Objektivität ist immer kontingent und temporär – nichtsdestotrotz sind viele Bereiche des Diskurses von derartigen Sedimentierungen geprägt, die in ihrer diskursiven Prägekraft von entscheidender Bedeutung sind (Hintz/Vorwallner 1991: 20). Kategorien der „Notwendigkeit“, „Vernunft“, „Wahrheit“, „Unausweichlichkeit“ finden sich vermehrt im Bereich des Sozialen. Sie bilden den „Sinnhorizont“ (Nonhoff 2006: 40) einer Gesellschaft und prägen ihr Handeln, Denken sowie die Richtung ihrer Reproduktion und Weiterentwicklung.

Der Status partieller diskursiver Fixierung kann dabei nur die Folge einer vorausliegenden diskursiven Auseinandersetzung sein. In diesem Fall konnte sich ein bestimmtes Muster vorerst durchsetzen. Derartige offene diskursive Konkurrenz produziert also die Möglichkeit des Sozialen und wird als *das Politische* bezeichnet.

Das Politische ist der diskursive Bereich der offenen Naht, des unruhigen Wassers und damit der Unberechenbarkeit. Ein Teil der Gesellschaft, dessen natürliche Geltungskraft offen in Frage gestellt wird, verliert die partielle Fixierung seiner diskursiven Formation. In diesem Bereich findet sich nun eine andere, konflikthaftere und heterogenere Artikulationspraxis, die wesentlich auf die Wiedereinrichtung eines vorherrschenden Deutungsmusters ausgerichtet ist. Das Moment des Politischen endet, wenn sich eine neue diskursive Formation etablieren und dominant werden kann. Wesentliches Merkmal des Politischen ist also das Drängen nach einer erneuten Fixierung. Das Soziale ist entsprechend ein Bereich verringerter Sichtbarkeit von Kontingenz – das Politische demgegenüber der diskursive Teil, der Kontingenz greifbar macht und durch Versuche geprägt ist, diese Greifbarkeit zu überwinden.¹¹

Entscheidend für das Gesicht einer Gesellschaft ist demnach, wie erstens die Auseinandersetzungen um partielle Fixierungen (das Politische) vorläufig enden, zweitens sich bestehende partielle Fixierungen in ihrer langsamen Fließgeschwindigkeit (Veränderung) weiter entwickeln (Nonhoff 2006: 40) und drittens, welche Bereiche des Sozialen aufbrechen und erneut Gegenstand von Artikulationen werden.

Nonhoff diskutiert die Frage des Politischen noch detaillierter. Er interessiert sich für das spezifische Muster eines politischen Diskurses, also, ob das Politische eine charakteristische diskursive Essenz und Regelmäßigkeit hat. Letzteres würde ermöglichen, politische Diskursivität von anderen zu unterscheiden (Nonhoff 2006: 92). Nonhoff rekonstruiert zwei unterschiedliche Verständnisse des Politischen (Handelns¹²). Auf der einen Seite steht das Begriffsverständnis

¹¹ Daran anschließend könnte man vermuten, dass eine komplexe soziale Gemeinschaft nur eine bestimmte Menge an Bereichen des Politischen „vertragen“ kann – andernfalls wäre sie in ihrer Stabilität und sozialen Ordnung gefährdet. Eine Gesellschaft absoluter Sichtbarkeit der Kontingenz und damit ohne partielle Fixierungen wäre nicht mehr in der Lage, differente Relationen zu implementieren (siehe oben), was vermutlich die Implosion des gesamten Differenzsystems des Sozialen zur Folge hätte.

¹² Nonhoff konzentriert sich in seiner Identifizierung des Politischen primär auf verschiedene Modalitäten des politischen Handelns. Darüber hinaus sind natürlich auch noch andere Verständnisse des Politischen bekannt, die jedoch sowohl bei Nonhoff als auch bei Laclau und Mouffe eher implizit in Aspekten des Politischen eingearbeitet werden – als Erklärung für die Essenz des Politischen jedoch nicht hinreichend erscheinen.

Hannah Arendts: das Politische wird vor allem als Handeln in Bezug auf die Gemeinschaft und das allgemeine Wohl gedacht (Nonhoff 2006: 101). Auf der anderen Seite entwirft Carl Schmitt ein Bild des Politischen, dass von Konflikt und Antagonismus geprägt ist (Nonhoff 2006: 99). Nonhoff schlägt eine Verbindung beider Begriffsverständnisse vor und sieht diese Verbindung auch in der Hegemonietheorie selbst angelegt. Ein politischer Diskurs ist erstens immer dann vorhanden, wenn verschiedene Artikulationen konflikthaft um die partielle Fixierung eines Diskurses konkurrieren und versuchen, die konkurrierende Artikulation zu überwinden (Nonhoff 2006: 106).

Die zweite Bedingung der Existenz eines politischen Diskurses ist die Referenz auf das Allgemeine, das Gemeinschaftliche oder das Ganze (Nonhoff 2006: 106ff.). Der Anspruch für eine, oder im Sinne einer Gemeinschaft zu sprechen, ist angesichts sozialer Komplexität und Heterogenität eher als Ziel denn als angemessene Statusbeschreibung zu verstehen. Das Allgemeine ist per se ein Feld, das nur angestrebt, nicht jedoch gefüllt werden kann. Politisches Handeln als Handeln in Bezug auf die Gemeinschaft und das allgemeine Wohl ähnelt damit der Tendenz aller Sinnprojekte, den eigenen Geltungsanspruch sehr offensiv zu formulieren.

Letztlich erscheint eine Verbindung der beiden Verständnisse des Politischen sinnvoll: Das konflikthafte Streben um das Besetzen des Allgemeinen ist damit Charakteristikum des Politischen und des politischen Diskurses.

2.2 Hegemonie

Wenn wie hier das Entstehen diskursiver Ordnungen im Mittelpunkt des Interesses stehen, müssen also die diskursiven Bereiche des Politischen untersucht werden. Der Schlüsselbegriff zur Erklärung komplexer diskursiver Ordnungen ist dabei die Hegemonie. *Sie ist ein Phänomen diskursiver Dominanz, ermöglicht durch Führung, Integration und dynamische Anpassungsfähigkeit.* Diskursive Hegemonie meint dabei „[...] das Vorherrschen bestimmter Artikulationsmuster oder diskursiver Formationen-Formierungen, also bestimmter Konstellationen sozialen Sinns [...]“ (Nonhoff 2006: 137). Über das Konzept der Hegemonie wird der Prozess der

Folgende alternative Verständnisse des Politischen sind nach Bröckling und Feustel (2010: 9ff.) zu beobachten:

Erstens ein Verständnis des Politischen als eine gesellschaftliche Sphäre mit spezifischer Funktion. Dies widerspricht im Kontext dieser Untersuchung der Annahme, dass soziale Phänomene generell unvorhersehbar, wenig eingrenzbar und damit auch nicht zentral lenkbar sind. Das Politische kann im Rahmen staatlicher Organe statt finden – es gibt jedoch keine Notwendigkeit hierfür und dementsprechend sind viele politische Ereignisse letztlich außerhalb der als staatlich oder politisch bezeichneten Sphäre zu beobachten.

Zweitens das Politische als eine bestimmte zeitliche Dimension. Hier gibt es sowohl VertreterInnen der langsamen, kontinuierlichen Zeitdimension des Politischen (Weber) oder aber auch Positionen, die den raschen Umschwung, das Eruptive als Essenz des Politischen verstehen (Benjamin, Schmitt). Laclau und Mouffe stehen in diesem Kontext eher letztgenannter Position näher, wenngleich diese Präferenz für „das Aufsprengen des Kontinuums der Geschichte“ (Benjamin) als politisches Moment nicht notwendige Bedingung des Politischen in der Hegemonietheorie ist. Das Politische bei Laclau und Mouffe können auch konkurrierende Artikulationen über einen längeren Zeitraum sein.

Drittens finden sich nicht zuletzt oftmals Verknüpfungen des Politischen mit normativen Fragen. Hier ist bei der Hegemonietheorie grundsätzlich keine Präferenz bestimmter normativer Prämissen zu erwarten – normative Ideen und Begriffe sind jedoch immer wieder ein Instrument in konkurrierenden Artikulationen und damit eher Teil diskursiver Strategien.

Etablierung, Verstetigung, aber auch Unterminierung komplexer diskursiver Konstellationen fassbar. Entsprechend sind Hegemonien der zentrale analytische Ansatzpunkt für die Hegemonietheorie.

2.2.1 Hegemoniale Artikulation

Hegemonien sind das Produkt erfolgreicher hegemonialer Artikulationen, welche wiederum eine Teilmenge der oben skizzierten politischen Artikulationen sind. Was aber macht den qualitativen Unterschied zwischen politischen und hegemonialen Artikulationen aus? Hier sind zwei – miteinander verschränkte – Aspekte von Bedeutung: erstens der antagonistische Charakter einer Artikulation und zweitens der explizite Anspruch, eine konkrete Deutung des Allgemeinen etablieren zu wollen.

Antagonismus und das Allgemeine

Jede Artikulation setzt diskursive Elemente in Differenzbeziehungen. Eine *politische Artikulation* zeichnet sich darüber hinaus dadurch aus, dass es sich im Sinne der oben formulierten Definition des Politischen um eine explizit konflikthafte Artikulation handelt. Im Gegensatz zum Sozialen¹³ ringen hier verschiedene konkurrierende Artikulationsmuster innerhalb einer relativ offenen diskursiven Konstellation um die (erneute) Deutungshoheit. Das Moment der Konflikthaftigkeit und damit ein latent-antagonistisches Moment ist demnach in jeder politischen Artikulation zu finden (Nonhoff 2008: 282).

Der antagonistische Charakter nimmt zu, wenn Artikulationen ein äußerst umfassendes Sinnmuster etablieren wollen – also darauf abzielen, Reichweite und Bestimmtheit des Deutungs- und Geltungsanspruchs zu universalisieren. In diesem Fall wird der grundsätzlich kontingente Charakter eines Deutungsprojekts offensiv negiert. Derartige Artikulationen führen jedoch dazu, dass der in politischen Artikulationen verborgene latente Antagonismus nun ungleich stärker ausfällt. Andere Artikulationen können nicht mehr als normale diskursive Konkurrenz gelten, sondern erscheinen aufgrund des eigenen universellen Geltungsanspruchs als sichtbarer Widerspruch. Universeller Geltungsanspruch führt demnach zu einem deutlichen Antagonismus und dies ist Kennzeichen einer *hegemonialen Artikulation*.

Sofern sich der hegemoniale Geltungsanspruch diskursiv etablieren kann, wird aus einem hegemonialen Projekt eine Hegemonie (Nonhoff 2006: 140f.). Da jedoch der universelle Geltungsanspruch grundsätzlich unbegründet und unzureichend ist, handelt es sich immer um eine partielle Deutung von Welt, die sich nun als universell erscheinender Ordnung präsentiert. *In einer*

¹³ Re-Artikulationen im diskursiven Bereich des Sozialen sind dadurch geprägt, dass bestehende Muster von Differenzrelationen weitestgehend übernommen oder partiell an den veränderten Kontext angepasst werden. Entsprechend sind Änderungen im Muster der Differenzbeziehungen nur bedingt zu erwarten bzw. Produkt einer langen Abfolge an Re-Artikulationen.

Hegemonie wird also das Partikulare temporär universalisiert.

Nun ist der antagonistische Charakter einer hegemonialen Artikulation nur bedingt Produkt einer grundsätzlichen antagonistischen Konstellation, sondern vielmehr erst der Ursprung des Antagonismus. Konsequenz eines sich zunehmend universell werdenden Geltungsanspruchs ist der Verlust eines klar eingrenzenden Sinnprojekts – viele Komponenten des Diskurses sollen sich im hegemonialen Projekt artikulieren können und dies hat eine gewisse Entleerung des Signifikats zur Folge. Die Konstruktion eines Antagonismus ermöglicht nun, diese Leere durch den negativen Verweis auf das Andere auszugleichen. Der Verweis auf das Außen ist allen Elementen des hegemonialen Projekts gemeinsam, generiert eine Identität und verbindet diese zu einem breiteren Sinnprojekt.¹⁴ Letztgenannte Verbindung ehemals unterschiedlicher diskursiver Elemente bedeutet, dass durch den Antagonismus ein Prozess der Grenzziehung in einer grundsätzlich grenzenlosen, weil immer gleichförmigen Differenzstruktur ermöglicht wird. Obwohl also weiterhin nur Differenzrelationen im Diskurs möglich sind, führt die Etablierung einer antagonistischen Superdifferenz (Nonhoff 2006: 230ff.) zu einer Strukturierung des Diskurses.

Eine hegemoniale Artikulation ist also charakterisiert durch die Gleichzeitigkeit der Etablierung einer universellen Forderung *und* Konstruktion einer antagonistischen Konstellation, welche wiederum wechselseitig voneinander abhängig sind.

2.2.2 Charakteristika einer Hegemonie

Doppelcharakter von Hegemonie

Eine etablierte Hegemonie ist ein diskursives Muster von besonderer Qualität. Artikulationen innerhalb hegemonialer Formation bewegen sich weitestgehend im Rahmen und entlang des hegemonialen Musters. Abweichungen von diesem führenden Leitprinzip sind bei einer stabilen Hegemonie weniger wahrscheinlich und umfassend. Es bildet sich also durch diskursive Ausschlussmechanismen (Masson 1997: 69ff.) ein Raum recht homogener Argumente, Begriffe und Möglichkeiten. Letzteres ist für die Stabilität einer Hegemonie wesentlich, da erst ein begrenztes Set an denkbaren und damit auch artikulierbaren Möglichkeiten die Grundlage für eine stabile Re-Artikulation des hegemonialen Musters und die Minimierung der diskursiven Ereignishaftigkeit ist. Eine Hegemonie etabliert also eine relativ homogene Ordnung innerhalb des unendlichen diskursiven Universums (Laclau 2002: 132f.).

Dieser prägende und stabilisierte Charakter hegemonialer Diskursivität ist jedoch nicht hinreichend, um das Phänomen Hegemonie letztgültig zu beschreiben. *Vielmehr wird durch diesen Aspekt vor allem das Bestreben, also das Ziel einer Hegemonie erfasst.* Die diskursiven Strategien

¹⁴ „[...] die Identität ist rein negativ geworden“ (Laclau/Mouffe 1991: 184).

zur Ermöglichung relativer Ordnung sind ungleich dynamischer und lassen sich auf das Hegemonieverständnis von Gramsci zurück führen. Hegemonie nach Gramsci ist vor allem die fortwährende Organisation von Vorherrschaft (2012: H. 6 §88: 783, 2012: H. 12 §1: 1502, 2012: H. 13 §24: 1589). Eine Idee oder eine Gruppe kann dominant sein, jedoch muss diese Führung in unendlichen Prozessen der Interaktion, strategischen Neupositionierung und aktiven Einbindung von anderen diskursiven Elementen organisiert werden. Entsprechend ist eine Hegemonie kein monolithischer Block, sondern vielmehr die interaktive und dynamische Führung einer breiteren, bedingt heterogenen diskursiven Formation unter dem Vorzeichen eines vorherrschenden diskursiven Musters. Die Stärke einer Hegemonie liegt also nicht im Ausmaß ihrer Dominanz, sondern vielmehr in der Fähigkeit, die Dominanz dynamisch sowie integrativ zu organisieren und bewahren.

Somit ergibt sich ein doppelter Charakter von Hegemonie, der sowohl das Streben nach Dominanz eines bestimmten diskursiven Musters als auch den Modus der Etablierung dieser Führung und die Bewältigung diskursiver Dynamiken umfasst. Dieser Doppelcharakter sollte jedoch nicht dazu verleiten, die Dimension der Dominanz bzw. den Drang zur Universalisierung der Kernziele einer Hegemonie oder eines hegemonialen Projekts zu unterschätzen. Die Kompromissbereitschaft hat weiterhin eine klar definierte Grenze, wie es auch das folgende Gramsci-Zitat illustriert:

„Die Tatsache der Hegemonie setzt zweifellos voraus, daß den Interessen und Tendenzen der Gruppierungen, über welche die Hegemonie ausgeübt werden soll, Rechnung getragen wird, daß sich ein gewisses Gleichgewicht des Kompromisses herausbildet, daß also die führende Gruppe Opfer korporativ-ökonomischer Art bringt, aber es besteht auch kein Zweifel, *daß solche Opfer und ein solcher Kompromiss nicht das Wesentliche betreffen können* [...]“ (Gramsci 2012: §18: 1567, Hervorhebung durch Ingmar Hagemann).

Das von Gramsci erwähnte Wesentliche kann im hier rekonstruierten diskurstheoretischen Modell von Hegemonie als das zentrale hegemoniale Muster oder das Leitprinzip der Hegemonie verstanden werden, um dass sich herum die verschiedenen diskursiven Strategien mit dem Ziel der Universalisierung der nach Hegemonie strebenden Idee gruppieren.

Der leere Signifikant

Die gerade erläuterte Skizze des Doppelcharakters von Hegemonie hilft, die Grundlogik dieses diskursiven Phänomens zu erfassen. Damit ist jedoch noch nicht hinreichend illustriert, wie sich Hegemonien diskursiv etablieren und stabilisieren. Hier hilft die Erweiterung des Modells durch das diskurstheoretische Konzept des leeren Signifikanten.

Innerhalb eines Differenzsystems findet sich zunächst die allgegenwärtige Praxis des differentiellen In-Beziehung-Setzens. Laclau und Mouffe (1991: 183ff.) bezeichnen dies als Logik der Differenz, die insbesondere im Kontext hegemonialer Projekt oder Hegemonien wiederum durch die Logik der Äquivalenz ergänzt wird. Letztgenanntes Phänomen einer Äquivalenzkette beschreibt eine

diskursive Konstellation, in der sehr viele diskursive Elemente die gleiche Differenzrelation zu einem wichtigen diskursiven Knotenpunkt unterhalten. Der betreffende Signifikant ist in einer derartigen Konstellation zentral für die Identität vieler Zeichen. Die Masse der äquivalenten differenten Relationen macht es jedoch unmöglich, im Falle des Knotenpunktes weiterhin von einer stabilen Verbindung von Signifikat und Signifikant zu auszugehen. Jede neue Artikulation verändert die Bedeutung des Zeichens, sodass das Signifikat flüchtig und nicht mehr fassbar ist.¹⁵ Es existieren nur noch grobe Umriss des Signifikats, was ambivalente Folgen hat.¹⁶

Einerseits ist die Prägekraft des Zeichens enorm gesteigert, da es durch viele differente Relationen ein Muster im Diskurs bildet und die Re-Artikulation vieler anderer Signifikanten beeinflusst. Andererseits ist jedoch die konkrete Bedeutung des Zeichens in Abhängigkeit zur diskursiven Prägekraft abnehmend. Es sammeln sich in dem Zeichen vielmehr Fetzen von Bedeutungen sowie sukzessive schwindende Konturen eines basalen Deutungsmusters – daher kann dieses diskursive Phänomen als *leerer* bzw. immer wieder erneut entleerter (Nonhoff 2006: 132) Signifikant bezeichnet werden.

Leerer Signifikant und Hegemonie

Hegemonie ist aufgrund des spezifischen diskursiven Musters ein Phänomen, das sich vom Außen, also weiteren diskursiven Bereichen unterscheidet. Nun ist aber die Diskurstheorie so angelegt, dass nur Differenzrelationen und damit keine weiteren Kategorien zur Unterscheidung diskursiver Elemente existieren. Die differenten Relationen sind dabei vom Prinzip her immer gleich, egal welche Identität sich durch sie konstituiert. Unterschiede existieren aber in der Anzahl und konkreten Ausgestaltung differenter Relationen eines Signifikanten. Mit dem Begriff des leeren Signifikanten, der einerseits über viele differente Beziehungen verfügt und zugleich ein „unvollständiger“ Signifikant zu sein scheint, wird in der Hegemonietheorie die Grenze des Systems modelliert. Der leere Signifikant ist kein Zeichen im normalen Sinne mehr, sondern er ist Zeichen der Unmöglichkeit der Signifikation einer Grenze und damit zugleich die Grenze, weil er das Ende der Logik der Differenz *ist* (im Sinne von selbst sein) und zugleich *bezeichnet*.¹⁷

„Das bedeutet, dass die Grenzen der Signifikation sich selbst nur als Unmöglichkeit der Verwirklichung dessen enthüllen können, was innerhalb dieser Grenzen liegt“ (Laclau 2002: 66).

Der Bereich, der also nicht mehr zur Logik der Differenz der spezifischen hegemonialen Formation gehört, wird durch ein Zeichen repräsentiert, dass sich als Unmöglichkeit des Positiven darstellt:

¹⁵ „Ein leerer Signifikant ist genau genommen ein Signifikant ohne Signifikat“ (Laclau 2002: 65).

¹⁶ „Nur durch die Privilegierung der Äquivalenzdimension bis hin zu dem Punkt, an dem ihre differentielle Natur fast schon ganz getilgt ist – das heißt, nur durch das Entleeren ihrer differentiellen Natur –, kann das System sich selbst als Totalität bezeichnen“ (Laclau 2002: 69).

¹⁷ „Aber wenn wir über Grenzen eines Bezeichnungssystems sprechen, ist klar, dass dessen Grenzen nicht selbst bezeichnet werden können, sondern sich selbst zeigen müssen als die Unterbrechung oder der Zusammenbruch des Prozesses der Signifikation“ (Laclau 2002: 66). „Wenn Sprache ein System von Differenzen ist, so ist der Antagonismus das Scheitern der Differenz [...]“ (Laclau/Mouffe 1991:181).

der leere Signifikant ist ein Zeichen, das von seiner Bedeutung entleert wurde – also gleichzeitig Positiv (Zeichen) und Negativ (Nicht-Zeichen, da ohne Bedeutung) ist. Der leere Signifikant steht zugleich für ein Sinnmuster (Positiv) und für die Grenze, das Außen des Sinnmusters (Negativ). Eine letzte Erklärung dieses Bildes mit Begriffen, die im kommenden Abschnitt noch näher erläutert werden: Der leere Signifikant steht für das imaginäre Allgemeine, das Begehren, das Universelle (Positiv) und dass, was dieses Allgemeine als Zeichen des Mangels und der Unmöglichkeit der Erfüllung negiert und zugleich gerade deshalb identifiziert (Negativ).

Der leere Signifikant ist damit die Antwort auf das oben illustrierte Problem, dass es in einem Diskurs, der per se von Differenzen geprägt ist, nicht möglich ist, durch eine weitere Differenz eine Grenze zu markieren.¹⁸ Erst die Nicht-Differenz (und damit auch Nicht-Bedeutung) ist eine mögliche Grenze und zugleich wiederum eine Differenz – dieses Mal aber eine übergeordnete Differenz zur Logik der Differenz als Ganzes. Diese übergeordnete Differenz ist immer absolut antagonistisch, da sie nur auf Gegnerschaft reduziert ist und sein muss, denn nur ein vollständiger Antagonismus kann die Identität beider Gegner aus einer (negativen) Ausgangsidentität generieren.¹⁹

Leerer Signifikant, Universalisierung, Antagonismus und Integration

Verknüpft man nun das Konzept des leeren Signifikanten mit den oben genannten hegemonialen Phänomenen der Universalisierung, des Antagonismus und der Integration, so erhält man ein detaillierteres Verständnis von Hegemonie.

Zunächst zur Universalisierung: Die Entleerung des Signifikanten wird begleitet durch eine zunehmende Steigerung der diskursiven Geltungskraft. Diese Universalisierung der Geltungskraft liegt jedoch nicht in der Natur des Deutungsprojekts begründet, sondern ist vielmehr Produkt des Akkumulierens von Differenzbeziehungen. Die Universalisierung des Partikularen ist damit Ausdruck der zentralen Positionierung des leeren Signifikanten als Mittelpunkt einer Äquivalenzkette von erheblicher Länge. Der Status eines sich entleerenden Signifikanten ist demgemäß eine notwendige Bedingung für die Ausbildung des universellen Geltungsanspruchs einer Hegemonie.

Auch der Antagonismus der hegemonialen Formation hat seinen diskursiven Ursprung im leeren Signifikanten. Oben wurde dies entlang des Arguments der gleichzeitigen Nicht-Differenz und übergeordneter Differenz der Antagonismus auf einer sehr abstrakten diskurstheoretischen Ebene begründet. Ergänzend hierzu findet sich im hegemonietheoretischen Modell auch das Bild zweier

¹⁸ „Die Radikalität des Anderen, das den universellen Referenzpunkt der symbolischen Ordnung bildet und so konstitutiv für die Kultur einer Gemeinschaft ist, besteht gerade darin, dass dieses Andere im signifikanten Feld der Gemeinschaft nicht artikuliert werden kann. Sobald es artikulierbar wird, verliert es seinen konstitutiven Charakter und fällt als partikulares Element zurück in die symbolische Ordnung“ (Fratz 2006b: 201).

¹⁹ „Wahre Grenzen sind immer antagonistisch“ (Laclau 2002: 67).

parallel liegender Äquivalenzketten, die den Ursprung einer antagonistischen Konstruktion darstellen. Beide Äquivalenzketten formieren sich jeweils mittels eines leeren Signifikanten: Erstens die Äquivalenzkette des hegemonialen Projekts. Hier wird das hegemoniale Deutungsprojekt formuliert (Wir). Zweitens eine Äquivalenzkette, die der Konstruktion des Anderen bzw. des Außen dient (Sie). In dieser Sie-Äquivalenzkette werden durch das hegemoniale Projekt um einen weiteren leeren Signifikanten diskursive Elemente angeordnet, die im Sinne der antagonistischen Logik im existentiellen Widerspruch zum hegemonialen Projekt stehen. Als Negativ dient diese durch das hegemoniale Projekt konstruierte Äquivalenzkette der Identitätsgenese des hegemonialen Projekts.

Zentral für die Markierung der konstruierten Grenze zwischen Wir und Sie ist dabei der leere Signifikant der hegemonialen Wir-Äquivalenzkette: er markiert den diskursiven Bereich der hegemonialen Formation (Nicht-Differenz) und repräsentiert zugleich die antagonistische Relation (übergeordnete Differenz) zur Sie-Äquivalenzkette.

Nicht zuletzt wird auch die dynamisch-integrative Dimension von Hegemonie entlang des leeren Signifikanten greifbar. In den unzähligen hegemonialen Artikulationen verschieben sich die beiden Äquivalenzketten fortwährend. Diskursive Elemente werden in eine Äquivalenzkette integriert, vielleicht sogar Teil der antagonistischen Konstruktion oder aber aus der Äquivalenzkette ausgeschlossen. Diese unendlichen Verschiebungen werden erst durch den relativ deutungsoffenen Charakter des leeren Signifikanten ermöglicht

Angesichts der zentralen Rolle des leeren Signifikanten wird der konkrete diskursive Status des sich entleerenden Signifikanten zum wichtigen analytischen Ansatzpunkt. Je weiter ein Signifikant entleert ist, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit einer sehr langen Äquivalenzkette, eines sehr universellen Geltungsanspruchs seitens des hegemonialen Projekts und nicht zuletzt einer äußerst antagonistischen Konstellation.²⁰

Das imaginäre Allgemeine einer Hegemonie

Das bislang weitgehend linguistisch und semiotisch gehaltene Modell der Hegemonie kann durch psychoanalytische Motive ergänzt werden. Diese wurden bislang latent durch die Begriffe des Allgemeinen und Universellen repräsentiert. Die explizite Diskussion der psychoanalytischen Ideen ist hilfreich, um diskursive und kollektive Dynamiken der Etablierung und Stabilisierung eines hegemonialen Projekts zu beschreiben.

Laclau orientiert sich hierbei vor allem an der poststrukturalistischen Rekonstruktion der Psychoanalyse Freuds durch Jaques Lacan. Ausgehend von seiner These, dass das Unbewusste

²⁰ „Der Diskurs wird immer antagonistischer, je mehr Bedeutungselemente er in die Äquivalenzkette aufnimmt und je leerer die Signifikanten werden, also nicht mehr allen Differenz von anderen Signifikanten, sondern nur noch Äquivalenz bedeuten und sich als identisch gegen ein äußeres Negativ abgrenzen“ (Demirovic 2007: 71).

wie die Sprache strukturiert sei, entwirft Lacan eine differenztheoretische Deutung der Psychoanalyse (Žižek 2008: 11). Lacan entwirft ein Modell dreier Ebenen, die die Realität bzw. das psychische Sein der menschlichen Existenz konstituieren: *das Imaginäre, das Symbolische und das Reale*. Das Imaginäre kann als Begriff verstanden werden, der die diffuse Vorstellung des Vollkommenen, der Ganzheit und Fülle und damit, recht neutral formuliert, die Abwesenheit des wie auch immer gearteten Mangels repräsentiert (Nonhoff 2006: 110). Das Imaginäre ist dabei „[...] formlos, undifferenziert und nicht sprechbar“ (Nonhoff 2006: 110).

Erst das Symbolische oder die Ordnung des Symbolischen macht das Imaginäre formulierbar und wird daher auch zum (unzureichenden) Träger des Begehrens²¹ nach dem Imaginären. Dabei ist das Symbolische nach Lacan aufgebaut als Differenzsystem zwischen sprachlichen und nicht-sprachlichen symbolischen Einheiten. Die Ähnlichkeit bzw. Deckungsgleichheit zum hegemoniethoretischen Diskursverständnis ist damit offensichtlich. Da zwar mittels des Symbolischen das Imaginäre formuliert werden kann, dies jedoch immer nur temporäre und flüchtige Näherungen, nicht jedoch vollständige Realisationen sein können, ist die Mangelhaftigkeit des Symbolischen zwangsläufig. Im Symbolischen streben die Artikulationen nach Vollkommenheit im Sinne des Imaginären und sind zugleich fortwährend damit konfrontiert, dass sie zugleich Ausdruck des konstitutiven Mangels und der Unerreichbarkeit des Imaginären sind.

Das Symbolische ist zugleich Ausdruck einer engen Verschmelzung von Subjekt und Kultur (das Symbolische oder auch: der Diskurs), da das Begehren des Subjekts nur innerhalb des Rahmens des Symbolischen formuliert wird bzw. werden kann. Kultur und Subjekt stehen damit in stetiger Interaktion der Formulierung und bedingten Befriedigung des Mangels mittels des Symbolischen (Reckwitz 2008b: 52).

Das Reale ist dagegen als letzte Grundkategorie der Raum, der nicht formuliert, gedacht oder ausgedrückt werden kann und doch „irgendwie“ präsent erscheint. Während das Imaginäre durch das Symbolisch nur mangelhaft ausgedrückt werden kann, markiert das Reale die Grenze dessen, was durch das Symbolische überhaupt repräsentiert werden kann. „Das Reale ist ein Uneinholbares, das Reale ein Unbestimmbares“ (Nonhoff 2006: 111).²² Das Reale ist damit vor

²¹ Der Begriff „Begehren“ ist grundsätzlich problematisch, da er wie die Begriffe „Trieb“ oder „Libido“ gerne genutzt wird, um der Psychoanalyse eine einförmige und unterkomplexe Reduzierung des Menschen auf das Triebhafte zu unterstellen. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass sowohl Freud als auch Lacan das Begehren recht komplex denken. Bei Freud ist der Trieb des Es zwar von Verlangen und Energie geprägt, doch die immer wieder diskutierte Fixierung des Triebes auf das Sexuelle ist weniger Freud als vielmehr einer kontingenten gesellschaftlichen und kulturellen Formation zuzuschreiben. Die Objekte und Personen des Begehrens sind kulturell determiniert.

Lacan konkretisiert diese konstruktivistische Sichtweise Freuds durch den Hinweis, dass das Begehren aus der Ordnung des Symbolischen und Imaginären entsteht und damit der konkrete Fokus des Begehrens nicht in der Natur des Menschen zu suchen ist. Letzteres wird durch Freud und Lacan nur als Begründung des Begehrens selbst angeführt (Reckwitz 2008b: 55 ff.).

²² Stäheli beschreibt das Reale mit dem Vokabular der Systemtheorie wie folgt: „Dieses Außen [das Reale] entspricht daher nicht einem Umweltkonstrukt; am ehesten ließe es sich mit der unmöglichen Beobachtung der Welt – als blinder Fleck – in eine systemtheoretische Begrifflichkeiten übersetzen. [...] Im Gegensatz zum blinden Fleck, der immer bereits unter dem Gesichtspunkt seiner künftigen Beobachtbarkeit konzipiert wird, wiewohl diese Beobachtung

allem deshalb von Bedeutung, weil es dem Raum des Symbolischen durch seine Existenz als Anderes hilft, sich selbst abzugrenzen und zu charakterisieren.

Drei wesentliche Aspekte der Lacan'schen Psychoanalyse sind in die Hegemonietheorie eingeflossen: die Idee der Stetigkeit des Begehrens, ein unerreichbares Ideal durch symbolische Figuren (unzureichend) zu besetzen; die Idee der Unauflösbarkeit und damit Unendlichkeit dieses (konflikthaften) Versuches; und nicht zuletzt: die Idee des mangelbesetzten Subjekts, dass stetig nach einer vollkommenen Identität verlangt und diese mit immer wieder neuen Angeboten an Subjektpositionen aus dem Raum des Symbolischen zu füllen versucht.

Hegemonie und Begehren

Der konstitutive Mangel des Subjekts, das Imaginäre nur mit unzureichenden und temporär wirkenden symbolischen Objekten füllen zu können, kann auf das Diskursverständnis der Hegemonietheorie übertragen werden. Auch hier findet sich die beschriebene Dynamik stetiger Versuche sinnhafter Totalisierung (Universalisierung) sowie das notwendige Scheitern ebenjener Bestrebungen. Der in jedem hegemonialen Projekt verortete Bezug auf das Allgemeine kann auch als Begehren, den Mangel des Imaginären (das Allgemeine) mit symbolischen Äquivalenten des Imaginären (universalisiertes Partikulares bzw. leerer Signifikant) auszugleichen, umschrieben werden. Je besser dies ein hegemoniales Projekt für weite Bereiche der Diskursivität zu etablieren vermag, umso umfassender ist die diskursive Präge- und Beharrungskraft anzunehmen.²³

Durch die Übernahme der psychoanalytischen Aspekte wird erneut die wesentliche Rolle des leeren Signifikanten betont. Er ist Ausdruck der Grenze des Systems, des imaginären Allgemeinen und seiner Negation. Zugleich drückt er ein kollektives Begehren, den Mangel sowie das konstruierte Phänomens der Verantwortlichkeit für diesen Mangel (das Andere, Außen) aus (Laclau 2002: 73). Einmal mehr erweist sich also der leere Signifikant als zentrale Instanz des hegemonietheoretischen Gebäudes.

Unauflösbarkeit des Konflikts, konstitutiver Mangel und der leere Ort der Macht

Subjekte im Lacan'schen Verständnis sind immer damit konfrontiert, dass ihr Mangel hinsichtlich des Imaginären durch das Symbolische nicht letztgültig befriedigt werden kann. Ähnlich gestaltet sich dies auf der Ebene der Gesellschaft. Auch hier findet sich das Begehren nach dem imaginären Allgemeinen in Form von Symbolen wie etwa „Frieden“, „Gerechtigkeit“, „gutes Leben“

selbst einen blinden Fleck erzeugen wird, entzieht sich das Reale von vornherein dem beobachtungstheoretischen Dispositiv, da dessen Funktionieren selbst in Frage gestellt wird“ (Stäheli 1996: 261f.).

²³ „Ein hegemoniales Projekt kann in dem Ausmaß als erfolgreich bzw. eine Vorherrschaft im Sinne der Hegemonie in dem Ausmaß als erreicht gelten, in welchem im Rahmen einer diskursiven Praxis ein diffuses kollektives Begehren nach dem imaginären Allgemeinen nicht nur durch eine umfassende Forderung zur Behebung des Mangels an Allgemeinen, die auf ein symbolisches Äquivalent des Allgemeinen ausgerichtet ist, konkretisiert wird, sondern in dem diese Forderung als gemeinsamer Wille politisch-gesellschaftlicher Kräfte tatsächlich über längere Zeit Verbreitung findet“ (Nonhoff 2006: 148).

oder aber „Demokratie“, die aber im Sinne einer vollständigen Befriedigung des Begehrens nicht hinreichend sein können. Da das Imaginäre für das Symbolische unerreichbar bleibt, ist der diskursive Konflikt um den Status des Symbolischen unendlich, unaufhebbar und allgegenwärtig. Je gewichtiger dabei ein Symbol für das Begehren einer Gesellschaft ist, desto umfassenderes Ringen um die Natur des Symbols kann erwartet werden.

Dies wird am Beispiel der Demokratie deutlich. Lefort und Gauchet (1990: 101) illustrieren für das unendliche Ringen um das imaginäre Allgemeine mit Hilfe des Bildes vom leeren Ort der Macht. Für sie ist Macht vor allem ein Symbol für Eindeutigkeit bzw. die Repräsentation von universeller Geltung und Vollständigkeit (also das Imaginäre). Das Problem moderner Gesellschaften ist nun laut Lefort und Gauchet, dass die Einheit und Klarheit der Gesellschaft nicht (mehr) möglich ist (Lefort/Gauchet 1990: 96). Die Demokratie ist für diesen Umstand nicht die Begründung, sondern vielmehr konsequente Benennung eines ihr voraus liegenden Umstandes. Demokratie beendet die Illusion eindeutiger Zuordnung und Steuerungskraft, indem sie ebenjene Illusion zum zentralen Problem erklärt und das faktisch notwendige Scheitern durch die Sinnhaftigkeit der Teilung der Macht (Gewaltenteilung, Herrschaft auf Zeit) affirmativ deutet. Die Idee des leeren Ortes der Macht verweist also auf den Umstand, dass in Demokratien Macht im Sinne von universeller Geltungskraft grundsätzlich unerreichbar ist und dies auch immer wieder offensichtlich wird. Demokratische Rituale spielen einerseits als symbolische Versuche mit dem Motiv des Füllens des Ortes der Macht und können über diesen Weg auch kollektive Dynamiken bewirken. Zugleich ist in demokratischen Ritualen immer auch die Logik der Endlichkeit (Wahlperiode) und der Unangemessenheit (Pluralität, Gewaltenteilung) angelegt.

Hegemonie, Strategie und Macht

Die Perspektive der Hegemonietheorie auf das Soziale ist im Wesentlichen durch die Idee des stetigen Ringens um diskursive Dominanz geprägt. Der Begriff der Macht wird von Laclau und Mouffe genutzt, um ein strategisches Moment in die Hegemonietheorie einzubringen. Sie schließen sich dabei Foucault an und gestalten ihr Verständnis von Macht als eine Form der Beschreibung einer strategischen Situation bzw. eines strategischen Vermögens.

Es gelten alle Feststellungen Foucaults, der Macht als produktives, ubiquitäres und nicht-hierarchisches Phänomen beschreibt.²⁴ Macht bezeichnet den Umstand, dass es erstens durch die Ausbildung von partiellen Fixierungen oder Knotenpunkten für bestimmte Artikulation (und damit auch Akteure) eine erhöhte Wahrscheinlichkeit der Re-Artikulation gibt. Eine Re-Artikulation in der einen Weise bedeutet natürlich zugleich die Nicht-Re-Artikulation in unendlich vielen alternativen Weisen. Letztlich ist erst durch den Ausschluss der Alternativen die Artikulation in einer bestimmten

²⁴ In diesem Sinne gilt auch weiterhin die These des leeren Ortes der Macht von Lefort, da Macht zwar vorhanden, nicht jedoch gebündelt in einem Ort aufzufinden ist (Hetzl 2004: 193).

Weise möglich – dies kann als Macht bezeichnet werden (Stäheli 2009: 266).

Auf einer übergeordneten Ebene können ähnliche Phänomene beobachtet werden: Man stelle sich zwei hegemoniale Projekte vor, die zwei mehr oder weniger starke diskursive Knotenpunkte ausgebildet haben. Um beide Knotenpunkte bilden sich Re-Artikulationen, die die diskursive Formation reproduzieren und stützen. Nun artikulieren beide hegemonialen Projekte einen Anspruch auf Füllen des imaginären Allgemeinen, dass heißt, sie beanspruchen universelle Geltungskraft ihrer Deutung. Diese Konstellation ist eine Auseinandersetzung der Macht, da hier um die Geltungskraft der diskursiven Formation gerungen wird. Beide Formationen bringen in Form ihrer diskursiven Muster, Knotenpunkte und Potenz der Re-Artikulation ein bestimmtes (historisches) strategisches Gewicht mit, das in der Auseinandersetzung der beiden Formationen (mit) darüber entscheidet, welche Formation sich zu Lasten der anderen ausbreiten kann. Die erfolgreiche (produktive) Formation wird durch diese Ausweitung der eigenen Deutung einen strategischen Vorteil in Form der Chance auf erneute Stabilisierung und Ausbreitung erhalten.

Macht ist damit also kein außer-diskursives Phänomen, sondern ergibt sich aus Bewegungen und Konstellationen des Diskurses. Macht sagt weiterhin etwas darüber aus, welche diskursive Formation sich zu einem bestimmten Zeitpunkt in einer besonders günstigen strategischen Situation befindet und die Chance auf diskursive und materialisierte Festigung der eigenen Position hat. Materialisierungen haben dabei ebenfalls einen positiven strategischen Effekt. Macht ist damit eine rein relative Beschreibung von diskursiven Zuständen antagonistisch agierender diskursiver Formationen bzw. hegemonialer Projekte (Foucault 1994: 38). Ohne eine Beziehung des Antagonismus zwischen diskursiven Artikulationen lässt sich Macht nicht beschreiben, totale Macht oder Macht in einer Hand wäre damit nicht möglich, da kein Antagonismus mehr existieren würde.²⁵

Macht ist demnach ein doppelt-diskursives Phänomen, denn sie ergibt sich einerseits aus Artikulationen (zum Beispiel der erfolgreichen Etablierung einer diskursiven Formation oder einer Identität) und manifestiert sich zugleich im Rahmen diskursiver Artikulationen (etwa als Ausdruck einer wirkmächtigen diskursiven Formation, die einen Antagonismus dominiert). Aufgrund der strategischen Imperative, die als Macht bezeichnet werden können, sind manche Formen und Möglichkeiten der Artikulation zu einem bestimmten Zeitpunkt höchst wahrscheinlich und andere eben nicht (Stäheli 2009: 266).

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass die als Vorherrschaft eines diskursiven Musters verstandene Hegemonie nur als Streben nach Ordnung, nicht jedoch als feste diskursive Struktur verstanden werden kann. Hegemoniale Projekte operieren dabei mit dem grundsätzlichen

²⁵ „A power which is total is no power at all“ (Laclau 2000: 54).

Bedürfnis von Gesellschaften, eindeutige Identitäten und damit eine angemessene symbolische Repräsentation ihrer selbst zu haben. Da aber letztlich jede kollektive diskursive Dynamik die Summe einzelner Re-Artikulationen ist, soll nun – als letzter Baustein des hegemonietheoretischen Modells – die Rolle des Subjekts genauer bestimmt werden.

2.2.3 Subjekt und Hegemonie

In vielen diskurstheoretischen Ansätzen findet sich eine gewisse Skepsis und Distanz gegenüber der Kategorie des Subjekts. Als bestes Beispiel hierfür kann Foucaults berühmte Passage über das Verschwinden des Subjekts wie ein Gesicht im Sand eines Meeresufers angeführt werden.²⁶ Diese extreme Position hat Foucault in späteren Arbeiten (2005c) ohne Frage relativiert – sie ist nichtsdestotrotz symptomatisch für die verzögerte Wiederentdeckung des Subjekts in diskurstheoretischen Ansätzen. Entsprechend ist das Subjekt bei Laclau und Mouffe schon von größerer Bedeutung – es repräsentiert den theoretischen Mittelweg zwischen theoretischer Struktur- und Akteurszentrierung (Nonhoff/Gronau 2012). Das Subjekt wird als vom Diskurs überhaupt erst produziert und zugleich den Diskurs reproduzierend sowie (in Nuancen!) prägend gedacht.

Im Verlaufe der Entwicklung der Hegemonietheorie haben sich zwei, einander ergänzende Subjektmodelle ergeben: *Subjektpositionen und Identifikation* (Moebius 2003: 200f.).

Subjektpositionen

Der Begriff der Subjektposition beschreibt den Vorgang der Bereitstellung komplexer Konzepte des Selbst, des Handelns und nicht zuletzt der sinnhaften Orientierung des Subjekts im diskursiven Kontext. Bereitgestellt werden Subjektpositionen durch recht stabile Diskurse, also etwa einer Hegemonie. Das Subjekt wählt nicht aus verschiedenen Angeboten an Subjektpositionen aus, sondern wird erst durch die nicht zu umgehende Übernahme von Subjektpositionen zum Subjekt. Entsprechend wird hier ein recht passives Verständnis des Subjekts beschrieben (Reckwitz 2006: 347).

Neben dieser Modellierung des passiven Subjekts wird im Konzept der Subjektpositionen insbesondere das Prinzip der Heterogenität betont. Ein Subjekt ist nicht nur durch eine, sondern wird vielmehr durch viele verschiedene übernommene Subjektpositionen geprägt – es ist daher Ausdruck der stetigen Konkurrenz und Bewegung der Diskurse. Die jeweils aktuell in einem Subjekt vereinigten Subjektpositionen werden als Ausdruck historischer, kontingenter und

²⁶ „Der Mensch ist eine Erfindung, deren junges Datum die Archäologie unseres Denken ganz offen zeigt. Vielleicht auch das baldige Ende. Wenn diese Dispositionen verschwänden, so wie sie erschienen sind [...], dann kann man sehr wohl wetten, dass der Mensch verschwindet wie am Meeresufer ein Gesicht im Sand“ (Foucault 1974: 462). Gleichzeitig ist festzuhalten, dass auch bei Foucault (2005c) in den späteren Schriften durchaus eine Hinwendung zum Subjekt vernehmbar ist.

ereignishafter Diskursivität verstanden.

Das Subjekt ist dementsprechend determiniert durch die partiellen Fixierungen des Diskurses – letztgenannte diskursive Formationen sind Ursprung des Möglichkeitsraumes der Subjekte. Zugleich ist ein Subjekt durch seine Artikulationen auch Quelle der Reproduktion des Diskurses. Die breite Re-Artikulation der betreffenden Subjektpositionen ist damit ein wesentlicher Faktor für die Stetigkeit und Geltungskraft eines hegemonialen Projekts.

Identifikation

Im Lichte der gerade geschilderten Perspektive ist ein Subjekt vor der Übernahme von Subjektpositionen nicht existent.²⁷ Dies führt zu einer Überdominanz des Diskurses als Struktur, die letztlich dem oben formulierten Anspruch, einen Mittelweg zwischen Struktur- und Akteurszentrierung zu beschreiten, nicht gerecht wird.

Unter Bezug auf Lacan und Žižek hat Laclau ein ergänzendes Verständnis des Subjekt-Diskurs-Verhältnisses entworfen, dass vor allem das Streben des Subjekts nach möglichst vollkommener Identität in den Mittelpunkt stellt (Laclau 1999: 127-132). Entsprechende Identitätskonzepte werden durch diskursive Sinnangebote bereit gestellt, auf die das Subjekt mehr oder weniger bewusst in Form des Aneignungsaktes der Identifikation reagieren kann.

Ansatzpunkt ist also einmal mehr der konstitutive Mangel des imaginären Allgemeinen seitens des Subjekts. Im Rahmen des Begehrens nach einer angemessenen – also vollständigen – Füllung dieses Mangels wird es immer wieder mit vermeintlich vollständigen Sinndeutungen und darin enthaltenden Subjektbeschreibungen oder -narrationen konfrontiert. Ein Identifikationsangebot kann dabei zum Beispiel bestimmte Argumentationen, Vokabulare, Artikulationen und Handlungsmuster beinhalten, die wiederum Teil eines umfassenden, zumeist hegemonialen Deutungsprojekts sind. Derartige diskursive Identifikationsangebote präsentieren sich dabei im Idealfall als „[...] attraktive, psychisch positiv aufgeladene, am Ende libidinös besetzte Projektionsflächen von Subjekten, als eine Serie ‚ideologischer Fantasien‘ (Žižek), von Formen eines mythischen ‚sozialen Imaginären‘“ (Reckwitz 2006: 347).

Aus der Perspektive eines hegemonialen Projekts betrachtet, bietet der konstitutive Mangel des Subjekts den entscheidenden Ansatzpunkt, um Subjekte zur Re-Artikulation des hegemonialen Musters zu bewegen. Wenn diese hegemonialen Identitätsangebote hinreichend begehrenswert erscheinen, hat eine breite Re-Artikulation durch möglichst viele Subjekte die Etablierung und Stabilisierung eines hegemonialen Projekts zur Folge. Totale Geltungskraft kann eine Hegemonie

²⁷ Entsprechend kann beispielsweise keine Motivation des Vor-Subjekts angenommen werden, die erklären könnte, warum überhaupt ein Mensch zur Subjektwerdung strebt bzw. welche Umstände dazu führen, dass Subjektpositionen eingenommen werden. Darüber hinaus lässt sich der Umstand, dass bestimmte Subjektpositionen in einem bestimmten Kontext vermehrt Verbreitung finden, in diesem Ansatz nicht aus der Subjektperspektive klären. Beides hat die oben illustrierte Struktur-Fixierung zu Folge.

bzw. die ihr eigenen Identifikationsangebote aber auch hier nicht erwarten, da neben der Konkurrenz verschiedener diskursiver Sinnangebote auch das begehrenswerte Identifikationsangebot selbst den grundsätzlichen Makel der Unvollständigkeit des Symbolischen in sich trägt.

Subjekt als Ausdruck des Scheiterns

Der Übergang zwischen den Modellen der Subjektposition und des Subjekt des Mangels (Identifikationen) ist fließend. Entscheidend für das Subjekt ist jedoch, dass es nicht etwa rational wählt, sondern vielmehr kurz vor der Wahl im Rahmen einer Situation der Unentscheidbarkeit eine Entscheidung²⁸ treffen muss. Unentscheidbar ist diese Situation, da auch hier keine letztgültigen Kriterien zur objektiven Bewertung von Besser oder Schlechter zur Verfügung stehen.

Laclau verortet den Kern seines Subjektverständnisses genau in dieser Situation, also kurz vor der Entscheidung. Eine derartige Lokalisierung hat zwei Folgen: Erstens bleibt das „entscheidende“ Subjekt auch weiterhin ein gescheitertes Subjekt. Jede Entscheidung trägt den Makel der Kontingenz in sich, da der Akt der Identifikation immer auch anders hätte ausfallen können und niemals die sichere beste Wahl sein kann. Je bewusster der Akt der Entscheidung dabei vollzogen wird, umso fassbarer ist der kontingente Charakter. Zugleich ist jede gewählte Identifikation als Symbolisches nicht hinreichend, um das Begehren nach dem Imaginären zu stillen. Nicht zuletzt wird durch beide Erfahrungen der Mangel und damit das Begehren fortwährend präsent.

Zweitens ist das Moment vor der Entscheidung einer der wenigen „Freiheitsgrade“ des Subjekts, da die Entscheidung laut Laclau nicht völlig durch die Struktur determiniert und in Abwesenheit objektiver Entscheidungshilfen stattfindet (Laclau 1999: 127). Letztlich ist es also in dieser Lesart allein das Subjekt, auf das eine Entscheidung zurück geführt werden kann.

Hier erstaunt die Perspektive von Laclau hinsichtlich des Begriffs der Entscheidung. Die Faktizität der relativen Stabilität bestimmter diskursiver Ordnungen spricht dafür, die Betonung des Scheiterns des Subjekts und die absolute Unentscheidbarkeit nicht zu stark zu bewerten. Gerade letzteres, also das Verständnis der Entscheidung als relativ unabhängig, unterschlägt den Umstand, dass zu einer Entscheidung auch der Impuls zur Entscheidungsnotwendigkeit sowie das Lösen von einer zuvor gewählten Identifikation gehört. Gerade der Impuls des Anderen, der erst das Subjekt zur (erneuten) Entscheidungsnotwendigkeit führt, ist demnach konstitutives Merkmal der Entscheidung. Die „passive Entscheidung des Anderen in mir“ (Derrida 2003: 44) führt demnach dazu, dass in jeder Entscheidung des Subjekts auch Elemente des Anderen einfließen.

²⁸ Eine Entscheidung ist nach Ernesto Laclau folgendermaßen zu charakterisieren: Erstens ist sie nicht völlig durch die Struktur determiniert. Zweitens bedarf sie einer Passage durch die Erfahrung der Unentscheidbarkeit. Drittens ist die Entscheidung ein kreativer Akt der nicht in der Begrifflichkeit rationalen Handelns ausgedrückt werden kann. Viertens ist das Subjekt im Augenblick der Entscheidung komplett unabhängig von einem wie auch immer gearteten Regelsystem zu denken – dieser Augenblick ist der (einzige) Augenblick des Subjekts (Moebius 2006: 104).

Die Entscheidung des Subjekts für eine bestimmte Identifikation ist demnach ebenso wenig absolut willkürlich wie sie auch nicht absolut durch den aktuell dominanten Diskurs determiniert wird – sie ist vielmehr geprägt durch die Gleichzeitigkeit der Internalisierung und Überwindung diskursiver Regeln.²⁹

Diese Entscheidung ist aber vor allem und im Regelfall eine Entscheidung für eine Option des Diskurses, nicht jedoch die ein vollständig schöpferischer Akt (Flatz 2006a: 46), wie es viele klassische Subjektkonzepte dem Subjekt zuschreiben. An dieser Stelle muss also zwischen der gerade diskutierten diskurstheoretischen Perspektive auf das Subjekt einerseits und historisch entstandenen Subjektkonzeptionen rund um die Schlagwörter freier Wille und schöpferische Kraft andererseits, unterschieden werden. Letztgenannte Attribute sind sicherlich wichtige Elemente eines erfolgreichen hegemonialen Projekts als Identifikationsangebot. Sie machen aus einem Subjekt einen Akteur, der sich als selbständig handelnd denkt und deshalb erst handelt. Das Subjekt muss sich also als Akteur denken, um letztlich „nur“ eine Entscheidung im diskurstheoretischen Sinne zu treffen (Marchart 2010b).

Das Verhältnis von Subjekt und Diskurs ist dementsprechend ein komplexes Interaktionsverhältnis. Die Interaktion von Diskurs und Subjekt ist für beide Seiten existentiell und für die Subjekte mit bedingten Freiheitsgraden versehen. Letztere sollten jedoch nicht dazu verleiten, die Wucht des Diskurses zu unterschätzen, da jede Artikulation eines Subjekts von unendlich vielen vorausgegangenen, gleichzeitigen und nachfolgenden Artikulationen begleitet wird. All jene anderen Artikulationen stammen zwar auch von Subjekten, sind aber in ihrer Dynamik nur als Diskurs begreifbar.

Zwischenbetrachtung

Die bisherige Argumentation hat verschiedene, sich ergänzende Wege aufgezeigt, wie die dynamische Stabilisierung einer Hegemonie beschrieben werden kann. Auf Basis der diskurstheoretischen Grundlagen wurde illustriert, dass Diskursivität durch die Gleichzeitigkeit des Strebens nach Ordnung und dem Moment der Ereignishaftigkeit geprägt ist. Diese beiden Momente finden sich auch in hegemonialen Projekten und Hegemonien wieder, die wiederum das hegemonietheoretische Erklärungsmuster für komplexere diskursive Phänomene und relative diskursive Stabilität sind.

Letztlich ist die Hegemonietheorie aber nicht primär ein Modell zur Erklärung relativ stabiler Ordnungen, sondern der analytische Fokus ist auf jene Dynamiken gerichtet, die diskursive Ordnungen konflikthaft entstehen lassen (das Politische). Dies in einem doppelten Sinne. Erstens

²⁹ „Das Subjekt zeichnet sich weniger dadurch aus, dass es Regeln internalisiert und befolgt, sondern dadurch, dass es Regeln internalisiert und überschreitet. Es bewegt sich immer auf der Grenze des eingespielten Sinns, es ‚sucht‘ nach Rissen im Horizont, nach Unentscheidbarkeiten, in/als deren Entscheidung es sich konstituiert“ (Hetzl 2004: 204).

lässt sich in diesen Dynamiken die Selbstkonstruktion einer Gemeinschaft beobachten, dass heißt, hier liegt der Ursprung der Natur oder Veränderung einer Ordnung. Zweitens sind auch relativ stabilisierte diskursive Formationen nicht starr, sondern können nur als diskursiv-dynamische Phänomene dauerhaft ihre diskursive Vorherrschaft sichern. In den diskursiven Konflikten des Politischen kann also Entstehen, Fortbestand und Veränderung sozialer Ordnungen analysiert werden.

2.3 Hegemonie und Demokratie

Der nun folgende Abschnitt dient der Konkretisierung des hegemonietheoretischen Modells. Nun wird das Feld der Rekonstruktion bestehender hegemonietheoretischer Bausteine verlassen und ein an die Hegemonietheorie angelehntes bzw. von ihr ausgehendes Modell von Demokratie entwickelt. Dieses Modell dient als Hintergrundfolie für die weitere Diskussion gegenhegemonialer Projekte.

2.3.1 Demokratie als Hegemonie

Das Politische und Demokratie

Die Hegemonietheorie versteht sich als eine Theorie des Politischen – dies bedeutet einerseits, dass das Ereignis des Politischen – also die immer wiederkehrende antagonistische Artikulation unter Referenz auf das Allgemeine – im Zentrum der Betrachtung steht. Es bedeutet jedoch auch, dass innerhalb der Hegemonietheorie keinerlei grundsätzliche Existenznotwendigkeit der Demokratie angelegt ist. Die Hegemonietheorie zählt somit zu den postfundationalistischen Theorien, da sie die Existenz von Demokratie oder einer anderen Ordnungen nicht auf vorausliegende, also außerhalb des sozial-diskursiven Komplexes liegende, Gründe zurückführt (Marchart 2002b: 11f.). Dementsprechend sind im Sinne dieser Perspektive die vergangenen und gegenwärtigen politischen Artikulationen einer Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Sie sind die – grundsätzlich veränderbaren – Gründe des Seins von Phänomenen wie Demokratie oder einer demokratischen Gemeinschaft (Marchart 2002a: 297f.). Demokratie ist damit ein politisches Projekt unter vielen anderen – sicherlich jedoch das aktuell stärkste und stabilste (Fitz 2006b: 204).

Drei Punkte sprechen für diese Analyseperspektive:

Erstens ist die fehlende Notwendigkeit der Demokratie eine befreiende Prämisse. Sie öffnet die Betrachtung für den konstruierten Charakter, die Vergänglichkeit und damit auch die Notwendigkeit der kontinuierlichen Stabilisierung der Demokratie. Darüber hinaus können mit einem derartigen Ansatz verschiedene Herrschaftsformen innerhalb eines theoretischen Kontextes diskutiert

werden. Das Politische kann sich eben nicht nur in Form eines demokratischen Systems, sondern auch als ein totalitäres System manifestieren und trotzdem bliebe das Politische als stetiger diskursiver Prozess erhalten.

Daran anschließend kann zweitens eine offene Diskussion der Machtverhältnisse und Beschränkungen, die mit der Demokratie einhergehen, besser geführt werden. Dieser Punkt ist zentral für diese Untersuchung: *Demokratie muss als Form diskursiver Vorherrschaft und damit als Regelwerk begriffen werden, das bestimmte Strategien ermöglicht, manche bevorzugt, viele andere jedoch benachteiligt und undenkbar macht.*

Drittens verweist die Offenheit der Hegemonietheorie auf den Umstand, dass die Politikwissenschaft durch ihr Selbstverständnis als Demokratiewissenschaft implizit und explizit wichtige Funktionen der Stabilisierung und Reproduktion des Systems Demokratie übernimmt. Die von der Wissenschaft gerne postulierte distanzierte Beobachterposition steht aus hegemonietheoretischer Perspektive nicht zur Verfügung – Sozialwissenschaft existiert und agiert im Bereich des Politischen. Sie ist entsprechend im gleichen Maße wirklichkeitsgenerierend wie sie wirklichkeitserklärend sein möchte (Martinsen 2014: 7).³⁰ Wissenschaft muss sich mit dieser Verantwortung auseinandersetzen und ihr wenigstens durch eine offene Problematisierung des Umstandes gerecht werden.

Demokratie als Hegemonie

Im Sinne der Hegemonietheorie ist es unumgänglich, Demokratie als eine recht stabile Form der Hegemonie zu denken. Demokratie als hegemoniale Formation ist ein stabiler Bereich des Diskurses, der sich um den leeren Signifikanten „Demokratie“ herum konstituieren konnte und weiterhin etabliert ist. Artikulationen im Rahmen der Hegemonie beziehen sich daher manchmal explizit (demokratischer Bürger, demokratische Institution, Demokratiemüdigkeit...), oftmals aber implizit (Wahlen, Parteien, Abstimmung, Mitbestimmung...) auf den Signifikanten Demokratie. Damit einher geht ein bestimmtes Muster der Re-Artikulation des Diskurses, das sich etwa im Fortbestand demokratischer Institutionen, regelmäßiger Handlungen (wie etwa Wahlen) oder der Stabilität einer sogenannten demokratischen Kultur beobachten lässt.

In der Demokratie als in sich geschlossenes Sinnsystem sind letztlich nur demokratische oder nicht-demokratische Artikulationen möglich. Letztere nehmen wiederum entweder Bezug auf Demokratie oder stehen aber soweit außerhalb des demokratischen Diskurses, dass sie für den Zeitraum der demokratischen Hegemonie nicht wahrgenommen werden und dementsprechend nicht relevant sind (Marchart 2002b: 294). Das bedeutet, es gibt im Rahmen der Hegemonie nur

³⁰ „Wenn der Staat eine 'Mach- und Denk-Art' ist, von professionellen Intellektuellen in hegemonialen Auseinandersetzungen konzeptualisiert und organisiert, verändert sich der Status der politischen Theorie. Politische Theorie ist nicht einfach ein Nach-Denken des Politischen und des Staates. Insofern Intellektuelle ‚Politik‘ und ‚Staat‘ denken und wissen, sind sie an ihrer Konstitution und Konstruktion beteiligt“ (Demirovic 1990: 27).

ein bestimmtes, begrenztes Set an möglichen Artikulationen bzw. ein weitaus größeres Set an undenkbaaren, undarstellbaren Komponenten. Laclau bezeichnet daher eine derartig umfassende Hegemonie wie die Demokratie als Horizont (Laclau 2002: 147).³¹ Dieser Horizont ist dabei zunächst ein Begriff für eine spezifische, durchaus weitläufige Aussicht. Der Horizont drückt aber vor allem aus, dass sich jenseits der Aussicht zahllose Komponenten der Sicht entziehen und entsprechend als Undenk- und Undarstellbares das hegemoniale System charakterisieren (Marchart 2008: 14).

„Wir nennen Horizont, was zu ein und demselben Zeitpunkt die Grenzen und das Terrain der Konstitution jedes möglichen Objektes errichtet – und folglich jedes ‚jenseits‘ verunmöglicht. Vernunft für die Aufklärung, Fortschritt für den Positivismus, die kommunistische Gesellschaft für den Marxismus – dies sind nicht die Namen von Objekten innerhalb eines bestimmten Horizonts, sondern die des Horizonts selbst“ (Laclau 2002: 147).

Der Horizont ist damit gleichbedeutend mit der durch den leeren Signifikanten etablierten Systemgrenze. Beide Begriffe markieren den Bereich der Demokratie und sind dadurch geprägt, dass es außerhalb etwas gibt, von dem sich das hegemoniale System absetzt. Dabei ist das Andere außerhalb nicht zu verwechseln mit gerade jenem Freiheitsgrad an Denkbarem, der innerhalb der hegemonialen Formation eben nicht vorhanden ist. Vielmehr ist das Andere lediglich ein durch die Demokratie selbst projiziertes diffuses Anderes und markiert daher mitnichten die freien Möglichkeiten des Seins. Ein Beispiel: Die Sie-Äquivalenzkette Sozialismus fungierte lange Zeit als das Andere der Demokratie. In der Konstruktion des Anderen durch die Hegemonie wurde jedoch das komplexe Phänomen des Sozialismus als ein eindimensionales, eindeutige totalitäres System konstruiert, dass sich letztlich wenig durch die Eigenschaften des Sozialismus, sondern vielmehr als absolut unvereinbares Negativ zur Wir-Äquivalenzkette Demokratie charakterisierte (Flatz 2006b: 201). Das Andere existiert also in Form der Konstruktion des hegemonialen Systems und damit relativ unabhängig von möglicherweise bestehenden „realen“ Phänomenen und Ereignissen.³² Es gibt demnach einen fest eingegrenzten Rahmen dessen, was innerhalb einer Demokratie zu einem bestimmten Zeitpunkt denkbar und vorstellbar ist – den hegemonialen Horizont der Möglichkeiten (Marchart 2002a: 294).³³ Dieser Horizont wird auch nicht durch den Umstand erweitert, dass es etwas „Anderes“, ein Negativ der Demokratie gibt, dass Quelle der Identität des hegemonialen Systems ist.

Demokratie ist also eine überaus weitreichende hegemoniale Formation, die erstaunliche

³¹ Es sind natürlich weitere und andere Hegemonien mit dem Status „Horizont“ denkbar (beispielsweise Gerechtigkeit).

³² Zu große Abweichungen der „Realität“ von der Konstruktion des Anderen bzw. ein Mindestmaß an Plausibilität sollten jedoch vorhanden sein. Was jedoch als „Beweis“ für ebenjene Plausibilität dienen kann, obliegt wiederum der diskursiven Konstruktion.

³³ „Der eigentliche politische Akt (die Intervention) ist nicht einfach etwas, was innerhalb des Rahmens der existierenden Verhältnisse funktioniert, sondern etwas, was *gerade den Rahmen verändert, der festlegt, wie die Dinge funktionieren*. [...] Echte Politik ist das genaue Gegenteil davon, dass heißt die Kunst des Unmöglichen: Sie verändert gerade die Parameter dessen, was in der existierenden Konstellationen als ‚möglich‘ betrachtet wird“ (Žižek 2001: 273f.).

Beharrlichkeit und Prägekraft entwickeln konnte. Diese Kraft ist zu einem wesentlichen Teil auf die erhebliche diskursive Sedimentierung der Demokratie zurück zu führen – die Artikulation im Rahmen des Horizonts Demokratie gehört also zu fest etablierten und akzeptierten diskursiven Routinen. Darüber hinaus gibt es weiterhin eine – sehr stark nach Außen verschobene – diskursive Grenze. Der leere Signifikant Demokratie ist also aufgrund seiner extrem gesteigerten Integrationsfunktion überaus stark entleert, kann daher sehr viele unterschiedliche Deutungsprojekte integrieren und markiert zugleich einen klaren Antagonismus.

2.3.2 Ebenen demokratischer Hegemonie

Nicht zuletzt steht der Begriff der Demokratie für eine konkrete strategische Konstellation diskursiver Formationen. Mit Hilfe eines Ebenenmodells von Demokratie soll nun ein detailliertes Verständnis der unterschiedlichen diskursiven Bewegungen im Rahmen von Demokratie entwickelt werden, um das komplexe, sehr dauerhafte und historisch gewachsene Phänomen Demokratie greifbar zu machen. Die Beachtung dieses historisch gewachsene Arrangements ist entscheidend für die Qualität der Analyse des Diskurses, denn der demokratische Diskurs stellt den entscheidenden Kontext für alle Artikulationen im Kontext demokratischer Gesellschaften dar.

Erste Ebene: Demokratie als Horizont

Der Horizont Demokratie ist Ausdruck einer aktuell relativ konkurrenzlosen Prägekraft einer bestimmten Idee sozialer Ordnung. Die Hegemonie ist bisweilen so umfassend, dass – wie der Begriff Horizont impliziert – im Regelfall keine Alternativen ernsthaft artikuliert werden. Das Portfolio möglicher Artikulationen ist demnach reduziert auf ein Set sehr weitläufiger, nichtsdestotrotz konformer Formen. Nur bestimmte Artikulationen sind denkbar und noch weniger sind allgemein verständlich, legitim und damit möglicherweise erfolgreich. Mehr noch: alle Artikulationen diesseits des Horizonts sind durch das grundlegende diskursive Muster des Demokratischen so strukturiert, dass sie das Grundmuster weiter tragen und somit auch unbewusst oder unbeabsichtigt den Horizont stabilisieren. Ausnahmen sind jene ereignishaften und irritierenden Impulse, die jedem Diskurs eigen sind, eine totale Stabilisierung des Status Quo per se unmöglich machen und fortwährend ein grundsätzliches Veränderungsmoment bewirken.

Zweite Ebene: Horizont Demokratie als Arena konkurrierender hegemonialer Projekte

Der Horizont Demokratie ist wiederum selbst diskursive Arena konkurrierender Projekte, die um Einfluss und Dominanz ringen. Dies ist möglich, weil der leere Signifikant Demokratie in seinem konkreten Gehalt überaus stark ausgehöhlt ist und Demokratie als eine besonders weitläufige

Hegemonie relativ viele diskursive Artikulationsvarianten zulässt.³⁴ Der Horizont Demokratie umfasst daher in ihrer grundsätzlichen Anordnung nur eine reduzierte, beinahe entleerte (Marchart 2002a: 295) Identität, die letztlich über die Markierung der Grenze, basaler Grundcharakteristika (wie etwa die grundsätzliche Affirmation eines offen pluralen Prinzips) und die Zuordnung wichtiger diskursiver Knotenpunkte nicht hinaus geht.³⁵ Angesichts dieser Entleerung findet sich direkt im allgemein akzeptierten Repräsentanten des imaginären Allgemeinen ein konstitutiver Mangel, der von der eigenen Integrationsleistung her rührt. Insofern kann eine grundsätzlich bestehende diskursive Sogwirkung angenommen werden, die darauf drängt, die entleerte Natur der Demokratie zu konkretisieren.

Es entsteht also im Bereich des Horizonts diskursiver Raum für konkurrierende hegemoniale Projekte, die dabei immer wieder auf Demokratie verweisen, partielle Deutungen des Gesamtprojekts etablieren wollen und damit nicht zuletzt einen gewissen Effekt auf den übergeordneten Horizont haben (Marchart 2002a: 295f.). Letztlich wird damit der Horizont selbst Objekt von Deutungskämpfen. Diese münden schließlich in temporären Definitionen des Demokratischen bzw. eines Aspekts des Demokratischen.

Derartige Versuche des Füllens sind selbstverständlich vielschichtig und heterogen. Die Vielzahl konkurrierender Deutungen bewirkt dabei jedoch keine Schwächung der übergeordneten Hegemonie, da sich trotz der unterschiedlichen Deutungsangebote letztlich alle gleich positiv auf Demokratie beziehen, also innerhalb des demokratischen Grundmusters artikulieren. Eine derartige diskursive Heterogenität unter dem Dach Demokratie bewirkt demnach eine Form der Inklusion, die eine übergeordnete Hegemonie mit eindeutiger ausgebildetem Signifikat nie leisten könnte.³⁶

Demokratie affirmiert die notwendigen Konflikte des Politischen und im Speziellen um das Füllen des Horizonts. Sie ist demnach eine Form sozialer Ordnung, die in gewisser Hinsicht darauf verzichtet, universelle Deutungsangebote zu etablieren und begrüßt damit politische Antagonismen bzw. Agonismen.³⁷ Mehr noch, der demokratische Wettstreit wird als Essenz des Demokratischen

³⁴ „Das Universelle besitzt – wie wir gesehen haben – keinen konkreten Inhalt für sich selbst (welcher es in sich abschließen würde), sondern ist der immer zurückweichende Horizont, der aus der Ausweitung einer unbegrenzten Kette äquivalenter Forderungen resultiert“ (Laclau 2002: 63; vgl. auch Hall 2002: 21).

³⁵ „Ein Rest an Partikularität bleibt dem Signifikanten aber erhalten“ (Fratz 2006b: 203).

³⁶ Wenngleich es vermutlich auch nicht möglich ist, ohne eine entsprechende Entleerung des Signifikanten, eine derart weite und dauerhafte diskursive Prägekraft zu entwickeln.

³⁷ Mouffe (2007) führt die Differenzierung von Antagonismus und Agonismus ein. Der Unterschied liegt hierbei in existentiellen Dimension: Während agonistische Konflikte vor dem Hintergrund eines geteilten Sets an Regeln ausgetragen werden, sind Antagonismen von tieferer Natur. Hier werden existentielle Widersprüche ausgetragen, die auch Grundkoordinaten sozialer Ordnung in Frage stellen. Mouffe (2007) argumentiert, dass die Möglichkeit und Erfahrung antagonistischer Konflikte essentiell für die Integration und Stabilität einer Gemeinschaft und damit sozialer Ordnung ist. Erst vor diesen Hintergrund können normale Konflikte im agonistischen Modus ausgetragen werden, ohne die soziale Ordnung dauerhaft zu unterminieren.

Im weiteren Verlauf dieser Untersuchung wird eine ähnliche Argumentation entwickelt, indem gegenhegemoniale Projekte als zentrales Vehikel für die Etablierung signifikanter diskursiver Dynamiken innerhalb von Demokratien beschrieben werden (vgl. Kapitel 3.1).

artikuliert. Wie schon die Beschreibung von Leforts Idee des leeren Orts der Macht³⁸ gezeigt hat, wird hier ein grundsätzliches Charakteristikum von Diskursivität sinnhaft gedeutet.

Diese Selbstbeschreibung ist jedoch nicht hinreichend, um die diskursive Konstellation vollständig zu erfassen: Oben wurde argumentiert, dass im Rahmen des Horizonts hegemoniale Projekte um die Konkretisierung der Demokratie ringen. Sie wollen sich einerseits grundsätzlich diskursiv etablieren und zugleich ihre Idee des imaginären Allgemeinen als wesentlichen Aspekt des Horizonts Demokratie zu artikulieren. Dieses Ringen hegemonialer Projekte und Hegemonien der zweiten Ebene sind Auseinandersetzungen um das „Eigentliche“ der übergeordneten Hegemonie und bieten demnach Deutungen und Subjektpositionen an, die dieses Eigentliche repräsentieren sollen (Nonhoff 2006: 204). Erfolgreiche hegemoniale Projekte und Hegemonien der zweiten Ebene können als *dominante Deutungen* oder *dominante Formation* bezeichnet werden, weil sie zu einem bestimmten Zeitpunkt die Konkretisierung des Begriffs Demokratie wesentlich prägen und damit die eigene diskursive Stellung erheblich potenzieren. Letztlich wird die grundsätzliche Vielschichtigkeit des historischen demokratischen Diskurses aber höchstens temporär verdeckt, nie jedoch vollständig zum Verschwinden gebracht.

Der Begriff der dominanten Formation greift dabei im wesentlichen eine der beiden Dimensionen des Doppelcharakters von Hegemonie (Führung und Integration) auf³⁹, da die dominante Formation als Ausdruck einer speziellen diskursiv-strategischen Konstellation oder Lage zu verstehen ist. Diese Konstellation ist durch eine sehr starke Prägekraft einer bestimmten Formation von Hegemonien gekennzeichnet, die sich jedoch auch weiterhin – wie im hier skizzierten Verständnis von Hegemonie erläutert – nicht allein durch diskursive Dominanz, sondern auch durch Integration von Elementen und Aspekten einer Vielzahl anderer, konkurrierender Projekte stabilisiert.

Die Konkurrenz zwischen direkter und repräsentativer Demokratie illustriert das Ringen hegemonialer Projekte um den Status als dominante Ausdeutung. Beide Ideen behaupten für sich, eine angemessene Konkretisierung des demokratischen Prinzips darzustellen. In der Geschichte der Demokratie konnte sich in den meisten Gesellschaften das repräsentative Prinzip durchsetzen, sodass Begriffe wie Wahlen, Abgeordnete oder Parlament zu den gängigen Assoziationen im Umfeld des Begriffs Demokratie gehören. Direktdemokratische Prinzipien sind nur als Ergänzung, nicht aber als Alternative denkbar und diskursiv artikulierbar. Letztgenannter Punkt zeigt, welches strategische Potential in der Konkretisierung des Horizonts liegt. Gelingt es einer Hegemonie, weitestgehend Deckungsgleichheit zwischen dem Begriff der Demokratie und dem eigenen Deutungsprojekt zu etablieren, muss von einer erheblichen Steigerung der Geltungs- und Beharrungskraft der nunmehr dominanten Formation ausgegangen werden. Der gelungene Zugriff

³⁸ Vgl. Kapitel 2.2.2.

³⁹ Vgl. Kapitel 2.2.2.

auf Teile des Horizonts birgt demnach ein relevantes Machtpotential – wahrscheinlich ein erheblich größeres, als es innerhalb der Konkurrenz von Hegemonien miteinander je zu erreichen gäbe.

Der Horizont Demokratie steht nicht nur für eine bestimmte politische bzw. soziale Ordnung, sondern ist darüber hinaus normativ so weit aufgewertet, dass Demokratie oftmals mit dem Versprechen einer guten Ordnung und des guten Lebens verknüpft wird.⁴⁰ Insofern finden sich auch jenseits der Fragen politischer Selbstorganisation Hegemonien, die versuchen, Teile des Horizonts Demokratie dominierend zu konkretisieren. Auch in diesem Fall kann durch die erfolgreiche Verknüpfung von Horizont und dominanter Formation eine gesteigerte diskursive Präge- und Beharrungskraft der jeweiligen dominanten Formation angenommen werden.

Dominante Formationen sind dabei, genau wie der Horizont Demokratie, in ihrer spezifischen Ausgestaltung keinesfalls notwendig, sondern vielmehr ein historisches Phänomen. Sie können dabei als zu einem bestimmten Zeitpunkt für die Frage sozialer Ordnung allgemein akzeptierte, als natürlich und rational geltende Prinzipien verstanden werden. Die Identifikation einer dominanten Formation ist somit eine empirische Frage, die analytisch plausibilisiert, jedoch aufgrund der diskursiven Komplexität nicht letztgültig abgeschlossen werden kann.⁴¹

Abbildung 1 illustriert das gerade entwickelte Modell von Demokratie. Innerhalb des demokratischen Horizonts als diskursive Grenze des Denk- und Sagbaren befinden sich wiederum nachgelagerte Hegemonien, die um die dominante Deutung des sehr weit entleerten Horizonts konkurrieren. Während der demokratische Horizont einen diskursiven Raum und bestimmte zugehörige basale Muster markiert, wird die Frage der in diesem Rahmen angesiedelten konkreten sozialen Ordnung durch die vorläufigen Ergebnisse der immer vorhandenen Konkurrenz nachgelagerter Hegemonien bestimmt. Zentral für die jeweilige soziale Ordnung sind Hegemonien, die über eine dominante Deutung eine sehr enge Verbindung mit dem demokratischen Horizont eingehen konnten. In der Abbildung werden das gerade schon skizzierte liberal-repräsentative Verständnis von Demokratie und soziale Marktwirtschaft als dominante Konkretisierung von Demokratie genannt. Dabei sind die beiden dominanten Formation als miteinander verbunden dargestellt, da davon ausgegangen werden kann, dass die verschiedenen dominanten Formationen durch keinesfalls zwingende, sondern vielmehr aufwendig konstruierte Verbindungslinien verknüpft sind. Die verschiedenen prägenden Prinzipien sozialer Ordnung müssen demnach kompatibel sein bzw. gemacht werden, wenn sie zeitgleich und ohne existentielle Widersprüche nebeneinander etabliert sein wollen.

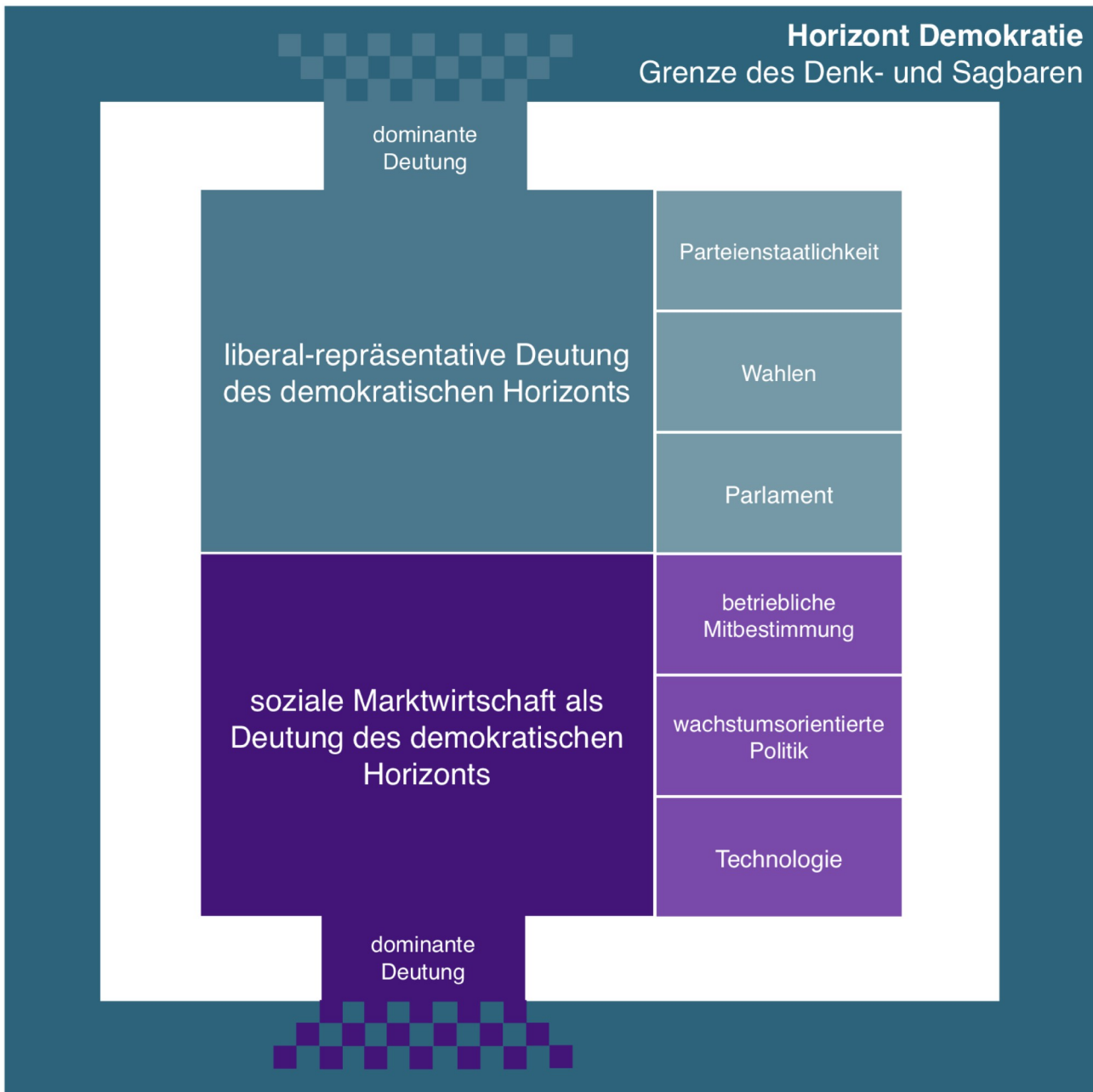
Folgende diskursive Elemente werden in der Abbildung nicht aufgeführt, obwohl sie wichtige Elemente der grundsätzlichen diskursiven Lage sind. Es werden lediglich zwei von zahlreichen möglichen dominanten Formationen angegeben, die jeweils Teile des demokratischen Horizonts

⁴⁰ Für mehr Details vgl. Kapitel 3.1.

⁴¹ Weitere Details hierzu finden sich in Kapitel 3.1.

konkretisieren. Zu unterschiedlichen historischen Analysezeitpunkten wird man zudem Anhaltspunkte für andere dominante Formationen finden – es handelt sich demnach in der Abbildung um eine mögliche Beschreibung zu einem bestimmten Zeitpunkt. Nicht zuletzt ist der diskursive Bereich innerhalb des demokratischen Horizonts von einer unübersehbaren, miteinander fortwährend konkurrierenden Anzahl an weiteren diskursiven Formationen geprägt – unter anderem diskursive Knotenpunkte, hegemoniale Projekte und Hegemonien ohne den Status einer dominanten Formation. Manche dieser Elemente, wie beispielsweise in Abbildung 1 Parteienstaatlichkeit oder betriebliche Mitbestimmung, sind enger mit jenen Hegemonien verbunden, die den demokratischen Horizont konkretisieren. Dadurch wird verdeutlicht, dass dominante Formationen über die enge Verknüpfung mit dem demokratischen Horizont eine gewisse Führungsrolle übernehmen. Die dominante Formation ist demnach ein zentrales Prinzip sozialer Ordnung, das sich durch eine führende Hegemonie und weitere assoziierte diskursive Elemente auszeichnet.

Abbildung 1: Grundmodell Demokratie

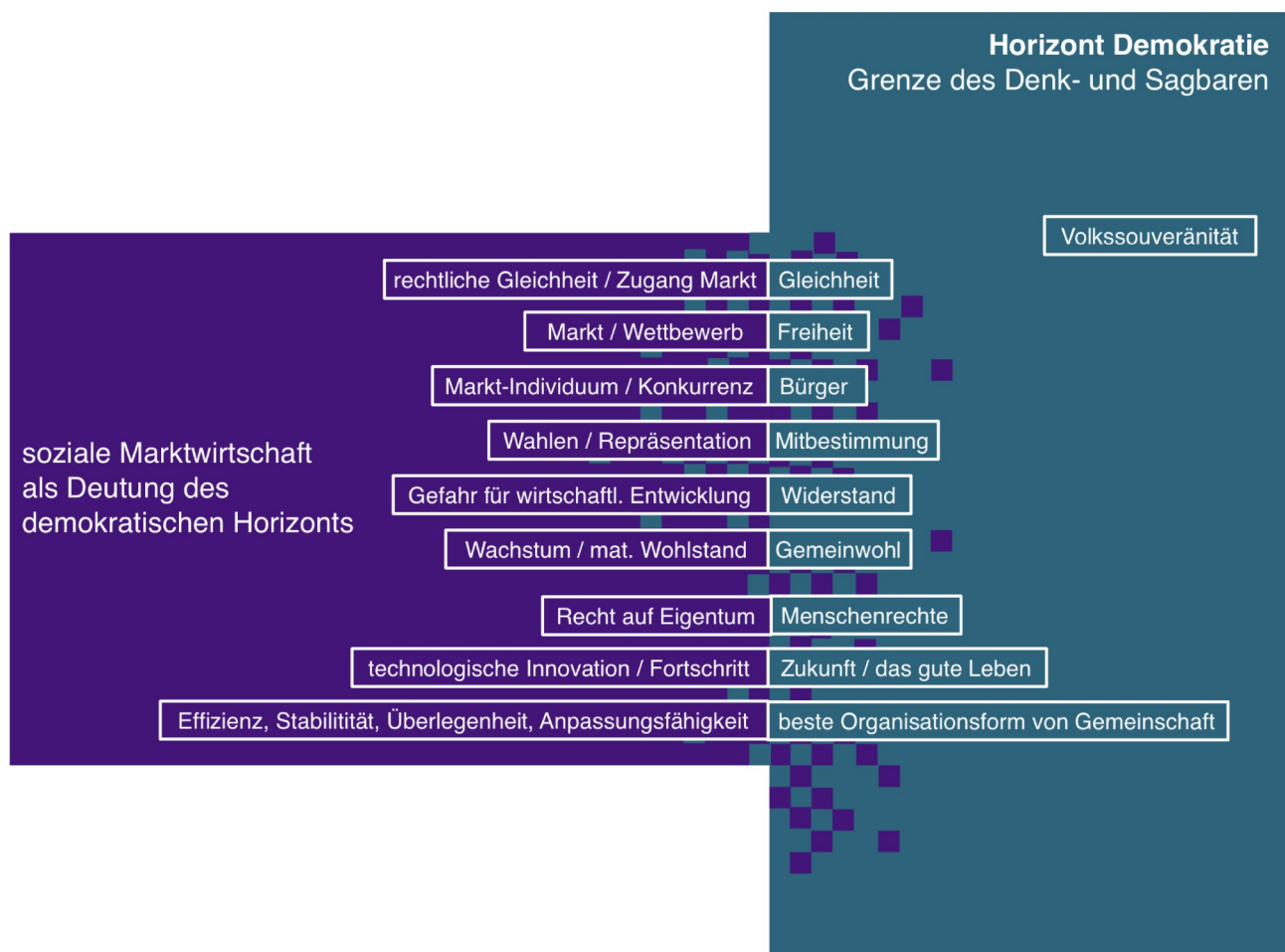


Quelle: Eigene Darstellung

Der Mechanismus der Konkretisierung des demokratischen Horizonts durch eine dominante Formation kann am Beispiel der sozialen Marktwirtschaft verdeutlicht werden (Nonhoff 2006). Die soziale Marktwirtschaft ist die allgemein akzeptierte Wirtschaftsordnung in Deutschland (Nonhoff 2006: 9). Dabei entwickelt sie eine spezifische Deutung von zentralen, allgemein akzeptierten Symbolen des demokratischen Diskurses. Abbildung 2 illustriert, wie die relativ deutungsoffenen demokratischen Begriffe wie Freiheit, Gleichheit, Mitbestimmung, Bürger oder die Frage des guten

Lebens durch das Projekt soziale Marktwirtschaft in einer bestimmten Form konkretisiert werden. Gleichheit wird als rechtliche Gleichheit oder gleicher Zugang zum Markt interpretiert, das Gemeinwohl wird vor allem mit materiellem Wohlstand und mit Wachstum gleichgesetzt.⁴² Sofern, wie im Beispiel der sozialen Marktwirtschaft anzunehmen, die spezifische Konkretisierung allgemein präsent ist und anerkannt wird, kann davon ausgegangen werden, dass die spezifische Konkretisierung der sozialen Marktwirtschaft innerhalb der vielen möglichen Deutungen von beispielsweise Gleichheit eine gewisse Dominanz gewinnt. Ist dies der Fall, dann potenziert sich wiederum die diskursive Geltungs- und Prägekraft der marktwirtschaftlichen Idee von Gleichheit, da diese Deutung in vielen Fällen als relativ deckungsgleich mit dem grundsätzlich akzeptierten Prinzip der Gleichheit angesehen wird.

Abbildung 2: Illustration einer möglichen Konkretisierung des demokratischen Horizonts durch das Projekt soziale Marktwirtschaft

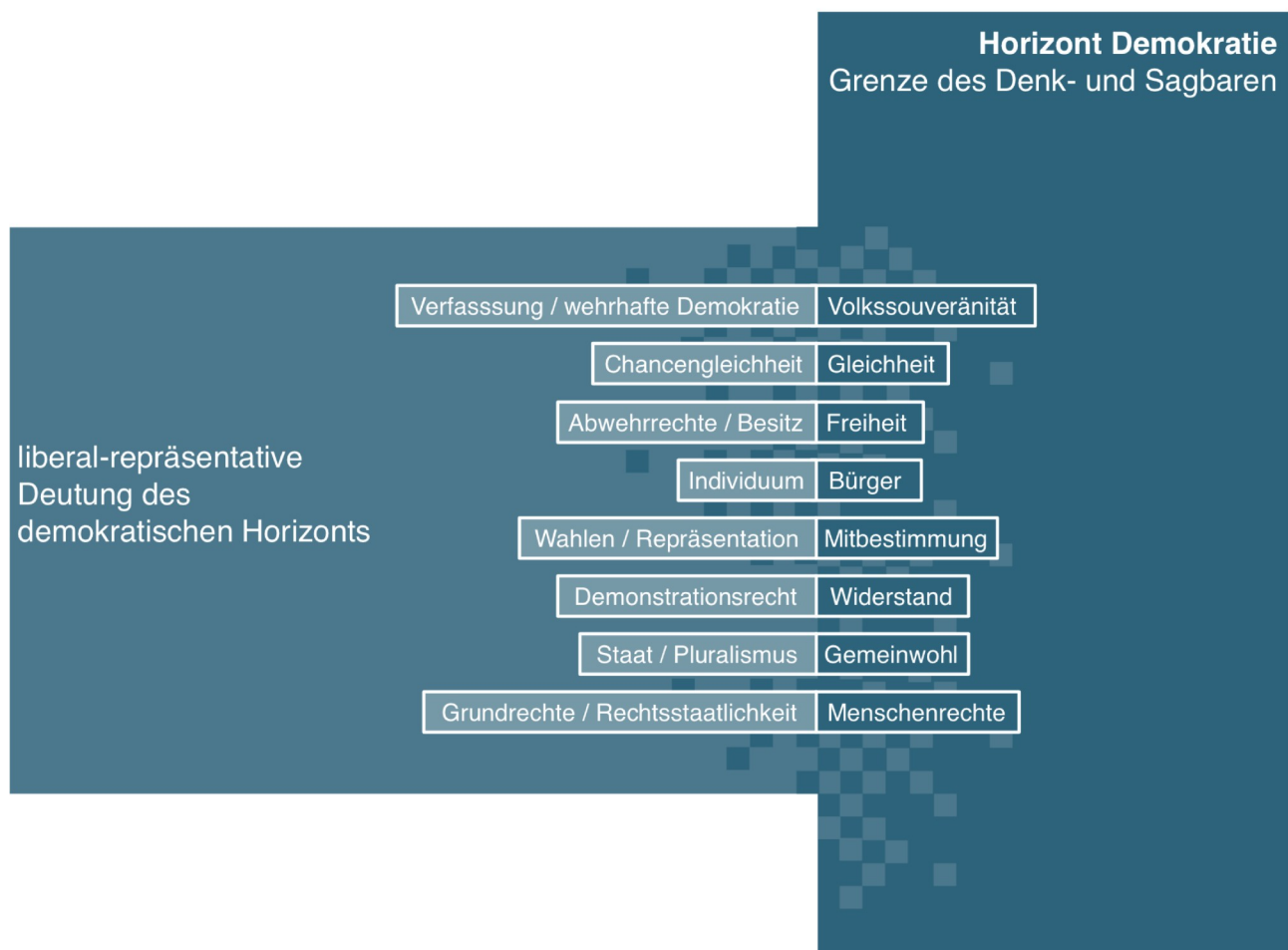


Quelle: Eigene Darstellung

⁴² Dies wird besonders deutlich, wenn die zentrale Rolle des Bruttoinlandsprodukts bzw. der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bedenkt. Das Bruttoinlandsprodukt dient als Vergleichsmaßstab zwischen verschiedenen Gemeinschaften und das Wachstum wird beispielsweise angeführt, um in den Identitätsdiskursen einer Gemeinschaft eine positive oder negative Entwicklung des Gemeinwohls zu begründen.

Die Gegenüberstellung von zentralen Begriffen des demokratischen Horizonts und dominant erscheinenden Deutungen kann auch im Falle der liberal-repräsentativen Deutung von Demokratie vorgenommen werden (Buchstein 2011, Schmidt 2000). In Abbildung 3 erscheinen demokratische Begriffe wie Volkssouveränität, Bürger oder Widerstand als sehr eng mit den gängigen Prinzipien liberal-repräsentativer politischer Ordnungen verknüpft und sind doch eine sehr spezifische Konkretisierung der grundsätzlich offenen Prinzipien des demokratischen Horizonts. Der Bürger wird beispielsweise insbesondere als Individuum angesprochen und Volkssouveränität wird in die Verfassung und in Verfahren projiziert (Habermas 1998). Einige liberal-repräsentative Deutungen, wie etwa Mitbestimmung, sind dabei relativ deckungsgleich mit der Idee von Mitbestimmung seitens der sozialen Marktwirtschaft. Dies illustriert die schon angedeutete Verknüpfung und konstruierte Kompatibilität dominanter Formationen untereinander.

Abbildung 3: Illustration einer möglichen Konkretisierung des Horizonts durch die liberal-repräsentative Deutung



Quelle: Eigene Darstellung

3. Gegenhegemoniale Projekte, demokratische Demokratie und Strategie

„Und was für eine letzte Revolution willst du? Es gibt keine letzte Revolution, die Anzahl der Revolutionen ist unendlich“ (Samjatin 1984: 162).

Das in Kapitel 2 entwickelte Modell denkt Demokratie als soziale Ordnung, die aus ineinander verschachtelten Hegemonien besteht. Der Horizont Demokratie als extrem tief sedimentierte und allgemein akzeptierte Hegemonie wird durch bestimmte nachgelagerte Hegemonien konkretisiert. Diese dominanten Formationen sind entscheidend für die detaillierte Gestalt von Demokratie und prägen damit maßgeblich die soziale Ordnung einer demokratischen Gesellschaft. Die Untersuchung gegenhegemonialer Projekte setzt an diesem Verständnis von Demokratie an und versteht gegenhegemoniale Projekte als Herausforderer ebenjener dominanten Formationen. Kapitel 3 entwickelt ein detailliertes Verständnis gegenhegemonialer Projekte und diskutiert Kontextbedingungen, Entwicklungsphasen und typische Strategien.

3.1 Gegenhegemoniale Projekte

Das Ringen um diskursive Dominanz prägt alle hegemonialen Projekte. Ist damit jedes hegemoniale Projekt ein gegenhegemoniales Projekt? Auf dem ersten Blick scheint dies zuzutreffen, da sich zumindest alle offensiv-hegemonialen Projekte auch gegen eine bestehende Hegemonie richten.⁴³ Letztlich wären in diesem Sinne sogar bestehende Hegemonien latent gegenhegemonial, da auch sie sich im Zuge der stetigen Stabilisierung in Konkurrenz zu anderen hegemonialen Sinnangeboten befinden.

Im Kern trifft dieses Verständnis jedoch nicht zu, weil so mit dem Begriff „gegenhegemonial“ ein Vorgang bezeichnet werden würde, der im Rahmen des hegemonietheoretischen Modells schon als typisches Charakteristikum von hegemonialen Projekten und Hegemonien beschrieben wurde. Demgegenüber schlage ich vor, nur jene Sinnprojekte als gegenhegemonial zu bezeichnen, die nicht nur auf die Etablierung einer Hegemonie in einem schon besetzten diskursiven Raum abzielen, sondern darüber hinaus durch eine signifikante Inkongruenz zur aktuell dominanten Konkretisierung des demokratischen Horizonts charakterisiert sind (Wullweber 2010: 140).⁴⁴ Damit

⁴³ Nonhoff (2006: 238ff.) unterscheidet offensiv-hegemoniale und defensiv-hegemoniale Strategien. Offensiv-hegemoniale Strategien finden sich in hegemonialen Projekten und sie zielen – auch gegen Widerstand – auf die Etablierung einer Hegemonie. Defensiv-hegemoniale Strategien sind demgegenüber eher Charaktermerkmal etablierter Hegemonien. Mit Hilfe defensiver Strategien versucht eine Hegemonie, konkurrierende hegemoniale Projekte abzuwehren, indem etwa Antagonismen pazifiziert und Äquivalenzen etabliert werden (Nonhoff 2006: 239). Für die Untersuchung gegenhegemonialer Projekte sind zunächst offensiv-gegenhegemoniale Strategien von Interesse, da gegenhegemoniale Projekte darauf abzielen, eine Hegemonie zu etablieren. Da aber gegenhegemoniale Projekte vor allem darauf ausgerichtet sind, bestehende Hegemonien zu überwinden (vgl. nachfolgende Definition gegenhegemonialer Projekte), sind sie immer auch mit defensiv-hegemonialen Strategien konfrontiert. Im Rahmen dieser Untersuchung werden Projekte, die sich mit ihren defensiv-gegenhegemonialen Strategien primär gegen ein gegenhegemoniales Projekt richten, als gegen-gegenhegemonial bezeichnet (vgl. Kapitel 9.3).

⁴⁴ „Und [...] bedarf es zur Durchführung hegemonialer Projekte gesellschaftlicher Kräfte, die diese unterstützen und

werden jene Projekte in den Blick genommen, die sich mit dem Motiv der Ablösung explizit gegen das jeweils vorherrschende Verständnis von Demokratie und damit gegen die aktuell dominante Idee einer guten sozialen Ordnung (beispielsweise liberal-repräsentative Demokratie oder soziale Marktwirtschaft) positionieren. Das erste Kerncharakteristikum gegenhegemonialer Projekte ist demnach der Versuch der offensiven Destabilisierung, Dekonstruktion und Überwindung der dominanten Formation (Carroll/Ratner 1994: 6).⁴⁵

Das Moment der Abweichung, der Aspekt des Gegenprojekts und der Anspruch, eine Alternative zur aktuellen Sinn-Füllung des demokratischen Horizonts zu bilden, sind wichtige Indizien für gegenhegemoniale Projekte – eine absolute Kategorisierung erscheint hingegen angesichts der stetigen Fluidität des Diskurses nicht zielführend. Entsprechend bezeichnet das Attribut „gegenhegemonial“ eine spezifische, temporäre und in unterschiedlichen Intensitäten anzutreffende Ausrichtung einer diskursiven Formation in Bezug auf dominierende Ausdeutungen des demokratischen Horizonts. Je nach Gestalt der aktuellen Konkretisierungen des Horizonts gelten zu verschiedenen Zeitpunkten und aus verschiedenen Beobachterperspektiven⁴⁶ unterschiedliche diskursive Projekte als gegenhegemonial. Der Status des gegenhegemonialen Projekts ist damit nicht fix, sondern abhängig von aktuellen hegemonialen Konstellationen innerhalb des demokratischen Horizonts.

Zugleich ist nicht jede Artikulation einer Inkongruenz mit der dominanten Formation ein gegenhegemoniales Projekt. Erst wenn die gegenhegemoniale strategische Positionierung mit dem offensiven Versuch der Etablierung einer komplexen Idee alternativer sozialer Ordnung kombiniert wird, kann von einem gegenhegemonialen Projekt gesprochen werden (Carroll 1997: 32). Ein gegenhegemoniales Projekt trägt demnach als zweites Kerncharakteristikum alle wesentlichen Merkmale eines hegemonialen Projekts in sich.

Insofern ist das hier entwickelte Verständnis gegenhegemonialer Projekte nicht allein auf die

forcieren. Zusätzlich wurde ein ‚Vektor‘ eingeführt, indem vorgeschlagen wurde, dass solche Projekte als hegemonial bezeichnet werden, die sich in die hegemoniale raum-zeitlich temporär fixierte soziale Struktur spezifischer Gesellschaften mehr oder weniger kongruent einfügen. Alle anderen hegemonialen Projekte werden hier als ‚gegen-hegemonial‘ bezeichnet [...]“ (Wullweber 2010: 140).

⁴⁵ Nonhoff (2006: 239f) beschreibt unter dem Begriff „spezifisch antihegemonialer Strategie“ ein Phänomen, das den hier entwickelten gegenhegemonialen Projekten in ihrer dekonstruierenden Dimension ähnelt. Die antihegemoniale Strategie ist Teil eines offensiv-gegenhegemonialen Projekts und bezeichnet jene diskursiven Strategien, die eine bestimmte Hegemonie offensiv dekonstruiert: „Sie artikuliert Differenz, wo die Hegemonie Äquivalenz oder Kontrarität artikuliert und stellt so die Grenzziehung, auf der die Hegemonie ruht, in Frage“ (Nonhoff 2006: 240). Bei Herschinger (2011: 37-39) findet sich als gegenhegemoniale Strategie vor allem das Ziel der Schwächung einer bestehenden Hegemonie durch Strategien der Partikularisierung der hegemonialen Deutung, des Aufbrechens der Äquivalenzkette sowie die Verlagerung und Unterminierung einer bestehenden bzw. sich abzeichnenden antagonistischen Konstruktion. Herschinger versteht gegenhegemoniale Strategie jedoch als eine defensive Strategie bestehender Hegemonien.

Im in dieser Arbeit entwickelten Modell ist ein hegemoniales Projekt idealtypischer Ausgangspunkt gegenhegemonialer Strategie – keine bestehende Hegemonie und auch keine diskursive Leerstelle ohne alternatives Projekt. Die dekonstruierende Dimension gegenhegemonialer Strategie wird eher als offensiv-hegemoniale Strategie verstanden, die sich aktiv und offensiv Freiraum schafft. Gegenhegemoniale Projekte initiieren idealiter diskursive Dynamiken und sind nicht – wie defensiv-hegemoniale Strategien – primär auf die Bewältigung derartiger Dynamiken ausgerichtet.

⁴⁶ Vgl. Kapitel 3.1.1.

offensive Dekonstruktion bestehender Hegemonien begrenzt, sondern wird durch die konstruktive, produktive Dimension (Laclau/Mouffe 1991: 256) der Artikulation eines alternativen hegemonialen Projekts ergänzt. Damit wird keinesfalls die Existenz oder Relevanz eher dekonstruierend ausgerichteter gegenhegemonialer Artikulationen negiert. Es kann aber angenommen werden, dass signifikante diskursive Veränderungsdynamiken vor allem dann erwartbar sind, wenn ein gegenhegemoniales Projekt durch die Gleichzeitigkeit der dekonstruierenden und produktiven Dimensionen geprägt ist.

Durch die „Strategie der Konstruktion einer neuen Ordnung“ (Laclau/Mouffe 1991: 256) wird eine plausible Alternative sozialer Ordnung präsentiert, die Anziehungskraft auf Subjekte und umliegende diskursive Formationen ausüben kann und auch auf diesem Weg zur Herausforderung der dominanten Formation wird.⁴⁷ Entsprechend gehen produktive und dekonstruierende Strategie ineinander über bzw. bedingen sich in ihrer Stärke wechselseitig. Essentielle Voraussetzung für Stärke beider Dimensionen des gegenhegemonialen Projekts ist jedoch die produktive Dimension.

Die explizite Abweichung vom dominanten Prinzip einer Gesellschaft führt dazu, dass sich gegenhegemoniale Projekte durch einen äußerst prekären strategischen Status auszeichnen (Wullweber 2010: 117). Die gegenhegemoniale Positionierung hat demnach spezifische strategische Probleme und Konstellationen zur Folge, die maßgeblich für das Verständnis des Phänomens gegenhegemonialer Projekte sind. Demgegenüber zeichnen sich gegenhegemoniale Projekte zwar durch eine spezifische Kombination diskursiver Strategien aus, verfügen jedoch nicht über exklusive diskursive Strategien. Der Schlüssel zur Analyse gegenhegemonialer Projekte ist demnach die strategische Konstellation gegenhegemonialer Projekte. Sie wird innerhalb des hier entwickelten Modells besonders berücksichtigt.

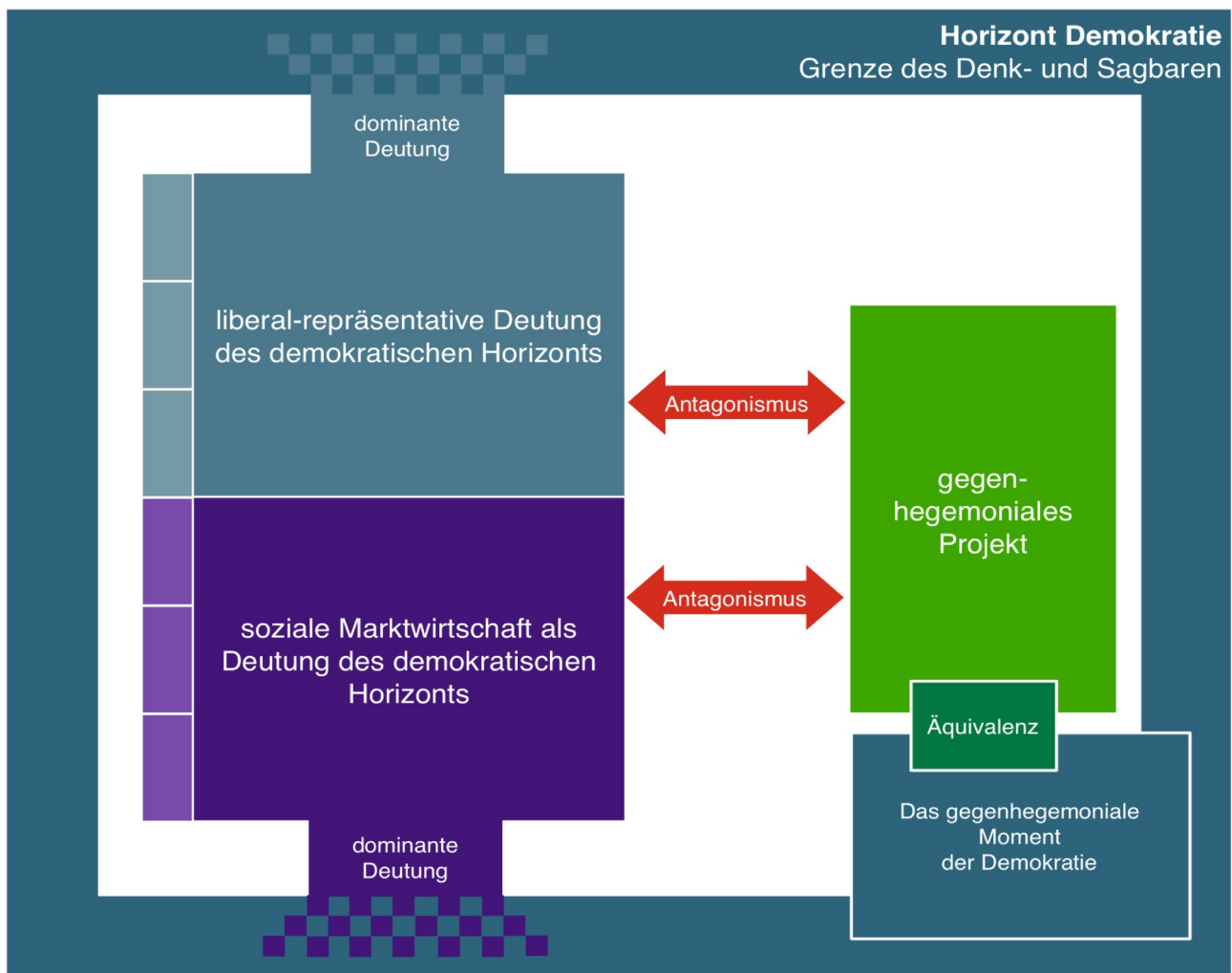
Gegenhegemoniale Projekte sind demnach all jene hegemonialen Projekte (produktive Dimension), die sich durch eine explizite und offensive Inkongruenz zu aktuell dominanten Konkretisierungen des demokratischen Horizonts auszeichnen (dekonstruierende Dimension).

Die nun folgende Abbildung 4 erweitert das aus Abbildung 1 bekannte Modell von Demokratie. Sie skizziert die strategische Konstellation eines gegenhegemonialen Projekts, das sich explizit antagonistisch gegenüber der liberal-repräsentativen Deutung von Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft positioniert. Gleichzeitig ist eine äquivalente Relation zu Teilen des demokratischen

⁴⁷ „Wenn die Forderungen einer untergeordneten Gruppe rein als negative, für eine bestimmte Ordnung subversive Forderungen vorgebracht werden, ohne mit einem lebensfähigen Projekt für die Rekonstruktion spezifischer Bereiche der Gesellschaft verbunden zu sein, besitzt von vornherein keine Fähigkeit zu hegemonialem Handeln. Dies ist die Differenz zwischen dem, was eine ‚Strategie der Opposition‘ und eine ‚Strategie der Konstruktion einer neuen Ordnung‘ genannt werden könnte. Im ersten Fall herrscht das Element der Negation einer bestimmten sozialen oder politischen Ordnung vor. Dieses Element der Negativität geht jedoch nicht mit einem ernsthaften Versuch einher, andere Knotenpunkte zu etablieren, von denen aus ein Prozess einer anderen und positiven Rekonstruktion der sozialen Struktur eingerichtet werden könnte – folglich ist diese Strategie zur Marginalität verdammt [...]. Im Fall der Strategie der Konstruktion einer neuen Ordnung herrscht dagegen das Element sozialer Positivität vor; gerade diese Tatsache jedoch erzeugt ein instabiles Gleichgewicht und eine beständige Spannung mit der subversiven Logik der Demokratie“ (Laclau/Mouffe 1991: 156).

Horizonts angedeutet (hier als gegenhegemoniales Moment der Demokratie bezeichnet), die im kommenden Kapitel 3.3 genauer erläutert wird.

Abbildung 4: Grundmodell Demokratie inklusive gegenhegemoniales Projekt



Quelle: Eigene Darstellung Ein anderer Horizont?

Ein Verständnis gegenhegemonialer Projekte als explizit andere Ausdeutung des demokratischen Horizonts schließt explizit jene Begriffsverständnisse aus, die das Attribut gegenhegemonial für eine tatsächliche Herausforderung von Demokratie als gesamtgesellschaftlichem Horizont reservieren. Diese analytische Engführung lässt sich vor allem mit Blick auf die immense Prägekraft des demokratischen Horizonts begründen, welche eine explizite Herausforderung und damit das Ziel der Ablösung des Horizonts Demokratie jenseits der gegenhegemonialen Praxis im Spektrum des anti-demokratischen verortet.

Ein wesentliches Charakteristikum des historisch-sozialen Phänomens Demokratie ist ihr außerordentlich hoher normativer Status. Demokratie gilt als Idealbild für die Repräsentation des

imaginären Allgemeinen, also des Guten und Erstrebenswerten einer Gesellschaft. Insofern ist die Konkurrenz nachgelagerter hegemonialer Projekte um die Ausdeutung der Demokratie immer auch eine Konkurrenz um das Besetzen des Allgemeinwohls einer Gesellschaft. Der Horizont entfaltet also eine erhebliche Sogwirkung, die diskursive Projekte dazu bewegt, sich möglichst innerhalb des Horizonts und in Bezug auf ihn zu artikulieren.

Ergänzend zur Sogwirkung findet sich die Prägekraft einer tief sedimentierten diskursiven Formation. Der demokratische Horizont ist wie ein Pfad im Dschungel – Abweichen ist hier nur schwerlich möglich und mit hohem Risiko des Scheiterns der Artikulation versehen. Das Andere der Demokratie ist für jene Subjekte, die sich im Horizont der Demokratie bewegen und sich innerhalb der Demokratie auch sinnhaft und relevant artikulieren wollen, per definitionem nicht greifbar. Trotz ihres kontingenten Charakters prägt Demokratie die nun vorhandenen diskursiven Artikulationen in ihrem „Einflussgebiet“ – insbesondere, wenn es sich um eine derart tief verankerte Hegemonie handelt (Mouffe 2007: 47).

Demgemäß ist es recht schwierig, innerhalb des Horizonts die Etablierung eines neuen, vollständig anderen und damit vom etablierten diskursiven Muster abweichenden hegemonialen Projekts zu denken.⁴⁸ Sofern also keine massive Krise des demokratischen Horizonts zu beobachten ist, erscheint es wenig plausibel, die Chance eines Anderen, einer Herausforderung der Demokratie, als allzu hoch einzuschätzen.⁴⁹ Aktuell lässt sich in Krisen beobachten, dass sich die Krisenreaktion nicht auf die Suche nach Alternativen konzentriert, sondern vielmehr fast ausschließlich die innere Re-Organisation der Demokratie in den Blick nimmt.⁵⁰ Angesichts der zu beobachtbaren Prägekraft, Sogwirkung und historischen Kontinuität des demokratischen Horizonts ist es demnach plausibel, die Idee einer Alternative zur Demokratie zwar nicht grundsätzlich auszuschließen, jedoch für das Verständnis gegenhegemonialer Projekte nicht als Fokus der Analyse zu wählen. Andernfalls würde die Diskussion gegenhegemonialer Projekte nicht über regelmäßig beobacht- und damit analysierbare Phänomene geführt werden, sondern hätte vielmehr einen äußerst abstrakten Charakter.

Erwartbarkeit signifikanter Veränderungen

Diskursive Projekte, die den demokratischen Horizont als solchen herausfordern, sind also nicht

⁴⁸ Das durch den demokratischen Horizont konstruierte Andere ist dementsprechend im Moment der massiven Krise wahrscheinlich sogar der einzige Kandidat für eine absolute Ablösung des demokratischen Horizonts. (vgl. Reckwitz 2006: 345).

⁴⁹ Slavoj Žižek (2001, 2002b) diskutiert regelmäßig mögliche Alternativen jenseits des demokratischen Horizonts, unter anderem unter Bezug auf Theorie und Praxis bei Lenin. Diese Versuche dokumentieren jedoch vor allem die Schwierigkeit, innerhalb des bestehenden (demokratischen) Horizonts Alternativen oder gar das Andere zu denken. Das Andere wird vermutlich erst dann denk- und sichtbar, wenn es bereits als neuer Horizont da ist – dann jedoch nicht als Anderes, sondern lediglich als (neuer) Horizont.

⁵⁰ Darüber hinaus kann beobachtet werden, dass selbst Aufstände und Revolutionen in nichtdemokratischen Gemeinschaften im Regelfall die demokratische Ideologie als Projektionsfläche für den gemeinsamen Willen nach Veränderung nutzen – auch dies eher ein Hinweis auf die grundsätzliche Dominanz und fortwährende Attraktivität der demokratischen Hegemonie.

sehr oft zu erwarten. Ergänzend hierzu sollte auch diskutiert werden, ob eine derartige gegenhegemoniale Herausforderung des Horizonts jene signifikanten Veränderungen möglich macht, die gemeinhin erwartet werden. Im hier entwickelten Verständnis von Demokratie ist der Horizont ein diskursives Grundmuster mit maximaler Integrationskraft und erheblicher Sinnentleerung. Die konkrete Gestalt der demokratischen Ordnung konstituiert sich also durch jene hegemoniale Formation, die zu einem bestimmten Zeitpunkt das Prinzip der Demokratie dominierend konkretisiert. Je mehr aber der Begriff Demokratie vor allem Fluchtpunkt für die Sehnsüchte und dass imaginäre Allgemeine einer Gesellschaft wird, umso weniger kann dessen Ablösung signifikante Veränderungen erwartbar machen. Strategisch entscheidend für schnelle, wahrscheinliche und auch sich direkt manifestierende Veränderungen sind also die dominanten Ausdeutungen des Horizonts.

Sicherlich, ein Projekt zur Ablösung des Horizonts Demokratie ist nicht per se undenkbar und wäre auch nicht ohne Effekt. Die Eingrenzung der Analyse auf gegenhegemoniale Herausforderungen innerhalb des demokratischen Horizonts ist vielmehr eine analytische Entscheidung, die sich wesentlich durch die beobachteten gegenhegemonialen Projekte in den vergangenen Jahrzehnten begründet. Für diese Entscheidung spricht also die Tendenz zur Herausforderung innerhalb des demokratischen Horizonts und die zentrale Bedeutung der dominanten Ausdeutung für die konkreten Formen sozialer Ordnungen – die grundsätzliche Möglichkeit zur Herausforderung des Horizonts wird damit aber nicht negiert.

Gegenhegemonie als Posthegemonie oder radikale Antihegemonie

In manchen Arbeiten wird der Begriff Gegenhegemonie eher mit dem Ziel der Nichtanwesenheit von Macht- und Herrschaftsverhältnissen verknüpft.

„Gegenhegemonie bedeutet also nicht die Umkehrung bürgerlicher Hegemonie, sondern sollte als Prozess der Dekonstitution gedacht werden: der Auflösung bestehender Macht- und Herrschaftsstrukturen sowie der Schaffung alternativer Formen der Vergesellschaftung, die sich in veränderten Orientierungen und Lebensformen, politischen Institutionen und Öffentlichkeit, Arbeitsteilung und Formen materieller Reproduktion, anderen Naturverhältnissen etc. materialisieren“ (U. Brand 2008: 325).

Aus hegemonietheoretischer Perspektive ist das Ziel der vollständigen Überwindung hegemonialer Konkurrenz und damit der Posthegemonie problematisch. Theorieimmanent ist es nicht denkbar, denn die diskursive Etablierung von Hegemonien wird als Grundlage komplexer sozialer Ordnung verstanden. Ohne hegemoniale Formationen gibt es entsprechend keine komplexen sozial-diskursiven Muster (Nonhoff 2006: 240).

Diese Perspektive ist selbstverständlich kein hinreichender Beleg für die generelle Unmöglichkeit von diskursiven Logiken jenseits der Hegemonie. Vielmehr sind durchaus diskursive Bereiche und Artikulationsformen denkbar, die nicht bzw. nicht ausschließlich in Form hegemonialer

Artikulationen funktionieren. In diesem Fall handelt es sich aber nicht um die Idee der Nichtanwesenheit von Hegemonie, sondern vielmehr um radikal antihegemoniale Elemente (Nonhoff 2006: 240), die die Unabgeschlossenheit des Diskurses sichtbar machen. Ein Beispiel hierfür sind Momente des historischen demokratischen Diskurses, die bestehende hegemoniale Formationen immer wieder aufbrechen bzw. aufbrechen helfen.⁵¹ Wenn Demokratie derartige Momente in sich trägt, kann auch von Bereichen und radikal antihegemonialen Artikulationsformen ausgegangen werden.

3.1.1 Analytische Identifikation von dominanter Formation und gegenhegemonialem Projekt

Für das Verständnis gegenhegemonialer Projekte ist insbesondere ihr Verhältnis zu dominanten Formationen maßgeblich – erst durch dieses Verhältnis wird ein hegemoniales Projekt zu einem gegenhegemonialen Projekt. Die Zuordnung der entsprechenden Attribute, also dominant auf der einen und subaltern-gegenhegemonial auf der anderen Seite, ist dabei eine empirische Frage. Die jeweilige Antwort ist immer abhängig von der Beobachterperspektive und eine Antwort wird vermutlich nicht vollständig der idealtypischen Modellkonstruktion entsprechen. Nichtsdestotrotz kann versucht werden, aus der diskurs- und hegemonietheoretischen Untersuchungsperspektive eine Zuordnung von Attributen analytisch zu plausibilisieren. Die nun ausgeführten Kriterien beziehen sich auf das Modell von Demokratie und sind entsprechend schon empirisch gesättigt. Insofern wird vorausgesetzt, dass es einen Horizont Demokratie gibt, der durch immer wieder neue hegemoniale Konstellationen dominant konkretisiert wird.

Kriterium zur Identifikation der dominanten Formation ist dabei der Status als allgemein akzeptiertes, natürlich und rational geltendes Prinzip. Die betreffende diskursive Formation sollte von hoher Signifikanz für die bestehende soziale Ordnung sein. Ergänzend hierzu sollte eine enge Verknüpfung mit wichtigen, äußerst breit etablierten Elementen des demokratischen Horizonts zu beobachten sein. Letzteres wäre beispielsweise durch den wechselseitigen Status als Synonym und damit ein in Artikulationen nachweisbares Verschwinden der Grenzen zwischen Begriffen des demokratischen Horizonts und den Konkretisierungen der dominanten Formation belegbar.

Ein gegenhegemoniales Projekt ist demgegenüber in erster Linie durch den antagonistischen Bezug auf die dominante Formation zu identifizieren. Alle nun folgenden Kriterien finden sich ohne Frage auch bei anderen diskursiven Projekten: Gegenhegemoniale Projekte können durch eine tendenzielle diskursive Marginalisierung im Sinne von Reichweite, Äquivalenz zu oder Akzeptanz durch zentrale diskursive Prinzipien und Formationen einer Gesellschaft geprägt sein. In der Regel lassen sich historisch entstandene spezifische Muster gegenhegemonialer Artikulationsweisen beobachten, die die Nähe zu bestimmten diskursiven Formationen (soziale Bewegungen,

⁵¹ Vgl. Kapitel 3.3.

Bewegungsgesellschaft⁵²) ausdrücken. Nicht zuletzt findet sich ein enger Bezug auf den beschworenen Originalmodus von Demokratie – es geht demnach um die neue und andere Konkretisierung des Horizonts durch das gegenhegemoniale Projekt.

Jenseits dieses Versuchs, aus der Perspektive des Modells gegenhegemonialer Projekte die verschiedenen diskursiven Elemente zu identifizieren, lassen sich auch durch diskursive Formationen selbst wechselseitige Konstruktionen von Dominanz beobachten. Während aber die dominante Formation aus der analytischen Perspektive durch ihre tief sedimentierte diskursive Etablierung und die enge Verbindung mit dem demokratischen Horizont plausibel gemacht werden kann, erscheint die dominante Formation aus der Perspektive beispielsweise eines gegenhegemonialen Projekts als existentielle, erdrückende Bedrohung. Andere Konstruktionen gehen nicht so weit und kritisieren eher die Problematik der Dominanz als Konstellation der Alternativlosigkeit und Verdrängung anderer Optionen. In allen Fällen werden mal diese, mal jene Aspekte einer sozialen Ordnung als dominant beschrieben.

Die empirisch zu beobachtenden unterschiedlichen Konstruktionen dominanter Formation müssen aber nicht bedeuten, dass die Konstruktionsleistung beispielsweise des gegenhegemonialen Projekts per se unzutreffend ist. Die Suchbewegung eines gegenhegemonialen Projekts während der Etablierung des Antagonismus ist durchaus so angelegt, dass Konstruktionen der dominanten Formation als Gegner nur dann funktionieren und damit allgemein Unterstützung in Form von Re-Artikulationen mobilisieren, wenn der Beschreibung eine gewisse Plausibilität inne wohnt. Daher wurde in der Einleitung die These formuliert, dass gegenhegemoniale Projekte als Kontrastmittel für die Beobachtung allgemeiner diskursiver Formationen und Dynamiken genutzt werden können.

Die analytische Perspektive beschreibt demnach die dominante Formation als ein natürlich geltendes, breit etabliertes Phänomen der Dominanz. Demgegenüber skizziert die gegenhegemoniale Perspektive die dominante Formation als ein Phänomen problematisierter, kontrastierter und selektiver Dominanz. Diese Gegenüberstellung illustriert, dass es nicht ein objektives Phänomen dominanter Formation gibt, sondern dass eine dominante Formation immer wieder neu und aus unterschiedlichen Perspektiven konstruiert wird.

Entsprechend zurückhaltend sollte ein analytischer Ansatz bei der Übernahme etablierter Deutungsmuster von Dominanz sein. Vielmehr erscheint es zielführend, entlang der oben genannten analytischen Kriterien eine Zuordnung von Attributen im Kontext des jeweiligen Untersuchungsgegenstandes vorzunehmen. Damit wird die Konstruktion der dominanten Formation durch das gegenhegemoniale Projekt zwar als Einstieg übernommen, jedoch anschließend durch die detaillierten Analyse Kriterien des Modells reflektiert und differenziert. Die Konstruktionsleistung gegenhegemonialer Projekte dient demnach als einleitende Markierung für

⁵² Vgl. Kapitel 7.4.

eine weitere Analyse, nicht aber als hinreichender Beleg für die Existenz der dominanten Formation in genau jener beschriebenen Form. Grundsätzlich bewegt sich die Analyse der strategischen Konstellation von dominanter Formation und gegenhegemonialem Projekt eher im Bereich von Indizien und weniger auf der Ebene abschließender Beweise. Damit unterscheidet sie sich aber nicht von anderen konstruktivistisch aufgeklärten Analysemethoden.

Die hier vorgenommene differenzierte Einschätzung der Möglichkeiten zur Identifikation der dominanten Formation und des gegenhegemonialen Projekts bildet eine wesentliche Prämisse der weiteren Analyse gegenhegemonialer Projekte. Sie wird nicht fortwährend expliziert, sollte aber immer im Hinterkopf behalten werden.

3.2 Soziale Bewegungen als demokratisch-gegenhegemoniale Projekte

An einigen Stellen wurde schon angedeutet, dass soziale Bewegungen als erkenntnisleitendes Fallbeispiel dieser Untersuchung dienen. Dies begründet sich durch zwei Punkte: Erstens sind soziale Bewegungen typische und sichtbare Herausforderung dominanter Phänomene einer Gesellschaft. Zweitens haben soziale Bewegungen eine sehr spezifische Beziehung zum demokratischen Diskurs. Sie stehen idealtypisch für die Gleichzeitigkeit von Ferne und Nähe zur Demokratie. Fern sind sie der Demokratie insoweit, als dass sie sich oftmals – ganz in Übereinstimmung mit der oben genannten Definition – von der gängigen, dominanten Deutung der Demokratie absetzen. Nah sind sie jedoch zugleich, weil sie immer wieder auf Kernsymbole der Demokratie Bezug nehmen und damit latente, in der modernen Demokratie oftmals verborgene Aspekte der Demokratie mit neuer Aufmerksamkeit und Bedeutung versehen. Letztlich ist also die Forderung nach Ausweitung des Demokratischen ein typisches Merkmal sozialer Bewegungen der vergangenen Jahrzehnte (Marchart 2002: 304). Sie instrumentalisieren bzw. re-artikulieren die latenten Sinnstrukturen des historischen demokratischen Diskurses, um mit ihrer Hilfe die aktuellen dominanten Deutungen kritisieren und damit auch potentiell destabilisieren zu können. Eine erfolgreiche gegenhegemoniale Strategie dieser Art wendet die latenten Sinnstrukturen des demokratischen Horizonts gegen die aktuell dominante Konkretisierung des demokratischen Horizonts.

Die verschiedenen sozialen Bewegungen als gegenhegemoniale Projekte eint also die Erfahrung des Demokratischen – sie beziehen sich in ihrer Identität und ihren Handlungen immer wieder auf alternative Deutungen des demokratischen Horizonts und bewirken damit schrittweise eine Ausweitung dessen, was als demokratisch zu verstehen ist.⁵³ Insofern können sie auch als demokratisch-gegenhegemoniale Projekte bezeichnet werden.

⁵³ „Je länger die Äquivalenzkette ist, die sich mit der Verteidigung der Rechte einer Gruppe und den Rechten anderer Gruppen ergibt, desto grundlegender wird der in Gang gesetzte Demokratisierungsprozess sein und desto schwieriger der Versuch, gewisse Kämpfe zu neutralisieren oder sie in ein rechtes Projekt umzuleiten“ (Mouffe 1988: 41).

Generell erscheint eine Eingrenzung des Phänomens der sozialen Bewegung schwierig. Raschke schlägt folgende Definition vor:

„Soziale Bewegung ist ein mobilisierender kollektiver Akteur, der mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen“ (Raschke 1988: 77).

Das soziale Phänomen soziale Bewegung ist dabei angesichts der spezifischen Natur schwer fassbar: sie verfügen über keine klaren Grenzen, sind mitunter flüchtig, immer dynamisch und grundsätzlich äußerst heterogen. Entsprechend bezeichnet Neidhardt soziale Bewegungen als „mobilisierte Netzwerke von Netzwerken“ (1985: 197). Ein Blick auf die etablierte Bewegungsforschung zeigt, dass die wissenschaftlichen Perspektiven je nach Beobachterposition sehr stark variieren (Buechler 2000, 2011) – auch dies kann nicht zuletzt auf die sehr heterogene Natur des Gegenstands zurückgeführt werden.⁵⁴

Das Ziel der vorliegenden Untersuchung ist es, einen *spezifisch hegemonietheoretischen Blick* auf soziale Bewegungen als demokratisch-gegenhegemoniale Projekte zu entwickeln. Vier wesentliche Vorteile sollen durch diese Perspektive erreicht werden:

Erstens wird das Phänomen sozialer Bewegungen in ein komplexes Modell des Sozialen und des Politischen eingebettet. Soziale Bewegungen werden damit als Phänomene diskutiert, die erst vor dem Hintergrund einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive angemessen und mittels des diskurs- und hegemonietheoretischen Modells besonders passgenau analysiert werden können.

Dieses Modell ist dabei besonders sensibel für sozial-diskursive Dynamiken. Es wird daher zweitens angenommen, dass soziale Bewegungen in derartige Dynamiken eingebunden und für diese von besonderer Bedeutung sind. Über die Analyse demokratisch-gegenhegemonialer Projekte ist also nicht nur ein erweitertes, spezielles Verständnis sozialer Bewegungen, sondern auch ein generelles Verständnis sozial-diskursiver Dynamiken möglich.

Drittens können mit Hilfe des hegemonietheoretischen Modells soziale Bewegungen in komplexen strategischen Konstellationen beschrieben werden. Insbesondere die schwierige strategische Lage gegenhegemonialer Projekte wird fassbar, wenn sie als diskursiv-antagonistische Relation verstanden wird. Die strategische Ausrichtung einer Bewegung, die Natur ihrer Forderungen und Handlungen sowie die historischen Entwicklungslinien sind erst verständlich, wenn soziale Bewegungen in Relation zu den Formationen analysiert werden, die sie zu überwinden hoffen.

Nicht zuletzt führt die Einbettung der Analyse in ein Modell von Demokratie sowie das Verständnis sozialer Bewegungen als *demokratisch-gegenhegemoniale* Projekte zu einer erhöhten Aufmerksamkeit für die essentielle Interaktion von Demokratie und sozialen Bewegungen. So

⁵⁴ Vgl. Kapitel 7.

werden auch Bereiche des Demokratischen in den Blick genommen, die bei der üblichen Betrachtung der dominanten Verständnisse und Deutungen des Demokratischen oftmals mit wenig Aufmerksamkeit versehen werden.

Soziale Bewegungen als demokratisch-gegenhegemoniale Projekte sind also der Ansatzpunkt, um ein tieferes Verständnis sozial-diskursiver Dynamiken demokratischer Gesellschaften zu entwickeln.

3.3 Gegenhegemoniale Projekte und demokratische Demokratie⁵⁵

Oben wurde ein diskurs- und hegemonietheoretisches Modell von Demokratie skizziert. In diesem Sinne versteht sich Demokratie als kontingente, aber historisch äußerst bedeutende diskursiv-hegemoniale Konstellation. Entscheidend ist hierbei das Verhältnis des Horizonts Demokratie und der dominanten Konkretisierung des Demokratischen – nicht nur für die jeweilige soziale Ordnung einer als demokratisch bezeichneten Gemeinschaft, sondern auch als Kristallisationspunkt eines demokratisch-gegenhegemonialen Projekts.

Nun ist aber Demokratie nicht nur die Bezeichnung für eine kontingente historisch-diskursive Konstellation, sondern auch zugleich ein normativer Begriff höchster Güte. Letztgenanntes Phänomen ist nicht erstaunlich, da es dem Wesen einer hegemonialen Formation und damit des entleerten Signifikanten entspricht, das imaginäre Allgemeine einer Gesellschaft zu repräsentieren. Die Sehnsüchte einer Gesellschaft nach klarer Identität oder einem guten Leben werden in den Begriff der Demokratie projiziert, mittels Demokratie konstruiert und mobilisiert. In diesem Sinne ist Demokratie eine ganz normale, wenngleich sehr weit gesteigerte und tief etablierte Hegemonie – also ein Beispiel für das Ringen um das imaginäre Allgemeine im Kontext eines etablierten diskursiven Horizonts. Angesichts des Umstandes, dass sich viele Gesellschaften insbesondere als demokratisch beschreiben, kann Demokratie auch als wichtigster Anwendungsfall des Modells gelten.

Nun bleibt die Frage, ob damit das Wesen der Demokratie hinreichend erfasst wurde. Kann der normative Anspruch der Demokratie allein durch den Verweis auf die Dynamiken hegemonialer Formationen erklärt werden oder ist das historisch-diskursive Projekt Demokratie vielleicht doch eine *spezielle* hegemoniale Formation und damit mehr als nur ein sehr prominentes Beispiel für eine gewöhnliche hegemoniale Konstellation? Um dies zu klären, soll nun diskutiert werden, was aus hegemonietheoretischer Perspektive überhaupt als demokratisch gelten kann.

Was ist demokratisch?

Nancy fragt in *Wahrheit der Demokratie* (2009) nach dem Wesen von Demokratie.

⁵⁵ Die Argumentation des folgenden Kapitels folgt Hagemann 2014.

Er entwirft dabei ein Bild von Demokratie, das nicht eine konkrete politische Ordnung oder bestimmte normative Prinzipien beschreibt. Vielmehr erscheint Demokratie als Begriff für den Zustand prinzipieller Offenheit und der Selbsterzeugung des Sozialen (Nancy 2009: 36). In einem Kontext, in dem jedes Sinnprojekt kontingent ist und kein Sinnprojekt einen höheren Wert für sich reklamieren kann, sind alle Sinnprojekte per se *unbegründet*. Eine Gesellschaft ist nun mit der „[...] radikalen Säkularisierung der Legitimitätsgrundlagen politischer Herrschaft [...]“ (Rödel et al. 1989: 43) konfrontiert. Demokratie ist dabei der Begriff, um diesen permanent-unbegründeten Zustand zu markieren und zugleich Ausdruck des Anspruchs, diesen Zustand der Offenheit zu erstreben und zu ermöglichen (Nancy 2009: 69). Gleich einer permanenten Revolution befindet sich Demokratie im fortwährenden Gründungsmodus – ohne diesen Gründungen zu erlauben, den offenen Platz der Gesellschaft dauerhaft zu besetzen oder zu kaschieren (Nancy 2009: 82). Die grundsätzliche Bedeutungslosigkeit und Bedeutungsoffenheit des Begriffs Demokratie (Nancy 2012: 72) steht daher sinnbildlich für den unbegründeten Zustand jeder sozialen Ordnung. Demokratisch ist eine Demokratie dann, wenn sie Politik immer wieder mit ihrem unbegründeten Charakter konfrontiert und darüber gerade Raum für neue Gründungsversuche schafft (Rödel et al. 1989: 61). Die permanente destabilisierende Stimulans schafft erst Raum für das einzig Dauerhafte – im Sinne einer fortwährenden offensichtlichen Offenheit des Sozialen und damit gesellschaftlicher Identität (Lefort/Gauchet 1990: 103, 108). Eine Gesellschaft wird demokratisch durch die fortwährende Praxis und Möglichkeit der Selbstschöpfung des Sozialen – ein Prozess, der insbesondere durch eine aktive und autonome Zivilgesellschaft als das zentrale symbolische Dispositiv der Demokratie auf Dauer gestellt wird (Rödel et al. 1989: 90).

Bei Laclau und Mouffe findet sich unter dem Begriff der radikalen Demokratie eine ähnliche Argumentation (Laclau/Mouffe 1991: 214ff., Laclau 2005). Sie beschreiben die Idee demokratischer Demokratie mit dem Begriff der „demokratischen Revolution“. Durch das Ereignis der Französischen Revolution hat sich eine diskursiv-historische Formation etablieren können, die als egalitäres Imaginäres immer wieder ermöglicht, bestehende Ordnungen zu hinterfragen und alternative Forderungen zu artikulieren. Laclau und Mouffe sprechen in diesem Zusammenhang von der „[...] tiefe[n] subversive[n] Macht des demokratischen Diskurses [...]“ (Laclau/Mouffe 1991: 215, vgl. auch 246) durch die Etablierung der Ideen Freiheit und Gleichheit als Kernelemente des demokratischen Diskurses.

Die Interaktion von Gleichheit und Freiheit mündet in einen energiegeladenen Widerspruch, der letztlich jeden Versuch des umfassenden Füllens von Demokratie unterminiert. Ihre subversive Funktion ist jedoch nur dann möglich, wenn sich demokratische Artikulationen immer auf beide Zeichen beziehen müssen, um als demokratisch zu gelten. Weitere notwendige Voraussetzung für eine strukturelle Subversion ist eine basale Bedeutung von Gleichheit und Freiheit, die die

gleichzeitige Vereinbarkeit mit der Reinform des jeweils anderen negiert.⁵⁶

Dieses subversive Potential findet sich also nicht direkt im Begriff Demokratie selbst, sondern in wichtigen Elementen, sogenannten diskursiven Institutionen⁵⁷, des erweiterten demokratischen Diskurses. Als historisch entwickelter Diskurs ist Demokratie damit eine komplexe Formation aus unzähligen Artikulationen zum Thema Demokratie. Manche dieser Artikulationen konnten sich fest etablieren und sind nun für die Natur des demokratischen Projekts von erheblicher Bedeutung (neben Freiheit und Gleichheit auch Volkssouveränität oder Bürger sowie Ereignisse wie die Französische Revolution und Rituale wie Demonstrationen). Demokratie ist also nicht nur ein entleerter Signifikant nebst dominanter Konkretisierung, sondern auch ein vielfältiger Diskurs zum Thema Demokratie, dessen Knotenpunkte durchaus diskursive Prägekraft haben.

Demokratische Forderungen können demnach auf immer neue Bereiche des Sozialen erweitert werden – unterschiedliche Forderungen werden unter der Referenz auf Demokratie als demokratische Forderungen äquivalent und damit grundsätzlich legitim (Laclau/Mouffe 1991: 214ff.). Eine demokratische Ordnung muss sich entsprechend damit begnügen, Demokratisierung in einer erweiterten Offenheit, permanenten Umstrittenheit und latenten Unmöglichkeit der genauen Identifikation dessen, was Demokratie ist und bedeutet, zu finden (Laclau/Mouffe 1991: 230ff.; Hall 2002: 37). Demokratie ist mit Laclau als Prinzip der Offenheit und des Verzichts auf fixe Werte und soziale Institutionen zu verstehen:

„A society is democratic, not insofar as it postulates the validity of a certain type of social organization and of certain values vis-à-vis others, but insofar as it refuses to give its own organization and its own values the status of a *fundamentum inconcussum*. There is democracy as long as there exists the possibility of an unlimited questioning; but this amounts to saying that democracy is not a *system* of values and a *system* of social organization, but a certain inflection, a certain 'weakening' of the type validity attributable to any organization and any value“ (Laclau 1990: 187).

Ein derartiges Verständnis demokratischer Demokratie ist zugleich kompatibel und inkompatibel mit den etablierten Selbstbeschreibungen von Demokratie. Die Idee von Demokratie als Selbstbestimmung einer Gemeinschaft oder als pluraler, permanenter Wettstreit ist in diesen Argumentationen durchaus enthalten. Die Idee von Demokratie als Wertegemeinschaft ist nur in einer bestimmten Lesart passgenau: wenn sich diese Werte auf die gleiche Verteilung von

⁵⁶ Da Gleichheit und Freiheit latent der Unterscheidung von Logik der Äquivalenz und Logik der Differenz entsprechen, finden sich in diesen beiden demokratischen Polen letztlich die beiden, sich stetig unterminierenden Logiken des Diskursiven wieder (Fitz 2006a: 62).

⁵⁷ Nonhoff schlägt vor, derartige diskursive Verfestigungen begrenzter Reichweite (also recht konzentriert auf einen diskursiven Bereich und bei weitem nicht eine universelle Forderung artikulierend) als *diskursive Institutionen* zu bezeichnen (2006: 180). Der Deutsche Bundestag oder die Zeichen Gleichheit und Freiheit im Rahmen der Hegemonie Demokratie können als diskursive Institution verstanden werden. Diskursive Institutionen stehen in einem wechselseitigen Abhängigkeits- und Stabilisierungsverhältnis zur übergeordneten Hegemonie – sind also Vasallen mit einem gewissen Grad der Unabhängigkeit. Eine recht enge Verknüpfung einiger diskursiver Institutionen unter dem Banner einer spezifischen Hegemonie lässt eine relative Stabilität des hegemonialen Deutungsmusters erwarten, sodass das Set an diskursiven Institutionen eines hegemonialen Musters eine wichtige Größe hinsichtlich der stabilen Re-Artikulation einer Hegemonie darstellt.

Rechten und den unabgeschlossenen Charakter des Gründungsakts einer Gemeinschaft beziehen. Die Menschenrechte sind hierfür ein gutes Beispiel, da die Referenz auf Menschenrechte zugleich immer beinhaltet, dass diese unveräußerlichen Rechte grundsätzlich auch allen anderen Menschen zustehen (Rödel et al. 1989: 104). Jede öffentliche Artikulation der Menschenrechte hat damit potenziell weitere Forderungen zur Folge. In diesem Sinne ist die Konstruktion von Werten und damit stabileren Sinninformationen – wie beispielsweise Menschenrechten – nur dann vertretbar, wenn diese den unabgeschlossenen Charakter einer sozialen Ordnung ermöglichen.

Demokratische Demokratie im hegemonietheoretischen Modell

Wie oben illustriert, ist innerhalb der Hegemonietheorie als postfundationalistische Theorie keine normative Existenznotwendigkeit von Demokratie angelegt (Marchart 2002b: 11f.). Ihre Existenz ist vielmehr Produkt unendlicher vieler, sehr langer Deutungskonflikte. In diesem Sinne ist Demokratie ein historisches Phänomen – eine spezifische Interpretation oder Ausdeutung von Demokratie kann zunächst nicht als demokratischer als andere gelten. Alle Konkretisierungen von Demokratie sind auf gleiche Weise konstruiert, unbegründet bzw. ausschließlich durch sich selbst begründet.

Ein hegemonietheoretisches Verständnis von Demokratie ist möglich, muss sich aber von der Idee emanzipieren, dass es eine bestimmte, konkrete hegemoniale Konstellation grundsätzlich normativ besser gestellt ist. Die hegemonietheoretische Idee demokratischer Demokratie stellt vielmehr den Akt des Politischen als Selbstkonstruktion in den Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit und argumentiert, dass der *politische Gründungsakt unendlich ist und sein soll* (Lefort/Gauchet 1990: 96; Marchart 2014: 228). Wenn also kein hegemoniales Projekt einen besonderen normativen Status für sich beanspruchen kann, bleibt das Kriterium der diskursiven Offenheit für immer wieder neue normative Projekte. Es können jene sozialen Ordnungen als demokratisch gelten, die stetig offen für neue Forderungen, Gruppen, Probleme und Anpassungsnotwendigkeiten sind. Durch diskursive Offenheit bleibt die potentielle Beteiligung an der diskursiven Selbstkonstruktion einer Gemeinschaft möglich. Diese Offenheit sollte zugleich sichtbar sein – der unabgeschlossene Charakter von Demokratie muss also immer wieder thematisiert, erlebt und damit offensichtlich sein (Lefort/Gauchet 1990: 103). Demokratisch ist aus dieser hegemonietheoretischen Perspektive jene soziale Ordnung, die die Selbstkonstruktion einer Gemeinschaft zum *offen-offensichtlichen Projekt* macht.

Gegenhegemoniales und hegemoniales Moment der Demokratie

Nun liegt es in der Natur hegemonialer Projekte, den eigenen konstruierten Charakter zu negieren. Eine Hegemonie ist vor allem darauf angelegt, sich selbst als natürlich und notwendig zu präsentieren. Alternativen werden dethematisiert und diskursiv nach Möglichkeit marginalisiert.

Kurzum: Die Grundlogik des Diskurses ist im oben genannten Sinne nicht per se demokratisch. Vielmehr muss angesichts der Gleichzeitigkeit von diskursiver Ordnungsbildung und Ereignishaftigkeit davon ausgegangen werden, dass manche Dynamiken, Bereiche und Konstellationen des Diskurses demokratischer sind und andere eben nicht.

Diese beiden gegenläufigen Aspekte des demokratischen Diskurses können als hegemoniales und gegenhegemoniales Moment der Demokratie bezeichnet werden. Das gegenhegemoniale Moment der Demokratie umfasst dabei alle diskursiven Elemente, Konstellationen, Dynamiken und Ereignisse, die bestehende dominante Formationen sichtbar hinterfragen bzw. dabei helfen, sie zu hinterfragen und damit in ihrer diskursiven Sedimentierung lösen. Demgegenüber werden unter dem hegemonialen Moment all jene diskursiven Elemente, Konstellationen, Dynamiken und Ereignisse zusammen gefasst, die bestehende dominante Formationen eher stabilisieren, indem insbesondere die Kontingenz der gegenwärtigen sozialen Ordnung weniger offensichtlich greifbar gemacht wird.

Hegemoniales und gegenhegemoniales Moment der Demokratie dienen innerhalb des hier entwickelten Modells als analytisches Kontrastmittel, um die gegenläufigen Tendenzen des demokratischen Diskurses fassbar zu machen. Mitunter können bestimmte diskursive Phänomene vielleicht vorwiegend als Teil des einen oder des anderen Moments beobachtet werden – dies sollte jedoch nicht zum Schluss führen, dass ebenjenes Phänomen exklusiv der „einen Seite“ zugeordnet werden kann: Bestimmte diskursive Elementes gehören nie ausschließlich und für immer einer bestimmten Seite⁵⁸ und können auch nicht nur auf einen bestimmten diskursiven Effekt reduziert werden.

Zwei Beispiele: Das wesentliche Charakteristikum der dominanten Formation ist die Konkretisierung der relativ offenen Begriffe des demokratischen Horizonts im Sinne einer bestimmten Idee sozialer Ordnung. Wenn sich in diesem Zusammenhang bestimmte Interpretationen – wie etwa die Idee von Gleichheit als Chancengleichheit – festigen kann, bedeutet dies jedoch nicht, dass der Begriff Gleichheit nicht mehr Objekt von konkurrierenden Deutungen gegenhegemonialer Projekte werden kann. Trotzdem werden jene Begriffen des demokratischen Diskurses, die aktuell besonders im Fokus der Konkretisierung durch die dominante Formation stehen, schwieriger mit einer alternativen Deutung versehen werden können – sie sind demnach für einen bestimmten Zeitpunkt und Kontext eher Teil des hegemonialen Moments.

Demgegenüber kann angenommen werden, dass es immer auch Elemente des demokratischen Diskurses gibt, die aktuell nicht so führend von der dominanten Formation besetzt werden oder sich diesen Deutungsversuchen aufgrund ihrer besonderen Natur eher entwinden. Diese Begriffe,

⁵⁸ So ist beispielsweise das Symbol der Menschenrechte nicht exklusiv einer bestimmten politischen Gruppierung oder nur sozialen Bewegungen vorbehalten.

wie es bspw. die Idee der Menschenrechte sein könnte, lassen sich dann eher als Teil des gegenhegemonialen Moments der Demokratie verstehen.

Das gegenhegemoniale Moment der Demokratie

Für den demokratischen Charakter von Demokratie ist also wichtig, wie hegemoniales und gegenhegemoniales Moment von Demokratie aufgestellt sind und interagieren. Jede historische Konstellation ist dabei gesondert zu analysieren und kann mehr oder weniger demokratischer Natur sein. Letztlich ist es aber vor allem das gegenhegemoniale Moment, das den demokratischen Charakter von Demokratie ermöglicht – daher ist auch das gegenhegemoniale Moment das entscheidende Analysekriterium. Denn: Je stärker das gegenhegemoniale Moment einer Demokratie, umso eher entspricht die diskursive Formation dem Kriterium der offen-offensichtlichen Selbstkonstruktion einer Gemeinschaft (Mouffe: 1989: 41).

Zwei Elemente des gegenhegemonialen Moments von Demokratie sind dabei zentrale analytische Ansatzpunkte: *gegenhegemoniale Praxis* und *Gegenhegemoniale Aspekte des demokratischen Horizonts*.

Die Praxis gegenhegemonialer Projekte setzt dort an, wo die zentralen Determinanten für eine soziale Ordnung zu vermuten sind. Gegenhegemoniale Projekte positionieren sich explizit als Herausforderer und Alternative zur dominierenden Ausdeutung des demokratischen Horizonts. Wenn also das Kerninteresse der dominanten Formationen ist, als natürliche und allgemein akzeptierte Konkretisierung von Demokratie zu gelten, dann stellen gegenhegemoniale Projekte dies sichtbar in Frage und formulieren konkurrierende Möglichkeiten sozialer Ordnung. Insofern wird durch gegenhegemoniale Projekte der konstruierte und damit kontingente Charakter einer Ordnung sichtbar gemacht (Marchart 2014: 228). Je erfolgreicher gegenhegemoniale Projekte sind, umso stärker öffnet sich auch generell die soziale Ordnung für weitere Teilhabe am Prozess der Selbstkonstruktion des Sozialen. Erfolgreiche gegenhegemoniale Projekte bedingen also im Sinne eines Musters und Vorbilds weitere gegenhegemoniale Projekte.

Entscheidend für den Erfolg ist aber nicht nur die spezifische diskursive Konstellation des einzelnen gegenhegemonialen Projekts. Wichtig sind auch die Kontextbedingungen des erweiterten demokratischen Diskurses. Gegenhegemoniale Projekte gelten in einer Gesellschaft mit langer demokratischer Tradition und vielen Bewegungsereignissen eher als legitim, können auf historische Vorbilder verweisen, sich allgemein akzeptierter Symbole bedienen oder unveräußerliche demokratische Rechte geltend machen. Diese *gegenhegemonialen Aspekte des demokratischen Horizonts* stärken in der Summe gegenhegemoniale Praxis, die sich per definitionem in einer strategisch problematischen Situation befindet. Zugleich sind viele Aspekte die Folge vergangener gegenhegemonialer Interventionen, sodass von einer sehr engen

Interaktion gegenhegemonialer Projekte und gegenhegemonialen Aspekte des demokratischen Horizonts ausgegangen werden kann.

Im Gegensatz zu immer vorhandenen gegenhegemonialen Aspekten in der Demokratie zeichnen sich gegenhegemoniale Projekte durch eine erhöhte Sichtbarkeit und Dynamik aus. Sie greifen vorhandene gegenhegemoniale Aspekte auf und bündeln diese zu einer politisch wirkmächtigen Praxis. Gegenhegemoniale Projekte sind daher der zentrale analytische Ansatzpunkt, um speziell das gegenhegemoniale Moment der Demokratie und allgemein den demokratischen Charakter einer Demokratie zu untersuchen. Es wird ferner angenommen, dass eine erfolgreiche und aktive gegenhegemoniale Praxis ein wichtiger Gradmesser für die Qualität einer Demokratie sein kann.

Eingangs wurde argumentiert, dass der hohe normative Status von Demokratie primär auf diskursive Dynamiken rund um das Besetzen des imaginären Allgemeinen zurück geführt werden kann. Mit dem nun entwickelten Verständnis demokratischer Demokratie kann dies ergänzt werden: Demokratie ist eine spezielle hegemoniale Formation, weil sie Elemente in sich trägt, die bestehende dominante Formen sozialer Ordnung immer wieder legitim und erfolgswahrscheinlich kritisierbar macht. Daher ist sie zugleich dadurch geprägt, dass innerhalb des Horizonts Demokratie fortwährend gegenhegemoniale Projekte formuliert und damit die Frage der Selbstkonstruktion der sozialen Ordnung immer wieder problematisiert wird.⁵⁹ Sie muss demnach als spezielle, teilweise untypische Form von Hegemonie gelten, da gerade ihr auszeichnendes Merkmal – eine prinzipiell offene und veränderbare Ordnung zu sein – eine dezidiert gegenhegemoniale Praxis erlaubt bzw. für notwendig erachtet.

Bei dem in dieser Untersuchung entwickelten Modell handelt es sich um eine *Theorie der Demokratie*, weil genau jene gegenhegemoniale Dynamiken und damit der Kern des demokratischen Charakters sozialer Ordnungen den Analyseschwerpunkt bilden. Die nun folgenden Schritte dienen der weiteren diskurs- und hegemonietheoretischen Eingrenzung des Phänomens gegenhegemonialer Projekte.

3.4 Strategie, Diskurs und Akteur

Gegenhegemoniale Projekte und damit soziale Bewegungen zielen darauf ab, sozialen Wandel in einer bestimmten Form herbei zu führen. Strategie ist dabei ein zentrales Konzept: aus der Perspektive sozialer Bewegungen als Mittel zur Zielerfüllung und aus der Perspektive der Hegemonietheorie als Erklärungsansatz.

⁵⁹ Luhmann bezeichnet diese Funktion sozialer Bewegungen für das System als Immunsystem: „Das System immunisiert sich *nicht gegen das Nein*, sondern *mit Hilfe des Nein*; es schützt sich *nicht gegen die Änderungen*, sondern *mit Hilfe von Änderungen* gegen Erstarrung in eingefahrenen, aber nicht mehr umweltadäquaten Verhaltensmustern. Das Immunsystem schützt nicht die Struktur, es schützt die Autopoiesis, die geschlossene Selbstproduktion des Systems“ (1987: 507).

Zwei wesentliche Dimensionen des Strategiebegriffs sollten dabei unterschieden werden. Erstens ist Strategie ein Begriff, der gegenüber Taktik eine gewisse Kontinuität von Handlungen und Handlungsmustern impliziert.

„Unter Strategie werden die Grundregeln des Handelns in einer Vielzahl von Situationen verstanden. Taktik ist das Verhalten in einer konkreten Situation. Strategie erfasst also das unterschiedliche Handlungen politischer Akteure strukturierende Prinzip“ (Raschke 1988: 368).

Während also Taktik ad hoc denkt, verweist der Begriff der Strategie auf die Bedeutung von Kontinuität, Koordination und reduzierte Komplexität. Letztere kann beispielsweise durch die Entscheidung für ein einheitliches, die soziale Komplexität temporär bannendes Prinzip möglich werden.

Zweitens impliziert der Einsatz von oder Verweis auf Strategie ein latentes Verhältnis zur bzw. den Anspruch auf Wahrscheinlichkeit des Erfolges im Sinne der Erfüllung eines voraus definierten Zieles.⁶⁰ Nun ist doch gerade die Negation der Berechenbarkeit sozialer Ereignisse eine Hauptprämisse diskurstheoretischer Ansätze. Kausalität ist nicht erkennbar und damit auch nicht berechenbar – Komplexität, Kontingenz und Ereignishaftigkeit prägen das Soziale. In diesem Gegen- und Miteinander von Struktur und Ereignis ist der Begriff der Strategie problematisch, jedoch nicht unmöglich.

Strategie kann im Rahmen des hegemonietheoretischen Modells als ein weiterer Ausdruck für die Beschreibung des diskursiven Strebens nach Etablierung partieller Fixierungen und damit diskursiven Formationen verstanden werden. Während jedoch all diese Begriffe primär einen Zustand relativer Stabilisierung beschreiben, wird demgegenüber mit dem Begriff der Strategie der Prozess der Etablierung selbst ausgedrückt. *Strategie meint damit den Prozess der sukzessiven Entstehung und des Arrangements einer diskursiven Konstellation* (Nonhoff 2006: 210). Diese Definition wendet damit sowohl die Kontinuitäts- als auch die Erfolgsdimension in einer diskurstheoretisch reflektierten, zurückhaltend bis skeptischen Weise. Zugleich wird hiermit das notwendige Moment des Scheiterns und der Kontingenz einer Strategie nicht negiert.

Damit bezeichnet Strategie also nicht die quasi-kausale Beziehung zwischen der Handlung eines Akteurs (Strategiedefinition und -durchführung) und der daraus ableitbaren Folge (im Sinne eines Ziels). Im diskurstheoretischen Modell wird Strategie als eine latente Wahrscheinlichkeit der erfolgreichen Re-Artikulation eines Sinnmusters verstanden. Die Wahrscheinlichkeit ist dabei insbesondere, jedoch nicht ausschließlich, auf die Tendenz des Diskurses zurück zu führen, bestehende Muster als Vorlage für erneute Artikulationen zu nehmen. Dieses Phänomen wird vor allem in hegemonialen Formationen organisiert. Die Existenz von Hegemonien ist damit

⁶⁰ „Strategien sind erfolgsorientierte Konstrukte, die auf situationsübergreifenden Ziel-Mittel-Umwelt-Kalkulationen beruhen“ (Raschke/Tils 2007: 127).

Begründung und Beleg für die Existenz von Strategien. Hegemonien existieren nur aufgrund des relativen Erfolgs von Strategien. Innerhalb von Hegemonien gibt es demnach eine nicht-kausale, dennoch aber bestehende relative Wahrscheinlichkeit des Auf- und Ausbaus neuer Sinnstrukturen nach einem bestimmten diskursiven Muster.

In diesem Sinne ist Strategie immer produktiv. Eine erfolgreiche Strategie ergreift nicht nur Chancen, sondern generiert Chancen, gestaltet Umwelt und ist Quelle sozialer Wirklichkeit. Strategie als Prozess der Entstehung eines diskursiven Musters ist damit immer auch als Entwurf einer Strukturierung des Sozialen zu verstehen. Anders: Eine Strategie bezeichnet den Versuch der Etablierung einer Sinnstruktur und ist zugleich Ausdruck für die sukzessiv entstehende Sinnstruktur selbst. *Es gibt keine Trennung von Strategie und (Sinn-)Inhalt – Strategie ist Inhalt und Prozess zugleich.*

Einrahmung durch Möglichkeitshorizont

Strategie im Sinne dieser Untersuchung bezeichnet also vor allem einen Prozess der Veränderung und Bewegung. Dementsprechend sind Strategien weniger im sedimentierten Teil des Diskurses, sondern primär im Bereich des Politischen sichtbar. Es sind auch diskursive Strategien denkbar, die eine bestehende Sedimentierung aufbrechen oder stabilisieren wollen. In allen Fällen ist Strategie aber immer stark mit dem Begriff der Politisierung oder De-Politisierung verbunden.

Diskursive Strategien operieren nicht völlig frei, sondern sind vielmehr Ausdruck für die Prägekraft bestehender hegemonialer Formationen. Zu jedem Zeitpunkt gibt es ein Set tief sedimentierter diskursiver Muster. In diesen Bereichen ist Abweichung vom Muster voraussetzungsvoll und mit strategischen Nachteilen versehen. Wenn hingegen ein diskursiver Bereich politisiert und damit offensichtlich umstritten ist, wird der Freiheitsgrad möglicher Artikulationsmuster größer. Grundsätzlich operieren diskursive Strategien also immer in einem Feld bestehender und sedimentierter Hegemonien. Im Falle der Demokratie sind dies der Horizont Demokratie und die den Horizont konkretisierenden dominanten Formationen.

Es gibt also immer einen diskursiven Möglichkeitshorizont, der denkbare und zugleich potentiell erfolgreiche Strategien definiert (Torfing 2003: 205). Letzteres ist entscheidend: *Je besser eine Strategie in eine historisch etablierte (Möglichkeits-)Struktur des Diskurses eingebettet ist, um so wahrscheinlicher ist, dass wenigstens Teile des eigenen strategischen Musters re-artikuliert werden.* Diskursive Strategie kann also nur unter Beachtung des diskursiven Kontextes verstanden werden. Sie ist im Idealfall eine spezifische Anpassung an unendlich viele voraus- und umliegende Artikulationen und hegemoniale Formationen – entsprechend ist Strategie Produkt des diskursiven Kontextes und strebt zugleich danach, diesen Kontext zu modifizieren.

Handelt es sich um ein gegenhegemoniales Projekt, so ist dieses darauf ausgerichtet, Elemente

der dominanten Formation zu verändern. Die mit dem demokratischen Horizont eng verknüpfte dominante Formation prägt jedoch besonders stark den oben genannten Möglichkeitshorizont. Gegenhegemoniale Projekte wollen demnach ein überaus dominantes diskursives Phänomen überwinden und demnach ist Passgenauigkeit in diesem Fall keine Option. Die gerade angeführte Passgenauigkeit als Erfolgsbedingung hegemonialer Strategien wandelt sich im Falle gegenhegemonialer Strategien in einen ebenso gewichtigen Hemmfaktor: Umso entscheidender ist für gegenhegemoniale Strategien möglicher diskursiver Freiheitsraum jenseits der dominanten Formation.

Freiheitsgrade von Strategie

Der gerade skizzierte Möglichkeitshorizont von Strategie beschreibt vor allem ordnungsbildende und dominierende Wirkung bestehender hegemonialer Formationen. Demgegenüber findet sich aber immer das ereignishafte, aufbrechende Moment des Diskurses. Jede bestehende hegemoniale Konstellation ist von partiellen Krisen der diskursiven Ereignishaftigkeit, Widersprüchlichkeit, Neu-Verknüpfung, Überdeterminierung und damit krisenhafter Destabilisierung gekennzeichnet. Gerade der Anspruch einer Hegemonie auf umfassende Geltung erweist sich angesichts der notwendigen Unangemessenheit und grundsätzlicher diskursiver Ereignishaftigkeit als fortlaufende Quelle von Krisen. Ihnen muss eine Hegemonie begegnen, indem das einmal etablierte Muster fortwährend artikuliert, neu kombiniert und angepasst wird.

Dementsprechend ist eine Hegemonie nicht starr und homogen, sondern vielmehr als stetig aufbrechend und entsprechend ad hoc reagierend zu denken: Als ein hegemonialer Sinn-Flickenteppich, der mit immer wieder neuen Konstellationen und Modifikationen versucht, relative Stabilität zu erreichen (Angermüller 2007a: 22).

Da diese Destabilisierungen natürlich auch – wenngleich seltener – sedimentierte diskursive Bereiche betreffen, verbergen sich im ereignishaften Moment von Diskursivität die Freiheitsgrade (gegen)hegemonialer Projekte und ihrer Strategien. Ihre Chancen liegen also in Krisen bestehender Hegemonien: wenn sie sich schnell und treffend an Veränderungen anpassen, neue und passgenaue Verknüpfungen von Knotenpunkten etablieren oder attraktivere Subjektpositionen artikulieren. All diese Gelegenheiten werden nicht ad hoc und absolut besetzt (wie sie auch nicht schlagartig frei werden) – die Veränderungen finden vielmehr über viele Re-Artikulationen statt, die nicht unbedingt immer in die gleiche Richtung, auf ausschließlich ein Ziel strebend, verlaufen müssen.

Strategie und Akteur

Im gängigen Verständnis von Strategie wird ein Akteur voraus gesetzt, der Strategie betreibt bzw.

strategisch agiert.⁶¹ Strategie ist der Versuch von bewusster Handlungsfähigkeit in komplexen Umwelten. Der Akteur kann dabei ein Subjekt, ein kollektiver Akteur oder auch ein Set aus lose miteinander verschränkten Gruppen wie etwa eine soziale Bewegung sein.

Grundsätzlich vertritt die Hegemonietheorie eine Position, die sowohl einer starr akteurszentrierten Perspektive als auch strukturfixierten Ansätzen skeptisch gegenüber steht. Das bereits erläuterte Modell der wechselseitigen Bedingung von Diskurs (Struktur) und Subjekt (Akteur) ermöglicht einen Mittelweg.⁶² Das Subjekt ist einerseits stark durch den Diskurs geprägt (Subjektpositionen) und kann zugleich durch das Moment der Entscheidung ein ereignishaftes, demnach quasi-subjektives Moment in den Diskurs einbringen. Die Struktur wird durch das Subjekt re-artikuliert und bietet erst durch partielle Fixierungen des Diskurses in Form attraktiver Subjektpositionen und hegemonialer Artikulationsmuster notwendige Voraussetzungen der Subjektgenese (Nonhoff/Gronau 2012).

Daher liegt es nahe, auch im Fall der Strategie einen Mittelweg zu beschreiten. Das Subjekt bzw. der Akteur ist einerseits in der Lage, innerhalb des Rahmens diskursiver Muster (und manchmal auch darüber hinaus) Entscheidungen zu tätigen, die strategie-prägenden Charakter haben. Die Struktur wiederum bietet innerhalb diskursiver Formationen Akteurspositionen an, die wie auch immer geartete Gruppen als strategische Akteure agieren lassen. Dabei liegt die Gruppenexistenz nicht vor dem Diskurs, sondern die Gruppe konstituiert sich erst *durch* die gemeinsame hegemoniale Artikulationen als Gruppe – die in diesem Fall dann strategisch, also expansiv oder hegemonial offensiv ausgerichtet ist (Laclau 2007: 132).

Jede abweichende Artikulation innerhalb einer strategischen Konstellation ist weniger Ausdruck einer völligen Freiheit des Akteurs, sondern vielmehr Konsequenz der immer bestehenden Heterogenität von Artikulationen im Diskurs, die zu einer Varianz in der Konstituierung der Akteure führt. Nicht zuletzt wird diese Heterogenität jeder hegemonialen Formation auch durch das oben beschriebene „Moment des Subjekts“ bedingt: denn im Moment der Entscheidung re-artikuliert sich der strategische Akteur zwar – im Sinne einer *passiven Entscheidung des Anderen in mir* – auf Basis des strategischen Diskurses, ist aber trotzdem bedingt „frei“.

Letztlich ist damit der strategische Akteur *sichtbarer Ausdruck* eines tieferliegenden strategisch ausgerichteten Diskurses. *Struktur und Akteur bedingen und durchdringen sich gegenseitig, sind also gleichursprünglich* (Gaus 2004: 67). Die Konstituierung von Akteursidentitäten ist dabei Kernfunktion einer hegemonialen Strategie. Es wird eine Gruppe konstruiert und die Idee selbständig, im Sinne des Projekts agierender Subjekte und Akteure verbreitet. Je besser eine hegemoniale Strategie ein Feld möglicher Handlungen skizzieren und Subjekte für dieses mobilisieren kann, umso erfolgreicher wird ein hegemoniales Projekt sein.

⁶¹ „Strategische Akteure sind strategisch denkende und (inter-)agierende Handlungsträger“ (Raschke/Tils 2007:127).

⁶² Vgl. Kapitel 2.2.3.

Das Selbstbild des strategischen Akteurs

Das typische Selbstbild von Akteuren und die diskurstheoretische Perspektive sind nur bedingt kompatibel. Innerhalb der hegemonial konstruierten Akteursidentitäten dominiert zumeist ein Subjektverständnis des freien, handlungsfähigen Akteurs. Unter diesen Vorzeichen ist es relativ undenkbar, dass Entscheidungen letztlich diskursiv vorgezeichnet sind und Abweichungen nur minimal möglich sind.

Marchart schlägt vor, dieses Phänomen als *Modus des als ob* zu bezeichnen (2010b: 317). Dabei bezieht sich das „als ob“ nicht nur auf die eigene Handlungsfreiheit, sondern auch auf den konkreten Gegenstand – im Kontext hegemonialer Diskurse der Anspruch, durch die Etablierung des hegemonialen Projekts den grundsätzlichen Mangel überwinden zu können. Entsprechend ist der „als ob“-Modus ein Charakteristikum hegemonialer Projekte: auch hier wird die Begrenztheit des eigenen Erfolges durch ein gewisses Maß an Größenwahn (Marchart 2010b: 317) ignoriert. Diese Illusion eigener Handlungsfähigkeit und -kraft findet sich also bei hegemonialen Projekten und Akteuren. Zugleich ist aber gerade diese Ignoranz zentrale Voraussetzung für die Fortführung des Diskurses: Subjekte werden zur Re-Artikulation motiviert und erhalten erst so die Chance, ihre minimalen Freiheitsgrade auszuschöpfen – hegemoniale Projekte werden durch ebenjene Subjekte re-artikuliert und haben so überhaupt die Gelegenheit, sich erfolgreich zu etablieren. Der Modus des „als ob“ ist demnach Quelle für diskursive Dynamiken, der Erfolg eines hegemonialen Projekts kann aber zugleich nicht, wie es der Modus des „als ob“ suggeriert, auf das Wirken weniger Subjekte oder Akteure zurückgeführt werden.

Analyse strategischer Akteure

Analytisch bedeutet dies, dass Subjekte und alle anderen Gruppen als bedingt frei agierende strategische Akteure gedacht werden können, denn nur so ist der Begriff der Strategie analytisch fassbar. Zugleich kann jeder Akteur erst vor dem Hintergrund und bei Beachtung des diskursiven Kontextes verstanden werden, denn angesichts der diskursiven Komplexität ist jeder Akteur in erster Linie Produkt des Diskurses und des durch ihn repräsentierten hegemonialen Projekts.

Konkret kann damit der Akteur zwar strategisch agieren – er wird dies aber aus hegemonietheoretischer Perspektive nur in der durch das diskursive Muster geprägten Weise tun. Es gibt demnach zwei Ebenen: Erstens die übergeordnete und zugleich verbindende Strategie der diskursiven Formation. Hier meint Strategie den diffusen Prozess der diskursiven Etablierung eines Projekts. Zweitens die plurale, lokale und temporäre Ausprägung der Strategie durch den Akteur – strukturiert durch den Diskurs, konkretisiert und kontextualisiert durch die Re-Artikulationen, also beispielsweise Forderungen des Akteurs.

Die Summe der lokalen strategischen Artikulationen ist wiederum Grundlage der Re-Artikulation

der Strategie, wobei jedoch hier eine wichtige Einschränkung vorzunehmen ist: Struktur darf nicht allein als Summe der Subjektartikulationen verstanden werden, denn das Ganze (Struktur) ist als ein Mehr als die Summe seiner Einzelteile zu verstehen. Hier bietet sich zur Erläuterung der Begriff der Emergenz als eine komplexe Wechselbeziehung zwischen dem Ganzen und seinen Einzelteilen an. Der Aspekt der Emergenz reduziert das Ganze nicht auf die Summe der Einzelteile, sondern ist vielmehr Ausdruck für Eigenschaften des Ganzen, die nicht (allein) auf die Re-Artikulation der Subjekte zurückgeführt werden können (Mitchell 2008: 46ff.).

Diese Emergenz-Eigenschaften sind ein weiteres prägendes Element des Strategie-Akteur- bzw. Struktur-Subjekt-Verhältnisses. Denkbare Ursachen für Emergenzereignisse sind Rückkopplungsschleifen oder andere dynamische, mit dem Kontext interagierende Prozesse. Letztlich bedeutet Emergenz, dass trotz der sinnvoll gedachten Verbindung von Strategie und Akteur das Phänomen der Strategie nicht auf dieses Wechselspiel der zwei Elemente reduziert werden kann. Emergenz ist damit ein anderer Begriff für die schon bemühte Ereignishaftigkeit und Komplexität diskursiver Konstellationen, versucht aber durch den Verweis auf komplexere Prozesse diesen Aspekt des Diskursiven weniger kryptisch, sondern vielmehr für eine weitere Analyse geöffnet zu definieren. Im Kontext der Diskussion gegenhegemonialer Projekte findet sich die Idee der Emergenz vor allem in dem Versuch gegenhegemonialer Projekte, durch radikale diskursive Interventionen diskursive Dynamiken in Gang zu setzen. Produkt derart emergenter Prozesse wäre dann eine Krise der dominanten Formation und ein Modus diskursiver Kreativität und Beweglichkeit.⁶³

3.5 Hegemoniale Entwicklungsphasen

Notwendige Bedingungen hegemonialer Projekte

Gegenhegemoniale Projekte sind, wenn man sie losgelöst von ihrer sehr spezifischen strategischen Ausrichtung gegenüber der dominanten Formation betrachtet, erst einmal durch die gleichen Charakteristika wie normale hegemoniale Projekte gekennzeichnet. Wullweber verweist auf vier notwendige Bedingungen für ein erfolgswahrscheinliches hegemoniales Projekt, ohne deren Erfüllung ein hegemoniales Projekt keine bzw. höchst unwahrscheinliche Chancen hat, sich in absehbarer Zeit als Hegemonie zu etablieren (2010: 140f., 155f.).

Erstens wird jedes hegemoniale Projekt durch einen *leeren Signifikanten* integriert und repräsentiert. Der leere Signifikant stabilisiert und konstituiert dabei einerseits den Raum und die Identität der Hegemonie (Repräsentation). Andererseits ist er Fixpunkt der Äquivalenzkette und verknüpft damit das heterogene Ensemble diskursiver Momente (Integration). Die Existenz und der Status eines leeren Signifikanten ist damit ein analytisches Kriterium zur Bewertung des Zustands

⁶³ Vgl. Kapitel 3.6.4.

eines hegemonialen Projekts. Allgemein kann mit Marchart (2003) angenommen werden, dass die „[...] ‚Länge‘ einer Äquivalenzkette [...] proportional zur Leere des Signifikanten ist, der die Kette als solche bezeichnet“.

Zweitens muss das hegemoniale Projekt im Verlaufe seiner Entstehung die immer vorhandenen partiellen Sinndeutungen jeder diskursiven Artikulation in *Forderungen mit universellem Geltungsanspruch* umformen (Wullweber 2010: 140). Hierzu gehört auch als wichtiger Bestandteil der Identität ein offener Antagonismus gegenüber all jenen diskursiven Phänomenen, die der umfassenden Forderung im Wege stehen. Erst dieser „Reifegrad“ macht aus einem wie auch immer gearteten Sinnangebot ein offensives strategisches Projekt mit dem Ziel der Besetzung des imaginären Allgemeinen einer Gesellschaft.

Drittens ist genau dieses erfolgreiche positive⁶⁴ Verknüpfen des Sinnangebots eines hegemonialen Projekts mit dem *imaginären Allgemeinen* einer Gesellschaft die Voraussetzung für die Realisierung des zuvor nur als Selbstbeschreibung formulierten Anspruchs auf umfassende Geltungskraft (Wullweber 2010: 140). Da diese Zuschreibung nur von außen möglich ist, sind hier positive Verweise auf den Anspruch des hegemonialen Projekts durch bestehende Hegemonien oder weitere diskursive Knotenpunkte wichtig. Zudem wird der Anspruch durch die breite Übernahme von Subjektpositionen, die das hegemoniale Projekt anbietet, gestützt und weiter getragen.

Viertens sollte ein hegemoniales Projekt eine *relative Kongruenz mit aktuellen Konkretisierung des demokratischen Horizonts* aufweisen (Wullweber 2010: 140). Dies kann zum Beispiel bedeuten, dass ein hegemoniales Projekt dem diskursiven Muster der aktuellen Formation entspricht oder viele Elemente dieser hegemonialen Formationen in die eigene Äquivalenzkette integriert.

Konkret heißt dies aber auch, dass die potentielle gesellschaftliche Wirkungsmächtigkeit des hegemonialen Projekts durchaus von der Relation zu bestehenden wichtigen hegemonialen Formationen abhängt. Die Nähe des Projekts zu zentralen hegemonialen Knotenpunkten, Symbolen oder wichtigen Narrationen ist damit ein entscheidendes Kriterium für den Erfolg. Sofern die aktuelle Konkretisierung des demokratischen Horizonts durch eine spezifische hegemoniale Formation stabil und damit von hoher diskursiver Geltungskraft ist, erweist sich eine relative Kongruenz des hegemonialen Projekts zur dominanten Formation als strategisch entscheidend. Gerade die Verknüpfung des hegemonialen Projekts mit dem imaginären Allgemeinen (Punkt 3) kann vor allem durch jene dominante Formation etabliert werden, die als Inbegriff des Gemeinwohls gilt.

Alle vier Punkte werden durch die explizit *gegenhegemoniale* Ausrichtung eines hegemonialen

⁶⁴ Es sind auch Sinnformationen mit leeren Signifikanten denkbar, denen diese positive Verknüpfung mit dem imaginären Allgemeinen nicht gelingt. Wullweber weist zudem darauf hin, dass leere Signifikanten auch von Diskursgemeinschaft zu Diskursgemeinschaft unterschiedlich eingeordnet werden können (Wullweber 2010: 151).

Projekts erschwert. Insbesondere gilt dies für die Frage der Kongruenz zur aktuellen Konkretisierung des demokratischen Horizonts, da gegenhegemoniale Projekte per definitionem inkongruent zu bestimmten dominanten Formationen sind. Entsprechend ist es notwendig, für gegenhegemoniale Strategien eine eigene detaillierte Diskussion der Erfolgsbedingungen vorzunehmen, die sich in Kapitel 3.6.3 findet.

Hegemonien

Ein wesentlicher, wenn nicht letztlich der entscheidende Faktor für alle hegemonialen und gegenhegemonialen Strategien sind die spezifischen Konstellationen bestehender Hegemonien. Letztere sind dabei immer von Veränderungen geprägt, sodass die Umweltbedingungen für hegemoniale Projekte nur bedingt abstrakt diskutiert werden können. Die nun folgenden Punkte sind demnach als eine erste diskurstheoretische Näherung zur Identifikation von Hegemonien zu verstehen. Die Analyse selbst kann ausschließlich am Objekt der konkreten historisch-diskursiven Konstellationen vorgenommen werden.

Status einer Hegemonie

Mit dem Status einer Hegemonie ist die Annahme verbunden, dass hier nun eine erhebliche diskursive Prägekraft zu verorten ist. Im hegemonietheoretischen Modell ist die Hegemonie entsprechend das zentrale Konzept, um die Komplexität von Diskursivität fassbar zu machen. Zur Identifikation von Hegemonien bieten sich folgende Kriterien an:

Jede Hegemonie verfügt über einen Signifikanten, der durch ein gewisses Maß an Entleerung charakterisiert ist. Das jeweilige diskursive Sinnprojekt wurde zudem in eine umfassende Forderung umgewandelt, was wiederum die Konstruktion eines Antagonismus bedingt. Nicht zuletzt werden Elemente einer Hegemonie auch jenseits des spezifischen hegemonialen Projekts re-artikuliert und mit Aspekten des imaginären Allgemeinen einer Gesellschaft verknüpft. Die Hegemonie ist damit anerkannt, etabliert und verfügt über eine breite Integrations- und Geltungskraft.

In diesem Fall kann von einer Hegemonie gesprochen werden – eine derartige hegemoniale Position ist jedoch nicht notwendig absolut. Sie kann sich auch auf Teilbereiche des Diskurses begrenzen und auch die Existenz weiterer, konkurrierender Hegemonien ist denkbar. Grundsätzlich ist der Status einer Hegemonie also kein Synonym für absolute Dominanz, feste Ordnung und diskursive Starrheit. Eine Hegemonie muss sich vielmehr weiterhin fortwährend stabilisieren, sodass ein qualitatives Kriterium für die Kraft einer Hegemonie ihre Dauerhaftigkeit und relative Stabilität ist. Denn: Hegemonien sind darauf angelegt, gerade nicht spontan und flüchtig zu sein. Alle oben genannten Charakteristika von Hegemonien sollen diskursive Dominanz und Stetigkeit sichern. Weitere mögliche Quellen diskursiver Dominanz sind die Einbindung

wichtiger diskursiver Knotenpunkte, die enge Verknüpfung mit Staatlichkeit als diskursivem Mechanismus zur Sicherung von Dauerhaftigkeit⁶⁵ oder aber – als entscheidender Punkt – die diskursive Sedimentierung der Hegemonie als ein quasi-natürliches, objektiv notwendiges gegebenes und alternativloses Phänomen. Dies wurde schon mehrfach im Kontext des Horizonts diskutiert und stellt die höchste Entwicklungsstufe einer Hegemonie dar. *Das explizit politische Projekt der Etablierung einer Hegemonie findet demnach seine höchste Stufe in der vollständigen Verschleierung des eigenen politischen Charakters.* Die vermeintliche Objektivität eines Sinnangebots und Undenkbarkeit von Alternativen sind die optimale Grundlage für die vorerst stabile und relativ krisensichere Re-Artikulation hegemonialer Muster. Da alle Hegemonien und hegemonialen Projekte nach der eigenen Dauerhaftigkeit und maximalen Geltungskraft streben, ist die Sedimentierung der hegemonialen Muster das wichtigste und zugleich voraussetzungsreichste Ziel aller diskursiven Projekte.

Dabei ist davon auszugehen, dass diskursive Sedimentierung vor allem ein Produkt einer recht dauerhaften, stetigen, relativ unumstrittenen diskursiven Präsenz einer hegemonialen Formation ist. Dies geht zumeist damit einher, dass das hegemoniale Artikulationsmuster von gewichtigen diskursiven Akteuren re-artikuliert und in zentrale diskursive Formationen eingearbeitet wird. In der Summe kann dies einen Prozess diskursiver Sedimentierung ermöglichen, der umso erheblicher einzuschätzen ist, wenn die geschilderte optimale diskursive Lage relativ dauerhaft ist.

Das Streben nach Sedimentierung verweist auf den Umstand, dass Hegemonien mit ihrem Status nie „zufrieden“ sind. Eine Hegemonie ist per definitionem expansiv ausgelegt und wendet dabei die gleichen offensiv-hegemonialen Strategien (Nonhoff 2006: 139) an, die sich in hegemonialen Projekten finden – wenn auch mit ungleich besseren Ausgangs- und damit Erfolgsbedingungen. Dies wird ergänzt durch defensiv-hegemoniale Strategien, die auf die „[...] Abwehr und Zerstreuung von hegemonialen Projekten abziel[en] [...]“ (Nonhoff 2006: 140). Kernstrategie ist dabei die Dekonstruktion konkurrierender hegemonialer Projekte durch Deartikulation von Antagonismen oder Äquivalenzen (Nonhoff 2006: 140). In manchen Fällen lässt sich als Defensivmaßnahme einer dominanten Formation die Entstehung eines neuen hegemonialen Projekts beobachten, welches als Reaktion auf die Herausforderung durch ein gegenhegemoniales Projekt zu verstehen ist. Dieses gegen-gegenhegemoniale Projekt entfaltet mehr Dynamik als übliche defensiv-hegemoniale Strategien und ist darauf ausgerichtet, die durch eine gegenhegemoniale Intervention entstandene Lücke zu füllen.⁶⁶

Hegemonien sind also nicht nur passive Umwelt für hegemoniale und gegenhegemoniale Projekte. Sie sind vielmehr aktive und diskursiv bestens aufgestellte Konkurrenz für alle Projekte, die sich erst noch diskursiv etablieren wollen.

⁶⁵ Vgl. Kapitel 4.

⁶⁶ Vgl. Kapitel 9.3.

Bewegung und Krise

Nun ist die Prägekraft bestehender Hegemonien nur die eine Seite der Umweltbedingungen hegemonialer Projekte. Auf der aktuell diskutierten Ebene der diskursiv-hegemonialen Konstellationen findet sich demgegenüber auch das Moment fortwährender Dynamik, ausgedrückt über die Begriffe Bewegung und Krise.

Expansiver Erfolg der einen Hegemonie führt zur Destabilisierung anderer Hegemonien. Weitere Momente diskursiver Ereignishaftigkeit, wie das notwendige Scheitern des umfassenden hegemonialen Deutungsanspruchs, Überdeterminierung sowie Modifikation und Veränderung bei Re-Artikulationen ergänzen dies. In ihrer Summe findet sich daher ein immer vorhandenes diskursives Bewegungsmoment. Alle diskursiven Projekte müssen auf diese diskursive Dynamik in Form von Modifikation, Neupositionierung und Re-Artikulationen reagieren, was wiederum für weitere diskursive Projekte eine Veränderung bedeutet. Der Prozess ist also dauerhaft, so dass dieses *Bewegungsmoment* als normale diskursive Konstellation verstanden werden muss.

Eine *Krise* wiederum unterscheidet sich vom grundsätzlichen Bewegungsmoment durch das absehbare, offensichtliche Risiko einer bestehenden Hegemonie, dass sich das eigene hegemoniale Muster nicht weiter als dominant behaupten könnte. Der konstruierte Charakter wird sichtbar. Es handelt sich demnach um eine existentielle Bedrohung einer Hegemonie oder eines signifikanten Teils einer Hegemonie. Krisen von Hegemonien mit begrenzter Reichweite oder von nur schwacher diskursiver Etablierung sind üblich, da diese Hegemonien noch Teil des Politischen und entsprechend weiterhin umstritten sind. Je besser eine Hegemonie abgesichert ist, etwa durch hohe Reichweite, Sedimentierung oder enge Verknüpfung mit dem demokratischen Horizont, umso voraussetzungsvoller und damit seltener wird eine diskursive Krise.

Auch die *Gründe für Krisen* liegen in den komplexen Mechanismen diskursiver Ereignishaftigkeit und dem daraus resultierenden Bewegungsmoment. Viele Krisen sind fehlgeschlagene Reaktionen auf das Bewegungsmoment. Das Krisenrisiko steigt, wenn für eine Hegemonie zentrale diskursive Elemente verändert oder nicht mehr verfügbar sind.

Reaktionen einer Hegemonie auf die eigene Krise liegen im Rahmen des möglichen Handlungsportfolios von Hegemonien und umfassen damit das Repertoire hegemonialer Strategien. Denkbar ist etwa die Umstrukturierung der Äquivalenzkette zum Zwecke der Integration noch stabiler Elemente oder ein massiver antagonistischer Impuls zur offensiven Begegnung der Krise.

Die Reaktionen anderer Hegemonien und hegemonialer Projekte werden einerseits von der Beziehung zu der krisenhaften Hegemonie und andererseits von den eigenen expansiven Grundtendenzen geprägt. Nur jene Hegemonien, die sich durch besonders enge Verknüpfungen mit der krisenhaften Hegemonie auszeichnen, reagieren mit eigenen

Stabilisierungsanstrengungen, die auch die krisenhafte Hegemonie positiv unterstützen können. Alle anderen Hegemonien und hegemonialen Projekte des unmittelbaren Umfelds werden versuchen, den eigenen Geltungsanspruch auf den sich nun öffnenden diskursiven Raum auszuweiten. Damit tragen sie zu der weiteren De-Stabilisierung der krisenhaften Hegemonie bei. Es kann angenommen werden, dass hegemoniale Projekte in diesem Fall anpassungsfähiger sind, da sie nicht so fest institutionalisiert sind, dass ihre Bewegungsfähigkeit stark eingeschränkt wäre.

Über den Begriff der Strategie können unterschiedliche hegemoniale Entwicklungsphasen identifiziert werden. Einige Strategien betreffen die Binnenorganisation eines hegemonialen Projekts – viele entscheidende Determinanten finden sich aber in der diskursiven Umwelt eines hegemonialen Projekts: die Akzeptanz als Teil des imaginären Allgemeinen wird primär von außen zugeschrieben und auch die Kongruenz mit dominierenden diskursiven Prinzipien ist abhängig von der diskursiven Umwelt bzw. insbesondere der dominanten Formation.

Im Falle der Passgenauigkeit von hegemonialen Projekt und diskursiver Umwelt kann dies einen erheblichen strategischen Vorteil des betreffenden hegemonialen Projekts bedeuten. Sofern sich aber die Strategie eines gegenhegemonialen Projekts explizit gegen bestimmte dominante Formationen richtet, muss von erheblichen strategischen Nachteilen ausgegangen werden. Insofern können hegemoniale und gegenhegemoniale Projekte nicht gleich behandelt werden – sie unterscheiden sich vielmehr genau in dem Punkt, der für die diskursiven Erfolgsbedingungen wesentlich ist.

3.6 Eigenschaften gegenhegemonialer Projekte

In den vergangenen Kapiteln wurden gegenhegemoniale Projekte in ersten Ansätzen diskutiert. Der nun folgende Abschnitt führt diese Aspekte systematisch zusammen und skizziert erste Analyse Kriterien für konkrete historisch-diskursive Konstellationen.

3.6.1 Charakteristika gegenhegemonialer Projekte

Als gegenhegemoniale Projekte werden all jene hegemonialen Projekte bezeichnet, die sich durch eine explizite Inkongruenz zu aktuell dominanten Konkretisierungen des demokratischen Horizonts auszeichnen. Gegenhegemoniale Projekte sind dabei durch die Gleichzeitigkeit von zwei wesentlichen Dimensionen gekennzeichnet. Erstens formulieren sie einen expliziten Widerspruch zur dominanten Formation und versuchen entsprechend, diese zu destabilisieren (dekonstruierende Dimension). Zweitens formulieren sie als hegemoniales Projekt eine konkrete Alternative sozialer Ordnung (produktive Dimension).⁶⁷ Erst wenn ein diskursives Projekt etabliert

⁶⁷ Für mehr Details vgl. Kapitel 3.1.

werden kann, das eine plausible Alternative darstellt, mit wichtigen weiteren Knotenpunkte verknüpft ist und diskursiv akzeptiert, also re-artikuliert wird, ist der Erfolg eines gegenhegemonialen Projekts möglich. Entsprechend ist letztgenannte produktive Strategie der Etablierung eines neuen gegenhegemonialen Projekts als essentieller Kern jeder gegenhegemonialen Strategie zu verstehen (Carroll 1997: 32). Dabei erwachsen aus der produktiven Dimension die wesentlichen dekonstruierenden Impulse. Beispielsweise führt der offensive Anspruch auf universelle Geltung eines gegenhegemonialen Projekts zugleich zu einer sichtbaren Partikularisierung des Geltungsanspruchs der dominanten Formation. Insofern werden in den folgenden Untersuchungsschritten vor allem produktive diskursive Strategien aus der spezifischen strategischen Konstellation gegenhegemonialer Projekte diskutiert.

Positionierung gegenhegemonialer Projekte

Die Beziehung zu anderen Hegemonien ist für die Verleihung der Präposition „gegen“ zentral. Um mit dem Attribut „gegenhegemonial“ nicht jede Konkurrenz von Hegemonien oder hegemonialen Projekten zu erfassen, bezieht es sich ausschließlich auf die offensiv-antagonistische Ausrichtung eines gegenhegemonialen Projekts gegenüber dominanten Konkretisierungen des demokratischen Horizonts. Gleichzeitig findet sich in vielen sozialen Bewegungen (als typische gegenhegemoniale Projekte) eine starke Referenz auf den demokratischen Horizont bzw. die in ihm enthaltenen gegenhegemonialen Aspekte.⁶⁸ Letzteres hat dabei nicht nur den Zweck der Legitimierung und strategischen Absicherung eines grundsätzlich prekären Projekts. Gegenhegemoniale Projekte zielen zugleich und direkt auf die Ablösung der aktuell dominanten Konkretisierung des demokratischen Horizonts – sie erheben also den Anspruch auf eine bessere Konkretisierung der grundsätzlich unumstrittenen Idee Demokratie.

Das Verhältnis gegenhegemonialer Projekte zur dominanten Formation ist grundsätzlich antagonistisch angelegt. Nun ist die dominante Formation jedoch zugleich ein sehr vielfältiges Ensemble aus Hegemonien und weiteren assoziierten diskursiven Projekten. Der Antagonismus richtet sich gegen ein Kernprinzip der dominanten Formation, nicht aber grundsätzlich gegen jeden Aspekt der Formation. Vielmehr ist auch die dominante Formation ein Objekt im Akt der Konstruktion antagonistischer Äquivalenzketten. Manche Teilbereiche der dominanten Formation können dabei durchaus als Teil der Wir-Äquivalenzkette beschrieben werden, was erhebliche strategische Optionen eröffnet. Gegenhegemoniale Projekte sind demnach nicht absolut, sondern vielmehr sehr speziell antagonistisch ausgerichtet. Angesichts ihrer prekären strategischen Lage erscheint es erfolgsversprechend, dass auch relevante Äquivalenzbeziehungen zu Teilen der dominanten Formation etabliert werden können. Insofern umfassen die Strategien gegenhegemonialer Projekte sowohl integrierende, auf die Etablierung von Äquivalenzrelationen

⁶⁸ Vgl. Kap. 3.3.

bezogene als auch universalisierende, auf die antagonistische Artikulation eines umfassenden Geltungsanspruchs abzielende Aspekte.

Horizont und demokratisch-gegenhegemoniale Projekte

Die Unmöglichkeit einer absolut-antagonistischen Positionierung wird noch einmal unterstrichen, wenn man die strukturierende diskursive Kraft des demokratischen Horizonts als Erfolgsfaktor für hegemoniale und auch gegenhegemoniale Projekte bedenkt: Der Horizont und insbesondere seine dominanten Konkretisierungen bilden eine diskursive Basis, die das Wesen aller assoziierten diskursiven Elemente prägt.

Es lässt sich dabei ein doppelter Einfluss des Horizonts beobachten: Erstens definiert sein diskursives Muster den Bereich der sinnhaften Artikulation. Unendlich viele Artikulationsoptionen sind allein aufgrund der historisch gewachsenen Struktur des Horizonts aktuell nicht verfügbar. Zweitens kommt es durch die bestehende enge Verknüpfung von stark entleertem Horizont und dominanter Formation zu einer vorläufigen Konkretisierung der Bedeutung des Horizonts. Letztere führt zu einer weiteren Einengung von Artikulationen – in diesem Fall nicht über die Funktion diskursiver Undenkbarkeit, sondern durch eine Privilegierung von spezifischen Artikulationsmustern (Wullweber 2010: 117). Jene Artikulationen, die dem Muster der dominanten Formation nicht entsprechen, rufen in vielen Fällen Irritationen hervor, gelten als problematisch oder illegitim. Demgegenüber verfügen Re-Artikulationen im Sinne der dominanten Formation über vielfältige bekannte, anerkannte Muster und Anknüpfungspunkte.⁶⁹

Entscheidend ist jedoch, dass die Determinationskraft des Horizonts und der dominanten Formation nicht auf beiden Ebenen gleich einzuschätzen ist. Grundsätzlich ist trotz der strukturierenden Kraft des Horizonts im Bereich seiner diskursiven Geltungskraft ungleich mehr Vielfalt an diskursiven Artikulationen denkbar, als in einem zweiten Schritt durch die dominante Formation privilegiert werden. In dieser Differenz liegt der diskursive Möglichkeitsraum demokratisch-gegenhegemonialer Projekte.

Gegenhegemoniale Projekte bewegen sich im Regelfall innerhalb des diskursiven Bereichs des demokratischen Horizonts. Wie oben angedeutet, verweisen sie darüber hinaus auf viele wichtige Aspekte des demokratischen Diskurses. Wenn beides zutrifft, können derartige Projekte als *demokratisch-gegenhegemoniale Projekte* bezeichnet werden. Durch diese Ausrichtung gleichen sie einen Teil ihrer strategischen Defizite aus. Sie agieren innerhalb des demokratischen Horizonts und akzeptieren damit die basalen demokratischen Muster. Durch die Verknüpfung ihrer Forderungen mit Teilaspekten des demokratischen Horizonts ist zugleich ein relativer Ausgleich

⁶⁹ „Der immer schon partiell strukturierte diskursive Raum wirkt permanent strategisch-selektiv auf das Rearrangement der diskursiven Elemente ein und privilegiert bestimmte Formen der Reorganisation stärker als andere“ (Wullweber 2010: 117).

gegenüber der oben genannten diskursiven Privilegierung im Sinne der dominanten Formation möglich. Für gegenhegemoniale Projekte ist es zwar undenkbar, dem Muster der dominanten Formation zu entsprechen. Demokratisch-gegenhegemoniale Projekte können aber durch den Verweis auf die gegenhegemonialen Aspekte des demokratischen Horizonts eine grundsätzliche diskursive Legitimität ihrer Forderungen sichern.

Es liegt also nahe, dass *demokratisch*-gegenhegemoniale Projekte im Kontext eines stabilen demokratischen Horizonts eher zu finden und weitaus erfolgreicher sind, als denkbare gegenhegemoniale Projekte ohne expliziten Bezug auf den demokratischen Diskurs. Daher wird an dieser Stelle die Analyse weiter bzw. nun explizit auf *demokratisch*-gegenhegemoniale Projekte eingegrenzt.⁷⁰ Dies entspricht dem gewählten Fokus auf Demokratie, dem üblichen demokratischen Selbstverständnis sozialer Bewegungen und nicht zuletzt der Absicht, ein Modell für erfolgswahrscheinliche und damit beobachtbare gegenhegemoniale Projekte zu entwickeln.

Freiräume gegenhegemonialer Projekte

Für gegenhegemoniale Projekte sind hegemoniale Formationen von doppelter Bedeutung: Erstens als Objekt antagonistischer Ausrichtung, zweitens auch hier als diskursive Konstellationen, die erhebliche Prägekraft für alle Artikulationen im entsprechenden diskursiven Bereich entfalten. Im Vergleich zu den strategischen Bedingungen hegemonialer Projekte erscheint letztgenannter Punkt jedoch noch entscheidender, da die strategischen Bedingungen gegenhegemonialer Projekte durch Inkongruenz mit diesen Formationen weitaus prekärer sind. Dennoch existieren auch hier Freiräume, die aus Gründen der Übersichtlichkeit hier in Tabellenform (Tabelle 1) zusammengefasst werden.

⁷⁰ Aus Gründen der Lesbarkeit wird darauf verzichtet, fortwährend die Formulierung demokratisch-gegenhegemoniale Projekte zu verwenden. Vielmehr sind, sofern dies nicht explizit anders angegeben ist, gegenhegemoniale Projekte als demokratisch-gegenhegemonial zu verstehen.

Tabelle 1: Übersicht über die Freiräume gegenhegemonialer Projekte

Pluralität	Die <i>Pluralität</i> des Sozialen findet sich in der gleichzeitigen Existenz verschiedener Hegemonien, die bestimmte, räumliche oder inhaltliche Bereiche des Diskurses parallel besetzen. Sollte ein Sinnprojekt – wie etwa Demokratie – besonders starke Verbreitung erfahren, so führt dies notwendig zur Entleerung des Signifikats, was letztlich die Pluralität um eine Ebene verschiebt. Sie ist nun im Kontext und unter den grundsätzlichen Vorzeichen des Horizonts angesiedelt.
Überdetermination	Als <i>überdeterminiert</i> können all jene Signifikanten gelten, die durch verschiedene Artikulationen in unterschiedliche Differenzrelationen eingesetzt wurden. In diesem, fast nicht zu vermeidenden Fall ist das entsprechende Zeichen nicht eindeutig in seiner Bedeutung und damit Quelle möglicher Irritationen, Subversionen und Widersprüche.
Verunsicherungen im Anspruch umfassender Geltung	Der Anspruch von Hegemonien auf <i>umfassende, quasi-natürliche Geltung</i> widerspricht ihrem konstruierten Charakter. Entsprechend ist in jeder hegemonialen Artikulation das Moment potentieller Verunsicherung, De-Stabilisierung und Subversion angelegt, weil der postulierte Anspruch per se unangemessen ist.
Krise	Die <i>Krise</i> einer Hegemonie bedeutet die Gefahr des Kollapses eines bis dahin stabilen Sinnmusters. Durch die grundsätzlich zu beobachtende Verknüpfung und gegenseitige Stabilisierung von Hegemonien eine Krise nicht nur Ausdruck eines sich möglicherweise öffnenden diskursiven Freiraums, sondern auch Quelle für weitere De-Stabilisierungen der breiteren hegemonialen Formation.
Veränderung durch Umweltkomplexität	Krisen, Verschiebungen diskursiver Muster oder auch Interventionen hegemonialer Projekte verursachen eine stetige <i>Veränderung der komplexen diskursiven Umwelt</i> von Hegemonien. Entsprechend ist Anpassung und Re-Stabilisierung fortwährend notwendig und zugleich möglicher Freiraum für gegenhegemoniale Projekte.
Ereignishaftigkeit / Emergenz	Nicht zuletzt ist der stetigste Faktor für immer wieder neu aufbrechende Freiräume die Ereignishaftigkeit des Diskurses. Hierzu können Phänomene der Emergenz (z. B. Rückkopplungsschleifen zwischen Diskursen) oder einfach Veränderungen des diskursiven Muster durch Re-Artikulation fallen. In ihrer Summe führen diese Phänomene dazu, dass der Diskurs erstens immer wieder Anpassungsnotwendigkeiten für Hegemonien anstößt (siehe oben) und das zweitens auch unvorhersehbare Konstellationen, Verknüpfungen und Zusammenbrüche im Diskurs möglich bleiben.

Quelle: Eigene Darstellung

3.6.2 Strategien gegenhegemonialer Projekte

Die Zusammenstellung von diskursiven Freiräumen zeigt, dass gegenüber der Tendenz von Hegemonien, ihre Dominanz auf Dauer zu stellen, signifikante Freiräume für Veränderung und neue Projekte vorhanden sind. Diese Gelegenheitsfenster sind dabei in der Regel nicht groß, sondern vorerst klein, dafür aber vielfältig und weit verbreitet. Daher sind gegenhegemoniale Strategien eher kapillar, stetig und langfristig zu denken: jede signifikante diskursive Veränderung, ob hegemonial oder gegenhegemonial, benötigt längere Zeiträume.

Idealtypische Phasen gegenhegemonialer Projekte - Entstehungsphase

Im Bestreben gegenhegemonialer Projekte, sich als neue Hegemonie zu etablieren, können idealtypisch zwei Phasen unterschieden werden. Erstens die *sukzessive Entstehung eines*

diskursiven Musters, das noch zu einem gegenhegemonialen Projekt wachsen und reifen muss. Dieser Entstehungsprozess muss nicht per se die unmittelbare Konfrontation mit der dominanten Formation beinhalten. Vielmehr geht das langsame Entstehen eines komplexen Sinngefüges mit der Reifung eines zuvor latenten diskursiven Musters zum gegenhegemonialen Projekt einher. Entscheidende Wegmarken sind hier das Etablieren eines entleerten Signifikanten, die damit einher gehende Ausweitung einer Äquivalenzkette sowie die Ausweitung eines latenten Sinnmusters in eine universelle, antagonistisch ausgerichtete umfassende Forderung.

All diese Prozesse sind diskursiver Natur und stehen daher im Austausch mit der diskursiven Umwelt. Nichtsdestotrotz ist diese Entwicklung und das Reifen des zukünftigen gegenhegemonialen Projekts so gestaltet, dass sie nicht in offener Konfrontation mit anderen Hegemonien stehen muss, sondern oftmals in relativ offenen diskursiven Bereichen mit geringer hegemonialer Prägekraft angesiedelt sind. Denkbar sind wenig strukturierte Diskursthemen oder Destabilisierungen bestehender Hegemonien. In komplexen Gesellschaften sind diese Bedingungen nicht per se gegeben, so dass diskursive Bereiche essentiell werden, die grundsätzlich auf die Ermöglichung diskursiver Experimente und kritischer Artikulation angelegt sind (beispielsweise alternatives Milieu, Vorbilder erfolgreicher gegenhegemonialer Praxis). Je nach spezifischer historisch-diskursiver Konstellation können also unterschiedlich gute Bedingungen für die *Entstehungsphase* gegenhegemonialer Projekte beobachtet werden.

Idealtypische Phasen gegenhegemonialer Projekte - Konfrontationsphase

Diese Bedingungen sind zugleich wesentlicher Faktor für die Existenz von diskursiven Projekten, die in die *Konfrontationsphase* eines gegenhegemonialen Projekts eintreten können. In dieser weiterhin idealtypisch zu verstehenden Phase etabliert sich das offensive Moment gegenhegemonialer Projekte. Die Konfrontationsphase ist demnach als Regelfall gegenhegemonialer Projekte zu verstehen – die Darstellung der Entstehungsphase dient demgegenüber der Betonung des Umstandes, dass ein gegenhegemoniales Projekt eine Vorgeschichte hat, die jenseits der sichtbaren Konfrontation verläuft. Der klare Widerspruch zur dominanten Ausdeutung ist angesichts der offenen Kritik des dominanten Prinzips ein diskursives Ereignis, wird damit im Regelfall massiv in den Diskurs eingebracht und stößt bei Erfolg weitere diskursive Reaktionen an. Das charakteristische Selbstverständnis eines gegenhegemonialen Projekts funktioniert zu Beginn der Etablierung als gewisser Aufmerksamkeitsbonus, der jedoch nicht immer direkt in Erfolg umgewandelt werden kann.

Unter dem Oberbegriff Konfrontationsphase können nun drei strategische Konstellationen skizziert werden, die Orientierung im unübersichtlichen Feld diskursiver Praxis ermöglichen sollen.

Die *massive Konfrontation* beschreibt ein gegenhegemoniales Projekt, das sich zu einem Großteil

der dominanten Ausdeutungen antagonistisch positioniert. Damit ist die gegenhegemoniale Strategie auf klare Lagerbildung ausgerichtet. Äquivalenzen sind nur auf der einen oder anderen Seite des Antagonismus vorgesehen – eine neutrale Haltung bestimmter diskursiver Bereiche wird nicht akzeptiert. Das Angebot eines alternativen Projekts des imaginären Allgemeinen zielt hier auf vollständige Ablösung und ist dementsprechend breit aufgestellt. Es werden eine umfassende alternative Deutung des demokratischen Horizonts, notwendige Änderungen im bestehenden Gefüge der Hegemonien und passgenaue, klar abgrenzbare Subjektpositionen formuliert. Alle Bereiche des gegenhegemonialen Projekts enthalten die Meta-Narration der absoluten Notwendigkeit des Bruchs und der breiten Erneuerung.

Die Wahrscheinlichkeit des Erfolgs ist in diesem Fall vor allem dann gegeben, wenn eine schon vorhandene signifikante Krise der dominanten Formation weiter vertieft werden kann. Demgegenüber liegt in dieser Strategie das Risiko verborgen, dass die Strategie der massiven Konfrontation eine massive, koordinierte Abwehrreaktion der dominanten Formation bewirkt, ist sie doch letztlich für ebenjene dominante Formation das ideale Objekt zur antagonistischen Konstruktion. Die massive Konfrontation muss daher nicht notwendig die Krise der dominanten Formation verstärken, sondern kann auch gegenteilige, eher stabilisierende Effekte hervor rufen. Letztlich ist eine derartige Strategie also recht unsicher – steht aber vor allem nicht allen gegenhegemonialen Projekten zur Verfügung, da fraglich ist, ob durch eine massive Konfrontation allein eine Krise bewirkt werden kann. Insofern erscheint eine Strategie massiver Konfrontation vor allem jenen gegenhegemonialen Projekten vorbehalten, die schon eine breiter akzeptierte Alternative sozialer Ordnung entwickeln konnten und auf ein breites Portfolio äquivalenter Relationen zu wichtigen diskursiven Formationen zurück greifen können. Demnach ist die massive Konfrontation eher eine Strategie des letzten Schritts, wenn die grundsätzlichen strategischen Bedingungen des gegenhegemonialen Projekts nicht mehr so prekär wie zur Entstehung und einsetzenden Konfrontation sind.

Jenseits besonderer diskursiver Dynamiken und Momente muss also davon ausgegangen werden, dass die Destabilisierung einer dominanten Formation eine langfristige, komplexere Strategie benötigt. Die Strategie *gegenhegemonialer Teil-Konfrontationen* richtet sich nicht gegen das gesamte Ensemble dominanter Hegemonien, sondern versucht, einen eingrenzbaaren Teilbereich abzulösen, zu verändern und damit zu destabilisieren. Im Rahmen dieser strategischen Ausrichtung wird eine antagonistische Konstruktion etabliert und zugleich der diskursive Raum jenseits der unmittelbaren Konfrontation Objekt strategischer Interventionen (Etablierung von Äquivalenzen, Grenzziehungen und legitime Differenzen). Ziel ist hierbei die Gleichzeitigkeit eines klar begrenzten Antagonismus (universalisierendes Prinzip) auf der einen und enge diskursive Interaktion mit anderen – für beide Antagonisten wichtigen – Hegemonien auf der anderen Seite (integratives Prinzip). Letzteres soll jene diskursive Verknüpfungen der dominanten Hegemonie

unterminieren, die wesentlich für ihre Stabilität sind und diese wichtigen Verknüpfungen zugleich mit dem gegenhegemonialen Projekt verknüpfen. Die gegenhegemoniale Strategie der Teilkonfrontation etabliert also sowohl eine antagonistische als auch äquivalente Beziehung zu jeweils spezifischen Teilen der dominanten Formation.

Ein gutes Beispiel hierfür ist etwa die zunehmende Verknüpfung der Idee des Wirtschaftswachstums mit Technologien des Umweltschutzes. Die Stärkung und Verbreitung der Idee des grünen Wachstums geht dabei einher mit einer Schwächung des ehemals festen Bandes zwischen wirtschaftlicher Prosperität und beispielsweise industrieller Produktion.⁷¹

Mit dieser *Strategie integrativer Universalisierung*⁷² bewegen sich gegenhegemoniale Projekte auf einer schwierigen Gratwanderung zwischen maximierter Erfolgswahrscheinlichkeit des eigenen Projekts einerseits und dem Anstoß nicht intendierter Wirkungen andererseits. Denn: ein gegenhegemoniales Projekt, das sich positiv auf Aspekte der dominanten Formation bezieht, trägt auch zu ihrer diskursiven Stabilisierung bei. Die äquivalenten Relationen zu Bereichen der dominanten Formation können per definitionem nicht zum zentralen Prinzip der dominanten Formation artikuliert werden – andernfalls wird aus einem gegenhegemonialen Projekt ein normales hegemoniales Projekt. Wenn jedoch andere wichtige Elemente aus dem Bereich der dominanten Formation heraus gelöst werden können, sind die Effekte nicht nur die Stabilisierung des gegenhegemonialen Projekts selbst, sondern auch Destabilisierung und erste Veränderungen in der dominanten Formation. Entsprechend verfügt eine langfristig angelegte, integrativ-universalisierende Strategie gegenhegemonialer Teilkonfrontation mit vielen strategischen, erfolgswahrscheinlichen Optionen. Demgegenüber ist aber immer das Risiko angelegt, den gegenhegemonialen Identitätskern durch diese Strategie zu verlieren.

Nicht zuletzt ist eine strategische Konstellation denkbar, in der das Projekt antagonistisch-gegenhegemonial ausgerichtet ist, jedoch vorerst oder für einen bestimmten Zeitraum keine offensive und diskursiv präsente Herausforderung der dominanten Formation betreibt. Die diskursiven Aktivitäten sind vielmehr primär *nach innen gerichtet*. Die Konfrontation und damit die explizit-gegenhegemoniale Ausrichtung existiert in dieser Konstellation vor allem als sinnhafte Hintergrundfolie für eine passgenaue alltägliche kulturelle Praxis. Die grundsätzlich gegebene

⁷¹ Vgl. Kapitel 9.

⁷² Bei Laclau (2007) finden sich Charakteristika populistischer Bewegungen, die der hier entwickelten idealtypischen Strategie gegenhegemonialer Projekte entsprechen.

Eine populistische Bewegung ist nicht als eine bestimmte Form sozialer Bewegung, sondern vielmehr als politische Logik oder politisches Projekt zu verstehen, dass sich gegen bestehende Formationen richtet und dabei das Volk mobilisiert (Laclau 2007: 117ff.). Drei Charakteristika zeichnen populistische Bewegungen nach Laclau (2007: 156) aus: Erstens die Repräsentation durch einen leeren Signifikanten, zweitens das Herauslösen und die Integration von Begriffen aus bestehenden hegemonialen Formationen und nicht zuletzt die explizite Formulierung sozialer Heterogenität im Sinne der Abwesenheit eines gemeinsamen diskursiven Raums (Laclau 2007: 140). Letztgenannte Heterogenität entspricht dem Attribut „gegenhegemonial“ als Beschreibung expliziter Inkongruenz mit der dominanten Formation. Die beiden erstgenannten Charakteristika können demgegenüber als Beschreibung des Strebens nach Universalisierung (bei Laclau: Repräsentation durch leeren Signifikanten) und der Etablierung von Äquivalenzen (bei Laclau: Herauslösen und Integrieren „fremder“ diskursiver Elemente) gelesen werden.

antagonistische Identität macht diese Strategie zum Teil der Konfrontationsphase – in der Entstehungsphase muss dies nicht gegeben sein.

Ein gegenhegemoniales Projekt dieser Art reduziert die versuchte Wirkung nach außen auf nahe diskursive Bereiche und widmet sich der stabilen Re-Artikulation des Projekts durch Auf- und Ausbau einer Unterstützerbasis (Subjekte) und Fortentwicklung des eigenen Sinnprojekts – etwa durch versuchte Umsetzung in Form kultureller Praxis. In der Bewegungsforschung werden derartige Projekte als kulturorientierte Bewegungen bezeichnet (Raschke 1988: 110-116). Nichtsdestotrotz können aber auch frühere oder zukünftige offensiv-gegenhegemoniale Projekte temporär eine Phase innerer Stabilisierung durchlaufen: zum Sammeln von Ressourcen, zum Zwecke langsamer Verbreitung oder als Reaktion auf eine extrem hemmende diskursive Umwelt. Wird das gegenhegemoniale Projekt (wieder) offensiv, so bleibt die nach innen gerichtete Praxis natürlich latent bestehen, bildet die Basis für nach außen gerichtete Artikulationen und ist als ein wesentlicher Faktor für die langfristige, erfolgswahrscheinliche Existenz eines gegenhegemonialen Projekts über verschiedene Phasen des Politischen zu verstehen.

Normale gegenhegemoniale Strategien

Oben wurde argumentiert, dass während der Entstehungsphase eines gegenhegemonialen Projekts die explizit-gegenhegemoniale Ausrichtung nicht entscheidend ist. In vielen Merkmalen und Strategien kann ein gegenhegemoniales Projekt in dieser Phase den „normalen“ hegemonialen Projekten ähneln. Der entscheidende Unterschied liegt in der – vielleicht auch erst im Entstehen begriffenen – Inkongruenz zum Horizont, die die diskursiven Freiräume enger und Erfolgsvoraussetzungen schwieriger gestaltet.

Auch im Kontext der Konfrontationsphase ist unter der Prämisse des eingeschränkten Freiheitsraumes und erschwelter Erfolgsvoraussetzungen zu erwarten, dass typische Strategien hegemonialer Konkurrenz (Antagonismen, Äquivalenz etc.) zu finden sind. Ihnen allen gemein ist der Versuch der Stabilisierung des eigenen Sinnprojekts – im Falle gegenhegemonialer Projekte ergänzt durch den Anspruch der Ablösung der bestehenden Ausdeutung.

Zusammenfassung Strategien gegenhegemonialer Projekte

Die Strategien gegenhegemonialer Projekte zeichnen sich durch zwei Dimensionen aus: erstens dekonstruierende Strategien, die auf die dominante Formation ausgerichtet sind. Zweitens produktive Strategien der Etablierung einer Hegemonie. Letztgenannte produktive Strategien sind dabei notwendige Voraussetzung, um als Alternative sozialer Ordnung die dominante Formation heraus fordern zu können. Zugleich sind schon allein die produktiven diskursiven Strategien Ausgangspunkt für dekonstruierende Impulse in Richtung der dominanten Formation. Beispielsweise ist die Konstruktion von Äquivalenzketten immer mit dem Eingriff in andere

Äquivalenzketten versehen. Entsprechend wurden in diesem Kapitel primär produktive Strategien gegenhegemonialer Projekte diskutiert. Abschließend sollen diese durch die dekonstruierenden Strategien ergänzt werden.

Grundsätzlich gelten dekonstruierende Strategien in vielen Fällen als typisch gegenhegemoniale Strategien (Carroll/Ratner 1994: 6). Gerade wurde argumentiert, dass dekonstruierende Impulse primär aus der explizit antagonistischen Positionierung gegenhegemonialer Projekte gegenüber der dominanten Formation und in diesem Sinne vor allem durch die Etablierung als hegemoniales Projekt entstehen. So dient die Etablierung eines Antagonismus sowohl der Etablierung des betreffenden Projekts und ist zugleich – aufgrund der gegenhegemonialen Ausrichtung – ein Mittel der Destabilisierung der dominanten Formation. Die Artikulation des gegenhegemonialen Projekts zielt direkt auf die Äquivalenzkette und ggf. auch den leeren Signifikanten der dominanten Formation (Herschinger 2011: 37). Die dominante Formation wird nun Objekt einer antagonistischen Konstruktion und damit ihr explizit widersprechender Artikulationsmuster. Damit einher geht, in Abhängigkeit von der Signifikanz des gegenhegemonialen Impulses, die De-Naturalisierung bis dahin sedimentierter diskursiver Muster der dominanten Formation. Der Anspruch auf universelle Geltung wird durch Präsenz und offensiven Widerspruch seitens des gegenhegemonialen Projekts partikularisiert (Herschinger 2011: 37f.).

Sofern die Destabilisierung der dominanten Formation fortgeschritten ist, kann davon ausgegangen werden, dass weitere dekonstruierende Strategien jenseits des gegenhegemonialen Projekts folgen. Dabei sind nicht ausschließlich kritische oder alternative Artikulationen relevant. Allein der Entzug des positiven Bezugs zum imaginären Allgemeinen, die Minimierung der Re-Artikulation von Subjektpositionen der dominanten Formation oder weniger positive Verweise auf die dominante Formation verstärken die expliziten Dekonstruktionsbemühungen des gegenhegemonialen Projekts. Auch hier ist das Ringen des gegenhegemonialen Projekts um die Etablierung als Alternative zur dominanten Formation Ausgangspunkt für den Wechsel der erweiterten diskursiven Umwelt im Umgang mit der dominanten Formation. Tabelle 2 führt die Interaktion produktiver und dekonstruierender diskursiver Strategien im Kontext der speziellen strategischen Konstellation gegenhegemonialer Projekte zusammen.

Tabelle 2: Interaktion produktiver und dekonstituierender diskursiver Strategien bei gegenhegemonialen Projekten

Kontext: strategische Konstellation gegenhegemonialer Projekte (explizite Herausforderung der dominanten Formation)	Produktive diskursive Strategien gegenhegemonialer Projekte	Dekonstruierende diskursive Strategien
	Leerer Signifikant / Antagonismus / Äquivalenzkette	Des- und Re-Organisation der Äquivalenzkette / des leeren Signifikanten der dominanten Formation. Konstruktion eines Antagonismus gegenüber der dominanten Formation
	Etablieren eines partikularen Sinnangebots als universelle Forderung	De-Naturalisierung des universalisierten Sinnangebots der dominanten Formation. Konfrontation desselben mit gegenläufiger universeller Forderung
	Von außen: (Anerkannter) positiver Bezug zum imaginären Allgemeinen. Anerkennung erkennbar durch Übernahme von Subjektpositionen und positive diskursive Verweise	Von außen: ggf. ergänzende destabilisierende Impulse in Richtung der dominanten Formation. Insbesondere, wenn diese schon destabilisiert wurde.

Quelle: Eigene Darstellung

Ergänzend zu dieser Zusammenfassung der spezifischen diskursiven Strategien gegenhegemonialer Projekte können insbesondere die dekonstruierenden Impulse hinsichtlich ihrer Verknüpfung mit dem demokratischen Diskurs beleuchtet werden. Das Spezifikum *demokratisch*-gegenhegemonialer Strategien ist also ebenjene offensive Infragestellung der dominanten Ausdeutung. Erst durch diese diskursive Positionierung nimmt ein gegenhegemoniales Projekt die typisch ambivalente Position zwischen Ablehnung der Ausdeutung des demokratischen Horizonts und dem positiven Bezug auf die Essenz des Demokratischen ein.

Dabei ist der konstruierte Charakter der dominanten Formation diskursiv zunächst nicht präsent. Die dominante Formation und der demokratische Horizont werden vielmehr als natürlich verbunden, objektiv notwendig und damit als deckungsgleich dargestellt. Das gegenhegemoniale Projekt sieht sich also mit der Notwendigkeit konfrontiert, den positiven Bezug auf das Demokratische immer mit einer alternativen Konkretisierung des demokratischen Horizonts zu verbinden. Erst wenn glaubhaft verbreitet werden kann, dass dominante Ausdeutung und demokratischer Horizont nicht objektiv-natürlich deckungsgleich sind, kann auch plausibel eine alternative Deutung des Demokratischen verbreitet werden. Für gegenhegemoniale Interventionen ist entsprechend die Politisierung des Sozialen, also Pluralisierung, Ent-Universalisierung und -Objektivierung sowie das Aufbrechen von Gewissheiten mit dem Anspruch der Genese nachhaltiger diskursiver Offenheit als gegenhegemoniale Kernstrategie zu verstehen. Dabei ist das

diskursive Umfeld bei stabiler dominanter Formation absolut gegenteilig angelegt. Im Sinne dieser Untersuchung und auch im Selbstverständnis demokratisch-gegenhegemonialer Projekte handelt es sich bei einer derartig angelegten gegenhegemonialen Kernstrategie um *demokratisierendes, emanzipatives Handeln* (Felgitsch 2006: 13).

Die Skizze einer alternativen Form demokratischer Gesellschaft und die daraus abgeleiteten Versuche der Dekonstruktion der dominanten demokratischen Erzählungen sind entsprechend die spezifische Form demokratisch-gegenhegemonialer Strategie. Dies ist zugleich die Kernidentität gegenhegemonialer Projekt, sodass wenig Raum bleibt, sich als gegenhegemoniales Projekt erst einmal auf einer Ebene geringer diskursiver Konflikthaftigkeit zu etablieren. Entsprechend sind demokratische Symbole, Institutionen und Selbstverständigungsdiskurse ein typisches Merkmal gegenhegemonialer Projekte: Sie sind – jenseits aller historischen Sinnprojekte (beispielsweise Arbeiterrechte, Frauenrechte, Globalisierungskritik) – der entscheidende Fixpunkt für Erfolg, Identität und nicht zuletzt strategische Ausrichtung.

3.6.3 Erfolg gegenhegemonialer Strategien

Zwei Perspektiven auf Erfolg gegenhegemonialer Bewegungen können unterschieden werden: die Perspektive des gegenhegemoniales Projekts selbst und die analytische Beobachterperspektive.

Das vom gegenhegemonialen Sinnprojekt selbst definierte Ziel wird bekanntlich durch den entleerten Signifikanten repräsentiert und in Form einer Idee des imaginären Allgemeinen konkretisiert. Innerhalb gegenhegemonialer Projekte sind also Ziel und Identität eng miteinander verschränkt.

Im Idealfall greifen Ziel und Identität ineinander und führen zu einer sich gegenseitig stärkenden und bedingenden Interaktion aus Selbstsuggestion von Geltungskraft und dem Anspruch auf die Repräsentation des imaginären Allgemeinen. Ein gegenhegemoniales Projekt postuliert also *eine* Wahrheit und ist bewusst parteilich:

„Keine gesellschaftliche Ordnung kann sich auf Dauer auf das Prinzip gründen, dass nichts wahr sei“ (Unsichtbares Komitee 2010: 70).

Wahrheit zu postulieren ist eines der beiden Kernanliegen eines gegenhegemonialen Projekts und dies macht auch den Kern der möglichen diskursiven Sogwirkung aus. Erst durch das sichtbare Versprechen, den konstitutiven Sinnmangel einer Gesellschaft und der Subjekte zu füllen, wird ein gegenhegemoniales Projekt mögliche Vorlage für massenhafte Re-Artikulationen.⁷³ Das gegenhegemoniale Projekt dekonstruiert also einen universellen Geltungsanspruch am Objekt der

⁷³ „Universelle Wahrheit und Parteigängertum, die Geste, Stellung zu beziehen, schließen sich nicht nur gegenseitig aus, sondern bedingen einander. In einer konkreten Situation lässt sich die universelle Wahrheit nur von einer durch und durch parteiischen Position aus artikulieren; Wahrheit ist per definitionem einseitig“ (Žižek 2002b: 26, vgl. auch 2002a: 88).

dominanten Formation und reklamiert ebenjenes Geltungsanspruch zugleich für sich selbst.

Trotz dieses Widerspruchs ermöglicht erst diese Dynamik die Chance auf Erfolg der gegenhegemonialen Bewegung. Denn: *Nur eine Bewegung, die sich selbst als absolut notwendig versteht und präsentiert, hat die Chance, diese Geltungskraft auch annähernd zu erreichen.* Dabei überschreiten Ziel und Identität gegenhegemonialer Projekte zwangsläufig die möglichen Grade des Erfolges. Ein Bewegungsaktivist wird immer behaupten müssen, sein Projekt repräsentiere das absolut Andere dessen, was er zu überwinden hofft. Ein gegenhegemoniales Projekt formuliert zugleich den Anspruch, Teile einer sozialen Ordnung neu zu bestimmen. Erfolg aus dieser Perspektive einer Maximal-Ziel-Definition ist dementsprechend ein wesentliches Kriterium für das Verständnis der Dynamik hegemonialer Projekte. Als wissenschaftliches Bewertungskriterium ist die Maximal-Ziel-Definition demgegenüber nur bedingt dienlich.

Erfolg im hegemonietheoretischen Sinne ist eine schwierige Kategorie. Konsequenz einer erfolgreichen hegemonialen Strategie ist die Etablierung einer relativ stabilen und weit verbreiteten diskursiven Formation (Nonhoff 2006: 139). Dies bedeutet jedoch nicht, dass der grundsätzlich schwer zu identifizierende Beginn eines hegemonialen Projekts deckungsgleich mit dem erfolgreich etablierten diskursiven Muster sein muss. Die Natur der Forderungen eines hegemonialen Projekts sind grundsätzlich universell und müssen demnach zwangsläufig scheitern.

Aus einer analytischen Perspektive erscheinen daher zwei Aspekte entscheidend: erstens sollten verschiedene Formen und Phasen von Erfolg beachtet werden. Zweitens muss Erfolg einer gegenhegemonialen Bewegung nicht unbedingt deckungsgleich mit den anfangs formulierten Zielen einer Bewegung sein.

Letzteres weist auf den Umstand hin, dass gegenhegemoniale Projekte in einer komplexen, konflikthaften Umwelt agieren, die Projekte immer wieder zu Anpassungen zwingt und stetigen Wandel notwendig macht. Dieser Wandel mag aus der Zielperspektive problematisch erscheinen, ist aber im Sinne der Wahrscheinlichkeit des Erfolges unumgänglich oder vielmehr als essentielle Fähigkeit ein wichtiges Erfolgskriterium. Der Effekt eines gegenhegemonialen Projekts auf die Umwelt ist demnach nur schwerlich berechenbar, sondern ergibt sich aus den Entwicklungen hegemonialer Konflikte selbst.⁷⁴ Dies bedeutet, dass sogar vermeintliches Scheitern einer Bewegung einen Effekt haben wird.⁷⁵ Unter dieser Prämisse lassen sich verschiedene Formen des Erfolges idealtypisch beschreiben.

Die Stabilisierung eines gegenhegemonialen Projektes im Rahmen der oben genannten

⁷⁴ „Die Effektivität, der Erfolg des Tuns wird also nicht durch die Intention des Täters kontrolliert, sondern ist bedingt durch den geschichtlichen Prozess, der den Kontext bereitstellt, in dem die Performance gelingen kann, die ihrerseits wiederum den Kontext erneuert, d. h. aufruft und fortschreibt“ (Kämpf 2004: 49; vgl. auch: Laclau/Mouffe 1991: 136).

⁷⁵ „Indem Butler die transformierende Kraft des Scheiterns und der nicht-intendierten Effekte aufweist, erschließt sie nicht fixierbare, unvorhersehbare Ermöglichungsbedingungen des Erscheinens von Neuem, die in der Performance selbst liegen. Dabei bezeichnet die Performativität den Aspekt des Diskurses, der durch beständige Wiederholung ontologische Effekte erzielt“ (Kämpf 2004: 46).

Entstehungsphase bedeutet, dass sich eine erste Sinninformation etablieren konnte, die über einen gewissen Zeitraum stabil erscheint und zudem einen kleinen Raum im Diskurs belegen konnte (Rochon 1998: 22). Hierzu gehört ein Set an aktiv sympathisierenden Subjekten, diskursive Institutionen zur fortwährenden Koordination und Kommunikation (beispielsweise Organisationen), regelmäßige diskursive Ereignisse, sowie nicht zuletzt eine in sich geschlossene Narration, die unter Verweis auf einen Signifikanten das Projekt sinnhaft integriert. Dieser (Etappen-)Erfolg ist nicht trivial, da er erstens die notwendige Voraussetzung für alle weiteren denkbaren Erfolge bildet und zweitens nicht selbstverständlich ist, da viele Themen und Ideen nicht über spontane und unkoordinierte Problemartikulation hinaus existieren.

Auch wenn es zwischen Stabilisierung und dem Status einer *Hegemonie begrenzter Reichweite* sicherlich weitere Etappenerfolge gibt, erscheint dieser Status als nächster signifikanter Schritt. Erst die diskursive Konstellation einer Hegemonie ermöglicht relative diskursive Dauerhaftigkeit und Geltungskraft von unterschiedlicher Wirkung und Reichweite. Es sind Hegemonien in bestimmten Milieus oder Bereichen denkbar – etwa im Bewegungsmilieu oder in spezifischen Politikfeldern. Diese Begrenzung der Reichweite macht auch deutlich, warum ein gegenhegemoniales Projekt eine Hegemonie sein kann. Grundsätzlich bezieht sich das Attribut „gegenhegemonial“ auf eine strategische Konstellation im Verhältnis zur dominanten Formation. Diese Ausrichtung ist unabhängig vom diskursiven Status eines gegenhegemonialen Projekts – sofern das gegenhegemoniale Projekt nicht selbst zur dominanten Ausdeutung des demokratischen Horizonts wird.

Trotz der begrenzten Reichweite ist durch den Status einer Hegemonie eine signifikante Wirkung auf die diskursive Umwelt zu erwarten. Artikulationen im diskursiven Umfeld müssen sich nun, ob äquivalent oder ablehnend, auf das gegenhegemoniale Projekt beziehen. Die hegemoniale Position der Relevanz des Umweltschutzes hat beispielsweise dazu geführt, dass auch Artikulationen aus diskursiven Bereichen jenseits des konkreten Umweltschutzes Stellung zum Gegenstand nehmen mussten – etwa in Bereichen der Wirtschaft oder Administration. Zugleich ist dieses Beispiel ein erstes Indiz für die gleichzeitige Begrenztheit des Erfolgs: die Omnipräsenz des Begriffs Klimaschutz stärkt einerseits die Legitimität der hegemonialen Klimaschutz-Forderungen, führt aber demgegenüber auch zu einer Verwässerung und gegnerischen Adaptierung des Begriffes.⁷⁶ Spätestens durch den Status als begrenzte Hegemonie entgleitet dem gegenhegemonialen Projekt also die „Kontrolle“ über ihr Sinnprojekt.

„As the culture takes hold of a new idea, adaption occurs to make the concept fit with existing cultural beliefs [...] the critical community loses exclusive ownership of the issue – precisely because the new concepts are now part of the wider culture [...] [p]eople outside the critical community begin to portray themselves (and be accepted by the media) as experts on the issue“ (Rochon 1998: 195f.).

⁷⁶ „Somit tendiert die hegemoniale Operation – gerade aufgrund ihres Erfolges – dazu, ihre Verkettung mit der Kraft, die ihr ursprünglicher Gründer und Nutznießer war, zu brechen“ (Laclau 2002: 77).

Die *Krise der dominanten Formation* kann als nächste Stufe des Erfolges gelten. Durch die Ausrichtung der gegenhegemonialen Identität auf die dominante Formation ist diese Krise als zentrales Ziel zu verstehen. Ein gegenhegemoniales Projekt legt es also auf eine breit angelegte Verflüssigung des Sozialen an – also jenen Modus, der bei Laclau und Mouffe als das Politische bezeichnet wird. Durch den besonders ausgeprägten und wesentliche Elemente sozialer Ordnung in Frage stellenden Antagonismus versucht ein gegenhegemoniales Projekt eine diskursive Dynamik in Gang zu setzen.

Um die Krise einer dominanten Formation genauer zu beschreiben, bietet sich der Begriff der Dislokation an. Dislokation ist dabei als ein Element vollständiger Negativität, als Subversion, De-Naturalisierung und damit Unterbrechung der hegemonial-diskursiven Ordnung zu verstehen (Stavrakakis 2000: 100ff.). Eine bestehende diskursive Hegemonie wird also öffentlich sichtbar mit einem Negativ konfrontiert und damit in eine Krise versetzt. Im allgemeinen diskursiven Umfeld verbreitet sich durch die (Sinn-)Lücke ein Bedürfnis nach (neuem) Sinn und Re-Etablierung von Ordnung. Im Sinne einer diskursiven Sogwirkung ergeben sich Chancen für andere hegemoniale Projekte, die aber nicht auf die notwendige Form oder den Ausgangsimpuls ihrer Bewältigung schließen lassen.

Die Krise, idealiter (mit-)verursacht durch die gegenhegemoniale Intervention, initiiert zumeist diskursive Veränderungen im Bereich der dominanten Formation und ist zugleich notwendige Voraussetzung für die möglicherweise folgende *(Teil-)Ablösung der dominanten Formation* (Wullweber 2010: 117). Inwieweit diese Idee der Ablösung denkbar ist, hängt von der Beschaffenheit der Krise ab – notwendige Voraussetzung für die Option der Ablösung ist aber auch eine greifbare und angemessene Alternative sozialer Ordnung. Signifikante Veränderungsdynamiken im Kern der sozialen Ordnung einer Gesellschaft sind also nur zu erwarten, wenn sich ein alternatives gegenhegemoniales Projekt breit, explizit sowie antagonistisch etablieren konnte. In diesem Fall hätte sie zu allen wesentlichen diskursiven Feldern Anschlusspunkte, Kooperationen und Konzepte vorzuweisen, also einen signifikanten Wandlungsprozess durchlaufen und könnte dann als klare, komplexe Alternative ihren eigenen, umfassenden Führungsanspruch plausibel geltend machen (Marchart 2003; Hall 2002: 29). Aber auch im hier skizzierten fiktiven Moment der vollen Ablösung würde es weiterhin Referenzen auf Elemente der abgelösten dominanten Formation geben (Marchart 2005: 12), sodass die *Teilablösung* das analytisch passgenauere Szenario darstellt. Diese letzten Punkte verweisen einmal mehr auf die Kontinuitäten des Sozialen und illustrieren, dass diskursiver Erfolg schwerlich fassbar ist, wenn man ihn als absoluten Erfolg und damit in Reinform denkt. Denn: „[...] es werden nie alle gesellschaftlichen Bindungen zugleich in Frage gestellt [...]“ (Mouffe 2007: 26).

3.6.4 Gegenhegemoniale Projekte und diskursive Dynamiken des Übergangs

Die gerade beschriebenen Krisen der dominanten Formation bzw. generell aller hegemonialen Gebilde sind eher als Dauerzustand denn als Ausnahme zu verstehen (Wullweber 2010: 116). Entsprechend ist die Bewältigung von Krisen eine typische Operation von Hegemonien. Je mehr (signifikante) Krisen dabei zeitgleich vorhanden sind, umso größer ist der Möglichkeitsraum gegenhegemonialer Projekte.

In wenigen Situationen kann jedoch eine gegenhegemoniale Intervention mehr als eine Krise der dominanten Formation bewirken. Dann wird aus einer Krise eine spezielle diskursive Dynamik des Übergangs, in der die bestehende soziale Ordnung aufgehoben ist und zugleich noch keine neue etabliert wurde. Vielmehr befindet sich die Gesellschaft in einer diskursiven Suchbewegung. Um eine derartige diskursive Dynamik des Übergangs fassbar zu machen, bietet sich das Konzept des Übergangs bzw. der Schwellenphase von Turner (2009) an.

Turners (2009: 34) Ritualkonzept unterscheidet drei Phasen: Trennungsphase, Schwelle bzw. Übergang sowie Angliederung. Jeder Phase kommt in den entsprechenden Ritualen (beispielsweise Initiationsriten beim Übergang vom Status des Heranwachsenden zum Erwachsenen) eine spezifische Funktion zu. Jede Phase hat bestimmte Charakteristika, die – sofern es sich um ein klar definiertes, in ein kulturelles Setting eingebettetes Ritual handelt – auf klare Regeln zurück zu führen sind. Rituale als Ganzes sind also als kodifizierte, routinierte Formen eines sinnhaft-sozialen Übergangs zwischen zwei mehr oder weniger gefestigten Zuständen – eines Subjekts oder auch von Gesellschaften, wobei letztere ungleich komplexer und damit schwerer strategisch und analytisch greifbar sind. Da der Ausgangs- und Endzustand für sich reklamieren, dass sie in sich sinnhaft und sinnvoll sind, erscheint der explizite Wechsel problematisch, sofern er nicht durch einen – ebenfalls sinnhaften – Prozess plausibel und damit möglichst wenig diskursiv destabilisierend gestaltet wird: dieser Prozess wird Ritual genannt.

Im Rahmen „normaler“ hegemonialer Konkurrenz finden sich derartige Rituale beispielsweise beim Wechsel demokratischer Regierungen – hierbei handelt es sich aber um einen Übergang im Sinn der dominanten Ausdeutung. Der demokratische Horizont ist darüber hinaus so angelegt, dass er auch den Übergang jenseits enger demokratischer Verfahrensregeln, also von einer dominanten Ausdeutung zu einer ihr folgenden dominanten Formation, ermöglicht. Für die Betrachtung gegenhegemonialer Projekte bzw. der Krise dominanter Formationen ist aber weniger die Idee einer klaren Kodifizierung in ihren idealtypischen drei Phasen erkenntnisfördernd, sondern vielmehr das Konzept der Schwellenphase bzw. der Liminalität (Turner 2009: 35).

Die liminale Phase ist als das Andere der sozial-diskursiven Ordnung zu verstehen – jedoch nicht im Sinne einer anderen Ordnung, sondern vielmehr als Zustand einer entfremdeten, wechselhaften, spielerischen und verfremdet-vieldeutigen Ordnung der Nicht-Ordnung (oder auch:

Antistruktur (Turner 2009: 40)). Das Vertraute ist da, man interagiert mit ihm jedoch in ungewohnter, freier Weise.

Entsprechend ist die liminale Phase nach Turner nicht nur ein Dazwischen bzw. Übergang, sondern darüber hinaus auch ein Prozess kultureller Kreativität (Turner 2009: 41): bestehende Ordnungen werden (vorerst) verworfen, umgekehrt oder dekonstruiert (Turner 2009: 73). Latente sozial-diskursive Veränderungsbewegungen und alternative Projekte (Turner 2009: 41) werden sichtbar und ggf. manifest – neue diskursive Kombinationen spielerisch getestet und ggf. wieder verworfen (Turner 2009: 42).

Die diskursive Beweglichkeit der liminalen Phase ist entsprechend mehrdimensional. Bestehende Formationen lösen sich und zugleich ist Liminalität gekennzeichnet durch eine hektische Performanz. Im Suchen nach neuen, stabilen Sinninformationen potenzieren sich also die modifizierten Re-Artikulationen, bis sich sukzessive erneut stabilisierende Formationen ausbilden.

Auf das hegemonietheoretische Modell übertragen illustriert dieses Verständnis, dass die Krise einer dominanten Formation nicht nur als Rückzug oder schlichte Ablösung einer bestehenden Hegemonie gedacht werden sollte. Nach Turner erscheint es vielmehr angebracht, die manifeste Krise einer Hegemonie als Modus mit eigenen Dynamiken zu verstehen. Für gegenhegemoniale Projekte bedeutet dies, dass das Ziel der Destabilisierung der dominanten Ausdeutung des demokratischen Horizonts nur ein erster notwendiger, aber nicht hinreichender Impuls des gegenhegemonialen Projekts sein kann. Die sich anschließende liminale Phase ist durch recht eigenständige, bisweilen einmalige strategische Konstellationen und Dynamiken gekennzeichnet. Dabei sind die strategischen Möglichkeiten des gegenhegemonialen Projekts nicht per se schlecht – vor allem, wenn der Ursprung der Krise in der Stärke des gegenhegemonialen Projekts selbst verortet werden kann. Nichtsdestotrotz ergeben sich keine strategischen Notwendigkeiten oder Entwicklungen. Angesichts der sozial-diskursiven Offen- und Orientierungslosigkeit in dieser Phase können diskursive Dynamiken in viele, jedoch nicht alle Richtungen verlaufen: in der liminalen Phase finden sich auch weiterhin Komponenten bestehender diskursiver Formationen, sodass es zwar viele Dynamiken, trotzdem aber nur ein bestimmtes Portfolio an Entwicklungsrichtungen gibt.

Idealtyp eines liminalen Momentes: Mai 1968 in Frankreich

Um ein konkretes Verständnis der Eigendynamiken einer gegenhegemonial initiierten liminalen Phase zu erhalten, bietet sich das von Turner als totalisierende liminale Phase bezeichnete Phänomen der Revolution an (Turner 2009: 70). Der Begriff der Revolution steht mithin für die Unmittelbarkeit sozialen Wandels, für eine besondere historische Phase mit spezifischen sozialen Dynamiken im Sinne einer Verdichtung, Kontrastierung und Unmittelbarkeit sozialer Konflikte.

Zugleich findet sich im Begriff der Revolution auch der Anspruch auf Veränderung – als politischer

Kampfbegriff wird das Ziel gesamtgesellschaftlichen Wandels illustriert. Auf analytischer Ebene wird in der Retrospektive das Attribut des „revolutionären“ nur jenen Ereignissen verliehen, die einen gewissen Umfang gesellschaftlichen Wandels für sich reklamieren können. Angesichts der Komplexität des Sozialen, also der Schwierigkeit, Veränderung messbar zu machen, und der offenen Ereignishaftigkeit liminaler Phasen erscheint es aber nicht zielführend, diese Erwartung erheblichen Wandels auf das Verständnis von Liminalität zu übertragen. Totalisierende liminale Phasen des gesamtgesellschaftlichen Übergangs finden sich also in vielen revolutionären Momenten – und damit ungleich öfter als ausschließlich in den wenigen als „echt“ geltenden Revolutionen.

Der Mai 1968 in Frankreich passt in dieses Verständnis, da sich in diesem historischen Ereignis erhebliche soziale Dynamiken und – gemessen an den Dynamiken – minimale direkte Folgen gegenüber stehen. Insofern ist der Mai 1968 ein gutes Beispiel, um die besonderen Charakteristika eines liminalen Moments und zugleich die Offenheit dieser Dynamiken hinsichtlich ihrer letztlichen Konsequenzen zu illustrieren.

Im Hinblick auf Liminalität stellt insbesondere der „Einstieg“ in den Mai 1968 eine Besonderheit dar, da sich eine der Schlüsselszenen des „Vormais“ an den Pariser Universitäten einer Taktik bedient, die Elemente des Liminalen enthält (Gilcher-Holtey 1995: 127ff.). Am 8. Januar 1968 besuchte der gaullistische Minister für Jugend und Sport eine Schwimmbadeinweihung an der Pariser Vorort-Universität Nanterre. Angesichts der angespannten Stimmung an der Universität Nanterre (im November 1967 wurde sie intensiv bestreikt) fand dieser feierliche Akt nicht öffentlich statt. Einige StudentInnen erfuhren dennoch von der Veranstaltung und es wurde ein Flugblatt mit einer fingierten Einladung zur Gruppensexparty am Pool verteilt.

Nach dem Festakt standen sich die öffentliche Delegation und StudentInnen gegenüber, ein Student (Daniel Cohn-Bendit) löste sich aus der Gruppe und ging auf den Minister zu. Der Dekan versuchte Cohn-Bendit zurück zu drängen, doch dieser stand plötzlich vor dem Minister. In dieser unmittelbarsten Konfrontation wurde Gewalt, lautstarkes Fordern oder massives Bedrängen des Ministers erwartet – demgegenüber bat Cohn-Bendit den Minister nur um Feuer und fragte ihn im Gestus einer normalen Konversation, warum die sexuellen Probleme der Jugend im jüngsten Weißbuch des Ministers keine Erwähnung fänden. Der Minister reagierte mit offensiv-aggressiver Rhetorik und offenbarte damit – insbesondere in den Augen der Protestierenden – den autoritär-repressiven Charakter der gaullistischen Regierung (Gilcher-Holtey 1995: 129).

Das spontan anmutende Handeln Cohn-Bendits widersprach den üblichen Rollen- und Protestkonstellationen: entsprechend stellte es einen Bruch mit der etablierten, erwarteten Ordnung dar – „[...] der spielerische Umgang mit der Wirklichkeit [...]“ (Gilcher-Holtey 1995: 128) dekonstruierte diese und führte zugleich zu einer öffentlich sichtbaren Selbst-Dekonstruktion und

-Entlarvung des politischen Gegners. In den folgenden Wochen wurde diese liminal anmutende Szene zu einem symbolischen Ereignis, das den Protesten Identität stiftete, weiteres Handeln inspirierte und nicht zuletzt zum Vorboden einer umfassenden Liminalität wurde.

In der Nacht vom 10. auf den 11. Mai 1968 kam es zur Besetzung des Studentenviertels Quartier Latin: die latente Krise wurde manifest. Protestierende errichteten Barrikaden mit eher expressivem Charakter (sie zitierten die Pariser Commune von 1871) und forderten drei Punkte: die Wiedereröffnung der Sorbonne, die Freilassung inhaftierter Demonstranten und den Abzug der Polizeikräfte. Der Staat reagierte auf diese Herausforderung mit einer gewalttätigen Räumung des Quartiers. Über die Vorgänge wurde via Radio live berichtet (Gilcher-Holtey 1995: 242), was zur Folge hatte, dass sich Gewerkschaften in Form eines zunächst 24-stündigen Generalstreiks mit den StudentInnen solidarisierten. In den Folgetagen verbreitete sich der Protest landesweit – zumeist eigendynamisch und dezentral. Am 22. Mai befanden sich sieben Millionen ArbeiterInnen im Streik – Frankreichs Wirtschaft und öffentliches Leben waren paralysiert.

„Die Barrikadennacht durchbricht den Alltag und die normale Ordnung der Dinge, hebt die Trennung zwischen verschiedenen Feldern auf, synchronisiert die Wahrnehmung von sozial heterogenen Gruppen, fordert zur Stellungnahme heraus, macht die Zeit zur öffentlichen Zeit, identisch für alle, gemessen an denselben Bezugspunkten. Sie schafft eine neue Situation, aus der heraus neue soziale und politische Konstellationen, Optionen und Verhaltensweisen entstehen“ (Gilcher-Holtey 1995: 258).

Bourdieu beschreibt diesen Wechsel des sozialen Modus mit dem Begriff des kritischen Moments:

„Die Krise: das ist der *kritische Moment*, in dem – gegen die alltägliche Erfahrung der Zeit als bloßer Weiterführung der Vergangenheit oder einer im Vergangenen angelegten Zukunft – alles möglich wird (oder doch scheint), in dem die Zukunft wirklich kontingent, das Kommende wirklich unbestimmt, der Augenblick wirklich als solcher erscheint – in der Schwebel, abgehoben, ohne vorgesehene oder noch vorhersehbare Folge“ (Bourdieu 1992: 287).

Mit dem Durchbrechen der Ordnung durch die Studenten und der sich anschließenden unmittelbar erleb- und greifbaren Außeralltäglichkeit (Gilcher-Holtey 1995: 299, 245) gelang der Übergang einer Gesellschaften in einen liminalen Zwischenzustand. Erstaunlich ist dabei zunächst, wie gering letztlich der (sichtbare) gegenhegemoniale Impuls gewesen war – erst die konstruierte Bedrohung seitens des Staates hatte die faktische Bedrohung in ihrer Wirkung potenziert. Demgegenüber muss jedoch bedacht werden, dass der wirkliche Übergang in den liminalen Modus erst durch die erhebliche Resonanz in der Gesellschaft Frankreichs möglich war. Entsprechend griffen hier initialer Impuls, Reaktion der dominanten Formation und nicht zuletzt Resonanz und damit ggf. kritisch-gegenhegemoniales Potential in der Gesellschaft ineinander.

Ist die liminale Antistruktur, also das revolutionäre Moment erst einmal etabliert gewesen, hatte sie sich durch ihre vorerst anhaltende Dynamik (relative) Dauerhaftigkeit verliehen (Gilcher-Holtey 1995: 171) und einen Prozess kultureller Kreativität initiiert. Die greifbare Relativierung der

bestehenden Ordnung und damit die offensichtliche Offenheit des Sozialen führten nun zu einem Prozess des Suchens nach neuen Formen des Sozialen. Dieser kreative Suchprozess beinhaltet nach Turner die Neukombination bestehender Elemente, das Testen neuer Formen des Sozialen und nicht zuletzt das Spiel mit latenten, bislang noch nicht vorherrschenden, alternativen Formen sozialer Ordnung (siehe oben). Gerade letztgenannter Aspekt verweist auf die Chance eines schon bestehenden gegenhegemonialen Projekts, innerhalb einer liminalen Phase ein möglicher Fixpunkt des sozial-kreativen Suchprozesses zu sein.

Im Falle des Mai 1968 ist diese strategische Option nur bedingt bzw. in einer besonderen Form zu beobachten gewesen. Die protestierenden StudentInnen als initialer Impuls des revolutionären Moments waren inhaltlich recht unbestimmt und vielleicht auch vom Erfolg des eigenen gegenhegemonialen Projekts überrascht. Daniel Cohn-Bendit beschreibt die inhaltliche Ausrichtung der Studentenbewegung wie folgt:

„Die Stärke unserer Bewegung liegt aber gerade darin, daß sie sich auf eine 'unkontrollierte' Spontaneität stützt, daß sie Impulse gibt, ohne die Aktion, die sie ausgelöst hat, für sich ausbeuten zu wollen“ (Sauvageot et al. 1968: 78).

Damit wird deutlich, dass – im Selbstverständnis der Studentenbewegung – das Aufbrechen der aktuellen Ordnung und ein Zustand sozialer Offenheit durch unkontrollierte Spontaneität ein wesentliches Ziel war und auch im Rahmen der Streikbewegung blieb. Zumindest die Anfänge der Streikbewegung wurden durch Spontaneität (mit)bestimmt – es überwog das dezentral-partizipativ-kumulative Prinzip (Gilcher-Holtey 1995: 301). Das Herbeiführen und die latente Permanenz des Liminalen war also ein wesentliches Ziel einer Bewegung, die jenseits der Ablehnung der bestehenden Ordnung über wenige Gemeinsamkeiten verfügte (Gilcher-Holtey 1995: 266). Selbst im fortgeschrittenen Stadium des Mai 68 war mit der Forderung nach Selbstverwaltung in den Betrieben ein minimal-liminales Prinzip eines der wenigen breit geteilten Ziele. Die Selbstermächtigungs-, Lern- und Veränderungsprozesse in den Betrieben in ganz Frankreich dokumentieren dabei recht deutlich, wie ausgeprägt die kulturelle Kreativität in einer liminalen Phase sein kann (Gilcher-Holtey 1995: 293). Soweit ist der Mai 1968 das nahezu perfekte Beispiel für das liminale Moment eines Diskurses, da er nicht nur historisches Beispiel für eine derartige Konstellation ist, sondern darüber hinaus im wesentlichen liminale Protesttechniken Anwendung fanden und die Forderung nach einer latent-liminalen sozialen Ordnung lange Zeit von Bedeutung war (Gilcher-Holtey 1995: 299).

Zugleich wird am historischen Beispiel deutlich, dass das Herbeiführen eines revolutionären Moments durch eine „einzigartige Mobilisierungsdynamik“ (Gilcher-Holtey 1995: 471) nicht hinreichend war, um die nun offene soziale Ordnung unmittelbar durch ein neues Projekt zu prägen. Es fehlten eigene Organisationsstrukturen, stabile Bündnisse und nicht zuletzt ein eigenes, alternatives und attraktives Modell sozialer Ordnung (Gilcher-Holtey 1995: 471f.). Damit

wird deutlich, warum die produktive Dimension gegenhegemonialer Projekte (Artikulation einer alternativen sozialen Ordnung) letztlich entscheidend ist.

Diese Einschätzung sollte aber nicht dazu führen, den Effekt der liminar-gegenhegemonialen Episode zu unterschätzen: die Erfahrungen und Experimente der 68er hallen in Frankreich bis in die Gegenwart nach. Das Ereignis einer relativ totalen liminaren Phase hat die Gesellschaft also nachhaltig geprägt, führte aber nicht zur Etablierung eines konkreten Alternativprojekts sozialer Ordnung.

Übertragen auf andere gegenhegemoniale Projekte sollte das sehr kontrastreiche Beispiel Mai 1968 die Bedeutung jener Episoden illustrieren, in denen bestehende soziale Ordnungen temporär destabilisiert und alternative soziale Interaktionszusammenhänge etabliert werden. Dies mag in vielen gegenhegemonialen Projekten lokal begrenzt, auf wenige Ereignisse verkürzt oder nur in Etappen zu finden sein – trotzdem erscheint es offensichtlich, dass die Erfahrung der Offenheit des Sozialen eine zentrale Funktion in diskursiven Veränderungsdynamiken einer Gesellschaft hat. Gegenhegemoniale Projekte sind aufgrund ihrer strategischen Ausrichtung darauf angelegt, liminale Phasen und damit sozial-diskursive Dynamiken zu initiieren. In der beobachtbaren temporären Verflüssigung des Sozialen innerhalb dieser Phasen liegt die Annahme begründet, dass gegenhegemoniale Projekte besonders signifikante Veränderungsdynamiken anstoßen *können*.

3.7 Zwischenbetrachtung

Das Kapitel hat über verschiedene Argumentationswege skizziert, dass die strategischen Bedingungen gegenhegemonialer Projekte sehr stark von der Einbettung in die diskursive Umwelt und der Interaktion mit wichtigen diskursiven Elementen abhängig sind. Insbesondere die Wahl einer komplexen, sowohl integrativen als auch universalisierenden Strategie, sowie die enge Verbindung mit dem gegenhegemonialen Moment der Demokratie ist im Sinne der Argumentation des Kapitels entscheidend.

Entsprechend wird deutlich, dass eine primär diskurs- und hegemonietheoretisch geführte Diskussion nur ein erster Schritt einer Analyse demokratisch-gegenhegemonialer Projekte sein kann. Wesentliche weitere Determinanten sind: erstens das historische Apriori des Diskurses, also die Summe vergangener Artikulationen und die sich daraus ergebende Formationen eines Diskurses. Zweitens die zum jeweiligen Analysezeitpunkt beobachtbare diskursive Konstellation, die sich zwar vor dem Hintergrund des historischen Aprioris, jedoch immer auch in neuen Dynamiken darstellt.⁷⁷ Um ein detailliertes Verständnis demokratisch-gegenhegemonialer Projekte

⁷⁷ „The contemporary social world is an historical product. Its contours are the result of past purposive action as well as unintended and unanticipated consequences whose complex effects are inscribed in the social world“ (Buechler 2000: xi).

zu ermöglichen, wird daher nun in zwei weiteren Schritten diese Ebene konkreter diskursiver Entwicklungsgeschichte und aktueller diskursiver Lage in den Blick genommen.

Zunächst (Abschnitte IIa und IIb) werden die erweiterten diskursiv-historischen Umweltbedingungen gegenhegemonialer Projekte entlang der Schlagworte hegemoniales und gegenhegemoniales Moment der Demokratie diskutiert. Auf dieser Basis wird im abschließenden Abschnitt III mit der grünen Bewegung ein konkretes Fallbeispiel aus der Perspektive des hier entwickelten Modells gegenhegemonialer Projekte analysiert.

Abschnitt IIa: Das hegemoniale Moment der Demokratie

„Natürlich, wenn man einige dieser historischen Verbindungen unterbrechen, durchtrennen will, dann muss man wissen, wann man gegen den Strom der historischen Formation schwimmt“ (Hall 2002b: 67).

Analyse des historischen Aprioris der Demokratie

Mit Hilfe der analytischen Zweiteilung des Diskurses in hegemoniales und gegenhegemoniales Moment der Demokratie soll aus der Perspektive der Untersuchung gegenhegemonialer Projekte die an sich unendliche diskursive Komplexität fassbarer gemacht werden. Der Anspruch der nun folgenden Diskussion der beiden idealtypischen Grundmomente des Diskurses ist also nicht, dass die jeweilige Beschreibung oder Zuordnung immer zutrifft. Es werden vielmehr diskursive Bereiche aus der Untersuchungsperspektive abgesteckt, die in einem zweiten Schritt als Fixpunkte dazu dienen, die ohne Frage viel höhere Komplexität diskursiver Dynamiken beschreiben und bewältigen zu können.

In diesem Sinne handelt es sich bei der Unterscheidung zwischen hegemonialen und gegenhegemonialen Momenten der Demokratie um ein diskursives Kontrastmittel, dass ermöglicht, den demokratischen Charakter des historischen Aprioris der Demokratie und damit die strategischen Bedingungen gegenhegemonialer Projekte zu analysieren.

Das hegemoniale Moment der Demokratie

Die detaillierte Diskussion gegenhegemonialer Projekte hat die wesentliche Bedeutung des diskursiven Kontextes bzw. der dominanten Formationen für gegenhegemoniale Projekte illustriert. Auf der Seite des hegemonialen Moments ist ohne Frage die dominante Formation einzuordnen. Gesellschaftliche Leitprinzipien und damit dominante Konkretisierungen von Demokratie, wie beispielsweise das liberal-repräsentative Verständnis von Demokratie oder industriegesellschaftliche Logiken, sind darauf angelegt, ihrer eigenen Prägekraft Dauerhaftigkeit zu verleihen. Dies ist so weit nicht erstaunlich, sondern vielmehr Ursprung für die Existenz

gegenhegemonialer Projekte.

Zugleich handelt es sich bei jeder dominanten Formation um eine, wenn auch mitunter recht lange, diskursive Episode – vor allem, wenn davon ausgegangen wird, dass der Charakter der Gesellschaft demokratisch ist. Die dominante Formation ist dabei kein objektives Phänomen, sondern vielmehr eine spezifische Konstruktionsleistung gegenhegemonialer Projekte. Jedes gegenhegemoniale Projekt konstruiert eine eigene Variante der dominanten Formation, deren konkrete Ausgestaltung von der Konstellation des spezifischen Antagonismus und der damit verknüpften Äquivalenzketten abhängig ist. Bestimmte Elemente der dominanten Formation werden offensiv kritisiert, andere ggf. als mögliche äquivalente Elemente in die Wir-Äquivalenzkette des gegenhegemonialen Projekts integriert. Es gibt also recht viele dominant erscheinende Prinzipien bzw. Konkretisierungen von Demokratie, aber nur wenige, die zu einem bestimmten Zeitpunkt durch die antagonistischen Artikulationen als dominante Formationen problematisiert werden. Damit wäre dieser Aspekt des hegemonialen Moments, also die jeweils kritisierte Variante der dominanten Formation, vor allem Gegenstand der in Kapitel 9 folgenden Analyse konkreter Fallbeispiele.

Demgegenüber werden an dieser Stelle unter dem Schlagwort des hegemonialen Moments der Demokratie jene Prinzipien untersucht, die zwar in enger Interaktion mit den dominanten Formationen stehen, aber nichtsdestotrotz von gewisser übergeordneter Dauerhaftigkeit und Eigenständigkeit geprägt sind: *Staatlichkeit und Öffentlichkeit*. Die erkenntnisleitende Annahme in Bezug auf Staatlichkeit und Öffentlichkeit ist, dass sie wichtige Mechanismen sind, um den Projekten der dominanten Formation diskursive Dauerhaftigkeit zu verleihen.

4. Staatlichkeit

Wenn über die Organisation von diskursiver Dauerhaftigkeit und Dominanz sozialer Ordnungen nachgedacht wird, erscheint Staatlichkeit nahe liegend. Staatlichkeit stellt sozusagen den Originalmodus des hegemonialen Moments der Demokratie dar.

Das Kapitel 4 strukturiert sich wie folgt: In Kapitel 4.1 wird Staatlichkeit mit Hilfe der Theorie Poulantzas' als Organisationsprinzip von Herrschaft beschrieben. Auf Basis dieser Argumentation wird die Idee der funktionalen Hegemonie entwickelt, um Staatlichkeit als mit der dominanten Formation verknüpfte Hegemonie beschreiben zu können. Kapitel 4.2 untersucht die Interaktion von Staatlichkeit und gegenhegemonialen Projekten. Hierbei soll vor allem Sensibilität für die Verschränkung und Interaktion von Staatlichkeit und gegenhegemonialen Projekten entwickelt werden.

4.1 Staatlichkeit als Verdichtung einer Hegemonie

Das diskurs- und hegemonietheoretische Modell enthält nur wenige Details zu Staatlichkeit (Ratner 1992). Ein Ansatz zur Ergänzung des hegemonietheoretischen Modells findet sich bei Poulantzas (2002), dessen Verständnis von Staatlichkeit dem oben skizzierten Modell des Staates als Prinzip zur Organisation von diskursiver Dauerhaftigkeit entspricht. Poulantzas versteht den Staat „[...] als ein Verhältnis, genauer als die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen [...]“ (Poulantzas 2002: 159). Im Weiteren konkretisiert er diese Perspektive und schlägt vor, Staat „[...] als strategisches Feld und strategischen Prozess zu fassen, in dem sich Machtknoten und Machtnetze kreuzen, die sich sowohl verbinden als auch Widersprüche und Abstufungen zeigen“ (Poulantzas 2002: 167).

Staatlichkeit ist damit nicht Ausdruck eines monolithischen Blocks einer kapitalistischen Herrscherclique, sondern wird als Organisationstyp bürgerlicher Herrschaft modelliert. Die Funktion der Organisation von Herrschaft steht hierbei im Vordergrund. Klassen sowie der Status als herrschende oder beherrschte Klassenfraktion sind dem Staat nicht vorgängig, sondern werden erst durch den Staat organisiert (Poulantzas 2002: 172). Der Staat steht also als Terrain des sozialen Kampfes im Zentrum des Verhältnisses von herrschenden und beherrschten Klassen.

Staat und herrschende Klassen

Zugleich ist dieses Verständnis eines dualistischen Antagonismus für Poulantzas nicht hinreichend. Herrschende (und beherrschte) Klassen sind vielmehr in jeweils verschiedene Klassenfraktionen mit verschiedenen relationalen Machtpotentialen⁷⁸ gespalten. Die Dominanz der herrschenden

⁷⁸ Bei Poulantzas findet sich ein Verständnis von Macht oder Kräfteverhältnis, das sehr stark an Foucaults relationalen Machtbegriff angelehnt ist (Poulantzas 2002: 176ff.). Die politische Macht einer Klasse ist demnach nicht Konsequenz bestimmter Charakteristika (etwa Kapitalbesitz oder Lohnarbeit) sondern vielmehr Produkt eines

Klassenfraktionen unter Führung einer seiner Klassenfraktionen ist daher ein kompliziertes und fragiles Konstrukt, das erst durch die Organisationsfunktion des Staates ermöglicht und fortwährend stabilisiert wird (Poulantzas 2002: 158). Im Netzwerk von Staatlichkeit bilden sich demnach die unterschiedlichen Machtpotentiale der Fraktionen ab und werden durch die Staatsfunktion zu einem immer wieder neu ausgehandelten Kompromissgleichgewicht als herrschende Klasse vereinheitlicht.

Um diese Funktion bereitstellen zu können, ist der Staat gegenüber den Klassenfraktionen relativ autonom. Er ist selbst geteilt in staatliche Apparate (Regierung, Gerichte, Parlamente etc.), die mit jeweils spezifischen und instabilen Machtpotentialen ausgestattet sind: „Der Staat selbst ist gespalten“ (Poulantzas 2002: 164). Diese staatlichen Gegensätzlichkeiten repräsentieren einerseits die Widersprüche und unterschiedlichen Machtpotentiale der Klassenfraktionen. Durch die Konkurrenz der uneinigen staatlichen Apparate werden stellvertretend die Konflikte der herrschenden Klassenfraktionen ausgetragen und münden in dem oben genannten Kompromiss. Andererseits sind diese Widersprüche zugleich der Möglichkeitsraum relativer Autonomie staatlicher Apparate – der Staat ist also *mehr* als lediglich ein Spiegel der Pluralität konkurrierender Klassenfraktionen.

Dies lässt sich am Beispiel der Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassenfraktionen illustrieren. Ebenjene Veränderung manifestiert sich nicht unmittelbar und unverändert in der Konstellation der staatlichen Apparate, sondern kristallisiert sich nur in „[...] gebrochener und differenzierter, den Apparaten entsprechender Form“ (Poulantzas 2002: 162). Entsprechend ist von einer latenten Eigendynamik staatlicher Apparate auszugehen, die sich den Klassen-Kräfteverhältnissen *nur dann anpasst*, wenn die Verwerfungen der Kräfteverhältnisse in konkrete, staatsbezogene Anfragen übertragen werden und *nur so anpasst*, wie es der internen Logik der Staatsapparate entspricht.

Innerhalb der herrschenden Klassenfraktionen gibt es nach Poulantzas eine hegemoniale oder leitende Klasse. Ihre privilegierte Stellung ist in der Spiegelung der staatlichen Verhältnisse sichtbar und wird erst durch den Staat organisiert (Poulantzas 2002: 168). Wichtige staatliche Apparate – deren Bedeutung auch aus vergangenen historischen Konstellationen entstanden sein können (hier also staatliche Eigendynamik als Beharrungskraft) – streben danach, Ausdruck der hegemonialen Klasse zu werden. Dominante Klasse und wichtige staatliche Apparate bedingen sich also nicht nur oftmals gegenseitig, sondern tendieren auch zur Kooperation, gegenseitiger Stärkung und Sicherung (Poulantzas 2002: 169).

Zusammenfassend kann das Verständnis des Staates als Verdichtung entlang von drei Aspekten

komplexen Verhältnisses der Konkurrenz und Gegnerschaft. Die Kraft einer Klasse ist entsprechend abhängig von der Kraft des Gegners bzw. der gesellschaftlichen Gesamtkonstellation. Demnach ist die Zuordnung einer bestimmten staatlichen Institution kein hinreichendes Kriterium, um die Macht einer Klasse zu bewerten. Auch hier ist das relationale Gesamtgefüge aus Klassen und staatlichen Institutionen entscheidend.

beschrieben werden: „Erstens hat der Staat keine eigene Macht, sondern ist eine besondere Form, die die gesellschaftliche Macht annimmt. [...] Zweitens nimmt die gesellschaftliche Macht, indem sie zum Staat wird, eine besondere materielle Gestalt an; sie verdichtet sich zu und in besonderen Apparaten. [...] Drittens handelt der Staat nicht einheitlich. [...] Einzelne [...] Machtpositionen [...] dominieren die anderen und vereinheitlichen sie“ (Demirovic 2001: 155).

Staat und beherrschte Klassen

Herrschende und beherrschte Klassen stehen in einem Antagonismus, der sich durch die gesamte Gesellschaft zieht (Poulantzas 2002: 172). Der Staat ist demnach nicht der einzige, wenngleich aber ein entscheidender Ort für die Austragung dieser Konflikte.

„Die Staatsapparate begründen und reproduzieren die Hegemonie, indem sie ein (variables) Spiel von vorläufigen Kompromissen zwischen dem Block an der Macht und bestimmten beherrschten Klassen inszenieren. Sie organisieren und vereinheitlichen den Block an der Macht, indem sie die beherrschten Klassen ständig desorganisieren und spalten“ (Poulantzas 2002: 171).

Laut Poulantzas finden sich zwei Grundstrategien, wie der Dualismus von herrschenden und beherrschten Klassen gesichert wird. Erstens dient der Antagonismus zwischen den Klassen der Integration und Stabilisierung der herrschenden Klassen selbst. Hier findet sich also das Bild der hegemonietheoretischen antagonistischen Integration wieder, indem der Gegner zum Kern der eigenen Identitätsbegründung per Abgrenzung wird. Darüber hinaus wird zweitens die beherrschte Klasse stetig und aktiv desorganisiert. Dies kann als Kernstrategie des bürgerlichen Staates begriffen werden: eine offensive Strategie zur Verteidigung des eigenen hegemonialen Status durch Heterogenisierung (bei Poulantzas: Desorganisation) der beherrschten Klassen. Die einzelnen Taktiken umfassen hierbei selektive Integration von bestimmten Klassenfraktionen, Entgegenkommen in bestimmten politischen Forderungen oder auch die Integration in staatliche Apparate ohne signifikante emanzipatorische Effekte. Damit werden die beherrschten Klassen erst durch die staatlichen Aktivitäten in den Status der Beherrschung gedrängt. Der Staat wirkt demnach nicht – wie es oft dargestellt wird – neutral oder bedingt neutral, sondern nach Poulantzas klar ausgerichtet auf die offensive, aktive Festigung der hegemonialen Formation.

Umso mehr stellt sich die Frage, wie soziale Bewegungen im Sinne der beherrschten Klassen (bei Poulantzas: Volksmasse) ihren Einfluss auf die soziale Ordnung nehmen können. Laut Poulantzas müssen die Aktivitäten gegenhegemonialer Projekte im Kern auf den Staat gerichtet sein, da nur über die staatlichen Apparate eine erkämpfte Dominanz im relationalen Kräfteverhältnis der Klassen (bei Poulantzas: Staatsmacht) tatsächlich materialisiert und abgesichert werden kann

(Poulantzas 2002: 170). Das erweiterte Ziel gegenhegemonialer Projekte müsse demnach immer die Transformation der Staatsapparate sein (Poulantzas 2002: 170).

Dabei stellt sich gerade diese Transformation als schwierig dar. Die Eigendynamik des staatlichen Apparates macht eine direkte, unmittelbare Umprogrammierung unmöglich. Darüber hinaus ist der bürgerliche Staat nach Poulantzas an sich so angelegt, dass beispielsweise die formelle Übernahme der Regierungsgewalt nicht unbedingt die Kontrolle über signifikante Teile des Staates bedeuten muss. Er unterscheidet hierbei formelle und reale Macht (Poulantzas 2002: 169) – erstere wäre beispielsweise mit der Übernahme von Mandaten in staatlichen Institutionen gleichzusetzen. Davon abgelöst ist das reale Machtzentrum des Staates recht flexibel und verschiebbar. Es begründet sich insbesondere durch die enge Verknüpfung wichtiger Klassenfraktionen mit ebenjenen informellen staatlichen Apparaten.

Der bürgerliche Staat ist für Poulantzas demnach ein strategisches Feld von Machtknoten und -netzen, das sich (zunächst) recht beharrlich dem Zugriff der Volksmassen entziehen kann. Signifikante Transformationen des Staates sind erst nach längerer Dominanz gegenhegemonialer Projekte und beharrlichen Bemühungen der Transformation staatlicher Organe zu erwarten: Entsprechend plädiert Poulantzas für eine langfristig ausgerichtete Strategie fortwährender Konflikthaftigkeit und offensiver Forderungen.

Strategische Optionen

In der Interaktion mit Staatlichkeit ergeben sich für gegenhegemoniale Projekte strategische Optionen, die in Tabelle 3 zusammengeführt werden.

Tabelle 3: Strategische Optionen nach Poulantzas Modell

Strategische Optionen laut Poulantzas Modell
Widersprüche zwischen den herrschenden Klassen ergeben für gegenhegemoniale Projekte strategische Optionen.
Herrschende Klassen bzw. staatliche Apparate sind sensibel für jede Änderung des Kräfteverhältnisses. Erste Reaktionen der dominanten Formation und von Staatlichkeit kann demnach von außen durch gegenhegemoniale Projekte erzwungen werden.
Die Absicherung der Folgen gegenhegemonialer Intervention durch Staatlichkeit ist notwendig und nur durch die Präsenz des gegenhegemonialen Projekts innerhalb Staatlichkeit möglich.

Quelle: Eigene Darstellung

Zusammenfassend findet sich die strategische Grundaussage Poulantzas in folgendem Zitat wieder:

„Der Staat ist ein strategisches Kampf- und Kompromissfeld – und entsprechend müssen auch Prozesse des Widerstands und der Emanzipation fähig zum Kompromiss als auch zur strukturellen Veränderung sein. Es handelt sich um eine langwierige und reflexive Strategie, die es ablehnt, in einfachen Gegensätzen zu denken [...]“ (Demirovic et al.

Funktionale Hegemonien

Poulantzas Staatsmodell konkretisiert die im diskurs- und hegemonietheoretischem Modell recht offene bzw. diffuse Beschreibung von Staatlichkeit. Er betont dabei die Eigendynamik staatlicher Apparate und die Bedeutung ebenjener Eigendynamik für die Stabilität der dominanten Formation bzw. der Erfolgsmöglichkeiten gegenhegemonialer Projekte. Es erscheint mir sinnvoll, auf Basis dieses Verständnisses von Staatlichkeit eine neue Kategorie von Hegemonien zu entwickeln: *funktionale Hegemonien*.

Funktionale Hegemonien zeichnen sich durch die Zurückhaltung bei der Verbreitung eines konkreten, inhaltlichen und umfassenden Sinnprojekts aus. Ihr hegemonialer Drang zur Universalisierung bezieht sich auf eine bestimmte, begrenzte sozial-diskursive Funktion im Bereich der Organisation diskursiver Dynamiken. Es geht dieser speziellen hegemonialen Formation also nicht primär um die Verbreitung eines konkreten Sinnmusters, sondern vielmehr um die Anordnung und Bewegung vieler, durchaus „fremder“ diskursiver Muster. Beispiele wären hierbei unter anderem die Herstellung von Sichtbarkeit durch Öffentlichkeit oder die Sicherung von diskursiver Dominanz und Kontinuität durch Staatlichkeit. Im Falle der Staatlichkeit wird dies beispielsweise durch die Prozesse der Genese von Recht, auf Recht basierendes Verwaltungs- und Ordnungshandeln oder juristische Verfahren gesichert. Ergänzend zu diesen diskursiven Kernfunktionen finden sich nur basale weitergehende Sinnfragmente, die Poulantzas als staatliche Eigendynamik beschreibt – beispielsweise eine Idee von staatlicher Steuerung. Die Eigendynamik funktionaler Hegemonien ist dabei Produkt vergangener enger Verbindungen mit der dominanten Formationen und Konsequenz der spezifischen Funktionserfüllung.

Aufgrund des auf bestimmte diskursive Mechanismen reduzierten Universalisierungsdrangs haben funktionale Hegemonien die Möglichkeit, sich quer zu anderen Hegemonien zu legen, um diesen attraktive Anknüpfungspunkte anzubieten. Neben dem Horizont findet sich mit den funktionalen Hegemonien also eine weitere hegemoniale Form, die sehr breit und tief in die soziale Ordnung eingeschrieben und verankert ist. Eine dominante Formation erhält eher indirekt Zugriff auf Staatlichkeit oder Öffentlichkeit – nämlich durch den privilegierten Zugriff auf den demokratischen Horizont, der wiederum sehr eng mit den diskursiven Formationen von Staatlichkeit und Öffentlichkeit verschränkt ist.

Staatlichkeit als Objekt gegenhegemonialer Intervention

Angesichts der erheblichen diskursiven Bedeutung von Staatlichkeit erscheint es für gegenhegemoniale Projekte zentral, sich in staatliche Diskursivität einzuschreiben. Über Staatlichkeit wird Dauerhaftigkeit und diskursive Dominanz möglich, was recht gut an der

historischen Darstellung von Staatlichkeit durch Dryzek et al. (2003) deutlich wird. Die Autoren differenzieren zunächst drei Entwicklungsphasen: erstens die Entstehung des frühen modernen, autoritären Staates. Dieser ist durch drei Kernziele definiert: die Sicherung der inneren Ordnung, Überleben (in Konkurrenz zu anderen Staaten) und nicht zuletzt die Organisation von Ressourcen, um die beiden erstgenannten Ziele zu sichern (Dryzek et al. 2003: 1). Zweitens vollzog sich durch den Druck der bürgerlich-liberalen sozialen Bewegungen eine erstmalige Weiterentwicklung der staatlichen Imperative: Die Einbindung der bürgerlichen Bewegungen in Staatlichkeit wurde verknüpft mit der Ergänzung von Staatlichkeit durch das Ziel des wirtschaftlichen Wachstums. Der kapitalistische oder liberale Staat konnte durch die Einbindung die innere Ordnung und hinreichende Ressourcen sichern. Drittens wurden durch die Arbeiterbewegung die Einbindung weniger BürgerInnen und die Ungleichverteilung kritisiert. Die Entwicklung des Wohlfahrtsstaats lässt sich als Antwort auf diese Herausforderung lesen. Die staatlichen Imperative wurden um die aktive Genese und permanente Notwendigkeit von Legitimität ergänzt.

Im Verständnis von Dryzek et al. (2003) sind also wesentliche Entwicklungsschritte von Staatlichkeit durch soziale Bewegungen initiiert worden. Das Ziel einer sozialen Bewegung ist es also, das eigene Projekt in den Kern und nicht nur die Peripherie von Staatlichkeit einzuschreiben (Dryzek et al. 2003: 2). Erst durch diese Transformation der dominanten sozialen Ordnung werden die Forderungen der Bewegung dauerhaft und umfassend umgesetzt, da die Funktion von Staatlichkeit die Sicherung von Dauerhaftigkeit und Stabilität ist. Entsprechend argumentieren Dryzek et al. relativ parallel zum oben genannten Verständnis von Poulantzas und der Weiterentwicklung als funktionale Hegemonie.

4.2 Staatlichkeit und gegenhegemoniale Projekte

Staatlichkeit und gegenhegemoniale Projekte sind notwendig aufeinander bezogen: durch Staatlichkeit können gegenhegemoniale Projekte – wie gerade illustriert – dauerhafte Transformationen sozialer Ordnungen durchsetzen oder sie können am dauerhaften, stabilen Moment der Staatlichkeit scheitern. Diese ohne Frage wichtige Rolle von Staatlichkeit ist aber nicht die einzige mögliche Beziehung zwischen Staatlichkeit und gegenhegemonialen Projekten. Es sind auch Varianten möglich, in denen die Grenze zwischen Staatlichkeit und sozialen Bewegungen verschwimmen. Zwei Beispiele hierzu:

Ausgelagerte staatliche Praxis

Methmann (2011: 124ff.) diskutiert anhand des Beispiels nachhaltiger Forstwirtschaft zwei mögliche Interpretationen staatlicher Praxis. Auf der einen Seite findet sich die etablierte Interpretation der Entstehung und Verbreitung des Prinzips Nachhaltigkeit in der Forstwirtschaft. Diese besagt, dass im Bereich der Forstwirtschaft ein Machttransfer von staatlichen zu

nichtstaatlichen Akteuren stattgefunden habe. Letztgenannte nichtstaatliche Akteure übernehmen nach dieser Interpretation nun erfolgreich die staatlichen Regulierungsfunktionen (Methmann 2011: 125). Der Impuls zur Gründung des ersten Zertifizierungssystems Forest Stewardship Council (FSC) kam dabei aus den Reihen betroffener Stakeholder (Umwelt- und Menschenrechtsgruppen, Händler und Produzenten) – weitere, eher wirtschaftsnahe Zertifikate-Anbieter folgten.

In Methmanns alternativer Interpretation lässt sich die Etablierung dieser Form der Selbstregulierung nicht durch die funktionale Leistungsfähigkeit der Programme selbst oder das Fehlen staatlicher Standards erklären (2011: 125). Er sieht die Begründung vielmehr in einer politisch imitierten neuen Form des Regierens angelegt, die nicht nur an den entscheidenden Impulsen für die Etablierung der Selbstregulierung beteiligt war, sondern auch die spezifische Form der Regulierung bedingt. Emanzipatorisches Handeln einer Umweltschutzbewegung wird in diesem Lichte zu einer neuen Form ausgelagerter staatlicher Praxis.

Am Beispiel der FSC lässt sich zeigen, dass die Gründung des Zertifizierungssystems durch eine finanzielle Förderung des Österreichischen Parlaments angestoßen wurde. Ähnliche Beispiele lassen sich in vielen Bereichen des Umwelt- und Klimaschutzes oder der Entwicklungshilfe finden, sodass gerade beim initialen Impuls derartiger Maßnahmen nur bedingt von Staatsferne ausgegangen werden kann.

Impulse solcher Gestalt sind zudem in einen Diskurs eingebettet, der mit dem Prinzip der ökologischen Modernisierung eine bestimmte Form der Regulierung konstituiert und legitimiert (Methmann 2011: 125). Hauptprinzipien der ökologischen Modernisierung sind Marktlösungen und weiche Steuerungsansätze statt direkter staatlicher Regulierung – dadurch wird das Problem des Umweltschutzes entsprechend in den übergeordneten Diskurs markoliberalen Wirtschaftens eingebettet (Methmann 2011: 126).⁷⁹ Im Bereich der forstwirtschaftlichen Zertifizierung lässt sich dieser Einfluss laut Methmann durch die Dominanz des Wettbewerbsprinzips wiederfinden: unter anderem in den Kriterien der Beurteilung eines zertifizierten Akteurs und der zunehmenden Konkurrenz um Marktanteile zwischen den verschiedenen Zertifizierungssystemen selbst. Letzteres führte unter anderem dazu, dass der FSC zur Sicherung von Marktanteilen ein weniger restriktives Label als Ergänzung einführte (Methmann 2011: 127). Entsprechend lässt sich im Rahmen dieser Konkretisierung des Diskurses zur ökologischen Modernisierung festhalten, dass das liberale Wirtschaftsprinzip wenigstens gleichberechtigt neben dem Ziel des Umweltschutzes angesiedelt ist.

Das Handeln staatlicher Apparate ist also nicht immer direkt erkennbar, sondern oftmals verdeckt durch eine staatsferne Selbstdarstellung und die Steuerung mittels übergeordneter diskursiver Mechanismen. Dies führt einerseits dazu, dass gegenhegemoniale Projekte auch auf jene indirekte

⁷⁹ Vgl. Kapitel 9.3.

Regierungsformen abzielen müssen, wenn sie die Transformation staatlicher Apparate anstrebt. Andererseits wird das Feld gegenhegemonialer Praxis unübersichtlicher, da staatliches Handeln teilweise auch in eher bewegungsnahen Bereichen angesiedelt ist – der Staat bzw. die mit ihm verknüpfte dominante Formation in manchen Bereichen das eigene Andere fördert und strukturiert. An dieser – für die Betrachtung gegenhegemonialer Praxis zentralen Frage – soll nun entlang eines zweiten Beispiels diskutiert werden, inwieweit die staatsferne Herkunft ein Kriterium für gegenhegemoniale Praxis sein muss.

Entwicklung des Umweltschutzes in Deutschland

Radkau (2011: 140ff.) schildert in seiner Darstellung der Geschichte des Umweltschutzes unter anderem den Zeitpunkt der Einführung des Umweltschutz-Gedankens und -Prinzips in Deutschland um 1970. Entgegen aller üblichen Annahmen lassen sich laut Radkau schon 1969 staatlich-administrative Initiativen zum Umweltschutz als neues Politikfeld aus dem Bundesinnenministerium nachweisen (Radkau 2011: 141). Sie wurden durch einzelne Beamte aufgrund ihrer Erfahrungen aus dem amerikanischen und internationalen Kontext eingebracht und stießen weitere Aktivitäten der Regierung Brandt an.⁸⁰ Aufgrund der ohne Frage passgenauen diskursiven Umgebung (Anschlussfähigkeit an historische diskursive Elemente, Übernahme von diskursiven Elementen aus anderen westlichen Ländern und nicht zuletzt passgenaue Ereignisse (Zurückdrängen der Natur) führte unter anderem diese Initiative zur breiten Gründung von Bürgerinitiativen, die sich schon 1972 zum in der Folge bedeutenden Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz zusammenschlossen (Radkau 2011: 142). Die stetigen Anfragen der Bürgerinitiativen an staatliche Stellen hatten wiederum zur Folge, dass jene Bereiche des staatlichen Apparats in ihren Umweltschutzhandlungen legitimiert und gefördert wurden.

Das Beispiel von Radkau kann zwar nicht nachweisen, dass die Umweltschutzbewegung in Deutschland allein aufgrund einer Regierungsinitiative entstanden ist – dafür sind derartige Prozesse zu komplex und verschiedene Ereignisse und Determinanten miteinander verflochten. Es zeigt jedoch recht eindeutig, wie schon direkt am Anfang einer sozialen Bewegung ein enges Wechselspiel von Bewegung und bestimmten staatlichen Apparaten vorherrschte. Entsprechend erscheint es hinsichtlich der Bedeutung von Staatlichkeit sinnvoll, die grundsätzlich etablierte Trennung von Staat und Bewegung aufzugeben und vielmehr Staatsnähe und Staatsferne als mögliche Strategien einer gegenhegemonialen Praxis zu denken. Das Verhältnis zu Staatlichkeit ist also eher ein strategisches Kalkül und sollte demgegenüber nicht genutzt werden, um den gegenhegemonialen Charakter einer sozialen Bewegung zu begründen oder in Frage zu stellen.

⁸⁰ Im Weiteren folgen eine Regierungserklärung Brandts zum Umweltschutz im Jahr 1969, ein „Sofortprogramm Umweltschutz“ im Jahr 1970 und das Umweltprogramm 1971 (K.-W. Brand 1999: 243)

4.3 Zwischenbetrachtung

Bei Staatlichkeit handelt es sich um einen komplexen Mechanismus zur Organisation und Sicherung diskursiver Dauerhaftigkeit. Der zentrale Ansatzpunkt, um sich die erhebliche diskursive Wirkung der als funktionale Hegemonie bezeichneten Staatlichkeit zu sichern, ist der demokratische Horizont. Insofern muss von einer relativ engen Verknüpfung von Horizont, Staatlichkeit und dominanter Formation ausgegangen werden. Als Teil des hegemonialen Moments von Demokratie ist Staatlichkeit dabei eine Erklärung für die gesteigerte Geltungskraft und Beharrungsfähigkeit dominanter Formationen.

Doch Staatlichkeit ist zugleich auch eine Arena, in der viele weitere diskursive Projekte um Einfluss ringen – in diesem Sinne ist sie einerseits ähnlich heterogen, wie die sie umgebenden Projekte. Andererseits ist sie ein diskursives Phänomen mit begrenzter, aber dennoch vorhandener Eigenständigkeit und Eigendynamik. In ihr spiegeln sich nicht nur vergangene und aktuelle dominante Formationen – sie hat auch eine gewisse Eigendynamik entwickelt, die sich vor allem durch die diskursive Funktion der Organisation von Kontinuität begründet. Kurzum: Staatlichkeit ist nicht auf die Funktionserfüllung für die dominante Formation zu reduzieren. Nicht zuletzt ist Staatlichkeit kein klar abgrenzbarer Bereich, sondern die Organisation von diskursiver Dauerhaftigkeit führt durchaus auch zu engen Interaktionen mit gegenhegemonialen Projekten.

Repräsentation und Transformation

In der Summe bedeutet dies, dass Staatlichkeit erstens ein zentraler Mechanismus zur Organisation diskursiver Kontinuität und damit eindeutig Teil des hegemonialen Moments der Demokratie ist. Zweitens hat sich gezeigt, dass das Ringen um Transformation im Rahmen von Staatlichkeit durchaus voraussetzungsreich ist. Der Zugang zur Arena steht nicht per se offen und Transformation benötigt stetige, offensive und breite diskursive Interventionen, um die bestehenden Hürden von Staatlichkeit zu überwinden (Zugang zu Institutionen, Wissen etc.). Insofern ist Staatlichkeit als Ansatzpunkt gegenhegemonialer Strategie nur jenen Projekten vorbehalten, die sich breit und vor allem dauerhaft etablieren konnten. Dies trifft nur bei wenigen gegenhegemonialen Projekten bzw. Projektphasen gegenhegemonialer Projekte zu.

Essentielle Voraussetzung für den Einstieg in die Arena der Staatlichkeit ist die grundsätzliche Etablierung als signifikater, von einigen anderen diskursiven Formationen akzeptierter und relativ dauerhafter Teil des Diskurses. Eine derartige diskursive *Repräsentation* innerhalb einer Gesellschaft ist entsprechend als erste Phase der Etablierung eines gegenhegemonialen Projekts innerhalb der diskursiven Umwelt. Das Ringen um die *Transformation der dominanten Ordnung* stellt demgegenüber die sich anschließende Phase dar, sofern die Repräsentation vorerst gesichert ist. Repräsentation ist also dem Ringen um Transformation vorgeschaltet.

Diese idealtypische Zweiteilung zwischen Repräsentation und Transformation begründet sich durch die Beobachtung, dass manche gegenhegemoniale Projekte durchaus signifikant diskursiv repräsentiert sind, die soziale Ordnung jedoch vorerst im Sinne der dominanten Formation unverändert fortbesteht. Die ohne Frage bestehenden Effekte diskursiver Repräsentanz gegenhegemonialer Projekte auf die soziale Ordnung sind immer zäh, oftmals erheblich verzögert oder von indirekter Natur.

Zwei Beispiele: Die insgesamt äußerst kritische bis ablehnende Haltung der deutschen Bevölkerung gegenüber der Nutzung der Atomkraft führte trotzdem nicht unmittelbar zur Abschaltung der deutschen Atomkraftwerke (AKW). Vielmehr wurde aus wirtschaftlichen Erwägungen 2010 eine Wiederverlängerung der AKW-Laufzeiten beschlossen. Erst Fukushima im Frühjahr 2011 bewirkte als erhebliche diskursive Dislokation eine erneute Bekräftigung der allgemein atomkritischen Haltung des öffentlichen Diskurses, was nicht zuletzt ermöglichte, dass die lange, erhebliche und immer wieder erneuerte diskursive Repräsentation der Atomkraftkritik die Transformation der energiewirtschaftlichen Ordnung auslöste.

Auch der allgemeine Umweltschutzdiskurs ist in sich different. Während das Ziel des Umwelt- oder des Klimaschutzes im Bereich des speziellen Umweltschutzdiskurses oder der allgemeinen Öffentlichkeit relativ unumstritten ist, gestaltet sich das Ringen um die Transformation der dominanten Formation erheblich schwieriger. Der durch das grüne Projekt artikulierte Widerspruch von Umweltschutz und wirtschaftlichem Wachstum wurde vorerst durch die das Projekt der ökologischen Modernisierung in eine Vereinbarkeit und wechselseitige Stärkung umgedeutet. Auch hier ging signifikante und dauerhafte diskursive Repräsentation des gegenhegemonialen Projekts nicht unmittelbar in die Transformation der dominanten Formation über.⁸¹

Gegenhegemoniale Kernstrategien und diskursive Arenen

In Kapitel 3 wurde das weite Spektrum möglicher gegenhegemonialer Strategien auf zwei gegenläufige Grundausrichtungen zugespitzt: Erstens der Anspruch, das gegenhegemoniale Projekt zu universalisieren und zweitens die Notwendigkeit, vielfältige Elemente über Äquivalenzbeziehungen in das eigene Projekt zu integrieren. Diese können entlang des in Tabelle 4 skizzierten Schemas den gerade identifizierten Zieldimensionen gegenhegemonialer Projekte und den entsprechenden Arenen zugeordnet werden. In der Summe dient diese Anordnung von Kernstrategien, Zieldimensionen und Arenen als Schema für die weitere Analyse des historischen Aprioris.

⁸¹ Vgl. Kapitel 9.

Tabelle 4: Gegenhegemoniale Kernstrategien und diskursive Arenen

Gegenhegemoniale Kernstrategien	Auf den demokratischen Diskurs bezogenes Ziel	Zentrale diskursive Arena
Universalisierung	Repräsentation im allgemeinen Diskurs	Öffentlichkeit
Integration	Transformation der dominanten Formation	Staatlichkeit

Quelle: Eigene Darstellung

5. Öffentlichkeit

Staatlichkeit stellt sicherlich die unmittelbarste Form der Sicherung diskursiver Kontinuität dar und ist entsprechend sichtbarster Ausdruck des hegemonialen Moments der Demokratie. Gegenhegemoniale Projekte sind aber entlang der gerade skizzierten idealtypischen Entwicklungsphasen erst in einem zweiten Schritt auf Staatlichkeit ausgerichtet – das Ringen um diskursive Sichtbarkeit und damit Repräsentation des Projekts ist essentielle Voraussetzung für sich möglicherweise anschließende Strategien der Transformation der dominanten Formation. Diskursive Repräsentation wird in modernen Gesellschaften primär über massenmediale Öffentlichkeit erlangt und gesichert – sie stellt damit das zweite wesentliche Element des hegemonialen Moments der Demokratie dar.

Das Kapitel 5 ist wie folgt aufgebaut: In Kapitel 5.1 wird in Abgrenzung zu etablierten Verständnissen von Öffentlichkeit ein Konzept hegemonietheoretischer Öffentlichkeit entwickelt. Dies wird in Kapitel 5.2 entlang der Massenmedien unter Bezug auf Halls Modell des Kodierens und Dekodierens konkretisiert. Halls Verständnis der Interaktion von Medienproduzenten und relativ freien Medienrezipienten erweist sich dabei als ideale Ergänzung des hegemonietheoretischen Modells. Entsprechend wird die Argumentation Halls in Kapitel 5.3 auf der abstrakteren Ebene von Subjekt und Ideologie detaillierter diskutiert.

5.1 Konzept einer hegemonietheoretischen Öffentlichkeit

Öffentlichkeit als Begriff ist omnipräsent und zugleich schwer fassbar. Um ein hegemonietheoretisches Verständnis von Öffentlichkeit zu entwickeln, werden zunächst etablierte Modelle von Öffentlichkeit, insbesondere jenes von Habermas (1990), diskutiert.

5.1.1 Die Potenzierung von Sichtbarkeit

Öffentlichkeit ermöglicht diskursive Sichtbarkeit – sie stellt Kommunikationskontexte bereit, die ohne Zugangsbeschränkungen für jedes Mitglied einer Gesellschaft zugänglich sind (Gerhards 2002: 694). Peters (2007a: 61f.) nennt hier die Kriterien Gleichheit und Reziprozität, wobei die letztgenannte reziproke Verteilung der Sprecher- und Hörerrollen eher die Ausnahme bleibt. Diskursive Sichtbarkeit ist aber auch abhängig von ebenjener Strukturierung: die faktische Begrenzung derjenigen, die eine Sprecherrolle inne haben und die erhebliche Deckungsungleichheit von potentiell unendlich vielen und faktisch recht wenigen Themen führt erst dazu, dass die nunmehr wenigen Sprecher und Themen im Rahmen der Öffentlichkeit *wirklich* sichtbar werden. Besonders das Kriterium der Offenheit für alle Themen (Peters 2007a: 61) ist damit zwar von hoher Bedeutung für die normative Selbstdarstellung von Öffentlichkeit, würde

aber im Hinblick auf Sichtbarkeit ebenjene Grundfunktion von Öffentlichkeit per se unmöglich machen. Transparenz (Neidhardt 1994: 8) als Basisfunktion von Öffentlichkeit ist demnach allen anderen Funktionen von Öffentlichkeit (bei Neidhardt: Validierung und Orientierung – bei Peters: Deliberative Diskursivität (Peters 2007a: 62)) vorgelagert, da direkt mit der Frage der Sichtbarkeit eines Themas auch grundsätzlich über die gesellschaftliche Repräsentation entschieden wird.

Öffentlichkeit ist also durch einen zweistufigen Prozess gekennzeichnet: Die technisch vermittelte Einspeisung diskursiver Elemente wird in einem zweiten Schritt durch eine qualitative Markierung dieser Elemente ergänzt. Inhalte werden rekontextualisiert und mit dem Attribut öffentlich gekennzeichnet. In der Summe führt dies zu einer immensen quantitativen und qualitativen Potenzierung von Sichtbarkeit jener Artikulationsmuster, die als Teil der öffentlichen Kommunikation markiert wurden.

In modernen Massendemokratien muss davon ausgegangen werden, dass beinahe alle Themen und Informationen gesamtgesellschaftlicher Relevanz direkt (durch Medienrezeption) oder indirekt (durch Erzählung von Medienrezeption) über die Öffentlichkeit und damit die Massenmedien kommuniziert werden. Entsprechend ist die Repräsentation eines diskursiven Projektes in der Öffentlichkeit unumgänglich: nicht vom allerersten Ursprung an, aber sobald eine umfassende Geltungskraft des Sinnprojekts angestrebt wird. Die Sichtbarkeit eines Projekts in den Massenmedien kann daher in modernen Mediengesellschaften als essentielles Kriterium für potenziellen Erfolg des Projektes gelten. Von besonderem Interesse ist demnach, welche Faktoren über die öffentliche Sichtbarkeit einer diskursiven Artikulation entscheiden.

5.1.2 Die Logik der Öffentlichkeit

Öffentlichkeit ist eng mit dem Projekt Demokratie verknüpft. Der hohe normative Status des Horizonts Demokratie⁸² führt zu ebenfalls hohen normativen Kriterien und Erwartungen seitens der Öffentlichkeit. Ihr wird in Verbindung mit dem Prozess der Genese öffentlicher Meinung eine spezifische, idealiter demokratisierende Eigenlogik zugeschrieben. Habermas beschreibt dies als einen Dreischritt: Öffentlichkeit ist sensibel für lebensweltliche Problemartikulationen, rationalisiert diese im Rahmen verständigungsorientierter Kommunikation und verdichtet diese rationalisierten Diskursergebnisse zu öffentlichen Meinungen. Über die Möglichkeit des Entzugs von Legitimität wird im Falle selbstreferentieller Schließung des politisch-administrativen Systems Einfluss auf ebenjenes genommen (Habermas 1990, 1996, 2008).

Entscheidend für die Einordnung dieses Modells von Öffentlichkeit ist die Lesart. Die Theorie von Habermas kann etwa als normative Theorie kritisiert oder als Bewertungskriterium zur Beurteilung gegenwärtiger Öffentlichkeit herangezogen werden (Habermas 2008: 145). Eine dritte Option ist,

⁸² Vgl. Kapitel 3.1.

die Theorie Habermas' als sichtbaren Ausdruck einer tiefer liegenden historischen Diskursformation zu lesen, die einen Teil des Selbstverständnisses der Massenmedien und der professionellen Akteure der Öffentlichkeit theoretisch unterfüttert, stabilisiert und repräsentiert. In diesem Sinne wären die normativen Charakteristika von Öffentlichkeit – lebensweltliche Sensibilität, Rationalisierung und Genese einer öffentlichen Meinung – Aspekte eines hegemonialen Projekts und damit eines Identitätskonzeptes von Akteuren. Für diese hegemonietheoretische Lesart des Projekts demokratischer Öffentlichkeit sprechen folgende Punkte:

Erstens ist das normative Selbstverständnis von Öffentlichkeit nicht nur Produkt der Habermas'schen Theorie, sondern findet sich in vielen Selbstbeschreibungen der Massenmedien oder professioneller massenmedialer Akteure wieder – beispielsweise Anspruch von JournalistInnen, als möglichst neutrale Akteure alle relevanten Informationen in der Öffentlichkeit verfügbar zu machen und diese dann deutlich markiert zu kommentieren und in öffentliche Meinungen zu überführen (Hall 2004c: 130ff.).

Zweitens wird durch ein Verständnis des normativen Öffentlichkeitsprogramms als Hegemonie die Kontingenz, Flexibilität und Begrenztheit des Programms greifbarer, ohne die hohe diskursive Bedeutung des Projekts aus dem Blick zu verlieren. Der besondere normative Status kann vielmehr durch den Status als Hegemonie und die enge Verkopplung mit dem Horizont Demokratie begründet werden.

Nicht zuletzt wird drittens auch ein Vergleich bzw. die Interaktion mit anderen hegemonialen Projekten und Hegemonien möglich. Die Frage ist nun nicht mehr, ob die normativen Prämissen Habermas' zutreffen, sondern inwiefern das normative Programm in Konkurrenz zu anderen diskursiven Formationen einer Gesellschaft tritt. Die Diskussion über das (Nicht)Zutreffen der Annahmen deliberativer Öffentlichkeit wird ersetzt durch die Frage, inwieweit die vorhandenen Ideen normativer Öffentlichkeit als hegemoniales Projekt die diskursive Praxis und hegemoniale Konkurrenz prägen (Demirovic 1997: 174).

Öffentlichkeit als funktionale Hegemonie

Entlang dieser Perspektive kann Öffentlichkeit als funktionale Hegemonie modelliert werden. Dabei findet sich eine Gleichzeitigkeit zweier hegemonialer Beziehungstypen. Einerseits ist die Hegemonie Öffentlichkeit selbst Objekt hegemonialer Konflikte, die sich in ihr einschreiben und die Logik der Öffentlichkeit determinieren. Die gegenwärtige Logik der Öffentlichkeit ist entsprechend die Summe vergangener und aktueller hegemonialer Konflikte sowie einer gewissen Eigendynamik des Öffentlichen.

Andererseits übernimmt Öffentlichkeit Funktionen für andere diskursive Artikulationen, indem

anderen Deutungsprojekten Sichtbarkeit verschafft wird. Öffentlichkeit zeichnet sich dabei durch eine sehr begrenzte Eigendynamik und ein hohes Maß an Vermittlung bestehender sozialer Formationen und politischer Konflikte aus.

5.2 Massenmedien

„Die Massenmedien funktionieren und werden geformt durch die Art und Weise, wie *Macht* und *Wissen* in der Gesellschaft (ungleich) verteilt sind“ (Hall 2004c: 128).

Während der Begriff Öffentlichkeit die gesamte Formation der funktionalen Hegemonie Öffentlichkeit bezeichnet, kann mit Massenmedien der abstrakte Begriff greifbar gemacht und in seiner offensichtlichen Heterogenität analysiert werden. Entsprechend soll nun entlang der Massenmedien eine genauere Diskussion der Determinanten von Öffentlichkeit geführt werden. Dabei wird es zur Klärung der Frage letztlich nicht hinreichend sein, allein die Massenmedien zu betrachten. Es wird vielmehr angenommen, dass Medienorganisationen, -produktion und -rezeption vor allem Ausdruck übergeordneter politischer Konflikte des Bereiches Kultur sind. Der Begriff der Kultur ist hierbei synonym mit dem hegemonietheoretischen Begriff des Sozialen oder des Diskurses zu verstehen. Kultur ist der Raum der konflikthaften Genese von Bedeutung, der „Schauplatz des sozialen Konflikts um das Reale“ (Carey 1992: 87). Letztgenannter Aspekt der Kultur wird dabei im folgenden Abschnitt detaillierter untersucht, bildet aber die Hintergrundfolie zur Diskussion der Massenmedien.

Encoding / Decoding

Nach Hall (2004d: 66ff.) finden sich an allen Stationen massenmedialer Kommunikation kulturelle Prozesse der Bedeutungsproduktion (Marchart 2008a: 145). Besondere Bedeutung haben hierbei die Aufbereitung von Ereignissen durch Massenmedien und die Rezeption dieser Inhalte durch das Publikum: Ereignisse werden von Massenmedien ausgewählt, in eine Nachrichtenform überführt und mit Hilfe bestehender gesellschaftlicher Muster mit einer Deutung versehen (Hall: 2004c: 135). Der Kern des Konzepts von Hall ist die Idee, dass Massenmedien nach dem Prozess des Kodierens die Kontrolle über die Nachricht verlieren. Eine Nachricht kann in recht unterschiedlichen Formen dekodiert werden – je nach Kontext und genutzter Deutungsstruktur, in die eine Nachricht eingeordnet wird. Überlappen sich die Deutungen oder Lesarten beim Kodieren und Dekodieren, wird die Nachricht so empfangen, wie sie kodiert wurde. Differieren Kodieren und Dekodieren, erscheint die Nachricht nicht falsch, sondern sie wird schlichtweg als anders gedeuteter Inhalt wahrgenommen – Bedeutung ist demgemäß mehrschichtig und multireferentiell (Hall 2004e: 82). Die in welcher Form auch immer dekodierte Nachricht kann zudem anschließend wiederum auch Gegenstand weiterer massenmedialer Berichterstattung werden (Hall 2004d: 68). Entsprechend entwirft Hall hier ein Kreislaufmodell von Kommunikation, dass das dynamische

Element in der Vielfalt kultureller Bedeutungsproduktionen verortet.

Das Modell Halls ist im Kontext der vorliegenden Untersuchung besonders relevant, weil in einem zweiten Schritt die Frage der Bedeutungsproduktion mit etablierten gesellschaftlichen Deutungsmustern (Ideologien / Hegemonien) bzw. der konflikthafter Bewegung dieser Muster verknüpft wird. So wird die Medienproduktion und Medienrezeption anschlussfähig für die übergeordneten hegemonialen Konflikte. Das rezipierende Subjekt wird aus der bisweilen recht passiv gedachten Beobachterrolle hegemonialer Deutungskämpfe gelöst und findet sich mitten in der massenmedial vermittelten Arena ebenjener Konflikte wieder. Entsprechend scheint es sinnvoll, zunächst die Prozesse des Kodierens und Dekodierens entlang der verfügbaren Deutungsmuster zu rekonstruieren. Es wird dabei angenommen, dass es dominante Deutungsmuster in der Gesellschaft gibt.

Kodieren - Die Struktur der Nachrichtenproduktion

Bei der genaueren Diskussion des Kodiervorganges muss zunächst detailliert identifiziert werden, welchen Bereich des Diskurses man mit dem Begriff des Kodierens bezeichnen will. Wie erwähnt überlagern sich sowohl im oben illustrierten Modell von Öffentlichkeit als auch in der Argumentation Halls zwei Diskurse unterschiedlichen Ausmaßes und unterschiedlicher Form (Hall 2004e: 88). Zunächst drückt sich der umfassende kulturell-politische Prozess der Bedeutungsgenese über die Massenmedien aus. Er bringt Ereignisse hervor, bietet Deutungsmuster an und schreibt sich nicht zuletzt in den Diskurs der massenmedialen Produktion ein. Demgegenüber ist massenmediale Produktion zwar nicht völlig, jedoch zumindest bedingt unabhängig vom übergeordneten Diskurs. Diese Eigendynamik massenmedialer Diskursivität stellt die zweite Ebene der Diskursivität von Öffentlichkeit dar und ist durch spezifische Logiken, Dynamiken und Zeichen geprägt.

Hall beschreibt die Nachrichtenproduktion als Prozess, der durch bestimmte Strukturen und etablierte soziale Interaktionsmuster geprägt ist (Hall 2004c: 132). Die Nachrichtenproduktion beginnt mit der Auswahl von Ereignissen, die als Nachrichten potentiell in Frage kommen. Ein entsprechendes Ereignis kann zudem nicht vollständig zum Nachrichtengegenstand werden, sondern nur ein bestimmter Aspekt. Letzterer ist immer eine Verkürzung des vollständigen Ereignisses, muss jedoch im Nachrichtenstatus das Ereignis als Ganzes repräsentieren (Hall 2004c: 134). Entsprechend wird ein Ereignis als Nachricht in eine Geschichte, in Worte und Bilder übersetzt. Dieser erste – eher selektive, arrangierende Akt der Verarbeitung wird durch die Einbettung der Nachricht in bestehende, erklärende Muster und Bedeutungssysteme ergänzt: etwa durch ein bestimmtes Format der Berichterstattung oder einen relativen Bezug auf bekanntere, symbolische oder rituelle Informationen. Die Kodierhandlungen der Massenmedien verlaufen dabei im Regelfall automatisch – also ohne wesentliches Bewusstsein für die Prägekraft des Vorganges

und entlang eines Programms, dass die eigene Tätigkeit als sinnvoll einordnet. Je unbewusster diese Kodier-Vorgänge sind, um so wirkungsmächtiger können ihre Produkte angenommen werden (Hall 2004c: 135).

Grundvoraussetzung für eine mögliche Dekodierung massenmedialer Inhalte ist eine gewisse Deckungsgleichheit, also gemeinsame Kontexte, Wissen und nicht zuletzt Deutungsmuster. BerichterstatteInnen gehen von diesem Hintergrundwissen aus bzw. setzen einen mehr oder weniger vorhandenen Konsens im Sinne des Verstehens einer Nachricht (es kann durchaus Dissens über die Interpretation bestehen) voraus. Obwohl vor allem auf die Möglichkeit des Verstehens einer Nachricht bezogen, weitet sich der Drang zum Konsens nach Hall auch auf die Interpretation der Nachricht aus (Hall 2004c: 138). Dies liegt unter anderem in der oben beschriebenen Logik der Nachrichtenproduktion verborgen, da die Verarbeitung eines Ereignisses vor allem durch die Zuordnung einer klaren Bedeutung geprägt ist. Massenmediale Nachrichten streben danach, objektiv oder ausgeglichen zu berichten, da sich über diese Logik auch in der stärksten Kontroverse dem Ereignis eine mehr oder weniger klare Bedeutung zuordnen lässt. Ein Konsens wird demnach durch die Massenmedien konstruiert – die als bestehende „Definition der Situation“ verbreitete konsensuale Interpretation reinigt im optimalen Fall die Unübersichtlichkeit möglicher Interpretationen und ist im Ausnahmefall Anlass eines offenen Konfliktes. Aus dieser Tendenz zum Konsens kann eine Affinität zur Übernahme bzw. Legitimierung dominanter gesellschaftlicher Deutungsmuster abgeleitet werden – nicht nur, weil Massenmedien durch die dominante Formationen geprägt sind, sondern weil es auch der Logik der massenmedialen Bedeutungsproduktion entspricht: Eine Nachricht ist dann effizient, wenn sie rezipiert und im „richtigen“ Sinne gedeutet wird. Dies wird über die Anlehnung an dominante Deutungsmuster, die Produktion von Konsens und nicht zuletzt über Techniken des Einschreibens einer „bevorzugten Bedeutung“ versucht, zu steuern (Hall 2004e: 91). Letzteres umschreibt sprachliche, dramaturgische und semiotische Techniken, die eine „Fehlinterpretation“ möglichst ausschließen sollen.

Massenmedien als Signifikationsapparate

Das Ringen um die bevorzugte Bedeutung oder die Konstruktion eines Konsenses wird bei Hall auch als *Signifikationspolitik* bezeichnet (Hall 1982b: 70). In Form von immer wieder neuen Artikulationen finden sich gesellschaftsweit Konflikte und stetige Verschiebungen der Bedeutungen. Gerade in den Medien ist jedoch diese Signifikationspolitik von hoher Bedeutung, weil Massenmedien quantitativ-qualitativ die öffentliche Kommunikation bzw. die allgemeine Diskursivität dominieren (Hall 1977: 340).

Hall nennt drei grundlegende kulturelle Funktionen der massenmedialen Signifikationsapparate: Erstens wird durch die Medien ermöglicht, dass sich Individuen und Gruppen Wissen bzw.

Vorstellungen von anderen Gruppen mit ihren Werten, Meinungen und Praktiken machen können. Dies kann ausgeweitet werden auf Wissen über sich selbst⁸³ und Wissen über die Gesellschaft als Ganzes. Die kulturelle Funktion der Medien ist demnach

„[...] die Bereitstellung und selektive Konstruktion sozialen Wissens, eines sozialen Imaginären, durch welches wir die 'Welten', die 'gelebten Realitäten' anderer wahrnehmen und deren Leben wie auch unseres in irgendeine intelligible Form der ‚Welt-als-Ganzes‘, irgendeine ‚gelebte Totalität‘ imaginär rekonstruieren“ (Hall 1977: 340f., zitiert nach Marchart 2008: 165).

Dieses Wissen wird zweitens als diskursive Praxis relevant, indem die Medien das Soziale stetig ordnen, klassifizieren und bewerten. Entsprechend findet sich in den Medien eine fortwährende Inventarisierung und Lexikalisierung des Sozialen – Relevanzen und Zugehörigkeiten werden zugeordnet, eine *Landkarte der Bedeutung* (Hall 1977: 330) wird stetig fortgeschrieben. Durch sie wird die Linie

„[...] zwischen *bevorzugten* und *ausgeschlossenen* Erklärungen und Begründungen, zwischen erlaubtem und abweichendem Verhalten, zwischen den inkorporierten und den oppositionellen Praxen, Bedeutungen und Werten ununterbrochen gezogen und neu gezogen, verteidigt und verhandelt: sie ist in der Tat sowohl Ort als auch Einsatz des Kampfes“ (Hall 1977: 341, zitiert nach Marchart 2008a: 166).

Nicht zuletzt wird drittens auch hier auf die Funktion der Medien als „Konsensfabriken“ (Marchart 2008a: 166) verwiesen. Wie oben angeführt, wird hiermit weniger die Konstituierung einer allgemein und umfassend geteilten Meinung beschrieben, sondern die Definition eines Korridors bzw. eines Spektrums legitimer Deutungsangebote (Hall 1977: 342). Dieser mag mal enger, mal weiter sein – letztlich gruppiert sich der Konsens um eine vorherrschende Deutung, die als Referenzpunkt Hauptaufmerksamkeit erhält und Identifikationsinstanz für alle (partiell) abweichenden Deutungen ist.⁸⁴

Dekodieren - Das Subjekt

„Daher glaube ich nicht, dass das Publikum in derselben Machtposition ist wie diejenigen, die für es die Welt abbilden. Der Begriff der bevorzugten Lesart soll einfach benennen, dass wenn man den Apparat kontrolliert, mit dem die Welt ‚bedeutet‘ wird, wenn man die Medien kontrolliert, sie besitzt, Texte schreibt – dass das einen determinierenden Einfluss hat. Die Dekodier-Prozesse werden sich innerhalb des Kodier-Universums abspielen“ (Hall 2004e: 91).

Wie im Zitat ersichtlich, ist Halls Öffnung des klassischen Kommunikationsmodells nur ein erster Schritt gewesen. In diesem ersten Schritt wird betont, dass die Form des Verständnisses einer

⁸³ Die meisten abstrakten, da nicht über traditionelle Bindungen definierten, Gruppen werden auch erst durch massenmediale Repräsentation als Gemeinschaft erfahrbar (beispielsweise Bewegungen, die durch massenmediale Aufmerksamkeit Relevanz erfahren und daraus kollektive Identität ableiten).

⁸⁴ „‚Konsens‘ impliziert nicht eine einzelne, einheitliche Position, der sich die gesamte Gesellschaft verschrieben hat. Er bildet den grundsätzlichen *gemeinsamen Boden* – die zugrunde liegenden Werte und Prämissen – , auf dem die beiden Positionen sich bewegen, die im Detail scharf divergieren können. ‚Konsens‘ ist bedingt durch die strukturierte Uneinigkeit – all diese gemeinsamen Prämissen, die es ermöglichen, dass ‚Hinz und Kunz *übereinkommen*, miteinander zu streiten‘. ‚Ausgewogenheit‘ wird daher *durch Konsens* eingerahmt“ (Hall 2004c: 145).

Nachricht nicht kontrolliert werden kann. In einem zweiten Schritt betont er jedoch die Möglichkeit, das Universum möglicher Lesarten recht eng zu definieren.

Das Äquivalent zur bevorzugten Bedeutung einer Nachricht auf der Kodierseite ist die *bevorzugte Lesart* auf der Dekodierseite. Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass diese bevorzugte Lesart in den meisten Fällen deckungsgleich mit dominanten Deutungsmustern, also dominanten Formationen einer Gesellschaft, ist. Die Lesart, also das Dekodieren, wird aber nicht immer und nicht immer in der gleichen Intensität mit der bevorzugten Lesart übereinstimmen. Hall unterscheidet drei verschiedene Lesarten von Nachrichten, zwischen denen das Publikum wechselt bzw. welche auch kombiniert werden können. Neben der erwähnten Übernahme der dominant-hegemonialen Lesart findet sich noch die ausgehandelte Lesart. Hier wird eine generelle Akzeptanz der dominanten Deutung mit einer abweichenden Anpassung, etwa an lokale Kontexte oder situative Ausnahmen verknüpft (Hall 2004c: 140). Nicht zuletzt findet sich die oppositionelle Lesart einer Nachricht. Hier positioniert sich der Rezipient – immer noch im Rahmen des Deutungskonsens (Marchart 2008a: 149) gegen die intendierte Lesart.

Lässt sich also eine grundsätzliche Tendenz dazu erkennen, massenmediale Nachrichten darauf hin zu optimieren, dass sie im richtigen, im vorgesehenen Sinne des dominanten Diskurses gelesen werden, erscheint trotzdem Abweichung als ein regelmäßiges Phänomen. Da sich letztlich in der bevorzugten Deutung und Lesart die ideologisch-hegemonialen Konflikte einer Gesellschaft spiegeln, kann vermutet werden, dass eine Übernahme dominanter Codes immer dann wahrscheinlich ist, wenn ein Diskursbereich eher unumstritten und wenig in Bewegung ist (im Begriff der Hegemonietheorie: das Soziale). Demgegenüber sind umstrittene, ja heftig umkämpfte Themen und Definitionen von sich aus schon eher dazu geneigt, auch eine abweichende Lesart zu fördern. Nicht nur, weil hier alternative Deutungen sichtbar sind, sondern auch, weil hier die Techniken der massenmedialen Konsenskommunikation offensichtlich und entsprechend direkt unmittelbar konterkariert werden.

5.2.1 Massenmedien und gegenhegemoniale Projekte

Subjekte und gegenhegemoniale Projekte

Insbesondere im Falle der ausgehandelten Lesart wird die wichtige Rolle des Kontextes einer Dekodierung deutlich: Nachrichtenproduzenten und die Nachrichten selbst können nicht kontrollieren, in welchem Kontext sie rezipiert werden – etwa im Rahmen unterschiedlicher medientechnischer Übertragungsapparate, in unterschiedlichen Kulturkreisen oder Interpretationsgemeinschaften (Hall 2004e: 101). Gerade letztgenannte Interpretationsgemeinschaften unterstreichen, dass Dekodieren kein einsamer Prozess, sondern im Regelfall auch durch soziale Interaktion geprägt ist. Denkbar wäre hier eine Familie, die

gemeinsam Fernsehen schaut, eine Gruppe von Freunden, die abends über ein Ereignis aus den Nachrichten diskutiert oder eine Online-Gemeinschaft, die Nachrichten tauscht und kommentiert. Es kann angenommen werden, dass bedingt durch die soziale Integrationskraft einer Gemeinschaft die Wahrscheinlichkeit erhöht wird, gemeinsam von der dominanten Deutung abzuweichen und diese abweichende Deutung ggf. zu systematisieren – möglicherweise auch als Ausgangspunkt für die Entstehung oppositioneller Deutungen und Ideologien. An diesem Punkt wird noch einmal ersichtlich, dass Dekodieren nicht ausschließlich eine passive und angepasste Handlung ist.

Massenmedien und gegenhegemoniale Projekte

Massenmedien positionieren sich zumeist in der Nähe zum dominanten Diskurs, um ihre Nachrichten recht „sicher“ zu kodieren. Zugleich sind Massenmedien durchaus auch im Besitz und unter Kontrolle dominanter Formationen (Hall 1977: 343). Alternative, oppositionelle Elemente (Deutungsangebote und massenmediale Produktionsinstitutionen) finden sich trotzdem im Rahmen der Massenmedien, weil das Charakteristikum produktiver und stabiler dominanter Deutungen nicht ist, totalisierende Deutungen zu etablieren. Sie übernehmen vielmehr Führerschaft und Kontrolle eines breiter angelegten, durchaus betont pluralistischen Spektrums.

Im Falle der Massenmedien verfügen alternative, gegenhegemoniale Deutungen und Produktionsinstitutionen über einen minimalen Aufmerksamkeitsbonus, weil sie als Besonderes von der Norm abweichen und gerade mit ihrer Hilfe die Neutralität der Berichterstattung demonstriert werden kann – was der oben genannten Idee von Öffentlichkeit entspricht, letztlich den Führungsanspruch der Medien in Sachen Deutung sichert und so die Integrationskraft der dominanten Deutung stärkt. Nichtsdestotrotz besteht aus gegenhegemonialer Perspektive hier die Chance, dass alternative Deutungen recht schnell Zugriff auf die zentrale Arena gesellschaftlicher Sinnproduktion erhalten. Hiermit ist zwar keine Garantie, sehr wohl aber die Chance auf Verbreitung der eigenen Deutung verbunden. Diese Chance ist noch erheblicher, wenn eine diskursive Konstellation alternative Deutungen notwendig macht – beispielsweise im Falle des offensichtlichen Nichtzutreffens der bislang etablierten Deutungsmuster.

Demgegenüber ist die Kehrseite einer relativen Offenheit der dominanten massenmedialen Diskurse eine umso strengere Abgrenzung nach außen. Jene Deutungen, die von der massenmedialen Deutungsmaschinerie als „extremistisch“, „unverantwortlich“ oder „irrational“ markiert werden (Hall 2004c: 144), haben mit erheblichen Schwierigkeiten der Repräsentation dieses Deutungsangebotes zu rechnen. Entsprechend muss der Raum massenmedialer Diskursivität als nach außen klar definierter und abgesetzter Raum verstanden werden, der nicht genehme Deutungsangebote effektiv von der legitimen Deutungs- und damit Machtkonkurrenz einer Gesellschaft ausschließt. Insofern können gegenhegemoniale Projekte die wenigen

Möglichkeiten der Teilhabe an massenmedialer Kommunikation vor allem dann nutzen, wenn sie sich explizit als demokratisch-gegenhegemoniale Projekte innerhalb des demokratischen Horizonts positionieren. Trotzdem bleibt es für gegenhegemoniale Projekte immer unsicher, ob sie sich im Zuge ihrer gewählten Positionierung noch innerhalb legitimer Artikulationsmuster befinden – vor allem, weil dieser Bereich legitimer Deutungen kein objektiv fassbarer Raum, sondern vielmehr ein Produkt strategischen Ringens ist.

Gegenhegemoniale Projekte und Massenmedien

Massenmedien stellen das dominante Mittel sozialer Signifikation in modernen Gesellschaften dar (Hall 1982b: 83). Eine ähnliche Einschätzung findet sich auch in der Praxis sozialer Bewegungen, die im Regelfall stark auf den öffentlichen Raum bzw. die Massenmedien ausgerichtet ist (Schmitt-Beck 1990).

Im Vergleich zum Staat erscheinen die Massenmedien offener für abweichende und neue diskursive Inhalte. Entsprechend ist es für gegenhegemoniale Projekte plausibel, zunächst diesen Bonus zu nutzen – gerade weil gegenhegemoniale Projekte im Regelfall eben nicht aus einer Position der Stärke heraus agieren. In den Massenmedien finden sich Gelegenheiten, die einem aufstrebenden Deutungsprojekt Chancen eröffnen: offene Ereignisse, die einer neuen sinnhaften Beschreibung bedürfen, sowie eine Faszination für alternative, kontrastreiche, antagonistische Positionen.

Zudem sind die Massenmedien auch Ort jener Deutungskonflikte, die den konsensuellen Charakter üblicher massenmedialer Kommunikation „sprengen“ und die Kontingenz der Natürlichkeit dominanter Deutungsmuster offenbaren. Dieses Aufbrechen kann aus der Perspektive einer diskurstheoretischen Betrachtung als demokratische Funktion von Öffentlichkeit beschrieben werden. Öffentliche Diskurse machen immer wieder die Sedimentierung des Sozialen sichtbar und eröffnen damit Möglichkeitsfenster für Momente des Politischen (Marchart 2004: 35f.). Immer, wenn sichtbare konflikthafte Auseinandersetzungen in den Massenmedien ausgetragen werden, finden wir entsprechend ein hegemonietheoretisches Verständnis von demokratisierender Öffentlichkeit vor.

Gegenöffentlichkeit

Im Zusammenhang mit der Diskussion gegenhegemonialer Projekte darf der Begriff der Gegenöffentlichkeit nicht fehlen. Sie ist als eine bestimmte Form von Teilöffentlichkeit zu verstehen. Teilöffentlichkeiten bilden sich als kommunikative Sphären um bestimmte Themen, Gruppen oder auch Ereignisse, sind nur bedingt offen, ggf. nicht für das gesamte Publikum verständlich, jedoch nicht zuletzt – im rechten Moment – Impulsgeber für neue Inhalte und Themen in der massenmedialen Öffentlichkeit. Sie sind also manchmal die kommunikative

Experimentierarena der gesamtgesellschaftlichen Kommunikation, mitunter aber auch Residuen vergangener wichtiger Diskurse. Gegenöffentlichkeit zeichnet sich zudem dadurch aus, dass in ihr vornehmlich Deutungsangebote zirkulieren, die sich bis zu einem gewissen Maße negativ, alternativ oder oppositionell auf die dominante Formation beziehen. Solange diese alternativen Deutungen jedoch positiv Bezug auf den demokratischen Horizont nehmen, greifen die Exklusionsmechanismen demokratischer Öffentlichkeit nicht. Gegenöffentliche Medien erscheinen vielmehr als grundsätzlich legitim – wenngleich etwas unüblich, skurril, „anders“ – vielleicht sogar faszinierend und interessant, nicht jedoch per se mit direktem Anschluss an die massenmediale Öffentlichkeit. Es gibt für Teilöffentlichkeiten keine Garantie auf Inklusion (Demirovic 2005: 50), man findet jedoch bei gegenöffentlich ausgerichteten Medien den Versuch, das allgemeine Publikum zu erreichen, da diese letztlich auf die Veränderung der dominanten Muster einer Gesellschaft ausgerichtet sind (Marchart 2008b: 350). Insofern ist Gegenöffentlichkeit nur bedingt eine eigenständige Instanz, sondern vielmehr Ausgangspunkt für Interventionen in Richtung allgemeiner Öffentlichkeit.

5.3 Ideologie

„[...] [Es] kann keine politische Bewegung in der Gesellschaft populär werden, ohne sich am Aushandlungsprozess innerhalb des ideologischen Terrains zu beteiligen“ (Hall 2000b: 67).

Der Abschnitt zu Massenmedien hat gezeigt, dass ein wesentlicher Bereich des Konfliktes um Vorherrschaft in der Kultur bzw. der in der Kultur angesiedelten Konkurrenz verschiedener Ideologien angelegt ist. Massenmedien bzw. öffentliche Kommunikation haben zwar ihre eigenen Formen der Strukturierung von Inhalten, sind aber vor allem Ausdruck der ideologischen Konflikte, greifen auf diese zurück und tragen sie weiter.

Dabei ähnelt das Hallische Modell der Cultural Studies durchaus dem oben erläuterten hegemonietheoretischen Verständnis von hegemonialer Diskursivität. Während jedoch die Hegemonietheorie ihren besonderen Fokus auf jene (Makro-)Phänomene legt, die Diskurse als Ganzes zusammenhalten (Antagonismus, leerer Signifikant), finden sich in den Ansätzen der Cultural Studies vor allem genauere Überlegungen zu den inneren Funktionsmechanismen von Ideologien (als Begriff beinahe synonym zum Begriff der Hegemonie) – insbesondere hinsichtlich der unterschiedlichen Formen von Ideologien und der Verknüpfung von Ideologie und Subjekt. Entsprechend sollen die folgenden Punkte das hegemonietheoretische Modell erweitern und konkretisieren.

Kultur wurde im Kontext der Massenmedien als Landkarte der Bedeutungen und als Schauplatz des Konfliktes um das Reale (bzw. dessen Deutung) beschrieben (Marchart 2008a: 100, 142). Hall konkretisiert diese Verständnisse mit folgender Definition.

„[...] Kultur *sowohl* als die Bedeutungen und Werte, welche innerhalb spezifischer sozialer Gruppen und Werte auf der Basis ihrer gegebenen historischen Bedingungen sowie Beziehungen entstehen und mittels deren sie ihre Existenzbedingungen ‚handhaben‘ und mit ihnen umgehen, *als auch* als die gelebten Traditionen und Praktiken, durch welche solche ‚Deutungen‘ ausgedrückt und verkörpert werden“ (Hall 1999: 24f.).

Marchart ergänzt dies:

„Kultur ist zugleich der Bedeutungshorizont, vor dem Identitäten artikuliert werden, und das Werkzeug, mithilfe dessen diese Artikulation vonstatten geht“ (Marchart 2008a: 33).

Kultur hat dementsprechend einen direkten, nicht jedoch determinierenden Bezug (Meyer et al. 2005: 101) auf die Artikulationspraxis der Subjekte, da erst im Rahmen des Deutungssystems Möglichkeiten der Artikulation entstehen und entsprechend so überhaupt gehandelt werden kann.

Während Kultur jedoch als Begriff für ein recht unbestimmbares Ganzes gesellschaftlicher Deutungsproduktion steht, kann über den Begriff der Ideologie die Heterogenität und Bewegung der verschiedenen Deutungsprojekte abgebildet werden. Hall definiert Ideologie als Prinzip, die „[...] gesellschaftliche Wirklichkeit zu interpretieren, definieren, verstehen und zu erklären“ (Hall 2004c: 148). Ideologie ist dabei noch enger als Kultur auf das Sprachliche, auf Werte und Ideen bezogen (Hall: 1977: 327). Öffentlichkeit und Massenmedien als wichtige, weil breit sichtbare Sphären diskursiver Interaktion sind daher als der Bereich zu verstehen, indem in modernen Gesellschaften die Konkurrenz ideologischer Projekte um Deutungshoheit organisiert wird.

Zugleich ist Ideologie ein Begriff, der etwas schwer Fassbares verdinglicht bzw. konkretisiert und dadurch als analytisches Hilfsmittel eine Diskussion des diffusen Phänomens erst ermöglicht (Eagleton 2000: 223). Ideologie versammelt unter einer Überschrift eine Vielzahl von Prozessen, die mit Zeichen geschehen – eine Familie bzw. ein Netzwerk sich überschneidender Merkmale (Eagleton 2000: 223).

5.3.1 Subjekt und Ideologie

„Aber die Geschichte ist eben ein außergewöhnlich schwieriger und komplizierter Prozess, in den viele Millionen Menschen eingespannt sind“ (Williams 1977: 79).

Hall beschreibt drei Grundfunktionen von Ideologie. Erstens setzen sich Ideologien aus Elementen zusammen, die durch den Akt der Artikulation zu einer Bedeutung geformt wurden. Unterschiede zwischen Ideologien bzw. ideologischen Projekten finden sich entsprechend – wie auch in der Hegemonietheorie – weniger in den Elementen als in der bestimmten Konstellation von Elementen (Hall 2004b: 150).

Zweitens ähnelt das Verhältnis von Ideologie und Subjekt dem hegemonietheoretischen Verhältnis von Diskurs und Subjekt. Subjekte artikulieren sich nicht mit Hilfe von Ideologien, sondern

innerhalb von Ideologien – im Regelfall unbewusst. Weiterbestand und Transformation von Ideologien vollzieht sich – im Sinne des oben genannten Zitates von Williams – in genau jenen stetigen, unzählig-massenhaften und unbewussten Akten der Artikulation von Subjekten. Demgemäß ist auch nicht zu erwarten, dass ein Subjekt durch eine bestimmte, modifizierte Re-Artikulation die Ideologie als Ganzes komplett neu ordnet. Im Regelfall wird diese spezifische Re-Artikulation in der Masse aller anderen Re-Artikulationen unsichtbar untergehen. Wesentliche Änderungen finden sich eher in den zähen, latenten Modifikationen vieler Subjekte – Williams spricht hier vom Begriff der „langen Revolution“ (1977: 79).

Drittens bieten erfolgreiche Ideologien Subjekten besonders attraktive Formen der Artikulation innerhalb der Ideologien. Das Subjekt muss sich selbst mit Hilfe der Ideologie möglichst konsistent und attraktiv darstellen können – *die Deutung von Wirklichkeit muss zugleich komplex, angemessen und verständlich sein*. Es sollten also keine offensichtlichen Brüche oder Widersprüche ersichtlich sein. Kein wichtiges Thema des allgemeinen Diskurses darf in der Sinnkonstruktion fehlen. Ideologien sind entsprechend auch hier immer wieder in Bewegung, um die eigene Konsistenz zu erhalten, auf dass sie durch Subjekte re-artikuliert werden (Hall 2004b: 152).

In einer diskursiven Umwelt, die durch ihre Komplexität, Widersprüchlichkeit und Dynamik letztlich jedes Sinnprojekt mehr oder weniger sichtbar scheitern lässt, sind Ideologien selbstverständlich keine festen Gebilde: Sie sind vielmehr jene Vehikel, über die der Diskurs und Subjekte versuchen, durch stetige Transformation der Elemente ein Mindestmaß an Konsistenz in den Deutungsprojekten aufrecht zu erhalten.

Während auf der einen Seite ideologische Sinnprojekte miteinander um Deutungshoheit konkurrieren, bedienen sich Subjekte auf der anderen Seite immer unterschiedlicher Ideologien, um das eigene Sinnprojekt als Subjekt zu einem nie möglichen, aber dennoch ersehnten idealen Abschluss zu bringen.

Das Subjekt ist also nicht schlichtweg Ausdruck einer Ideologie, sondern vielmehr der Punkt, an dem die Konkurrenz ideologischer Projekte zusammenläuft und kristallisiert. Das Moment des Populären, durchaus auch im Sinne der Populärkultur ist eine wichtige Größe bei der Frage des Erfolges von Ideologie. Ideologie wird erstens nicht ausschließlich als Elitendiskurs artikuliert – die Art und Weise der Aneignung bzw. Re-Artikulation durch jedes Subjekt prägt die Ideologie. Dies führt zweitens zu dem Punkt, dass Ideologie nicht allein ein abstraktes Sinngebilde aus Modellen und Ideen sein kann, sondern auch Bezug auf die verschiedenen Formen und Kontexte der Artikulationspraxis der Subjekte nehmen muss. Die Re-Artikulation von Ideologie ist also eng verknüpft mit allen Formen der Artikulationspraxis von Subjekten – hier muss sie sich in der Breite bewähren. Subjekte benötigen im Rahmen der übergeordneten ideologischen Folie Bewältigungs-

Schablonen sowohl für alltägliche als auch spezielle Ereignisse, Situationen und Handlungen. Sie benötigen ein Konzept, wie die Rolle eines Subjekts aussehen kann, die die betreffende Ideologie vertritt. Je besser einerseits diese Alltagskonzepte von Subjekten in die Wünsche, Bedürfnisse, inneren Widersprüche, Inkohärenzen und Erlebnisse der Subjekte passen (Eagleton 2000: 23), umso wahrscheinlicher wird die Übernahme der Ideologie als Ganzes (Hall 2000b: 64).

Ideologie und Interpretationsgemeinschaften

Der Begriff der Interpretationsgemeinschaft erscheint auch an dieser Stelle sinnvoll, um das recht klar dualistisch modellierte Verständnis von Ideologie und Subjekt zu durchbrechen. Ideologien sind per se unzureichend, um einer komplexen diskursiven Situation letztgültig Sinn zu verleihen. Jede Ideologie wird demnach durch Interpretationsgemeinschaften kontextualisiert und mehr oder weniger dauerhaft modifiziert. Eine Ideologie kann sich gegenüber dieser notwendigen Praxis offen oder eher offensiv ablehnend positionieren.

Ob als übergeordnetes (Ideologie) oder eher begrenztes (Interpretationsgemeinschaft) Deutungsprojekt, die Ideen, Werte und Konzepte der Deutungsangebote ermöglichen es den Subjekten, aus ihren sozialen Isolationen in einen sozialen Zusammenhang (Gruppe, Nation etc.) überzuwechseln, der wesentlich durch Ideologie strukturiert und zusammengehalten wird. Die Ideologie ordnet und organisiert hierbei die soziale Interaktion – etwa durch das Angebot an Rollen und Handlungsformen. Hall bezeichnet Ideologie in diesem Zusammenhang als Zement, der soziale Formationen zusammenhält (Hall 1977: 333). Die integrative Funktion wird durch die Hegemonietheorie bekanntlich auf der Makroebene noch durch die Idee des Antagonismus ergänzt – repräsentiert durch den leeren Signifikanten. Es ist jedoch anzunehmen, dass eine antagonistisch arrangierte Ideologie nicht hinreichend ist, um soziale Formationen und Interaktionen bis in die feinen Kapillaren der Alltagspraxis zu prägen. Hier bietet sich entsprechend die Ergänzung der Ideologietheorie Halls an.

5.3.2 Dominanz in der Ideologie

Ergänzend zum Verhältnis von Ideologie und Subjekt kann Ideologie auch im Hinblick auf die Konkurrenz von Ideologien betrachtet werden. In diesem Fall stellt sich die Frage, wie das Feld ideologischer Projekte organisiert ist bzw. wie bestimmte Projekte es schaffen, temporär eine Dominanz zu erringen. Williams beschreibt je nach aktuellem, relativem Kräfteverhältnis verschiedene Formen von Ideologien bzw. Hegemonien⁸⁵: dominante Ideologien sowie residuale und emergente Formen alternativer bzw. oppositioneller Ideologien (Hall 1977: 332; Williams 1977: 192), die nun genauer erläutert werden:

⁸⁵ Hall übernimmt an dieser Stelle den Begriff der Hegemonie von Gramsci und nutzt ihn mehr oder weniger Synonym zum Begriff der Ideologie. Grundsätzlich findet sich in den Arbeiten Halls jedoch zumeist der Begriff der Ideologie – obwohl Gramscis Überlegungen zur Hegemonie starken Einfluss auf Halls Arbeiten hatten.

Eine *dominante Ideologie* zeichnet sich nach Hall durch die Definition möglicher Denkinhalte aus – dies entspricht dem Prinzip des Horizonts als Definition des Denk- und Sagbaren im hegemonietheoretischen Modell. Die dominante Ideologie ist dabei am wirkungsmächtigsten, wenn die Rahmung als natürlich akzeptiert wird (Hall 2004a: 187). Nicht, weil es keine Alternativen gibt, sondern vielmehr dadurch begründet, dass alle wesentlichen, legitimen Deutungen von Welt im Rahmen der dominanten Ideologie verortet bzw. letztlich auf die dominante Ideologie bezogen sind (Hall 1977: 331). Entsprechend ist die dominante Ideologie nicht als totalisierender Anspruch zu denken, sondern ihr Leistungskern liegt in der integrierenden Funktion, der Organisation bzw. Produktion von Konsens (Marchart 2008a: 84) sowie in der Verknüpfung der eigenen Ideologie mit anderen, oppositionellen ideologischen Projekten und Fragmenten (Eagleton 2000: 57). Schon in der Diskussion zu den Massenmedien wurde darauf hingewiesen, dass diese integrierende Funktion von einer klaren Grenzziehung begleitet wird – jedoch in einem Verständnis sehr weit außerhalb liegender, dafür aber um so schärfer gezogener Grenzen.⁸⁶

„Wir glaubten, dass etwas notwendigerweise im Gegensatz zum Mainstream steht, nur weil es anders ist (dass heißt neu und noch nicht zum Mainstream gehörig). Tatsächlich jedoch kann das Neue auch einfach ganz unbedrohlich am Rand des Mainstreams sitzen. Viele von uns hielten das ‚Alternative‘ - Musik, die nicht so leicht zugänglich ist, und Stile, die zunächst eher abstoßend wirken – auch für antikommerziell, ja sogar für sozialistisch“ (N. Klein 2002: 98).

Die *alternative Ideologie* unterscheidet sich gegenüber der *oppositionellen Ideologie* dadurch, dass erstere eher – wie etwa die im Zitat angedeutete alternative Musikkultur – am Rande der dominanten, herrschenden Kultur angesiedelt ist, eher passiv bzw. auf sich selbst bezogen agiert und subkulturelle, alternative Lebensräume (Artikulationspraxis) und Deutungen (ideologische Diskursivität) unterhält (Marchart 2008a: 84; Williams 1977: 192f.). Opposition hingegen hat eine offensive, gegen die herrschende Ideologie gerichtete Stoßrichtung. Ihr Anspruch, Gesellschaft zu ändern, bezieht sich auf Bereiche, die sich jenseits der eigenen Ideologie befinden. In sozialen Bewegungen existieren beide Formen zumeist parallel. Trotzdem kann eine alternative Ideologie eher der Entstehungs- und Niedergangsphase einer Ideologie zugeordnet werden – der oppositionelle Stil eines ideologischen Projekts eher der Hochphase direkter Konfrontation.

Alternative Kulturen, subversive Aktionen oder Subkulturen als unmittelbare Widerstandspraxis und direkte Herausforderung für dominante Ideologien zu beschreiben, ist also aus dieser Perspektive problematisch, da in und aus diesem Stadium maximal ein Potential für zukünftige gegenhegemoniale Handlungen wachsen kann. Erst durch die offene, direkte und in den richtigen, entscheidenden Arenen geführte Konfrontation (Opposition nach Williams Begriffen) entsteht die Möglichkeit, eine herrschende Ideologie signifikant zu modifizieren. Dieser Vorgang expliziter Konfrontation kann entsprechend eher als *Gegenkultur* bezeichnet werden – in ihr finden sich

⁸⁶ Diese Tendenz zu einem sehr weitem Spektrum dessen, was noch zum Konsens gezählt werden kann, findet sich insbesondere in der Gegenwartskultur. Alternative und oppositionelle Codes (z.B. Punk) werden durch Umcodierung integriert (z.B. durch Massenvermarktung als Punk-Mode).

explizit politische und ideologische Arbeit, politisches Handeln und der Aufbau von „[...] Alternativinstitutionen wie Untergrundpublikationen, Kommunen, Kooperativen, etc.“ (Marchart 2008a: 127).

Dahingehend unterscheidet Williams weiter emergente und residuale Formen alternativer bzw. oppositioneller Ideologie (1977: 192). *Residuale Formen* sind dabei zu verstehen als „[...] diejenigen Erfahrungen, Bedeutungen und Werte, die mit Begriffen der herrschenden Kultur nicht verifiziert oder ausgedrückt werden können, aber dennoch und auf der Basis von – kulturellen wie gesellschaftlichen – Residuen früherer gesellschaftlicher Formationen und praktiziert werden“ (Williams 1977: 192f.). Als Beispiel lassen sich hier religiöse oder ländliche Kulturen nennen, die durchaus in der Gegenwart präsent, aber eben nicht mehr dominant sind. Umso mehr ist eine dominante Ideologie darauf angewiesen, auch für diese Fragmente ehemals dominanter oder wichtiger Kulturen Anknüpfungspunkte zu bieten: einerseits aufgrund des Anspruchs auf Dominanz und andererseits aufgrund des Anspruchs auf Integration, da durch die Integration residualer Elemente das Spektrum jener Formen erweitert wird, durch das sich Subjekte im weiteren Kontext der dominanten Ideologie ausdrücken können.

Unabhängig von der herrschenden Kultur sind residuale kulturelle Fragmente stetige Ressource für neue Artikulationen – sie bilden damit einen mehr oder weniger freien Bedeutungsüberschuss für das Entstehen *emergenter Formen* alternativer bzw. oppositioneller Ideologien. Williams versteht emergente Prozesse als das Schaffen oder genauer, das Entstehen neuer Auffassungen, Werte, Praktiken und Erfahrungen (1977: 193). Dabei ist Emergenz im Sinne des historischen Aprioris eines Diskurses immer auch Konsequenz voraus liegender diskursiver Formationen – kann zugleich aber auch nicht allein auf diese reduziert werden: Emergenz ist entsprechend Neuordnung diskursiver Elemente plus Anteile, die sich nicht aus den Elementen allein ableiten lassen. Hier findet sich unter anderem das Ereignishafte des Diskurses wieder.

Wesentliche Prozesse der Emergenz verortet Williams im Umfeld der dominanten, herrschenden Kultur, da hier die größte diskursive Bewegung zu verzeichnen ist. Emergente oppositionelle oder alternative Kulturen sind entsprechend eng mit den dominanten Ideologien verbunden, gehen aus ihr hervor oder beziehen sich auf diese. Krisen oder andere Ereignisse mögen dabei den Anlass dafür geben, dass ein Teil der dominanten Kultur ausbricht und sich dezidiert gegen die herrschende Kultur positioniert. Letztere wiederum wird zunächst mit Bemühungen der Integration, ab einem bestimmten Entwicklungsstadium der emergenten alternativen bzw. oppositionellen Ideologie auch mit Abgrenzung reagieren.

5.4 Zwischenbetrachtung

Erfolgsversprechende gegenhegemoniale Projekte sollten als Zusammenfassung der

Überlegungen zum Bereich Öffentlichkeit durch Charakteristika ausgezeichnet sein, die in Tabelle 5 zusammengefasst werden. Hierbei werden die strategischen Charakteristika Universalisierung und Integration als den beiden Kernstrategien gegenhegemonialer Projekte zugeordnet.

Tabelle 5: Charakteristika erfolgswahrscheinlicher gegenhegemonialer Projekte im Kontext der Öffentlichkeit

Charakteristika erfolgswahrscheinlicher gegenhegemonialer Projekte im Kontext der Öffentlichkeit	Kernstrategie
Explizite, offen erkennbare Formulierung des gegenhegemonialen Ziels	Universalisierung
Konsistente, passgenaue und diskursiv anschlussfähige Deutung aktueller Ereignisse	Integration
Konsistente Verknüpfung hinreichend komplexer Ideen mit attraktiven, alltagstauglichen Rollenmodellen und Handlungsanweisungen	Integration / Universalisierung
Attraktivität für Subjekte und Interpretationsgemeinschaften	Integration / Universalisierung
Integrative strategische Orientierung der Ideologie	Integration

Quelle: Eigene Darstellung

In der Zwischenbetrachtung des Kapitels 4 wurden die beiden Kernstrategien gegenhegemonialer Projekte wiederum unterschiedlichen Phasen und Arenen zugeordnet.⁸⁷ Während nach diesem Modell mit universalisierenden Deutungen um die Repräsentation des eigenen Projekts innerhalb der öffentlichen Kommunikation gerungen wird, erscheint ein eher pragmatischer, kooperativer und somit integrativer Zugang dann ideal, wenn aus einer Position der gesicherten diskursiven Etablierung die Transformation der dominanten Formation beabsichtigt wird. Auf die beiden wesentlichen Elemente des hegemonialen Moments der Demokratie bezogen, findet sich das Ringen um legitime Repräsentation im Bereich Öffentlichkeit und der Versuch der Transformation der dominanten Formation eher in der Arena der Staatlichkeit.

Integrative Universalisierung

Vor dem Hintergrund der Diskussion von Öffentlichkeit muss dieses Modell gerade hinsichtlich des Begriffs der Universalisierung angepasst werden. Erscheint Universalisierung innerhalb des hegemoniethoretischen Modells als essentieller Kern gegenhegemonialer Strategie, erweist sich der universalisierende Anspruch in seiner Reinform nun eher dysfunktional, da das Motiv der Integration und Offenheit als Kernfunktion jener Projekte beschrieben wurde, die auf breite diskursive Geltungskraft abzielen.

Da aber andererseits das antagonistisch etablierte Prinzip der universellen Geltung als einzige Möglichkeit erscheint, differente Elemente zu integrieren, kann nicht vollständig auf diese diskursive Strategie verzichtet werden. Eine Strategie *integrativer Universalisierung* als Mittelweg zwischen beiden Extremen erscheint hier plausibel. Universalisierung findet sich in diesem

⁸⁷ Vgl. Kapitel 4.3 und den Einstieg in Kapitel 5.

angepassten Konzept erstens nur in sehr begrenzten Bereichen und zweitens nur so angelegt, dass größtmögliche Freiheit der äquivalenten Elemente ermöglicht wird. Universelle Geltungskraft des eigenen Projekts ist nur dann sinnvoll, wenn sie sich zugleich als eine einladende, offene universelle Geltungskraft versteht. Der von der Hegemonietheorie angeführte Antagonismus ist nur dann als identitätsstiftendes Konzept erfolgsversprechend, wenn die Grenzen weit definiert werden.

Die Vokabeln der Entleerung des Signifikanten und der Äquivalenzkette deuten diese Notwendigkeit auch im Rahmen der Hegemonietheorie an – oftmals ist das hegemonietheoretische Modell jedoch primär auf das Bild des Antagonismus bezogen. Entsprechend erscheint die Verschiebung des Schwerpunkts und die Ergänzung durch die Perspektive Stuart Halls sinnvoll.

Öffentlichkeit und Staatlichkeit – unterschiedliche Multiplikatorwirkungen

Öffentlichkeit wurde als zentrale Arena für die Etablierungsbemühungen gegenhegemonialer Projekte beschrieben. Nun hat die Diskussion von Öffentlichkeit gezeigt, dass in ihr ebenfalls viele Aspekte zu finden sind, durch die ganz im Sinne des hegemonialen Moments der Demokratie die Kontinuität bestehender diskursiver Ordnungen gesichert werden. Insofern ist es nicht selbstverständlich, Öffentlichkeit direkt als zentralen Ort zur erstmaligen Etablierung eines gegenhegemonialen Projekts anzuführen. Sowohl Öffentlichkeit als auch Staatlichkeit sind durch erhebliche Mechanismen der Sicherung diskursiver Kontinuität geprägt. Recht und Exekutive müssen nicht per se „fester“ als breit etablierte Mechanismen öffentlicher Kommunikationsroutinen sein. Gleiches gilt auch für die gegenhegemoniale Seite von Staatlichkeit und Öffentlichkeit. In beiden Arenen sind auch eigendynamische Aspekte, ereignishaft Diskursivität und Momente der Offenheit für rasche diskursive Verschiebungen zu beobachten.

Als funktionale Hegemonien sind demnach Staatlichkeit und Öffentlichkeit so angelegt, dass sie einerseits mächtige Mechanismen zur Absicherung dominanter Formationen und damit der Genese von diskursiver Kontinuität sind. Andererseits finden sich aber in beiden Arenen Momente der Heterogenität und Ereignishaftigkeit, die Ansatzpunkte für gegenhegemoniale Projekte darstellen. Insofern kann auf Basis dieser Charakteristika schwerlich argumentiert werden, dass eine der beiden funktionalen Hegemonien für gegenhegemoniale Projekte per se „einfachere“ Bedingungen böten. Auf den ersten Blick mag dies irritieren, wird doch öffentlicher Kommunikation die Affinität für neue Inhalte zugesprochen. Das Beispiel Umweltschutz hat jedoch die mögliche Offenheit von Staatlichkeit für neue Impulse illustriert.⁸⁸ Die klare Zuordnung von mehr oder weniger starker diskursiver Offenheit für Öffentlichkeit und Staatlichkeit würde demnach verschleiern, dass beide funktionale Hegemonien über unterschiedliche Formen, nichtsdestotrotz

⁸⁸ Vgl. Kapitel 4.2.

aber ähnlich wirksame Mechanismen zur Sicherung diskursiver Kontinuität verfügen. Insofern ist die diskursive Offenheit der funktionalen Hegemonien eher abhängig von jeweils spezifischen diskursiven Konstellationen.

Ein mögliches Argument jenseits der vorschnellen Zuschreibung diskursiver Attribute ist die Frage der Konsequenz diskursiver Ereignisse. Da grundsätzlich in beiden diskursiven Arenen etablierte Diskursmuster politisiert, also aus dem sedimentierten Status gerissen werden können, stellt sich allein die Frage, *welchen Effekt ein derartiges Ereignis des Politischen in der jeweiligen Arena hätte*. Genau hier kann plausibel argumentiert werden, dass allein *aufgrund des multiplikatorischen Effekts massenmedialer Sichtbarkeit* die Politisierung im Bereich des massenmedialen Diskurses ungleich mehr potentielle Wirkung auf den Diskurs als Ganzes hat. Einer Politisierung im Bereich staatlicher Diskursivität fehlt demgegenüber die etablierte Praxis der Generierung von Sichtbarkeit – hier sind diskursive Ereignisse sicherlich nicht ohne Effekt (beispielsweise durch die Techniken staatlicher Diskursivität zur Stabilisierung diskursiver Muster), jedoch ohne eine automatisierte Streuung in die Tiefe anderer diskursiver Kontexte, wie sie bei den Massenmedien zu beobachten ist.

Massenmedien machen entsprechend das Politische – sofern vorhanden – einer Gesellschaft besonders sichtbar. Das Politische wird in dieser Arena repräsentiert bzw. diskursive Projekte, die in ihrer Konkurrenz den Diskurs immer wieder politisieren, ringen im Bereich der massenmedialen Arena um sichtbare Repräsentation ihres Projekts. Entsprechend ist die massenmediale Arena der zentrale Bereich des Ringens um das Reale einer Gemeinschaft, weil hier etablierte Sinnprojekte besonders sichtbar und verstetigt repräsentiert werden.

Dies führt unter anderem dazu, dass diskursive Auseinandersetzungen staatlicher Diskursivität (also Versuche der Steuerung der Artikulationspraxis) zunehmend auch über die massenmediale Arena geführt werden. Gegenhegemoniale Projekte, die direkt auf Staatlichkeit abzielen, könnten daher ggf. mittelbar auch in die Arena der Öffentlichkeit gedrängt werden.

Um jedoch die nachhaltige Etablierung eines gegenhegemonialen Deutungsprojektes zu sichern, ist die Repräsentation einer Deutung in der massenmedialen Arena nicht hinreichend. Erstens ist Repräsentation erst der Anfang, denn ein gegenhegemoniales Projekt muss nach Re-Artikulation in den unterschiedlichsten Artikulationskontexten streben. Die Präsenz einer Problemdeutung und Forderung im massenmedialen Diskurs ist zwar wichtig, trotzdem aber nur ein Kontext von vielen. Hinzu kommen unzählige mögliche Kontexte, wie etwa Alltagshandlungen, Konzepte des Selbst, akademische Diskurse, Legitimierungskonzepte oder moralische Leitlinien einer Gesellschaft. Entsprechend muss ein Deutungsprojekt, dass über die massenmediale Arena eine gewisse Stabilisierung erfahren hat, in immer wieder neue Kontexte übersetzt sowie an- und eingepasst werden. Nicht zuletzt ist hier der Bereich staatlicher Diskursivität von Bedeutung, da hier

besonders wirksame Praktiken der Genese von diskursiver Stabilität und Dauerhaftigkeit konzentriert wurden. Die Transformation der dominanten Formation über das Vehikel Staatlichkeit verspricht also auch dann Präsenz und Verbreitung des gegenhegemonialen Projekts, wenn temporär keine oder wenig diskursive öffentliche Repräsentation des Projekts verfügbar ist. Staatlichkeit ist entsprechend nicht die hinreichende Arena, um die gesellschaftliche Artikulationspraxis im Sinne des gegenhegemonialen Projektes zu ändern – sie ist aber jener Ort, der am ehesten die Absicherung und Naturalisierung der gegenhegemonialen Intervention verspricht.

Tabelle 6 führt diese Überlegungen zusammen. Den unterschiedlichen strategischen Phasen werden idealtypische Arenen und Statusbeschreibungen des gegenhegemonialen Projekts zugeordnet. Die Entstehungsphase beschreibt das Auftauchen gegenhegemonialer Projekte in der diskursiven Peripherie – entweder als emergentes Produkt massenmedialer Konflikte oder als Emergenz von Interpretationsgemeinschaften mit sich sukzessive ausbildenden alternativen Deutungsprojekten. Sofern sich diese Vorstadien gegenhegemonialer Projekte stabilisieren konnten, treten sie in die erste Phase der Konfrontation ein, die im Sinne der hier entwickelten Argumentation primär das Ziel der diskursiven Repräsentation hat. Bei Erfolg sind die Artikulationen des gegenhegemonialen Projekts in thematisch spezialisierten Teilöffentlichkeiten und zunehmend auch in massenmedialen Auseinandersetzungen präsent. Das gegenhegemoniale Projekt bildet zugleich eine spezifische Form gegenhegemonialer Praxis aus – also bestimmte Subjektpositionen, Symbole, Routinen oder Protesttechniken. Sofern die diskursive Repräsentation vorerst gesichert ist, das Projekt demnach über hinreichend diskursive Verknüpfungen verfügt und ihm Verbindungen mit dem imaginären Allgemeinen einer Gesellschaft zugeschrieben werden, beginnt das langfristige Ringen um die Transformation der sozialen Ordnung. Die hier wesentliche Arena ist – bei gleichbleibender Relevanz der fortwährenden Repräsentation innerhalb der Öffentlichkeit – Staatlichkeit. Sofern Aspekte des gegenhegemonialen Projekts erfolgreich in die Mechanismen von Staatlichkeit eingebracht werden konnten, ist von einer gesteigerten Präge- und Geltungskraft dieser Forderungen des gegenhegemonialen Projekts auszugehen. Die erfolgreiche Präsenz innerhalb von Staatlichkeit bedeutet zudem auch eine Änderung der durch Staatlichkeit organisierten Führung der dominanten Formation. Entsprechend kann hier auch eine relative Transformation der dominanten Formation angenommen werden.

Tabelle 6: Idealtypisches Stufenmodell gegenhegemonialer Intervention

Strategische Phase	Arena	Gegenhegemoniales Projekt	
Entstehungsphase	Diskursive Peripherie	Emergenz massenmedialer ideologischer Auseinandersetzungen	Emergenz von Interpretationsgemeinschaften
Konfrontationsphase I: Etablierung, Ringen um Repräsentation	Öffentlichkeit	Teilöffentliche ideologische Auseinandersetzungen	
		Ausbildung alternativ-gegenhegemonialer Praxis	Oppositionelle Strategien in massenmedialen ideologischen Auseinandersetzungen
Konfrontationsphase II: Konsolidierung, Institutionalisierung, Ringen um Transformation der sozialen Ordnung	Staatlichkeit	Bei Erringen einer gesicherten ideologischen Position: Beginn der Transformationsbemühungen im Bereich der Staatlichkeit	
		Bei Erfolg: Übernahme von Forderungen des gegenhegemonialen Projekts als Teil der sozialen Ordnung. Relative Transformation der dominanten Formation.	

Quelle: Eigene Darstellung

Das hegemoniale Moment der Demokratie

Die Rekonstruktion von Staatlichkeit und Öffentlichkeit hat illustriert, dass sich jenseits der jeweiligen dominanten Formation gewichtige diskursive Strukturen finden, die in erster Linie den diskursiven Status Quo absichern helfen. Zugleich sind diese Strukturen nicht allein als Produkt der jeweils dominanten Formation zu verstehen – sie zeichnen sich vielmehr durch eine spezifische Eigendynamik und grundsätzlich vorhandene Ereignishaftigkeit aus. In diesem Sinne sind sie mehr als nur Mechanismen der dominanten Formation, sondern vielmehr diskursive Arenen mit jeweils eigenen Logiken. Derartige Logiken stützen in der Tendenz dominante diskursive Muster, sind aber nicht allein auf diesen Aspekt zu reduzieren. Diese Ambivalenz von Staatlichkeit und Öffentlichkeit soll durch die Bezeichnung als funktionale Hegemonie ausgedrückt werden. Insofern finden sich auch im hegemonialen Moment der Demokratie Konstellationen, in denen gegenhegemoniale Projekte Chancen erhalten oder ggf. sogar „gefördert“ werden. Dies sind jedoch Ausnahmen und daher wird der nächste Schritt sein, jene diskursiven Bereiche in den Blick zu nehmen, die als gegenhegemoniales Moment der Demokratie grundsätzlich gegenhegemoniale Projekte ermöglichen und in ihrer Wirkung potenzieren.

Abschnitt IIb: Das gegenhegemoniale Moment der Demokratie

Unter dem Begriff des gegenhegemonialen Moments der Demokratie werden all jene diskursiven Elemente des demokratischen Diskurses zusammengefasst, die im historischen Diskurs der Demokratie angelegt sind und das stetige Aufbrechen fest erscheinender, dominanter sozialer Ordnungen ermöglichen oder anstoßen.⁸⁹ Im Sinne der hier entwickelten Argumentation ist eine demokratische Demokratie ein Projekt offen-offensichtlicher Selbstkonstruktion einer Gemeinschaft – entsprechend sind jene Gesellschaften demokratisch, deren soziale Ordnung immer wieder sichtbar hinterfragt und modifiziert wird bzw. werden kann. Demokratisch-gegenhegemoniale Projekte sind Kernbestandteil dieser offen-offensichtlichen Selbstkonstruktion. Das gegenhegemoniale Moment umfasst aus dieser Perspektive insbesondere jene Elemente des demokratischen Diskurses, die soziale Bewegungen ermöglichen.

Das gegenhegemoniale Moment der Demokratie kann dabei analytisch in gegenhegemoniale Aspekte des demokratischen Horizonts und gegenhegemoniale Projekte differenziert werden. Als gegenhegemoniale Aspekte werden jene Elemente im historischen demokratischen Diskurs bezeichnet, die als allgemein bekannte und akzeptierte Symbole Anknüpfungs- oder Referenzmöglichkeiten für die einzelnen gegenhegemonialen Projekte bieten. Durch beispielsweise die Referenz auf die Menschenrechte erscheinen Forderungen gegenhegemonialer Projekte – trotz aller Abweichung von der dominanten Formation – legitim. Gegenhegemoniale Aspekte des demokratischen Horizonts sind demnach strategische Ressource für das einzelne gegenhegemoniale Projekt – es greift auf diese diskursiven Elemente zurück, um die eigene strategisch prekäre Situation auszugleichen. Gleichzeitig ermöglichen gegenhegemoniale Projekte aber auch selbst die Praxis anderer gegenhegemonialer Projekte. Sie etablieren gegenhegemoniale Muster, indem sie gegenhegemoniale Interventionen legitim, plausibel und normal machen – was letztlich ein alternatives Milieu aufbaut und verstetigt. Kurzum: die fortwährende Präsenz gegenhegemonialer Projekte im demokratischen Diskurs hilft, die grundsätzlichen strategischen Bedingungen gegenhegemonialer Projekte zu bessern. Daher ist es plausibel, gegenhegemoniale Projekte als weiteres Element des gegenhegemonialen Moments der Demokratie zu denken. Gegenhegemoniale Projekte sind zugleich der wesentliche analytische Ansatzpunkt und Gradmesser für das gegenhegemoniale Moment der Demokratie und damit für den demokratischen Status einer Demokratie.

⁸⁹ Vgl. Kapitel 3.3.

6. Gegenhegemoniale Aspekte des demokratischen Horizonts

Der demokratische Horizont ist angesichts seiner Dauer, der Bedeutung und nicht zuletzt der Vielschichtigkeit ein äußerst heterogenes diskursives Phänomen.

In Kapitel 6 werden einige exemplarische Beispiele gegenhegemonialer Aspekte dieses weitläufigen demokratischen Diskurses heraus gearbeitet. Anhand der Beispiele wird zugleich die Interaktion der gegenhegemonialen Aspekte mit gegenhegemonialen Projekten analysiert. Dabei ist das Kapitel wie folgt aufgebaut. Zunächst wird in Kapitel 6.1 die schon in Kapitel 2 kurz behandelte Argumentation von Laclau und Mouffe zu der subversiven Kraft von Freiheit und Gleichheit aufgenommen und detaillierter diskutiert. Kapitel 6.2 rekonstruiert Geschichten demokratischer Revolution. Dabei interessiert einerseits das historisch etablierte Muster der demokratischen Revolution als plausibles Handlungsmuster. Andererseits soll entlang des diskursiven Musters der Narration illustriert werden, wie residuale und marginale diskursive Muster von immer neuen sozialen Bewegungen aufgenommen und als Ausgangspunkt eigener Praxis genutzt werden. In Kapitel 6.3 werden aus einer historischen Perspektive wichtige Elemente des demokratischen Diskurses (Demokratie, Volkssouveränität) untersucht, um die Komplexität des demokratischen Diskurses und damit das Wechselspiel von hegemonialer und gegenhegemonialer Wirkung greifbar zu machen.

6.1 Das demokratische Paradox: Freiheit und Gleichheit

In *Hegemonie und radikale Demokratie* verweisen Laclau und Mouffe auf die Wichtigkeit und subversive Kraft der Begriffe Freiheit und Gleichheit für den demokratischen Diskurs (1991: 215).⁹⁰ Mouffe führt diese Diskussion fort und konkretisiert sie in Form einer Kritik an der aktuellen Dominanz liberaler politischer Ansätze. Dabei gibt es nach Mouffe zwei Traditionen, die sich in der aktuellen Demokratie verbunden haben:

„Auf der einen Seite haben wir die liberale Tradition, die von Rechtsstaatlichkeit, der Verteidigung der Menschenrechte und dem Respekt vor individueller Freiheit gekennzeichnet ist, auf der anderen die demokratische Tradition, deren Hauptideen jene der Gleichheit, der Identität zwischen Regierenden und Regierten und der Volkssouveränität sind. Es gibt kein notwendiges Verhältnis zwischen diesen beiden unterschiedlichen Traditionen, sondern nur eine kontingente historische Artikulation“ (Mouffe 2008: 20).

Dabei ist diese historische Artikulation der „Vereinigung“ so tief angelegt, dass es zunächst kein denkbares Jenseits gibt – man könnte die Verknüpfung von liberaler und demokratischer Tradition also auch als die Grundkoordinaten des übergeordneten demokratischen Horizonts begreifen. Sie definieren den erweiterten Möglichkeitsraum des Horizonts. Der Möglichkeitsraum ist dadurch gekennzeichnet, dass hier zwei diskursive Knotenpunkte miteinander verwoben und diskursiv

⁹⁰ Vgl. auch Kapitel 2.3.3 und Kapitel 3.3.

gefestigt wurden, die sich eigentlich in ihren latenten Sinnmustern als unversöhnlich erweisen. Absolute Freiheit macht Gleichheit unmöglich, absolute Gleichheit wiederum beschränkt bestimmte Auslegungen von Freiheit. Jede Konkretisierung von Freiheit oder Gleichheit muss auch ein Verständnis des jeweils anderen entwickeln. Mouffe bezeichnet das Verhältnis als die *paradoxe Natur der Demokratie* (2008: 25).

Nach Mouffe ist die paradoxe, wechselseitige Bezugnahme von Freiheit und Gleichheit auch in der aktuellen Ausprägung von Demokratie sichtbar. Allerdings ist die aktuelle diskursive Lage so gestaltet, dass das Prinzip Freiheit besonders präsent ist und den demokratischen Horizont dominant konkretisiert – beispielsweise zu beobachten an der überproportionalen Präsenz des Konzepts individueller Freiheit im Hinblick auf die Definition politischer Problem- und Lösungsszenarien. Gleichheit ist weiterhin ein wichtiges Element, jedoch kein universell akzeptierter Wert mehr. Rosanvallon vermutet, dass Gleichheit nicht mehr der Epoche die Richtung vorgebe: „Sie hat keine revolutionäre Potenz mehr [...]“ (2013: 17).

Das paradoxe Verhältnis von Freiheit und Gleichheit bzw. der grundsätzlich paradoxe Charakter der Demokratie gestaltet sich in der konkreten diskursiven Konstellation anders: Das grundlegende Moment der Konflikthaftigkeit von Demokratie wird negiert und damit der Möglichkeitsraum demokratischer Konflikte eng eingegrenzt, so etwa als diskursive Reduktion legitimer politischer Lösungsoptionen oder durch die Etablierung konfliktferner, vermeintlich neutral-objektiver Methoden öffentlicher Entscheidungsfindung (Runde Tische, Prinzip der Deliberation, Politikberatung etc.) (Mouffe 2008: 38; Greven 2010: 80-87). Hierzu gehört eine latente Ausblendung von Machtverhältnissen (Mouffe 2008: 109) und grundlegender gesellschaftlicher Konflikte inklusive des immer neu auszuhandelnden Verhältnisses von Freiheit und Gleichheit.

Die Argumentation Mouffes zeigt zweierlei: Erstens illustriert sie die latenten demokratischen Sinnstrukturen im demokratischen Horizont, auf die sich jede im demokratischen Kontext angesiedelte Artikulation implizit oder explizit beziehen muss.

Demgegenüber zeigt zweitens das Beispiel der Dominanz der liberalen Ausdeutung, dass es trotz der nicht umgeharen Referenz auf das Gegensatzpaar Gleichheit und Freiheit keine Notwendigkeit für eine gleichberechtigte Stellung oder eine konflikthafte Aushandlung der Elemente des Demokratischen gibt. Es scheint vielmehr so, dass in diesem Fall die dominante Konkretisierung des demokratischen Horizonts durch die liberale Hegemonie *doppelt abgesichert* ist.

In einem *ersten Schritt* versperren Tendenzen der De-Politisierung des demokratischen Raumes die Re- bzw. Um-Organisation der hegemonialen Konstellation. Die idealtypisch im demokratischen Diskurs angelegte Affirmation des pluralen Prinzips wird entsprechend auf ein Mindestmaß reduziert, sodass die Politisierung des Diskurses erheblich erschwert ist. Die aktuell

dominante Formation zeichnet sich demnach durch ein Konfliktvermeidungsdispositiv aus, welches dem konkreten inhaltlichen Ringen verschiedener Sinnprojekte vorgelagert ist. Erst wenn diese Hürde überwunden ist, erscheint in einem *zweiten Schritt* eine erneute diskursive Auseinandersetzung um die Konkretisierung des Verhältnisses von Freiheit und Gleichheit möglich. Die am Beispiel der liberalen Konkretisierung von Demokratie zu beobachtende doppelte Absicherung entspricht dabei typischen Mustern hegemonialer Ordnung: die Naturalisierung diskursiver Muster entzieht diese bis auf weiteres den diskursiven Dynamiken des Politischen. Erst durch eine De-Naturalisierung dieser Formationen können sie auch im Bereich des Politischen hinterfragt und mit Alternativen konfrontiert werden.

Für die Diskussion gegenhegemonialer Aspekte des demokratischen Diskurses lässt sich aus diesen Beobachtungen zweierlei festhalten. Erstens gibt es mit Freiheit, Gleichheit und der grundsätzlich paradoxen, konflikthaften Natur von Demokratie gewichtige Ansatzpunkte im demokratischen Horizont, die gegenhegemonialen Projekten Anknüpfungspunkte für eigene Artikulationen bieten.

Zugleich wurde aber auch zweitens anhand des Beispiels der liberalen Hegemonie illustriert, inwieweit eine bestehende dominante Formation den Möglichkeitsraum gegenhegemonialer Projekte einengen kann – temporär sogar bis auf die Frage, inwieweit potentiell konflikthafte alternative Projekte überhaupt legitim artikuliert werden können. Damit wurde deutlich, dass es sich bei der Untersuchung gegenhegemonialer Aspekte des demokratischen Diskurses nicht um Elemente handelt, die ausschließlich gegenhegemonial wirken. Vielmehr ist es vom Kontext abhängig, ob die Referenz eines gegenhegemonialen Projekts auf derartige Aspekte des demokratischen Diskurses strategische Vorteile bietet. Entsprechend sind nicht alle wichtigen Symbole des demokratischen Diskurses per se gegenhegemonial, sondern vor allem jene, die entweder aktuell nicht durch die dominante Formation besetzt sind und / oder im Kontext einer spezifischen diskursiven Konstellation ermöglichen, die Widersprüchlichkeit und Unangemessenheit der dominanten Formation sichtbar zu machen.

6.2 Die Idee der demokratischen Revolution

Mouffes Argumentation illustriert, dass wesentliche Bestandteile des demokratischen Diskurses temporär marginalisiert werden können. Entlang einer historischen oder globalen Achse lässt sich jedoch ablesen, dass diese Phasen der Latenz bislang nicht zur vollständigen Verdrängung geführt haben. Das demokratische Dispositiv erweist sich als recht beharrlich und bietet für immer neue hegemoniale und gegenhegemoniale Projekte attraktive Anknüpfungspunkte, etwa im Rahmen der Überwindung sozialistischer Ordnungen, in den Revolutionen des Nahen Ostens oder im Falle immer wieder aufflackernden Bewegungen für eine „wirkliche“ Demokratisierung schon bestehender demokratischer Ordnungen. Dies nährt die Annahme, dass das demokratische

Dispositiv tief in das Soziale und die Sinnstrukturen von Gesellschaften eingeschrieben ist – zu tief und manchmal auch eher unsichtbar, als dass es plausibel wäre, hier allein mit den Begriffen der Hegemonie das diskursive Überdauern zu begründen.

Gleichzeitig sind genau jene Elemente, die verborgen erscheinen und zugleich Residuen vergangener demokratischer Konflikte darstellen, für gegenhegemoniale Projekte eine attraktive Hintergrundfolie, in die sie sich einschreiben bzw. auf die sie sich beziehen können. Dies insbesondere, weil Begriffe wie beispielsweise Freiheit stark von der dominanten Formation besetzt sind und demnach nach Begriffen gesucht werden muss, die ähnliche diskursive Effekte ermöglichen, aber nicht von dominanten Formationen in Anspruch genommen werden. Im Folgenden sollen diese latenten Diskursfragmente und Echos vergangener Konflikte als *Narrationen oder Gerüchte des Demokratischen* bezeichnet werden.

Selbins Verständnis von Geschichten aus *Gerücht und Revolution* (2010) bietet für eine derartige Perspektive einen idealen Anknüpfungspunkt. Er begreift das Erzählen und Hören von Geschichten als eine wesentliche Praxis des Sozialen. Geschichten sind sinnhafte Verknüpfungen verschiedener Elemente, die letztlich von einer wesentlichen Grundaussage zusammengehalten werden bzw. in diese münden (Selbin 2010: 8). Form und Inhalt von Geschichten greifen dabei immer vorherige Geschichten auf bzw. tragen diese über eine gewisse Anpassung als Re-Artikulation in die Gegenwart. Sie sind demnach ein wesentliches Element des historischen Aprioris eines Diskurses und sichern damit den Fortbestand bestehender Ideen in neuen, fremden oder abweisenden Kontexten.

Geschichten sind dabei Ausdruck der gleichzeitigen Heterogenität und Homogenität des Sozialen. Letzteres meint, dass es trotz aller Vielfältigkeit in jeder Gemeinschaft ein gewisses Set an Narrationen gibt, die zum Kernbestand der Gemeinschaft gezählt werden und auf die sich alle Mitglieder einer Gemeinschaft beziehen können und müssen. Oftmals werden die Mitglieder erst durch die Referenz auf diese narrativen Formen und Inhalte als Teil der Gemeinschaft erkennbar, akzeptiert und dialogfähig (Selbin 2010: 36). Zudem transportieren Geschichten soziokulturelle Normen – etwa in Form von Rollenmustern oder Verhaltensvorbildern. Narrationen wirken auch auf diesem Wege homogenisierend, da sie Orientierung schaffen und Möglichkeitsräume ausleuchten.

Jede Geschichte wird fortwährend und unkontrollierbar abweichend re-artikuliert und rezipiert (Selbin 2010: 8). Sie existiert also durch die Vielzahl ihrer ErzählerInnen in einer unendlichen Varianz an minimal abweichenden Versionen – sowohl im Rahmen des Aktes der Re-Artikulation als auch der Rezeption. Erst die Offenheit einer Narration für die Anwendung in den unterschiedlichsten Kontexten macht sie attraktiv. Demnach entscheidet die heterogene Anknüpfungsfähigkeit, ob eine Geschichte über die breite und fortwährende Wieder-Erzählung zum integrativen Moment einer Gemeinschaft wird.

Für *gegenhegemoniale Strategien* ist jedoch besonders wichtig, dass Narrationen der Ort sind, an dem das fiktionale Moment des Sozialen verortet ist. „Geschichten ermöglichen es uns, die Umgestaltung unserer Leben und Welt vorstellbar zu machen“ (Selbin 2010: 9). Geschichten reflektieren also nicht nur Vergangenheit und Gegenwart, sondern verknüpfen diese mit Veränderung und Wandel in der Zukunft. Gerade Geschichten der Veränderung und des Wandels haben sich in bestimmten Situationen als besonders attraktiv erwiesen – für Selbin sind es Geschichten dieser Form, die den Ausgangspunkt von Revolutionen bilden (2010: 9). Für die Frage gegenhegemonialer Strategie ist dabei nicht ausschließlich das Motiv der Revolution entscheidend, wenngleich wesentliche Elemente der Narration des Demokratischen eng mit der Idee der Revolution verknüpft sind.

Wie funktionieren diese Revolutions-Narrationen?

Ausgangspunkt von Geschichten möglicher Veränderung ist immer das Vertraute – anknüpfungsfähige, attraktive Geschichten nehmen ihren Anfang in bekannten Tatsachen und Elementen (Selbin 2010: 40). Das Neue, Innovative ist also dann anschlussfähig, wenn es im Gewand des Bekannten daherkommt. Revolutionäre Erzählkunst ist demnach die Identifikation und Neu-Ordnung vorhandener Geschichten, Worte, Konzepte und Bedeutungen einer kulturellen Gemeinschaft (Selbin 2010: 53) in einer Form, die den Wandel quasi-natürlich notwendig macht – idealiter im Sinne einer schon bekannten revolutionären Bewegung oder Geste.

Als Kern aller revolutionären Erzählungen identifiziert Selbin dabei nicht eine bestimmte utopische Idee, sondern vielmehr die „[...] schwer gewonnene und manchmal wacklige Überzeugung der Menschen, dass sie dem Beispiel anderer folgen können“ (2010: 66). Die Idee der demokratischen Revolution ist demnach eng verknüpft mit der Verbreitung von Wissen und Geschichten über Widerstand, erfolgreiche oder gescheiterte Revolutionen, demokratische Ideen und Demokratien. Erst dieses Wissen ermöglicht die Orientierung an den narrativen Vorbildern – jede demokratische Praxis imitiert also in einer jeweils konkreten Lage die Handlungen vorheriger demokratischer AktivistInnen (Selbin 2010: 89). Das Maß der Verbreitung von ebenjenem narrativen Wissen innerhalb einer Gesellschaft kann daher als Ressource und zugleich als Kriterium für erfolgswahrscheinliche Referenz durch neue Geschichten gelten – in einem ersten Schritt als Reservoir für neue Geschichten, auf dass sich Bewegungen beziehen können und in einem zweiten Schritt als konkrete Inspirations- und Orientierungsquelle (Werkzeugkasten) für gegenhegemoniale Praxis (Selbin 2010: 87). Diese augenscheinliche Verknüpfung vieler revolutionärer Handlungen lässt Hannah Arendt zum Schluss kommen, dass es nur eine einzige, ewige Revolution gebe (1965: 43).

Revolutionäre Narrationen und gegenhegemoniale Praxis

Doch ist die Bedeutung von Narrationen im Kontext von Widerstand und Revolution ohne Abstriche auf das übertragbar, was als demokratisch-gegenhegemoniale Praxis den Analysegegenstand dieser Untersuchung bildet? Der Begriff Revolution erscheint eng mit dem Begriff des Demokratischen verknüpft – nicht nur, weil oftmals Forderungen nach Demokratie den Kern revolutionärer Praxis bilden, sondern vor allem, weil der revolutionäre Akt mobilisierter Massen am ehesten dem Idealtypus demokratischer Selbstregierung entspricht. Das Ereignis der Revolution als unmittelbare Selbstbestimmung ist demnach der Originalmodus bzw. die Reinform des nachgelagerten demokratischen Herrschaftssystems. In diesem Sinne ist das revolutionäre Ereignis einerseits Herrschafts- und Legitimationsgrundlage für eine demokratische Ordnung und andererseits aufgrund seiner überzeichneten, radikalen Reinform immer auch Herausforderung für die Konkretisierung von Demokratie. Unter Referenz auf die im revolutionären Akt verborgene Essenz des Demokratischen können gegenwärtige Bewegungen die dominante Formation kritisieren, de-naturalisieren und ggf. destabilisieren.

Revolutionsergebnisse und ihre Narrationen sind demnach verdichtete Symbole des Demokratischen. Sie machen abstrakte Forderungen wie Gleichheit oder Freiheit durch ihre Konkretisierung in Form von Orten, Bildern, Personen, Handlungsformen oder Parolen fass- und nutzbar sowie intersubjektiv verständlich. Für die gegenhegemoniale Praxis sind diese konkreten Symbole Werkzeuge, um die eigene Praxis breit zu kommunizieren und schnell zu mobilisieren.

Selbin identifiziert vier idealtypische⁹¹ Revolutionsnarrationen, die jeweils bestimmte Ziele und beabsichtigte Formen des Wandels gemeinsam haben (2010: 127 ff.). Dabei finden sich nicht alle revolutionären Narrationen in gleicher Form in den Gesellschaften wieder. Je nachdem, welche spezifische Kombination an revolutionären Ereignissen sowie nachgelagerten Deutungen in einer verortet sind, ergeben sich Anknüpfungspunkte und auch Unmöglichkeiten gegenhegemonialer Praxis.

Tabelle 7 fasst diese verschiedenen Idealtypen von Revolutionsnarrativen zusammen, in dem das Ziel, die Form des Wandels und nicht zuletzt bekannte Beispiele aufgeführt werden.

⁹¹ Viele revolutionäre Ereignisse tragen jenseits der tendenziellen Zuordnung zu einer Revolutionsnarration auch Aspekte anderer Idealtypen.

Tabelle 7: Übersicht idealtypischer Revolutionsnarrationen

	Ziel	Form des Wandels	Beispiele
Zivilisierende und demokratische Revolution	Freiheit, Zivilisierung, Fortschritt, Demokratisierung	Mäßigung und Reformen	Großbritannien 1688, Amerika 1776, Frankreich 1789, „Farbrevolutionen“ 1989
Sozialrevolution	Tiefgreifende soziokulturelle Umstrukturierung, „neue Welt“, Gleichheit	Revolution, Übernahme der Staatsgewalt, tiefgreifender Wandel	Frankreich 1789, 1871, Russland 1917, Mexiko 1910-1920, Kuba 1959
Die Revolutionsgeschichte von Freiheit und Befreiung	Befreiung, Ende der Unterdrückung / Herrschaft	Beendigung der Unterdrückung, Emanzipation	Haiti 1791
Verlorene und vergessene Revolutionen	Momente sozialer Kreativität, Kontrolle der entfremdeten Alltagswelt	Spontan, ungeordnet	Bauernkriege Deutschland 16. Jh., Pariser Kommune 1871

Quelle: Eigene Darstellung (nach Selbin 2010: 127ff.)

Entlang der vier Idealtypen lässt sich fest halten, dass insbesondere die zivilisierende, demokratische und die Sozialrevolution für den gegenwärtigen demokratischen Horizont wesentliche Bedeutung haben. Wie oben argumentiert, sind die im kollektiven Gedächtnis verorteten Narrationen dieser Revolutionen wichtige und vor allem breit verfügbare Symbole, die den demokratischen Diskurs als Hintergrundfolie konstituieren. In konflikthaften Auseinandersetzungen mit der dominanten Formation ermöglichen es die revolutionären Narrationen, Widerstandspraxis per se eine Grundlegitimität zu verschaffen. Zudem halten die demokratisch-revolutionären Erzählungen jene Bereiche des demokratischen Diskurses präsent, die zwar als Möglichkeitsraum existieren, durch die dominante Konkretisierung des Horizonts aber tendenziell in die Peripherie des Denk- und Sagbaren verschoben werden.

6.3 Das historische Apriori der Demokratie

Die beiden skizzierten Beispiele gegenhegemonialer Aspekte des demokratischen Diskurses lassen auf folgende Punkte schließen: Erstens findet sich im demokratischen Diskurs eine Vielzahl latenter und expliziter Elemente, die das Potential in sich tragen, gegenhegemoniale Projekte zu stützen oder anzustoßen. Zweitens sind diese gegenhegemonialen Aspekte in Abhängigkeit von ihrer aktuellen diskursiven Einbindung und der allgemeinen diskursiven Konstellation wirksam. Trotz ihrer Rolle als zentrale Elemente innerhalb des demokratischen Diskurses sind gegenhegemoniale Aspekte also auch ein relatives Phänomen – nicht nur im Verhältnis zur schon erwähnten allgemeinen diskursiven Lage, sondern auch im Hinblick auf das jeweils einzelne gegenhegemoniale Projekt. Je nach Ausrichtung der jeweiligen sozialen Bewegung erscheinen bestimmte Elemente der gegenhegemonialen Aspekte förderlich.

Damit wird deutlich, dass es einer systematischen Analyse des demokratischen Diskurses auf der allgemeinen Ebene und einer speziellen Analyse der Interaktion des jeweiligen gegenhegemonialen Projekts mit gegenhegemonialen Aspekten bedarf,⁹² um der diskursiven Komplexität gerecht zu werden.

Ergänzend zu den Perspektiven von Mouffe und Selbin findet sich bei Rosanvallon eine historische Untersuchung des Projekts Demokratie. Er entwickelt in seinen Untersuchungen ein komplexes Verständnis von Demokratie, dass die historische, ambivalente und umstrittene Dimension der Demokratie in den Blick nimmt und somit entlang „[...] ihrer (Selbst-)Deutungen und Diskurse, ihrer Konflikte [...]“ (Schulz 2011: 329) untersucht.

Die Etablierung des leeren Signifikanten Demokratie

Einer dieser Untersuchungspfade rekonstruiert die Geschichte des Begriffs Demokratie. Angesicht der aktuellen Bedeutung bzw. Anziehungskraft der Demokratie erstaunt es, dass beispielsweise bei Rousseau Demokratie nicht als zentraler Begriff gehandelt wird (Rosanvallon 1995: 2). Demokratie als Prinzip der unmittelbaren Selbstregierung des Volkes galt zunächst als nicht realisierbares, gar gefährliches Prinzip. Die Repräsentation durch Abgeordnete wurde – beispielsweise in den ersten Jahren der französischen Revolution – als vernünftigeres Prinzip der Demokratie gegenübergestellt. Eine Bedeutungsverschiebung des Wortes Demokratie hin zu einer positiven und häufigeren Anwendung findet sich in den späteren Jahren der Französischen Revolution (beispielsweise bei Robespierre 1794) und in einer Konstellation, in der die Unterstützung des Volkes von besonderer Bedeutung für die Herrschaftssicherung des jakobinischen Terrors war (Rosanvallon 1995: 5). Demokratie wandelte sich also zunächst von der schlichten technischen Bezeichnung einer als fragwürdig geltenden Form der Selbstregierung des

⁹² Die Analyse des Fallbeispiels und damit der konkreten Interaktionen im Lichte einer spezifischen sozialen Bewegung folgt im Fallbeispiel (vgl. Kapitel 9).

Volkes hin zu einem politischen Kampfbegriff, der Volksnähe und Radikalität des Akteurs bzw. seiner Forderungen signalisieren sollte (Rosanvallon 1995: 6f.). Der zweite semantische Bruch wurde durch Alex de Tocqueville 1835 mit der Veröffentlichung von Demokratie in Amerika abgeschlossen. Demokratie war eine Form der Gesellschaft, die sich über das Ideal Demokratie identifiziert. Die – notwendig eingeschränkte – Realisation des demokratischen Ziels in der Praxis wurde insbesondere durch das repräsentative Prinzip möglich, das einige Jahre zuvor noch als das Andere und Bessere der Demokratie galt (Rosanvallon 1995: 8). Die dritte semantische Erweiterung des Begriffs der Demokratie fand sich in der anschließenden Omnipräsenz jenseits akademischer Diskurse (Rosanvallon 1995: 9).

Ein ähnlich gelagerter Deutungskonflikt um das Wort Demokratie findet sich in den Vereinigten Staaten. Auch hier war Demokratie – ausgehend vom antiken Verständnis - zunächst eine Problembeschreibung, um einen anarchische Gefahr zu projizieren oder einen politischen Gegner zu diskreditieren (Dupuis-Déri 2004: 121). Wie auch in Frankreich gab es hier eine semantische Verlagerung, die insbesondere in der erfolgreichen Präsidentschaftskandidatur Jacksons 1828 zum Ausdruck kam: Jackson hatte sich als erster und zunächst einziger Kandidat als Demokrat bezeichnet, um seine Nähe zum einfachen Volk zum Ausdruck zu bringen (Dupuis-Déri 2004: 127). Mit dem Erfolg von Jackson wurde auch hier eine semantische Wende eingeleitet – Demokratie wurde sukzessive zum allseits genutzten, sehr positiv, fast religiös (Dupuis-Déri 2001: 308) besetzten und damit notwendig höchst umstrittenen Begriff. Mit der Wende ging auch eine Erweiterung her: das eigentlich republikanische Regierungssystem, die soziale Ordnung und damit die Identität der amerikanischen Gesellschaft wurde zunehmend als Demokratie bezeichnet (Dupuis-Déri 2004: 129).

Dabei lässt sich trotz der semantischen Wenden beobachten, dass sich ungeachtet der unendlich vielen Deutungsversuche und Anwendungskontexte residuale, alternative Bestandteile des leeren Signifikanten halten. In Demokratie schwingt auch weiterhin die Ausgangsbedeutung im Sinne einer *unmittelbaren, direkten Selbstbestimmung einer aus gleichen Subjekten* mit (Dupuis-Déri 2001: 309). Dies ist jedoch weniger als konkrete Bedeutung, sondern vielmehr als diffuses, abstraktes und latentes Schema zu verstehen. Der Begriff Demokratie ist – gerade aufgrund seiner fortwährenden Attraktivität – von einer Vielzahl vergangener Deutungen (als Produkte von Deutungskonflikten) umgeben, die in der Gegenwart nachhallen. Wenn also – wie gerade nachgezeichnet – das direkte Prinzip der Demokratie im Rahmen aufwendiger diskursiver Interventionen dahingehend umgedeutet wurde, dass nun auch repräsentative Verfahren als demokratisch gelten können, dann heißt dies nicht, dass die ehemalige „Hauptbedeutung“ gänzlich verschwunden ist. Dieser Aspekt, diese latente Idee, der diskursive Nachhall unmittelbarer Selbstbestimmung bietet vielmehr einen diskursiven Ansatzpunkte für erneute Ausdeutungskämpfe, die – je nach Kontext – gegenhegemonialen Charakter haben können.

Demokratie zwischen liberal-repräsentativer und republikanischer Deutung

In der Summe zeichnet sich also ein vielschichtiges, immer umstrittenes und mitunter durch eine bestimmte Deutung dominiertes Bild des demokratischen Diskurses ab. Einige Aspekte des Demokratischen erscheinen dabei gegenhegemonialer Natur – dies ist aber nicht per se sicher und in jeder diskursiven Konstellation zutreffend. Dies wird deutlich, wenn man mit Rosanvallon (2008a, 2010) das bekannte Bild von Demokratie als dualistischen Wettstreit von liberalem und republikanischem Prinzip genauer analysiert (2010: 152ff.). Wie gerade schon illustriert, kann grundsätzlich von einer weitestgehenden, jedoch nicht absoluten Dominanz der liberal-repräsentativen Konkretisierung von Demokratie ausgegangen werden. Das liberal-repräsentative Prinzip individueller Autonomie und das republikanische Prinzip kollektiver Selbstregierung sind dabei aber nicht in einem klaren Antagonismus angeordnet, sondern es besteht vielmehr eine ungeordnete diskursive Konstellation. Auch hier kann das dualistische Schema des hegemonialen und gegenhegemonialen Moments der Demokratie auf die beiden Kernelemente von Demokratie übertragen werden: die liberal-repräsentative Formation als Ausdruck individueller Abwehrrechte und institutionalisierter Verfahren verkörpert dabei Kontinuität und das republikanische Prinzip mit dem Ziel unmittelbarer Selbstregierung steht eher für diskursive Ereignishaftigkeit.

Bei näherer Betrachtung wird jedoch deutlich, dass die republikanische Idee trotz des durchaus zu beobachtenden Dualismus nicht automatisch oder ausschließlich als demokratischer, gegenhegemonialer Originalmodus verstanden werden darf. Sie hat sich vielmehr im Suchmodus der Geschichte als komplexes und schwer fassbares Prinzip erwiesen (Rosanvallon 2010: 152ff.).

Dies wird aus einer historischen Perspektive verständlicher: So schließen sich republikanische und liberal-repräsentative Ideen nicht per se aus – vielmehr wurden oftmals explizit liberal-repräsentative Institutionen gefordert (allgemeines Wahlrecht, demokratisch-responsive Verwaltung, unparteiliche Behörden), um dem republikanischen Prinzip und damit der Selbstregierung einer Gemeinschaft gerecht zu werden (Rosanvallon 2010: 43). Umgekehrt finden sich auch viele Beispiele, in denen liberal-repräsentative Formationen Krisen mit Hilfe republikanischer Konzepte lösten – etwa durch die Ausweitung direktdemokratischer Verfahren oder die Erhöhung der Transparenz liberal-repräsentativer Institutionen.

Historisch kann also nicht von einem einfachen, klaren Dualismus liberal-repräsentativer und republikanischer Formationen ausgegangen werden. Es findet sich vielmehr eine komplexe Interaktion beider Prinzipien, in der die aktuell ohne Frage dominante liberal-repräsentative Formation ihre Führung nur mit Hilfe intensiver Interaktion und Verknüpfung mit republikanischen Elementen sichern konnte. Die Integration von Elementen, die zuvor eine Herausforderung der dominanten Formation darstellten, ist entsprechend eine erfolgreiche Strategie zur Sicherung von Dominanz.

Für die Untersuchung gegenhegemonialer Aspekte des demokratischen Diskurses bedeutet dies, dass eine gegenhegemoniale oder gegenhegemonial-förderliche Wirkung nicht automatisch und ausschließlich gegeben ist. Vielmehr können viele gegenhegemoniale Aspekte potentiell hegemonial gewandt werden. Sie stellen entsprechend Objekte potentieller diskursiver Verknüpfungen dar, die nicht allein gegenhegemonialen Projekten exklusiv verfügbar sind. In diesen Fällen erscheint es vielmehr so, dass auch gegenhegemoniale Aspekte Objekt stetigen diskursiven Ringens sind.

Im Fokus: tendenziell dauerhafte gegenhegemoniale Aspekte

Die Darstellung Rosanvillons Betrachtung des demokratischen Diskurses entlang der diskursiven Kernstränge von Demokratie hat vor allem die wechselseitige Interaktion von liberal-repräsentativem und republikanischem Prinzip aufgezeigt. Nun soll mit einer weiteren Untersuchung von Rosanvallon diskutiert werden, inwieweit sich in der jüngeren demokratischen Geschichte diskursive Elemente etabliert haben, die eindeutiger und nachhaltiger als gegenhegemoniale Aspekte identifiziert werden können.

In diesem Sinne kann zwischen zwei Typen gegenhegemonialer Aspekte unterschieden werden: Erstens all jene diskursiven Elemente, die in einer spezifischen diskursiven Konstellation gegenhegemonial förderlich wirken *können*. Dies können Elemente sein, die in einer bestimmten diskursiven Konstellation einen dominanten Deutungsanspruch unterminieren,⁹³ oder wichtige Elemente, die aufgrund ihrer grundsätzlichen Unbestimmtheit offen für Konkretisierungen im hegemonialen oder gegenhegemonialen Sinne sind.

Zweitens gibt es Aspekte des demokratischen Diskurses, die – wie etwa das Prinzip der freien Meinungsäußerung – per se alternative Forderungen stützen. Hierzu zählen beispielsweise Ereignisse, Jahrestage, Reden, Zitate, Geschichten⁹⁴, Argumente, Begriffe⁹⁵, Orte und Rituale, die dem semantischen Feld von demokratischem Protest oder demokratischer Revolution zugeordnet werden können. Sie können als *freie Radikale*⁹⁶ bezeichnet werden (Hagemann 2014: 110), da sie mit gegenhegemonialen Projekten besonders reaktionsfreudig sind und in dieser Kombination eine dekonstruierende Wirkung gegenüber bestehenden diskursiven Ordnungen entwickeln. Gegenhegemoniale Projekte werden durch diese Form gegenhegemonialer Aspekte in ihrer prekären strategischen Positionierung gefestigt, sodass alternative, explizit kritische Artikulationen legitim erscheinen.

⁹³ In diesem Fall ist die gegenhegemoniale Wirkung abhängig vom Status der dominanten Formation. Wenn beispielsweise Leistungsgerechtigkeit Teil des dominierenden Musters ist, hätten biographische Beispiele und Studien über fehlende gesellschaftliche Aufstiegsmöglichkeiten gegenhegemoniale Wirkung.

⁹⁴ Vgl. Kapitel 6.2.

⁹⁵ Vgl. Kapitel 6.1.

⁹⁶ Atome und Moleküle, die ein ungepaartes Elektron besitzen und daher besonders schnell reagieren, werden als freie Radikale bezeichnet. Einige freie Radikale verursachen dabei in biologischen Zusammenhängen beispielsweise Zellschäden, haben also eine destabilisierende Wirkung.

Diese Art eher dauerhafter gegenhegemonialer Aspekte findet sich bei Rosanvallon im Konzept der Gegen-Demokratie, das wiederum Teil einer Weiterentwicklung des oben skizzierten dualistischen Verständnisses von Demokratie ist: die *dezentrierte Demokratie* besteht aus einem Misch-Regime der auf dem Prinzip der Wahl beruhenden repräsentativen Regierung, reflexiv-deliberativen Diskursen über das Wesen des Politischen und nicht zuletzt der Gegen-Demokratie (Rosanvallon 2012: 313f.). Letztgenannte Gegen-Demokratie ist dabei ein Phänomen vielfältiger Prozesse der indirekten Beeinflussung des demokratischen Prozesses jenseits der episodischen Wahlen, denen allen eine kritisch-misstrauische Perspektive gemein ist (Rosanvallon 2012: 8). Alle Ansätze der Gegen-Demokratie (Überwachung, Vorbeugung und Judizialisierung (Rosanvallon 2012: 12ff.)) gehen dabei nicht vom politischen Zentrum aus, sind aber durchaus zentrumsnah angesiedelt – es handelt sich also nicht in erster Linie um Phänomene wie Protest oder soziale Bewegungen.

Parallel zur dreifachen Differenzierung der dezentrierten Demokratie erläutert Rosanvallon drei nebeneinander verlaufende Deutungsvarianten des damit mehrdeutigen Begriffs Volkssouveränität (Rosanvallon 2010: 160ff.). Im *Wahl-Volk* manifestiert sich Volkssouveränität als Mehrheit und bildet die Grundlage liberal-repräsentativer Institutionen und moderner Staatlichkeit. Das *Sozial-Volk* artikuliert sich in unzähligen aktiven und passiven Minderheiten, als „Widerspruch in Bewegung“ (Rosanvallon 2010: 161). Die allgegenwärtigen diskursiven Ansprüche, für und im Sinne des Allgemeinen zu sprechen, werden durch das Sozial-Volk als grundsätzlich unmöglich negiert. In dieser Dimension der Volkssouveränität findet sich demnach die kritisch-misstrauische Haltung der Gegen-Demokratie wieder. Das *Ideal-Volk* wiederum repräsentiert das abstrakte Ziel der Selbstregierung einer Gemeinschaft, welches sich in Menschen- und Grundrechten, wichtigen demokratischen Parolen, symbolischen Ereignissen oder theoretischen Texten ausdrückt.

Während das Wahl-Volk die liberal-repräsentative Deutung von Volkssouveränität wider spiegelt, verbirgt sich hinter dem Sozial- und Ideal-Volk eher das republikanische Prinzip. Beide Seiten stehen dabei in einer natürlichen Spannung, die sich beispielsweise in einer grundsätzlichen Infragestellung der Wahl als Ausdruck von Volkssouveränität manifestiert.

Demgegenüber interagieren Sozial- und Ideal-Volk sehr stark. Die gegenhegemoniale Praxis des Sozial-Volks begründet und legitimiert sich durch Konzepte des Ideal-Volks: Eine Demonstrantin artikuliert etwa ihre Forderung unter Verweis auf die Idee von Demokratie als Projekt der Selbstregierung aller, konkretisiert damit das abstrakte Prinzip des Ideal-Volks und hält es zugleich durch die Re-Artikulation diskursiv präsent. Diese Wechselseitigkeit von Sozial-Volk (gegenhegemoniale Praxis) und Ideal-Volk (gegenhegemoniale Aspekte) wird am Beispiel der Menschenrechte noch einmal besonders deutlich.

Menschenrechte - Recht auf Rechte

Durch die Erklärung der Menschenrechte wurde das abstrakte Ideal der Volkssouveränität sichtbar zum Ausdruck gebracht, dass sich alle Mitglieder einer Gemeinschaft wechselseitig anerkennen bzw. „[...] wechselseitig ein allgemeines Recht zuerkennen, Rechte zu haben“ (Rödel et al. 1989: 104). Jede wie auch immer geartete Minderheit kann auf Basis dieses Rechts auf Rechte legitim Probleme und Forderungen artikulieren und begründen. Zugleich verlagert sich durch die vermehrten Forderungen die gesellschaftliche Diskussion über Gerechtigkeit oder Wahrheit von der Sphäre der Macht in die Sphäre der Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit (Rödel et al. 1989: 105). Die Forderung nach Rechten wird zur vitalen Praxis der Inanspruchnahme ebenjener Rechte (beispielsweise der Redefreiheit), wodurch wiederum das Recht auf Rechte erst garantiert und offen gehalten wird.

Rödel et al. nennen diese Kombination von Menschenrechten, Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit das symbolische Dispositiv der Demokratie. In ihm kommt die Anziehungskraft und Dynamik der Demokratie zum Ausdruck, die immer wieder neue soziale Bewegungen anstößt bzw. anzieht. Soziale Bewegungen, die unter Referenz auf das symbolische Dispositiv der Demokratie ihre Forderungen artikulieren und begründen – insbesondere unter Verweis auf das Recht auf Rechte (Rödel et al. 1989: 111). Zugleich werden ebenjene soziale Bewegungen nicht nur durch die Menschenrechte legitimiert und gefördert, sondern sie stabilisieren und erneuern das symbolische Dispositiv der Demokratie. Erst durch ihre Praxis bleibt es sichtbar und wirkungsvoll:

„Der öffentliche Meinungsstreit, die bewusste Inanspruchnahme der politischen Freiheitsrechte, die Praxis des zivilen Ungehorsams und die Einforderung neuer Rechte bilden das Medium, in dem die Legitimität, die Vorgaben und Schranken politischer Macht formuliert und damit zugleich der Prozess der gesellschaftlichen Selbsterzeugung vorangetrieben und offengehalten werden“ (Rödel et al. 1989: 105).

Marchart wiederum fasst diese Perspektive auf Demokratie unter dem Begriff des Konfliktakzeptanzdispositivs zusammen – Demokratie als Konfliktakzeptanzdispositiv fördert vor allem die Forderung des Rechts auf Rechte (2007a: 54). Demokratisches Handeln als politische Praxis unter Bezug auf gegenhegemoniale Aspekte der Demokratie kann als demokratische Performanz verstanden werden, da durch die Performanz von Protest Demokratie bzw. das demokratische Dispositiv immer wieder aufs neue reaktiviert, re-artikuliert und damit stabilisiert wird.

„Was aber, wenn die wesentliche demokratische Funktion von Protest nur sekundär mit der Umsetzbarkeit jeweils partikularer Forderungen in staatliches Verwaltungshandeln oder regulative Gesetzgebung zu tun hat, sondern vielmehr – auf einer grundlegenden Ebene – mit der Reaktivierung des demokratischen Dispositivs qua Konflikt?“ (Marchart 2007a: 53)

Demokratischer Protest wirkt demokratisierend, weil er den Raum für folgende Forderungen und

konflikthafte Auseinandersetzungen öffnet und offen hält.

„Das eröffnende Nein des Protests ist also kein einfaches Nein, sondern impliziert in der Verneinung die Bejahung des demokratischen Dispositivs und der Legitimität des Konflikts. Es wirkt eröffnend, weil es – mit Rekurs auf die grundlegende Instanz des Antagonismus – im Spalt zwischen Staat und Zivilgesellschaft Öffentlichkeit schafft“ (Marchart 2007a: 54).

Protest, der den Bezug auf das demokratische Dispositiv ernst nimmt und sichtbar betont, stößt damit weiteren Protest an und wirkt so konflikthaft demokratisierend.

6.4 Zwischenbetrachtung

Wenn also von gegenhegemonialen Aspekten des demokratischen Diskurses die Rede ist, dann sollte es nicht so verstanden werden, dass residuale, statische diskursive Elemente aktuelle gegenhegemoniale Projekte ausschließlich im Sinne einer Einbahnstraße fördern. Erst durch die fortwährende Re-Artikulation potentiell gegenhegemonialer Elemente durch gegenhegemoniale Praxis erhalten sich diese Aspekte des demokratischen Diskurses den Status des freien Radikals für gegenhegemoniale Projekte.

Das gegenhegemoniale Moment der Demokratie ist also als Wechselseitigkeit gegenhegemonialer Aspekte des demokratischen Diskurses und fortwährender gegenhegemonialer Praxis zu verstehen. Für die hier vorgenommene Analyse der strategischen Bedingungen gegenhegemonialer Projekte hat diese Perspektive zur Folge, dass es, um das gegenhegemoniale Potential einer Gesellschaft (die kontextspezifischen Bedingungen und Ausformungen gegenhegemonialer Projekt) zu klären, nicht hinreichend ist, auf mehr oder weniger gegenhegemoniale Aspekte hinzuweisen, die unmittelbar-offensichtlich oder potentiell-kontextspezifisch gegenhegemoniale Projekte unterstützen helfen. Das gegenhegemoniale Potential einer Gesellschaft kann allein durch eine Analyse gegenhegemonialer Aspekte des demokratischen Diskurses in Kombination mit der Analyse einer beobachtbaren gegenhegemonialen Praxis untersucht werden.

7. Soziale Bewegungen als gegenhegemoniale Praxis

Gegenhegemoniale Praxis kann in einzelne soziale Bewegungen und eine übergeordnete, breitere Bewegungspraxis differenziert werden, die Gegenstand des nun folgenden Kapitels ist. Die noch zu analysierenden strategischen Bedingungen einzelner sozialer Bewegungen sind nach dieser Lesart nur verständlich, wenn sie vor dem Hintergrund und unter Beachtung der Interaktion mit dem gegenhegemonialen Moment der Demokratie untersucht werden.

Die hier im Fokus stehende demokratisch-gegenhegemoniale Praxis kann in einer ersten Annäherung als Summe relativ dauerhafter diskursiver Muster gegenhegemonialer Natur verstanden werden, die auf das Wirken gegenhegemonialer Projekte in Vergangenheit und Gegenwart zurück geführt werden kann. Konkret handelt es sich um Rollen und Subjektverständnisse wie die demonstrierender BürgerInnen oder AktivistInnen, die Ausbildung eines dauerhaften Bewegungsmilieus mit Organisationen, Symbolen, Ereignissen, Routinen, engen sozialen Netzwerken und einer recht eingrenzbaaren Identität oder nicht zuletzt kulturellen Mustern gegenhegemonialer Natur wie Formen der Selbstorganisation, spezifischen Erzählungen und ein Set typisch-gegenhegemonialer diskursiver Strategien. Einzelne soziale Bewegungen greifen auf diese übergeordnete Bewegungspraxis zurück, re-artikulieren sie, was Verstetigung und gewisse Modifikation zur Folge hat.

Bewegungsforschung und Hegemonietheorie

Das hier entwickelte Verständnis gegenhegemonialer Projekte ist eine bestimmte, spezielle Perspektive auf soziale Bewegungen: sie unterscheidet sich von der gängigen Analyse sozialer Bewegungen im Rahmen der etablierten Bewegungsforschung vor allem dadurch, dass eine speziell diskurs- und hegemonietheoretische Perspektive gewählt wird, soziale Bewegungen vor dem Hintergrund eines komplexen gesamtgesellschaftlichen Modells analysiert werden und nicht zuletzt das Verhältnis von Demokratie und gegenhegemonialen Projekten besonders berücksichtigt wird.

Die etablierte Bewegungsforschung und Hegemonietheorie leiten sich aus unterschiedlichen theoretischen und methodischen Traditionen ab, teilen jedoch zugleich das Interesse an sozialem Wandel und sozialen Bewegungen. Nun kann – teilweise vielleicht auch berechtigt – der

etablierten Bewegungsforschung vorgehalten werden, dass diese mit dem Ziel der Anerkennung als relevanter Forschungszweig die Rationalität und Professionalisierung sozialer Bewegung überbetont haben (Buechler 2000; Pettenkofer 2012). Dieser immer noch dominante Tradition der Bewegungsforschung stehen jedoch auch sehr engagierte Anstrengungen gegenüber, neue Konzepte wie Kultur, Identität, Rituale oder Bedeutung in die Analyse von Bewegungen einzuarbeiten⁹⁷ und mit dem schon vorhandenen Wissen über soziale Bewegungen zu verknüpfen. Auf diese neue Perspektive auf soziale Bewegungen wird nun zurück gegriffen, um die Charakteristika gegenhegemonialer Praxis im Detail zu erfassen. Dabei wird der Framing-Ansatz zur hier nicht direkt diskutierten dominanten Tradition der Bewegungsforschung gezählt, da auch in diesem Ansatz – trotz der Übernahme einiger der oben genannten Ideen (insbesondere Deutung und Deutungskonflikte) – primär ein Konzept des rationalen Akteurs (Benford 1997: 418) vorherrscht. Zudem erscheint das Framing nicht eingebettet in ein komplexes Modell diskursiver Dynamiken sozialer Ordnung (Benford 1997: 412, 414f., 422f.), sodass Frames zwar empirisch erfasst, jedoch nicht durch ein komplexes theoretisch-analytisches Modell des Sozialen erklärt werden können. Insofern eignet sich der Framing-Ansatz hervorragend als Quelle zahlreicher empirischer Studien über verschiedene Bewegungen und konkrete Deutungsprojekte (Benford 1997: 414f.), jedoch nur bedingt als Grundlage zur detaillierten Erweiterung des analytischen Modells gegenhegemonialer Projekte als spezifische strategische Konstellation.

Im Rahmen des Kapitels 7 soll mit Hilfe von Arbeiten aus der Bewegungsforschung ein detailliertes und für das hier entwickelte Modell gegenhegemonialer Projekte anschlussfähiges Verständnis sozialer Bewegungen entwickelt werden. Dabei stehen zwei Schwerpunkte im Mittelpunkt. Erstens werden mit Hilfe passgenauer Arbeiten zu sozialen Bewegungen Teile des in Kapitel 3 entwickelten Modells gegenhegemonialer Projekte konkretisiert und ggf. angepasst (Kapitel 7.1 und 7.2). Hierbei steht das einzelne soziale Phänomen der sozialen Bewegung im Fokus. Zweitens werden entlang von Arbeiten der Bewegungsforschung jene diskursiven Elemente untersucht, die – wie oben schon erläutert – als gegenhegemoniale Praxis einzelnen gegenhegemonialen Projekten als strategische Ressource dienen (Kapitel 7.3 und 7.4). Im Sinne der bisherigen Argumentation wird angenommen, dass vor allem die stetige Präsenz gegenhegemonialer Praxis für einzelne gegenhegemoniale Projekte eine entscheidende strategische Bedeutung hat.

Das Kapitel strukturiert sich wie folgt: In Kapitel 7.1 werden verschiedene Perspektiven auf soziale Bewegungen als Akteure im Feld der Kultur diskutiert. Der Begriff der Kultur ist in den Bereichen der Bewegungsforschung ein Signal für Arbeiten, die sich durch eine erhöhte Sensibilität für Fragen der Konstruktion von Bedeutung und diskursive Dynamiken auszeichnen. Insofern werden in diesem Kapitel Ansätze besprochen, die zum hier entwickelten Modell gegenhegemonialer Projekte kompatibel sind und das Modell durch detaillierte Charakteristika sozialer Bewegungen

⁹⁷ Davis (2002: 8), vgl. auch Johnston/Klandermans (1995), Goodwin/Jasper (2004), Johnston (2009).

ergänzen. Kapitel 7.2 untersucht demgegenüber die Genese und Natur von Identität sozialer Bewegungen. Dabei wird deutlich, dass die spezifische Identität sozialer Bewegungen ein wesentliches Charakteristikum der inneren Konstitution und zugleich entscheidender Ausgangspunkt für die spezifischen gegenhegemonialen Strategien sozialer Bewegungen ist. In diesem Sinne wird hier die Diskussion der Interaktion produktiver und dekonstruierender Strategien gegenhegemonialer Projekte aus Kapitel 3.6.2 wieder aufgenommen und aus der Perspektive der Bewegungsforschung konkretisiert.

Kapitel 7.3 steigt in die Diskussion der gegenhegemonialen Praxis ein. Es wird nach Formen, Mustern und Kontexten der Artikulation gesucht, die als typische Charakteristika in vielen gegenhegemonialen Projekten zu finden sind. Als zentrales Beispiel für gegenhegemoniale Artikulationsmuster dienen hier bewegungstypische Narrationen. Zum Abschluss werden in Kapitel 7.4 unter den Begriffen Bewegungsgesellschaft und Bewegungsmilieu die historisch gewachsenen Strukturen der Bewegungspraxis untersucht.

7.1 Kultur als strategisches Feld sozialer Bewegungen

Bewegungsforschung und der Begriff der Kultur

Gegenhegemoniale Praxis ist entsprechend der bisherigen Argumentation sehr eng verknüpft mit den hegemonialen Formationen, in denen die soziale Ordnung, Sinn und Identität einer Gesellschaft maßgeblich ausgehandelt werden. In der Bewegungsforschung werden derartige Vorgänge primär über den Begriff Kultur diskutiert.

Ausgangspunkt dieser Perspektiven ist ein Verständnis sozialer Bewegungen, die nicht (mehr) um materielle Güter oder die politische Macht in der Gesellschaft, sondern vielmehr um Deutungen und die Ressourcen der Deutungsproduktion kämpfen (della Porta/Diani 2010: 53). Die stärkere Beachtung des Faktors Kultur ist für die Bewegungsforschung ein Zeichen für eine Analyse jener Faktoren von sozialen Bewegungen, die sich rund um Deutungskonflikte arrangieren. Kultur steht auch für eine Erweiterung der generellen Analyseperspektive auf soziale Bewegungen. Dabei gibt es in der Bewegungsforschung zwei Varianten an Kulturverständnissen: Einerseits ein Verständnis von Kultur als determinierender Möglichkeitsraum, dessen Regeln durch rationale Bewegungsakteure erkannt werden können und beachtet werden müssen, sofern sie Erfolg haben wollen. Hier ist insbesondere der schon oben erwähnte Framing-Ansatz einzuordnen. Demgegenüber verstehen andere Ansätze Kultur als konflikthaft-performatives Feld umstrittener Deutungen, in dem bestimmte Deutungen zwar temporär dominieren, grundsätzlich aber die Genese von Sinn als relationales, dynamisches und konfliktreiches Feld gedacht wird. Im ersten Fall ist demnach Kultur einer von vielen strategischen Faktoren – in der zweiten genannten Perspektive ist Kultur als dynamisches Feld der Genese von Sinn Ursprung der sozialen Ordnung

und damit Ursprung aller strategischer Faktoren. Der Unterschied zwischen beiden Varianten des Verständnisses von Kultur ist selbstverständlich nicht absolut trennscharf. Dennoch sollte deutlich geworden sein, dass insbesondere letztgenannten Ansätze relativ anschlussfähig zum hegemonietheoretischen Modell sind.

7.1.1 Kultur in Aktion

Swidler entwickelt im Aufsatz *Culture in Action* (1986) ein in der Bewegungsforschung breit rezipiertes Modell von Kultur, das insbesondere Bewegungshandeln als Versuch der Veränderung kultureller Deutungsmuster in den Blick nimmt. Swidler setzt sich dabei von eher wertzentrierten Perspektiven ab und betont demgegenüber in enger Anlehnung an Foucault, Bourdieu, Geertz und Turner die Bedeutung von Kultur als Feld symbolischer Formen, durch die Subjekte Bedeutung erfahren oder artikulieren können. Symbolische Formen können dabei Rituale, Glauben, Kunst, Zeremonien aber auch Sprache, Geschichten oder unbewusste Alltagsrituale sein (Swidler 1986: 273).

“[...] [C]ulture constitutes social experience and social structure, that culture should be seen as socially organized practices rather than individual ideas or values, that culture can be located in public symbols and rituals than in ephemeral subjectivities, and that culture and power are fundamentally linked“ (Swidler 1995: 31).

Kultur ist entsprechend konstituiert durch und konstituierend für die diskursive Praxis der Subjekte. Sie verdichtet ihr Verständnis von Kultur im Bild eines bedingt offenen Werkzeugkastens⁹⁸, der Symbole, Geschichten oder Ideologien enthält, die bestimmte, mit dem richtigen kulturellen Wissen oder Habitus ausgestattete Menschen in speziellen Kontexten nutzen können, um sich auszudrücken. Dabei ist entscheidend, dass auch bei Swidler kulturelle Elemente keine notwendigen, sondern vielmehr stetig umstrittene Bedeutungen haben, die Anwendung kultureller Symbole nicht immer rational oder bewusst (Swidler 1986: 276) geschieht und entsprechend die Artikulation keinem übergeordneten Plan oder Schema eines Subjekts oder kollektiver Muster entspricht. Swidler betont also in diesem Sinne zunächst das offene, stetig umstrittene Moment des Diskursiven und führt zugleich die prägende Kraft von Kultur in einer differenzierten Form wieder ein (dazu später).

Für die hier geführte hegemonietheoretische Diskussion ist Swidlers Ansatz von besonderem Interesse, weil im Hinblick auf Bewegungshandeln zwei interessante Ergänzungen des

⁹⁸ Diese Metapher wurde oft durch eher klassische Ansätze der Bewegungsforschung genutzt, um ein eher statisches, instrumentelles Verständnis von Kultur zu übernehmen. In diesem Sinne wäre der Werkzeugkasten der Kultur nicht mit Instrumenten bestückt, die dem Subjekt Artikulationen in einem breiten Spektrum an Varianten und Formen ermöglicht, sondern er repräsentiert eher ein begrenztes Repertoire an recht klar determinierten Artikulationsmustern (Johnston/Klandermans 1995: 7).

Letztgenannte Perspektive kann im Sinne der Hegemonietheorie durchaus, wenn auch nicht absolut, für einige Bereiche des Diskursiven mitunter zutreffen. Nichtsdestotrotz ist ein derartiges statisches Verständnis von Kultur als Leitmotiv für ein Modell des Diskursiven problematisch, da die Ereignishaftigkeit des Diskursiven / Sozialen hier als Ausnahme und nicht als Grundmodell verstanden werden würde.

Verständnisses kultureller Intervention eingeführt werden. Unter dem Begriff der „Quellen kultureller Macht“ subsumiert Swidler (1995: 33ff.) drei Formen des Diskursiven, in denen Deutungen fixiert oder auch verändert werden können: Codes, Kontexte und Institutionen. Mit diesen Begriffen werden diskursive Konstellationen aufsteigender Komplexität und Stabilisierung bezeichnet. Nach Swidler ist für soziale Bewegungen primär die Ebene der Codes eine erfolgsversprechende Interventionsebene – Wandel wird in diesem Sinne durch Wechsel der typischen Artikulationsmuster und wichtiger Signifikanten erzeugt. Diese Perspektive ist zudem interessant, weil die klassische Bewegungsforschung primär jenes Handeln von Bewegungen untersucht, dass auf erfolgreiche Änderung von Institutionen, Gesetzen, Verfahren oder Entscheidungen abzielt. Hier wird also die Frage des Erfolgs sozialer Bewegungen dahingehend uminterpretiert, dass diffuse Prozesse der kapillaren, nur bedingt kontrollierbaren Veränderungen des Werkzeugkastens diskursiver Artikulationen zum Kern des Erfolgsbegriffs sozialer Bewegungen gemacht werden: neue Begriffe, Symbole, Handlungsformen, Rollenverständnisse oder Argumente machen das emanzipatorisch-gegenhegemoniale Potential einer Bewegung aus. Weitere Änderungen in den Quellen kultureller Macht sind nicht unmöglich, basieren aber auf den ihr vorausliegenden Anpassungen des sozial-diskursiven Codes. Hier lässt sich eine Parallele zu den in Kapitel 5.4 diskutierten Strategien der Repräsentation und Transformation ziehen. Die Repräsentation des gegenhegemonialen Projekts innerhalb des diskursiven Feldes einer Gesellschaft ist essentielles Ziel einer Bewegung und entspricht dem Ziel der Änderung des Codes.

Mit dem Begriff „strategies of action“ bezeichnet Swidler eine Summe an miteinander verknüpfter Artikulationen im Sinne eines Handlungsschemas (1986: 273, 276). Bislang wurden Verbindungen zwischen Artikulationen eher über dem Begriff der Performanz oder der Varianten diskutiert – also im Sinne einer Re-Artikulation eines diskursiven Musters in gleicher, ähnlicher oder abweichender Form. Swidlers Konzept der Aktionsstrategie verweist demgegenüber auf den Umstand, dass Artikulationen oftmals miteinander verknüpft und ggf. voneinander abhängig sind. Der Begriff der Strategie hat aber auch bei Swidler nicht die übliche Bedeutung eines bewusst konstruierten Plans zur Zielerfüllung.⁹⁹ Vielmehr ist Strategie bei ihr ein Begriff für einen diskursiven Prozess, für das Organisieren von Handlungen innerhalb sozialer Netzwerke mit durchaus ambivalenten oder pluralen Zielen (Swidler 1986: 277). Handlungsstrategien sind dabei – wie auch die in Artikulationen zu beobachtende einzelne symbolische Praxis – sehr stark abhängig von Stimmungen, Sensibilitäten und damit Kontext. Diesem ereignishaften Moment der Artikulation oder Handlungsstrategie steht der Rückgriff auf kulturelle Muster, also Wissen, Subjektpositionen, Ritualen oder Habitus gegenüber. Nach Swidler sind bestehende kulturelle Muster zunächst

⁹⁹ Damit ähnelt Swidlers Strategieverständnis dem in Kapitel 3.4 dieser Untersuchung vorgelegten Begriffsverständnis: Strategie meint damit den Prozess der sukzessiven Entstehung und des Arrangements einer diskursiven Konstellation.

wichtiger Ausgangspunkt für Handlungsstrategien. Ihre prägende Kraft nimmt jedoch im Verlauf diskursiver Dynamiken ab. Aneinander gereihte Artikulationen und sozial-diskursive Ereignisse (Swidler 1986: 277) führen dazu, dass eine fortgeschrittene Handlungsstrategie, beispielsweise im Rahmen einer Protestaktion zunehmend dynamischer und von Emergenz gezeichnet wird. Etablierte kulturelle Muster entfalten in derartigen Momenten nur noch mittelbare Prägestkraft. Gerade die Geschichte sozialer Bewegungen ist reich an Momenten, in denen sich zunächst routinierte Artikulationsmuster zu einem Ereignis entwickelt haben, das keinem kulturellen Muster mehr entsprach und dazu führte, dass eine relativ neu erscheinende Forderung, ein neues Symbol oder eine neue Deutung der Gesellschaft verfügbar war. Der oben illustrierte Mai 1968 als liminale Phase ist für eine derartige Dynamik ein besonders eindrucksvolles Beispiel.¹⁰⁰

Soziale Bewegungen sind im Sinne der Argumentation Swidlers also darauf ausgerichtet, mit ihren Strategien kulturellen Wandel und darüber hinaus rasante diskursive Veränderungsdynamiken herbei zu führen. Kultur ist nicht nur ein fest determinierter Werkzeugkasten, sondern ein stetig umstrittenes Feld, das mitunter in rasche Bewegung versetzt werden kann. Ein wesentliches Ziel sozialer Bewegungen erscheint also, die üblichen Routinen von Kultur als Bedeutungsproduktion zu überwinden und die Gesellschaft in einen temporären Modus erhöhter diskursiver Beweglichkeit zu überführen. Diese Bemühungen werden im folgenden Kapitel genauer untersucht.

7.1.2 Kultureller Kontext als strategisches Feld

Trotz aller dynamischen diskursiven Aspekte hat Swidlers Ansatz aber auch gezeigt, wie stark in Phasen normaler diskursiver Dynamik das Handeln sozialer Bewegungen vom kulturellen Kontext abhängig ist. Williams rückt die Prozesse des kontinuierlichen, kontingenten, ereignishaften Wandels im Feld der Kultur in den Mittelpunkt der Analyse (Williams 2007: 100). Dabei werden von Williams drei Prämissen angeführt, die das Nachdenken über die kulturellen Kontexte von sozialen Bewegungen sinnvoll machen. Erstens spricht er sich gegen statische Verständnisse von Kultur aus, da diese ungeeignet sind, kollektives Handeln sozialer Bewegungen zu beschreiben. Für ihn sind vielmehr „[...] fluid meanings, rival interpretations, and symbolic innovation [...] the fertile soil of social movements“ (Williams 2007: 100). Zweitens betont Williams die Bedeutung des kulturellen Feldes jenseits des unmittelbaren Bewegungskontextes für das Handeln sozialer Bewegungen: insbesondere jene Bereiche des Kulturellen, die öffentlich inszeniert, damit weithin sichtbar sind und prägend wirken. Drittens soll die kulturelle Umwelt von Bewegungsakteuren als strukturierend (durch Möglichkeitsräume und soziale Macht) und bedingt offen (im Sinne von Kontingenz, Interpretation und Überdeterminierung bzw. Pluralität) verstanden werden (Williams 2007: 101). Kulturelle Umwelt als Möglichkeitshorizont ist in diesem Sinne doppeldeutig, in dem Kultur Räume absteckt, aber durch diese Muster und Strukturen erst Möglichkeiten abweichender

¹⁰⁰ Vgl. Kapitel 3.6.4.

Artikulationen schafft. Williams beschreibt diese Ambivalenz des kulturellen Feldes mit nachfolgend erläuterten Begriffen *Beschränktheit* und *Resonanz* (Williams 2007: 101).

Die *beschränkende Funktion* von Kultur verläuft entlang der Definition des zu einem bestimmten Zeitpunkt Denk- und Sagbaren. Dabei überlappen sich zwei Dimensionen des kulturellen Feldes, die kontextspezifisch nur bedingt deckungsgleich sind: Erstens findet sich eine Dimension jener Artikulationsmuster, die allgemein *verständlich* sind. Dieses allgemeine Set an kulturellen Mustern umfasst dabei all jene Komponenten, die auch von Nichtmitgliedern bestimmter Milieus, Netzwerken, Gruppen oder Bewegungen verstanden, also dekodiert werden können. Zweitens gelten manche der verständlichen kulturellen Muster auch als *legitim*, überzeugend und damit bindend. Diese Bedingungen des kulturellen Feldes treffen sowohl für dominante als auch für alternative Formationen zu (Williams 2007: 102). Strategisch ist es dabei offensichtlich von Vorteil, zu den Formationen zu gehören, die nach innen und außen mit allgemein verständlichen und legitimen Muster artikulieren. Dies ist bei sozialen Bewegungen nicht per se der Fall, sodass sich hier eine besondere strategische Situation abzeichnet.

Reformorientierte Bewegungen sind dadurch gekennzeichnet, dass sie sich klar innerhalb des Bereichs verständlich-legitimer kultureller Muster bewegen. Radikale Bewegungen erfahren demgegenüber genau diese beschränkenden Funktionen des allgemeinen kulturellen Feldes. Sie fordern damit einerseits die kulturelle „Ordnung“ heraus – sind aber andererseits der Gefahr ausgesetzt, zu weit außerhalb und damit illegitim und unverständlich zu agieren (Williams 2007: 103). Letzteres ist im Regelfall den Zielen einer Bewegung nur bedingt dienlich.

Dies bedeutet, dass soziale Bewegungen in der Lage sein sollten, Forderungen innerhalb des allgemein verständlich und als legitim akzeptierten Rahmens kultureller Muster zu artikulieren: Idealerweise sind diese allgemein verständlich-legitimen Symbole Teil der Bewegungskultur – andernfalls müssen sie „übersetzt“ werden (Williams 2007: 103). Hier findet sich also erneut die Notwendigkeit, Wandel durch soziale Bewegungen mit der Etablierung eigener Symbole und Deutungsmuster innerhalb des allgemeinen Diskurses zu bewirken. Je besser kulturelle Muster einer sozialen Bewegung in den Bereich der verständlichen und legitimen Muster überführt werden können, umso eher verstetigen sich Forderungen.

Mit Hilfe des Begriffs der *Resonanz* zeigt Williams darüber hinaus, dass eine Bewegungsforderung nicht immer gleich erfolgreich ist, wenn sie sich nur am verständlich-legitimen Set der Kultur orientiert. Bestimmte Forderungen haben in bestimmten Kontexten höhere Resonanz als andere Forderungen – sie führen zu diskursiven Dynamiken, während andere Forderungen nicht einmal registriert werden. Manche Symbole sind historisch immer wieder zentral gewesen und funktionieren gut für die Mobilisierung – andere sind „verbraucht“ oder aktuell nicht passgenau. Die Geschichte sozialer Bewegungen zeigt, dass es auch in einer scheinbar perfekten strategischen

Konstellation für eine soziale Bewegung keine notwendige Resonanz von Forderungen geben muss.

Entsprechend bedeutet dies, dass erstens kulturelle Muster heraus gearbeitet werden können, die historisch für Bewegungsforderungen erfolgsversprechend waren (etwa im Sinne der oben geführten Diskussion von Demokratie oder gegenhegemonialen Narrationen). Zweitens kann aus historisch erfolgreichen Forderungen nicht abgeleitet werden, dass diese Artikulationsmuster auch in der Gegenwart automatisch erfolgreich sein werden. Drittens charakterisiert gerade dies typisches Bewegungshandeln: In einer unendlichen Suchbewegung werden immer neue Varianten der Forderungen ins Feld eingebracht und auf Resonanz geprüft. Erfolgreiche Bewegungen zeichnen sich dadurch aus, dass sie diese Resonanz gefunden, erkannt und anschließend auch genutzt haben. Hierfür ist eine gewisse Anpassungsfähigkeit sozialer Bewegungen notwendig, was nicht zuletzt dafür spricht, dass junge, suchende, noch nicht gefestigte Bewegungen bessere Chancen haben, ihre Forderungen erfolgreich in das allgemeine diskursive Feld neu einzubringen.

7.1.3 Kultureller Wandel durch gegenhegemoniale Projekte

Angesichts der determinierenden bzw. ermöglichenden Funktion eines kulturellen Feldes erscheint die Frage nach kulturellem Wandel zentral – für soziale Bewegungen in einem doppelten Sinne, da sie einerseits kulturellen Wandel anstreben und andererseits im Rahmen von kulturellem Wandel hoffen können, dass sich die generellen strategischen Bedingungen durch ihre Interventionen weiter verbessern. Das oben genannte Ziel einer demokratischen sozialen Ordnung, die sich entlang des Ziels einer offen-offensichtlichen Selbstkonstruktion einer Gemeinschaft konstituiert, wäre eine derartige generelle Verbesserung der strategischen Bedingungen.

Bei Rochon (1998) findet sich ein eher akteurszentriertes zweistufiges Modell kulturellen Wandels, der idealtypisch durch *kritische Gemeinschaften* und *soziale Bewegungen* bewirkt wird. Kultureller Wandel ist dabei für Rochon nicht der Wechsel von Einstellungen oder Meinungen, sondern vielmehr die Entwicklung und Verbreitung eines neuen Rahmens für das Denken über ein Thema (Rochon 1998: 20). Das neue diskursive Muster bewirkt einen Wandel in Konzepten, Begriffen und Assoziationen, die mit dem Thema verknüpft sind.

Kritische Gemeinschaften sind kleine Gruppen kritischer Denker, die eine gemeinsame Problemsensibilität sowie die Analyse der Problemursachen und Ansichten über mögliche Lösungswege teilen (Rochon 1998: 22). Die Gruppe muss dabei nicht organisiert, sehr wohl aber sich selbst bewusst und interagierend sein. Eines der wesentlichen Interessen einer kritischen Gemeinschaft ist nicht zuletzt der Anspruch einer nach außen gerichteten Wirkung. Die Gruppe ist weniger Selbstzweck als ein zeitlich begrenztes Sinnprojekt. Kenntnis, Akzeptanz und Übernahme des alternativen Deutungsprojekts durch Dritte ist ihr Ziel.

Zunächst finden sich in kritischen Gemeinschaften Subjekte mit ähnlichen Problemwahrnehmungen und Analyseperspektiven zusammen. Es folgt eine Phase gesteigerter Kommunikation – zu beobachten sind etwa vermehrte Konferenzen, Publikationen oder die Gründung eigener Zeitschriften (Rochon 1998: 23). Ziel der gesteigerten Kommunikation ist die Genese einer geteilten und verallgemeinerungsfähigen Problemanalyse nebst entsprechenden Forderungen. Diese aktiv entwickelte gemeinsame Haltung einer kritischen Gemeinschaft kann als wesentlicher Faktor für den weiteren Erfolg – Kenntnis, Akzeptanz und Übernahme durch weitere Bereiche des Diskurses betrachtet werden (Rochon 1998: 23).¹⁰¹ Zugleich findet sich auch bei kritischen Gemeinschaften die Notwendigkeit der Resonanz in jenen Diskursen, auf die sie abzielen. Symbole, Kontextbeschreibungen, Argumente und Ideen müssen mit wichtigen diskursiven Formationen verknüpft werden können. Andere diskursive Formationen sollten sich im neuen Deutungsprojekt „wieder finden“ können. Dieser Prozess der Deutungsproduktion von kritischen Gemeinschaften und der Prozess ihrer Etablierung in weiteren diskursiven Bereichen ist dabei ein heterogener, teilweise experimenteller Prozess. Rochon schreibt über die Philosophen der Aufklärung und ihr Verhältnis zur Französischen Revolution:

„They develop heterodoy ideas, extended the reach and implications of those ideas, related them more and more systematically to shortcomings in the social and political structure, and found their popularity growing among groups on the fringes of social and political power“ (Rochon 1998: 29).

Entsprechend ist es erst der komplexe Prozess der Verknüpfung der Ideen einer kritischen Gemeinschaft mit breiteren sozialen und diskursiven Formationen, der die neuen Deutungsprojekte im Diskurs etabliert. In diesem Kontext spielen *soziale Bewegungen* eine besondere Bedeutung – sie können als diskursives Verbreitungsmedium für neue gesellschaftliche Deutungsmuster und damit kulturellen Wandel begriffen werden (Rochon 1998: 30). Ihre Strategien sind dabei kollektives Handeln, öffentlicher Protest, politischer Druck und nicht zuletzt die Überführung bzw. Übersetzung des Deutungsprojekts in eine offensiv-antagonistische Herausforderung des Status Quo. Während also kritische Gemeinschaften das primäre Ziel der Entwicklung eines neuen Deutungsprojekts haben, wandeln soziale Bewegungen dieses in ein explizit gegenhegemoniales Projekt um, dessen Ziel die breite Akzeptanz innerhalb einer Gemeinschaft ist.

Entsprechend findet sich bei Rochon die Argumentation aus Kapitel 3.6.2 wieder, in der die Entstehungs- und Konfrontationsphase gegenhegemonialer Projekte unterschieden wurde. Erst durch die explizit-gegenhegemoniale Artikulation einer Idee alternativer sozialer Ordnung tritt ein

¹⁰¹ Rochon (1998: 25) beschreibt dies unter anderem am Beispiel der Amerikanischen Gemeinschaft der Psychiater. Nach sehr umstrittenen internen Debatten hatte diese Assoziation seit 1940 über die Frage der Homosexualität als psychische Krankheit gestritten. Als alle Studien diese Deutung nicht belegen konnten, wurde 1974 Homosexualität entsprechend von einer internen Liste der Krankheiten gestrichen. Konsequenz dieser veränderten Einschätzung einer kritischen Gemeinschaft war unter anderem ein völlig anderer öffentlicher Diskurs über Homosexualität – nun wurden die Rechte Homosexueller in den Vordergrund der Diskussion gestellt.

gegenhegemoniales Projekt in die Konfrontationsphase ein, deren strategische Konstellation die Chance auf signifikante diskursive Veränderungsdynamiken eröffnet.

Die Verknüpfung von sozialer Bewegung und kritischer Gemeinschaft geht bei Rochon so weit, dass er die Unterscheidung von Protest und sozialer Bewegung entlang der Frage vornimmt, ob eine Verknüpfung des Protests mit einer kritischen Gemeinschaft existiert (Rochon 1998: 48). Erst mit Hilfe eines komplexen Deutungsprojektes kann ein klarer Antagonismus, eine klare Alternative und damit ein attraktives, anschlussfähiges gegenhegemoniales Muster entwickelt werden, das auf Augenhöhe mit der dominanten Formation zu dessen Herausforderer wird. Insofern betont auch Rochon die wesentliche Bedeutung der produktiven Strategiedimension gegenhegemonialer Projekte. Wie in Kapitel 3.6.2 ausgeführt, ist die Etablierung einer klaren Alternative sozialer Ordnung (produktive Dimension) entscheidende Ursprung und Voraussetzung für weitere dekonstruierende Strategien.

Während Rochon die Frage des kulturellen Wandels aus der Perspektive gegenhegemonialer Praxisnetzwerke beschreibt, findet sich bei Swidler (1986: 278ff.) im Anschluss an ihr in Kapitel 7.1.1 beschriebenes Modell ein Konzept von Wandel, dass verstärkt verschiedene Phasen oder Zustände des kulturellen Feldes in den Blick nimmt, in denen Kultur „unterschiedlich arbeitet“ (Swidler 1986: 278). Sie unterscheidet Phasen geregelten Lebens von jenen unregulierten Lebens.

Eine *Phase des unregulierten Lebens* ist dabei zu verstehen als Phase sozialer Transformation und damit des Übergangs (Swidler 1986: 278). Kennzeichen dieser Phase ist ein offensichtlicher Antagonismus konkurrierender Deutungsprojekte bzw. bei Swidler Ideologien (1986: 278). Als explizite, klar artikulierte Alternativen zum dominanten kulturellen Repertoire ermöglichen die neuen Ideologien neue Stile der Organisation individuellen und kollektiven Handelns – über die Re-Artikulation der neuen kulturellen Muster werden diese etabliert, vertraut und verbreitet. Für ebenjenen Prozess der sukzessiven Etablierung eines neuen kulturellen Projekts schlägt Swidler vor, zwischen Ideologie, Tradition und Common Sense zu unterscheiden (1986: 279). *Ideologie* entspricht hierbei dem Status eines Projekts – kulturelle Muster werden in Interaktion mit dem diskursiven Kontext sowie entlang ihrer schon erfolgenden Praxis entwickelt. *Tradition* beschreibt demgegenüber einen Zustand kultureller Formationen, die fest im diskursiven Feld einer Gesellschaft etabliert sind und als unvermeidliche Muster des sozialen Lebens begriffen werden. Dies bedeutet jedoch nicht, dass es zu diesen tradierten diskursiven Mustern keine Möglichkeit der Abweichung gäbe – Traditionen sind jedoch der natürliche Weg und Abweichungen bedürfen entsprechend einer Erklärung. *Common Sense* hingegen bezeichnet den Zustand eines kulturellen Musters, wenn es als natürlich, völlig verständlich und unbestreitbar gilt (Swidler 1986: 279).

Eine *Phase des Übergangs* ist dadurch gekennzeichnet, dass es ideologische Aktivitäten mit einher gehenden neuen Handlungsformen gibt, die in ihrer Summe als miteinander verknüpft

alternatives Sinnprojekt die Dominanz bestehender kultureller Formationen hinterfragen bzw. herausfordern (Swidler 1986: 278ff.). Das neue kulturelle Muster ist in dieser konfrontativen Phase auf eine Art Extrakt reduziert, dass wenige klare Forderungen, Symbole oder Handlungsmuster beinhaltet.¹⁰² In diesem Fall ist aufgrund der antagonistisch-fokussierten Form des diskursiven Musters die Kongruenz von kulturellem Muster und manifester Re-Artikulation in Form von einzelnen Artikulationen sowie Handlungsstrategien besonders hoch.

Der Status der Herausforderung führt entsprechend zu einem Zustand des gegenhegemonialen Projekts, der sich von bestehenden Hegemonien unterscheidet. Während letztere ihre Dominanz durch eine offene Integration sichern, ist ein gegenhegemoniales Projekt in der Konfrontationsphase das Gegenteil – es ist absolut, anmaßend und fordert im direkten Umfeld vollständige Gehorsamkeit. Ein Phänomen, das sicherlich vor allem durch die diskursiv-soziale Dynamik eines Antagonismus erklärt werden kann, die einmal „an Fahrt aufgenommen hat“.

Die eng verknüpfte Entwicklungsdynamik und zugleich bestehende hohe Kongruenz von ideologischen Projekt- und Handlungsstrategien während einer Phase des Übergangs führt zu einer hohen Wirkmächtigkeit des Projekts als Ganzes. Innovationen und Anpassungen des kulturellen Musters werden schnell verbreitet und abstrakte Handlungsstrategien werden schnell realisiert und prägen unmittelbar die Erfahrung der Subjekte. In der Summe initiiert dies eine Situation diskursiver Emergenz, Dynamik und Kreativität, die schnelle Veränderungen erst möglich macht und damit die Phase des Übergangs zu einem gewissen Maß selbst bereitet.

In einer *Phase geregelten Lebens* überwiegen hingegen kulturelle Muster der Tradition und des Common Sense. Diese Muster prägen einen Möglichkeitsraum für Handlungsstrategien (Swidler 1986: 281) – Artikulationen der Subjekte gehen zwar von etablierten kulturellen Mustern aus, sie schöpfen aber ein breites Repertoire an Abweichungen aus. In diesem Sinne entspricht diese Phase den Stabilisierungsstrategien einer Hegemonie.

¹⁰² „While not perfectly consistent, they aspire to offer not multiple answers, but one unified answer to the question of how human beings should live. In conflict with other cultural models, these cultures are coherent because they must battle to dominate the world-views, assumptions, and habits of their members“ (Swidler 1986: 279).

gegenhegemoniale Praxis in Interaktion mit dem kulturellen Feld

Typische Muster der Artikulation sind hegemonial und funktionieren aufgrund ihrer tiefen Verankerung im symbolischen Gedächtnis einer Gesellschaft. Gegenhegemoniale Muster widersprechen hingegen den Standards des kulturellen Feldes, was ihre Etablierung voraussetzungsreich gestaltet. Die stetige Existenz gegenhegemonialer Interventionen, eine fest etablierte Bewegungspraxis und nicht zuletzt der offene Charakter einer Gesellschaft können bewirken, dass dieser strategische Nachteil mitunter überwunden und kultureller Wandel herbei geführt werden kann. Die folgende Tabelle 8 fasst die Praxis gegenhegemonialer Intervention im kulturellen Feld einer Gesellschaft zusammen.

Tabelle 8: Praxis gegenhegemonialer Intervention in Interaktion mit dem kulturellen Feld einer Gesellschaft

	Innen sozialer Bewegungen	Außen sozialer Bewegungen
Strategische Determinanten	Vorhandensein kultureller Muster gegenhegemonialer Praxis (Wissen, vorhandene Kontexte der Praxisgenese, diskursiv-sozialer Freiraum)	Bekanntheit gegenhegemonialer Praxis und Symbole führt zu angemessener Deutung und Akzeptanz / Legitimität gegenhegemonialer Intervention
Demokratisierung einer sozialen Ordnung	Etablierung und Stabilisierung gegenhegemonialer Milieus, Praxis sowie rechtlicher, sozialer und diskursiver Freiraum	Offenheit und Legitimität demokratischer Intervention jenseits formeller Verfahren. Status der Demokratie als unabgeschlossenes, immer wieder umstrittenes Projekt
Diskursives Prinzip	universalisierter Anspruch einer (Neu-)Ausdeutung des Prinzips der Demokratie	(Partielle) Zuschreibung des imaginären Allgemeinen (Demokratie) für gegenhegemoniale Projekte und Praxis

Quelle: Eigene Darstellung

7.1.4 Exkurs: Ideologie, Gegen-Ideologie und Strategie

Das gerade beschriebene kulturelle Feld einer Gesellschaft ist Objekt gegenhegemonialer Interventionen. Unter dem Begriff der Ideologie und Gegen-Ideologie finden sich Ansätze, die eine derartige Intervention noch weiter zuspitzen und stärker aus einer strategischen Perspektive diskutieren.

Ideologie und gegen-ideologische Strategien

Thompson beschreibt ein Konzept von Ideologie als symbolische Formen¹⁰³, die eine dominierende, beherrschende soziale Konstellation ermöglichen, erschaffen und verstetigen (1990: 56). Um näher zu erläutern, wie Ideologie dominierende Konstellationen aufrecht erhalten kann, führt Thompson fünf generelle modi operandi von Ideologie an, die wiederum mehrere typische Strategien symbolischer Konstruktion enthalten (1990: 59-67).

Der Modus der *Legitimation* präsentiert die dominierende Ordnung als legitim und damit akzeptabel (Thompson 1990: 61).¹⁰⁴ Die *Verheimlichung* zielt darauf ab, dominierende Relationen zu verbergen, negieren oder verdunkeln bzw. von diesen abzulenken (Thompson 1990: 62).¹⁰⁵ Die *Vereinheitlichung* konstruiert eine Einheit, eine Gemeinschaft und des-artikuliert damit jene heterogenen Aspekte, die der Einheit und geteilter Identität im Wege stehen (Thompson 1990: 64).¹⁰⁶ Der Modus der *Fragmentierung* richtet sich offensiv gegen jene diskursiven Elemente, die der dominierenden Ordnung konkurrierend oder opponierend gegenüber stehen (Thompson 1990: 65). Durch Differenzierung der Gegner wird die potentielle Phalanx der Gegner dekonstruiert und in kleine, zu bewältigende Gruppen zerteilt. Die Überführung der Gegnerschaft in einen Feindstatus dient einerseits der Schwächung potentieller Gegner und führt zugleich zu einer inneren Vereinheitlichung, Mobilisierung sowie der (Ab-)Lenkung von Aufmerksamkeit. Die *Verdinglichung* durch ideologische Operationen umschreibt das bekannte Portfolio jener Strategien, die den kontingenten Charakter des Sozialen bzw. der konkreten sozialen Ordnung negieren und kaschieren sollen. Der temporäre Charakter der Ordnung und die historische Dimension – also der Umstand, dass es schon andere Ordnungen gab und geben wird – sollen durch Naturalisierung und Objektivierung des Bestehenden des-artikuliert werden (Thompson 1990: 65f.). Institutionen oder Traditionen wird ein *ewiger* Charakter zugeordnet – ihre Kontinuität als positives Attribut betont.

Unter Referenz auf die fünf aufgeführten ideologischen Modi zur Stabilisierung einer dominanten Ordnung kann mit Buechler eine Aussage zu äquivalenten gegen-ideologischen Strategien formuliert werden (2000: 202). Die Herausforderung der dominanten Ideologie (und damit der

¹⁰³ „By ‚symbolic forms‘ I understand a broad range of actions and utterances, images and texts, which are produced by subjects and recognized by them and others as meaningful constructs“ (Thompson 1990: 59).

¹⁰⁴ Durch die Strategie der *Rationalisierung* wird eine bestimmte Konstellation als begründet und von Vorteil dargestellt. *Universalisierung* präsentiert eine Interesse als im Sinne des allgemeinen Wohls. Die Einbettung einer Ordnung in ein *Narrativ* verknüpft die aktuelle Ordnung mit der Vergangenheit und wichtigen Fixpunkten einer Gemeinschaft (Thompson 1990: 61).

¹⁰⁵ Im Rahmen *verdrängender* symbolischer Strategien werden andere Themen artikuliert, andere Diskussionen befördert oder alternative, wohlfeile Assoziationen mit dem dominierenden Topos verknüpft. Der *Euphemismus* umschreibt die dominierende Konstellation mit positiv gehandelten Attributen und Begriffen bzw. überbetont bestehende positive Eigenschaften. *Tropen* als Strategie umschreibt ein Bündel figurativer Anwendung sprachlicher Muster (Thompson 1990: 63).

¹⁰⁶ Durch *Standardisierung* wird eine heterogene Gemeinschaft über ideologische Artikulationen zu einer bestimmten, geteilten Form der Artikulation überführt: einheitliche Sprache, Symbole oder Traditionen werden gefördert. Letztlich mündet dies in dem Aufbau bestimmter *Symbole der Einheit* der konstruierten Gemeinschaft, die wiederum die heterogene Vergangenheit (und Gegenwart) verdecken helfen (Thompson 1990: 64).

dominanten Ordnung) setzt als offensiv gegenhegemoniale Strategie bei der Dekonstruktion der stabilisierenden symbolischen Strategien an. Primäres Ziel der gegen-ideologischen Strategien ist die Unterminierung der Hauptfunktionsweisen von Ideologie, um diese entweder einzudämmen oder in eine existentielle Krise zu überführen. Tabelle 9 stellt die Modi von Ideologie und entsprechende gegen-ideologische Strategien gegenüber (Thompson 1990: 59-67; Buechler 2000: 202).

Tabelle 9: Gegenüberstellung von Ideologie und gegen-ideologischen Strategien

Modus Operandi von Ideologie	gegen-ideologische Strategien
Legitimation	De-Legitimierung
Verheimlichung	Enthüllung
Vereinheitlichung	Differenzierung
Fragmentierung	Solidarität
Verdinglichung	Relativierung

Quelle: Eigene Darstellung

Buechler versteht das Modell von Ideologie und gegen-ideologischen Strategien als Fortschritt gegenüber etablierten Ansätzen aus der Bewegungsforschung (2000: 202). Gerade im Vergleich zum Framingansatz erscheint Buechler das vorliegende Verständnis von ideologischen Konflikten ein systematischeres und holistischeres Unterfangen (Buechler 2002: 202).

Als Ergänzung zum hegemonietheoretischen Modell erscheint die Aufschlüsselung der verschiedenen Strategien äußerst interessant, um ein breiteres Verständnis der Stabilisierung einer Hegemonie einerseits und Möglichkeiten der Destabilisierung andererseits zu erhalten. Der Schwerpunkt liegt dabei recht stark auf offensiv-dekonstruktiven Strategien. In diesem Sinne ähneln die gegen-ideologischen Strategien den verbreiteten strategischen Mustern des mikropolitischen Widerstands oder der Kommunikationsguerilla (Schölzel 2013). Die offensiv-produktive Dimension eines gegenhegemonialen Projekts, also die Genese einer Identität und eines alternativen, umfassenden und attraktiven Sinn-Projekts, wird nicht erwähnt. Möglicherweise ist aber erst diese Dimension eines gegenhegemonialen Projekts der entscheidende Faktor, um eine breite Dekonstruktion der dominanten Ordnung anstoßen zu können.

Totalisierende und molekulare Ideologien

Diese Frage wird von Schwarzmantel in *Ideology and Politics* diskutiert (2008). Auch Schwarzmantel geht davon aus, dass politische Ideen und Ideologien wesentlich für die Mobilisierung sozialer Bewegungen und damit soziale Veränderung sind (Schwarzmantel 2008: 3). Konflikte zwischen alternativen Ideologien versteht Schwarzmantel als essentielles Element demokratischer Gesellschaften (Schwarzmantel 2008: 13). Dies ist aber auf den Konflikt von

totalisierenden Ideologien bezogen – also Projekte, die auf die Transformation der ganzen Gesellschaft abzielen, umfassende Ordnungskonzepte enthalten und damit eine Vision einer guten Gesellschaft formulieren, die erstrebens- bzw. begehrenswert erscheint (Schwarzmantel 2008: 22, 25). Demgegenüber finden sich aktuell als Herausforderer der nach Schwarzmantel dominierenden neoliberalen Ideologie (Schwarzmantel 2008: 49ff.) nur Teil-Ideologien, die er als *molekulare Ideologien* bezeichnet (Schwarzmantel 2008: 22f.). Molekulare Ideologien haben keinen umfassenden, sondern einen begrenzten transformativen Anspruch – Beispiele sind der Feminismus oder die Ökologie. Im Kontext einer recht umfassenden neoliberalen Hegemonie konzentrieren sich derartige molekulare Ideologien auf Teilbereiche des Sozialen. Sie sind aktuell jedoch nicht hinreichend, um die bestehende Dominanz heraus zu fordern. Aktuelle molekulare Ideologien sowie Fragmente vergangener oppositionell-totalisierender Ideologien (Sozialismus) übernehmen nach Schwarzmantel die Funktion des Geburtshelfers und der Stimulanz einer noch kommenden umfassenden Gegen-Ideologie als Herausforderung aktueller neoliberaler Dominanz (Schwarzmantel 2008: 163, 171). Erst diese noch zu etablierende alternative totalisierende Ideologie wird seiner Einschätzung nach das Potential einer umfassenden Herausforderung der dominanten Formation haben.

Ungeachtet dessen, ob man Schwarzmantel in seiner Einschätzung einer kommenden Gegen-Ideologie folgt, können zwei Punkte für diese Untersuchung fest gehalten werden: Erstens erscheint die erhebliche mobilisierende Wirkung, die von einem umfassenden Gegenmodell des Sozialen ausgehen kann, als sehr plausibel. Aus der Bedeutung dieser umfassenden Forderung kann zweitens abgeleitet werden, dass demgegenüber von enger ausgelegten gegenhegemonialen Projekten nur bedingt eine signifikante Destabilisierung oder Ablösung der dominanten Formation erwartet werden kann. Ihr Einfluss auf soziale Veränderung ist notwendig begrenzter, ohne dass dies zugleich als Scheitern beschrieben werden muss. Der Begriff des Geburtshelfers hilft zugleich, die Verknüpfung gegenhegemonialer Praxis zu illustrieren. Erst eine aktive und fortwährende gegenhegemoniale Praxis kann ein gegenhegemoniales Potential in einer Gesellschaft aufrecht erhalten (und darüber demokratisierend wirken). Gegenhegemoniale Projekte müssen also verknüpft und nicht als Abfolge von Herausforderung, Sieg und Niederlage gedacht werden.

Letztlich führt Schwarzmantels Diskussion der Natur des gegenhegemonialen Projekts dazu, dass die Bedeutung des gegenhegemonialen Projekts selbst stärker in den Fokus gerät. Im Sinne der Ausgangsdefinition gegenhegemonialer Projekte (Kapitel 3.1) argumentiert er, dass ein gegenhegemoniales Projekt vor allem dann eine signifikante Herausforderung der dominanten Formation ist, wenn eine konkrete und allgemein akzeptierte Alternative sozialer Ordnung etabliert werden kann. Insofern soll im folgenden Kapitel 7.2 die spezifische Praxis der Etablierung einer gegenhegemonialen Identität diskutiert werden.

7.2 Soziale Bewegungen und kollektive Identität

Soziale Bewegungen interagieren in einer spezifischen Art und Weise mit dem diskursiven Umfeld und diese Interaktion ist konstitutiv für ein gegenhegemoniales Projekt. Darüber hinaus finden sich jedoch auch innerhalb des begrenzten Feldes einer sozialen Bewegung spezifische Prozesse, die ihr Charakteristikum als Ganzes prägen und das emanzipative Potential einer Bewegung beeinflussen.

Um diese Prozesse innerhalb einer Bewegung genauer zu untersuchen, bietet sich insbesondere das Modell kollektiver Identität sozialer Bewegungen nach Melucci (1996) an, da seine Begriffe und spezifische Perspektive auf das Phänomen sozialer Bewegungen mit der Hegemonietheorie weitestgehend kompatibel sind.¹⁰⁷

„Movements are a sign; they are not merely an outcome of the crisis, the last throes of a passing society. They signal a deep transformation in the logic and the process that guide complex societies. Like the prophets, the movements ‚speak before‘: they announce what is taking shape even before its direction and content has become clear. [...] They announce the commencement of change; not, however, a change in the distant future but one that is already a presence. [...] They speak a language that seems to be entirely their own, but they say something that transcends their particularity and speaks to us all“ (Melucci 1996: 1).

Bislang wurde die Wirkung bzw. das Ziel eines gegenhegemonialen Projekts primär im Sinne eines nach außen gerichteten Impulses beschrieben. Die soziale Bewegung agiert strategisch und auf das Jenseits ihres eigenen diskursiven Kontextes gerichtet, um Veränderung zu bewirken – primär im Sinne der Verbreitung des eigenen Deutungsprojektes. Melucci ergänzt diese Perspektive, indem er den Blick in einem doppelten Sinne auf den Ursprung des Impulses richtet: erstens als genauere Beschreibung der inneren sozial-diskursiven Mechanismen einer sozialen Bewegung. Zweitens versteht Melucci die veränderte Form der inneren diskursiven Prozesse einer Bewegung als wesentliches Moment des Veränderungsimpulses selbst: Dadurch, dass es einen Bereich intensiver, dem dominanten kulturellen Mustern nicht entsprechender diskursiver Dynamik gibt, wird genau jener dominante Teil des Diskurses zur Neu-Positionierung und damit auch zur Veränderung veranlasst. Der Veränderungsimpuls geht also nicht nur von der sozialen Bewegung aus, sondern die veränderten kulturellen Muster einer Bewegung sind selbst der Impuls – die soziale Bewegung bedient sich nicht nur strategisch verschiedener diskursiver Medien, um Veränderung zu bewirken, sie ist auch selbst ein Medium gesellschaftlichen Wandels (Melucci 1996: 36).

Kollektive Identität

Für Melucci ist – ähnlich wie bei Swidler – die Genese eines gemeinsamen symbolischen Projekts

¹⁰⁷ So etwa auch seine Definition von sozialen Bewegungen: „The notion of a social movement is an analytical category. It designates that form of collective action which (i) invokes solidarity, (ii) makes manifest a conflict, and (iii) entails a breach of the limits of compability of the system within which the action takes place“ (Melucci 1996: 28).

mit einem interaktiven Prozess des Handelns von Subjekten verknüpft (Melucci 1996: 67).

„Collective identity is an interactive and shared definition produced by a number of individuals (or groups on a more complex level) concerning the *orientations* of their action and the *field* of opportunities and constraints in which such action is to take place. By ‚interactive and shared‘ I mean that these elements are constructed and negotiated through a recurrent process of activation of the relations that bind actors together“ (Melucci 1996: 70).

Entsprechend definiert Melucci kollektive Identität als den Prozess der kollektiven Konstruktion eines Handlungssystems, dessen Beschreibung Ziele, Bedeutung und das Feld der Handlungen des Projekts umfassen (Melucci 1996: 70). Das Handlungssystem kollektiver Identität umfasst als Deutungsprojekt spezifische kulturelle Muster (Begriffe, Argumente, Rituale, Symbole), die je nach diskursiver Verortung der sozialen Bewegung (siehe oben) mehr oder weniger verständlich und anschlussfähig für den verständlich-legitimen Bereich des Diskurses sind. Zugleich gibt es ein Set ähnlicher Narrationen über Ziele und plausible Wege, diese Ziele zu erreichen (Melucci 1996: 70). Demgemäß entsprechen Teile der kollektiven Identität dem oben angeführten Muster bewegungstypischer Narrative. Nicht zuletzt ist das gemeinsame Deutungsprojekt plural angelegt – typisch sind also neben vorhandenen Deckungsgleichheiten erhebliche Widersprüche und Inkonsistenzen. Der plurale Charakter im Sinne eines stetig ausgehandelten, widersprüchlichen und interaktiven Projekts ist also im Handlungssystem kollektiver Identität klar erkennbar (Melucci 1996: 71).

Neben dieser Ebene kollektiver Identität als kollektives Deutungsprojekt kann kollektive Identität auch als aktives soziales und kommunikatives Netzwerk verstanden werden. Zugehörige Subjekte und Akteure stehen in einem Verhältnis intensivierter Kommunikation über spezifische Kanäle (spezifische Publikationen, Versammlungen, Orte), Medien (Internet, Mobilfunk) und Strukturen (Organisation, Führung).

Eine dritte Ebene umfasst kollektive Identität als emotionale Verknüpfung des Subjekts mit der Gemeinschaft bzw. das Gefühl, Teil dieser Gemeinschaft zu sein. Unter diesem Aspekt können all jene Prozesse zusammengefasst werden, die spontan, unbewusst oder emotional gelagert sind und nicht über Kosten-Nutzen-Modelle erklärt werden können (Melucci 1996: 71). Die Kraft des oben genannten gemeinschaftlichen Deutungsprojekts leitet sich zu einem wichtigen Teil auch von ebenjenen emotional-unbewussten Faktoren ab.

Kollektive Identität als kollektiver Modus des „als ob“

Die oben beschriebenen Spezifika des Modells kollektiver Identität sind jedoch noch nicht hinreichend, um aus diskurs- und hegemonietheoretischer Perspektive dieses sinnhaft-kommunikativ-emotional-integrierte diskursive Muster als in sich integriertes, mit einer von innen und außen akzeptierten Identität zu beschreiben. Hier hilft der in Kapitel 3.4 eingeführte Modus

des „als ob“ weiter. Er bezeichnet bei einem Subjekt jenes Sinn-Konzept der Individualität, dass es ihm ermöglicht, von sich selbst als selbständig, unabhängig und vernünftig zu denken (Marchart 2010b: 317). Erst mit Hilfe dieses diskursiv tief sedimentierten Sinn-Musters überwindet das Subjekt die Schranke der Entscheidung des Unentscheidbaren – es denkt sich konstituierend, während es doch eher durch diskursive Dynamiken konstituiert ist. Auf die Ebene eines kollektiven Akteurs übertragen, macht die Kombination von Modus des "als ob" und Meluccis Idee kollektiver Identität vor allem deutlich, dass der Modus des "als ob" in einem interaktiven diskursiven Prozess etabliert wird, dessen Konsequenz das Konzept des Selbst als eigenständiger Akteur sein kann.¹⁰⁸

Ausgangspunkt eines kollektiven Modus des "als ob" ist die Anwendung des Konzepts kollektiver Akteure auf die im Entstehen begriffene soziale Bewegung. Dabei ist die Anwendung dieses Konzepts eng verknüpft mit der oben angeführten Selbstverortung eines diskursiven Projekts im strategischen Feld der diskursiven Umwelt (Melucci 1996: 73). Auf Basis dieser basalen Identitätskonstruktion ist ein Mindestmaß einer wie auch immer gearteten Reaktion auf die soziale Bewegung durch andere Akteure notwendig, um eine weitere Festigung der diskursiven Identitätsstruktur zu ermöglichen. Entsprechend ist der Modus des "als ob" einer sozialen Bewegung Produkt einer Re-Artikulation des bestehenden Identitätsmusters „kollektiver Akteur“, einer gegenhegemonialen Selbstverortung innerhalb des diskursiven Feldes sowie eines Mindestmaßes an diskursiver Resonanz bzw. Reziprozität als Reaktion auf die Artikulation des eigenen basalen Akteursstatus (Melucci 1996: 74).

Kollektive Identität und Solidarität

Kollektive Identität ist immer prekär, da sie zu gewissen Teilen von Reaktionen der diskursiven Umwelt abhängig und diese Umwelt zugleich nicht per se dem gegenhegemonialen Projekt förderlich ist. Viele dieser Interventionen seitens der diskursiven Umwelt bestehen aus gewichtigen Infragestellungen des Sinnprojekts der sozialen Bewegung. Die produktive Dimension eines derartigen permanenten Deutungs-Konflikts ist – jenseits der Akzeptanz als kollektiver Akteur – das Entstehen von nach innen gerichteter Solidarität.

„People feel a bond with others not because they share the same interests, but because they need that bond in order to make sense of what they are doing“ (Melucci 1996: 74).

Der übergeordnete Konflikt diskursiver Formationen wird für Subjekte in sozialen Bewegungen zur Herausforderung ihrer eigenen Identität. Aufgrund der engen Verknüpfung des Deutungsprojekts sozialer Bewegungen und entsprechenden Subjektpositionen führt die Intervention von außen zu

¹⁰⁸ Melucci beschreibt drei Kriterien dafür, dass sich Formationen kollektiver Identität als kollektiver Akteur begreifen können. Erstens muss ein kollektiver Akteur zu Selbstreflektion fähig sein und in diesem Sinne für sich und andere als Projekt wahrnehmbar sein. Zweitens muss ein kollektiver Akteur Folgen des eigenen Handelns beobachten und zuordnen können. Drittens müssen das Selbst sowie das Handeln des Selbst in einem zeitlichen Rahmen geordnet werden können (Melucci 1996: 73).

Solidarität der verunsicherten Subjekte untereinander und gegenüber dem Deutungsprojekt sozialer Bewegungen. Solidarität ist also die Summe einer sehr engen Überlagerung von individuell-subjektivem und kollektivem Deutungsprojekt.

Der Prozess der Ausbildung kollektiver Identität ist in vielen der oben genannten Dimensionen ein diskursiver Lern- und Suchprozess. Entsprechend kann das Maß der Ausbildung und Stabilisierung einer kollektiven Identität auch als Kriterium für den fortgeschrittenen Prozess der Etablierung eines gegenhegemonialen Projekts gewertet werden – wenngleich sie immer prekär bleibt.

Ideologie, Strategie und Identität

Von zentraler Bedeutung für kollektive Identität ist letztlich das entsprechende Deutungsprojekt, also die zentrale Forderung und die Idee einer alternativen Ordnung einer sozialen Bewegung. In diesem Projekt bündeln sich die Artikulationen und strategischen Positionierungen des Handlungssystems sozialer Bewegung. Melucci bezeichnet das Deutungsprojekt als Ideologie:

„Ideology is a set of symbolic frames which collective actors use to represent their own actions to themselves and to others within a system of social relationships. [...] The symbolic elaboration of action ‚rationalizes‘ social relationships according to the interests of the actor. It supplies a representation which tends to legitimate and reinforce those interests while at the same time defining the relational field of collective action“ (Melucci 1996: 349).

Kernaufgabe einer Ideologie ist demgemäß Integration und Repräsentation der sozialen Bewegung. Damit ist Ideologie einerseits Verbindungsglied von Bewegungssubjekt und kollektiver Identität. Andererseits ist Ideologie auch die zentrale Achse im Verhältnis zwischen sozialer Bewegung und diskursiver Umwelt.

Die Ideologie sozialer Bewegungen besteht nach Melucci aus einer strategischen Konstellation von drei Komponenten: die Selbstbeschreibung der Bewegung, die Beschreibung des Gegners und nicht zuletzt die kollektiven Ziele der Bewegung (Melucci 1996: 350). Melucci schlüsselt die Argumentation dieser strategischen Trias noch genauer auf – es findet sich erstens eine Definition jener sozialen Gruppe, in dessen Name die Bemühungen unternommen werden und warum diese Anstrengungen legitim sind. Zweitens wird mit pejorativen Begriffen eine Situation beschrieben, in der durch den Gegner einer sozialen Bewegung das Bewegungshandeln notwendig wurde. Drittens benennt die Ideologie Ziele, die nicht nur für die Bewegung, sondern für die gesamte Gesellschaft erstrebenswert erscheinen – hier findet sich die Universalisierung des gegenhegemonialen Projekts, zumeist unter Referenz auf fest etablierte und generalisierbare diskursive Knotenpunkte. Viertens wird im Anschluss an diese Argumentation das Handeln der Bewegung mit dem universellen Ziel verknüpft – das Partikulare einer Bewegung also nicht nur über Zieldefinition, sondern auch über das Handeln der Bewegung negiert. Demgegenüber ist

fünftens der Gegner notwendig jener Akteur, der diesen universellen Zielen im Wege steht. Sechstens ist der Widerspruch bzw. Konflikt zwischen Bewegung und Gegner unüberwindbar und in diesem Sinne existentiell bzw. antagonistisch (Melucci 1996: 350).

Dieses generelle ideologisch-strategische Muster sozialer Bewegungen wird in verschiedenen Phasen einer sozialen Bewegung unterschiedlich konkretisiert. Die Phase der Entstehung ist nach Melucci durch zwei typische ideologische Muster gekennzeichnet: Zum einen wird massiv die Lücke zwischen Erwartungen und Realität negiert. Ein übersteigter Modus des "als ob" reduziert Komplexität, leugnet Probleme und übertreibt enthusiastisch Möglichkeiten (Melucci 1996: 350).¹⁰⁹ Das Moment der Universalisierung hegemonialer Projekte ist somit nicht nur auf den Geltungsanspruch des eigenen Projekts bezogen, sondern auch auf die Rekonstruktion der Umwelt. Die Funktion des Moments eines übersteigerten "als ob" ist jedoch immens. Es entwickelt sich eine diskursive Dynamik, sodass die Bewegung im Idealfall eine hohe Anziehungskraft ausstrahlen kann. Neue solidarische Verbindungen, neue expressive und damit sichtbare kulturelle Muster sowie emotionale Bindungen entstehen. Kurzum: wesentliche Grundlagen des Phänomens kollektiver Identität werden in einer Phase gelegt, in der Selbstsuggestion idealiter zur Fremdsuggestion wird.

Oftmals ist während der Entstehungsphase unter dem Oberbegriff der Wiedergeburt eine Idee der Neuordnung oder Neuinterpretation des diskursiven Raums zu beobachten. Eng verknüpft mit dem Anspruch universeller Geltung oder totalisierter Legitimität (Melucci 1996: 351) versucht die ideologische Figur der Wiedergeburt alte diskursive Muster zu einer neuen Narration zu verknüpfen. Der Bezug auf wichtige, etablierte diskursive Ereignisse, Symbole und Argumente der Vergangenheit kann hierbei als Versuch gewertet werden, innerhalb einer Phase allgemeiner diskursiver Destabilisierung auf verständliche und relevante Muster zurück zu greifen. Das Neue wird entsprechend im Vokabular der Vergangenheit erzählt und als eine idealisierte Vergangenheit in die Gegenwart projiziert. Zugleich werden mit der Strategie der Wiedergeburt auch bestehende Mythen wie etwa das oben angeführte Narrativ demokratischer Revolution aufgegriffen. Hiermit verknüpft sind Assoziationen wie Bereinigung, Neubeginn, Gerechtigkeit, Fortschritt oder Integration.

Die sich anschließende Konsolidierungsphase einer Bewegung lässt diese ideologischen Figuren nicht vollständig verschwinden, sondern Idee der Wiedergeburt wird vielmehr latent gehalten und

¹⁰⁹ Bei Karl-Werner Brand (1999: 235) findet sich ein Phasenmodell sozialer Bewegungen, dass grundsätzlich drei Phasen umfasst. Auf die erste Phase der Formierung und Identitätsbildung folgt eine zweite Phase der zugespitzten Polarisierung und Massenmobilisierung. Letztlich schließt das Phasenmodell mit einer dritten Phase der „Veralltäglichen, Professionalisierung und Institutionalisierung“ (K.-W. Brand 1999: 235). Brand trennt dabei wie auch oben Rochon (kritische Gemeinschaft und soziale Bewegung) relativ stark zwischen Identitätsgenese und antagonistischen Mobilisierungsprozessen, während Melucci diese beiden Prozesse in einer Phase verknüpft denkt. Diese Verknüpfung ist für Melucci zentral, da in seinem Modell erstens Identitätsgenese und antagonistische Mobilisierung sehr stark interdependent sind und zweitens die Identitätsgenese, -anpassung und -stabilisierung das wesentliche Moment einer sozialen Bewegung ausmachen. Entsprechend ist für ihn ein Modell nicht denkbar, dass eine vorgängige Identitätsgenese sehr lockerer diskursiver Formationen beschreibt.

in dieser Latenz mit den konkreten, nunmehr ausdifferenzierten Zielen der Bewegung verknüpft. Mit Hilfe der neu entstandenen kollektiven Identität, neuer Codes und kultureller Muster wird die Ideologie nun stärker zur Beschreibung des oben genannten strategischen Feldes von Selbstbeschreibung, Ziel und Gegner genutzt – die strategische Konstellation also konkretisiert, die Ideologie komplexer und detaillierter (Melucci 1996: 352).

Innerhalb dieser „Normalphase“ einer Bewegung übernimmt Ideologie zwei wesentliche Funktionen: die Integration nach innen und strategische Repräsentation nach außen.¹¹⁰ Beide Strategien sind eingebettet in ein übergeordnetes strategisches Feld heterogener Deutungen und Deutungsprojekte bzw. das Ringen um Deutungshoheit.¹¹¹ Das eigene ideologische Projekt ist dabei stetigen des-integrativen Zentrifugalkräften ausgesetzt: Von Innen im Sinne des fortwährenden Aufbrechens von Widersprüchen, sozialer Komplexität und Heterogenität und von außen durch irritierende Impulse, Dekonstruktionsversuche und Des-Artikulation der gegenhegemonialen Deutungsmuster. Ideologie hat hier die Funktion, diese Pluralität auszugleichen und sie über ein gemeinsames Prinzip bzw. klare Artikulation von Grenzen der (Nicht)Zugehörigkeit zu integrieren – die Äquivalenzkette des gegenhegemonialen Projekts also durch Modifikation oder schlichte Re-Artikulation zu sichern.

Eine besondere Integrationskraft haben dabei Rituale, die als komprimierte symbolische Codes die kollektive Identität des gegenhegemonialen Projekts repräsentieren. Über Rhetorik, Gestik, Kleidung oder andere Symbole können Subjekte schnell, sichtbar und allgemein verständlich ihre Zugehörigkeit zur kollektiven Identität ausdrücken. Rituale komprimieren damit die Frage symbolischer Integration auf wenige Codes – sie wirken durch Effizienz, Kontinuität und Inklusivität ihrer Anwendung. Wie komplex die innere diskursive Dynamik einer sozialen Bewegung auch sein mag, über Rituale können sich alle pluralen Elemente der Bewegung ihrer gegenseitigen Zugehörigkeit und Solidarität versichern.

Eingangs wurde auf die diskursive Bedeutung der schlichten Existenz eines gegenhegemonialen Projekts hingewiesen. Soziale Bewegungen sind aus dieser Perspektive Meluccis allein aufgrund ihres alternativen kulturellen Codes als diskursive Form eine Forderung und Herausforderung der dominierenden Formation (Buechler 2011: 170). Damit können all jene Dynamiken und Prozesse zur Genese oder Stabilisierung einer alternativen kollektiven Identität auch als *indirekte gegenhegemoniale Strategien* gewertet werden. Beispielsweise ist die Ausbildung eigenständiger kultureller Muster, wie etwa die oben genannten Rituale, immer auch ein nach außen sichtbares Zeichen für die Existenz und die Forderungen einer sozialen Bewegung. Je allgemein verständlicher, etablierter und verbreiteter diese Symbole sind, umso mehr werden die Re-

¹¹⁰ Letztgenannte ideologische Strategien, die nach außen zielen, entsprechen weitestgehend den oben näher aufgeschlüsselten Strategemen der Trias.

¹¹¹ In diesem Sinne entspricht der von Melucci illustrierte diskursive Kontext der Ideologie der hegemonietheoretischen Modellierung des Diskursiven (Melucci 1996: 352).

Artikulationen der gegenhegemonialen Symbole als Herausforderung begriffen. Darüber hinaus besteht ein erheblicher Teil des Wandels durch gegenhegemoniale Projekte in genau jener Entwicklung und Verbreitung kleinteiliger kultureller Codes (beispielsweise alternative Rollenverständnisse, Symbole, Handlungsmuster) – die offensive Dimension des gegenhegemonialen Deutungsprojekts ist demgegenüber eine zugespitzte und besonders sichtbare diskursive Formation, die aber ohne die Summe einzelner Artikulationen im Feld kollektiver Identität nicht vorhanden, sichtbar oder wirksam wäre.

Somit lässt sich aus Meluccis Modell einer kollektiven Identität sozialer Bewegungen ableiten, dass im Modell gegenhegemonialer Projekte die Rolle nach innen gerichteter, indirekter gegenhegemonialer Strategien stärker betont werden muss. Die dynamischen Prozesse des diskursiven Feldes einer sozialen Bewegung sind so nicht nur Voraussetzung für eine offensiv-antagonistische Strategie, sondern auch wichtiger Träger ebenjener Strategie. Die sichtbare Strategie eines offensiven gegenhegemonialen Deutungsprojekts wird so durch eine diffuse Strategie der diskursiven Präsenz gegenhegemonialer Artikulationen ergänzt, die zwar oftmals stark auf sich selbst als gegenhegemoniales Feld bezogen, jedoch weit darüber hinaus sichtbar und wirksam ist.

In Kapitel 7.1 und 7.2 wurden mit Hilfe von passgenauen Arbeiten der Bewegungsforschung Teile des Phänomens der sozialen Bewegung innerhalb des Modells gegenhegemonialer Projekte konkretisiert. In den nun folgenden Kapiteln 7.3 und 7.4 werden jene diskursiven Elemente untersucht, die als gegenhegemoniale Praxis aus dem Wirken sozialer Bewegungen direkt abgeleitet werden können und für die einzelne soziale Bewegung als strategische Ressource dienen. Auch hier wird auf Untersuchungen der Bewegungsforschung zurück gegriffen.

7.3 Narrationen als gegenhegemoniale Artikulationen

Das hegemonietheoretische Modell beschreibt das Soziale als stetigen Versuch, Sinn mit Hilfe einer spezifischen Kombination an diskursiven Elementen zu etablieren und zu verstetigen. Der Akt des Arrangements diskursiver Elemente wird Artikulation genannt. Für die unterschiedlichen Stadien der Entstehung komplexer, bedingt dauerhafter diskursiver Formationen finden sich unter anderem die Begriffe diskursive Formation, hegemoniales Projekt und Hegemonie. Dabei dominiert in der Hegemonietheorie die Analyse der Frage, mittels welcher Strategien Hegemonien entstehen und stabilisiert werden. Demgemäß wird mit der Konzentration auf das Phänomen Hegemonie ein spezifischer Ausschnitt bzw. eine besondere Dynamik des Diskurses analysiert.

Die bisherige Diskussion sozialer Bewegungen hat gezeigt, dass das Phänomen soziale Bewegung, ihre Determinanten und ihr Einfluss auf gesellschaftliche Veränderungen nicht allein

durch übergeordnete diskursive Strategien erklärt werden können. Soziale Bewegungen sind mehr als diese recht sichtbaren diskursiven Prozesse, die nicht absolut, aber durchaus in der Tendenz mit dem oben genannten Streben nach Hegemonie gleichgesetzt werden. Es gibt demzufolge weitere relevante diskursive Prozesse der Genese von Sinn – ein Umstand, der von der Hegemonietheorie nicht negiert, aber bislang auch nicht weiter thematisiert wurde. Durch die Analyse der Bewegungspraxis kann verdeutlicht werden, dass das hegemonietheoretische Modell eine Sensibilität und analytische Instrumente für diskursive Prozesse jenseits der breit angelegten diskursiven Strategien entwickeln muss.

Grundsätzlich wird Sinn bekanntlich in bestimmten, historisch entstandenen Formen und Mustern re-artikuliert. Neben hegemonialen Formationen¹¹² finden sich weitere diskursive Muster wie beispielsweise Rituale, Nachrichten oder auch Geschichten. Die leitende Annahme des kommenden Abschnitts ist, dass Geschichten im Diskurs allgemein und speziell für die Identität und Mobilisierung eines gegenhegemonialen Projekts von erheblicher Bedeutung sind. Entlang der Diskussion von Narrativen wird entsprechend auch die Idee Selbins von revolutionären Erzählungen aus Kapitel 6.2 aufgenommen und auf die Bewegungspraxis übertragen.

Narrativ als Konzept

In Form von Geschichten wird das Soziale geordnet und mit Sinn versehen. Geschichten als wichtiges Konzept der Artikulation und Bedeutungsgenese werden allgemein (an)erkannt und sind in ihrer formalen Struktur zugleich sehr schwer fassbar (Davis 2002: 10). Eine Geschichte besteht oftmals aus einer einleitenden Einführung in den narrativen Plot, eine übersichtliche Anzahl an unterschiedlich wichtigen Ereignissen und Handlungen, die implizit oder explizit kausal aufeinander bezogen sind und einer – auch wiederum ex- oder impliziten Bewertung (Polletta 2009: 36).

Für die Genese von Sinn innerhalb von Geschichten werden diskursive Elemente selektiert und als spezifisches Muster arrangiert. Im Rahmen der Auswahl wird eine Anzahl an diskursiven Elementen in eine – zumeist zeitliche oder kausale – Relation gestellt. Oftmals sind diese Elemente historische Ereignisse, die einen Umstand der Gegenwart oder eine Erwartung für die Zukunft begründen sollen, indem sie in einem spezifischen Muster re-konfiguriert werden (Davis 2002: 12). Geschichten re-konfigurieren und selektieren die Vergangenheit also, um in der Gegenwart eine bestimmte Aussage, einen bestimmten Sinn plausibel zu machen.

Die Auswahl und auch das Arrangement (etwa eine zeitliche oder hierarchische Abfolge) selbst ist

¹¹² Da hier keine Position diskursiven Essentialismus vertreten wird, muss auch die Tendenz des Diskurses, mittels hegemonialer Konstruktionen temporäre Stabilisierungen zu erreichen, als eine historisch entstandene Form diskursiver Muster verstanden werden. In dieser und sicherlich vielen anderen Formen typischer diskursiver Arrangements greifen Basistendenzen des Diskursiven und eine historische Entwicklung bestimmter Muster ineinander. Hegemonien entsprechen also in einem gewissen Sinne dem Charakter des Diskursiven / Sozialen, sind aber zugleich auch historisch generierte Gebilde, deren Emergenz sich aufgrund einer günstigen Konstellation verstetigt hat.

jedoch nicht hinreichend, um eine Geschichte zu erzählen. Aus der Auswahl und Abfolge der Ereignisse wird anschließend ein Ganzes geformt, indem die Elemente intersubjektiv verständlich und logisch verknüpft werden. Eine Geschichte zu erzählen bedeutet also nicht, dass die Elemente völlig offen kombiniert werden können, sondern spezifische, kulturell determinierte und sozial und historisch entstandene, vertraute und geläufige narrative Muster müssen übernommen oder angedeutet werden (Polletta 2009: 37). Dies kann beispielsweise der Rückgriff auf ein verbreitetes Erklärungs- oder Erzählmuster sein, oder ein handelndes Subjekt bzw. Akteur wird zum verbindenden Element (Tilly 2002: 26). Letzteres zeigt, dass der in Kapitel 3.4 diskutierte Modus des "als ob" von Subjekten und Akteuren in Geschichten eine wichtige Bedeutung hat bzw. über diese immer wieder gestärkt wird: Helden in Geschichten bewältigen letztlich ihr Schicksal aus eigener Kraft.¹¹³ Wie die Helden in den Geschichten sind aber auch die Geschichten selbst weniger eigenständig, als sie es suggerieren. Ihre Verständlichkeit und Wirkung ist direkt abhängig von der vorgelagerten diskursiven Formation des umgebenden sozialen und kulturellen Settings, sowie speziell dem spezifischen Reservoir vertrauter Narrationsmuster.

Neben dieser Einbettung in den breiteren sozial-diskursiven Sinn-Kontext gibt es im Rahmen des Erzählens einer Geschichte immer auch den konkreten Kontext der Erzählung, inklusive verschiedener Rollen (ErzählerIn, ZuhörerInnenschaft) und nicht zuletzt die Situation der Erzählung. Während des Akts der Erzählung wird eine spezifische Beziehung zwischen ErzählerIn und ZuhörerInnen etabliert – diese Atmosphäre der Erzählung ist entscheidend für die Wirkung einer Geschichte. Die ZuhörerInnen müssen sich in der Geschichte wieder finden können – was zugleich bekannte Anknüpfungspunkte und offene Elemente zum Einschreiben der ZuhörerInnen notwendig macht (Davis 2002: 16). Wird eine Geschichte angenommen, hören also die Menschen zu und bringen sich aktiv ein, so kann aus dem Akt des Erzählens und des aktiven Rezensierens eine temporäre kollektive Identität entstehen (Davis 2002: 17). In den Worten des hegemonietheoretischen Modells muss demnach auch eine Geschichte attraktive und passgenaue Subjektpositionen und Sinnkonzepte bereit halten, damit sich Subjekte einer Geschichte öffnen.

Grundsätzlich ist der Akt des Erzählens einer Geschichte keine soziale Singularität, sondern eine potentiell unendliche Wiederholung des Erzählens – immer wieder neu und zugleich doch sehr ähnlich bzw. nur marginal modifiziert. Bei Geschichten handelt es sich damit um eine sehr verbreitete diskursive Form, die in immer wieder neuen Adaptionen und Kontextualisierungen ähnliche formelle und auch kulturell-inhaltliche Muster re-artikuliert. Durch diese Gleichzeitigkeit von individueller Abweichung und geteilter kollektiver Praxis kann durch die Summe der erzählten Geschichten eine kollektive Bindekraft der gegenseitigen Referenz, des geteilten Deutungsprojekts und der sich ähnelnden Geschichten des Selbst entstehen. Entlang von Narrationen können sich also soziale Formationen bilden und stabilisieren (Davis 2002: 19), indem sich Subjekte selbst und

¹¹³ Vgl. Kapitel 3.4.

den Kontext in Form von Geschichten beschreiben.

Dieses doppelt inklusive Moment der Narration – also die Offenheit einer „guten“ Geschichte für die Interpretation der ZuhörerInnenschaft und die Einladung der gehörten Geschichten zum Selbsterzählen – machen die erhebliche soziale Attraktivität und damit auch potentielle diskursive Wirkung aus. Geschichten prägen legitime kulturelle Handlungsmuster, unterminieren oder stabilisieren in ihrer Pluralität zentrale gesellschaftliche Sinnkonzepte, geben Gemeinschaften Identität und sind nicht zuletzt aufgrund ihrer zugespitzten, unterkomplexen Form vereinfachter Kausalität (wichtig für Verbreitung, Verständnis und Mobilisierung) sowie dem latent fiktionalen Charakter (Modus des "als ob", erhöhter Kontrast, Offenheit für utopische Inhalte) Vehikel für diskursive Veränderungsdynamiken. Dies wurde in Kapitel 6.2 deutlich gemacht: Die Geschichten der demokratischen Revolutionen beschreiben die Möglichkeit der unmittelbaren Selbstbestimmung des Volkes, wenn es sich nur gegen illegitime Herrschaft zusammenschließt und aktiv wird. Innerhalb dieser revolutionären Geschichten reicht der revolutionäre Impuls durch das Volk, um ganze soziale Ordnungen zu stürzen und nachhaltig zu verändern. Die Erzählung dieser Ereignisse wirkt inspirierend und mobilisierend – allein deshalb können derartige Geschichten diskursive Dynamiken auslösen, indem der Glaube an Handlungsfähigkeit und Utopie Menschen kollektiv zu Artikulationen jenseits der üblichen, sicheren Artikulationsmuster anstößt.

Ein ähnlich gelagertes Moment findet sich auch in den narrativen Strategien demokratisch-gegenhegemonialer Projekte. Insofern sollen diese nun genauer untersucht werden, um deutlich zu machen, wie – jenseits der konkreten Forderungen – gegenhegemoniale Projekte Subjekte zu gegenhegemonialen Artikulationen mobilisieren können.

Wirkung von Narrationen

Polletta (2006: 168ff.) beschreibt die Wirkungsmächtigkeit von Geschichten entlang der Prinzipien der Normalität, der offenen Interpretierbarkeit und nicht zuletzt der Mehrdeutigkeit. Alle Punkte wurden schon angedeutet, sollen aber nun kurz systematisch diskutiert werden. Mit Wirkungsmächtigkeit soll hier eine Reaktion auf die Geschichte verstanden werden – aus der Perspektive des hegemoniethoretischen Modells eine hohe Wahrscheinlichkeit der Re-Artikulation, in Halls Begriffen die Wahrscheinlichkeit zur Übernahme der bevorzugten Lesart eines Deutungsangebots.

Das Prinzip der *Normalität* besagt, dass Geschichten im Regelfall dann als kohärent, wahr und normativ bedeutungsvoll gelten, wenn sie schon oft wiederholten, geläufigen, wichtigen und mit bedeutungsvollen Symbolen, Akteuren und Ereignissen versehenen Geschichten ähneln. Narrative Normalität stützt den Status Quo und grenzt das Feld legitimen Handelns ein (Polletta 2006: x):

„Familiar stories make some courses of action seem reasonable, fitting, even possible, and others seem ineffectual, ill-

considered, or impossible“ (Polletta 2006: 4).

Ein wesentlicher Determinant ist bei der Frage der Normalität das Vorhandensein von binären Gegensätzen, die als Grundstruktur weit verbreiteter Geschichten dienen (etwa Mann / Frau; moralisch / politisch; Opfer / Akteur) (Polletta 2006: 169). Geschichten stellen diese Gegensätze gegenüber, verarbeiten sie in immer wieder in neuer Weise, stellen aber im Regelfall die binäre Ordnung des Sozialen nicht in Frage.

Es gibt also zu jedem Zeitpunkt ein endliches Setting an erfolgsversprechenden narrativen Mustern (Polletta 2006: 169) – was zugleich ermöglichende und begrenzende Bedingung für „neue“ Geschichten bedeutet. Geschichten, die sich stark an etablierten narrativen Mustern orientieren, haben eine hohe Chance auf erheblich potenzierte Wirkung (Polletta 2006: 10). Vollkommen abweichende Narrative – zum Beispiel als Negation der oben genannten binären Ordnung – sind hingegen besonders benachteiligt. Für typischerweise von dominanten Mustern abweichende soziale Bewegungen kann dies entsprechend erhebliche Einschränkungen zur Folge haben. Ihre alternativen Geschichten werden zunächst als abstrakt oder erzählerisch dünn (Polletta 2006: 169) wahr genommen.

Jenseits dieser normalen Hauptmuster sind spezifische Muster bestimmter sozial-diskursiver Bereiche denkbar – beispielsweise in spezifischen Bewegungsmilieus. Hier finden sich abweichende narrative Muster, die aber zunächst nicht jenseits des Milieus akzeptiert werden. Entsprechend muss eine soziale Bewegung nach Möglichkeiten suchen, das eigene Erzählmuster zu verbreiten oder entlang dominanter Muster zu modifizieren.

Ein Weg aus dieser recht aussichtslos erscheinenden Lage zeigt sich bei Geschichten mittels des Prinzips der *offenen Interpretierbarkeit*. Narrationen arbeiten per se mit dem Mittel der Deutungs Offenheit – gerade an zentralen Stellen wie der Quintessenz oder der Moral. Der Verzicht auf die Konkretisierung der Moral erfordert die aktive Rezeption der ZuhörerInnen, was wiederum die Geschichte als solche attraktiver gestaltet, da sie dann auch zur eigenen Geschichte wird. Als Formen der offenen Interpretierbarkeit finden sich unter anderem mehrdeutige Begriffe, unklare ErzählerInnenperspektiven sowie unübliche, sich nicht direkt erklärende Kombinationen semantischer Elemente (Polletta 2006: 172ff.).

Für oben genannte alternative Geschichten wird diese Tendenz zur interpretativen Offenheit zur wichtigen Gelegenheit, da über offen gehaltene Bereiche, subtile Botschaften, Ironie oder Metaphern eine offensichtliche Abweichung gegen narrative Normen weniger notwendig wird (Polletta 2006: 171). Interpretative Offenheit und narrative Normalität sind entsprechend gegensätzliche Stilmittel, deren relative Bedeutung in bestimmten Passagen einer Geschichte oder auch von Kontext zu Kontext differiert.

Letztgenannter Punkt verweist auf das Prinzip der *Mehrdeutigkeit*. Das Format der Narration hat in unterschiedlichen sozialen Kontexten unterschiedliche Bedeutungen, Wahrnehmungen und Folgen. Dies bezieht sich zunächst auf den oder die ErzählerIn. Laut Polletta kann eine Geschichte, die mit den üblichen binären Gegensätzen und einer gewissen Offenheit operiert, je nach ErzählerIn unterschiedlich durch die ZuhörerInnenschaft gedeutet werden. In der Tendenz werden bei ErzählerInnen mit einem hohen sozialen Status die positiven Pole der Gegensätze assoziiert, bei niedrigem entsprechend die negativen Pole (Polletta 2006: 176). Demzufolge muss die Wirkung einer Geschichte, oder allgemeiner eines Sinnprojekts, sehr stark im Kontext der Artikulation oder Rezeption betrachtet werden.

Auf die Form der Narration bezogen, finden sich weitere erhebliche Wirkungsunterschiede bei bestimmten Themenfeldern der Narration. Kulturelle Narrative und Erinnerungsnarrative auf einer Gedenkfeier werden als natürlich akzeptiert – hingegen wäre die Anwendung einer derartigen narrativen Form in einer Expertenanhörung zum Thema Finanzmärkte nur bedingt erfolgsversprechend, da hier komplexe Argumente, Lösungsszenarien eine plausible Geschichte über rationales politisches Handeln in beispielsweise einer Finanzkrise erwartet werden. Für soziale Bewegungen bedeutet dies, dass ihre thematischen Gegenstände auf Tauglichkeit in wichtigen Kontexten geprüft bzw. dahingehend umgeformt werden müssen.

Diese Punkte verweisen auf das Phänomen, dass jedes kulturelle Projekt, jedes Narrativ in bestimmten Situationen funktioniert und in anderen nicht. Fine (2002: 240f.) verweist zu dieser Frage auf fünf Dimensionen zum Einfluss von kulturellen Produkten. Erstens muss ein kulturelles Konzept einer größeren Gruppe bekannt sein, um in einer Narration verfügbar zu sein. Zweitens wird durch rhetorische Mittel die ZuhörerInnenschaft im Idealfall emotional aktiviert. Drittens müssen die Symbole des betreffenden Narrativs in den breiteren kulturellen Kontext einer Gesellschaft passen, dass heißt an diese anschließen können. Viertens verweist Fine (2002: 240f.) auf den schon oben angedeuteten Umstand, dass die Nutzung aktiv sedimentierter, also immer noch re-artikulierter narrativer Muster eine hohe Wahrscheinlichkeit auf Resonanz mit sich führt. Nicht zuletzt sollten Geschichten – gerade in sozialen Bewegungen – die ZuhörerInnenschaft aktivieren und mobilisieren: zum Beispiel durch eine normativ-moralische Zuspitzung oder der Verwendung bestimmter Signal-Symbole.

Narrationen und hegemoniale Formationen

Die detaillierte Beschreibung des Phänomens der Narration verweist einmal mehr auf den Umstand, dass trotz der Einbettung in einen zumeist klar definierten Korpus narrativer Normalität ein recht heterogenes Spektrum an Narrationen zu erwarten ist. Hegemonie lässt sich auch bei der Betrachtung von Narrationen vor allem als ein Phänomen beschreiben, dass recht viele Abweichungen zulässt, sofern bestimmte, klare Grenzen nicht überschritten werden.

Beispielsweise der Unterschied von Mann und Frau kann in unendlich vielen Varianten beschrieben werden, solange die Binarität zwischen diesen beiden Polen bestehen bleibt. Das Wirken von Hegemonie findet sich hier nicht in expliziter Norm, sondern in den sedimentierten Grund-Koordinaten des Sozialen und davon abgeleiteten Optionen, die artikuliert oder eben nicht artikuliert werden können (Polletta 2009: 38).

Der teilweise schwer sichtbare Kern einer Narration ist vor allem die Thematisierung von binären Gegensätzen, die in einer Geschichte Ereignisse anstoßen und Handeln notwendig machen. Dabei kommt den binären Gegensätzen eine Orientierungs- und Ordnungsfunktion zu, die die komplexe soziale Ordnung der spezifischen Geschichte und der Gesellschaft allgemein entlang von wenigen, eindeutigen Achsen fassbar machen. Geschichten sind in diesem Verständnis nicht allein ein Medium der dramatisch-moralischen Selbst- und Fremddarstellung der ErzählerInnen, sondern darüber hinaus das ideale diskursive Medium zur attraktiven und zugleich dezenten Verbreitung basaler Kern-Sinn-Konzepte des Sozialen.

Geschichten und soziale Bewegungen

Jenseits der Frage grundsätzlicher Ausrichtung im Hinblick auf basale Sinnstrukturen finden sich typische historische und formale Narrationsmuster sozialer Bewegungen. Dabei kann zwischen Geschichten der Aktiven einer Bewegung (Teilnehmer-Geschichten) und der Bewegung als Ganzes (Bewegungs-Geschichten) unterschieden werden (Benford 2002b: 54). In Teilnehmer-Geschichten schildern Individuen oder Akteure Erlebnisse und Ereignisse im Zusammenhang mit einer sozialen Bewegung – und damit immer auch einen Ausschnitt der Bewegungs-Geschichten. In der Summe bilden diese Geschichten ein Bündel an Geschichten, dass die Basis für eine gemeinschaftliche Identität bildet.

Zugleich sind sie interpretatives Material für Bewegungs-Geschichten (Benford: 2002b: 54). Der Fundus an Bewegungsnarrativen ist zu verstehen als: „[...] various myths, legends, and folk tales, collectively constructed by participants about the movements and the domains of the world the movement seeks to change“ (Benford 2002b: 54). Bewegungsnarrative (Benford 2002b: 54) sind also eine kollektive, immer wieder neu konstruierte Geschichte der spezifischen Bewegung, sozialer Bewegungen als Kultur und nicht zuletzt des gegenhegemonialen Moments der Demokratie.

Dabei kann die Selbst-Beschreibung einer Bewegung durchaus heterogen und umstritten sein. Ungeachtet des „äußeren“ Einflusses ist die Deutung des eigenen Handelns einer Bewegung immer umstritten. Dies lässt sich recht gut an der Frage des Erfolgs illustrieren. Erfolg ist für Bewegungen entscheidend, da der vergangene oder für die Zukunft erwartbare Erfolg immer die wesentliche Begründung für gegenwärtiges Handeln ist. Natürlich kann eine Bewegung auch gute

Gründe für die Notwendigkeit der Beteiligung liefern – nicht zuletzt muss sie aber immer wieder glaubhaft machen, warum entgegen der grundsätzlich schwierig erscheinenden strategischen Lage ein Engagement sinnvoll ist. Kern dieser Begründung sind implizite und explizite Verweise auf die erfolgreiche Geschichte vergangener Bewegungen: die Wahl ähnlicher Dramaturgien, ähnliches Aktionsmuster, Nutzung gleicher Orte Daten und Symbole.¹¹⁴

Die Geschichte des Erfolgs einer Bewegung wird dabei nach dem konkreten Bewegungsereignis über einen gewissen Zeitraum recht vielfältig erzählt, bis sich eine bestimmte Geschichte fest etablieren kann. Die Bewegungsgeschichte ist also Objekt konkurrierender Deutungen. So kann es beispielsweise vorkommen, dass ein recht spontaner und basisdemokratisch erfolgter Protest signifikante Effekte hatte – die Erfolgsnarration jedoch von gut organisierten und langfristig institutionalisierten Akteuren geprägt werden, die beispielsweise das spontane und basisdemokratische Moment weniger stark in den Mittelpunkt rücken. Meyer sieht hier einen taktischen Vorteil institutionalisierter Akteure und vermutet eine nachträgliche moderatere Re-Deutung des Protests (Meyer 2009: 67). Diese Deutungskonflikte um Erfolg illustrieren, dass Bewegungs-Geschichten hart umkämpft sind und eine bestimmte Deutung auch mögliche Referenzen in der Gegenwart fördern oder schwächen können.

In Bewegungsnarrativen findet sich eine spezifische Form der Narration. Während viele Narrative eine klare zeitliche Struktur haben (Beginn, Mitte, Ende), operieren Bewegungsnarrative mit zumeist zwei Alternativen bei Mitte und Ende (Benford 2002b: 54). Die alternativen Entwicklungsoptionen der Geschichte entstehen durch die Gegenüberstellung eines normalen Verlaufes der Ereignisse ohne Intervention und eines erheblich besseren Endes durch die erfolgreiche Intervention einer sozialen Bewegung. Die soziale Bewegung bringt sich also in die normale Geschichte ein, ändert sie bzw. kreiert eine neue. Allein in der speziellen Form von Bewegungsnarrativen finden sich also erhebliche Prädispositionen, die unabhängig von den jeweils erzählten Inhalten den Wert der Intervention, der Emanzipation und der demokratischen Selbstermächtigung unterstreichen (Benford 2002b: 54).

Ein zweites Merkmal typischer Muster von Bewegungs-Narrativen betrifft das Ende der Geschichten. Während sich in vielen Geschichten mit dem Ende auch eine sinnhafte Schließung, Ordnung und Harmonisierung des Sozialen findet, sind Bewegungs-Narrative zumeist mit einem relativen Ende versehen. Sie mobilisieren für ein endliches Ziel, wollen aber zugleich zum Ausdruck bringen, dass ein weiteres, übergeordnetes (utopisches) Ziel in der Ferne wartet und weitere Handlungen notwendig macht. Meyer nennt dies *moving finish line* (2009: 65). Dieses Motiv der Unabgeschlossenheit ist nicht unbekannt – es findet sich sowohl im hegemonietheoretischen Modell als auch sehr tief in der Idee von Demokratie als

¹¹⁴ Vgl. Kapitel 6.2.

unabgeschlossenes Projekt.

Zugleich enthalten beide typischen Elemente von Bewegungsnarrativen (duale Erzählstruktur, moving finish line) ein latent utopisches, auf die Zukunft ausgerichtetes Prinzip. Beide formalen Charakteristika der Bewegungs-Geschichten fördern die Erzählung einer Geschichte, die über den gegenwärtigen Status Quo einer sozialen Ordnung hinaus ragt und für die konsistente Erzählung der Geschichte ein relativ komplexes Modell alternativer sozialer Ordnungen benötigt. Entsprechend ist dieses utopische Element notwendige formale Voraussetzung für eine Bewegungs-Geschichte und zugleich wird durch ebenjene etablierte formale Struktur die Genese utopischer Elemente legitimiert und angestoßen. Da dieses utopische Element auch in der Idee des Demokratischen zu finden ist, handelt es sich bei dieser Affirmation des Neuen um eine klare Verbindungslinie zwischen Demokratie und gegenhegemonialen Projekten.

Narrationen des Demokratischen

Das spezifische Bewegungsnarrativ illustriert, dass ein bestimmtes narratives Muster existiert, um alternative Forderungen, Impulse für Veränderung, also: demokratische Artikulationen zu formulieren. Je tiefer dieses narrative Muster in den Geschichtenkorpus einer Gesellschaft durch regelmäßige und wichtige Re-Artikulation verankert wird, umso einfacher sollte eine legitime und ggf. erfolgswahrscheinliche gegenhegemoniale Artikulation sein.

Nun wurde oben gezeigt, dass nicht nur das formale Erzählmuster, sondern auch bestehende wichtige Geschichten Ausgangspunkt für neue Geschichten sind. Im Falle des demokratischen Diskurses finden sich hierbei sowohl spezielle Bewegungsnarrative (siehe oben) als auch (oftmals aus diesen abgeleitet) Geschichten über Demokratie oder demokratische Konflikte, Ereignisse und auch Kämpfe an sich (Französische Revolution, 1968, 1989). Je nachdem, welche Geschichten in welcher Form regelmäßig re-artikuliert werden, ergeben sich für aktuelle soziale Bewegungen Handlungsoptionen, Begründungsoptionen für Forderungen, Deutungsmuster für eigenes und „gegnerisches“ Handeln und nicht zuletzt Konzepte des Selbst. Entscheidend ist hierbei nicht nur der Umstand, dass diese Geschichten erzählt werden, sondern auch die Form ebenjener Erzählungen. In Kapitel 6.2 wurde schon die inspirierende und motivierende Kraft von Geschichten angedeutet. Im Hinblick auf Bewegungen findet sich dieser Punkt wieder. So gehört die Geschichte der Bürgerrechtsbewegung mittlerweile zum Kern der Gesamtgeschichte amerikanischer Demokratie. Viele Deutungen dieser Bewegung tendieren jedoch dazu, die Bewegung als besonderen Fall der Geschichte und Ausdruck eines heldenhaften Akteurs zu machen. So erhält die Bürgerrechtsbewegung einen – nicht zu verwehrenden – Platz in der übergeordneten Narration, wird aber so gedeutet, dass nicht ein immer währender kritischer, mobilisierender und radikaler Impuls entsteht.

Die Frage des Erfolgs einer Bewegung ist entsprechend nicht nur die Konsequenz der Selbstbeschreibung der Bewegung (siehe oben), sondern just zum Zeitpunkt einer erfolgreichen gegenhegemonialen Intervention wird die soziale Bewegung zum Gegenstand neuer, deutender Geschichten, die jedoch nun im allgemeinen Diskurs und maßgeblich durch Muster der dominanten Formation geprägt sind. Im Falle des Erfolgs wird also die Frage der Deutung des Erfolgs (Umfang, welche Gründe, welche Auswirkungen, gut oder schlecht) der Bewegung entzogen und in die Hände der diskursiven Gemeinschaft gelegt. Nichtsdestotrotz bleibt die Frage des Erfolgs entscheidend für das gegenwärtige und zukünftige Handeln von Bewegungen, sodass sich der ermöglichende und begrenzende Rahmen von Bewegungshandeln teilweise aus Prozessen ableitet, auf die Bewegungen nur bedingt Einfluss haben.

Viele dieser demokratischen Geschichten sind so tief im Korpus der Kulturen verankert, dass allein eine Andeutung oder implizite Referenz auf ein Symbol hinreichend ist – Fine nennt dies Meta-Narrative (2002: 237). Die Kenntnis und passgenaue Anwendung dieser Meta-Narrative ist wichtige Bedingung für erfolgreiche diskursive Strategien – zugleich ist bei Meta-Narrativen die intuitiv-sinnhafte Verknüpfung, also die dominante Lesart besonders wichtig. Beispielsweise ist eine Sitzblockade auch in angedeuteter Form ein wirkungsvolles Protestmittel, solange dieses Mittel automatisch als Teil des grundsätzlich legitimen gewaltfreien Widerstandes dekodiert wird und nicht als terroristischer Akt. Wenn demnach gegenhegemoniale Symbole zum Teil der Meta-Narrative werden und damit zum Set normaler, legitimer Artikulationsformen gehören, kann dies die strategische Lage gegenhegemonialer Interventionen verbessern.

Geschichten sozialer Bewegungen und demokratische Geschichten gehen demnach ineinander über: Soziale Bewegungen re-artikulieren bestehende gegenhegemoniale Erzählmuster, verweisen auf bestehende Geschichten vergangener demokratisch-gegenhegemonialer Interventionen und sind nicht zuletzt selbst Objekt der Geschichtsschreibung durch die allgemeine Diskursivität. Die Existenz gewichtiger Erzählungen von sozialen Bewegungen im Geschichtskorpus einer Gesellschaft ist dabei ein wichtiger, empirisch durchaus fassbarer Gradmesser für die strategischen Bedingungen sozialer Bewegungen.

Gegenstand des vorliegenden Kapitels ist es, exemplarische Beispiele gegenhegemonialer Praxis zusammen zu tragen, die in der Summe das einzelne gegenhegemoniale Projekte strategisch stützen. Das Beispiel der Narrationen hat illustriert, dass Geschichten als Artikulationsmuster wichtige Elemente der Genese von Sinn darstellen. Bewegungsnarrative stellen dabei eine Sonderform dar, die darauf ausgerichtet ist, Alternative soziale Ordnungen denkbar zu machen und Subjekte zu mobilisieren. Je mehr diese Muster der Bewegungsnarrative allgemein bekannt und akzeptiert sind, umso eher erscheint ein einzelnes gegenhegemoniales Projekt seine Forderungen

erfolgswahrscheinlich artikulieren zu können. Im nun folgenden Kapitel soll untersucht werden, ob und wie sich ebenjene gegenhegemonialen Artikulationsmuster im historischen Apriori des demokratischen Diskurses etablieren konnten.

7.4 Das historische Apriori demokratisch-gegenhegemonialer Praxis

An dieser Stelle soll die Frage untersucht werden, ob es jenseits aller Einzigartigkeit spezifischer Bewegungen Aspekte des Phänomens demokratisch-gegenhegemonialer Bewegungen gibt, die immer ähnlich, immer vorhanden und nur unterschiedlich sichtbar sind.

Bewegungsgesellschaft, Bewegungskultur und Bewegungsmilieu

Die zunehmende Etablierung, Pluralisierung und Verstetigung des diskursiven Musters „soziale Bewegung“ wird zumeist entlang der Begriffe Bewegungsgesellschaft (Neidhardt/Rucht 1993) oder Bewegungsmilieu oder -kultur (Melucci 1996) diskutiert. Hierbei werden zwei Argumentationslinien gebündelt, die in ihrer Summe die These einer kontinuierlichen Präsenz von Bewegung begründen sollen:

Erstens scheinen manche gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse Formen gegenhegemonialer Artikulation zu begünstigen. Ausgangspunkt dieses Arguments ist die Beobachtung der Etablierung eines postfundamentalen Weltbildes, also des Abhandenkommens externer Begründungen für Gemeinschaften und Individuen (Nancy 2012: 89). Für Gesellschaften bedeutet dies, dass sie Ordnungsprinzipien und Ziele für demokratische Selbstverwaltung aus sich selbst heraus finden müssen, was per se ein pluraler Prozess ist und Konflikte zwischen dominanten und gegenhegemonialen Formationen nach sich zieht. Soziale Bewegungen sind nach dieser Lesart ein Ausdruck dieser Selbstgenese moderner demokratischer Gesellschaften.

Für Individuen hat ein derartiges Phänomen zur Folge, dass es immer weniger in feste soziale Sinninformationen integriert ist und die eigene Subjektivität zunehmend prekär erlebt. Diese Individualisierung einer Gesellschaft hat einerseits einen erheblichen Effekt auf die Pluralisierung von Gesellschaft (mit entsprechenden Effekten für eine demokratische Ordnungen, siehe oben) und schafft zudem andererseits ein wachsendes Bedürfnis nach sinnhaften, attraktiven Subjektpositionen bei den Individuen (Neidhardt/Rucht 1993: 314). Die von Melucci beschriebenen Prozesse der Genese kollektiver Identität setzen hier an und werden entsprechend im Verlauf des Prozesses zunehmender Individualisierung ein immer wichtigerer Aspekt an sozialen Bewegungen.

Das Bedürfnis der Selbstgenese demokratischer Gesellschaften sowie der Mangel an Einbettung in kollektive Identität und klare Rollenmuster bei individualisierten Subjekten führen dazu, dass gegenhegemoniale Sinnprojekte in einer Bewegungsgesellschaft eine wichtige diskursive Funktion

erfüllen. Diskursive Dynamiken moderner Demokratien neigen nach dieser Lesart zur Artikulationsform sozialer Bewegungen. Dieser kontingente diskursive Veränderungsprozess, der sich eher auf der Ebene der Form diskursiver Muster abspielt, kann im Sinne eines steigenden Potentials demokratisch-gegenhegemonialer Projekte interpretiert werden.

Das grundsätzliche diskursive Potential wird zweitens konkretisiert durch eine reichhaltige Fülle bewegungstypischer Artikulationsmuster, die den Subjekten in der Gegenwart zur Verfügung stehen. Teil des historischen Aprioris aktueller Demokratien ist also eine verstetigte und dynamische Bewegungskultur. Der Begriff der Bewegungskultur beschreibt dabei die Präsenz, Verfügbarkeit und Legitimität von bewegungstypischen Artikulationsmustern sowie eine diskursive Umgebung, die sozialen Bewegungen förderlich ist (Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit, keine Repression, aktive Förderung bürgerschaftlichen Engagements, stützende Institutionen (Kirchen, Gewerkschaften, Stiftungen), Kommunikationsinfrastruktur) (Neidhardt/Rucht 1993: 315).

Ausgehend von derartigen Bedingungen ist in manchen Demokratien eine sozial-diskursive Institutionalisierung von sozialen Bewegungen zu beobachten, durch die soziale Bewegungen ebenjene förderlichen Bedingungen verstärkt selbst sichern. In diesem Fall kann ein Bewegungsmilieu mit eigener organisatorischer Kontinuität, eigenen Kommunikationskanälen, eigenen Ritualen, Rollen- und Handlungsmustern und einem recht geschlossenen und kontinuierlichen sozialen Netzwerk beobachtet werden (Neidhardt/Rucht 1993: 316; Melucci 1996: 291). Aus Bewegungsmilieus gehen wiederum besonders gut neue Mobilisierungsimpulse in Form neuer demokratischer Bewegungen hervor. Letztere sichern neuerlich die Kontinuität der gegenhegemonialen Artikulationsmuster und lassen diese sukzessive in die Gesellschaft hinein diffundieren.

In der allgemeinen Formation der Bewegungspraxis ist das Bewegungsmilieu die eher unmittelbare Form der Verknüpfung kontinuierlicher diskursiver Strukturen mit konkreten sozialen Bewegungen. Bewegungskultur und Bewegungsgesellschaft drücken demgegenüber Phänomene einer diffusen Präsenz, Verfügbarkeit und Legitimität gegenhegemonialer Artikulationsmuster aus, die sich als Element des gegenhegemonialen Moments der Demokratie auf vielen Wegen in den Diskurs eingeschrieben haben. Sie bilden als gegenhegemoniale Langzeitstrukturen die diffuse Seite der gegenhegemonialen Praxis. Diese diffuse Seite ist dabei mehr als nur die Geschichte erfolgreicher Bewegungen – unendlich viele gegenhegemoniale Artikulationen, etwa die „Spuren der Besiegten“ unzähliger nicht erfolgreicher, teilweise nieder geschlagener Proteste (Haasis 1984), haben sich in den historischen Diskurs Demokratie eingeschrieben und prägen in ihrer Summe die Artikulationen der Gegenwart.

Historische Kontinuität von Aktionsformen

In der Einleitung seines Buches *The Contentious French* beschreibt Tilly (1986: 2) einen Nachmittag der Recherche in einem französischen Archiv. Er ist auf der Suche nach Dokumenten über Aufstände im 17. Jahrhundert. Während der Lektüre über diese historischen Aufstände beobachtet er eine Demonstration, die in der Gegenwart auf der Straße vor dem Archiv vorüber zieht. Beide sozialen Ereignisse kollektiven Handelns – vor dreihundert Jahren und in der Gegenwart – erscheinen trotz der immensen zeitlichen Distanz ähnlich. Demonstrationen sind dabei nur ein besonders öffentlich sichtbare Elemente eines breiten Repertoires gegenhegemonial ausgerichteter Artikulationen, bestehend aus argumentativen Formen, Ideen, rhetorischen Mustern und Figuren, symbolischen Orten, Gesten oder Verhalten, Subjektpositionen und Rollen, die in ihrer Summe für gegenwärtige gegenhegemoniale Artikulationen ein kulturelles Reservoir bilden.

Tilly arbeitet in seiner äußerst detailreichen Studie zwei wesentliche Aspekte konflikthaften Verhaltens heraus: erhebliche Kontinuität und wenige, aber signifikante Momente der Diskontinuität: Primär kann eine beachtliche Kontinuität jener Artikulationsmuster beobachtet werden, die in den vergangenen Jahrhunderten genutzt wurden, um gegenhegemoniale Forderungen zum Ausdruck zu bringen (Tilly 1986: 390; Buechler 2000: 4). Seit der Französischen Revolution finden sich vor allem Varianten des modernen Repertoires kollektiven gegenhegemonialen Handelns: Streiks, Boykotte, Barrikaden, Besetzungen, öffentliche Kundgebungen, Petitionen oder Demonstrationen (Tilly 1986: 393; della Porta, Diani 2010: 169). Diese gegenhegemonialen Artikulationen sind als Muster durch folgende Charakteristika geprägt (Tilly 1986: 393):

- Sie verfügen hinsichtlich ihrer Argumentationsmuster oder des initialen Impulses über eine relativ klare Autonomie gegenüber staatlich-politischen Autoritäten.
- Die protestierenden Menschen stellen sich als Repräsentanten wichtiger, zumeist übergeordneter Interessen dar.
- Gegenüber staatlich-politischen Autoritäten sind die Proteste zumeist antagonistisch ausgerichtet.
- Forderungen werden oftmals in deliberierenden Versammlungen generiert und ausgearbeitet.
- Die Darstellung von Programmen, Slogans und Zeichen erfolgt im Lichte einer Zugehörigkeit zur Gemeinschaft bzw. als Referenz auf das Gemeinwohl.
- Kollektives Handeln erfolgt primär im öffentlichen Raum.

Diese Kontinuität im Repertoire kollektiven Handelns geht so weit, dass sich Tilly überrascht zeigt, warum das Maß der Abweichung vom bekannten kulturellen Muster so gering ist (1986: 4).

Proteste und soziale Bewegungen neigen zum Verbleiben in bekannten kulturellen Mustern, obwohl eine signifikante Abweichung – so die Vermutung von Tilly – erheblich größeren Effekt der gegenhegemonialen Artikulation nach sich ziehen könnte. Nun ist Abweichung aber – dies hat die bisherige Diskussion gezeigt – mit erheblichen Risiken fehlerhaften Dekodierens des Sinnprojekts versehen. Darüber hinaus ist Varianz auch nur bedingt möglich. Artikulationen bewegen sich im Regelfall innerhalb des Feldes bekannter kultureller Muster – die beobachtbare Kontinuität ist entsprechend ein empirischer Hinweis auf die Prägekraft des historischen Aprioris des Diskurses. Nicht zuletzt muss eine Abweichung passgenau zum Kontext sein und dieser Kontext hat sich seit der Französischen Revolution im Hinblick auf das demokratische Projekt entwickelt, jedoch nicht – im Sinne es ganz Anderen, also des Wechsels von Horizont und sozialer Ordnung – absolut verändert.

Letztgenannter Punkt verweist auf die oben genannten wenigen Momente der Diskontinuität. Nach Tilly findet sich im Rahmen des 18. Jahrhunderts das neue Entstehen von Nationalstaaten und darüber hinaus ein signifikanter Wandel in der Form des sozialen Zusammenlebens (Urbanisierung, Industrialisierung, Verbreitung des Kapitalismus). Hier wäre sicherlich auch der Übergang der Begründungsformen sozialer Ordnung zu nennen – primär repräsentiert durch die Etablierung des demokratischen Prinzips (siehe oben). Dieser recht klare Bruch führt über mehrere Stationen (1789, 1848) zu einem Wandel in den Formen sozialer Organisation bzw. kollektiver Aktion: das Repertoire kollektiven Handelns hat sich verändert – ein neues, wiederum recht begrenztes Repertoire kollektiven Handelns im Kontext der sich nun etablierenden Demokratie (Tilly 1986: 390).

Innerhalb dieses Repertoires ergeben sich sehr wohl immer wieder Anpassungen an sich verändernde Kontextbedingungen bzw. sie müssen sich ergeben, um das gegenhegemoniale Praxismuster an sich verändernde diskursive Konstellationen anzupassen und so wirkungsmächtig zu erhalten. Dass führt innerhalb des Repertoires zu Unterschieden in den verschiedenen nationalstaatlichen Kontexten oder den verschiedenen Bewegungen – aus dem Repertoire werden zumeist Elemente ausgewählt, die sich in den Suchbewegungen einer im Entstehen begriffenen Bewegung als wirkungs- und resonanzfähig erwiesen haben (Rucht 1990: 165). So entsteht in der Summe aller sozialen Bewegungen ein sehr heterogenes Bild kollektiven Handelns – die Grundlogik und das gemeinsame Repertoire demokratisch-gegenhegemonialer Bewegungen bleibt jedoch bestehen – solange sich der diskursive Kontext nicht fundamental ändert.

7.5 Zwischenbetrachtung

Ziel des vorliegenden Kapitels war es, mit Hilfe passgenauer Ansätze der Bewegungsforschung ein tieferes Verständnis sozialer Bewegungen als typische gegenhegemoniale Projekte und der gegenhegemonialen Praxis als strategischer Ressource einzelner sozialer Bewegungen zu entwickeln.

Ein tieferes Verständnis sozialer Bewegungen konnte insbesondere hinsichtlich der grundsätzlichen strategischen Ausrichtung gegenhegemonialer Projekte erarbeitet werden. Die Arbeiten aus der Bewegungsforschung haben die Wichtigkeit der produktiven Dimension diskursiver Strategien unterstrichen. Die Etablierung des gegenhegemonialen Projekts als konkrete und komplexe Alternative sozialer Ordnung ist entscheidend für den Status einer erfolgswahrscheinlichen Herausforderung der dominanten Formation. Die Arbeiten zur Identität sozialer Bewegungen haben zudem illustriert, dass aus der spezifisch-gegenhegemonialen Form der Entwicklung einer Identität wesentliche dekonstruierende Impulse und damit die Chance auf diskursive Veränderungsdynamiken im Sinne der Transformation der dominanten sozialen Ordnung erwachsen.

Details zur gegenhegemonialen Praxis als strategische Ressource für einzelne soziale Bewegungen wurden zunächst auf der Ebene spezifischer Formen der Artikulation illustriert. Die Diskussion von Narrativen hat gezeigt, dass es bestimmte diskursive Artikulationsmuster gibt, die auf die spezifische Praxis gegenhegemonialer Projekte ausgerichtet sind und den einzelnen gegenhegemonialen Projekten als Ressource zur Verfügung stehen. Im Falle der Bewegungsnarrative handelt es sich um eine typische Form der Kommunikation von Bewegungsforderungen. Kern dieses Musters ist die Ausrichtung auf die Plausibilisierung alternativer sozialer Ordnungen und die Mobilisierung von Subjekten. Je mehr dieses Muster des Bewegungsnarrativs allgemein akzeptiert und verstanden wird, umso einfacher können konkrete gegenhegemoniale Projekte auf diese Artikulationsmuster zurück greifen und sie erfolgreich in modifizierter Form re-artikulieren. Jenseits des konkreten Falls der Narration kann demnach davon ausgegangen werden, dass sich im Diskurs vielfältige gegenhegemoniale Artikulationsmuster befinden. Die Präsenz und Akzeptanz dieser Muster ist dabei abhängig von ihrer Re-Artikulation durch vergangene und gegenwärtige gegenhegemoniale Projekte.

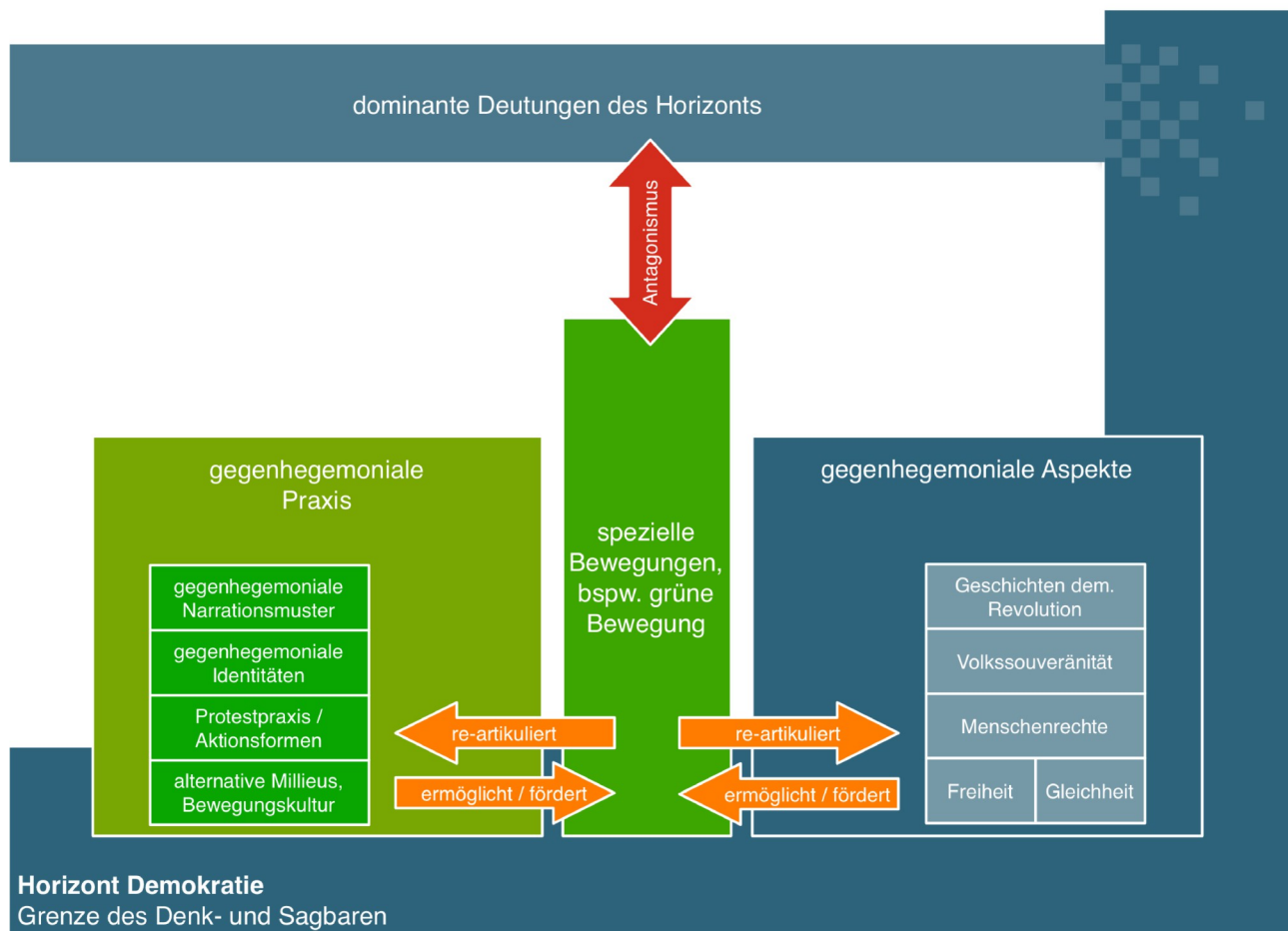
Die Diskussion des historischen Aprioris demokratisch-gegenhegemonialer Projekte konnte unterstreichen, dass sich ebenjene gegenhegemonialen Artikulationsformen innerhalb eines historisch gewachsenen und nunmehr kontinuierlich präsentem Bewegungsmilieu etabliert haben. Es bestehen in diesem sehr spezifischen Netzwerk eigene Formen organisatorischer Kontinuität, eigene Kommunikationskanäle, eigene Rituale, Rollen- und Handlungsmuster sowie ein recht geschlossenes und kontinuierliches Netzwerk sozialer Interaktionen. Ein derartiges Milieu ist

wiederum idealer Ursprung neuer gegenhegemonialer Projekte, welche neuerlich die Kontinuität und Verbreitung der gegenhegemonialen Artikulationsmuster sichern.

Im Anschluss an die Ergebnisse des Kapitels kann argumentiert werden, dass die einzelnen sozialen Bewegungen wesentlicher, entscheidender Garant der Re-Artikulation der gegenhegemonialen Praxis sind. Entsprechend kann das historische Apriori gegenhegemonialer Artikulationspraxis nur bedingt als unabhängige diskursive Kontinuität beschrieben werden. Insofern kommt, wie schon das Kapitel 6, die hier geführte Untersuchung der gegenhegemonialen Praxis zu dem Schluss, dass beide Elemente des gegenhegemonialen Moments der Demokratie – gegenhegemoniale Aspekte des demokratischen Horizonts und gegenhegemoniale Praxis – sehr eng und wechselseitig aufeinander bezogen und voneinander abhängig sind. Die Transmissionsriemen zwischen beiden eher latenten diskursiven Mustern sind – wie in Abbildung 5 skizziert – konkrete gegenhegemoniale Projekte, die sowohl gegenhegemoniale Aspekte des demokratischen Horizonts als auch übergeordnete, dauerhafte Elemente gegenhegemonialer Praxis re-artikulieren und dadurch verstetigen. Gleichzeitig werden genau diese speziellen gegenhegemonialen Projekte durch die Elemente des gegenhegemonialen Moments der Demokratie in ihrer diskursiven Geltungskraft erst ermöglicht und gefördert.

Im Sinne der Argumentation kann das gegenhegemoniale Moment der Demokratie demnach nur dann angemessen analysiert werden, wenn konkrete Fallbeispiele sozialer Bewegungen – wie im Kapitel 9 die grüne Bewegung – vor dem Hintergrund des hier entwickelten Modells gegenhegemonialer Projekte und der Idee des gegenhegemonialen Moments der Demokratie betrachtet werden (vgl. Abbildung 5).

Abbildung 5: Das gegenhegemoniale Moment der Demokratie



Quelle: Eigene Darstellung

Abschnitt III: Analyse demokratisch-gegenhegemonialer Projekte

In der vorliegenden Arbeit wurden im ersten Abschnitt mit Hilfe des diskurs- und

hegemonietheoretischen Ansatzes ein Modell von Demokratie und ein erstes Verständnis der strategischen Konstellation „gegenhegemonial“ entwickelt. Der zweite Abschnitt konzentrierte sich auf *demokratisch*-gegenhegemoniale, also im Rahmen des demokratischen Horizonts artikulierte und auf diesen identitär bezogene, gegenhegemoniale Projekte. Entscheidend für diese Projekte sind die hemmenden und fördernden Aspekte des historischen demokratischen Diskurses und weitere Determinanten der diskursiven Umwelt (Staatlichkeit, Öffentlichkeit).¹¹⁵

Der nun folgende Abschnitt drei dient der Analyse eines konkreten Beispiels gegenhegemonialer Projekte. Zunächst werden in Kapitel 8 die bisherigen Argumentationsschritte vereinigt, systematisiert und zu einem Analysemodell verdichtet. Ziel ist hierbei ein Schema, das für die wesentlichen Determinanten gegenhegemonialer Projekte sensibel ist und mit Hilfe dessen unterschiedliche gegenhegemoniale Projekte in verschiedenen Entwicklungsphasen systematisch und vergleichbar analysiert werden können. Die Entwicklung des Analyseschemas dient damit der Vorbereitung der sich anschließenden Analyse der grünen Bewegung in Kapitel 9.

8. Analysemodell demokratisch-gegenhegemonialer Projekte

Bei dem Konzept demokratisch-gegenhegemonialer Projekte handelt es sich im Kern um eine Idee einer spezifischen strategischen Konstellation von Dominanz und auf diese bezogene subaltern-gegenhegemoniale Interventionen. Es wird argumentiert, dass diese Konstellation von besonderer Signifikanz für diskursive Veränderungsdynamiken ist, in Demokratien ein regelmäßiges

¹¹⁵ Vgl. Kapitel 4, Kapitel 5 und Kapitel 6.

Phänomen darstellt und daher von beträchtlicher Bedeutung für die spezifische Identität der Gemeinschaften ist.

Die vorliegende Arbeit versteht sich als theoriegeleitete Analyse: Auf Basis eines theoretisch komplexen Modells soll ein konkretes Phänomen analysiert werden. Die Ergebnisse dieser Analyse werden wiederum in die Entwicklung des theoretischen Modells zurück gespielt, sodass letztlich eine enge Interaktion von Theorie und Analyse die Untersuchung auszeichnet. Das Ziel des Kapitels 8 ist es, die theoretische und teilweise schon empirisch geführte Diskussion der bisherigen Abschnitte innerhalb eines Analyseschemas zu systematisieren. Dieses Schema soll die wesentlichen Charakteristika eines gegenhegemonialen Projekts umfassen, analytisch greifbar machen und nicht zuletzt die Verknüpfung der sich anschließenden Untersuchung des Fallbeispiels in Kapitel 9 mit Analysen weiterer Beispiele gegenhegemonialer Projekte ermöglichen.

Das Kapitel ist dabei wie folgt strukturiert: In Kapitel 8.1 werden die Kerncharakteristika gegenhegemonialer Projekte vor dem Hintergrund der in Abschnitt zwei geführten Diskussion des diskursiven historischen Apriories skizziert. Kapitel 8.2 entwickelt ein systematisches Analyseschema gegenhegemonialer Projekte.

8.1 Kerncharakteristika gegenhegemonialer Projekte

Verhältnis zur dominanten Ausdeutung des demokratischen Horizonts

Das Attribut „gegenhegemonial“ begründet sich durch das Verhältnis eines hegemonialen Projekts zur dominanten Ausdeutung des demokratischen Horizonts. Es ist gegenhegemonialen Projekten vorbehalten, sich gegenüber einer dominanten, das Soziale prägenden diskursiven Formation explizit und offensiv als Alternative zu artikulieren – sie also überwinden zu wollen. Zugleich sind gegenhegemoniale Projekte über ihre antagonistische Identität in Form eines existentiellen Widerspruchs an ebenjene dominante Formation gebunden: *ohne dominante diskursive Formation kein gegenhegemoniales Projekt.*

Aus dem Verhältnisses zwischen dominanter Formation und gegenhegemonialen Projekten folgt ein grundsätzlicher diskursiver Nachteil, denn gegenhegemoniale Artikulationen sind offensichtlich anders als die etablierten, bekannten und dominanten Grundmuster des Sozialen.

Relationales Charakteristikum

Letztlich kann ein gegenhegemoniales Projekt nur als relationales Phänomen verstanden werden. Dies wird in Abgrenzung zu den folgenden anderen Definitionsansätzen deutlich:

Zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt mögen bestimmte *Formen* (z. B. Soziale Bewegungen und entsprechende Formen der Artikulation, sozialer Interaktion) als demokratisch-gegenhegemoniale Projekte vorherrschen. Diese kontingente diskursive Form ist jedoch nicht hinreichend, um alle denkbaren und ggf. auch beobachtbaren gegenhegemonialen Projekte zu erfassen. In anderen historischen oder strategischen Konstellationen könnten also auch andere diskursive Formen als gegenhegemonial gelten.

Ähnlich verhält es sich hinsichtlich *spezifischer diskursiver Strategien*. Auch hier können Aussagen getroffen werden, welche Strategien im hegemonietheoretischen Modell eher als gegenhegemoniale Strategien gefunden werden. Letztlich sind aber alle diskursive Strategien bei hegemonialen und gegenhegemonialen Projekten denkbar und daher wahrscheinlich auch beobachtbar.¹¹⁶

So bleibt letztlich nur die relationale Positionierung eines demokratisch-gegenhegemonialen Projekts im Verhältnis zur dominanten Ausdeutung von Demokratie. Die offensive Herausforderung des dominierenden Sinnprojekts und damit der äußerst prekäre strategische Status sind im hier vorgetragenen Verständnis das wesentliche Charakteristikum gegenhegemonialer Projekte.

Das Attribut „gegenhegemonial“ ist also abhängig von einer spezifischen diskursiven Konstellation und wird einem Projekt nicht dauerhaft verliehen. So wird auch das Phänomen des Übergangs zwischen hegemonialen und gegenhegemonialen Projekten dynamisch fassbar.

Nicht zuletzt kann die Kategorie „gegenhegemonial“ als Beschreibung eines Phänomens der Dominanz und Überwindung von Dominanz bestimmten diskursiven Formationen nur schwerlich abschließend zugeordnet, sondern allenfalls plausibel gemacht werden.¹¹⁷ Dominanz ist ein Phänomen mit sehr unterschiedlichen Charakteristika – sie kann in Form von Unterdrückung oder aber als Prinzip höchst dynamischer und relativ freier Führung beobachtet werden. Dominanz kann von verschiedenen diskursiven Kontexten aus unterschiedlich wahr genommen und damit auch konstruiert werden. Dominanz ist im Sinne dieser Arbeit darüber hinaus keine normative, beispielsweise per se undemokratische Kategorie (sofern Dominanz grundsätzlich problematisiert und mit erfolgswahrscheinlichen Alternativen konfrontiert werden kann). Wenn demnach aus der Perspektive des Modells gegenhegemonialer Projekte dominante Formationen beschrieben werden, dann erfolgt dies in einem Umfeld sehr unterschiedlicher, strategisch begründeter weiterer Konstruktionen von Dominanz. Insofern ist Zurückhaltung gegenüber der vorschnellen Übernahme derartiger Ideen von Dominanz geboten. Das Analyseschema folgt daher als Einstieg in eine Untersuchung den Konstruktionen von Dominanz durch gegenhegemoniale Projekte, nimmt diese anschließend als Ansatzpunkt für die Anwendung weiterer analytischer Kriterien. Letztlich geht es in dieser Untersuchung jedoch nicht um die Bewertung von diskursiver Dominanz, sondern um die

¹¹⁶ Vgl. Kapitel 3.4.

¹¹⁷ Vgl. Kapitel 3.1.1.

Frage, wie durch die Konstruktion und Problematisierung von Dominanz diskursive Veränderungsdynamiken bewirkt werden können.¹¹⁸

Verhältnis zum demokratischen Horizont

Die Definition gegenhegemonialer Projekte als relationales Phänomen soll eine offene Analyse gegenhegemonialer Dynamiken und Impulse ermöglichen. Im Rahmen dieser Untersuchung wurde eine weitere Eingrenzung vorgenommen, die sich durch die historische Entwicklung des Diskurses begründet: Es wird angenommen, dass im Rahmen des demokratischen Diskurses insbesondere *demokratisch*-gegenhegemoniale Projekte für signifikante diskursive Veränderungsdynamiken verantwortlich sind und es damit häufiger schaffen, ihre strategisch prekäre Situation zu überwinden. Demokratisch-gegenhegemoniale Projekte haben ein antagonistisches Verhältnis zur dominierenden Konkretisierung des Projekts Demokratie – sie sind aber zugleich eng verknüpft mit weiteren Knotenpunkten des demokratischen Horizonts (beispielsweise Volkssouveränität, Menschenrechte, Freiheit oder Gleichheit). Diese Verknüpfung hilft, das eigene Projekt zu legitimieren. Durch den Verweis auf gegenhegemonial wirkende Knotenpunkte wie Menschenrechte oder Volkssouveränität im demokratischen Diskurs werden ebenjene Knotenpunkte weiterhin präsent gehalten, sodass sich auch folgende Projekte weiterhin legitimieren und stabilisieren können. In diesem Sinne werden – demokratiethoretisch betrachtet – demokratisch-gegenhegemoniale Projekte zum wesentlichen Kriterium der demokratischen Qualität einer Demokratie.

Historisch-diskursive Einbettung

Aufgrund des relationalen Charakters des Attributs „gegenhegemonial“ kommt der historisch-diskursiven Einbettung eine zentrale Rolle zu. Dabei können mehrere Dimensionen unterschieden werden, die in ihrer Summe ein spezifisches gegenhegemoniales Projekt zu einem spezifischen Zeitpunkt charakterisieren.

Erstens ist ein gegenhegemoniales Projekt im höchsten Maße abhängig von der dominierenden diskursiven Ordnung. Dies kann dazu führen, dass Projekte, die aktuell als gegenhegemonial gehandelt werden, in wenigen Jahrzehnten als dominierende Formation selbst zum Gegenstand eines gegenhegemonialen Projekts werden. Es ist also abhängig vom diskursiven Kontext, welche Forderung mit dem Attribut gegenhegemonial beschrieben werden kann. Etwas anders gestaltet sich dies bei der Form gegenhegemonialer Artikulationen – hier hat sich gezeigt, dass bestimmte Muster im demokratischen Diskurs gegenhegemonialer Artikulationspraxis förderlich sind bzw.

¹¹⁸ Es kann jedoch angenommen werden, dass ein erfolgreich etabliertes gegenhegemoniales Projekt im Regelfall eine dominante Formation konstruiert hat, deren Charakteristika von vielen diskursiven Knotenpunkten als plausibel eingestuft werden. Dies kann als Indiz für die grundsätzliche Passgenauigkeit dieser Konstruktion von Dominanz gewertet werden. Daher argumentiert diese Arbeit auch, dass durch die Analyse gegenhegemonialer Projekte signifikante diskursive Veränderungsdynamiken und Muster sozialer Ordnung abgelesen werden können.

diese prägen.¹¹⁹

Zweitens wird ein gegenhegemoniales Projekt von der komplexen diskursiven Lage als Ganzes geprägt – also: dominierende Formationen und umliegende, assoziierte Hegemonien, weitere gegenhegemoniale Projekte, Status von (relativ) eigenständigen diskursiven Formationen mit spezifischen Funktionen (Staatlichkeit, Öffentlichkeit). In der Summe ist ein gegenhegemoniales Projekt also nur vor dem Hintergrund und unter Berücksichtigung zahlreicher Artikulationen bzw. Sinnprojekte zu begreifen, die über ein Modell von Demokratie als Konstellation konkurrierender Hegemonien und hegemonialer Projekte fassbar gemacht werden sollen.

Drittens hat sich im demokratischen Diskurs ein Muster gegenhegemonialer Artikulation heraus gebildet, welches aktuell die strategischen Bedingungen gegenhegemonialer Projekte partiell verbessert und diese entsprechend stark prägt. Konkret handelt es sich um Protestformen, Argumente und Symbole, die zu einem bestimmten Zeitpunkt als gegenhegemonial verstanden und akzeptiert werden – beispielsweise das Camp als Protestform seit den Occupy-Protesten. Das vermehrte Auftauchen und der relative Erfolg dieser spezifischen Form demokratisch-gegenhegemonialer Projekte ist also darauf zurück zu führen, dass bei Übernahme des spezifischen Musters Re-Artikulationen und damit die Etablierung im demokratischen Diskurs wahrscheinlicher werden. Andere gegenhegemoniale Projekte sind grundsätzlich denkbar, aber aktuell eher von marginaler Bedeutung.

Das als gegenhegemoniales Moment der Demokratie bezeichnete Muster besteht einerseits aus den Aspekten des demokratischen Diskurses, die gegenhegemoniale Artikulationen legitimieren und in ihrer Wirkung potenzieren. Zugleich findet sich in vielen Demokratien eine fortwährende Praxis gegenhegemonialer Projekte (andere soziale Bewegungen, alternative Identitäten, Gemeinschaften, Medien, etc.). Die allgemeine Kontinuität gegenhegemonialer Projekte ist ein wichtiger Faktor für die Dauerhaftigkeit der gegenhegemonialen Aspekte im demokratischen Horizont. Gegenhegemoniale Praxis und Gegenhegemoniale Aspekte des demokratischen Horizonts bilden in ihrer Summe das gegenhegemoniale Moment der Demokratie, welches das einzelne demokratisch-gegenhegemoniale Projekte prägt bzw. in dieser Form erst ermöglicht.¹²⁰

Typische strategische Konstellationen

Aus dem hegemonietheoretischen Modell von Laclau und Mouffe, der dort als typisch beschriebenen diskursiven Strategien sowie der Konstellation im Modell von Demokratie können einige typische strategische Konstellationen beschrieben werden. Diese sollten jedoch als analytisches Schema verstanden werden und stellen daher vor allem einen Ansatzpunkt dar, um diskursive Komplexität zu bewältigen. Die Abweichung vom Analyseschema ist also in der

¹¹⁹ Vgl. Kapitel 7.

¹²⁰ Vgl. Abbildung 5.

konkreten Analyse zu erwarten.

Dekonstruierende und produktive Dimension gegenhegemonialer Projekte

Gegenhegemoniale Projekte sind durch zwei Dimensionen diskursiver Strategien charakterisiert.¹²¹ Erstens sind sie explizite und offensive Herausforderer dominanter Formationen und zielen demnach auf die Destabilisierung ebenjener Formationen ab. Diese *dekonstruierende Dimension* wird jedoch durch die *produktive Dimension* ergänzt. Ein gegenhegemoniales Projekt muss demnach eine konkrete und komplexe Alternative sozialer Ordnung formulieren. Aus diesem Status als vollwertiges hegemoniales Projekt erwachsen wiederum viele der oben genannten dekonstruierenden Impulse. Denn die hegemonialen Artikulationen (Antagonismus, leerer Signifikant, Äquivalenzkette, Universalisierung) eines gegenhegemonialen Projekts formulieren eine Idee sozialer Ordnung, die sich als explizite Alternative zur jeweils kritisierten dominanten Formation versteht. Damit geht zwangsläufig ein expliziter Versuch der Destabilisierung der dominanten Formation einher. Demgemäß ist die produktive Dimension diskursiver Strategien notwendige Bedingung und wesentlicher Ursprung für die weiteren dekonstruierenden diskursiven Strategien.

Diskursive Kernstrategien

Grundsätzlich bewegen sich hegemoniale und gegenhegemoniale Projekte immer in der paradoxen Verknüpfung von universellem Geltungsanspruch (Antagonismus) und dem Versuch, möglichst viele Bereiche des Diskurses zu integrieren (Äquivalenz).¹²² Dieses paradoxe Verhältnis lässt sich als Strategie der *integrativen Universalisierung* bezeichnen.¹²³

Verknüpft man beide Strategien mit der Idee von Entwicklungsphasen eines gegenhegemonialen Projekts, so findet sich zunächst ein Ringen um *Repräsentation* im allgemeinen demokratischen Diskurs. Hier erscheinen antagonistisch-universalisierende Strategien besonders zentral. Gehört das gegenhegemoniale Projekt zum erweiterten Feld des imaginären Allgemeinen einer Gesellschaft, so ist vermehrt das zähe Ringen um *Transformation der dominierenden sozialen Ordnung* zu beobachten.

Ausrichtung zur dominanten Formation

Quer zu diesen Kernstrategien liegen die möglichen Beziehungen zur dominanten Formation.¹²⁴ Laut Definition erscheint eine absolute Negation der dominanten Konkretisierung von Demokratie für ein gegenhegemoniales Projekt unumgänglich. Eine derartige absolute Konfrontation ist jedoch durch erhebliche strategische Nachteile geprägt, sodass eher von Teil-Konfrontationen zu

¹²¹ Vgl. Kapitel 3.1 und Kapitel 3.6.2.

¹²² Dies entspricht der Gleichzeitigkeit der diskursiven Logiken der Differenz und der Äquivalenz.

¹²³ Vgl. Kapitel 5.4.

¹²⁴ Vgl. Kapitel 3.6.2.

bestimmten Teilen der dominanten Formation auszugehen ist. Ganz im Sinne der Idee demokratisch-gegenhegemonialer Projekte werden neben der per definitionem essentiellen antagonistischen Beziehungen auch Äquivalenzbeziehungen zu wichtigen diskursiven Elementen (das gegenhegemoniale Moment der Demokratie, andere hegemoniale Formationen) gesucht. In dieser Strategie der Gleichzeitigkeit findet sich wiederum die oben genannte Idee der Strategie einer integrativen Universalisierung wieder.

Erfolg

Eine letzte typische strategische Konstellation ist der Erfolg gegenhegemonialer Projekte.¹²⁵ Grundsätzlich ist bei Sinnprojekten Erfolg eng verknüpft mit der Frage der Etablierung des eigenen Sinnmusters. Im Falle gegenhegemonialer Projekte ist dieses Ziel angesichts der äußerst schlechten strategischen Bedingungen sehr schwierig zu erreichen und zugleich – durch die antagonistische Ausrichtung auf die dominierende Ordnung – als Ziel und im erhofften Effekt von existentieller Bedeutung. Im Idealfall sollen die dominanten diskursiven Muster überwunden werden, indem eine diskursive Veränderungsdynamik angestoßen wird. Dieses Ziel kann jedoch nicht als wissenschaftliches Kriterium für den Erfolg gegenhegemonialer Projekte dienen. Entsprechend muss bei der Analyse ein differenziertes Muster von Erfolg eingeführt werden (vgl. Tabelle 10).

Tabelle 10: Idealtypische Formen des Erfolges gegenhegemonialer Projekte

Idealtypische Formen des Erfolges gegenhegemonialer Projekte
Stabilisierung des gegenhegemonialen Projekts
Status einer Hegemonie begrenzter Reichweite
Krise der dominanten Formation
(Teil-)Ablösung der dominanten Formation

Quelle: Eigene Darstellung

8.2 Analyseschema gegenhegemonialer Projekte

Auf Basis der skizzierten Kerncharakteristika gegenhegemonialer Projekte kann ein Analyseschema entwickelt werden, dessen Ziel ein detailliertes Verständnis gegenhegemonialer Projekte vor dem Hintergrund des erweiterten hegemonietheoretischen Modells ist.

Dabei sind drei erkenntnisleitende Punkte wesentlich:

Erstens wird angenommen, dass eine theoriegeleitete Analyse zu einem verbesserten Verständnis sozial-diskursiver Dynamiken im Allgemeinen und sozialer Bewegungen im Speziellen führt. Entscheidend ist hierbei die Analyse des Erkenntnisgegenstands vor dem Hintergrund eines

¹²⁵ Vgl. Kapitel 3.6.3.

komplexen und dynamischen Modells des Sozialen, das alle wesentlichen Kategorien des Sozialen (Subjekt, Praxis, Diskurs) als diskursiv-hegemoniale Dynamiken fassbar macht.

Zweitens handelt es sich bei gegenhegemonialen Projekten um Phänomene, die zu besonders signifikanten sozial-diskursiven Veränderungsdynamiken führen können, weil sie gerade auf derartige Dynamiken strategisch abzielen. Über die Analyse gegenhegemonialer Projekte ist also ein besseres Verständnis gesamtgesellschaftlichen Wandels bzw. Kontinuität möglich.

Drittens sind gegenhegemoniale Projekte entlang der oben genannten Argumentation wesentliche Bedingung für den demokratischen Status einer Demokratie. Die Analyse ebenjener Projekte wird entsprechend auch zur Analyse von Status, Bedingungen und Gefahren der demokratischen Ordnung.

Analytische Identifikation von dominanter Formation und gegenhegemonialem Projekt

Ausgangspunkt für die Identifikation einer dominanten Formation ist die Zuschreibung von Dominanz durch das zu untersuchende gegenhegemoniale Projekt. Im Anschluss an diese ersten Hinweise sollte analytisch plausibilisiert werden können, dass die betreffende Formation über einen diskursiven Status als allgemein akzeptiertes, natürlich und rational geltendes Prinzip verfügt. Die dominante Formation sollte sich zudem durch eine signifikante Prägekraft für die bestehende soziale Ordnung auszeichnen. Nicht zuletzt sollte eine enge, allgemein akzeptierte und durch vielfältige Re-Artikulationen geprägte Verbindung zentraler demokratischer Symbole und der betreffenden diskursiven Formation vorhanden sein.

Die Identifikation des gegenhegemonialen Projekts setzt am antagonistischen Verhältnis eines hegemonialen Projekts gegenüber einer als dominant beschriebenen Formation an. Auch hier ist demnach die Konstruktionsleistung des gegenhegemonialen Projekts der gewählte Einstieg. Gegenhegemoniale Projekte sind darüber hinaus im Sinne des gewählten Modells dadurch ausgezeichnet, dass sie diskursiv marginalisiert (im Sinne von Reichweite, Äquivalenz zu oder Akzeptanz durch zentrale diskursive Prinzipien und Formationen) sind, historisch entstandene spezifisch-gegenhegemoniale diskursive Muster re-artikulieren und in diese gegenhegemonialen Konstellationen eng integriert sind. Nicht zuletzt artikulieren sie als demokratisch-gegenhegemoniale Projekte eine enge Verknüpfung des eigenen Projekts mit zentralen diskursiven Prinzipien jenseits der Interpretation der als dominant beschriebenen Konkretisierung der Demokratie. Betrachtung verschiedener Phasen und diskursiv-strategischer Konstellationen

Alle weiteren Analyseschritte untersuchen die Entwicklungsgeschichte des zu analysierenden gegenhegemonialen Projekts. Dabei sollten die spezifischen strategischen Bedingungen des gegenhegemonialen Projekts zu bestimmen, für die Entwicklung des gegenhegemonialen Projekts wichtigen Zeitpunkten genauer untersucht werden. Die Unterschiede zwischen den jeweiligen

Beobachtungspunkten lassen Rückschlüsse auf etwaige diskursive Veränderungsdynamiken zu. In den folgenden Punkten wird diese Dimension nicht mehr explizit aufgeführt.

1. Verhältnis zur dominanten Konkretisierung des demokratischen Horizonts

Wie ist die genaue antagonistische Konstellation zur dominanten Ausdeutung des demokratischen Horizonts? Wie ist letztere im Detail aufgebaut? In welchem diskursiven Status befindet sie sich?

2. Verhältnis zum demokratischen Horizont

Gibt es Relationen zu weiteren, nicht unmittelbar durch die dominante Formation geprägten Bereichen des demokratischen Horizonts bzw. Diskurses?

3. Verhältnis zur erweiterten diskursiven Umwelt

Welche Beziehungen gibt es zu weiteren diskursiven Formationen? Wie agiert das gegenhegemoniale Projekt in den Arenen Öffentlichkeit und Staatlichkeit?

4. Verhältnis zur gegenhegemonialen Praxis

Inwieweit ist das gegenhegemoniale Projekt Teil der erweiterten gegenhegemonialen Praxis? Werden bewegungstypische Artikulationsmuster übernommen?

5. Innere Konstellation des gegenhegemonialen Projekts

Wie ist die innere Beschaffenheit des gegenhegemonialen Projekts? Kann von einem geschlossenen Projekt gesprochen werden? Welche unterschiedlichen Beziehungen haben Teile des Projekts zu anderen Elementen des Diskurses?

9. Fallbeispiel: Die grüne Bewegung

„Soziale Bewegungen bringen theoretische Momente hervor. Und historische Konjunkturen verlangen nach Theoretisierung; sie sind entscheidende Momente in der Entstehung und Entwicklung von Theorien“ (Hall 2000a: 45).

Historisch entstandene und sich aktuell abzeichnende diskursive Muster und Dynamiken determinieren die strategischen Bedingungen gegenhegemonialer Projekte. Daher war ein bisheriger Schwerpunkt der vorliegenden Untersuchung, das diskurs- und hegemonietheoretisch

begründete Modell gegenhegemonialer Projekte anhand von Analysen allgemeiner, also für alle gegenhegemonialen Projekte relevanten, diskursiv-historischer Entwicklungslinien zu konkretisieren und detaillierter auszuarbeiten. Der Fokus lag dabei eher indirekt auf speziellen gegenhegemonialen Projekten. Im nunmehr abschließenden Kapitel 9 steht nun die konkrete Diskussion der grünen Bewegung als typisches Beispiel eines gegenhegemonialen Projekts im Mittelpunkt. Die Diskussion des grünen Projekts erfolgt dabei in Form einer theoriegeleiteten Fallbeispiel-Analyse.

Theoriegeleitete Analyse

Der Unterschied der theoriegeleiteten Analyse zum klassischen Verständnis von Fallbeispielen (Flyvbjerg 2006: 220) liegt hierbei in der wesentlich höheren Bedeutung theoretischer Argumente für den Erkenntnisfortschritt¹²⁶, die konkrete Analysestrategie und nicht zuletzt die Ergebnissicherung. Ziel einer theoriegeleiteten Analyse ist demnach eine engere Verknüpfung und Interaktion von theoretischem Modell und Fallanalyse. Auf diesem Weg soll in diesem Abschnitt der Untersuchung die Konkretisierung der bisherigen Diskussion, die erste Prüfung maßgeblicher Annahmen und Argumente des theoretischen Modells und nicht zuletzt die detaillierte und qualitative Weiterentwicklung des Modells ermöglicht werden.

Die Analyse hat dabei einführenden Charakter, soll also die bisherige Diskussion konkretisieren und mögliche weitere Untersuchungen anstoßen. Keinesfalls kann sie als vollständige Analyse eines gegenhegemonialen Projekts interpretiert werden – sie stellt vielmehr eine erste Skizze möglicher Detailanalysen dar. Entsprechend werden nicht alle Aspekte der sehr komplexen, fragmentierten und in sich widersprüchlichen grünen Bewegung (Hajer 2002: 1) berücksichtigt werden können – die Analyse ist also als eine mögliche Narration über die grüne Bewegung aus der Perspektive und zur Illustration des demokratisch-gegenhegemonialen Analysemodells zu verstehen.¹²⁷

Fallauswahl

Im Muster bestehender Typen von Fallstudien nach Flyvbjerg (2006: 230-233) stellt die

¹²⁶ Die höhere Bedeutung theoretischer Argumente unterscheidet die hier entwickelte Idee der theoriegeleiteten Analyse in zwei Aspekten von Analysen des politikwissenschaftlichen Mainstreams: Erstens wird mit einem theoretischen Ansatz operiert, der als allgemeine Theorie des Sozialen und eines erweiterten Verständnis des Politischen den Anspruch hat, einen konkreten sozialen Gegenstand vor dem Hintergrund seiner gesamtgesellschaftlichen Einbettung analysieren zu können. Damit unterscheidet sich das diskurs- und hegemonietheoretische Modell von den in der Politikwissenschaft verbreiteten „Bereichstheorien mittlerer Reichweite“ (Martinsen 2014: 7), die vor allem eine abstrakte Beschreibung des konkreten Analysegegenstands bereit halten. Zweitens ist im Rahmen einer theoriegeleiteten Analyse die Bedeutung theoretischer Argumente für den Erkenntnisfortschritt ungleich höher als in vielen zu beobachtenden politikwissenschaftlichen Ansätzen, die Praxisnähe als zentrales Merkmal der politikwissenschaftlichen Analyse hervor heben und dies oftmals mit expliziter Theorieferne gleich setzen (Martinsen 2014: 7f.).

¹²⁷ Die meisten Beschreibungen beziehen sich dabei auf das deutsche Beispiel. Dryzek et al. (2003) haben am Beispiel der Umweltschutzbewegung eindrucksvoll illustriert, dass Entwicklungen und Konstellationen in einer politischen Gemeinschaft keinesfalls eins zu eins auf andere politische Gemeinschaften übertragen werden können.

Untersuchung der grünen Bewegung einen paradigmatischen Fall dar: Anhand der grünen Bewegung kann besonders deutlich heraus gearbeitet werden, wie demokratisch-gegenhegemoniale Projekte im Mittelpunkt diskursiver Veränderungsdynamiken stehen und zugleich eng mit Teilen des demokratischen Diskurses interagieren. Die Beobachtungen aus diesem paradigmatischen Fall können – so die hier vertretene Annahme – auf andere demokratisch-gegenhegemoniale Bewegungen übertragen und für das breitere Verständnis von Demokratie genutzt werden.

Das hier entwickelte Modell gegenhegemonialer Projekte zielt auf die Analyse diskursiver Projekte, die sich explizit antagonistisch gegenüber einer dominanten Formation positionieren. Angesichts dieses Kriteriums kommt nur eine begrenzte Anzahl an Projekten in Frage – Schwarzmantel argumentiert sogar, dass signifikante Herausforderer der dominanten Formation aktuell eigentlich nur in Form von Geburtshelfern kommender gegenhegemonialer Projekte zu beobachten sind (2008: 163). Konkret nennt er die globalisierungskritische und die grüne Bewegung (Schwarzmantel 2008: 148-164) – eine Selektion, die sicherlich zu eng gefasst ist. Vielmehr finden sich die für gegenhegemonialen Projekte typischen Merkmale¹²⁸ in weiteren sozialen Bewegungen der vergangenen Jahrzehnte, wie beispielsweise der Frauenbewegung oder der Bürgerrechtsbewegung (Rucht/Roth 2008).

Die konkrete Wahl der grünen Bewegung stellt insofern keine qualitative Aussage über die betreffende und andere Bewegungen dar, sondern begründet sich durch die Vermutung besonders kontrastreicher Beobachtungsmöglichkeiten und nicht zuletzt die Verfügbarkeit inhaltlich und analytisch geeigneter Untersuchungen. Die Analyse stützt sich dabei insbesondere auf drei Untersuchungen mit zum hier entwickelten Modell passgenauen Analyseperspektiven. Hajer (2002) untersucht in *The Politics of Environmental Discourse* aus diskursanalytischer Perspektive die Entwicklung und Verbreitung des Projekts der ökologischen Modernisierung. Dryzek et al. (2003) vergleichen in *Green States and Social Movements* die Entwicklung der grünen Bewegung in verschiedenen Ländern. Eine besondere Bedeutung hat dabei der Diskurs zum Umweltschutz, den Dryzek (2005) auch noch einmal gesondert analysiert. Nicht zuletzt findet sich in Doherty's *Ideas and Actions in the Green Movement* (2002) eine Perspektive auf die grüne Bewegung, die besonders sensibel für die strategische Ausrichtung und allgemeine Einbettung in den demokratischen Diskurs ist.

Die konkrete Analyse der grünen Bewegung erfolgt mit Hilfe des in Kapitel 8 entwickelten Analyseschemas. Im Fokus stehen die strategischen Bedingungen der grünen Bewegung als exemplarisches gegenhegemoniales Projekt. In Kapitel 9.1 werden die Grundcharakteristika der

¹²⁸ Merkmale zur Identifikation demokratisch-gegenhegemonialer Projekte sind unter anderem eine relative diskursive Stabilisierung (auf unterschiedlichen Ebenen denkbar), die strategische Positionierung gegenüber der dominanten Formation und nicht zuletzt die Einbettung in das gegenhegemoniale Moment der Demokratie (demokratischer Diskurs und übergeordnete gegenhegemoniale Praxis).

grünen Bewegung skizziert. Im sich anschließenden ersten Analyseschritt wird die Entstehung der grünen Bewegung in den frühen 1970er Jahren und die antagonistische Konstellation zwischen grüner Bewegung und dominanter Formation in den späten 1970er Jahren im Mittelpunkt stehen. Zunächst schildere ich in Kapitel 9.2 einen historischen Überblick und auf dieser Basis werden dann die Entwicklungen aus der Perspektive des Analyseschemas untersucht. Das Analyseschema ist dabei in fünf Punkte unterteilt, die jeweils gewichtige Determinanten gegenhegemonialer Projekte aufgreifen. Entlang der fünf Analysepunkte können Veränderungen deutlich gemacht werden.

In Kapitel 9.3 diskutiere ich auf Basis des Analyseschemas die weitere Entwicklung der grünen Bewegung ab den 80er Jahren. Von besonderer Bedeutung ist in dieser Phase die Entstehung des Projekts der ökologischen Modernisierung. Die Ergebnisse der Analyse werden in Kapitel 9.4 zusammengefasst und dienen anschließend in Kapitel 9.5 der Reflexion und Weiterentwicklung des Ausgangsmodells gegenhegemonialer Projekte.

9.1 Grundlagen der grünen Bewegung

„Statt die Geschichte zu rasch nach ‚Gut‘ und ‚Böse‘ zu sortieren, muss der Umwelthistoriker einen Sinn für die Ironie der Geschichte haben [...]“ (Radkau 2011: 79).

Die von Radkau im Zitat erwähnte Ironie der Geschichte oder des Diskurses zeigt sich im Falle der grünen Bewegung in einigen Entwicklungen: klar gegenhegemoniale diskursive Positionen sind nach einigen Jahrzehnten Teil einer hegemonialen Konstellation geworden, hegemoniale Formationen werden zum Träger ehemals gegenhegemonialer Forderungen, normativ hoch angereicherte Projekte werden im Laufe der Geschichte mit ihrer eigenen Widersprüchlichkeit konfrontiert oder scheitern an der Komplexität und damit der Widerständigkeit der zu regulierenden Gegenstände (Natur, Gesellschaft). Kurzum: der grüne Diskurs ist eine ideale Gelegenheit, um die Möglichkeiten, Entwicklungsphasen, Erfolge und Ambivalenzen demokratisch-gegenhegemonialer Interventionen nach zu verfolgen.

Kerncharakteristika grüner Bewegung

Der Versuch der eindeutigen Charakterisierung des grünen Projekts ist dabei voraussetzungsreich: Zu jedem historischen Zeitpunkt findet sich eine Vielzahl unterschiedlicher diskursiver Projekte unter dem Label Umweltschutz oder „grün“, die um die Konkretisierung des Konzepts ringen. Zugleich erscheinen zu unterschiedlichen historischen Zeitpunkten sehr differente Prinzipien als der dominante Kern des grünen Projekts.¹²⁹ Die Suche nach der Kernbedeutung des grünen Projekts macht also wenig Sinn und entspricht auch nicht dem erkenntnisleitenden Modell. Die

¹²⁹ Eine systematische Analyse der wesentlichen Deutungsprojekte rund um den grünen Diskurs findet sich in Dryzek (2005).

Idee demokratisch-gegenhegemonialer Projekte lädt vielmehr dazu ein, im breiten Portfolio grüner Deutungsangebote jenes Projekt zu analysieren, das beinahe idealtypisch in Kapitel 3.1 ausgeführten Definition demokratisch-gegenhegemonialer Projekte entspricht. Diese *grüne Bewegung* steht am Anfang des breiteren Umweltschutzprojekts (späte 1960er, frühe 1970er Jahre) und im Zentrum vieler gewichtiger Konflikte der Folgezeit.

In Abgrenzung zum allgemeineren Begriff der Umweltschutzbewegung handelt es sich nach Doherty bei der grünen Bewegung um das diskursive Projekt radikaler politischer und sozialer Veränderungen zum Zwecke der Bewältigung der ökologischen Krise (Doherty 2002: 1).¹³⁰ Damit unterscheidet sich die grüne Bewegung von vielen weiteren Projekten innerhalb des Umweltschutzdiskurses, die die ökologische Krise als begrenzt verstehen und Lösungen innerhalb der bestehenden sozialen Ordnung suchen (Dryzek 2005).

Maßgeblich für die grüne Bewegung und ihre Ideologie sind drei Kerncharakteristika (Doherty 2002: 3, 68f.):

Ausgangspunkt des allgemeinen Umweltschutzdiskurses ist die Kritik der Industriegesellschaft, der industriellen Produktion und des damit verbundenen Primats materiellen Wohlstands, Wachstums und Konsums in der Ausrichtung politischer Programme, staatlicher Politik, sozialer Muster und individueller Lebensführung (Dryzek 2005: 13ff.). Speziell im grünen Diskurs wird diese Kritik der Industriegesellschaft zum Kern einer Neubewertung des Verhältnisses von Mensch und Natur. Erstens wird das einseitig dominante Verhältnis der menschlichen Gesellschaft gegenüber der Natur in Frage gestellt. Die Unterordnung der Natur unter die Bedürfnisse des Menschen führt aus der Perspektive der grünen Bewegung zu Handlungen, die die Natur äußerst stark belasten bzw. diese in ihrer Existenz bedrohen.

Diese Grundausrichtung des Verhältnisses Mensch-Natur findet sich vor allem durch die Industriegesellschaft ausgedrückt. Hier wird eine soziale Existenzform reproduziert und gesichert, die das pathogene Mensch-Natur-Verhältnis als Grundmuster hat und fortschreibt. Dryzek et al. formulieren dies wie folgt:

„The very concept of ‚the environment‘ is itself the result of a discursive shift, challenging a previously hegemonic discourse of industrialism“ (Dryzek et al. 2003: 132).

Zugleich lassen sich in der Industriegesellschaft zunehmend Ereignisse beobachten, die das pathogene Mensch-Natur-Verhältnis ausdrücken (Erosion, Naturkatastrophen, Krankheiten, Naturzerstörung). Der zu beobachtende Status der Industriegesellschaft ist demnach nicht nur Ursache, sondern auch Ausdruck des – im Sinne der grünen Bewegung – fehlgeleiteten Mensch-Natur-Verhältnisses. Sie gilt es, durchaus im Sinne einer radikalen, grundsätzlichen Systemkritik,

¹³⁰ Eine ähnliche Unterscheidung zwischen dem breiteren Diskurs (environmentalism) und dem auf signifikante Veränderungen angelegten grünen politischen Projekt (ecologism) findet sich auch bei Dobson (2000: 2).

zu überwinden.

Das zweite Kerncharakteristikum grüner Bewegungen ist nach Doherty (2002: 68f., 71f.) die klassische republikanische Frage der politischen, sozialen oder kulturellen Gleichheit. Das Hinterfragen der menschengemachten Gesellschaft im Hinblick auf die Naturverhältnisse führt zugleich zur Diskussion verschiedenster Formen von Ungleichheit. Materielle oder soziale Ungleichheiten sind dabei nicht nur angesichts des kontingenten Charakters der Gesellschaft zu kritisieren. Sie werden auch als Ursprung fehl geleiteten Umgangs mit der Natur und natürlichen Ressourcen angeführt. Eine ungleiche Gesellschaft ist damit einerseits Ausdruck und andererseits Grund der Verstetigung des ungleichen Verhältnisses von Mensch und Natur.

Eng mit der republikanischen Forderung nach mehr Gleichheit verknüpft ist drittens die Frage der Demokratie und damit speziell der Teilhabe (Doherty 2002: 72f.; Eckersley 1992: 8ff.). Wie die Frage der Ungleichheit ist auch die Frage demokratischer Teilhabe durch die problematische Analyse der bestehenden Industriegesellschaft begründet. Die Unterordnung der Natur unter den Menschen spiegelt sich aus Sicht der grünen Bewegung innerhalb der Industriegesellschaft in Form von sozialer Ungleichheit und unzureichender Beteiligungsmöglichkeiten wieder. Hier wird die enge Verknüpfung der grünen Bewegung mit den neuen Linken der 68er-Bewegung sichtbar.

Die Forderung nach einer Ausweitung von Demokratie und Gleichheit ist dabei die Antwort auf die oben genannte radikale Systemkritik: eine demokratische und gleiche Gesellschaft wird – so die Grundausrichtung der grünen Bewegung – weniger wahrscheinlich die pathogenen Verhältnisse der Industriegesellschaft verstetigen, sondern hilft vielmehr, diese zu überwinden.

Analytische Identifikation von dominanter Formation und gegenhegemonialem Projekt

Zusammengefasst ist die grüne Bewegung durch eine antagonistische Kritik der Industriegesellschaft, der durch sie ausgedrückten Mensch-Natur-Verhältnisse, sowie durch die Forderung nach einem demokratischeren und gerechteren Alternativszenario geprägt. Kern der gegenhegemonialen Ausrichtung der grünen Bewegung ist dabei die Konstruktion und Problematisierung der dominanten Formation. Die industriegesellschaftliche Identität und die Idee liberal-repräsentativer demokratischer Ordnungen werden als Phänomen sozialer Dominanz beschrieben und zugleich offensiv problematisiert. Ausgehend von diesen Konstruktionen als dominante Formationen durch die grüne Bewegung können nun ergänzend die in Kapitel 8.2 angeführten analytischen Kriterien zur Identifikation gegenhegemonialer Projekte und dominanter Formationen angelegt werden.¹³¹

Die grüne Bewegung formuliert aus einer Position diskursiver Marginalisierung und eindeutiger Einbettung in bestehende Bewegungsstrukturen ein komplexes hegemoniales Projekt einer

¹³¹ Zu Details des Verständnisses gegenhegemonialer Projekte vgl. Kapitel 3.1 und Kapitel 3.6.2. Mehr Informationen zur Identifikation dominanter Formationen und gegenhegemonialer Projekte finden sich auch in Kapitel 3.1.1.

alternativen sozialen Ordnung. Letztere ist dabei explizit und offen gegen die kritisierten dominanten Formationen gerichtet. Die produktiven Strategien der Etablierung greifen Elemente der bestehenden dominanten Formation auf (Mensch-Natur-Verhältnis, Selbstverständnis als demokratische Gemeinschaft, Industriegesellschaft als Quelle für das gute Leben), verknüpfen diese mit allgemein etablierten Aspekten des demokratischen Horizonts (Demokratie als Selbstbestimmung einer Gemeinschaft, Gleichheit) und arrangieren sie im Rahmen der eigenen gegenhegemonialen Identität neu. Demnach wird allein durch die Konstruktion einer alternativen Idee sozialer Ordnung die bestehende destabilisiert – produktive Strategien gehen in dekonstruierende Strategien über.

Bei der Konstruktion der dominanten Formation handelt es sich im Falle der grünen Bewegung um eine doppelte Konstruktion zweier miteinander verbundener Phänomene sozial-diskursiver Dominanz. Die liberal-repräsentative Konkretisierung von Demokratie prägte den Diskurs zu Demokratie und galt als allgemein akzeptiertes Prinzip der detaillierten Ausgestaltung demokratischer Ordnungen.¹³² Ähnlich gestaltete sich der Status der Industriegesellschaft zum Zeitpunkt der Entstehung der grünen Bewegung. In Kapitel 2.3.3 wurde auf die enge Verbindung von sozialer Marktwirtschaft als Form wirtschaftlicher Ordnung und dem Prinzip der Demokratie hingewiesen. Auch das industriegesellschaftliche Prinzip stand als Variante und Element der sozialen Marktwirtschaft – insbesondere vor den Interventionen der grünen Bewegung – als Garant für Wohlstand, Wachstum und Fortschritt (Nonhoff 2006). In diesem Sinne ist Industriegesellschaft vor allem mit dem Horizont Demokratie verknüpft, wenn man den Status von Demokratie als Synonym für das gute Leben, eine gute soziale Ordnung und die Erfüllung der Sehnsüchte einer Gesellschaft bedenkt (Dobson 2000: 27).

Zusammenfassend kann fest gehalten werden, dass die ursprünglich gegenhegemonial initiierten Konstruktionen von Dominanz und gegenhegemonialem Projekt auch entlang der erweiterten Analyse Kriterien plausibilisiert werden können. Angesichts der zusätzlich bestehenden sehr langen diskursiven Präsenz der diskursiven Elemente selbst und ihrer grundsätzlichen antagonistischen Konstellation kann argumentiert werden, dass von einer gewissen Passgenauigkeit der beschriebenen strategischen Konstellation ausgegangen werden kann.

Dreifache Dislokation

Diese Grundcharakteristika grüner Bewegungen und generell ihr plötzliches Auftreten lassen sich nach Stavrakakis (2000: 100ff.) mit zentralen sozial-diskursiven Erschütterungen in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren verknüpfen: er beobachtet eine dreifache Dislokation – also eine Unterbrechung, Verunsicherung und offene Infragestellung der dominanten Formation, die letztlich

¹³² Vgl. hierzu Kapitel 2.3.3 und Kapitel 6.3.

eine Sinnlücke im Diskurs markiert (Stavrakakis 2000: 100ff.).¹³³

Bei der ersten Dislokation (Stavrakakis 2000: 107ff.) handelt es sich um die in den 1960ern immer stärker etablierende *ökologische Krise*. Die Überbelastung der Natur wurde nun zunehmend sichtbar und / oder durch Wissenschaft sichtbar gemacht. Etablierte Narrative von steigendem Wohlstand, fortwährendem Wachstum und dies ermöglichende, unendlich verfügbare natürliche Ressourcen gerieten ins Wanken. Das bisherige Mensch-Natur-Verhältnis bedurfte dringlich einer neuen Deutung (Stavrakakis 2000: 108). Gleichzeitig war in dieser ersten Dislokation nicht die Notwendigkeit einer bestimmten Neudeutung des Mensch-Natur-Verhältnisses oder des Erfolgs der grünen Bewegung angelegt – ein Umstand, der durch die vielen Umweltschutz-Deutungsprojekte jenseits der grünen Bewegung¹³⁴ und die weitere Entwicklung des grünen Projekts klar ausgedrückt wird.

Die zweite Dislokation verortet Stavrakakis (2000: 111ff.) im Feld *linker politischer Diskursivität*. Er bezieht sich dabei vor allem auf die Krise der politischen Linken in den 1960er und 1970er Jahren (Stavrakakis 2000: 112). Angesichts des Wegbrechens einer konkreten Systemalternative fand sich eine diskursive Lücke in Gestalt eines fehlenden gemeinsamen Projekts. Die sich anschließende Suchbewegung des radikal-linken Spektrums mündete nach 68er-Bewegung, Radikalisierung und anschließender Erfahrung zunehmender Isolierung in eine erneute Desillusionierung (März 2012). Das Bedürfnis nach einem neuen, integrierenden Sinnprojekt war also erheblich. In diese Lücke konnte nach Stavrakakis die grüne Bewegung stoßen – vereinigte sie doch radikal-linke Elemente mit einem neuen gesellschaftlichen Projekt.

Ergänzend zu den beiden von Stavrakakis angeführten Dislokation findet sich noch eine weitere diskursive Lücke in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren. Die 68er-Bewegung war nicht nur Ausdruck einer Suchbewegung auf Seiten der Linken. Sie führte zugleich zu einer massiven Infragestellung der etablierten demokratischen Ordnung. In Kapitel 3.6.4 wurde dies entlang des Beispiels des Mais 1968 in Frankreich illustriert. Dort führten die Protest der 68er-Bewegung zu einer zeitweisen Auflösung von politischer und sozialer Ordnung. Breite Teile der Gesellschaft befanden sich zeitweilig in einer kollektiven, kreativen und offenen Suchbewegung, die auf die Idee einer, in diesem Fall nicht vorhandenen, sondern vielmehr ersehnten, alternativen sozialen Ordnung ausgerichtet war. Dies wurde in Kapitel 3.6.4 mit Turner als liminale Phase eines kollektiven Rituals bezeichnet (2009: 35). Kennzeichen der Liminalität ist ein Moment des Übergangs durch das Außerkraftsetzen der üblichen Regeln. Es entsteht eine diskursive Dynamik

¹³³ Stavrakakis (2000: 100ff.) beschreibt dabei eine doppelte Dislokation, die hier um ein weiteres Ereignis zu einer dreifachen Dislokation erweitert wird. Zum Begriff der Dislokation vgl. Kapitel 3.6.4.

¹³⁴ Dryzek (2005) führt in seiner systematischen Übersicht des Umweltschutzdiskurses viele weitere Projekte auf, die alternative Reaktionen auf die ökologische Dislokation zum Gegenstand haben. So war (und ist) beispielsweise die Bewertung des Umfangs ökologischer Belastungen, der Weg ihrer Bewältigung (Staat, Markt, Technokratie), die Rolle von Technologie (Lösungsszenario oder Auslöser der Krise) oder die geforderte Tiefe notwendiger Änderungen höchst umstritten.

ohne determinierte Richtung, aber mit erheblichem Potential der Veränderung bestehender diskursiver Muster. Obwohl der Mai 1968 in Frankreich durch eine besondere Dynamik gekennzeichnet war, ließen sich auch beispielsweise in Deutschland oder den Vereinigten Staaten ähnliche Phänomene beobachten, die insbesondere auf die Frage der Identität als Demokratie zielten. Entsprechend findet sich auch die dominierende liberal-repräsentative Ausdeutung von Demokratie zu diesem Zeitpunkt in einer massiven Legitimationskrise bzw. *demokratischen Dislokation* wieder (Dryzek et al. 2003: 59).

Die Parallelität ist erheblich: beinahe zeitgleich zur dreifachen Dislokation ließ sich die rasante Etablierung der grünen Bewegung beobachten. Die Kerncharakteristika der grünen Bewegung (Kritik der Industriegesellschaft und des Mensch-Natur-Verhältnisses, Gleichheit, Demokratie) spiegelten dabei passgenau die Gegenstände der diskursiven Dislokationen wieder (vgl. hierzu auch Doherty 2002: 27f.). Entsprechend argumentiert Stavrakakis, dass die grüne Ideologie die inhaltlich und zeitlich passgenaue Antwort auf die dreifache diskursive Verunsicherungen darstellte (1997a: 125). Das Thema Umweltschutz bzw. die Neugestaltung der Mensch-Natur-Verhältnisse wurde zum Knotenpunkt der erneuten diskursiven Naht:

„Nature is invested with every possible value; it becomes a total embodiment of our lacking fullness, objectivity, positivity, harmony“ (Stavrakakis 1997a: 125).

Das Entstehen der grünen Bewegung ist somit von einer äußerst dynamischen diskursiven Konstellation charakterisiert: ein gegenhegemoniales Projekt wurde in kürzester Zeit zu einem zentralen diskursiven Knotenpunkt. Diese Konstellation soll nun als erste Detailanalyse nach dem oben illustrierten Schema untersucht werden.

9.2 Entstehung und antagonistische Positionierung

Die grüne Bewegung konnte sich – vermutlich auch aufgrund der gerade illustrierten Konstellation – Anfang der 70er scheinbar aus dem Nichts etablieren. Die Vorgeschichte der Umweltbewegung ist selbstverständlich viel länger und inhaltlich facettenreicher (vgl. beispielsweise Radkau 2011). Nichtsdestotrotz erscheinen die frühen 1970er Jahre von besonderer Bedeutung, da erst zu diesem Zeitpunkt das Umweltschutzthema öffentlich unübersehbar wurde. Zudem etablierte sich mit der grünen Bewegung auch erst ab 1970 ein Projekt mit umfassender, offensiv-gegenhegemonialer Forderung, hoher Dynamik und erstaunlicher Beharrlichkeit. Die nun folgende Analyse untersucht die rasante Entstehung, Etablierung und offen-antagonistische Positionierung der grünen Bewegung in den 1970er Jahren.

9.2.1 Historischer Überblick

Die eindeutig gegenhegemoniale Forderung und Identität der grünen Bewegung blieb in den

ganzen 1970er Jahren weitestgehend bestehen – es änderte sich jedoch die diskursive Umwelt, sodass zwei Konstellationen unterschieden werden können. Die frühen 70er Jahre waren geprägt durch die Krise der dominanten Formationen sowie entgegenkommende Staatlichkeit und Öffentlichkeit. In den späten 70ern etablierte sich das Umweltthema zwar, demgegenüber waren Staatlichkeit und die dominanten Formationen eher abweisend bzw. agierten mit entgegengesetzten Prioritäten.

Frühe 1970er Jahre - Entstehungsphase

In den 1960er Jahren etablierte sich durch Beobachtung, wissenschaftliche Studien und öffentliche Diskussionen eine breitere Sensibilität für Fragen der Umweltverschmutzung – dies entspricht der in Kapitel 9.1 diskutierten ökologischen Dislokation.

Zeitgleich führte die 68er-Bewegung zu einer massiven Infragestellung der dominanten Formation (Staat, liberal-repräsentative Demokratie, bürgerliche Kultur, kapitalistische Produktion). Sie war dabei Ausdruck und Katalysator der Etablierung postmaterieller Werte, alternativer Identitäten, Kommunikationsstrukturen und Milieus. Durch die 68er-Bewegung entwickelten und verbreiteten sich also neue Formen politischer und demokratischer Artikulation. Der insgesamt massive Innovations- und Irritationsimpuls mündete in einer doppelten politischen Dislokation: als Legitimationskrise im Falle der kritisierten dominanten Formationen und als vorerst offene Suchbewegung auf Seiten der linken KritikerInnen.

Die Entwicklungen in den USA und Deutschland verliefen in dieser ersten Phase weitestgehend parallel, wenngleich zeitlich ein wenig versetzt. In den USA markiert der Earth Day 1970 den Übergang zwischen der 60er-Rebellion und der entstehenden grünen Bewegung (Gottlieb 2005: 148ff.; Radkau 2011: 146ff.). Durch dieses Großereignis mit landesweiten Aktionen erhielt das Umweltthema und Umweltaktivismus erstmals Aufmerksamkeit in der allgemeinen Öffentlichkeit. Obwohl es sich nicht um eine exklusive Aktion der grünen Bewegung handelte, wurde die als neu kommunizierte und sich selbst auch als neu wahrnehmende grüne Bewegung insbesondere durch den Earth Day erstmalig sichtbar (Radkau 2011: 135). Öffentliche Präsenz des Umweltthemas und diskursive Repräsentation der Umweltbewegung gingen also ineinander über und führten in der Folgezeit zu einer erheblichen Dynamik. Die grüne Bewegung konnte diese Dynamik nutzen und durch die eigene Vitalität wurde das Umweltschutzthema dauerhaft im Diskurs verankert (Gottlieb 2005: 157; Radkau 2011: 146).

Die Ereignisse rund um den Earth Day 1970 wurden durch sehr offensive staatliche Aktivitäten begleitet. Die zunehmende öffentlich-diskursive Präsenz der ökologischen Krise bot als neues Politikfeld der in eine Legitimationskrise geratenen Nixon-Regierung die Chance, aktivistisch und fortschrittlich zu wirken (Dryzek et al. 2003: 59). Das offensive Entgegenkommen Nixons markierte

zugleich den Versuch, die linke Protestbewegung zu spalten und schwächen, indem zwischen antisystemischer Neuer Linker sowie alternativem kulturellen Milieu¹³⁵ auf der einen und reformorientierten Umweltbewegten auf der anderen Seite unterschieden wurde. Ersteren wurde dabei weiterhin die Rolle einer Gefährdung des Allgemeinwohls zugeschrieben - letztere galten nun als potentielle Kooperationspartner mit einer wichtigen und legitimen Forderung (Gottlieb 2005: 125; Dryzek et al. 2003: 58f.). Sichtbarstes Produkt dieser Anstrengungen seitens der Politik war 1970 die Gründung der amerikanischen Umweltbehörde sowie die Verabschiedung grundlegender Gesetze zum Schutze der Umwelt (Radkau 2011: 146).

Auch in Deutschland konnten ab 1970 zunehmende Aktivitäten von lokalen Bürgerinitiativen zum Umweltschutz beobachtet werden (Radkau 2011: 142). Dies mündete 1972 in der Gründung des Dachverbandes Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz. Ein Ineinanderfließen von frühen Umweltbewegten und Teilen der 68er-Protestgeneration fand sich in Deutschland hingegen erst ab 1974-5 (Dryzek et al. 2003: 60).

Ungeachtet aller strategischen Absichten lässt sich also feststellen, dass ab 1970 öffentliche Aufmerksamkeit für das Umweltthema, erste administrative Initiativen und die Entstehungsphase der grünen Bewegung ineinander greifen. Der diskursive Gegenstand Umweltschutz wird so innerhalb kürzester Zeit zum wichtigen Knotenpunkt gesamtgesellschaftlicher Diskursivität. Diskursive Repräsentation als erstes Kernziel demokratisch-gegenhegemonialer Projekte war daher schon während der Entstehung des Projekts zu verzeichnen, was wiederum die weitere Präsenz der grünen Bewegung absicherte und beste Voraussetzung für eine weitere Stärkung des Projekts war.

Ab 1973 - Polarisationsphase

Dieses Moment der Übereinstimmung von dominanten Formationen (inklusive Staatlichkeit und Öffentlichkeit) und demokratisch-gegenhegemonialer Forderung änderte sich spätestens mit der Energiekrise 1973. Durch die erhebliche wirtschaftliche Verunsicherung wurden ökonomische Imperative und damit der Kern der kapitalistischen Industriegesellschaft in Frage gestellt. Der Schutz der Umwelt war nun zu eine (weitere) Belastung wirtschaftlichen Wachstums und musste daher unbedingt vermieden werden (Dryzek et al. 2003: 114). Die Polarisierung von Ökonomie und Ökologie entlud sich in Deutschland insbesondere in den Konflikten um den Bau von

¹³⁵ Idealtypisch handelt es sich bei der Neuen Linken um antisystemische, marxistische Gruppen mit eindeutig politisch-interventionistischer Ausrichtung. Wandel soll gesamtgesellschaftlich angestoßen werden. Der alternativen Kultur wird demgegenüber zugeschrieben, einen Schwerpunkt im Bereich der Entwicklung neuer Formen des Zusammenlebens und der Identität zu haben. Wandel soll hier idealiter konkret (vor)gelebt werden. Die Unterscheidung zwischen Neuer Linker und alternativer Kultur ist letztlich nicht haltbar – die Übergänge sind fließend, wenngleich in den 60ern die Neue Linke eher präsent war und in den 70ern durch die Desillusionierung der Protestbewegung ein Sog in das alternative Milieu zu verzeichnen war. Letztlich erscheint aber eine Unterscheidung nach politik- und kultur- bzw. identitätsorientierter Bewegung sinnvoller. Dabei ist zu beachten, dass es historische Konjunkturen eines jeweiligen Prinzips geben kann, was jedoch nicht zum völligen Verschwinden des anderen Prinzips führt. Vielmehr sind politik- und kulturorientierte Teile der Bewegung voneinander abhängig.

Atomkraftanlagen (K.-W. Brand 2008: 225).

In diesen Zeitraum fällt auch die zunehmend explizit-antagonistische Ausrichtung der grünen Bewegung (Hajer 2002: 90). Durch die fortwährende Protestpraxis (beispielsweise rund um AKW-Neubauten) und die Integration von Teilen der 68er-Protestbewegung entstand nun ein breiteres grünes Milieu, welches wiederum mit anderen Teilen der neuen sozialen Bewegungen in engem Austausch stand. Nun war die grüne Bewegung ein weithin sichtbarer Herausforderer der dominanten Formation und verdiente entsprechend den Status als gegenhegemoniales Projekt.

9.2.2 Detailanalyse

Die 1970er als Phase der Entstehung und die sich anschließende Phase der antagonistischen Positionierung der grünen Bewegung werden nun entlang des in Kapitel 8.2 entwickelten Analyseschemas untersucht. Bei Unterschieden zwischen den beiden Phasen werden diese entsprechend gekennzeichnet.

1. Verhältnis zur dominanten Konkretisierung des demokratischen Horizonts

Entstehungsphase

Die konkrete dominante Ausdeutung des demokratischen Horizonts kann im Hinblick auf die Analyse der grünen Bewegung in zwei Kernaspekte unterschieden werden. Erstens das Selbstverständnis einer kapitalistisch, wohlfahrtsstaatlich und korporatistisch organisierten Industriegesellschaft und zweitens die liberal-repräsentative Deutung von Demokratie. Beide dominanten Ausdeutungen befanden sich bis Mitte der 70er in einer Krise¹³⁶ und zu beiden dominanten Formationen entwickelte die grüne Bewegung ein zunächst latent-antagonistisches Verhältnis.

Ausgangspunkt der gegenhegemonialen Identität des grünen Projekts war die Kritik der Industriegesellschaft bzw. das Ziel der Überwindung ebenjener Form von Gesellschaft. Das industriegesellschaftliche Prinzip repräsentierte für die grüne Bewegung den Ursprung und den Grund der Fortexistenz für das kritisierte Mensch-Natur-Verhältnis.¹³⁷ Nur durch die Überwindung der Industriegesellschaft konnte das grüne Projekt realisiert werden. Da es sich bei der kapitalistischen Industriegesellschaft um das zentrale Prinzip und leitende Muster westlicher Gesellschaften handelte (Dobson 2000: 27), kann der antagonistischen Konstruktion des grünen Projekts eine klar *gegenhegemoniale* Identität attestiert werden.

Die Kritik des dominierenden Selbstverständnisses als Industriegesellschaft lässt sich exemplarisch am Beispiel des 1972 veröffentlichten Berichts *Limits to Growth* durch den Club of Rome aufzeigen

¹³⁶ Vgl. Kapitel 9.1.

¹³⁷ Vgl. Kapitel 9.1.

(Meadows et al. 1972). Der Bericht markiert, insbesondere im Hinblick auf die Problembeschreibung und öffentliche Wirkung (Hajer 2002: 83), auch einen weiteren diskursiven Knotenpunkt der Entstehung der grünen Bewegung (Dobson 2000: 33).

Limits to Growth beschreibt verschiedene miteinander verknüpfte, ökologisch bedenkliche Trends und projiziert diese Trends als Modell in die Zukunft (Dryzek et al. 2003: 31).

„Our world model was built specifically to investigate five major trends of global concern – accelerating industrialization, rapid population growth, widespread malnutrition, depletion of non-renewable resources, and a deteriorating environment“ (Meadows et al. 1972: 21).

Der Bericht kommt zum Schluss, dass weiteres exponentielles Wachstum innerhalb von 100 Jahren eine Ressourcen- und ökologische Krise auslösen werde (Meadows et al. 1972: 66). Die Grundlagen, Prinzipien und Versprechen, auf denen die Industriegesellschaft fußt (industrielle Produktion auf Basis von Ausbeutung von Ressourcen und Natur, Wachstum als fortwährendes Versprechen der qualitativen und quantitativen Ausweitung von Wohlstand), erscheinen in diesem Sinne nicht als erstrebenswert oder Ermöglichung eines guten Lebens, sondern vielmehr als globale Bedrohung bzw. apokalyptische Vision mit eindeutig menschlichen Ursprung und absehbaren Folgen (Hajer 2002: 84).

„The basic behavior mode of the world system is exponential growth of population and capital, followed by collapse“ (Meadows et al. 1972: 142).

Alles in allem lässt sich in der massiven Kritik der Industriegesellschaft eine klar antagonistische Konstellation ablesen, die aber in ihrer Problembeschreibung weiter geht als in den (vorerst recht offenen) Lösungsszenarien. Ein Großteil der Studie widmet sich der Problematisierung des Bevölkerungs- und ökonomischen Wachstums¹³⁸, deren Wachstumsnatur als super-exponentielle positive Feedback-Schleife beschrieben wird (Meadows et al. 1972: 34). Dem enthemmten Wachstum stehen beobachtbare Grenzen des Wachstums gegenüber – etwa bei natürlichen Ressourcen oder der maximal akzeptablen Verschmutzung. Diese in sich widersprüchlichen Dynamiken werden nicht zuletzt dadurch verkompliziert, dass viele Entwicklungen erst verzögert erscheinen – dies gilt insbesondere für ökologische Entwicklungen (Meadows et al. 1972: 81). Es wird also eine rasante Dynamik beschrieben, die sich auf der Erde als endliches System abzeichnet und deren Folgen zugleich nur zeitlich versetzt beobachtbar sind (Meadows et al. 1972: 86). Kern der Analyse ist das „Welt-Modell“, bei dem es sich um eine mathematische Verknüpfung von Determinanten und Dynamiken handelt (Meadows et al. 1972 102f.). Auf Basis dieses Modells werden Entwicklungsszenarien diskutiert, die letztlich die Problembeschreibung – also die Endlichkeit und Gefahr des Wachstums belegen und unterstreichen sollen (Meadows et al. 1972:

¹³⁸ „In the world system two positive feedback loops are dominant now, producing exponential growth of population and of industrial capital“ (Meadows et al. 1972: 156).

123-171). Es wird illustriert, dass auch bei Ausschluss bestimmter Problemfaktoren (Umweltverschmutzung oder Endlichkeit von Ressourcen) der Kollaps absehbar ist (Meadows et al. 1972: 125), sofern nicht das Grundproblem, also exponentielles Wachstum in einem endlichen System gelöst wird (Meadows et al. 1972: 145).

Das sich anschließende Kapitel über mögliche Lösungsszenarien kontrastiert die beschriebene Wachstumsproblematik mit der Idee des globalen Gleichgewichts (Meadows et al. 1972: 156). Kern der vorgeschlagenen Bewältigung der ökologischen Krise ist Entschleunigung im Sinne eines selbst gewählten Verzichts auf weiteres Wachstum – sowohl industriell als auch bezüglich der Geburtenrate (Meadows et al. 1972: 144, 151). Die Lösung ist demnach passgenau zur Problemanalyse, bleibt aber hinsichtlich der Konkretisierung offen:

„The models cannot tell us how to attain these levels [...] of population and capital that are physically maintainable on the earth [...]“ (Meadows et al. 1972: 166).

Es finden sich trotz dieser Ankündigung einige Anhaltspunkte: Der Weg zur Gesellschaft des Gleichgewichts soll sich diesem Ziel langsam nähern.¹³⁹ Zentral ist der Einsatz technologischer Innovation¹⁴⁰ und ein auf den Anspruch auf Grundversorgung reduzierter Gleichheitsbegriff (Meadows et al. 1972: 181). Neben dieser Affirmation technischer und moderater Lösungsansätze werden jedoch keine konkreteren Ideen skizziert, wie eine Gesellschaft des Gleichgewichts gestaltet sein könnte und vor allem wie diese implementiert und aufrecht erhalten bleiben kann.

Für die vielen verschiedenen lokalen Projekte und Initiativen der grünen Bewegung war die dramatische und explizite Problembeschreibung der *Limits* eine ideale Einschreibefolie, um das eigene Handeln zu begründen und motivieren. Dies erstaunt, wenn man sich den Entstehungskontext der *Limits* bedenkt. Beim Club of Rome als Auftraggeber des Berichts handelte es sich um eine Vereinigung von Menschen aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft – also eher Vertreter der dominanten Formation (Meadows et al. 1972: 9-12). Der Bericht selbst wurde von Wissenschaftlern des Massachusetts Institute of Technology verfasst, ist durch eine klar kybernetische wissenschaftliche Perspektive gekennzeichnet (Meadows et al. 1972: 31, 90), die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung bei politischen EntscheidungsträgerInnen sehr beliebt war und ist nicht zuletzt durch eine sehr technokratische, technologische Herangehensweise an das ökologische Problem geprägt (Hajer 2002: 81; Meadows et al. 1972: 187).

„On the other hand, our intent is certainly not to brand technology as evil or futile or unnecessary. We are technologists ourselves, working in a technological institution. We strongly believe [...] that many of the technological developments mentioned here – recycling, pollution control devices, contraceptives – will be absolutely vital to the future of human society *if they are combined with deliberate checks on growth*. We would deplore an unreasoned rejection of the benefits of technology as strongly as we argue here against an unreasoned acceptance of them“ (Meadows et al. 1972: 154).

¹³⁹ „A society choosing stability as a goal certainly must approach that goal gradually“ (Meadows et al. 1972: 167).

¹⁴⁰ „Technological advance would be both necessary and welcome in the equilibrium state“ (Meadows et al. 1972: 177).

In diesem Sinne erschien der Bericht in einer idealen diskursiven Konstellation, um sich schnell Gehör zu verschaffen: ökologische Probleme wurden zunehmend öffentlich diskutiert und es gab angesichts der ökologischen Dislokation ein Bedürfnis nach Deutung des Problems. Zugleich stammte das Deutungsangebot der *Limits* aus grundsätzlich „unverdächtigen“ Kreisen der dominanten Formation. Dies erklärt den Erfolg der *Limits*.

Zwei Punkte können hinsichtlich der *Limits* fest gehalten werden. Erstens war der Bericht ein Spiegelbild der sehr offenen diskursiven Lage Anfang der 70er Jahre. Die im Entstehen begriffene grüne Bewegung griff bei den ökologischen Problemdefinitionen auf Begründungen jenseits der Bewegung zurück. Die Bedeutung der *Limits* für die Genese des gegenhegemonialen Projekts ist dabei aber nicht primär in den inhaltlichen Details zu suchen, sondern bestand vielmehr in der öffentlichen Verbreitung der ökologischen Problemdefinition und die besondere Legitimationskraft ebenjener Deutung durch den unverdächtigen Ursprung der *Limits*.

Zweitens fanden sich in den *Limits* viele Aspekte, die trotz der dramatischen Lageeinschätzung schon über die Problemdefinition und Ausrichtung des Berichts moderate, technische, technokratische und hierarchische Lösungen denkbar machten (Hajer 2002: 83f., 86).

„In fact, we believe [...] that the evolution of a society that favors innovation and technological development, a society based on equality and justice, is far more likely to evolve in a state of global equilibrium than it is in the state of growth we are experiencing today“ (Meadows et al. 1972: 175).

Demgegenüber wurde staatliche Intervention zur Lösung der Umweltproblematik in den *Limits* nicht angesprochen, obwohl die Frage der Steuerung des geforderten Wachstumsverzichts explizit offen bleibt.

Da diese Skepsis oder Distanz gegenüber dem Staat – wenngleich anders begründet – auch durch bewegungsnahe Texte wie *Small is Beautiful* (Schumacher 1973) oder *Blueprint for Survival* (Ecologist 1972) geteilt wurde, kam es zu einer unverhofften staatskritischen Diskurskoalition zwischen technokratischer Expertise (*Limits*) und der entstehenden grünen Bewegung (Hajer 2002: 86). Die Motive waren dabei denkbar unterschiedlich: auf technokratischer Seite entsprach der Rückgriff auf technischen Fortschritt dem Selbstverständnis und sollte die Lösbarkeit des Problems suggerieren; auf Bewegungsseite waren staatliche Institutionen Teil des problemverursachenden Systems¹⁴¹ und sollten durch alternative Prozesse sozialer Selbstorganisation überwunden werden. Damit wird nicht nur deutlich, dass diskursive Dynamiken durchaus jenseits klarer Lagerbildung entstehen können. Es kommt auch zum Ausdruck, dass wesentliche Elemente des grünen Projekts erst durch die Diskussion des zweiten antagonistischen

¹⁴¹ „Possibly because government sees the world in fragments and not as a totality, it is difficult to detect in its actions or words any coherent general policy, although both major political parties appear to be mesmerized by two dominating notions: that economic expansion is essential for survival and is the best possible index of progress and well-being; [...]“ (Ecologist 1972: 27).

Verhältnisses gegenüber der liberal-repräsentativen Konkretisierung von Demokratie verständlich werden.

Dieser Antagonismus wird beispielsweise seinerzeit zentralen Bewegungstext *Blueprint for Survival* (Ecologist 1972) deutlich. *Blueprint* teilte weitere Bereiche der Problemanalyse mit den *Limits*¹⁴², unterschied sich aber in Gleichheits- bzw. Gerechtigkeitsfragen (Produktionsverhältnisse, Kapitel-Arbeit-Gegensatz) sowie der Frage der Selbstorganisation einer Gemeinschaft (Hajer 2002: 84). Hier wurde ein alternatives, stark partizipationsorientiertes Verständnis von Demokratie (Dezentralisierung, Selbstständigkeit und Selbstregierung) als Lösungsweg zur Bewältigung der ökologischen Krise vorgeschlagen (Ecologist 1972: 50-58).

„A society made up decentralized, self-sufficient communities, in which people work near their homes, have the responsibility of governing themselves, of running their schools, hospitals, and welfare services, in fact of constitution real communities, should, we feel, be a much happier place. Its members, in these conditions, would be likely to develop an identity of their own, which many of us have lost in the mass society we live in. They would tend, once more, to find an aim in life, develop a set of values, and take pride in their achievements as well as in those of their community“ (Ecologist 1972: 62).

Die aktuelle Gesellschaftsform wird hier nicht nur als Verursacher der ökologischen Krise, sondern auch als Begründung dafür angeführt, dass Gemeinschaften und Individuen nicht ihre ersehnte Identität und richtige Gemeinschaften finden können. Lokale demokratische Selbstorganisation hat demnach eine doppelte Funktion. Sie ermöglicht im Sinne der *Blueprints* die Minimierung der Belastung der Natur.¹⁴³ Zugleich ist durch lokale politische Selbstorganisation aber auch das imaginäre Allgemeine der Gesellschaft fassbar. Eine andere Form politischer Selbstorganisation steht demnach im Zentrum von Kritik und Überwindung der aktuellen sozialen Organisationsform als Krisenverursacher und Krisensymptom.

Die Präsenz demokratischer Themen in der Entstehungsphase der grünen Bewegung drückt nicht nur die enge diskursive Verknüpfung bzw. Kontinuität mit der vorausliegenden 68er-Bewegung aus. Es zeigt zudem, dass die grüne Bewegung in ihrer Kernidentität durch einen *doppelten Antagonismus* bzw. eine *doppelt-gegenhegemoniale Konstruktion* charakterisiert war (Vgl. Abbildung 7). Das Ziel der tiefgehenden Umgestaltung der Gesellschaft lässt sich also erst bei Beachtung beider Antagonismen erklären.

Antagonistische Polarisationsphase

Die ökologische Dislokation der Industriegesellschaft war in den späten 70ern nicht verschwunden,

¹⁴² „By now it should be clear that the main problems of the environment do not arise from temporary and accidental malfunctions of existing economic and social systems. On the contrary, they are the warning signs of a profound incompatibility between deeply rooted beliefs in continuous growth and the dawning recognition of the earth as a space ship, limited in its resources and vulnerable to thoughtless mishandling“ (Ecologist 1972: 26).

¹⁴³ „Broadly speaking, it is only decentralization that we can increase self-sufficiency – and self-sufficiency is vital if we are to minimize the burden of social systems on ecosystems that support them“ (Ecologist 1972: 53).

wurde aber durch die Energiekrise und die durch ihre Bewältigung verlagerte gesellschaftliche und staatliche Aufmerksamkeit überschattet. Die Unmittelbarkeit der demokratischen Dislokation in den späten 60ern und frühen 70ern ging über in eine latente Legitimationskrise, die sich jedoch angesichts der Selbst-Dekonstruktion ihrer Herausforderer (insbesondere durch den linken Terrorismus) vorerst nicht mehr zuspitzte.

Der oben beschriebene inhaltlich begründete Antagonismus gegenüber der liberal-repräsentativen Deutung von Demokratie blieb in den frühen 70er zunächst latent. Das Entgegenkommen staatlicher Institutionen und der Öffentlichkeit führte dazu, dass es zunächst wenig konkrete Konfliktgegenstände gab. Dies änderte sich ab Mitte des Jahrzehnts und wurde durch eine offensichtliche und explizite Polarisierung abgelöst. Die Energiekrise machte das Primat der industriellen Produktion spürbar, die liberal-repräsentative Ordnung und staatliche Institutionen stützten öffentlich sichtbar diese Priorität und verschlossen sich weitestgehend den Protestforderungen.

Entgegenkommen von Teilen der Staatlichkeit und Öffentlichkeit sowie das frühe Entwicklungsstadium der grünen Bewegung verhinderten also in den frühen 70ern, dass die inhaltlich schon radikalen Forderungen der grünen Bewegung in eine massive Konfrontation mündeten. Dies änderte sich in den späten 70ern: der doppelte Antagonismus manifestierte sich nun – symbolisch sehr wirkmächtig (Hajer 2002: 91) im Konflikt um den Neubau von Atomkraftwerken (Dryzek et al. 2003: 36f.). Die Proteste waren zugleich der zentrale Ort der Entstehung einer grünen Identität als Bewegung mit spezifischen Forderungen und Aktionsformen, einer eigenen Kultur und engen Netzwerken. Kurzum: Das grüne Bewegungsmilieu entstand im Konflikt und die grüne Bewegung (und nicht nur das Umweltschutzthema) wurde durch den Konflikt als Akteur sichtbar. Alternative Formen der Ökonomie verbreiteten sich, direkte Formen der Selbstorganisationen von Gemeinschaft und radikale Herausforderungen der im liberal-repräsentativen System getroffenen Entscheidungen ließen sich beispielsweise bei den Protesten gegen AKW-Neubauten beobachten.

2. Verhältnis zum demokratischen Horizont

Demokratie, demokratische Identität und Aktionsformen waren für die grüne Bewegung Teil der antagonistischen Kernidentität.¹⁴⁴ Das favorisierte direkte Demokratieverständnis ist dabei wesentlicher Teil des demokratischen Horizonts bzw. historischen Demokratiediskurses. Entsprechend setzte die grüne Bewegung direkt an oben genannte gegenhegemoniale Aspekte des demokratischen Horizonts an und konnte auf ein etabliertes, legitimes Repertoire an Forderungen, Argumenten, Begriffen und Symbolen zurückgreifen. Dies galt insbesondere für das oben beschriebene Ideal der dezentralen Selbstorganisation und verbreiteten Teilhabe. Insofern

¹⁴⁴ Details zum Verhältnis von Demokratie und grüner Bewegung finden sich insbesondere in Dobson (2006: 112ff.).

war die grüne Bewegung im Hinblick auf den demokratischen Horizont auch als Bemühen zu verstehen, die Möglichkeiten von Demokratie um weitere, schon latent vorhandene Aspekte zu erweitern.¹⁴⁵

3. Verhältnis zur erweiterten diskursiven Umwelt

Das Verhältnis zur erweiterten diskursiven Umwelt gestaltete sich komplex und kann daher nur in Form von ersten Hinweisen und Tendenzen dargestellt werden. Dabei muss zwischen den beiden Entwicklungsphasen in den 70ern differenziert werden.

Entstehungsphase

Bei der Entstehungsphase der grünen Bewegung handelte es sich um eine diskursive Phase mit vielen Veränderungen und Verwerfungen. Insofern war die dominante hegemoniale Formation in den frühen 70ern verhältnismäßig offen und in ihrer hegemonialen Präge- und Kontrollkraft begrenzt gewesen. Ein zentrales Beispiel ist hierbei der Bericht *Limits to Growth*. Die Veröffentlichung durch etablierte Eliten und in der Argumentation sowohl radikal (Problemanalyse) als auch moderat (Lösungsszenarien), handelte es sich hier um ein Artefakt einer Neupositionierung der dominanten Formation, der durch seine wissenschaftliche Legitimität, die Genese des Problembewusstseins und der dringlichen Rhetorik zugleich den gegenhegemonialen Diskurs förderte. Entsprechend fanden sich – aus Perspektive des grünen Projekts – zahlreiche diskursive Äquivalenzbeziehungen zu Elementen des eigentlichen Antagonisten Industriegesellschaft. Dies kann sicherlich auch als Ausdruck der massiven Verunsicherung des industriegesellschaftlichen Diskurses angesichts der ökologischen Dislokation gewertet werden.

Limits to Growth war zugleich ein gutes Beispiel für eine enge Verbindung des grünen Projekts mit Elementen des wissenschaftlichen Diskurses. Wesentliche Elemente der grünen Problemanalyse waren erst auf Basis wissenschaftlicher Arbeiten möglich. Die Verknüpfung und gegenseitige Abhängigkeit von Wissenschaft und Bewegung kam in der Folgezeit auch durch die Gründung bewegungsnaher Forschungsinstitute zum Ausdruck.¹⁴⁶

Nicht zuletzt handelt es sich im Sinne des oben entwickelten Modells bei Staatlichkeit und Öffentlichkeit um diskursive Formationen, die einerseits eng mit dominanten Formationen verknüpft, andererseits aber durch eine gewisse Eigendynamik charakterisiert sind. Diese Eigendynamik findet sich im Bereich der Öffentlichkeit beispielsweise in der Affinität für neue Projekte und dramatische Ereignisse. Angesichts dieser eigenen Selektionslogik wurden das Umweltthema und die grüne Bewegung jenseits aller skeptischen und kritischen Berichte mit einer hohen Grundaufmerksamkeit ausgestattet.

¹⁴⁵ Vgl. Kapitel 6.3.

¹⁴⁶ Beispielsweise wurde 1977 das aus der Atomkraftbewegung hervor gegangene Öko-Institut in Freiburg gegründet.

Antagonistische Polarisationsphase

In den frühen 70ern gab es für viele Forderungen der grünen Bewegungen also bis weit in Bereiche der dominanten hegemonialen Diskursivität Chancen für äquivalente diskursive Beziehungen. Während dies für Wissenschaft und Öffentlichkeit auch in den späten 70ern (und auch darüber hinaus) galt, lässt sich im Hinblick auf Staatlichkeit ein Wechsel zur antagonistischen Konfrontation beobachten. Damit wird offensichtlich, dass die Krise des industriegesellschaftlichen Komplexes und die generelle diskursive Offenheit für Umweltthemen zwar zunächst ein Entgegenkommen der staatlichen Peripherie ermöglichte.¹⁴⁷ Im Moment offensichtlicher und offensiver Infragestellung von staatlicher Kernprinzipien (innere Ordnung, ökonomisches Wachstum) durch die grüne Bewegung ließ sich jedoch ein massiver Abwehrreflex der industriegesellschaftlichen und der mit ihr verknüpften liberal-repräsentativen Formation beobachten (Dryzek et al. 2003: 13).

4. Verhältnis zur gegenhegemonialen Praxis

Die grüne Bewegung konnte insbesondere in den 70er Jahren als Idealtypus einer engen, fast deckungsgleichen Verknüpfung eines gegenhegemonialen Projekts mit einer breiteren gegenhegemonialen Praxis gelten. Sie war zeitweise die wesentliche und erfolgreiche Antwort auf die in den frühen 1970er Jahren zu verzeichnende Dislokation im Feld linker politischer Diskursivität.¹⁴⁸ Einerseits war die grüne Bewegung eng verwoben mit parallelen sozialen Bewegungen wie beispielsweise den voraus liegenden Neuen Linken (Doherty 2002: 33ff.). Andererseits war die frühe grüne Bewegung auch Teil der Etablierung eines dauerhaften Bewegungsmilieus, das die gegenhegemoniale Praxis (weiter) verstetigte und ausdifferenzierte. Die in diesem Zusammenhang entstandene alternative Kultur erwies sich in den folgenden Jahrzehnten als wichtiger Ursprung und Kraftquell explizit gegenhegemonialer Projekte und war sicherlich der Dauerhaftigkeit radikaler Forderungen im Bereich der grünen Bewegung förderlich (Dryzek et al. 2003: 112; Doherty 2002: 50f.).

5. Innere Konstellation des gegenhegemonialen Projekts

Während der 70er konnte innerhalb der grünen Bewegung eine relative Homogenität behauptet werden. Natürlich gab es im erweiterten Umweltschutzdiskurs, also jenseits der grünen Bewegung, alternative diskursive Projekte, die nicht den doppelten Antagonismus des grünen Projekts teilten. Trotzdem überwog durch die erfolgreiche Etablierung des gegenhegemonialen Projekts als sichtbare kritische Position gegenüber der dominanten Formation eine relativ einheitliche grüne Identität.

¹⁴⁷ Zum Verständnis von Staatlichkeit bei Dryzek et al. (2003) und ihre Differenzierung in Kern und Peripherie. Vgl. auch Kapitel 4.

¹⁴⁸ Vgl. Kapitel 9.1.

9.2.3 Zwischenbetrachtung

Die unterschiedlichen Entwicklungen der grünen Bewegung werden nun mit Hilfe von zwei Abbildungen und einer Tabelle zusammengefasst.

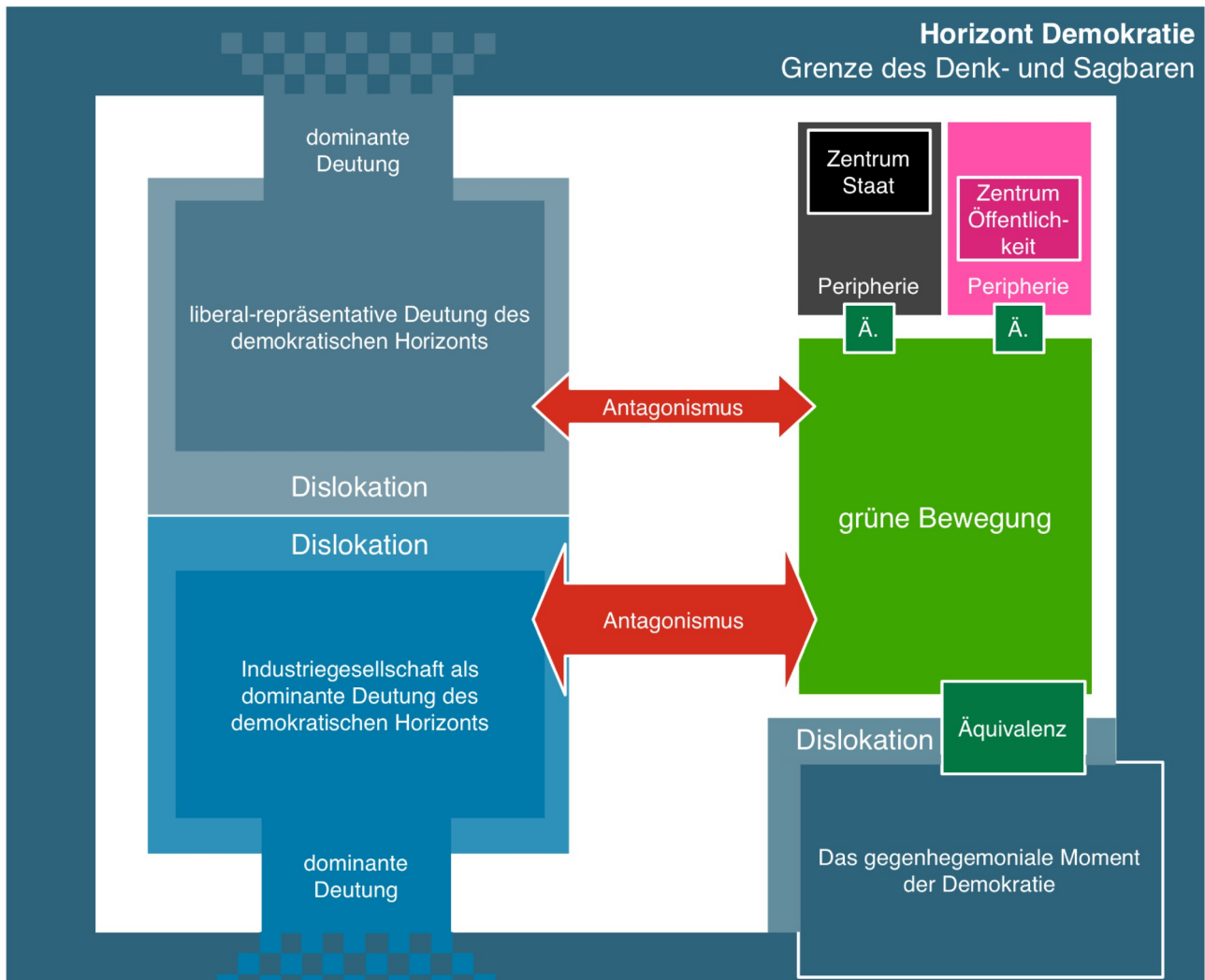
Abbildung 6 fasst die wesentlichen strategischen Konstellationen der Entstehungsphase der grünen Bewegung zusammen.¹⁴⁹ Liberal-repräsentative Deutung des demokratischen Horizonts und das industriegesellschaftliche Prinzip waren Anfang der 1970er Jahre zeitgleich durch die in Kapitel 9.1 beschriebenen Dislokationen der ökologischen Krise und der Krise der liberal-repräsentativen Demokratie geprägt. Diese massive Krise der dominanten Formationen wird in der Abbildung als Verschwimmen der Grenzen ebenjener dominanten Formationen angedeutet. Die antagonistische Konstruktion der grünen Bewegung war auf beide dominante Formationen gerichtet – wenngleich die existentielle Unterscheidung zwischen Wir und Sie bei der Industriegesellschaft im Falle der grünen Bewegung etwas stärker ausfiel. Dieser Antagonismus bildete den Ausgangspunkt für die Identitätskonstruktion des grünen gegenhegemonialen Projekts.

Auch aufgrund der Krise der dominanten Formationen war das Verhältnis der grünen Bewegung zu den funktionalen Hegemonien Staatlichkeit und Öffentlichkeit durchaus von gegenseitiger Offenheit und Kooperation geprägt. In Abbildung 6 wird dies durch eine Relation der Äquivalenz zwischen der grünen Bewegung und Staatlichkeit sowie Öffentlichkeit ausgedrückt. Positionen der grünen Bewegung gelangten in den massenmedialen Diskurs der Öffentlichkeit und prägten die generelle Sensibilität für Umweltschutzfragen. Auch auf Seiten der Staatlichkeit war durch staatliche Umweltschutzmaßnahmen und Kooperation mit Akteuren der Bewegung ein Entgegenkommen zu verzeichnen.

Das Verhältnis der grünen Bewegung zum gegenhegemonialen Moment der Demokratie kann ebenfalls als äquivalent beschreiben werden. Dies bezieht sich auf beide wesentlichen Elemente des gegenhegemonialen Moments, also gegenhegemoniale Aspekte und gegenhegemoniale Praxis aller gegenhegemonialen Projekte. Letztere befindet sich jedoch in den frühen 1970ern ebenfalls in einer Krise, da insbesondere im zu diesem Zeitpunkt entscheidenden Feld linker politischer Diskursivität eine massive Desorientierung zu verzeichnen war.

¹⁴⁹ Die Abbildung 6 baut auf der in Kapitel 3.1 erläuterten Abbildung 4 des Modells gegenhegemonialer Projekte auf.

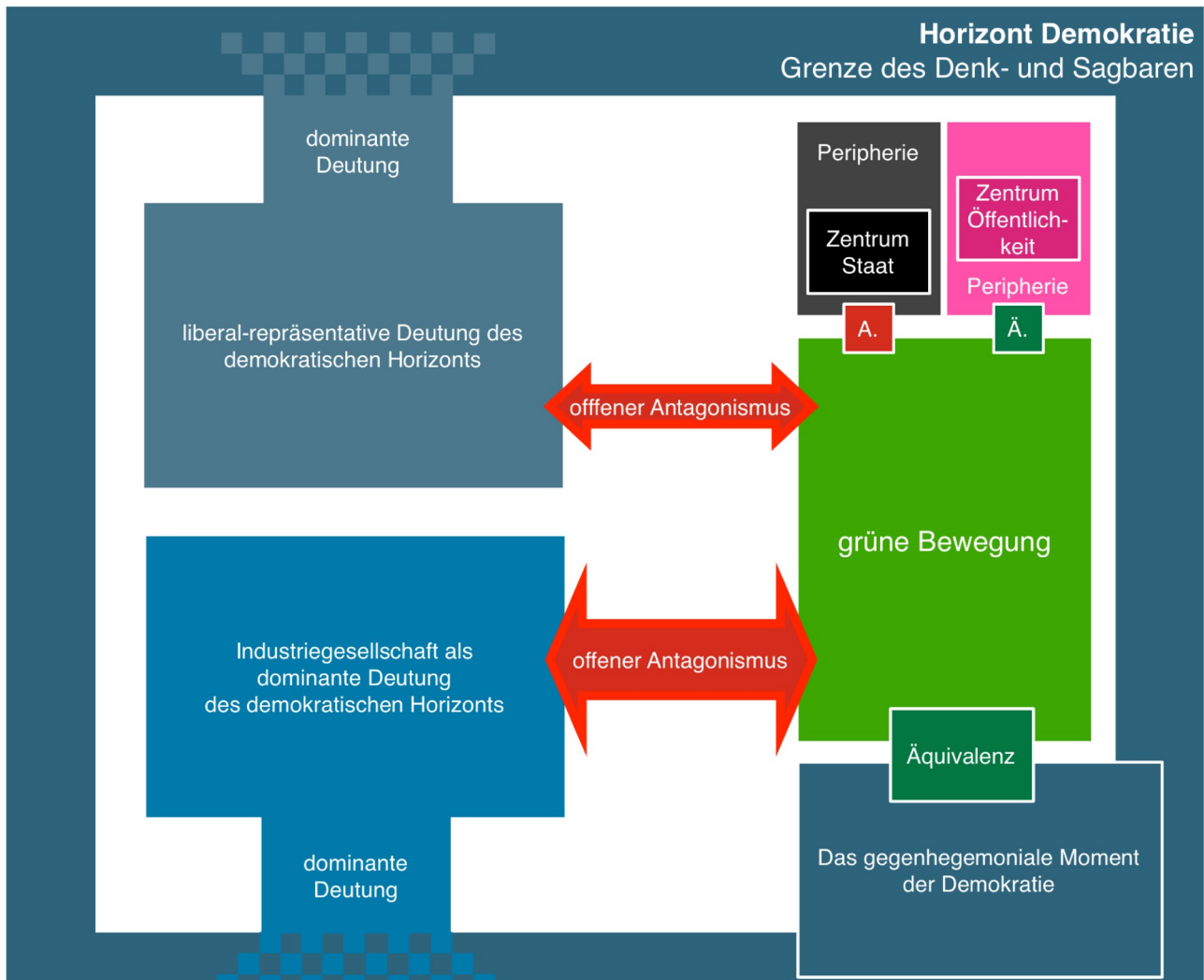
Abbildung 6: Grüne Bewegung - Entstehungsphase



Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 7 illustriert die strategischen Entwicklungen der späten 1970er Jahre. Beide dominante Formationen befanden sich nicht mehr in einer Krise, sondern die Herausforderung der industriegesellschaftlichen Ordnung durch die Ölkrise führte zu einem massiven Abwehrreflex gegenüber Infragestellungen der dominanten sozialen Ordnung. Entsprechend änderte sich auch die Natur der antagonistischen Konstruktion seitens der grünen Bewegung. War der Antagonismus in den frühen 1970ern zwar vorhanden, aber angesichts des relativen Entgegenkommens der dominanten Formation eher latent, so wurde er nun explizit und konfliktbeladen. Dies galt auch für den nunmehr zu verzeichnenden Antagonismus zur Staatlichkeit. Die nunmehr drei antagonistischen Beziehungen der grünen Bewegung ließen sich beispielsweise an den bürgerkriegsähnlichen Zuständen rund um AKW-Neubauten ablesen.

Abbildung 7: Grüne Bewegung - Polarisationsphase



Quelle: Eigene Darstellung

In Tabelle 11 finden sich die stark zugespitzten Ergebnisse der fünf Analysepunkte für jeweils die Entstehungsphase und die Polarisationsphase der grünen Bewegung. Es wird deutlich, dass der wesentliche Unterschied zwischen beiden Phasen im Verhältnis zur dominanten Formation liegt. Alle wesentlichen Elemente der antagonistischen Konstruktion bleiben gleich. Der Unterschied im grünen Projekt besteht demnach nicht primär in der Forderung selbst, sondern im Modus, wie offen, explizit und konfrontativ diese Forderung diskursiv artikuliert wird bzw. wie auf die gegenhegemoniale Forderung reagiert wird.

Da im betrachteten Zeitraum wesentliche Charakteristika des grünen Projekts gleich geblieben sind, wird deutlich, wie wichtig die Analyse der allgemeinen strategischen Konstellation für das Verständnis eines gegenhegemonialen Projekts und allgemeine diskursive Veränderungsdynamiken sind. Erst durch die Veränderungen in der dominanten Formation – die

wiederum von anderen diskursiven Impulsen angestoßen wurden – lässt sich der Wechsel der strategischen Konstellation erklären.

Tabelle 11: Ergebnisse der Detailanalyse der grünen Bewegung in den 70er Jahren

Phase	Verhältnis zur dominanten Formation	Verhältnis zum dem. Horizont	Verhältnis erweiterte diskursive Umwelt	Verhältnis gegen-hegemoniale Praxis	Innere Konstellation des gegen-hegemonialen Projekts
Entstehungs-phase frühe 70er	in Entstehung begriffener doppelter Antagonismus, wenig offene Konflikte	enger Bezug auf Elemente direkter Selbstregierung	Verknüpfungen zu Peripherie von Staatlichkeit, Öffentlichkeit, Wissenschaft	Enge Verbindung mit anderen Bewegungen	Intern geschlossen / homogen
Antagonistische Polarisations-phase späte 70er	manifeste doppelter Antagonismus, offener und radikale Konfrontation	enger Bezug auf Elemente direkter Selbstregierung, konkrete Umsetzung von Konzepten	Verknüpfung mit Peripherie von Öffentlichkeit und Wissenschaft. Konflikt mit Staatlichkeit	Enge Verbindung mit anderen Bewegungen, Ausbildung und Verstetigung eines Bewegungsmilieus	Intern geschlossen / homogen

Quelle: Eigene Darstellung

Zusammenfassung

In den 70ern ließ sich die rasante Entstehung und Etablierung der grünen Bewegung beobachten. Die Konstituierung der grünen Bewegung ging dabei schnell in eine sehr offensive Konfrontation mit den dominanten diskursiven Formationen über. Spätestens durch diese Konflikte etablierte sich das Umweltthema und die grüne Bewegung in der erweiterten diskursiven Agenda Deutschlands – die öffentliche Sichtbarkeit und Repräsentation des gegenhegemonialen Projekts war damit gesichert. Durch die oben genannten Konflikte, die enge Verknüpfung mit weiteren Bereichen der gegenhegemonialen Praxis und nicht zuletzt durch einen sehr engen Bezug auf das gegenhegemoniale Moment des demokratischen Horizonts konnte sich das demokratisch-gegenhegemoniale Projekt zugleich relativ schnell konsolidieren und damit relative Dauerhaftigkeit sichern.

Damit war aber noch nicht entschieden, inwieweit die grünen Forderungen auch in signifikante Veränderungen bewirken konnten. Der Konflikt in den späten 70ern zeigt vielmehr, dass der Kernwiderspruch offensichtlich, zunächst unvereinbar und lange noch nicht entschieden war: viele politische Entscheidungen und konkrete Projekte waren vielmehr darauf angelegt, Wachstum zu sichern und die industriegesellschaftlichen Prinzipien auch gegen erbitterten Widerstand zu

verteidigen. Es zeigte sich also, dass die Etablierung als gegenhegemoniales Projekt nicht gleichbedeutend mit der Einschreibung in das imaginäre Allgemeine einer Gesellschaft oder dem Bewirken signifikanter Veränderungen seitens der dominanten sozialen Ordnung ist. Der Anspruch eines gegenhegemonialen Projekts auf Veränderung muss demnach zäh umgesetzt werden: Mit der Repräsentation im allgemeinen Diskurs und den ersten Konsolidierungsschritten hatte die grüne Bewegung aber schon wichtige erste Schritte gemacht.

9.3 Differenzierung der grünen Bewegung und gegen-gegenhegemoniale Intervention

Der nun folgende Analysezeitraum erstreckt sich von den 1980er Jahren bis zur Gegenwart. Ausgehend von der raschen Entstehung und Etablierung der grünen Bewegung in den 1970er Jahren waren der Beginn der 1980er Jahre noch von der schon zuvor zu beobachtenden offenantagonistischen Positionierung geprägt. Diese Polarisierung wurde jedoch zumindest in dieser Konstellation zunehmend als Sackgasse interpretiert, sodass sich in den folgenden Jahrzehnten Veränderungen der grünen Bewegung und auch der durch sie kritisierten dominanten Formationen abzeichneten. Die Resultate dieser Entwicklungen prägen die grüne Bewegung und auch die Frage der Transformation der sozialen Ordnung bis in die Gegenwart.

9.3.1 Historischer Überblick

Ähnlich wie die Entstehungsphase des grünen Projekts ist auch die weitere Entwicklung durch eine enge Interaktion mit der diskursiven Umwelt und dynamische diskursive Bewegungen gekennzeichnet. Drei parallele Entwicklungen sind dabei zentral und werden im Anschluss an die nun folgende Skizzierung jeweils näher analysiert.

Erstens ließ sich mit fortschreitender Etablierung des Umweltschutzthemas eine Entradikalisierung und Professionalisierung von Teilen der grünen Bewegung beobachten. Dieses Entgegenkommen in Richtung der dominanten Formationen wurde durch diese ebenfalls gespiegelt bzw. geschah in wechselseitiger Interaktion. Es fanden sich also zweitens Umweltschutzbemühungen von staatlicher und wirtschaftlicher Seite – diskursiv flankiert durch die Idee der Versöhnung von Wachstum und Umweltschutz. Dieses als ökologische Modernisierung bezeichnetes Projekt kann als gegen-gegenhegemoniales Projekt oder als Hegemonialisierung des grünen Projekts gedeutet werden. Nicht zuletzt fanden sich drittens weiterhin aktive radikale Teile im grünen Diskurs, die klar gegenhegemoniale Forderungen weiterhin präsent hielten und so immer wieder Quelle zu beobachtender Re-Radikalisierungswellen waren. Die hier vorgetragene These soll daher lauten, dass erst durch die weiterhin vorhandene diskursive Präsenz explizit-gegenhegemonialer Forderungen signifikante Veränderungsdynamiken in der dominanten Formation beobachtet werden konnten.

Professionalisierung der grünen Bewegung

Waren die Konflikte um Neubauten von Atomkraftwerken zunächst das Symbol für den polarisierten Antagonismus zwischen Bewegung und Staat, so ließ sich an ihnen Anfang der 80er Jahre auch die relative Entradikalisierung ablesen (Hajer 2002: 93). Diese Veränderung der grünen Bewegung war eingebettet in eine zunehmende Akzeptanz des Umweltschutzthemas in immer weiteren diskursiven Bereichen (K.-W. Brand 2008: 226) und der Etablierung des moderaten Projekts der ökologischen Modernisierung. Das Entgegenkommen und die Akzeptanz der ökologischen Problemartikulation machten für die grüne Bewegung andere politische Strategien, Aktions- und Organisationsformen notwendig (Hajer 2002: 93) – moderate Lösungsstrategien rückten ins Zentrum der Aufmerksamkeit (K.-W. Brand 2008: 231). Die Artikulation von Interessen innerhalb des liberal-repräsentativen Systems erforderte (Gegen)Expertise, alternative Lösungen und Argumente, die wiederum nur im Rahmen von festen Institutionen aufgebaut werden konnte. Zugleich prägte die Übernahme von diskursiven Mustern der dominanten Formation den Rahmen denk- und sagbarer Artikulationen (Hajer 2002: 102f.). Die Entscheidung eines Teils der grünen Bewegung für eine moderate Strategie ging also notwendig mit entsprechenden Anpassungen an inhaltliche und organisatorische Imperative einher, die den Charakter der grünen Bewegung nachhaltig veränderten (Dryzek et al. 2003: 99). Besonders deutlich sichtbar wurde dies am Beispiel der Grünen Partei und ihrer Anpassung an die parlamentarische Logik oder am Beispiel der überaus einflussreichen professionellen grünen Bewegungsorganisationen (Doherty 2002: 38). Dieser partielle Professionalisierungsschub führte jedoch nicht zu einer vollkommenen Aufgabe bewegungstypischer Charakteristika. Ein besonderes Spezifikum der deutschen grünen Bewegung wurde vielmehr die Gleichzeitigkeit und enge Verbindung starker professioneller Akteure und sehr aktiver gegenhegemonialer Protestpraxis (Doherty 2002: 42f.).

Ökologische Modernisierung

Von entscheidender Bedeutung für die oben genannte Professionalisierung waren die Etablierung und der Erfolg des diskursiven Projekts der ökologischen Modernisierung. Betrachtet man die diskursive Lage, so war mit der Polarisation Ende der 70er auch eine diskursive Sackgasse eingetreten. Während die grundsätzliche Akzeptanz des Umweltschutzthemas weiterhin stieg und die Auswirkungen der ökologischen Krise sichtbar blieben, standen sich hinsichtlich der konkreten Transformationsfrage sozialer Ordnung zwei Positionen diametral gegenüber. Einerseits die dominante Formation mit ihrer klaren Ausrichtung auf den staatlichen Imperativ wirtschaftlichen Wachstums. Andererseits die radikale Kritik an ebenjenem Primat und die damit verknüpfte Idee einer völlig anderen Form sozialer Ordnung. Dazwischen eine diskursive Lücke fehlender allgemein akzeptabler Lösungsszenarien für die ökologische und politische Krise¹⁵⁰, die ab 1984

¹⁵⁰ „In other words, the new policy culture (of ecological modernisation) and its trends are not always simply or primarily intended to resolve environmental problems. They are also shaped by a contest over political control of the

zunehmend durch das Projekt der ökologischen Modernisierung gefüllt wurde und so die nächste diskursive Dynamik im Bereich des Umweltschutzthemas initiierte. Ab 1992 dominierte der Diskurs der ökologischen Modernisierung die Umweltschutzpolitik (Hajer 1996: 249; Christoff 2000: 209ff.; Barry 2005: 304ff.): Narrationen, Begriffe und Argumentsmuster der ökologischen Modernisierung sind bis in die Gegenwart sehr präsent und werden durch Akteure aus Politik, Wirtschaft und auch der grünen Bewegung genutzt. Zentrale politische Projekte zur Bewältigung ökologischer Krisen wurden und werden in der Logik der ökologischen Modernisierung umgesetzt (Klimaschutz, Energiewende).

Das diskursive Projekt der ökologischen Modernisierung konzentrierte sich primär auf die Frage der Bewältigung der ökologischen Krise und grenzte Umwelt auf Probleme des Ressourcenmangels, Müll und verschmutzende Emissionen ein (Christoff 2000: 217). Entsprechend setzte das ökomoderne Projekt an der inzwischen weit geteilten strukturellen Problemanalyse an und ergänzte diese durch ein konkretes Lösungsszenario innerhalb der bestehenden sozialen Ordnung (Hajer 2002: 25). Folgende Kerncharakteristika fanden und finden sich dabei bei fast allen Artikulationen des Projekts der ökologischen Modernisierung (nach Mol/Sonnenfeld 2000: 6f.; vgl. auch Fischer/Freudenburg 2001: 702f.; Hajer 2002: 26ff.):

Erstens erfolgt eine Neubewertung der Rolle von Wissenschaft und Technik. Insbesondere der technische Fortschritt wurde durch die grüne Bewegung eher skeptisch betrachtet und wird durch die ökologische Modernisierung nun zugleich als Lösungsszenario für ebenjene Umweltschutzprobleme gedeutet. Durch wissenschaftlich-technische Innovationen sollen Umweltbelastungen schon im Vorfeld vermieden werden, entsprechend werden neue technische Verfahren primär als Umweltschutzgewinn verstanden (Mol/Sonnenfeld 2000: 6; Christoff 2000: 212). Im Vergleich zur oben beschriebenen grünen Bewegung als gegenhegemoniales Projekt wird hier also aus der Einordnung der Industriegesellschaft als Problemverursacher ein anderer Schluss gezogen (Hajer 1996: 249). Die ökologische Krise wird vom systemischen Problem zum Managementproblem (Hajer 2002: 26). Der verursachende Mechanismus wird gleichzeitig als Lösungsweg angeführt – technologischer Fortschritt ist für die Idee ökologischer Modernisierung nicht das Problem, sondern ein noch nicht weit genug entwickelter technischer Fortschritt eine Lösungsoption in naher Zukunft.

Zweitens wird die schon latent vorhandene Kritik staatlicher Regulierung aus den *Limits* verschärft. Marktdynamiken und unternehmerisches Handeln gelten nun als zentrale Prinzipien zur Sicherung von Fortschritt, Innovation und effizienter Restrukturierung von Gesellschaft (Mol/Sonnenfeld 2000: 6; Barry 2005: 308ff.).

Drittens beschreibt der ökomoderne Diskurs die Rolle staatlichen Handelns neu. Im Einklang mit

environmental agenda and, separately, over the legitimacy of state regulation [...]“ (Christoff 2000: 210).

neuen Verständnissen modernen Regierens (Governance) sollen staatliche Akteure eher horizontal integrieren, kommunizieren und moderieren (Offe 2008). Damit einher geht die vermehrte Einbindung nichtstaatlicher Akteure (Mol/Sonnenfeld 2000: 6f.). Letzteres gilt insbesondere für soziale Bewegungen und Bewegungsorganisationen. Diese werden aktiv in Entscheidung und Implementation über Umweltschutzfragen eingebunden – hier gehen Veränderungen innerhalb der grünen Bewegung und eine erneute relative Öffnung staatlicher Institutionen ineinander über (Mol/Sonnenfeld 2000: 7; Barry 2000: 314).

Nicht zuletzt sind diese Punkte insgesamt eingebettet in das Grundmuster der Vereinbarkeit und positiven Wechselseitigkeit von Ökonomie und Ökologie. Der Diskurs wird in Richtung Konsens reorganisiert. Sowohl inhaltlich als auch strategisch präsentiert sich der ökomoderne Diskurs als Projekt des Ausgleichs und der Versöhnung. Es finden sich De-Politisierungstechniken, Strategien der De-Thematisierung (Problematik technischer Lösungen, Verweis auf kommenden Fortschritt) und Äquivalenzierung von ehemals als unvereinbar geltenden Prinzipien (Nachhaltiges Wachstum) (Krüger 2013: 439ff.). Die Grundakzeptanz dieser Prämissen ist gewissermaßen die Gretchenfrage, ob man sich innerhalb oder außerhalb des ökomodernen Diskurses bewegt (Mol/Sonnenfeld 2000: 7).

Grundsätzlich ist das ökomoderne Prinzip gerade in Bereichen der konkreten Umweltschutzpolitik als hegemonial zu verstehen (Hajer 2002: 30). Damit wird das Projekt der ökologischen Modernisierung für die in ihrer Ursprungsidentität genau anders ausgerichtete grüne Bewegung eine entscheidende Herausforderung. Insofern kann das diskursive Projekt der ökologischen Modernisierung auch als Antwort auf die radikale Kritik durch die grüne Bewegung in den 70er Jahren gewertet werden (Hajer 2002: 32; Hajer 1996: 254; Dryzek et al. 2003: 168) – sozusagen als *gegen-gegenhegemoniales Projekt*. Für diese Annahme spricht neben der diskursiven Ausrichtung auch der Ursprung des ökomodernen Diskurses - eine wesentliche Rolle spielten internationale Konferenzen (u. a. Rio 1992) und Berichte (sog. Brundtland-Report *Our Common Future* (WCED 1987)), transnationale staatliche Organisationen und moderate Nichtregierungsorganisationen (Hajer 2002: 96ff.; Krüger 2013: 430ff.) – allesamt Akteure und diskursive Formationen, die den dominanten Formationen zugerechnet werden können.

Mit dem oben beschriebenen Strategiewechsel großer Teile der grünen Bewegung von sozial-ökologischen zu rein ökologischen Forderungen ging auch die Übernahme von Elementen des ökomodernen Diskurses einher. Dies wurde begleitet durch das partielle und temporäre Entgleiten der zuvor bestehenden Deutungshoheit der grünen Bewegung in Sachen Umweltschutz (Hajer 2002: 102f.) – auch dies ein sichtbarer Erfolg des ökomodernen Projekts.

Aktive gegenhegemoniale Praxis

Angeichts dieser umfassenden diskursiven Dynamik im Feld der Umweltschutzpolitik sollten signifikante soziale Veränderungen im Bereich des Umweltschutzes erwartbar sein. Der internationale Vergleich (Dryzek et al. 2003) zeigt jedoch, dass die Präsenz des ökomodernen Diskurses nicht notwendig entscheidende umweltpolitische Maßnahmen bedingt. Als entscheidender Unterschied zwischen Ländern mit oder ohne signifikante Transformationsprojekte wird die sichtbare Präsenz einer weiterhin klar antagonistisch ausgerichteten grünen Bewegung angeführt. Kurzum: Insbesondere in jenen Ländern, in denen der grünen Bewegung eine doppelte Strategie der Mitarbeit im liberal-repräsentativen System einerseits und der basisnahen Mobilisierung gegenhegemonialer Forderungen andererseits gelungen ist, lassen sich signifikante soziale Veränderungen im Sinne des grünen Projekts beobachten (Dryzek et al. 2003: 142; Hajer 2002: 86).

Die grüne Bewegung ist dabei seit den 80ern von einer Gleichzeitigkeit moderater und eher gegenhegemonial ausgerichteter Teile geprägt, die in ihrer Summe das fortwährende Bewegungsmilieu bilden. Zwischen beiden Gruppen findet sich, trotz aller Konflikte und Widersprüche, eine Kultur des Austauschs, der Kooperation und der wechselseitigen Ergänzung. Es können sogar Situationen wie etwa der Streit um den Ausstieg aus der Kernenergie 2001 beobachtet werden, in denen eher professionell ausgerichtete Organisationen (wieder) in eine offene Ablehnung liberal-repräsentativer Verfahren und Kompromisse zurück fallen. Dies ist eingebettet in eine weiterhin sehr aktive Protestpraxis grüner Bewegung rund um immer neue Konfliktthemen (Klimaschutz, Gentechnische Lebensmittel, Globalisierungskritik, Endlagerfrage) (Dryzek et al. 2003: 113). Die Vitalität sozialer Bewegungen findet sich also sowohl in der fortwährenden Offenheit halb-professionalisierter Organisationen für radikale Forderungen als auch in einer äußerst vielfältigen Bewegungsszene. Letztere bildet sich aus radikalen Gruppen und Basisinitiativen (Doherty 2002: 154ff., 183ff.), die wiederum oftmals über Mitgliedschaften und Ortsgruppen Teil der oben genannten grünen Bewegungsorganisationen sind. Die Sichtbarkeit und diskursive Präsenz der gegenhegemonialen Teile der grünen Bewegung ist selbstverständlich im Verhältnis zu den auf öffentliche Präsenz spezialisierten Bewegungsorganisationen ungleich geringer. Da aber ein wesentlicher Teil der Stärke ebenjener Bewegungsorganisationen auf der Unterstützung durch die Bewegungsbasis beruht (beispielsweise bei Mobilisierungen für Demonstrationen oder bei der Bitte um Spenden), ist wechselseitige Abhängigkeit, Austausch und nicht zuletzt eine Grunddistanz gegenüber der dominanten Formation garantiert. In vielen Fällen lassen sich dabei Revitalisierungsschübe der Bewegung aus basisnahen, eher radikalen Initiativen beobachten – etwa bei der Neuausrichtung des Klimaschutzdiskurses nach dem gescheiterten Klimagipfel Kopenhagen durch Initiative der Klimakamps (Bedall 2011), der Re-Radikalisierung der amerikanischen Umweltschutzbewegung durch die basisnahen environmental justice-Initiativen

(Dryzek et al. 2003: 29), der Etablierung einer neuen Dynamik im Atomkraftthema durch den zivilen Ungehorsam der Castorblockaden oder der Gründung von Robin Wood als basisnäher, demokratischer Alternative zu Greenpeace (Radkau 2011: 360).

9.3.2 Detailanalyse

Angeichts der drei diskursiven Entwicklungslinien wurden die wesentlichen Ereignisse und Charakteristika schon detaillierter illustriert. In der Detailanalyse sollen diese Punkte jetzt noch in das Analyseschema eingeordnet werden.

1. *Verhältnis zur dominanten Konkretisierung des demokratischen Horizonts*

Ökologische Modernisierung

Der ökomoderne Diskurs ist zunächst ein normales hegemoniales Projekt innerhalb des diskursiven Feldes der beiden dominanten Ausdeutungen des demokratischen Horizonts. Zu allen wichtigen diskursiven Knotenpunkten, also insbesondere zur liberal-repräsentativen Konkretisierung von Demokratie und der industriegesellschaftlichen Variante einer guten sozialen Ordnung wurden klare und zentrale äquivalente Relationen geknüpft. Anhand dieses Beispiels lässt sich auch der oben erwähnte erhebliche strategische Vorteil hegemonialer bzw. Nachteil gegenhegemonialer Projekte illustrieren: Während der explizit positive Bezug auf die dominante Ausdeutung wie ein Katalysator bei der Etablierung eines diskursiven Projekts positiv wirken kann, ist das gegenhegemoniale Projekt demgegenüber nach der anfänglichen Etablierung vor allem durch die hemmende antagonistische Konfrontation geprägt, die eine weitere Etablierung des Projekts sehr voraussetzungsvoll, im Falle des relativen Erfolgs jedoch auch sehr einflussreich macht.

Eben diese Chance gegenhegemonialer Projekte war beim grünen Diskurs angesichts der rasanten Etablierung und der allgemeinen Krise der dominanten Formation durchaus absehbar. Insofern war das ökomoderne diskursive Projekt mehr als nur ein normales hegemoniales Projekt. Es war zugleich gegen-gegenhegemonial, weil durch die Integration von für die dominante Formation akzeptabler Forderungen des grünen Diskurses (vgl. Abbildung 8) die Möglichkeit bestand, die diskursive Dynamik des grünen Projekts zu stoppen bzw. teilweise zu steuern. Der ökomoderne Diskurs beschleunigte die Binnendifferenzierung des grünen Projekts, was die Schlagkraft der antagonistischen Konfrontation schwächte. Zugleich konnte durch die Übernahme und de-radikalisierende Modifikation grüner Forderungen die dominante Formation selbst stabilisiert werden, da nun die zuvor vorhandene Lücke der ökologischen Dislokation vorerst gefüllt und damit das Moment des Politischen weniger offensichtlich wurde.

Professionelle grüne Bewegung

Mit der teilweisen Professionalisierung der grünen Bewegung (Partei Gründung „Die Grünen“, Entstehung von Bewegungsorganisationen) ging eine Neubestimmung des zuvor doppelt antagonistischen Verhältnisses einher. Dies lässt sich unter anderem auf den Erfolg des gegenhegemonialen Projekts der Ökologischen Modernisierung zurück führen – eine gewisse Tendenz zu moderateren Positionen findet sich aber vermutlich bei vielen sich etablierenden gegenhegemonialen Projekten. Nicht zuletzt mündete die antagonistische Konfrontation der späten 70er etwa Mitte der 80er in die Wahrnehmung einer Sackgasse. Die zuvor krisenhafte dominante Formation hatte sich wieder stabilisiert und die Entstehung des ökomodernen Diskurses schloss zunehmend auch die zuvor noch offene Flanke der ökologischen Krise. Vorerst schien mit der antagonistischen Strategie kein Zugang und damit Veränderung in den Kerninstanzen bestehender sozialer Ordnungen möglich.

Die Antwort auf diese strategische Lage war also im Falle der grünen Bewegung die Etablierung einer dualistischen Strategie. Die Gleichzeitigkeit moderater und eher gegenhegemonial-antagonistischer Forderungen ist bis in die Gegenwart bei der grünen Bewegung zu beobachten und hatte ihren Ursprung in der strategischen Neuausrichtung der 80er Jahre. Die sich nunmehr professionalisierenden Teile der grünen Bewegung modifizierten das zuvor bestehende doppelt antagonistische Verhältnis im Sinne einer kritischen Akzeptanz und symbolischen Distanz (vgl. Abbildung 9). Es fanden sich weiterhin die Ziele der Veränderung von Elementen des liberal-repräsentativen Systems oder der industriegesellschaftlichen Ordnung – diese wurden aber nun als zu reformierende Strukturen beschrieben, in dessen Rahmen durchaus Veränderungen angestoßen werden konnten. In diesem Sinne finden sich auch Elemente des ökomodernen Diskurses in den professionalisierten Teilen der grünen Bewegung.

Zugleich bedeutete die Professionalisierung nicht den Anfang der vollständigen Assimilation dieses Teils der grünen Bewegung. Zwei Punkte erscheinen hierfür wesentlich: Erstens ist die Offenheit der dominanten Formation recht begrenzt gewesen. Im Falle der liberal-repräsentativen politischen Ordnung wurde am Beispiel der Grünen Partei deutlich, dass der Zugang zu politischen Entscheidungen eine erhebliche Anpassung an die prozeduralen und inhaltlichen Imperative des Feldes erforderten (Dryzek et al. 2003: 99). Der Austritt von radikalen Teilen der Grünen Partei dokumentiert diesen Anpassungsprozess (Dryzek et al. 2003: 38). Zudem war in der korporatistischen deutschen Staatlichkeit das Primat der oben genannten staatlichen Imperative (insbesondere wirtschaftliche Prosperität) weiterhin dominant. Dies führte dazu, dass grüne Forderungen bis auf weiteres nur bedingt Zugang zu den zentralen Instanzen von Regierung und Administration hatten (Dryzek et al. beschreiben diese Form der Staatlichkeit als passive Exklusion (2003: 115)). So blieb vorerst vor allem die Öffentlichkeit als Instrument zur Beeinflussung von politischen Entscheidungen, was eine gewisse Zuspitzung und Kontrastierung von Forderungen

nach sich zog (Dryzek et al. 2003: 115).

Aktive gegenhegemoniale Praxis

Zweitens gab es auch weiterhin einen signifikanten Teil des grünen Projekts, der im gegenhegemonialen Modus der Protestbewegung und damit innerhalb der ursprünglichen antagonistischen Konstellation gegenüber liberal-repräsentativer und industriegesellschaftlicher Ordnung blieb. Auch dies ist ein Faktor für die nur bedingte Assimilation der professionalisierten Teile. Dieser aktiv-gegenhegemoniale Teil der grünen Bewegung hatte eine relative Stetigkeit diskursiver Irritationen (Protestereignisse, neue grüne Themen und Forderungen) für die dominante Formation und auch die moderaten Teile der Bewegung zur Folge. Angesichts der relativen Abhängigkeit der moderaten von den gegenhegemonialen grünen Bewegungsteilen (siehe oben) kann dies auch als wesentlicher Garant für eine grundsätzlich latente und bislang dauerhafte gegenhegemoniale Ausrichtung der grünen Bewegung angenommen werden.

2. Verhältnis zum demokratischen Horizont

Die grüne Bewegung war auch während und nach den 80ern durch die Forderung nach Demokratisierung geprägt. Zugleich gab es auch in diesem Zusammenhang eine Binnendifferenzierung. Der professionalisierte Teil der grünen Bewegung relativierte im Verlaufe der Integration in das liberal-repräsentative Feld einige radikaldemokratische Forderungen. Im Falle der Grünen Partei fand und findet sich die Gleichzeitigkeit von Residuen eines Selbstverständnisses als demokratischere Anti-Parteien-Partei (Basisnähe, Trennung von Amt und Mandat) und strategisch begründete Aufgabe von Prinzipien (Ämterrotation). Manche Bewegungsorganisationen begründeten ihre nunmehr hierarchische Selbstorganisation mit strategischen Imperativen. Kurzum: gerade im professionalisierten Teil der grünen Bewegung ist der Bezug auf demokratische Prinzipien weniger in der Selbstorganisation, sondern stärker in der kritischen Auseinandersetzung mit der liberal-repräsentativen Formation zu finden. Der damit einher gehende Widerspruch wird zumeist mit strategischen Argumenten begründet.

Demgegenüber ist das Selbstverständnis einer basisdemokratischen Selbstorganisation in den gegenhegemonialen Teilen der grünen Bewegung weiterhin aktiv und prägt sowohl Forderungen als auch Bewegungspraxis.

Das ökomoderne Projekt bezieht sich grundsätzlich positiv auf die bestehende liberal-repräsentative Konkretisierung von Demokratie. Angesichts des Bezugs auf moderierende, horizontale und integrative Formen von Staatlichkeit (Governance) finden sich aber auch Aspekte einer leichten Demokratisierung von Staatlichkeit. Insofern kann auch hier ein Entgegenkommen des ökomodernen Diskurses gegenüber dem grünen Projekt festgehalten werden.

3. Verhältnis zur erweiterten diskursiven Umwelt

Entsprechend der oben genannten Argumentation ist die grüne Bewegung gegenüber Staatlichkeit je nach Fall eine relativ (professionalisierte Teile) oder weiterhin signifikant distanziert (gegenhegemoniale Teile). Der ökomoderne Diskurs konnte sich demgegenüber tief in staatliche Politik einschreiben und repräsentiert das nunmehr vorherrschende Muster im Umgang mit Umweltschutzproblematiken (insbesondere beim Klimaschutz).

Öffentlichkeit ist für beide Teile der grünen Bewegung das zentrale Forum zur Artikulation von Forderungen. Viele Bewegungsstrategien zielen auf die Herstellung von Öffentlichkeit ab (beispielsweise dramatische Kampagnenstrategien bei Greenpeace, ziviler Ungehorsam, Großdemonstrationen) (Schmitt-Beck 1990). Zugleich ließ sich beobachten, dass mit zunehmender Dominanz des ökomodernen Diskurses das Portfolio möglicher Argumente und die Legitimität radikaler Kritik vorerst abgenommen hatten. Die sich in den vergangenen Jahren abzeichnende Dislokation ökomoderner Instrumente, wie etwa dem Handel mit CO₂-Zertifikaten oder Fukushima als Zeichen der fraglichen Beherrschbarkeit von Risikotechnologie, öffnet hingegen neue diskursive Möglichkeiten der grünen Bewegung in der allgemeinen Öffentlichkeit.

4. Verhältnis zur gegenhegemonialen Praxis

Das oben beschriebene alternative Milieu oder auch der Begriff Bewegungsgesellschaft¹⁵¹ drücken die soziale Verstetigung und eigenständige kulturelle Identität sozialer Bewegungen in den vergangenen Jahrzehnten aus. Insofern ist die grüne Bewegung inklusive ihrer vitalen Protestpraxis wichtiges Element einer vorerst dauerhaften und breiten gegenhegemonialen Praxis.

Der ökomoderne Diskurs bleibt dieser gegenhegemonialen Praxis inhaltlich üblicherweise fremd. Gleichzeitig findet sich aber im Diskurs der Ökologischen Modernisierung eine grundsätzliche Offenheit gegenüber Akteuren aus den sozialen Bewegungen. Dies führt beispielsweise zur Einbindung von Bewegungsakteuren und bewegungsnahen Menschen in internationale Umweltschutzkonferenzen, wenngleich die Signifikanz ihres Einflusses immer umstritten ist und der Vorwurf der legitimierenden und kaschierenden Funktion nicht ohne Begründung im Raum steht. Die Grundrichtung ist aber recht eindeutig: der ökomoderne Diskurs geht offensiv auf moderate Teile der gegenhegemonialen Praxis zu, ist aber keinesfalls Teil der gegenhegemonialen Bewegung.

5. Innere Konstellation des gegenhegemonialen Projekts

Die hier idealtypisch beschriebene Differenzierung der grünen Bewegung in moderate und weiterhin gegenhegemonial ausgerichtete Teile war entscheidend für die strategische Neuausrichtung der grünen Bewegung ab den 80er Jahren. Wichtige Gründe für die relative

¹⁵¹ Vgl. Kapitel 7.4.

Teilung waren der ökomoderne Diskurs, strategische Sackgassen antagonistischer Konflikte und nicht zuletzt die passive Exklusion radikaler Bewegungsakteure durch staatliche Institutionen.

Die moderate grüne Bewegung befindet sich bis auf weiteres in einem Spannungsverhältnis zwischen den Imperativen des liberal-repräsentativen bzw. staatlichen Feldes einerseits und den kritischen Irritationen des für die Kraft der moderaten Akteure essentiellen gegenhegemonialen Bewegungsspektrums andererseits. In dieser Konstellation bleibt die Wahrscheinlichkeit für eine weitere Anpassung seitens der moderaten Bewegung relativ gering.

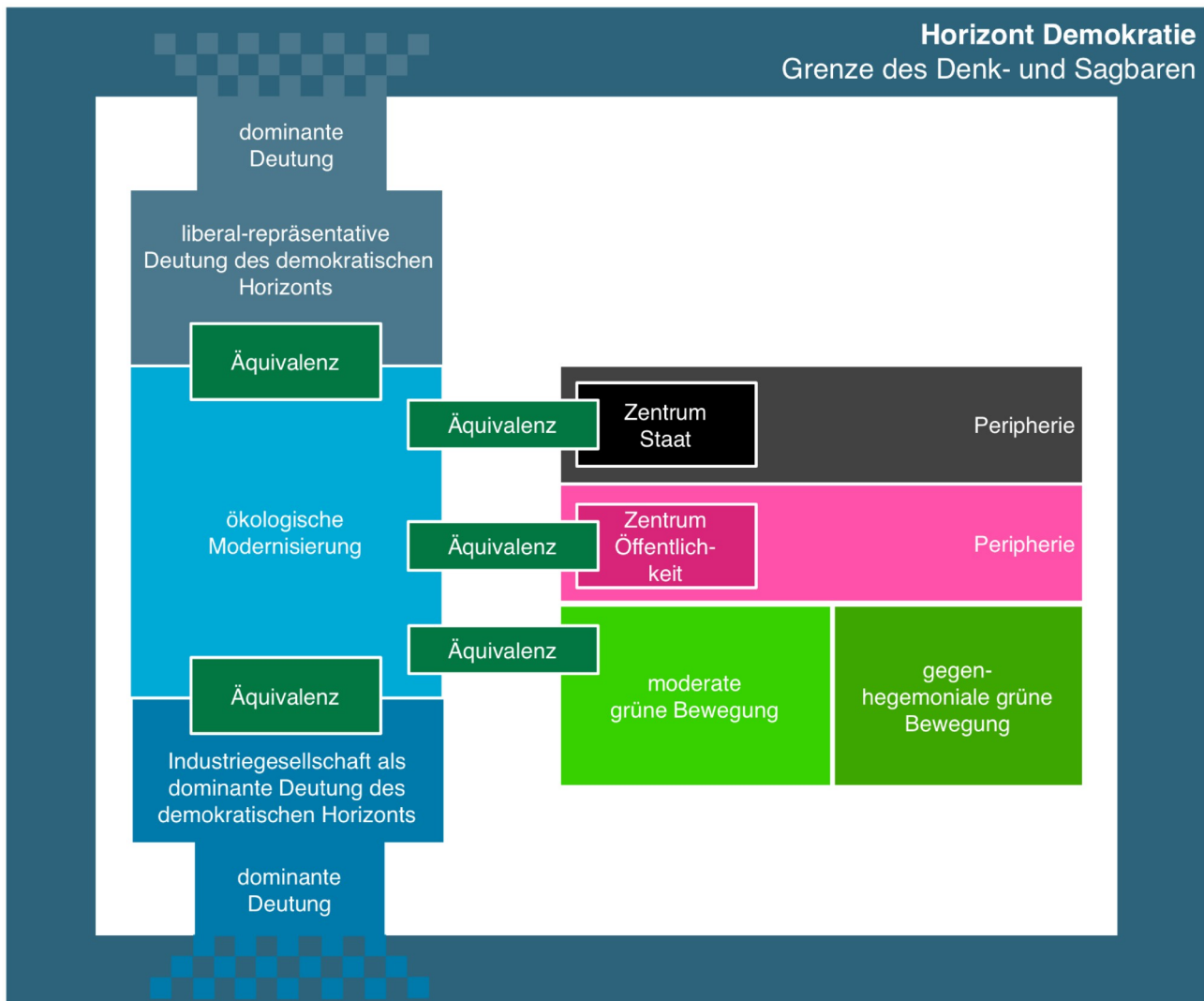
9.3.3 Zwischenbetrachtung

Die Etablierung des Projekts der ökologischen Modernisierung und die Differenzierung der grünen Bewegung werden nun mit Hilfe von zwei Abbildungen und einer Tabelle zusammengefasst.

Abbildung 8 skizziert die strategische Positionierung des ökomodernen Projekts. Die Entstehung des Projekts fiel in eine Phase der Gleichzeitigkeit fehlender, allgemein akzeptabler Lösungsszenarien für eine Bewältigung der manifesten ökologischen Krise von Seiten der dominanten Formation und von Seiten der grünen Bewegung. Zugleich war die offensive Infragestellung der dominanten Formation durch die grüne Bewegung weiterhin präsent. Gepaart mit der ökologischen Krise wurde hier eine Lücke in der sozialen und politischen Bewältigung eines allgemein akzeptierten Problems offensichtlich. Das sich etablierende Projekt der ökologischen Modernisierung erwies sich als ideal, um diese diskursive Lücke zu schließen und damit die weiterhin bestehende gegenhegemoniale Herausforderung vorerst zu befrieden. Dabei handelte es sich um ein hegemoniales Projekt, das sehr eng mit den weiterhin bestehenden dominanten Formationen (liberal-repräsentative Deutung von Demokratie und Industriegesellschaft als Deutung der Demokratie) verknüpft war bzw. in vielen Fällen von diesen dominanten Formationen ausging. Insofern kann der ökomoderne Diskurs in der Abbildung als Element der dominanten Formation dargestellt werden. Dies sind jedoch nicht die einzigen Äquivalenzbeziehungen. Als gegen-gegenhegemoniales Projekt der Befriedung der gegenhegemonialen Herausforderung und Auflösung der diskursiven Blockade artikulierte die ökologische Modernisierung weitere Äquivalenzen zu moderner Staatlichkeit, Öffentlichkeit und vor allem den sich professionalisierenden Teilen der grünen Bewegung. Die ökologische Modernisierung präsentierte sich als Konzept der Lösung des Widerspruchs von Umweltschutz und wirtschaftlichem Wachstum sowie als Auflösung des politischen Lagedenkens. Demgegenüber wurden Vertreter radikal-gegenhegemonialer politischer Strategien klar ausgegrenzt. Die Idee einer grundsätzlichen Infragestellung der sozialen Ordnung wurde gerade durch die ökomoderne Identitätskonstruktion als konkretes Lösungsszenario nicht akzeptiert, dethematisiert bzw. implizit antagonistisch ausgeschlossen. Insofern kann die zu beobachtende Differenzierung der grünen

Bewegung in professionalisierte, moderate und weiterhin klar gegenhegemonial ausgerichtete Teile auch auf die erfolgreiche diskursive Etablierung des ökomodernen Projekts zurück geführt werden. Gerade für die sich professionalisierenden Teile der grünen Bewegung ermöglichte das ökomoderne Projekt einen Ausweg aus der zunehmend als Blockade wahr genommenen Polarisation.

Abbildung 8: Grüne Bewegung - Das Projekt der ökologischen Modernisierung

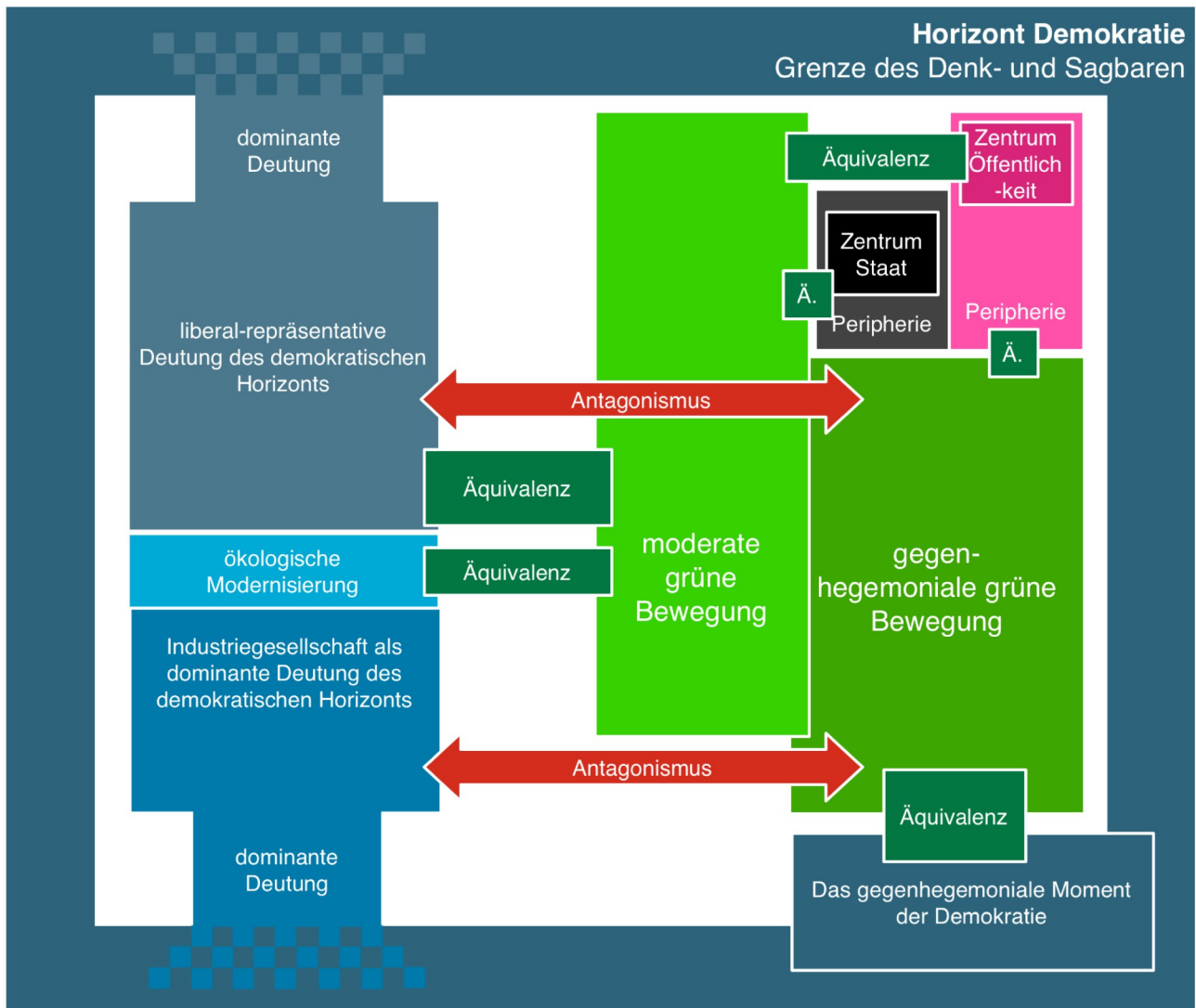


Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 9 illustriert unter Einbezug des Projekts der ökologischen Modernisierung die Differenzierung der grünen Bewegung. Wie gerade angedeutet, bot das Projekt der ökologischen Modernisierung moderaten Teilen der Bewegung einen allgemein zunehmend akzeptierten Ausweg aus der zuvor polarisierten diskursiven Konstellation. Dieser Prozess zog sich – wie am Beispiel der Partei Die Grünen zu beobachten – über einen relativ langen Zeitraum hin. Die

Konstruktion des ökomodernen Projekts sah bereits im Rahmen der Etablierung (1980er Jahre) die Integration von Teilen der Bewegung vor. Die Selbstpositionierung der moderaten grünen Bewegung entsprach erst sukzessive der in der Abbildung angezeigten Äquivalenz zum ökomodernen Projekt, zur liberal-repräsentativen Deutung von Demokratie und zum Zentrum von Staatlichkeit und Öffentlichkeit. Demgegenüber waren die weiterhin bestehenden gegenhegemonialen Teile der grünen Bewegung dadurch gekennzeichnet, dass sie sich fortwährend explizit antagonistisch zu den dominanten Formationen (liberal-repräsentative Demokratie, Industriegesellschaft und das mit beiden Formationen verknüpfte Projekt der ökologischen Modernisierung) positionierten. Die zuvor bestehende allgemeine Verbindung der grünen Bewegung mit dem gegenhegemonialen Moment der Demokratie findet sich in dieser Phase nun primär bei der aktiven gegenhegemonialen Praxis. Die Besonderheit der Differenzierung der grünen Bewegung ist nun, dass – wie in der Abbildung skizziert – bislang keine vollständige Trennung der grünen Bewegung zu verzeichnen ist. Weiterhin bestehen enge Interaktionen und Verbindungslinien zwischen den beiden Teilen, sodass die in Abbildung 9 ausgedrückte strategische Konstellation eine relative Gleichzeitigkeit einer antagonistischen und distanziert-äquivalenzierenden Interaktion zwischen gegenhegemonialen Projekt und dominanter Formation beschreibt. Es wurde argumentiert, dass genau diese strategische Konstellation die relativ starke Variante der ökologischen Modernisierung in Deutschland ermöglicht hat.

Abbildung 9: Grüne Bewegung - Professionelle grüne Bewegung und aktive gegenhegemoniale Praxis



Quelle: Eigene Darstellung

In Tabelle 12 werden die Ergebnisse der fünf Analysepunkte für jeweils das ökomoderne Projekt, die professionalisierten und aktiv-gegenhegemonialen Teile der grünen Bewegung zusammengestellt. Die Reihenfolge der jeweiligen Projekte illustriert dabei das ineinander übergehende strategische Spektrum an Positionen zum Umgang mit der ökologischen Krise. Die zu beobachtenden Projekte der Einschätzung und des Umgangs mit der ökologischen Krise sind selbstverständlich ungleich vielfältiger (Dryzek 2005).

Tabelle 12: Ergebnisse der Detailanalyse der grünen Bewegung ab den 80er Jahren

Phase	Verhältnis zur dominanten Formation	Verhältnis zum dem. Horizont	Verhältnis erweiterte diskursive Umwelt	Verhältnis gegen-hegemoniale Praxis	Innere Konstellation des gegen-hegemonialen Projekts
Ökologische Modernisierung	Direkte Einbettung in die dominanten Deutungs-formationen	Positiver Bezug auf moderierende, horizontale und integrative Formen von Staatlichkeit (Governance)	Enge Verknüpfung mit Öffentlichkeit und Staatlichkeit	Versuch der Einbindung moderater Bewegungs-akteure	Bedingt deutungsopen. stärkere und schwächere Varianten des ökomodernen Diskurses
Professionelle grüne Bewegung	Kritische Äquivalenz zur liberal-repräsentativen Deutung und dem Projekt der ökologischen Modernisierung (als Teil der Industriegesellschaft)	Moderate Demokratie-sierungs-forderungen jenseits der liberal-repräsentativen Deutung	Relative Nähe zum Zentrum von Staatlichkeit und Öffentlichkeit	Latente Distanz zu gegen-hegemonialer Praxis, jedoch kein Abbruch der Relation	Grüne Bewegung allg.: Teilung in moderaten und gegen-hegemonialen Teil
Aktive gegen-hegemoniale Praxis	doppelter Antagonismus	enger Bezug auf Elemente direkter Selbstregierung, konkrete Umsetzung von Konzepten	Partieller Zugang zur Peripherie von Öffentlichkeit	Enge Verbindung mit anderen Bewegungen über Bewegungs-milieu	Grüne Bewegung allg.: Teilung in moderaten und gegen-hegemonialen Teil

Quelle: Eigene Darstellung

9.4 Die grüne Bewegung als gegenhegemoniales Projekt

Die Entstehung und Etablierung des gegenhegemonialen Projekts grüne Bewegung vollzog sich in einer Phase massiver Dislokationen: sowohl in der dominanten Formation als auch im diskursiven Feld gegenhegemonialer Praxis. Dies legt den Schluss nahe, dass für die erstaunlich rasche und erfolgreiche Etablierung eines gegenhegemonialen Projekts nicht nur eine gewisse Verunsicherung der dominanten Formation förderlich ist, sondern auch eine Freistelle im Feld gegenhegemonialer Artikulationen vorhanden sein sollte. Letztgenannter Punkt wird auch durch die illustrierte Kontinuität und enge Verbindung der verschiedenen sozialen Bewegungen unterstrichen. Daher kann ab den 70ern von der Präsenz eines kontinuierlichen Bewegungsmilieus ausgegangen werden, welches wiederum für alle gegenhegemonialen Artikulationen von wesentlicher Bedeutung ist.

Nicht zuletzt zeichnete sich in den 70er Jahren schon ab, dass die Etablierung eines

gegenhegemonialen Projekts (Repräsentation der grünen Bewegung im Diskurs) nicht gleichbedeutend mit sofortigen signifikanten Veränderungen ist. Sicherlich ist durch die Repräsentation des grünen Projekts die Sensibilität für Umweltschutzthemen gewachsen – tiefgreifende Veränderungen der dominanten Formation waren damit aber nicht sicher. Das Ende der 70er zeigte vielmehr, dass eine dominante Formation durchaus wehrhaft und konfliktfähig sein kann, wenn Kernimperative der Formation betroffen sind.

In den 80er Jahren ließ sich hinsichtlich dieser Abwehrmaßnahmen eine andere Strategie beobachten, die als Reaktion auf die weiterhin aktive Protestbewegung und die fortwährende, nicht mehr zu leugnende ökologische Dislokation interpretiert werden kann. Das ökomoderne Projekt war der Versuch der dominanten Formationen, die Lücke der ökologischen Krise zu schließen, diese Lösung aber zugleich kompatibel zu Teilen der grünen Bewegung zu gestalten. Da das Projekt der Ökologischen Modernisierung offensichtlich als Reaktion auf die grüne Bewegung zu verstehen ist, kann der ökomoderne Diskurs auch als gegen-gegenhegemoniales Projekt bezeichnet werden. Ziel war nicht der erneute Aufbau eines Antagonismus, sondern vielmehr die Dekonstruktion des bestehenden Antagonismus zwischen dominanter Formation und gegenhegemonialem Projekt, indem offensiv Äquivalenzen artikuliert wurden. Über die Idee der Verknüpfung von Wachstum und ökologischem Umbau der Gesellschaft wurden dabei zugleich alle wesentlichen Knotenpunkte der dominanten Formation bedient, was wiederum der rasanten Etablierung des Projekts dienlich war. Im Vergleich zum gegenhegemonialen Projekt fanden sich in diesem Fall relativ schnell auch erste Projekte sozialer Transformation nach dem ökomodernen Muster (Klimaschutz).

Die 80er Jahre waren auch der Zeitpunkt einer Binnendifferenzierung der grünen Bewegung, die bis heute das grüne Projekt charakterisiert: es kam zu einer Teilung in moderate und weiterhin gegenhegemoniale Teile der Bewegung. Die Entwicklung moderater, professionalisierter Bewegungsakteure lässt sich insbesondere auf den ökomodernen Diskurs, strategische Sackgassen antagonistischer Konflikte und nicht zuletzt die passive Exklusion radikaler Bewegungsakteure durch staatliche Institutionen zurückführen. Was jedoch erst nach einer Schwächung der Schlagkraft des grünen Projekts klingt, erwies sich im Verlaufe der weiteren Entwicklung als durchaus produktive dualistische Strategie, in der beide Teile der Bewegung lose miteinander kooperieren, sich ergänzen und dem gegenhegemonialen grünen Projekt eine Dauerhaftigkeit bis in die Gegenwart verleihen.

Zentrale Bedeutung gegenhegemonialer Intervention

Die Diskussion der diskursiven Entwicklungen ab den 80er Jahren hat im Hinblick auf die Analyse gegenhegemonialer Projekte vor allem die zentrale Bedeutung einer stetigen gegenhegemonialen Praxis zum Ausdruck gebracht. Zwei Effekte sollen hierbei hervor gehoben werden.

Erstens konnte die grüne Bewegung als Ganzes unter anderem durch die weiterhin aktive gegenhegemoniale Protestpraxis der erheblichen Sogwirkung des ökomodernen Diskurses widerstehen. Erst durch die Weigerung, den ökomodernen Diskurs als hinreichende Antwort auf die ökologische Krise zu akzeptieren, wurde das ökologische Thema dauerhaft auf der Agenda gehalten. Die Versuche des Schließens der diskursiven Lücke „ökologische Krise“ glückten also zu keinem Zeitpunkt vollständig – es gab weiterhin Kritik, die zwar keine Alternative auf Augenhöhe etablieren, jedoch die grundsätzliche Anwesenheit von Widerspruch sichern konnte. Die fortwährende Präsenz einer gegenhegemonialen Kraft hat also signifikanten Einfluss auf die strategische Gesamtlage und die kritisierte dominante Formation. Dies ist beispielsweise ablesbar in der durchaus entgegenkommenden Form des gegen-gegenhegemonialen Diskurs (starke ökologische Modernisierung (Christoff 2000: 222) mit vielen Kernaspekten grüner Forderungen) oder ersten beobachtbaren Veränderungen im Bereich des Umweltschutzes.

Zweitens hat sich gezeigt, dass durch die Stetigkeit gegenhegemonialer Artikulationen die allgemeine diskursive Lage und auch die dominante Formation offener und vielfältiger wurde (Dryzek et al. 2003: 111). Eine entscheidende Rolle haben dabei gegenhegemoniale Artikulationen und Konflikte in der massenmedialen Öffentlichkeit gespielt (Dryzek et al. 2003: 114). Hier wurden vermeintliche Notwendigkeiten kritisiert, dekonstruiert und mit Alternativen konfrontiert. In diesem Sinne wurde speziell durch die gegenhegemonialen Teile der grünen Bewegung die vermeintliche Notwendigkeit und Natürlichkeit sozialer Ordnung in Frage gestellt und eine Alternative denkbar gemacht. Daher entspricht dieser relativ dauerhafte Vorgang exakt dem oben genannten konstruktivistisch-hegemonietheoretischen Verständnis von demokratischer Demokratie.

Erfolg grüner Bewegung

Die Beurteilung des Erfolgs eines gegenhegemonialen Projekts ist aus zwei Gründen schwierig: Erstens lässt die Komplexität diskursiver Lagen grundsätzlich und speziell theorieimmanent keine eindeutigen Zuordnungen von Kausalität und damit Erfolg zu. Zweitens ist das Kriterium für Erfolg umstritten: die notwendige Selbstüberschätzung und der Universalisierungsdrang gegenhegemonialer Projekte sind ohne Frage wesentlich für das Initiieren diskursiver Dynamiken. Daher eignet sich die Erfüllung der Forderung eines (gegen)hegemonialen Projekts aber per se nicht als Kriterium für Erfolg. Auf Basis der in Kapitel 3.6.3 entwickelten Differenzierung der Erfolgsszenarien gegenhegemonialer Projekte wird nun eine Einordnung der grünen Bewegung in dieses Schema vorgenommen.

Die *Stabilisierung als gegenhegemoniales Projekt* war bei der grünen Bewegung schon Ende der 70er zu beobachten. Dies ging relativ schnell in die *Etablierung als Hegemonie mit begrenzter Reichweite* über, ablesbar an der Dauerhaftigkeit des grünen Projekts als sinnstiftende Orientierung, Identität und soziokulturellem Milieu. Viel schwieriger ist jedoch die Beurteilung

hinsichtlich der nach außen gerichteten Dynamiken, die aber für den Erfolg eines gegenhegemonialen Projekts per definitionem entscheidend sind. Die *Krise der dominanten Ausdeutungen des demokratischen Horizonts* in den 70ern war nicht der grünen Bewegung sondern eher dem Wirken der Neuen Linken zuzuordnen. Die durch die grüne Bewegung angestoßenen antagonistischen Konflikte der folgenden Jahrzehnte forderten die dominante Formation zwar heraus, versetzten diese aber nicht erneut in eine signifikante Krise.

Die *(Teil)Ablösung der dominanten Formation* kann beobachtet werden, wenn eine langfristige Perspektive eingenommen wird und oben genannte Maximalforderungen des (gegen)hegemonialen Projekts selbst nicht als Kriterium genutzt werden. In diesem Fall lassen sich Indizien finden: hinsichtlich des grünen Kernthemas wären dies erste Schritte in der Transformation der Industriegesellschaft und insbesondere die Existenz und der Erfolg des ökomodernen Diskurses. Letztgenannter Punkt mag zunächst überraschen, da die ökologische Modernisierung als gegen-gegenhegemoniales Projekt explizit *gegen* das grüne Projekt ausgerichtet war. Ökologische Modernisierung ist aber zugleich auch Ausdruck und ggf. auch Katalysator einer sich ändernden gesellschaftlichen Ausrichtung zum Umweltschutzthema: eine veränderte Sensibilität und auch der Konsens hinsichtlich der Handlungsnotwendigkeit in Umweltschutzfragen können als gesichert gelten und werden auch durch die zentrale Präsenz des ökomodernen Diskurses repräsentiert. Der ökomoderne Diskurs ist also trotz aller strategischen Fallstricke für das grüne Projekt zugleich Zeichen der Veränderungsmöglichkeiten und -wirkung eines gegenhegemonialen Projekts. Entsprechend handelt es sich hier um einen indirekten Erfolg, der auch nur über die weiterhin vorhandene Präsenz gegenhegemonialer Forderungen abgesichert wird. Insofern ist die fortwährende aktive gegenhegemoniale Praxis der grünen Bewegung entscheidend dafür, ob das Projekt der ökologischen Modernisierung eher schwach, also mit wenigen diskursiven Folgen, oder aber stark, also mit signifikanten Folgen ausfällt (Christoff 2000: 222). Starke ökologische Modernisierung ist dabei immer dann zu beobachten, wenn die gegenhegemoniale Praxis dauerhafter und signifikanter Teil des Ringens um die soziale Ordnung ist (Drycek et al. 2003).

Zugleich sind grüne Forderungen – im Gegensatz zu beispielsweise den Forderungen der bürgerlich-liberalen Bewegung oder der Arbeiterbewegung – mitnichten Teil der staatlichen Kernimperative geworden (Drycek et al. 2003: 1). Selbst der ökomoderne Diskurs, in dem sich einige der grünen Forderungen (jenseits struktureller Änderungen) wieder finden, beschränkt sich primär auf wirtschaftspolitisch gewichtige Umweltschutzfragen und klammert die Infragestellung anderer Bereiche sozialer Ordnung grundsätzlich aus (Krüger 2013: 448) Das Ringen um soziale Transformation ist im Falle des grünen Projekts also weiterhin im Gange und im Ausgang offen.

9.5 Zwischenbetrachtung

Vor dem Hintergrund der Detailanalyse der grünen Bewegung wird nun das Modell demokratisch-gegenhegemonialer Projekte ergänzt und in der Tiefenschärfe weiter entwickelt.

typische gegenhegemoniale Strategien

Angesichts der typischen strategischen Konstellation eines gegenhegemonialen Projekts wurde vor dem Hintergrund des hegemonietheoretischen Modells argumentiert, dass eine Strategie der integrativen Universalisierung geeignet sei, um den strukturellen Widerspruch gegenhegemonialer Projekte zu lösen. Dieser Widerspruch, also der Universalisierungsdrang des eigenen Projekts und die gleichzeitige Abhängigkeit des Projekts vom Entgegenkommen des diskursiven Außen findet sich bei gegenhegemonialen Projekten besonders stark. Hier bezieht sich der Universalisierungsanspruch auf die Überwindung der dominanten Formation, was wiederum fatale Konsequenzen für die strategische Lage des Projekts hat. Während also bei normalen hegemonialen Projekten die Einschreibung in die dominante Formation grundsätzlich förderlich wirkt, müssen gegenhegemoniale Projekte proaktiv nach alternativen stabilisierenden, sie legitimierenden diskursiven Projekten für äquivalente Relationen suchen. Dies wird mit dem Vorschlag einer integrativ-universalisierenden Strategie als Idealtypus gegenhegemonialer Strategie ausgedrückt.

Das Beispiel der grünen Bewegung hat gezeigt, dass sich die universalisierende Strategie insbesondere in der Entstehungsphase findet. Sofern die diskursive Repräsentation einmal gesichert ist, erscheint diese Strategie aber nicht hinreichend, um die darüber hinaus angestrebte Transformation der dominanten Formation zu bewirken. Dies findet ihren Ausdruck in der strategischen Sackgasse, in der sich die grüne Bewegung Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre befand. Anschließend lässt sich ebenjene integrative Universalisierung beobachten, jedoch in einer Konstellation, die den strategischen Widerspruch durch eine Binnendifferenzierung innerhalb des gegenhegemonialen Projekts löst. Während die moderaten Teile der Bewegung äquivalente Relationen zu wichtigen diskursiven Formationen etablierten, wurden durch die gegenhegemonialen Bewegungsteile die universell-antagonistischen Forderungen Aufrecht erhalten. Durch die weiterhin vorhandene Verbindung der Bewegungsteile konnte die Strategie ineinander greifen. Insofern löste sich der strukturelle Widerspruch weniger durch einen Mittelweg, sondern vielmehr durch eine mehrdimensionale diskursive Strategie unterschiedlicher Projektteile. Die langfristige Koexistenz beider strategischer Projektteile wurde oben als ein wesentlicher Faktor für den diskursiven Erfolg und die Dauerhaftigkeit des grünen Projekts angeführt.

Hinsichtlich der Strategie integrativer Universalisierung lässt sich also festhalten, dass diese nachweisbar ist, jedoch in einer unerwarteten Konstellation. Die Beobachtung einer strategischen

Binnendifferenzierung eines gegenhegemonialen Projekts zeigt die Bedeutung der internen diskursiven Konstellation. Ein (gegen)hegemoniales Projekt muss also inhaltlich-strategisch nicht sehr homogen ausgerichtet sein, um Erfolg zu haben. Vielmehr kann die relativ lose Verknüpfung heterogener inhaltlicher Forderungen und Strategien unter einem integrierenden Dach signifikante diskursive Effekte haben. Eine Beobachtung, die grundsätzlich im hegemonietheoretischen Modell angelegt ist, jedoch angesichts der erheblichen Differenzen innerhalb der grünen Bewegung erstaunt. Im Vergleich zu anderen sozialen Bewegungen ist das Maß der Differenz und die Dauer des ambivalenten Zustands erheblich. Als Grund für diese Konstellation wurde der weiterhin fehlende Zugang zu den Kernimperativen der dominanten Formation und die andauernde ökologische Dislokation angeführt. In diesem Sinne kann noch ein zweiter Punkt festgehalten werden: Die innere Konstellation eines gegenhegemonialen Projekts, die strategische Ausrichtung nach Außen und nicht zuletzt die Wirksamkeit und Dauerhaftigkeit ihrer diskursiven Interventionen spiegelt im höchsten Maße die allgemeine diskursive Lage wieder. Entsprechend ist die Analyse gegenhegemonialer Projekte zugleich immer auch die Analyse der allgemeinen diskursiven Konstellation einer Gesellschaft. Angesichts der antagonistischen Zuspitzung sind dabei die Konstellationen der allgemeinen diskursiven Lage am Erkenntnisgegenstand „gegenhegemoniale Projekt“ besonders kontrastreich abzulesen.

Bewegungsmilieu und demokratische Demokratie

Zugleich ist die offensive Ablehnung und Ausgrenzung seitens der dominanten Formation keine hinreichende Erklärung für die Dauerhaftigkeit eines gegenhegemonialen Projekts. Am Beispiel der grünen Bewegung zeigte sich vielmehr die wesentliche Bedeutung des Bewegungsmilieus für gegenhegemoniale Projekte. Die langfristige Etablierung grüner Forderungen stand in enger Interaktion mit der Einbettung in eine sich verstetigende breitere gegenhegemoniale Praxis, die spätestens ab den 80ern zu beobachten war und bis in die Gegenwart als eigenständiges Bewegungsmilieu besteht. Die grüne Bewegung war dabei zugleich wesentlicher Faktor bei der Etablierung des Milieus. In den folgenden Jahrzehnten konnte die grüne Bewegung durch das Bewegungsmilieu wiederum ihre Dauerhaftigkeit und diskursive Stärke sichern, was wiederum das Bewegungsmilieu stabilisierte.

Parallel zu diesem Wechselverhältnis von gegenhegemonialem Projekt und Bewegungsmilieu finden sich enge äquivalente Relationen zu den gegenhegemonialen Aspekten des demokratischen Horizonts: die Demokratisierung von Demokratie war ein Kernthema der grünen Bewegung und des breiteren Bewegungsmilieus. Hierbei sind zwei wesentliche Funktionen des expliziten Bezugs auf Demokratie von wesentlicher Bedeutung: Integration und strategische Absicherung.

Erstens war die Idee einer demokratischen Demokratie und die demokratische Praxis der

Selbstorganisation ein wichtiges gemeinsames Thema des ansonsten recht heterogenen Bewegungsmilieus. Die Idee einer besseren Demokratie förderte so die diskursive Integration des erweiterten Bewegungsmilieus, was wiederum die strategische Lage der einzelnen Bewegungen stabilisierte. Zweitens konnte die grüne Bewegung durch den Bezug auf Demokratie bzw. die gegenhegemonialen Aspekte des demokratischen Horizonts die prekäre diskursive Lage absichern, indem manchen Forderungen grundsätzlich nicht die Legitimität abgesprochen werden konnte.

In diesem Sinne greifen also konkretes gegenhegemoniales Projekt, Bewegungsmilieu und gegenhegemoniale Aspekte des demokratischen Horizonts ineinander – ermöglichen, stabilisieren und fördern sich gegenseitig. Diese als gegenhegemoniales Moment der Demokratie bezeichnete Praxis konnte im Rahmen der Analyse des Fallbeispiels nachgezeichnet werden.

Nun bleibt die Frage, ob das gegenhegemoniale Moment jenseits der Verstetigung und strategischen Absicherung „eigener“ demokratisch-gegenhegemonialer Projekte auch beobachtbare Effekte auf die allgemeine diskursive Lage hat. Oben wurde argumentiert, dass ein konstruktivistisch-hegemonietheoretisches Verständnis demokratischer Demokratie das Kriterium fortwährender Herausforderungen der dominanten Formation nahe legt: Demokratie soll als ein offen-offensichtliches Projekt der Selbstkonstruktion einer Gemeinschaft erkennbar sein.

Im Falle der grünen Bewegung hat das gegenhegemoniale Moment der Demokratie die Etablierung in den 70ern massiv gefördert und im weiteren Verlauf insbesondere die antagonistische gegenhegemoniale Praxis ermöglicht. Übersetzt in die Logik des oben genannten Verständnisses von demokratischer Demokratie wurde die dominante, sich als natürlich darstellende Formation fortwährend mit gegenhegemonialen Forderungen konfrontiert, die die Natürlichkeit, Legitimität und Angemessenheit der sozialen Ordnung in Frage stellten. Entsprechend findet sich im gegenhegemonialen Moment der Demokratie nicht nur eine wesentliche Begründung für die Vitalität des grünen Projekts, sondern auch ein wichtiger Faktor für die demokratische Qualität der übergeordneten demokratischen Gesellschaft.

Die Mehrdimensionalität von Erfolg

Die erste Bewertung des Erfolgs des grünen Projekts hat gezeigt, dass die gegenhegemoniale Perspektive einen mehrdimensionalen Blick auf den Erfolg bzw. die Folgen diskursiver Intervention ermöglicht. Es wurde zum Ausdruck gebracht, dass das im gegenhegemonialen Projekt angelegte Ziel der Überwindung einer bestehenden dominanten Formation nicht als wissenschaftliche Bewertung der Folgen einer gegenhegemonialen Intervention sinnvoll erscheint. Vielmehr erscheint eine langfristige, breit angelegte und für detaillierte oder indirekte Effekte sensible Perspektive zielführender.

Tabelle 13: Idealtypische Formen des Erfolges gegenhegemonialer Projekte

Phase	Idealtypen der Formen des Erfolges gegenhegemonialer Projekte			
	Innen	Außen		
		Dominante Formation		Allgemeiner Diskurs / Peripherie
Entstehung / Ringen um diskursive Repräsentation	Stabilisierung des gegenhegemonialen Projekts	Offensive Abwehrposition, sofern Kernimperative der dominanten Formation aktuell berührt werden – ansonsten Versuch der De-Thematisierung		Veränderung der allgemeinen diskursiven Konstellation durch Präsenz des gegenhegemonialen Themas
	Temporärer Status einer Hegemonie mit begrenzter Reichweite	Übernahme von Aspekten des gegenhegemonialen Projekts (insbes. Thema)		Übernahme von Aspekten des gegenhegemonialen Projekts (Thema, Problemanalyse, Praxis)
Ringen um Transformation der dominanten Ordnung	Langfristige Etablierung als gegenhegemoniales Projekt / Hegemonie mit begrenzter Reichweite	Krise / Notwendigkeit zur Reaktion		
		Moderate Anpassung / Neu-positionierung	Etablierung eines gegenhegemonialen Projekts	Einbindung der gegenhegemonialen Forderung als neuer Kernimperativ
	Übergang von gegenhegemonialem zu hegemonialem Projekt	Moderate Anpassung / Stabilisierung der dominanten Formation		
				Grundsätzliche Akzeptanz des gegenhegemonialen Projekts (als Teil des imaginären Allgemeinen) Erwartung einer Lösung für das akzeptierte Problem
				Grundsätzliche Akzeptanz des gegenhegemonialen Projekts (als Teil des imaginären Allgemeinen) aktuelles Lösungsszenario wird breit akzeptiert

Quelle: Eigene Darstellung

Tabelle 13 bildet diese Mehrdimensionalität ab. Sie ist nicht als notwendiges Entwicklungsszenario zu verstehen, soll aber als idealtypisches Modell komplexe diskursive Entwicklungen systematisch fassbar machen. Es wird grundsätzlich zwischen den Phasen der Entstehung (Ringen um diskursive Repräsentation) und dem sich anschließenden Ringen um Transformation unterschieden.

In der Entstehungsphase etablieren sich gegenhegemoniale Projekte diskursiv. Dabei kann zwischen einer Etablierung als Projekt und partielle Hegemonie unterschieden werden. Letztere zeichnet sich dadurch aus, dass dem gegenhegemonialen Projekt von außen äquivalente Relationen und damit eine gewisse diskursive Akzeptanz sowie Relevanz entgegen gebracht wird. Die allgemeine diskursive Lage wird durch die Etablierung eines neuen Themas und später die Übernahme von Aspekten des gegenhegemonialen Projekts beeinflusst: Der Diskurs verschiebt sich.

Die jeweils aktuelle dominante Formation sieht sich per definitionem durch ein gegenhegemoniales Projekt heraus gefordert, ist aber im Regelfall sehr fest etabliert und gilt als natürliche Ordnung. Die Reaktion der dominanten Formation muss also nicht notwendig ein offener Konflikt oder das Initiieren konkreter Gegenstrategien sein. Ist die „Bedrohung“ durch das gegenhegemoniale Projekt gering und der eigene Status stabil, kann eine moderate, de-thematisierende und partiell entgegenkommende Reaktion erwartet werden. Dies entspricht dem Selbstverständnis einer dominanten Formation als natürliche Ordnung.

Werden hingegen Kernimperative der dominanten Formation bedroht und / oder befindet sich die Formation in einer Krise, kann die Reaktion schnell massiver werden (zu beobachten in den späten 70er Jahren). In diesem Fall kommen vielfältige Strategien zur (Wieder-)Herstellung der diskursiven Ordnung zum Einsatz – etwa die Etablierung eines existentiellen Antagonismus durch die dominante Formation (Darstellung des gegenhegemonialen Projekts als Gefahr für die etablierte Ordnung) oder die Nutzung staatlicher Ordnungsinstrumente (Verfassungsschutz, Parteienverbot, ...).

In jedem Fall ist zu erwarten, dass proportional zur diskursiven Etablierung des gegenhegemonialen Projekts das Thema wahrscheinlicher durch die dominante Formation bearbeitet, also ein Deutungsangebot für die nun offene, politisierte diskursive Lücke erstellt wird. In beiden Szenarien ist die Wirkung des gegenhegemonialen Projekts im Bereich der dominanten Formation zunächst am geringsten einzuschätzen. Entsprechend kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass der Weg zur erfolgreichen Herausforderung der dominanten Formation die ersten Erfolge in der Peripherie zu verzeichnen hat. Diese Erfolge sind zugleich von entscheidender Bedeutung für die diskursive Verankerung des gegenhegemonialen Projekts.

Einmal als gegenhegemoniales Projekt etabliert, ist das wichtigste Ziel das Bewirken sozial-diskursiver Veränderung, da die diskursive Repräsentation als Voraussetzung für gegenhegemoniale Intervention vorerst gesichert erscheint. Das Beispiel der grünen Bewegung hat illustriert, dass neben der Initiierung diskursiver Dynamiken die langfristige Präsenz gegenhegemonialer Intervention wichtig für die Möglichkeit signifikanter Transformation ist.

Zunächst zu den möglichen Folgen diskursiver Intervention während des Status als gegenhegemoniales Projekt: Auch hier ist eine weitere Etablierung bzw. Akzeptanz gegenhegemonialer Forderungen wesentlich für Reaktionen der dominanten Formation. Im Idealfall wird die gegenhegemoniale Forderung zum Teil des imaginären Allgemeinen und gehört damit zum Kern gesellschaftlich relevanter Probleme. Kurzum: Vor allem, wenn allgemein eine Lösung erwartet wird, kann von einer Reaktion der dominanten Formation ausgegangen werden. Auch hier entsteht ein wesentlicher Teil diskursiver Dynamik, wenn das gegenhegemoniale Projekt weitere Bereiche des Diskurses mitnehmen kann – die anschließend folgende Krise oder

Notwendigkeit zur Reaktion seitens der dominanten Formation ist in der Regel Konsequenz einer breiteren diskursiven Dynamik und weniger Produkt eines gezielten gegenhegemonialen Impulses. Der Impuls muss signifikante Resonanz in der breiten Diskursivität entfalten, wenn er auf die dominante Formation übergehen soll.

Ist dies – plötzlich oder sukzessive – der Fall, lassen sich verschiedene, ggf. aufeinander folgende Formen der Reaktion beobachten. Die moderate Anpassung der dominanten Formation ist als eine Fortführung der Übernahme von unproblematischen Teilaspekten der gegenhegemonialen Forderung zu verstehen. Da diese Strategie zumeist schon Teil einer ersten Reaktion auf ein gegenhegemoniales Projekt ist, sollte diese Strategie angesichts einer weiterhin starken gegenhegemonialen Forderung nur in Ausnahmefällen für die Bewältigung einer Krise hinreichend sein.

Die Etablierung eines gegen-gegenhegemonialen Projekts kann als eine offensivere Form der Krisenbewältigung interpretiert werden. Hinsichtlich einiger Punkte der gegenhegemonialen Forderung findet sich hier ein signifikantes Entgegenkommen. Effekt dieser diskursiven Strategie ist aber die Absicherung der wirklich zentralen Prinzipien der dominanten Formation durch offensive, indirekt gegen den Antagonismus des gegenhegemonialen Projekts gerichteten Äquivalenzierungen. Entsprechend ist die Existenz eines gegen-gegenhegemonialen Projekts ambivalent zu deuten: auf der einen Seite ist das gegen-gegenhegemoniale Projekt signifikante und sichtbare Folge der gegenhegemonialen Intervention. Andererseits birgt das gegen-gegenhegemoniale Projekt die Gefahr der Versandung des gegenhegemonialen Impulses in sich. Je stärker dieser Effekt vermieden werden kann – das gegenhegemoniale Projekt also präsent bleibt, umso mehr Entgegenkommen durch das gegen-gegenhegemoniale Projekt ist zu erwarten. Insbesondere an diesem Beispiel wird sehr deutlich, wie stark diskursive Dynamiken und Folgen einer Intervention von der komplexen Gemengelage und Interaktion aller wesentlichen diskursiven Projekte abhängig sind.

Nicht zuletzt ist die Einbindung der gegenhegemonialen Forderung als Reaktion auf eine Krise der dominanten Formation denkbar. Diese Konstellation konnte im Fall der grünen Bewegung bislang noch nicht beobachtet werden. Historisch führen Dryzek et al. die bürgerliche und die Arbeiterbewegung als Beispiele der Integration von gegenhegemonialen Projekten in den Kern von Staatlichkeit an (2003: 2) an. Voraussetzung hierfür ist nicht nur die Notwendigkeit der Neupositionierung seitens der dominanten Formation, sondern auch die Perspektive einer sinnvollen und passgenauen Neuordnung der gesamten dominanten Formation. Insofern kann ein gegen-gegenhegemoniales Projekt durchaus Ausgangspunkt für die Ergänzung der dominanten Formation durch wesentliche Aspekte der gegenhegemonialen Forderung sein.

Alternativ zur starken Präsenz einer gegenhegemonialen Forderung ist im Verlaufe eines

gegenhegemonialen Projekts auch ein Übergang zu einer hegemonialen Forderung denkbar. Im Fall des grünen Projekts war (und ist) dies durch die Etablierung des moderaten Bewegungsteils ein mögliches Szenario. Eine derartige Entwicklung wird gefördert durch ein Entgegenkommen seitens der dominanten Formation und einer allgemeinen diskursiven Lage, in der das Lösungsszenario für die gegenhegemoniale Forderung breit akzeptiert wird. Entsprechend ist hier davon auszugehen, dass wesentliche Folgen des gegenhegemonialen Projekts im Vorfeld dieser Phase angelegt waren – sofern eine längere gegenhegemoniale Phase voraus gegangen ist. Angesichts der wesentlichen strategischen Bedeutung einer explizit gegenhegemonialen Forderung erscheint die Umwandlung eines gegenhegemonialen in ein hegemoniales Projekt hinsichtlich signifikanter diskursiver Veränderungen der dominanten Formation weniger erfolgswahrscheinlich. Denn: Wenn die Umwandlung eines gegenhegemonialen Projekts in ein hegemoniales Projekt zu beobachten ist, dann liegt der entscheidende signifikante Wandel der dominanten Formation vor diesem Wechsel zum hegemonialen Status, denn als hegemoniales Projekt wird die mögliche diskursive Dynamik erheblich geringer sein, da die dominante Formation nicht mehr explizit in Frage gestellt wird.

Insofern wird hier auch durch das Fallbeispiel und die sich anschließende Systematisierung die oben genannte Annahme bekräftigt, dass vor allem in gegenhegemonialen Interventionen eine hohe Wahrscheinlichkeit für signifikante diskursive Veränderungsdynamiken angelegt ist.

10. Fazit und Ausblick

Im nunmehr abschließenden Schritt werden in Kapitel 10.1 zunächst die Ergebnisse der Untersuchung zusammengefasst, indem die wesentlichen Argumentationsschritte der Arbeit skizziert werden. Kapitel 10.2 arbeitet noch einmal den analytischen Mehrwert des Modells gegenhegemonialer Projekte heraus und skizziert im Anschluss mögliche zukünftige Forschungsperspektiven.

10.1 Zusammenfassung

In der Einleitung wurde mit der Analyse der strategischen Bedingungen gegenhegemonialer Projekte die Fragestellung und das Erkenntnisinteresse der Arbeit formuliert. Es sollte untersucht werden, welche Charakteristika gegenhegemoniale Projekte auszeichnen, wie sie im historischen Apriori des Diskurses eingebettet sind und über welche Möglichkeiten des Erfolgs diese spezielle Form hegemonialer Projekte verfügt. Die Auswahl des Analysegegenstands wurde dabei durch drei erkenntnisleitende Thesen illustriert und begründet:

Gegenhegemoniale Projekte wurden als entscheidende Faktoren bei signifikanten Veränderungsdynamiken dominanter Prinzipien sozialer Ordnung beschrieben. Aufgrund dieses Charakteristikums wurde ferner angenommen, dass die strategischen Bedingungen gegenhegemonialer Projekte ein zentraler Gradmesser für den demokratischen Status einer Demokratie sind. Nicht zuletzt habe ich argumentiert, dass über die diskurs- und hegemonietheoretische Analyse gegenhegemonialer Projekte soziale Veränderungsdynamiken und Ordnungsbildungen besser verständlich gemacht werden können, weil sie als Kontrastmittel soziale Ordnungen und Dynamiken besonders deutlich fassbar machen.

Die Argumentation gliederte sich in drei Abschnitte, die ich nun kurz skizziere und anschließend detailliert zusammenfasse. Im ersten Abschnitt wurde ein diskurs-, hegemonie- und demokratietheoretisches Modell gegenhegemonialer Projekte entwickelt. Auf der Basis dieses erkenntnisleitenden Modells untersuchte Abschnitt zwei jene Aspekte des diskursiven historischen Aprioris, die sich als hegemoniales Moment der Demokratie eher hemmend oder als gegenhegemoniales Moment der Demokratie eher ermöglichend für die strategischen Erfolgsbedingungen gegenhegemonialer Projekte erweisen. Damit wurde das zunächst theoretisch rekonstruierte Modell gegenhegemonialer Projekte durch den Einbezug diskursiv-historisch entstandener Faktoren ergänzt. In der Summe führte dies zu einem Analysemodell, dass theoretische Argumentation und erste empirische Elemente vereinigte, sodass es sich hier um ein spezifisches Analysemodell gegenhegemonialer Projekte in demokratischen Ordnungen handelt. Im abschließenden Abschnitt drei wurden mit Hilfe dieses erweiterten Analysemodells das

Fallbeispiel der grünen Bewegung untersucht und die Erkenntnisse mit dem Modell gegenhegemonialer Projekte rückgekoppelt.

Während die gerade illustrierten drei Abschnitte den grundsätzlichen Rahmen der Arbeit bildeten, gestaltete sich die detaillierte Argumentation wie folgt:

Die Entwicklung des Modells gegenhegemonialer Projekte erfolgte entlang der Rekonstruktion des diskurs- und hegemonietheoretischen Modells. Unter dem Schlagwort „Diskurs ist Wirklichkeit“ (Nonhoff 2006: 49) wurde diskutiert, wie durch diskursive Dynamiken Sinn und damit Wirklichkeit in Form sozial-diskursiver Ordnungen entsteht. Der Diskurs ist dabei durch zwei Grundmomente gekennzeichnet. Artikulationen differenter Relationen als Standardoperation des Diskurses streben danach, diskursive Muster (Sinn und Ordnung) zu etablieren und zu stabilisieren. Demgegenüber scheitern diese stetigen Versuche der Ordnungsbildung immer wieder an den grundlegenden Dynamiken des Diskurses. Das hier als diskursive Ereignishaftigkeit bezeichnete zweite Grundmoment des Diskurses liegt in der Natur eines Gebildes, in dem durch differente Relationen Bedeutung generiert wird. Jede Veränderung in der Positionierung eines Elements modifiziert viele weitere differente Relationen, sodass sich eine stetige Veränderungsdynamik ergibt. Zugleich sind alle Element in sehr unterschiedliche Differenzrelationen eingebettet, sodass Sinn nie eindeutig, sondern stets umstritten und überdeterminiert ist.

Das hegemonietheoretische Modell nach Laclau und Mouffe (1991) beschreibt nun, wie Hegemonien als eine besonders gewichtige Form diskursiver und damit sozialer Ordnungsbildung gedacht werden können. Hegemonien sind eine dynamische Form diskursiver Dominanz, die durch spezifische diskursive Strategien (Antagonismus, Äquivalenzketten, leerer Signifikant) konstruiert werden. Jene Ideen sozialer Ordnung, die Gegenstand einer erfolgreich etablierten Hegemonie sind, werden breit akzeptiert, oft re-artikuliert und zunehmend als natürliche, rationale Form sozialer Ordnung verstanden. Die Hegemonietheorie geht davon aus, dass die Identität einer Gesellschaft (im Sinne einer vollkommenen Identität) grundsätzlich eine Leerstelle oder Sinnlücke darstellt. Hegemonien streben danach, ihre partikulare Idee der Identität von Gesellschaft und damit der guten sozialen Ordnung zu universalisieren: Sie wollen zum imaginären Allgemeinen einer Gesellschaft werden.

Grundsätzlich sind Hegemonien als dynamische Formen der Dominanz zu verstehen. Ihre diskursiven Muster müssen fortwährend re-artikuliert und an neue diskursive Konstellationen angepasst werden. Insofern repräsentieren auch Hegemonien die beiden diskursiven Grundmodi der Ordnungsbildung und Ereignishaftigkeit. Sie drücken aus, dass Ordnungsbildung nur als dynamische Form permanenter Reorganisation von Dominanz möglich ist.

Auf Basis der skizzierten diskurs- und hegemonietheoretischen Perspektive wurde nun argumentiert, dass Demokratie grundsätzlich als hegemoniale Formationen gedacht werden muss.

Demokratie stellt dabei jedoch eine spezielle Form der Hegemonie mit überaus breiter Akzeptanz und allgemeiner Geltungskraft dar. Sie gilt nicht nur als natürliche und rationale Form sozialer Ordnung, sondern wird oftmals mit dem Versprechen eines guten Lebens und einer guten sozialen Ordnung gleichgesetzt.

Als sogenannter Horizont beschreibt Demokratie einen sehr weitläufigen diskursiven Bereich mit einer allgemein verbreiteten Grundakzeptanz basaler demokratischer Elemente (beispielsweise die Affirmation des Wettstreits oder abstrakte Begriffe wie Freiheit, Gleichheit und Volkssouveränität). Der Horizont markiert zugleich den Bereich des Denk- und Sagbaren – ein Jenseits des Horizonts wird im Regelfall nicht artikuliert bzw. ist schwer artikulierbar. Dies wird am Beispiel Demokratie deutlich, denn selbst in einer Krise wird nicht Demokratie als Prinzip infrage gestellt, sondern nur über die konkrete Ausgestaltung von Demokratie debattiert. Diese Feststellung leitete zur Frage über, wie sich innerhalb einer derart weitläufigen und, aufgrund der extrem gesteigerten Integrationsleistung, sehr abstrahierten Form sozialer Ordnung eine konkrete, detaillierte und alltagstaugliche soziale Ordnung etabliert. Das hier entwickelte Modell von Demokratie argumentierte, Demokratie als Konstellation ineinander verschachtelter Hegemonien zu denken. Der Horizont Demokratie als übergeordnete Hegemonie konstituiert ein Feld des Ringens nachgelagerter Hegemonien um die Konkretisierung dessen, was die allgemein akzeptierte demokratische Ordnung detailliert ausmacht. Jene Hegemonien, die sich als Konkretisierung der Demokratie dominant etablieren können, erfahren durch die enge Verbindung mit dem demokratischen Horizont eine deutliche Steigerung ihrer diskursiven Präge- und Geltungskraft. Die konkrete soziale Ordnung wird demnach durch diese, als dominante Formationen bezeichneten, Hegemonien determiniert. Beispiele für dominante Formationen sind die liberal-repräsentative Idee von Demokratie, soziale Marktwirtschaft oder das industriegesellschaftliche Prinzip. Die in dieser Arbeit untersuchten signifikanten Veränderungsdynamiken dominanter Prinzipien sozialer Ordnung setzen primär an dominanten Formationen an, denn ihre Transformation hat erhebliche Folgen für die Grundlogiken der Gesellschaft.

Das Verständnis *gegenhegemonialer Projekte* setzt an diesem spezifischen Modell von Demokratie an. Als gegenhegemoniale Projekte sind jene hegemonialen Projekte zu verstehen, die durch eine explizite und offensive Inkongruenz zu bestehenden dominanten Formationen charakterisiert sind. Dabei ist entscheidend, dass gegenhegemoniale Projekte eine komplexe Idee alternativer sozialer Ordnung artikulieren. Erst durch diese Alternative sozialer Ordnung entsteht eine signifikante Herausforderung der dominanten Formation, die bei Erfolg auch eine Sogwirkung breiter Re-Artikulationen des gegenhegemonialen Projekts entfalten kann. Zudem wurde argumentiert, dass durch die Artikulation eines Projekts alternativer sozialer Ordnung die jeweils problematisierte dominante Formation destabilisiert wird. Diese produktive Dimension diskursiver Strategien (Etablierung eines hegemonialen Projekts) führt demnach direkt zu dekonstruierenden

Strategien als zweiter Dimension gegenhegemonialer diskursiver Strategien. Die produktive Dimension ist dabei als essentiell zu verstehen, da sie Voraussetzung und Ursprung dekonstruierender gegenhegemonialer Strategien ist.

Ausgehend von diesem Grundverständnis gegenhegemonialer Projekte wurde das Verhältnis von gegenhegemonialen Projekten und Demokratie diskutiert. Obwohl die oben genannte Definition durchaus auch gegenhegemoniale Projekte ohne Bezug auf Demokratie denkbar macht, erschien es plausibel, die Analyse auf jene gegenhegemonialen Projekte zu begrenzen, die sich als *demokratisch*-gegenhegemoniale Projekte explizit auf Elemente des demokratischen Horizonts beziehen. Diese Eingrenzung der Untersuchung wurde damit begründet, dass Demokratie als eine Form sozialer Ordnung verstanden werden kann, die den Anspruch formuliert, die Infragestellung dominanter Prinzipien der eigenen sozialen Ordnung besonders gut zu ermöglichen.

Das Wechselverhältnis von Demokratie und gegenhegemonialen Projekten wurde ergänzend aus einer demokratiethoretischen Perspektive beschrieben: Grundsätzlich kann im Sinne des hegemoniethoretischen Ansatzes kein bestimmtes hegemoniales Projekt einen höheren normativen Status als andere für sich reklamieren. Insofern bleibt nur, den demokratischen Akt der Selbstkonstruktion einer Gemeinschaft so zu gestalten, dass er offen für immer neue Forderungen und Ideen sozialer Ordnung ist. Ein derartiger Zustand demokratischer Demokratie kann vor allem dadurch gesichert werden, dass der konstruierte Charakter einer sozialen Ordnung diskursiv präsent bleibt und gemeinhin als veränderbar gilt. Gegenhegemoniale Projekte sind hier zentral, da sie durch ihre explizite Infragestellung der dominanten Formation den konstruierten Charakter ebenjener Ordnung offensichtlich machen und mittels ihrer Forderungen nach einer alternativen sozialen Ordnung die Möglichkeit einer Neukonstruktion der Ordnung offen halten. Insofern können die strategischen Bedingungen gegenhegemonialer Projekte als Kriterium dafür angeführt werden, ob die Selbstkonstruktion des Sozialen offen-offensichtlich erfolgt, der Charakter der Demokratie demnach demokratisch ist.

Innerhalb des Modells von Demokratie wurde die Idee des hegemonialen und gegenhegemonialen Moments der Demokratie entwickelt, um den Status demokratischer Demokratie und damit die strategischen Bedingungen gegenhegemonialer Projekte fassbar zu machen. Das hegemoniale Moment der Demokratie beschreibt jene Elemente der demokratischen Ordnung, die darauf ausgerichtet sind, die Kontinuität der bestehenden, dominanten Ordnung zu sichern. Ein zentrales Prinzip hierfür sind beispielsweise die engen Verbindungen des Horizonts Demokratie mit dominanten Formationen, da diese Verbindungen vor allem auf diskursive Dauerhaftigkeit ausgerichtet sind. Weitere Elemente des hegemonialen Moments sind Staatlichkeit und Öffentlichkeit als sogenannte funktionale Hegemonien. Im Falle der Staatlichkeit wurde argumentiert, dass diese eng mit dem demokratischen Horizont verknüpft ist und dominante

Formationen über den Horizonts Zugriff auf Staatlichkeit erhalten. Da Staatlichkeit darauf ausgerichtet ist, beispielsweise durch Recht oder Verwaltung diskursive Dauerhaftigkeit zu sichern und Herrschaft zu organisieren, ist dies auch ein Argument für die gesteigerte Geltungs- und Beharrungskraft dominanter Formationen. Öffentlichkeit als weitere funktionale Hegemonie steuert demgegenüber diskursive Sichtbarkeit. Als Teil des hegemonialen Moments der Demokratie lassen sich in der Logik der massenmedialen Öffentlichkeit Tendenzen nachzeichnen, die bestehenden dominanten Formationen eine zentrale Position sichern und damit ihre dominante Präge- und Geltungskraft sichern.

Beide funktionale Hegemonien sind dabei nicht ausschließlich auf ihre hegemonialen Funktionen zu reduzieren, da sie über begrenzte Eigenständigkeit und -logik verfügen. Dies wird besonders deutlich, wenn man sie ergänzend als Arena diskursiver Konkurrenz denkt, in denen um die Frage der Organisation von Dauerhaftigkeit oder Sichtbarkeit immer wieder neu und im Kontext der jeweils spezifischen diskursiven Konstellation gerungen wird. In dieser Arena sind immer auch Konstellationen denkbar, die gegenhegemonialen Projekten durchaus Erfolgsmöglichkeiten bieten. Insofern umfasst das hegemoniale (wie auch das gegenhegemoniale) Moment der Demokratie diskursive Strukturen und Dynamiken, die in der Tendenz eher hemmend (oder ermöglichend) wirken. Diese Tendenz sollte aber nicht absolut verstanden werden, denn erst die jeweils konkrete diskursive Konstellation zeigt, ob sich die Tendenz jeweils faktisch realisiert.

Diese Einschränkung gilt auch für das gegenhegemoniale Moment der Demokratie. Die Elemente des gegenhegemonialen Moments ermöglichen die Unterminierung und Infragestellung der dominanten Ordnung, indem sie insbesondere gegenhegemonialen Projekten als strategische Ressource dienen. Das gegenhegemoniale Moment besteht dabei aus zwei wesentlichen Teilen. Erstens Aspekte des demokratischen Horizonts, die – weithin verbreitet und allgemein akzeptiert – gegenhegemonialen Projekten die Möglichkeit bieten, die eigenen Forderungen durch Verweis auf gewichtige, allgemein akzeptierte demokratische Symbole zu legitimieren. Zugleich sollten diese Elemente nicht durch die Konkretisierung einer dominanten Formation verdeckt sein. Beispielsweise kann mit Hilfe des Verweises auf die Prinzipien Menschenrechte, Volkssouveränität oder Meinungsfreiheit die grundsätzliche Legitimität gegenhegemonialer Forderung begründet werden. Weitere mögliche gegenhegemoniale Aspekte des demokratischen Horizonts sind zentrale Begriffe (Freiheit, Gleichheit, Volkssouveränität, Menschenrechte), Jahrestage, Rituale, Protestformen oder Geschichten. Sie alle werden insbesondere von gegenhegemonialen Projekten genutzt, um den eigenen prekären strategischen Status auszugleichen und damit die eigene Forderung diskursiv erfolgswahrscheinlicher zu machen. Durch die Re-Artikulationen der gegenhegemonialen Aspekte des demokratischen Horizonts werden diese wiederum in ihrer diskursiven Präsenz und Geltungskraft gesichert.

Der zweite wesentliche Teil des gegenhegemonialen Moments der Demokratie ist die aus den vielen gegenhegemonialen Projekten der Vergangenheit und Gegenwart bestehende gegenhegemoniale Praxis. Diese umfasst unter anderem bestimmte Artikulationsmuster wie beispielsweise bewegungstypische Geschichten, die für die Identität und Mobilisierung sozialer Bewegungen eine zentrale Rolle spielen. Weitere Beispiele sind bestimmte historisch entstandene Subjektkonzepte, Protestformen, Muster und Begründungen von Forderungen oder Organisationsformen gegenhegemonialer Projekte. Es wurde argumentiert, dass die breite, fortwährende und teilweise erfolgreiche Präsenz gegenhegemonialer Artikulationsmuster die allgemeine Legitimität und das grundsätzliche Verständnis gegenhegemonialer Forderungen sichert. Derartige Artikulationsmuster wurden in den vergangenen Jahrzehnten vermehrt durch eine dauerhaft bestehende gegenhegemoniale Praxis aus dauerhaft präsenten sozialen Bewegungen und einer etablierten Bewegungskultur bzw. einem fest etablierten Bewegungsmilieu abgesichert. Für das einzelne gegenhegemoniale Projekt ist die gegenhegemoniale Praxis oftmals der Ort des Ursprungs und grundsätzlich strategische Ressource. Im Sinne eines wechselseitigen Verhältnisses sichert das einzelne Projekt die allgemeine diskursive Präsenz- und Geltungskraft der gegenhegemonialen Praxis. Daher kann für das gegenhegemoniale Moment der Demokratie angenommen werden kann, dass diese strategische Ressource gegenhegemonialer Projekte vor allem dann zur Verfügung steht, wenn sie fortwährend durch einzelne gegenhegemoniale Projekte re-artikuliert wird.

Das Modell des gegenhegemonialen Moments der Demokratie unterstreicht demnach die zentrale Bewegung einzelner gegenhegemonialer Projekte. Insofern war die Analyse der grünen Bewegung als konkretes Fallbeispiel für ein gegenhegemoniales Projekt der nächste logische Schritt der vorliegenden Arbeit. Auf Basis der bislang skizzierten Argumentation wurde zunächst ein systematisiertes Analyseschema entwickelt, um mit dessen Hilfe alle wesentlichen Charakteristika gegenhegemonialer Projekte erfassen zu können. Das Analyseschema mündete in einer theoriegeleiteten Analyse des Fallbeispiels der grünen Bewegung, die aus der Perspektive des erkenntnisleitenden Modells und in Form einer engen Interaktion von empirischen und theoretischen Argumenten untersucht wurde. Das Fallbeispiel zielte in der vorliegenden Untersuchung einerseits auf das detaillierte Verständnis einer konkreten sozialen Bewegung sowie der genaueren Betrachtung der Interaktion von gegenhegemonialem Projekt, Demokratie und diskursiven Veränderungsdynamiken. Andererseits konnte durch die vorliegende Analyse das Modell der strategischen Bedingungen gegenhegemonialer Projekte konkretisiert, überprüft und weiterentwickelt werden. Die wesentlichen Ergebnisse der Fallbeispiel-Analyse lassen sich wie folgt zusammen fassen:

Die grüne Bewegung als Teil des breiteren Umweltschutzdiskurses entstand in den 1970er Jahren und zeichnet sich durch folgende wesentliche Charakteristika aus: Sie problematisierte die

Industriegesellschaft als Gesellschaftsordnung, die durch ein hierarchisches Verhältnis von Mensch und Natur so angelegt ist, dass sie die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen zerstört. Die Kritik der Umweltzerstörung führt aus der Perspektive der grünen Bewegung direkt zu der Frage einer guten, die Natur nicht gefährdenden sozialen Ordnung. Die grüne Idee einer alternativen Ordnung betont die Prinzipien der Gleichheit und Demokratie, welche wiederum in der bestehenden sozialen Ordnung als unterentwickelt und daher auch mitverantwortlich für die Umweltzerstörung beschrieben werden. Die grüne Bewegung skizziert damit eine alternative Ordnung, die nicht nur die Umweltzerstörung beendet, sondern zudem eine demokratischere, gleichere Form von Gesellschaft umfasst. Insofern konstruiert die grüne Bewegung einen doppelten Antagonismus gegenüber der Industriegesellschaft und der liberal-repräsentativen Deutung von Demokratie. Zugleich finden sich enge Referenzen auf gewichtige demokratische Argumente und Symbole, sodass die grüne Bewegung ein passgenaues Beispiel für ein demokratisch-gegenhegemoniales Projekt darstellt.

Die Entwicklungsgeschichte der grünen Bewegung kann aus der Perspektive des erkenntnisleitenden Modells in zwei Phasen unterteilt werden. Die Entstehung und Etablierung der grünen Bewegung fiel in die 1970er Jahre. Gerade der Beginn des Jahrzehnts war dadurch geprägt, dass sich die verschiedenen Teile der Gesellschaft in Krisen befanden. Die immer stärker sichtbare Umweltzerstörung führte zu einer ökologischen Krise – es wurde also offensichtlich, dass die bisherige Form diskursiver Ordnung nicht in der Lage war, den weithin sichtbaren ökologischen Problemen mit einer adäquaten, breit akzeptierten Antwort zu begegnen. Die liberal-repräsentative Ordnung wurde durch die 68er-Bewegung massiv infrage gestellt und befand sich vorerst auch in einer tiefen Legitimationskrise. Zugleich konnte ebenjene 68er-Bewegung ihre Forderungen nicht realisieren und durch die Berichte aus der Sowjetunion (beispielsweise der Prager Frühling) wurde zudem deutlich, dass die Idee einer alternativen sozialistischen Ordnung nicht als plausible alternative Ordnung angeführt werden konnte. Insofern befand sich auch ein wesentlicher Teil des alternativen Milieus in einer Phase tiefer Verunsicherung.

Die Krisen der Industriegesellschaft und der liberal-repräsentativen Demokratie führten dazu, dass die Forderungen der grünen Bewegung in vielen Bereichen auf Entgegenkommen seitens der dominanten Formationen stießen. Der doppelte Antagonismus der grünen Bewegung blieb daher in den frühen 1970er Jahren latent und die grüne Bewegung konnte sich angesichts der allgemeinen Akzeptanz rasant etablieren, sodass die diskursive Repräsentation ihrer Forderungen zunächst gesichert war.

Ende der 1970er hatte sich die Identität der grünen Bewegung nicht verändert und dennoch ließ sich ein klarer Unterschied beobachten. Der zunächst latente doppelte Antagonismus wurde durch eine nunmehr massive Konfrontation mit den dominanten Formationen abgelöst – beispielsweise

an den Konflikten um den Bau von Atomkraftwerken in diesen Jahren abzulesen. Die sich deutlich unterscheidende diskursive Konstellation lässt sich insbesondere auf Veränderungen im Bereich der dominanten Formationen zurück führen. Denn: Mit der Energiekrise befanden sich die dominanten Formationen in einer neuen, durchaus weiterhin krisenhaften Konstellation, für die aber – im Gegensatz zur ökologischen Krise – Lösungskonzepte bereit standen, die dann auch gebündelt und auf breiter Linie umgesetzt wurden. Die grüne Bewegung stand der gewählten Form der Bewältigung der Energiekrise direkt im Wege, sodass sich der Antagonismus nun massiv bemerkbar machte. Der Unterschied zwischen den frühen und den späten 1970er Jahren verdeutlichte, dass der Schlüssel zum Verständnis eines gegenhegemonialen Projekts nicht in der Analyse der Bewegung selbst liegen kann, sondern das Projekt nur vor dem Hintergrund der Einbettung in die allgemeine hegemoniale Konstellation verständlich wird.

Die zweite Phase der grünen Bewegung war ab den 1980er Jahren zu beobachten und dauert bis in die Gegenwart an. Da die schnelle Etablierung des grünen Projekts die diskursive Repräsentation der grünen Forderungen vorerst sicherte, stand nun vor allem das Ringen um die Transformation der dominanten sozialen Ordnung im Mittelpunkt der Anstrengungen des gegenhegemonialen Projekts. Dabei hatte sich die grüne Bewegung ab den 1980er Jahren in zwei Bereiche aufgeteilt: sich professionalisierende moderate Bewegungsorganisationen und demgegenüber eine weiterhin aktive gegenhegemoniale Praxis. Beide Teile der grünen Bewegung entfernten sich voneinander, ohne sich jedoch vollständig voneinander zu lösen. Vielmehr etablierte sich eine strategische Arbeitsteilung zwischen den Bewegungsteilen. Während die moderaten Bewegungsorganisationen grüne Forderungen in die Bereiche der dominanten Formationen trugen, wurden diese Forderungen durch eindeutig sichtbare gegenhegemoniale Artikulationen ergänzt und beispielsweise durch Protest mit entsprechendem diskursiven Nachdruck versehen. Damit deckte die grüne Bewegung die beiden hegemonialen Kernstrategien (Integration, Universalisierung) in einer unerwarteten Form ab. Während die professionellen Bewegungsorganisationen eher darauf ausgerichtet waren, die grünen Forderungen mit anderen diskursiven Formationen zu verbinden bzw. verknüpfbar zu machen (Integration), blieb die antagonistische Herausforderung der dominanten Formationen durch die gegenhegemoniale Praxis auf Distanz und artikulierte eine klare Alternative zur bestehenden sozialen Ordnung (Universalisierung). In der Summe wurden damit die grünen Forderungen durch eine Strategie der integrativen Universalisierung artikuliert. Das Ziel der grünen Bewegung war dabei weiterhin die Transformation der bestehenden sozialen Ordnung und es wurde argumentiert, dass die ersten beobachtbaren Veränderungen in Deutschland auf die langfristige Präsenz der oben beschriebenen strategischen Konstellation integrativer Universalisierung zurück geführt werden kann. Insbesondere die fortwährende Präsenz eindeutig gegenhegemonialer Forderungen war dabei entscheidend für die ersten (relativen) Erfolge der grünen Bewegung.

Nun ist die Bewertung des Erfolgs gegenhegemonialer Projekte komplex und dies konnte auch im Falle der grünen Bewegung illustriert werden. Im Sinne der absoluten Idee einer anderen, die Umwelt schonenden und demokratischeren sozialen Ordnung, wie sie die grüne Bewegung artikuliert, waren die nunmehr jahrzehntelange Interventionen der grünen Bewegung nicht erfolgreich. Auch weiterhin prägen die kritisierten dominanten Formationen die soziale Ordnung – um diese Dominanz aufrecht zu erhalten, mussten sich die dominanten Formationen jedoch anpassen und genau diese diskursiven Dynamiken waren für diese Untersuchung von Interesse, um eine differenzierte Analyse des Erfolgs gegenhegemonialer Projekte zu entwickeln. So wurde vor dem Hintergrund der Fallbeispiel-Analyse ein komplexes Modell verschiedener Erfolgsvarianten gegenhegemonialer Projekte skizziert, das bei der Frage der grundsätzlichen Etablierung der gegenhegemonialen Forderung als allgemein akzeptiertes Problem beginnt und verschiedene Varianten der Veränderung seitens der dominanten Formationen benennt (moderate Anpassung und Neupositionierung, Etablierung eines gegen-gegenhegemonialen Projekts, Einbindung der gegenhegemonialen Forderung als neues, ergänzendes Kernimperativ der dominanten Ordnung). Im Falle der grünen Bewegung konnte mit der diskursiven Präsenz des Projekts der ökologischen Modernisierung insbesondere die Etablierung eines gegen-gegenhegemonialen Projekts beobachtet werden.

Das ökomoderne Projekt stellte die weitere entscheidende Entwicklung im Kontext der grünen Bewegung seit den 1980er Jahren dar. Es entstand in einer diskursiven Konstellation, in der sowohl seitens der grünen Bewegung als auch durch die dominanten Formationen keine allgemein akzeptable konkrete Lösung für die ökologische Krise angeführt werden konnte. Die ökologische Modernisierung besetzte diese Sinnleerstelle und artikuliert ein Konzept, das insbesondere die Vereinbarkeit zuvor antagonistisch angelegter diskursiver Formationen in den Mittelpunkt stellte. Umweltschutz, Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum widersprechen sich im Sinne des ökomodernen Diskurses nicht, sondern der umweltfreundliche Umbau der Gesellschaft kann die Umwelt schützen und wirtschaftliche Prosperität und Konkurrenzfähigkeit sichern. Die Idee der ökologischen Modernisierung akzeptiert demnach die Notwendigkeit des Wandels zum Schutze der Umwelt, artikuliert jedoch eine Form des Wandels, die sich eindeutig innerhalb der Logik der bestehenden sozialen Ordnung bewegt. Insofern handelte es sich beim ökomodernen Projekt – auch hinsichtlich der Herkunft – um ein Element der dominanten Formationen, welches jedoch offensiv um die Einbindung wesentlicher Teile der grünen Bewegung bemüht war, um letztlich den Antagonismus der grünen Bewegung zu befrieden. Aufgrund der klaren Ausrichtung auf das grüne Projekt kann die ökologische Modernisierung als gegen-gegenhegemoniales Projekt bezeichnet werden. Der ökomoderne Diskurs war jedoch mehr als eine Verteidigungsstrategie seitens der dominanten Formationen – er kann zugleich als Ausdruck relativen Erfolgs der grünen Bewegung interpretiert werden, da durch die ökologische Modernisierung erste Transformationsschritte

unternommen wurden. Inwieweit signifikante Transformationen sozialer Ordnung durch den ökomodernen Diskurs angestoßen werden, ist dabei vor allem von der allgemeinen diskursiven Konstellation abhängig – je stärker die Präsenz und damit das relative diskursive Machtpotential der grünen Bewegung, umso eher lässt sich (im internationalen Vergleich) eine starke und damit transformierende Variante der ökologischen Modernisierung beobachten. Entscheidend ist hierbei einmal mehr die diskursive Präsenz gegenhegemonialer grüner Artikulationen.

Nicht zuletzt konnte durch das Fallbeispiel der grünen Bewegung die enge Verknüpfung gegenhegemonialer Projekte und des demokratischen Horizonts besonders deutlich nachgezeichnet werden. Der enge Bezug der grünen Bewegung auf demokratische Prinzipien ist seit ihrer Entstehung wesentlicher Teil der grünen Identität und kann bis in die Gegenwart, beispielsweise bei Protesten zur Klimagerechtigkeit, beobachtet werden. Zugleich war das Selbstverständnis der grünen Bewegung als demokratische Bewegung eine wichtige Verbindungslinie zu anderen sozialen Bewegungen des jeweiligen historischen Kontextes. Insofern ermöglichte die Identität als demokratisch-gegenhegemoniales Projekt eine Einbettung in die breitere gegenhegemoniale Praxis. Diese Praxis als Summe aller einzelnen gegenhegemonialen Projekte ist nicht zuletzt wesentlicher Ursprung des demokratischen Charakters einer Demokratie, da durch gegenhegemoniale Interventionen – wie die der grünen Bewegung – die Selbstkonstruktion der sozialen Ordnung einer Gesellschaft immer wieder offensichtlich gemacht und offen gehalten wird.

Durch die Analyse der grünen Bewegung als paradigmatischer Fall konnten wesentliche Annahmen des Modells demokratisch-gegenhegemonialer Intervention bekräftigt werden. Dies gilt insbesondere für die zentrale Bedeutung gegenhegemonialer Projekte für signifikante soziale Veränderungsdynamiken und den Status demokratischer Demokratie sowie die entscheidende Rolle des sogenannten gegenhegemonialen Moments der Demokratie. Nicht zuletzt konnte ein detaillierteres Verständnis diskursiver Konstellationen, Erfolge und Folgen gegenhegemonialer Interventionen entwickelt werden. Im nun folgenden Schritt wird diskutiert, wo sich vor dem Hintergrund der vorliegenden Untersuchung weitere Analyseperspektiven ergeben haben.

10.2 Ausblick

Mehrwert des Analysemodells

Die Analyse der grünen Bewegung hat deutlich zu machen versucht, welcher genaue Mehrwert durch das hier entwickelte Analysemodell gegenhegemonialer Projekte entsteht. Dies lässt sich verdeutlichen, wenn man die Analyse der grünen Bewegung als gegenhegemoniales Projekt mit einer Analyse der grünen Bewegung als normales hegemoniales Projekt vergleicht (bspw. nach

Nonhoff 2006).

Erstens entwickelt das Modell gegenhegemonialer Projekte ein Modell der Relationen zwischen Hegemonien unterschiedlicher Reichweite und Sedimentierung. Dadurch kann ein komplexes Bild konkreter diskursiver Konstellationen erfasst werden und es wird deutlich greifbar, wie stark diskursive Dynamiken und damit der Erfolg eines bestimmten (gegen)hegemonialen Projekts davon abhängig sind, in welcher diskursiven Umwelt sich das Projekt bewegt, wie es sich zur Umwelt ausrichtet und welchen diskursiven Ausschnitt man im jeweiligen Forschungsprojekt betrachtet. So erscheint der Erfolg der grünen Bewegung auf dem ersten Blick erheblich, da sich die Idee des Umweltschutzes schnell als Hegemonie etablieren konnte. Die Beobachtung der weiteren Stabilität und fortwährenden Dominanz der industriegesellschaftlichen Formation verdeutlicht aber, dass der Erfolg nur auf Bereiche des Diskurses begrenzt waren. Die Etablierung der ökologischen Modernisierung als Teil der dominanten Formation unterstreicht noch einmal die Notwendigkeit, das Ausmaß des zu konstatierenden Erfolgs zu relativieren.

Die Einbettung in ein Modell einer historischen Konfiguration hegemonialer Konstellationen ermöglicht zudem, Vergleichbarkeit über längere historische Phasen herzustellen. Dies ist gerade bei der Diskussion sozialen Wandels wichtig, da sich Veränderungen oftmals sehr langsam einstellen. Im Falle der grünen Bewegung wurde hier beispielsweise greifbar, wie sich die Bewegung im Verhältnis zur diskursiven Umwelt im Verlaufe der Zeit gewandelt hat oder wie die Etablierung ökologische Modernisierung auch als Ausdruck des ambivalenten, bislang noch offenen Erfolges interpretiert werden kann.

Beide Dimensionen, also das Erfassen der Relation zwischen Hegemonien und der Verschiebungen ebenjener Relationen über längere Zeiträume, verändern die Perspektive auf (gegen)hegemoniale Projekte. Sie ergänzen den Blick auf das spezifische Projekt durch die Kontextualisierung des Projekts innerhalb einer komplexen und dynamischen Konstellation anderer Hegemonien und (gegen)hegemonialer Projekte. Erst die Beachtung letztgenannter Aspekte ermöglicht es, die Strategien des einzelnen Projekts analytisch vollständig zu erfassen.

Zweitens wird mit dem Analysemodell gegenhegemonialer Projekte die besondere Natur und Rolle gegenhegemonialer Projekte innerhalb von Demokratien erfassbar. Dies umfasst drei wesentliche Determinanten, die gegenhegemoniale Projekte prägen: ihr Verhältnis zu dominanten Formationen und der daraus resultierende prekäre strategische Status, ihr Bezug auf den demokratischen Horizont bzw. die gegenhegemonialen Aspekte des demokratischen Diskurses und nicht zuletzt ihre Einbettung in eine breitere gegenhegemoniale Praxis. Die Integration all dieser Punkte in die Analyse trägt nicht nur zum tieferen Verständnis des Phänomens sozialer Bewegungen bei, sondern es wird darüber hinaus auch die zentrale Rolle gegenhegemonialer Projekte für den demokratischen Status einer Demokratie innerhalb des Modells abgebildet. Somit wird die Analyse

gegenhegemonialer Projekte immer auch eine Analyse demokratischer Gesellschaften.

Forschungsperspektiven

Perspektivisch könnte das Modell gegenhegemonialer Projekte auf zwei Ebenen weiter entwickelt und genutzt werden.

Die hier durchgeführte Analyse der grünen Bewegung hat eine sehr lange und ungemein komplexe diskursive Entwicklung untersucht. Entsprechend ist die Tiefenschärfe notwendig ausgeblieben bzw. musste in vielen Fällen durch Rückgriff auf bestehende Untersuchungen hergestellt werden. Es fehlen also hegemonietheoretische Detailanalysen von zentralen diskursiven Konstellationen, wie beispielsweise der Entstehung eines gegenhegemonialen Projekts, des doppelten Antagonismus, der Verknüpfung des gegenhegemonialen Projekts mit dem alternativen Bewegungsmilieu und dem gegenhegemonialen Moment der Demokratie, der Binnendifferenzierung der grünen Bewegung und insbesondere dem Phänomen des gegen-gegenhegemonialen Projekts der ökologischen Modernisierung. All diese Konstellationen wurden zwar rekonstruiert und miteinander verknüpft – trotzdem erscheint dies nicht hinreichend, um die Dynamiken gegenhegemonialer Interventionen in ihrer Gänze nachzuzeichnen.

Zugleich bleibt angesichts der Detailanalyse der grünen Bewegung offen, inwieweit die beobachteten Dynamiken auch bei anderen gegenhegemonialen Projekten zu finden sind. Sicherlich sind im Rahmen der Entwicklung des gegenhegemonialen Modells Erkenntnisse aus unterschiedlichen Ansätzen und damit auch weiteren Untersuchungsgegenständen eingeflossen. Trotzdem können erst durch die Analyse weiterer sozialer Bewegungen aus der Perspektive des vorliegenden Analyseschemas Ergebnisse extrahiert werden, die das Modell demokratisch-gegenhegemonialer Intervention weiter entwickeln und auch absichern helfen. Konkret geht es um die Frage, ob sich Ähnlichkeiten hinsichtlich der Phasen, der Folgen gegenhegemonialer Interventionen, der Bezüge auf das gegenhegemoniale Moment der Demokratie, der Etablierung gegen-gegenhegemonialer Projekte und demokratisierender Impulse finden lassen. Das Produkt weiterer Untersuchungen auf Basis des Modells gegenhegemonialer Projekte wäre ein differenziertes Portfolio idealtypischer strategischer Konstellationen für demokratische Gesellschaften, mit dessen Hilfe einzelne diskursive Konstellationen, verschiedene soziale Bewegungen und nicht zuletzt diskursive Veränderungsdynamiken im Kontext demokratischer Gesellschaften besser analysiert und verstanden werden könnten.

Ergänzend zu den verschiedenen Szenarien der Analyse gegenhegemonialer Projekte und ihrer Interaktion mit dominanten Formationen ist auch ein Fokus denkbar, der das hier als gegenhegemoniales Moment der Demokratie bezeichnete Wechselverhältnis von demokratischem Horizont und gegenhegemonialen Projekten genauer in den Blick nimmt.

Ausgangspunkt dieser Ausrichtung ist die Einschätzung, dass die Interaktion von Demokratie und sozialen Bewegungen weitgehend unterbestimmt ist. Es fehlen detaillierte Analysen, wie wichtige demokratische diskursive Elemente immer wieder von sozialen Bewegungen re-artikuliert und modifiziert werden – wie also soziale Bewegungen das Verständnis des Demokratischen prägen und selbst durch den demokratischen Horizont geprägt werden. Mögliche Ansätze für weitere Untersuchungen wären Analysen der Interaktion verschiedener gegenhegemonialer Projekte mit einem bestimmten demokratischen Symbol (Entwicklungen bestimmter Protestformen, Begriffe wie beispielsweise Widerstand, Volkssouveränität, Gleichheit, Bürger oder Mitbestimmung) oder die detaillierte Untersuchung einzelner gegenhegemonialer Projekte in ihrer Interaktion mit dem demokratischen Horizont. Letztgenannter Fall würde sich durchaus im Bereich des Modells gegenhegemonialer Projekte bewegen und könnte neben paradigmatischen Fällen (wie der grünen Bewegung) auch Grenzfälle betrachten. Von besonderem Interesse erscheinen mir hierbei soziale Bewegungen wie die Tea-Party-Bewegung, die als Grenzfall auf Symbole des demokratischen Horizont zurück greifen, ohne Teil der etablierten gegenhegemonialen Praxis und der damit einher gehenden bewegungstypischen, von den Neuen Linken abgeleiteten Idee demokratischer Demokratie zu sein.

Letztlich geht es also darum, jenseits der etablierten, recht engen Interpretation von Demokratie, neue, breiter und vielfältiger angelegte Perspektiven auf Demokratie zu eröffnen. Ähnliches gilt für soziale Bewegungen: auch hier wäre es mittels der in dieser Untersuchung skizzierten Perspektive möglich, das enge Verhältnis von Demokratie und sozialen Bewegungen genauer in den Blick zu nehmen und damit die akteurszentrierte Ausrichtung der etablierten Bewegungsforschung zu ergänzen. Der Begriff des gegenhegemonialen Moments der Demokratie steht im Zentrum dieses Perspektivwechsels auf Demokratie und soziale Bewegungen, unterstreicht er doch die enge und dynamische Verknüpfung von gegenhegemonialen Projekten, diskursiven Veränderungsdynamiken und demokratischer Demokratie.

Kurzum: Trotz der jahrhundertelangen Geschichte von Demokratie werden viele Aspekte des Demokratischen nur ansatzweise verstanden. Das Konzept des gegenhegemonialen Moments der Demokratie und das hier entwickelte Modell gegenhegemonialer Projekte sollen helfen, weitere Bereiche des komplexen Phänomens der Demokratie zu verstehen, um letztlich dem Ideal demokratischer Demokratie etwas näher zu kommen.

Literaturverzeichnis

- Adam, Barry D. (1997): Post-Marxism and the New Social Movements, in: Carroll, William K. (Hrsg.): Organizing Dissent. Contemporary Social Movements in Theory and Practice. Studies in the Politics of Counter-Hegemony, Toronto: Garamond Press, 39–56.
- Aden, Hartmut (2012): Umweltpolitik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Adolphs, Stephan / Karakayali, Serhat (2007): Die Aktivierung der Subalternen - Gegenhegemonie und passive Revolution, in: Buckel, Sonja / Fischer-Lescano, Andreas (Hrsg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis, Baden-Baden: Nomos Verlag, 121–139.
- Althusser, Louis (2010): Ideologie und ideologische Staatsapparate, Hamburg: VSA Verlag.
- Angermüller, Johannes (2007a): Nach dem Strukturalismus. Theoriediskussion und intellektuelles Feld in Frankreich, Bielefeld: transcript.
- Angermüller, Johannes (2007b): Was fordert die Hegemonietheorie? Zu den Möglichkeiten und Grenzen ihrer methodischen Umsetzung, in: Nonhoff, Martin (Hrsg.): Diskurs - radikale Demokratie - Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Bielefeld: transcript, 159–172.
- Arendt, Hannah (1965): On Revolution, New York.
- Armstrong, Elizabeth / Bernstein, Mary (2008): Culture, Power and Institutions: A Multi-Institutional Politics Approach to Social Movements, in: Sociological Theory, 26(1), 74–99.
- Arrighi, Giovanni / Hopkins, Terence K. / Wallerstein, Immanuel (2011): Anti-Systematic Movements, London und New York: Verso.
- Atzmüller, Roland (2000): The good, the bad and the ugly. Normativ-moralisch, kritisch-materialistisch oder ganz anders? Zur Zivilgesellschafts-Diskussion in Österreich, in: Jungle World, (40).
- Auer, Dirk (2005): Die Konflikttheorie der Hegemonietheorie, in: Bonacker, Thorsten (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 249–265.
- Azzellini, Dario (2006): Krise der Repräsentation - Ablehnung der Politik, in: Marchart, Oliver / Weinzierl, Rupert (Hrsg.): Stand der Bewegung?: Protest, Globalisierung, Demokratie - eine Bestandsaufnahme, Münster: Westfälisches Dampfboot, 105–114.
- Bachmann-Medick, Doris (2010): Cultural Turns. Neuorientierung in den Kulturwissenschaften,

Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

- Badiou, Alain (2012): Das demokratische Wahrzeichen, in: Agamben, Giorgio / Badiou, Alain / Bensaïd, Daniel / Brown, Wendy / et al. (Hrsg.): Demokratie? Eine Debatte, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 13–22.
- Balibar, Étienne (2013): Demokratie durch Widerstand: Der Staatsbürger als Rebell, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (3), 41–51.
- Barry, John (2005): Ecological Modernisation, in: Dryzek, John S. / Schlosberg, David (Hrsg.): Debating the Earth, Oxford: Oxford University Press, 303–321.
- Bech Dyrberg, Torben (1998): Diskursanalyse als postmoderne politische Theorie, in: Marchart, Oliver (Hrsg.): Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus, Wien: Turia & Kant, 23–52.
- Bedall, Philip (2011): NGOs, soziale Bewegungen und Auseinandersetzungen um Hegemonie. Eine gesellschaftstheoretische Verortung in der Internationalen Politischen Ökonomie, in: Brunnengräber, Achim (Hrsg.): Zivilisierung des Klimaregimes. NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 59–84.
- Bedorf, Thomas (2010): Verkennende Anerkennung. Über Identität und Politik, Berlin: Suhrkamp.
- Benford, Robert D (1997): An Insider's Critique of the Social Movement Framing Perspective, in: Sociological Inquiry, 67(4), 409–430.
- Benford, Robert D. (2002a): Plotting Protest: Mobilizing Stories in the 1960 Student Sit-Ins, in: Davis, Joseph E. (Hrsg.): Stories of Change. Narrative and Social Movements, New York: State University of New York Press, 31–52.
- Benford, Robert D. (2002b): Controlling Narratives and Narratives as Control within Social Movements, in: Davis, Joseph E. (Hrsg.): Stories of Change. Narrative and Social Movements, New York: State University of New York Press, 53–75.
- Bensaïd, Daniel (2012): Der permanente Skandal, in: Agamben, Giorgio / Badiou, Alain / Bensaïd, Daniel / Brown, Wendy / et al. (Hrsg.): Demokratie? Eine Debatte, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 23–54.
- Billig, Michael (1995): Rhetorical Psychology, Ideological Thinking, and Imagining Nationhood, in: Johnston, Hank / Klandermans, Bert (Hrsg.): Social Movements and Culture, London und New York: Routledge, 64–85.
- Blissett, Luther / Brünzels, Sonja (2001): Handbuch der Kommunikationsguerilla. Gruppe, autonome a.f.r.i.k.a. (Hrsg.):, Berlin: Assoziation A.

- Boggs, Carl (1986): *Social Movements and Political Power: Emerging Forms of Radicalism in the West*, Philadelphia: Temple University Press.
- Boltanski, Luc (2002): *The Left After May 1968 and the Longing for Total Revolution*, in: *Thesis Eleven*, 69(1), 1–20.
- Boltanski, Luc / Chiapello, Eve (2001): *Die Rolle der Kritik in der Dynamik des Kapitalismus und der normative Wandel*, in: *Berliner Journal für Soziologie*, 11(4), 459–477.
- Bonacker, Thorsten (2006): *Die politische Theorie der Dekonstruktion: Jacques Derrida*, in: Brodacz, André / Schaal, Gary S. (Hrsg.): *Politische Theorien der Gegenwart II. Eine Einführung*, Opladen und Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, 189–220.
- Bourdieu, Pierre (1992): *Homo academicus*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bowles, Samuel / Gintis, Herbert (1983): *Die Heterogenität der Macht*, in: *Das Argument*, 25(140), 494–507.
- Bramwell, Anna (1989): *Ecology in the 20th Century. A History*, New Haven und London: Yale University Press.
- Bramwell, Anna (1994): *The Fading of the Greens. The Decline of Environmental Politics in the West*, New Haven und London: Yale University Press.
- Brand, Karl-Werner (1990): *Cyclical Aspects of New Social Movements: Waves of Cultural Criticism and Mobilization Cycles of New Middle-class Radicalism*, in: Dalton, Russell J. / Kuechler, Manfred (Hrsg.): *Challenging the Political Order New Social and Political Movements in Western Democracies*, Cambridge: Polity Press, 23–42.
- Brand, Karl-Werner (1995): *Der ökologische Diskurs: Wer bestimmt Themen, Formen und Entwicklung der öffentlichen Umweltdebatte?*, in: de Haan, Gerhard (Hrsg.): *Umweltbewußtsein und Massenmedien: Perspektiven ökologischer Kommunikation*, Berlin: Akademie-Verlag, 47–62.
- Brand, Karl-Werner (1999): *Transformation der Ökologiebewegung*, in: Klein, Ansgar / Hellmann, Kai-Uwe / Rohde, Markus (Hrsg.): *Neue Soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen, Perspektiven*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 237–256.
- Brand, Karl-Werner (2008): *Umweltbewegung (inkl. Tierschutz)*, in: Roth, Roland / Rucht, Dieter (Hrsg.): *Soziale Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt / New York: Campus Verlag, 219–244.
- Brand, Ulrich (2006): *Gegen-Hegemonie als strategische Perspektive: Ambivalenzen und Strategien der aktuellen Globalen Sozialen Bewegungen*, in: Marchart, Oliver / Weinzierl, Rupert (Hrsg.): *Stand der Bewegung? Protest, Globalisierung, Demokratie - eine*

Bestandsaufnahme, Münster: Westfälisches Dampfboot, 35–44.

Brand, Ulrich (2008): Gegenhegemonie unter „postneoliberalen“ Bedingungen. Anmerkungen zum Verhältnis von Theorie, Strategie und Praxis, in: Butterwegge, Christoph / Lösch, Bettina / Ptak, Ralf (Hrsg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 319–333.

Bräunlein, Peter J. (2012): Zur Aktualität von Victor W. Turner: Einleitung in sein Werk, Wiesbaden: Springer VS.

Bröckling, Ulrich / Feustel, Robert (2010): Einleitung: Das Politische denken, in: Bröckling, Ulrich / Feustel, Robert (Hrsg.): Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen, Bielefeld: transcript, 7–18.

Brown, Wendy (2012): Wir sind jetzt alle Demokraten, in: Agamben, Giorgio / Badiou, Alain / Bensaïd, Daniel / Brown, Wendy / et al. (Hrsg.): Demokratie? Eine Debatte, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 55–71.

Bruell, Cornelia (2007): Kollektive Identitäten in der radikalen Demokratietheorie. Die Wahlen zum Europäischen Parlament in österreichischen Medien, in: Nonhoff, Martin (Hrsg.): Diskurs - radikale Demokratie - Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Bielefeld: transcript, 195–222.

Brulle, Robert J. (2000): Agency, Democracy, and Nature: The U.S. Environmental Movement from a Critical Theory Perspective, Cambridge: The MIT Press.

Brunnengräber, Achim (2008): Die Ökonomie des Klimawandels, in: Ökologisches Wirtschaften, (4), 30–33.

Brunnengräber, Achim (2011): Das Klimaregime. Globales Dorf oder sozial umkämpftes, transnationales Terrain?, in: Brunnengräber, Achim (Hrsg.): Zivilisierung des Klimaregimes. NGOs und soziale Bewegungen als Akteure der nationalen, europäischen und internationalen Politik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 17–44.

Bublitz, Hannelore (2003): Diskurs, Bielefeld: transcript.

Bublitz, Hannelore (2006): Differenz und Integration. Zur diskursanalytischen Rekonstruktion der Regelstrukturen sozialer Wirklichkeit, in: Keller, Reiner / Hierseland, Andreas / Schneider, Werner / Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 227–262.

Buchstein, Hubertus (2011): Demokratie, in: Göhler, Gerhard / Iser, Mattias / Kerner, Ina (Hrsg.): Politische Theorie. 25 umkämpfte Begriffe zur Einführung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 46–62.

- Buchstein, Hubertus / Jörke, Dirk (2003): Das Unbehagen an der Demokratietheorie, in: *Leviathan*, 31(4), 470–495.
- Buechler, Steven M. (1995): New Social Movements Theories, in: *Sociological Quarterly*, 36(3), 441–464.
- Buechler, Steven M. (2000): *Social Movements in Advanced Capitalism. The Political Economy and Cultural Construction of Social Activism*, Oxford und New York: Oxford University Press.
- Buechler, Steven M. (2010): The Strange Career of Strain and Breakdown Theories, in: Snow, David A. / Soule, Sarah A. / Kriesi, Hanspeter (Hrsg.): *The Blackwell companion to Social Movements*, London: Blackwell Publishing Ltd, 47–66.
- Buechler, Steven M. (2011): *Understanding social movements: Theories from the Classical Era to the Present*, Boulder: Paradigm Publishers.
- Carey, James W (1992): *Communication as Culture. Essays on Media and Society*, New York und London: Routledge.
- Carroll, William K. (2006): Hegemony, Counter-hegemony, Anti-hegemony, in: *Concrete*, 2(6), 9–43.
- Carroll, William K. (2007): Hegemony and Counter-Hegemony in a Global Field, in: *Studies in Social Justice*, 1(1), 36–66.
- Carroll, William K. (1997): Social Movements and Counterhegemony: Canadian Contexts and Social Theories, in: Carroll, William K. (Hrsg.): *Organizing Dissent. Contemporary Social Movements in Theory and Practice. Studies in the Politics of Counter-Hegemony*, Toronto: Garamond Press, 3–38.
- Carroll, William K. / Ratner, R.S. (1994): Between Leninism and Radical Pluralism: Gramscian Reflections on Counter-Hegemony and the New Social Movements, in: *Critical Sociology*, 20(2), 3–26.
- Christoff, Peter (2000): Ecological modernisation, ecological modernities, in: Young, Stephen C. (Hrsg.): *The Emergence of Ecological Modernisation*, London und New York: Routledge, 209–232.
- Coclains, Peter A. / Bruchey, Stuart (Hrsg.) (1999): *Ideas, Ideologies, and Social Movements. The United States Experience since 1800*, Columbia: University of South Columbia Press.
- Cornelsen, Dirk (1991): *Anwälte der Natur. Umweltschutzverbände in Deutschland*, München: Beck.
- Dahl, Robert A. (1998): *On Democracy*, New Haven und London: Yale University Press.

- Davis, Joseph E. (2002): Narrative and Social Movements. The Power of Stories, in: Davis, Joseph E. (Hrsg.): Stories of Change. Narrative and Social Movements, New York: State University of New York Press, 3–29.
- Dean, Mitchell (2010): Governmentality: Power and Rule in Modern Society, London: SAGE Publications Ltd.
- Demirovic, Alex (1990): Der Staat als Wissenschaftspraxis. Hegemonietheoretische Überlegungen zur intellektuellen Produktion von Politik und Staat, in: KultuRRevolution, (22), 23–27.
- Demirovic, Alex (1994): Hegemonie und Öffentlichkeit, in: Das Argument, 36(4/5), 675–691.
- Demirovic, Alex (1997): Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Demirovic, Alex (2001): NGO, Staat und Zivilgesellschaft. Zur Transformation von Hegemonie, in: Brand, Ulrich / Demirovic, Alex / Görg, Christoph / Hirsch, Joachim (Hrsg.): Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Münster: Westfälisches Dampfboot, 141–169.
- Demirovic, Alex (2007a): Hegemonie und die diskursive Konstruktion der Gesellschaft, in: Diskurs - radikale Demokratie - Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Bielefeld: transcript, 55–85.
- Demirovic, Alex (2007b): Politische Gesellschaft - zivile Gemeinschaft. Zur Theorie des integralen Staates bei Antonio Gramsci, in: Buckel, Sonja / Fischer-Lescano, Andreas (Hrsg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis, Baden-Baden: Nomos Verlag, 21–42.
- Demirovic, Alex (2008a): Neoliberalismus und Hegemonie, in: Butterwegge, Christoph / Lösch, Bettina / Ptak, Ralf (Hrsg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 17–33.
- Demirovic, Alex (2008b): Reibungen an der Normalität. Exklusion und die Konstitution der Gesellschaft., in: Soziale Systeme, 14(2), 397–417.
- Demirovic, Alex / Hirsch, Joachim / Jessop, Bob (2002): Einleitung der Herausgeber, in: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg: Vsa Verlag, 7–36.
- Demirovic, Alex / Walk, Heike (2009): Gewerkschaften und Zivilgesellschaft: Die Demokratisierung von Governance, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung, 22(4), 23–31.
- Derrida, Jacques (1983): Grammatologie, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Derrida, Jacques (1988a): Die différance, in: Derrida, Jacques (Hrsg.): Randgänge der Philosophie, Wien: Passagen Verlag, 29–52.
- Derrida, Jacques (1988b): Signatur Ereignis Kontext, in: Derrida, Jacques (Hrsg.): Randgänge der Philosophie, Wien: Passagen Verlag, 291–314.
- Derrida, Jacques (2003): Eine gewisse unmögliche Möglichkeit, vom Ereignis zu sprechen, Berlin: Merve Verlag.
- Dippel, Horst (1985): Die Amerikanische Revolution, 1763-1787, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dobson, Andrew (2000): Green Political Thought, London und New York: Routledge.
- Doherty, Brian (2002): Ideas and Actions in the Green Movement, London und New York: Routledge.
- Drengson, Alan / Devall, Bill (2008): The Ecology of Wisdom, Berkley: Counter Point.
- Dryzek, John / Downs, Daid / Hernes, Hans-Kristian / Schlosberg, David (2003): Green States and Social Movements: Environmentalism in the United States, United Kingdom, Germany, and Norway, Oxford: Oxford University Press.
- Dryzek, John S. (2005): The Politics of the Earth. Environmental Discourses, Oxford: Oxford University Press.
- Dupuis-Déri, Francis (2001): The Political Power of Words: „Democracy“ and Political Strategies in the United States and France [1776-1871], British Columbia: The University of British Columbia.
- Dupuis-Déri, Francis (2004): The Political Power of Words: The Birth of Pro-democratic Discourse in the Nineteenth in the United States and France, in: Political Studies, 52, 118–132.
- Dupuis-Déri, Francis (2010): History of the word „Democracy“ in Canada and Québec: A Political Analysis of Rhetorical Strategies, in: World Political Science Review, 6(1).
- Della Porta, Donatella / Diani, Mario (2010): Social Movements: An Introduction, Oxford: Blackwell Publishing Ltd.
- Eagleton, Terry (2000): Ideologie. Eine Einführung, Stuttgart und Weimar: J.B. Metzler.
- Eckersley, Robyn (1992): Environmentalism And Political Theory: Toward An Ecocentric Approach, London und New York: Routledge.
- Eco, Umberto (1986): Für eine semiologische Guerilla, in: Eco, Umberto (Hrsg.): Über Gott und die Welt, München: Hanser, 146–156.
- Ecologist, The (1972): Blueprint for Survival, Harmondsworth: Penguin.

- Eder, Klaus (1996): The Institutionalisation of Environmentalism: Ecological Discourse and the Second Transformation of the Public Sphere, in: Lash, Scott / Szerszynski, Bronislaw / Wynne, Brian (Hrsg.): Risk, Environment and Modernity. Towards a New Ecology, London: SAGE Publications Ltd, 203–223.
- Erl, Astrid (2012): Cultural Memory Studies, in: Moebius, Stephan (Hrsg.): Kultur. Von den Cultural Studies bis zu den Visual Studies, Bielefeld: transcript, 258–281.
- Ewick, Patricia (1995): Subversive Stories and Hegemonic Tales: Toward a Sociology of Narrative, in: Law and Society Review, 29(2), 197–226.
- Fairclough, Norman (1995): Media Discourses, London: Arnold.
- Felgitsch, Sascha (2006): Die Rekonstruktion des Politischen, in: Flatz, Christian / Felgitsch, Sascha (Hrsg.): Dimensionen einer neuen Kultur des Politischen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 10–39.
- Fine, Gary Alan (1995): Public Narration and Group Culture: Discerning Discourses in Social Movements, in: Johnston, Hank / Klandermans, Bert (Hrsg.): Social Movements and Culture, London und New York: Routledge, 127–144.
- Fine, Gary Alan (2002): The Storied Group. Social Movements as „Bundles of Narratives“, in: Davis, Joseph E. (Hrsg.): Stories of Change. Narrative and Social Movements, New York: State University of New York Press, 239–245.
- Fischer-Lichte, Erika (2012): Performative / Performance Studies, in: Moebius, Stephan (Hrsg.): Kultur. Von den Cultural Studies bis zu den Visual Studies, Bielefeld: transcript, 216–241.
- Fisher, Dana R. / Freudenburg, William R. (2001): Ecological Modernization and Its Critics: Assessing the Past and Looking Toward the Future, in: Society Natural Resources, 14(8), 701–709.
- Flank, Lenny (2007): Hegemony and Counter-Hegemony: Marxism, Capitalism, and their Relation to Sexism, Racism, Nationalism, and Authoritarianism, St. Petersburg und Florida: Red and Black Publishers.
- Flatz, Christian (2006a): Das politische Subjekt und die Demokratie, in: Flatz, Christian / Felgitsch, Sascha (Hrsg.): Dimensionen einer neuen Kultur des Politischen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 42–75.
- Flatz, Christian (2006b): Für eine demokratische Kultur, in: Flatz, Christian / Felgitsch, Sascha (Hrsg.): Dimensionen einer neuen Kultur des Politischen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 192–209.
- Flügel-Martinsen, Oliver (2004): Démocratie à venir: Jacques Derrida, in: Flügel, Oliver / Heil,

- Reinhard / Hetzel, Andreas (Hrsg.): Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 19–42.
- Flyvbjerg, B. (2006): Five Misunderstandings About Case-Study Research, in: Qualitative Inquiry, 12(2), 219–245.
- Foucault, Michel (1977a): Der Wille zum Wissen, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1977b): Die Ordnung des Diskurses., Frankfurt am Main/ Berlin/ Wien: Ullstein Verlag.
- Foucault, Michel (1981): Archäologie des Wissens, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1994): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2005a): Analytik der Macht, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2005b): Die Ethik der Sorge um sich als Praxis der Freiheit, in: Analytik der Macht, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 274–300.
- Foucault, Michel (2005c): Subjekt und Macht, in: Analytik der Macht, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 240–263.
- Foucault, Michel (2010): Kritik des Regierens, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Franck, Georg (1993): Ökonomie der Aufmerksamkeit, in: Merkur, 47(8), 748–761.
- Franck, Georg (2003): Mentaler Kapitalismus, in: Liessmann, Konrad Paul (Hrsg.): Die Kanäle der Macht: Herrschaft und Freiheit im Medienzeitalter, Wien: Zsolnay, 36–60.
- Frank, Manfred (1984): Was ist Neostukturalismus?, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gamson, William A. (1995): Constructing Social Protest, in: Johnston, Hank / Klandermans, Bert (Hrsg.): Social Movements and Culture, London und New York: Routledge, 85–107.
- Gaus, Daniel (2004): Demokratie zwischen Konflikt und Konsens. Zur politischen Philosophie Claude Leforts, in: Flügel, Oliver / Heil, Reinhard / Hetzel, Andreas (Hrsg.): Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 65–86.
- Genth, Renate (2006): Über die Wirksamkeit politischen Handelns, in: Flatz, Christian / Felgitsch, Sascha (Hrsg.): Dimensionen einer neuen Kultur des Politischen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 96–107.
- Gerhards, Jürgen (2002): Öffentlichkeit, in: Jarren, Otfried / Sarcinelli, Ulrich / Saxer, Ulrich (Hrsg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil,

Wiesbaden, 694–695.

- Gertenbach, Lars (2008): Die Kultivierung des Marktes: Foucault und die Gouvernementalität des Neoliberalismus, Berlin: Parodos Verlag.
- Gertenbach, Lars (2012): Governmentality Studies, in: Moebius, Stephan (Hrsg.): Kultur. Von den Cultural Studies bis zu den Visual Studies, Bielefeld: transcript, 108–127.
- Gilcher-Holtey, Ingrid (1994): Die Nacht der Barrikaden. Eine Fallstudie zur Dynamik sozialen Protests, in: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 375–392.
- Gilcher-Holtey, Ingrid (1995): „Die Phantasie an die Macht“. Mai 68 in Frankreich, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Goodwin, Jeff / Jasper, James M. (2004a): Caught in a Winding, Snarling Vine: The Structural Bias of Political Process Theory, in: Goodwin, Jeff / Jasper, James M. (Hrsg.): Rethinking Social Movements. Structure, Meaning, and Emotion, Lanham Md.: Littlefield Publishers, 3–30.
- Goodwin, Jeff / Jasper, James M. (2004b): Trouble in Paradigms, in: Goodwin, Jeff / Jasper, James M. (Hrsg.): Rethinking Social Movements. Structure, Meaning, and Emotion, Lanham Md.: Littlefield Publishers, 75–95.
- Gottlieb, Robert (2005): Forcing the Spring: The Transformation of the American Environmental Movement, Washington, D.C.: Island Press.
- Gramsci, Antonio (2012): Gefängnishefte, Kritische Gesamtausgabe Bochmann, Klaus / Haug, Wolfgang Fritz (Hrsg.):, Hamburg: Argument Verlag.
- Grefe, Christiane / Greffrath, Matthias / Schumann, Harald (2003): attac. Was wollen die Globalisierungskritiker, Berlin: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Greven, Michael Th. (1990a): Die politische Gesellschaft - was sonst?, in: Ethik und Sozialwissenschaften, 1(2), 255–261.
- Greven, Michael Th. (1990b): Die politische Gesellschaft als Gegenstand der Politikwissenschaft. Elf Thesen zu ihrer theoretischen Grundlegung, in: Ethik und Sozialwissenschaften, 1(2), 223–228.
- Greven, Michael Th. (2010): Verschwindet das Politische in der politischen Gesellschaft? Über Strategien der Kontingenzverleugnung, in: Bedorf, Thomas / Röttgers, Kurt (Hrsg.): Das Politische und die Politik, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 68–88.
- Greven, Michael Th. (2011): Systemopposition. Kontingenz, Ideologie und Utopie im politischen Denken der 1960er Jahre, Opladen/ Berlin und Farmington Hills: Barbara Budrich Verlag.

- Griggs, Steven / Howarth, David (2000): New environmental movements and direct action protest: the campaign against Manchester Airport's second runway, in: Howarth, David / Stavrakakis, Yannis / Norval, Aletta J. (Hrsg.): Discourse Theory and Political Analysis: Identities, Hegemonies and Social Change, Manchester und New York: Manchester University Press, 52–69.
- Haasis, Hellmut G. (1984): Spuren der Besiegten, Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1996): Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1998): Volkssouveränität als Verfahren, in: Habermas, Jürgen (Hrsg.): Faktizität und Geltung, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 600–631.
- Habermas, Jürgen (2008): Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie, in: Habermas, Jürgen (Hrsg.): Ach, Europa, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag GmbH, 138–191.
- Hagemann, Ingmar (2014): Das (gegen-)hegemoniale Moment der Demokratie. Die Hegemonietheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe als Theorie der Demokratie, in: Martinsen, Renate (Hrsg.): Spurensuche: Konstruktivistische Theorien der Politik, Wiesbaden: Springer VS, 95–114.
- Hajer, Maarten A. (1990): The discursive paradox of the new environmentalism, in: Industrial Crisis Quarterly, 4(4), 307–310.
- Hajer, Maarten A. (1996): Ecological Modernisation as Cultural Politics, in: Lash, Scott / Szerszynski, Bronislaw / Wynne, Brian (Hrsg.): Risk, Environment and Modernity. Towards a New Ecology, London: SAGE Publications Ltd, 246–268.
- Hajer, Maarten A. (1997): Ökologische Modernisierung als Sprachspiel. Eine institutionell-konstruktivistische Perspektive zum Umweltdiskurs und zum institutionellen Wandel, in: Soziale Welt, 48(2), 107–132.
- Hajer, Maarten A. (2002): The Politics of Environmental Discourse: Ecological Modernization and the Policy Process, Oxford: Oxford University Press.
- Hajer, Maarten A. (2003): Argumentative Diskursanalyse. Auf der Suche nach Koalitionen, Praktiken, und Bedeutung, in: Keller, Reiner / Hierseland, Andreas / Schneider, Werner / Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse- Band 2: Forschungspraxis, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 271–298.
- Hajer, Maarten / Versteeg, Wytke (2005): A Decade of Discourse Analysis of Environmental

- Politics: Achievements, Challenges, Perspectives, in: Journal of Environmental Policy Planning, 7(3), 175–184.
- Hall, Stuart (1977): Culture, the Media and the „Ideological Effect“, in: Curran, James / Gurevitch, Michael / Woollacott, Janet (Hrsg.): Mass Communication and Society, London: Edward Arnold Ltd, 315–348.
- Hall, Stuart (1982a): Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus, in: Haug, Wolfgang Fritz / Elfferding, Wieland (Hrsg.): Internationale Sozialismus-Diskussion 2. Neue soziale Bewegungen und Marxismus, Berlin: Argument Verlag, 104–124.
- Hall, Stuart (1982b): The rediscovery of „ideology“: return of the repressed in media studies, in: Curran, James / Gurevitch, Michael / Woollacott, Janet / Bennett, Tony (Hrsg.): Culture, Society and the Media, London und New York: Routledge, 56–90.
- Hall, Stuart (1999): Die zwei Paradigmen der Cultural Studies, in: Hörnig, K. H. / Winter, Rainer (Hrsg.): Widerspenstige Kulturen, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 13–41.
- Hall, Stuart (2000a): Das theoretische Vermächtnis der Cultural Studies, in: Hall, Stuart (Hrsg.): Cultural Studies. Ein politisches Theorieprojekt. Ausgewählte Schriften 3, Hamburg: Argument Verlag, 34–51.
- Hall, Stuart (2000b): Postmoderne und Artikulation, in: Hall, Stuart (Hrsg.): Cultural Studies. Ein politisches Theorieprojekt. Ausgewählte Schriften 3, Hamburg: Argument Verlag, 52–77.
- Hall, Stuart (2002): Demokratie, Globalisierung und Differenz, in: Enwezor, Okwui / Basualdo, Carlos / Bauer, Ute Meta / Ghez, Susanne / et al. (Hrsg.): Demokratie als unvollendeter Prozess - Plattform I der Documenta 11, Ostfildern: Hatje Cantz, 21–39.
- Hall, Stuart (2004a): Der Thatcherismus und die Theoretiker, in: Hall, Stuart (Hrsg.): Schriften 1. Ideologie, Kultur, Rassismus, Hamburg: Argument Verlag, 172–206.
- Hall, Stuart (2004b): Die Konstruktion von „Rasse“ in den Medien, in: Hall, Stuart (Hrsg.): Schriften 1. Ideologie, Kultur, Rassismus, Hamburg: Argument Verlag, 150–171.
- Hall, Stuart (2004c): Die strukturierte Vermittlung von Ereignissen, in: Hall, Stuart (Hrsg.): Schriften 1. Ideologie, Kultur, Rassismus, Hamburg: Argument Verlag, 126–149.
- Hall, Stuart (2004d): Kodieren/Dekodieren, in: Hall, Stuart (Hrsg.): Ideologie. Identität. Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4, Hamburg: Argument Verlag, 66–80.
- Hall, Stuart (2004e): Reflektionen über das Kodieren/Dekodieren-Modell. Ein Interview mit Stuart Hall, in: Hall, Stuart (Hrsg.): Ideologie. Identität. Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4, Hamburg: Argument Verlag, 81–107.

- Hall, Stuart (2012): *Ideologie Kultur Rassismus. Ausgewählte Schriften 1*, Hamburg: Argument Verlag.
- Hellmann, Kai-Uwe (1990): Paradigmen der Bewegungsforschung, in: Klein, Ansgar / Hellmann, Kai-Uwe / Rohde, Markus (Hrsg.): *Neue Soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen, Perspektiven*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 91–113.
- Hellmann, Kai-Uwe / Koopmans, Ruud (Hrsg.) (1998): *Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von Neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus*, Opladen / Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Herschinger, Eva (2011): *Constructing Global Enemies: Hegemony and Identity in International Discourses on Terrorism and Drug Prohibition*, London und New York: Routledge.
- Hetzel, Andreas (2004): Demokratie ohne Grund. Ernesto Laclaus Transformation der Politischen Theorie., in: Flügel, Oliver / Heil, Reinhard / Hetzel, Andreas (Hrsg.): *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 185–210.
- Hetzel, Andreas (2007): Subversive Tropen. Zur politischen Bedeutsamkeit der Rhetorik bei Laclau und de Man., in: Nonhoff, Martin (Hrsg.): *Diskurs - radikale Demokratie - Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, Bielefeld: transcript, 87–102.
- Hetzel, Andreas (2010): Vertrauen als Affekt der radikalen Demokratie, in: Bedorf, Thomas / Röttgers, Kurt (Hrsg.): *Das Politische und die Politik*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 235–251.
- Hetzel, Andreas / Hetzel, Mechthild (2006): Slavoj Žižek: Psychoanalyse, Idealismus und Populärkultur, in: Moebius, Stephan / Quadflieg, Dirk (Hrsg.): *Kultur. Theorien der Gegenwart*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 235–245.
- Hieber, Lutz (2012): Queer Studies, in: Moebius, Stephan (Hrsg.): *Kultur. Von den Cultural Studies bis zu den Visual Studies*, Bielefeld: transcript, 63–87.
- Hintz, Michael / Vorwallner, Gerd (1991): Vorwort der Herausgeber, in: Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal (Hrsg.): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*, Wien: Passagen-Verlag, 11–24.
- Hirsch, Joachim (2006): Soziale Bewegungen in demokratietheoretischer Perspektive, in: Marchart, Oliver / Weinzierl, Rupert (Hrsg.): *Stand der Bewegung?: Protest, Globalisierung, Demokratie - eine Bestandsaufnahme*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 88–104.
- Holloway, John (2004): *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Howarth, David (2009): *Power, discourse, and policy: articulating a hegemony approach to critical*

- policy studies, in: *Critical Policy Studies*, 3(3-4), 309–335.
- Hunter, Allem (1988): Post-Marxism and the new social movements, in: *Theory and Society*, 17(6), 885–900.
- Illouz, Eva (2006): *Gefühle in Zeiten des Kapitalismus*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Illouz, Eva (2011): *Die Errettung der modernen Seele*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Jamal, Amal (2009): Media culture as counter-hegemonic strategy: the communicative action of the Arab minority in Israel, in: *Media, Culture & Society*, 31(4), 559–577.
- Jessop, Bob (2005): *Macht und Strategie bei Poulantzas und Foucault*, Hamburg: VSA-Verlag.
- Jessop, Bob (2007): Althusser, Poulantzas, Buci-Glucksmann - Weiterentwicklungen von Gramscis Konzept des integralen Staates, in: Buckel, Sonja / Fischer-Lescano, Andreas (Hrsg.): *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*, Baden-Baden: Nomos Verlag, 43–65.
- Johnston, Hank (1995): A Methodology for Frame Analysis: From Discourse to Cognitive Schemata, in: Johnston, Hank / Klandermans, Bert (Hrsg.): *Social Movements and Culture*, London und New York: Routledge, 217–247.
- Johnston, Hank (2009): Protest Culture: Performance, Artifacts, and Ideations, in: Hank, Johnston (Hrsg.): *Culture, Social Movements, and Protest*, Oxford: Ashgate, 3–32.
- Johnston, Hank / Klandermans, Bert (1995): The Cultural Analysis of Social Movement, in: Johnston, Hank / Klandermans, Bert (Hrsg.): *Social Movements and Culture*, London und New York: Routledge, 3–25.
- Jordan, Grant / Maloney, Willian (1997): *The protest business? Mobilizing campaign groups*, Manchester und New York: Manchester University Press.
- Jörke, Dirk (2004): Die Agonalität des Demokratischen: Chantal Mouffe, in: Flügel, Oliver / Heil, Reinhard / Hetzel, Andreas (Hrsg.): *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 164–184.
- Jörke, Dirk (2006): Wie demokratisch sind radikale Demokratietheorien?, in: Heil, Reinhard / Hetzel, Andreas (Hrsg.): *Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie.*, Bielefeld: transcript, 253–266.
- Kämpf, Heike (2004): Die Unerreichbarkeit der Demokratie. Kontingenz, Identität und politische Handlungsfähigkeit nach Judith Butler, in: Flügel, Oliver / Heil, Reinhard / Hetzel, Andreas (Hrsg.): *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt, 43–61.

- Kämpf, Heike (2006): Implizite Zensur und politische Öffentlichkeit, in: Heil, Reinhard / Hetzel, Andreas (Hrsg.): Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie., Bielefeld: transcript, 225–236.
- Kaschuba, Wolfgang (1988): Deutsche Bürgerlichkeit nach 1800. Kultur als symbolische Praxis, in: Kocka, Jürgen / Frevert, Ute (Hrsg.): Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, München: Deutscher Taschenbuch Verlag, 9–45.
- Kastner, Jens (2006): Globalisierungskritik und Kräfteverhältnisse. Zur Staatskonzeption bei Zygmunt Bauman, Pierre Bourdieu, Noam Chomsky und Subcomandante Marcos, in: Marchart, Oliver / Weinzierl, Rupert (Hrsg.): Stand der Bewegung?: Protest, Globalisierung, Demokratie - eine Bestandsaufnahme, Münster: Westfälisches Dampfboot, 172–193.
- Kerchner, Brigitte (2006): Diskursanalyse in der Politikwissenschaft. Ein Forschungsüberblick, in: Kerchner, Brigitte / Schneider, Silke (Hrsg.): Foucault. Diskursanalyse der Politik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 33–67.
- Klein, Ansgar (2002): Der Diskurs der Zivilgesellschaft, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Die Bürgergesellschaft. Perspektiven für Bürgerbeteiligung und Bürgerkommunikation, Bonn: Dietz, 37–64.
- Klein, Naomi (2002): No Logo! Der Kampf um Global Players um Marktmacht. Ein Spiel mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern, Gütersloh: Bertelsmann Verlag.
- Kolb, Felix (2006): Die politischen Auswirkungen und Erfolge sozialer Bewegungen, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung, 19(1), 12–23.
- Komitee, Unsichtbares (2010): Der kommende Aufstand, Hamburg: Edition Nautilus.
- Kriesi, Hanspeter (2007): Die politische Kommunikation sozialer Bewegungen, in: Jarren, Otfried / Lachenmeier, Dominik / Steiner, Adrian (Hrsg.): Entgrenzte Demokratie? Herausforderungen für die politische Interessenvermittlung, Baden-Baden: Nomos, 145–161.
- Krüger, Timmo (2011): Die Schlüsselrolle von Carbon Capture and Storage (CCS) in der internationalen Klimapolitik, in: SWS-Rundschau, 51(3), 326–348.
- Krüger, Timmo (2013): Das Hegemonieprojekt der ökologischen Modernisierung, in: Leviathan, 41(3), 422–456.
- Kurzman, Charles (2004): The Poststructuralist Consensus in Social Movement Theory, in: Goodwin, Jeff / Jasper, James M. (Hrsg.): Rethinking Social Movements. Structure, Meaning, and Emotion, Lanham Md.: Littlefield Publishers, 111–120.
- Laclau, Ernesto (1981): Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus, Faschismus-Populismus, Berlin: Argument-Verlag.

- Laclau, Ernesto (1982): Diskurs, Hegemonie und Politik. Betrachtungen über die Krise des Marxismus, in: Argument-Sonderband, (78), 6–22.
- Laclau, Ernesto (1988): Die Politik als Konstruktion des Udenkbaren, in: KultuRRevolution, (17/18), 54–57.
- Laclau, Ernesto (1990): New Reflections on The Revolution of Our Time, London und New York: Verso.
- Laclau, Ernesto (1999): Dekonstruktion, Pragmatismus, Hegemonie, in: Mouffe, Chantal (Hrsg.): Dekonstruktion und Pragmatismus: Demokratie, Wahrheit und Vernunft, Wien: Passagen Verlag, 111–153.
- Laclau, Ernesto (2000): Identity and Hegemony: The Role of Universality in the Constitution of Political Logics, in: Butler, Judith / Laclau, Ernesto / Žižek, Slavoj (Hrsg.): Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left, London und New York: Verso, 44–89.
- Laclau, Ernesto (2002a): Demokratie zwischen Autonomie und Heteronomie, in: Enwezor, Okwui / Basualdo, Carlos / Bauer, Ute Meta / Ghez, Susanne / et al. (Hrsg.): Demokratie als unvollendeter Prozess - Plattform I der Documenta 11, Ostfildern: Hatje Cantz, 437–448.
- Laclau, Ernesto (2002b): Emanzipation und Differenz, Wien: Turia & Kant.
- Laclau, Ernesto (2005): The future of radical democracy, in: Thomassen, Lasse / Tønder, Lars (Hrsg.): Radical Democracy. Politics between abundance and lack, Manchester und New York: Manchester University Press, 256–262.
- Laclau, Ernesto (2007a): Ideologie und Post-Marxismus, in: Nonhoff, Martin (Hrsg.): Diskurs - radikale Demokratie - Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Bielefeld: transcript, 25–39.
- Laclau, Ernesto (2007b): On Populist Reason, London und New York: Verso.
- Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal (1991): Hegemonie und radikale Demokratie - zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien: Passagen Verlag.
- Lefort, Claude / Gauchet, Marcel (1990): Über die Demokratie: Das Politische und die Institutionierung des Gesellschaftlichen, in: Rödel, Ulrich (Hrsg.): Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 89–122.
- Lemke, Thomas (1997): Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Governmentalität, Berlin/Hamburg: Argument Verlag.
- Luhmann, Niklas (1987): Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt am

Main: Suhrkamp.

Luhmann, Niklas (1996): Protest, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Marchart, Oliver (1994): Diskurs – Hegemonie – Antagonismus. Zur politischen Diskursanalyse von Laclau und Mouffe, in: Mesotes. Zeitschrift für philosophischen Ost-West-Dialog, 4(2), 166–175.

Marchart, Oliver (1998): Einleitung: Undarstellbarkeit und „ontologische Differenz“, in: Marchart, Oliver (Hrsg.): Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus, Wien: Turia & Kant, 7–20.

Marchart, Oliver (1999): Das unbewußte Politische. Zum psychoanalytic turn in der politischen Theorie: Jameson, Butler, Laclau, Žižek., in: Trinks, Jürgen (Hrsg.): Mesotes. Jahrbuch für philosophischen Ost-West-Dialog: Bewußtsein und Unbewußtes, Wien: Turia & Kant, 196–234.

Marchart, Oliver (2002a): Demonstrationen des Unvollendbaren, in: Enwezor, Okwui / Ghez, Susanne / Maharaj, Sarat / Nash, Mark / et al. (Hrsg.): Demokratie als unvollendeter Prozess., Ostfildern: Hatje Cantz, 291–306.

Marchart, Oliver (2002b): Gesellschaft ohne Grund, in: Laclau, Ernesto (Hrsg.): Emanzipation und Differenz, Wien, 7–22.

Marchart, Oliver (2003): Die Jakobiner, der Mai und die Demokratie, in: diskus, (2), 23–29.

Marchart, Oliver (2004): Der Apparat und die Öffentlichkeit. Zur medialen Differenz von „Politik“ und „dem Politischen“, in: Gethmann, Daniel / Stauff, Markus (Hrsg.): Politiken der Medien, Freiburg und Berlin: Diaphanes Verlag, 19–37.

Marchart, Oliver (2005): In the Name of the People: Populist Reason and the Subject of the Political, in: diacritics, 35(3), 3–19.

Marchart, Oliver (2007a): Die List des Konflikts. Protest in der Weltzivilgesellschaft, in: polylog. Zeitschrift für interkulturelle Philosophie, (18), 45–54.

Marchart, Oliver (2007b): Eine demokratische Gegenhegemonie - Zur neo-gramscianischen Demokratietheorie bei Laclau und Mouffe, in: Buckel, Sonja / Fischer-Lescano, Andreas (Hrsg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis, Baden-Baden: Nomos Verlag, 105–120.

Marchart, Oliver (2007c): Politik und ontologische Differenz. Zum „streng Philosophischen“ am Werk Ernesto Laclaus, in: Nonhoff, Martin (Hrsg.): Diskurs - radikale Demokratie - Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Bielefeld: transcript, 103–121.

- Marchart, Oliver (2007d): The People and the Public. Radical Democracy and the Role of Public Media, in: Open, (13), 6–16.
- Marchart, Oliver (2008a): Cultural Studies, Konstanz: UTB Verlag.
- Marchart, Oliver (2008b): Educational Apparatuses. Hegemony, Protest, and the Educational Function of Media Apparatuses, in: Meyer, Torsten / Scheibel, Michael / Münte-Goussar, Stephan / Meisel, Timo / et al. (Hrsg.): Bildung im Neuen Medium. Wissensformation und digitale Infrastruktur, Münster: Waxmann, 348–355.
- Marchart, Oliver (2009): Antagonismen jenseits des Klassenkampfs. Postmarxismus und Neue Soziale Bewegungen, in: Bescherer, Peter / Schierhorn, Karen (Hrsg.): Zur Aktualität Marxscher Theorie. Zwischen ‚Arbeiterfrage‘ und sozialer Bewegung heute, Hamburg: VSA-Verlag, 97–120.
- Marchart, Oliver (2010a): Claude Lefort: Demokratie und die doppelte Teilung der Gesellschaft, in: Bröckling, Ulrich / Feustel, Robert (Hrsg.): Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen, Bielefeld: transcript, 19–32.
- Marchart, Oliver (2010b): Die politische Differenz, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Marchart, Oliver (2014): Die Prekarisierungsgesellschaft. Prekäre Proteste. Politik und Ökonomie im Zeichen der Prekarisierung, Bielefeld: transcript.
- Marchart, Oliver / Adolphs, Stephan / Hamm, Marion (2007): Taktik und Taktung. Eine Diskursanalyse politischer Online-Demonstrationen, in: Ries, Marc / Fraueneder, Hildegard / Mairitsch, Karin (Hrsg.): Dating.21 - Liebesorganisation und Verabredungskulturen, Bielefeld: transcript, 207–224.
- Marchart, Oliver / Hamm, Marion / Adolphs, Stephan (2010): Bewegungspraxis und „organische Theorie“ - Zur Rezeption und Produktion theorieförmiger Diskurse durch soziale Bewegungen am Beispiel der Prekarisierungsbewegung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 39(1), 73–88.
- Marchart, Oliver / Weinzierl, Rupert (2006): Radikale Demokratie und neue Protestformen, in: Marchart, Oliver / Weinzierl, Rupert (Hrsg.): Stand der Bewegung?: Protest, Globalisierung, Demokratie - eine Bestandsaufnahme, Münster: Westfälisches Dampfboot, 7–15.
- Markoff, John (1996): Waves of democracy. Social Movements and Political Change, Thousand Oaks, Calif.: Pine Forge Press.
- Markoff, John (1999): Where and When Democracy Invented?, in: Society for Comparative Studies in Society and History, 41(4), 660–690.
- Martinsen, Renate (2009): Öffentlichkeit in der „Mediendemokratie“ aus der Perspektive

- konkurrierender Demokratietheorien, in: Marcinkowski, Frank / Pfetsch, Babara (Hrsg.): Politik in der Mediendemokratie, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 37–69.
- Martinsen, Renate (2014): Auf den Spuren des Konstruktivismus - Varianten konstruktivistischen Forschens und Implikationen für die Politikwissenschaft, in: Martinsen, Renate (Hrsg.): Spurensuche: Konstruktivistische Theorien der Politik, Wiesbaden: Springer VS, 3–41.
- März, Michael (2012): Linker Protest nach dem Deutschen Herbst, Bielefeld: transcript.
- Masson, Dominique (1997): Language, Power, and Politics: Revisiting the Symbolic Challenge of Movements, in: Carroll, William K. (Hrsg.): Organizing Dissent. Contemporary Social Movements in Theory and Practice. Studies in the Politics of Counter-Hegemony, Toronto: Garamond Press, 57–75.
- Mayorga, René Antonio (1984): Diskurs und Konstitution der Gesellschaft. Zur Kritik des sprachtheoretischen Ansatzes von Ernesto Laclau, in: Das Argument, 26(147), 725–735.
- McAdam, Doug / Tarrow, Sidney / Tilly, Charles (2008): Dynamics of Contention, New York: Cambridge University Press.
- Meadows, Donella H. / Meadows, Dennis L. / Randers, Jørgen / Behrens, William W. III (1972): The Limits to Growth, London: Earth Island.
- Meier, Christian (1970): Entstehung des Begriffs „Demokratie“. Vier Prolegomena zu einer historischen Theorie, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Melucci, Alberto (1995): The Process of Collective Identity, in: Johnston, Hank / Klandermans, Bert (Hrsg.): Social Movements and Culture, London und New York: Routledge, 41–64.
- Melucci, Alberto (1996): Challenging codes. Collective action in the information age, Cambridge: Cambridge University Press.
- Melucci, Alberto (2008): The Playing Self: Person and Meaning in the Planetary Society, Cambridge: Cambridge University Press.
- Merchant, Carolyn (1992): Radical Ecology. The Search for a livable World, New York und London: Routledge.
- Methmann, Chris (2011): NGOs in der staatlichen Klimapolitik. Zwischen diskursiver Intervention und hegemonialer Verstrickung, in: Brunnengräber, Achim (Hrsg.): Zivilisierung des Klimaregimes. NGOs und soziale Bewegungen als Akteure der nationalen, europäischen und internationalen Politik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 107–134.
- Methmann, Chris Paul (2010): „Climate Protection“ as Empty Signifier: A Discourse Theoretical Perspective on Climate Mainstreaming in World Politics, in: Millennium: Journal of

International Studies, 39(2), 345–372.

- Meyer, David S. (2009): Claiming Credit: Stories of Movement Influence as Outcomes, in: Johnston, Hank (Hrsg.): Culture, Social Movements, and Protest, Oxford: Ashgate, 55–76.
- Meyer, John W. / Boli, John / Thomas, George M. / Ramirez, Francisco O. (2005): Die Weltgesellschaft und der Nationalstaat, in: Meyer, John W (Hrsg.): Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 85–132.
- Mitchell, Sandra (2008): Komplexitäten. Warum wir erst anfangen, die Welt zu verstehen, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Moebius, Stephan (2003): Die soziale Konstituierung des Anderen. Grundrisse einer poststrukturalistischen Sozialwissenschaft nach Lévinas und Derrida, Frankfurt / New York: Campus Verlag.
- Moebius, Stephan (2006): Passive Entscheidung des Anderen in mir - Zur Frage der Entscheidung bei Jacques Derrida und Ernesto Laclau, in: Heil, Reinhard / Hetzel, Andreas (Hrsg.): Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie., Bielefeld: transcript, 103–109.
- Moebius, Stephan (2008a): Handlung und Praxis: Konturen einer poststrukturalistischen Praxistheorie, in: Moebius, Stephan / Reckwitz, Andreas (Hrsg.): Poststrukturalistische Sozialwissenschaften, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 58–74.
- Moebius, Stephan (2008b): Macht und Hegemonie. Grundrisse einer poststrukturalistischen Analytik der Macht, in: Moebius, Stephan / Reckwitz, Andreas (Hrsg.): Poststrukturalistische Sozialwissenschaften, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 158–174.
- Moebius, Stephan (2012a): Cultural Studies, in: Moebius, Stephan (Hrsg.): Kultur. Von den Cultural Studies bis zu den Visual Studies, Bielefeld: transcript, 13–33.
- Moebius, Stephan (Hrsg.) (2012b): Kultur. Von den Cultural Studies bis zu den Visual Studies, Bielefeld: transcript.
- Moebius, Stephan (2012c): Kulturforschungen der Gegenwart - die Studies. Einleitung, in: Moebius, Stephan (Hrsg.): Kultur. Von den Cultural Studies bis zu den Visual Studies, Bielefeld: transcript, 7–12.
- Moebius, Stephan / Reckwitz, Andreas (2008): Einleitung: Poststrukturalismus und Sozialwissenschaften. Eine Standortbestimmung, in: Moebius, Stephan / Reckwitz, Andreas (Hrsg.): Poststrukturalistische Sozialwissenschaften, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 7–25.
- Mol, Arthur P.J. / Sonnenfeld, David A. (2000): Ecological Modernisation around the world: An introduction, in: Environmental Politics, 9(1), 1–14.

- Mouffe, Chantal (1982): Arbeiterklasse, Hegemonie und Sozialismus, in: Argument-Sonderband, (78), 23–38.
- Mouffe, Chantal (1988a): Hegemonie und neue politische Subjekte: Eine neue Konzeption von Demokratie, in: KultuRRevolution, (17/18), 37–41.
- Mouffe, Chantal (1988b): Hegemonie und neue politische Subjekte: eine neue Konzeption von Demokratie, in: KultuRRevolution, (17/18), 37–41.
- Mouffe, Chantal (1989): Radical Democracy: Modern or Postmodern?, in: Social Text, 21, 21–45.
- Mouffe, Chantal (1993): Demokratische Staatsbürgerschaft und politische Gemeinschaft, in: episteme, (1).
- Mouffe, Chantal (2002): Für eine antagonistische Öffentlichkeit, in: Enwezor, Okwui / Basualdo, Carlos / Bauer, Ute Meta / Ghez, Susanne / et al. (Hrsg.): Demokratie als unvollendeter Prozess, Kassel: Hatje Cantz, 101–112.
- Mouffe, Chantal (2005): Exodus und Stellungskrieg. Die Zukunft radikaler Politik, Wien: Turia & Kant.
- Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mouffe, Chantal (2010): Das demokratische Paradox, Wien: Turia & Kant.
- Mueller, Tadzio (2002): Gramsci, Counterhegemony and the Globalisation-Critical Movement, in: Studies in Social and Political Thought, 6(3), 55–64.
- Münkler, Herfried (2000): Wirtschaftswunder oder antifaschistischer Widerstand — politische Gründungsmythen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, in: Esser, Hartmut (Hrsg.): Der Wandel nach der Wende, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 41–65.
- Münkler, Stefan / Roesler, Alexander (2000): Poststrukturalismus, Stuttgart und Weimar: Metzlersche J.B. Verlag.
- Musil, Robert (2002): Der Mann ohne Eigenschaften, Hamburg: Fischer.
- Nancy, Jean-Luc (2009): Wahrheit der Demokratie, Wien: Passagen Verlag.
- Nancy, Jean-Luc (2012): Begrenzte und unendliche Demokratie, in: Agamben, Giorgio / Badiou, Alain / Bensaïd, Daniel / Brown, Wendy / et al. (Hrsg.): Demokratie? Eine Debatte, Frankfurt am Main, 72–89.
- Neidhardt, Friedhelm (1985): Einige Ideen zu einer allgemeinen Theorie sozialer Bewegungen, in: Hrad, Stefan (Hrsg.): Sozialstruktur im Umbruch, Opladen: Westdeutscher Verlag, 193–204.

- Neidhardt, Friedhelm (1994): Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegung, in: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegung, Opladen: Westdeutscher Verlag, 7–41.
- Neidhardt, Friedhelm (2005): Jenseits des Palavers: Funktionen politischer Öffentlichkeit, in: Wunden, Wolfgang (Hrsg.): Öffentlichkeit und Kommunikationskultur, Hamburg: Lit, 19–30.
- Neidhardt, Friedhelm (2007): Öffentlichkeit und öffentliche Meinung, in: Krause, Birgit / Fretwurst, Benjamin / Vogelgesang, Jens (Hrsg.): Fortschritte der politischen Kommunikationsforschung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 19–33.
- Neidhardt, Friedhelm / Rucht, Dieter (1993): Auf dem Weg in die „Bewegungsgesellschaft“? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen, in: Soziale Welt, 44(3), 305–326.
- Niederberger, Andreas (2006): Integration und Legitimation durch Konflikt? Demokratietheorien und ihre Grundlegung im Spannungsfeld von Dissens und Konsens, in: Heil, Reinhard / Hetzel, Andreas (Hrsg.): Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie., Bielefeld: transcript, 267–280.
- Nonhoff, Martin (1999): Politische Theorie zwischen Dekonstruktion und Pragmatismus, in: Angermüller, Johannes / Nonhoff, Martin (Hrsg.): PostModerne Diskurse zwischen Sprache und Macht, Hamburg: Argument Verlag, 23–34.
- Nonhoff, Martin (2001): Soziale Marktwirtschaft - ein leerer Signifikant? Überlegungen im Anschluss an die Diskurstheorie Ernesto Laclaus., in: Angermüller, Johannes / Bunzmann, Katharina / Nonhoff, Martin (Hrsg.): Diskursanalyse: Theorien, Methoden, Anwendungen, Hamburg: Argument Verlag, 193–208.
- Nonhoff, Martin (2004): Diskurs, in: Göhler, Gerhard / Iser, Mattihas / Kerner, Ina (Hrsg.): Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung, Opladen: Leske + Budrich, 65–82.
- Nonhoff, Martin (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt „Soziale Marktwirtschaft“, Bielefeld: transcript.
- Nonhoff, Martin (2007a): Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie - Einleitung, in: Nonhoff, Martin (Hrsg.): Diskurs - radikale Demokratie - Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Bielefeld: transcript, 7–25.
- Nonhoff, Martin (2007b): Politische Diskursanalyse als Hegemonieanalyse, in: Nonhoff, Martin (Hrsg.): Diskurs - radikale Demokratie - Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Bielefeld: transcript, 173–193.
- Nonhoff, Martin (2008): Politik und Regierung. Wie das sozial Stabile dynamisch wird und vice versa, in: Moebius, Stephan / Reckwitz, Andreas (Hrsg.): Poststrukturalistische

Sozialwissenschaften, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 277–294.

Nonhoff, Martin / Gronau, Jennifer (2012): Die Freiheit des Subjektes im Diskurs. Anmerkungen zu einem Verhältnis der Gleichursprünglichkeit, in: Keller, Reiner / Schneider, Werner / Viehöver, Willy (Hrsg.): Diskurs, Macht und Subjekt: Theorie und Empirie von Subjektivierung in der Diskursforschung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 109–130.

Nullmeier, Frank (2006): Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?, in: Keller, Reiner / Hierseland, Andreas / Schneider, Werner / Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 287–313.

O’Riordan, T. (1981): Environmentalism, London: Pion Limited.

Oels, Angela (2005): Rendering climate change governable: From biopower to advanced liberal government?, in: Journal of Environmental Policy Planning, 7(3), 185–207.

Offe, Claus (2008): Governance – „ Empty signifier “ oder sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm ?, in: Schuppert, Gunnar Folke / Zürn, Michael (Hrsg.): Governance in einer sich wandelnden Welt., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 61–76.

Oy, Gottfried (2000): Wir müssen reden. Kommunikation und Macht - ein garnicht so ungleiches Paar, in: kommunikation@gesellschaft, 1, 1–11.

Peters, Bernhard (2007a): Der Sinn von Öffentlichkeit, in: Peters, Bernhard (Hrsg.): Der Sinn von Öffentlichkeit, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 55–102.

Peters, Bernhard (2007b): Über öffentliche Deliberation und öffentliche Kultur, in: Peters, Bernhard (Hrsg.): Der Sinn von Öffentlichkeit, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 103–186.

Peters, Bernhard (2007c): Die Leistungsfähigkeit heutiger Öffentlichkeiten - einige theoretische Kontroversen, in: Peters, Bernhard (Hrsg.): Der Sinn von Öffentlichkeit, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 187–202.

Pettenkofer, Andreas (2010): Radikaler Protest. Zur soziologischen Theorie politischer Bewegungen, Frankfurt / New York: Campus Verlag.

Pichardo, Nelson A. (1997): New Social Movements. A Critical Review, in: Annual Review of Sociology, 23, 411–430.

Polletta, Francesca (2004): Culture Is Not Just in Your Head, in: Goodwin, Jeff / Jasper, James M. (Hrsg.): Rethinking Social Movements. Structure, Meaning, and Emotion, Lanham Md.: Littlefield Publishers, 97–110.

Polletta, Francesca (2006): It was like a Fever: Storytelling in Protest and Politics, Chicago:

University of Chicago Press.

- Polletta, Francesca (2009): *Storytelling in Social Movements*, in: Johnston, Hank (Hrsg.): *Culture, Social Movements, and Protest*, Oxford: Ashgate, 33–54.
- Potte-Bonneville, Mathieu (2007): *Müssen wir die Gesellschaft verteidigen? Gouvernamentalität, Zivilgesellschaft und politischer Aktivismus im Anschluss an Foucault*, in: Krasmann, Susanne / Volkmer, Michael (Hrsg.): *Michel Foucaults „Geschichte der Governmentalität“ in den Sozialwissenschaften. Internationale Beiträge*, Bielefeld: transcript, 287–308.
- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*, Hamburg: VSA Verlag.
- Priester, Karin (2012): *Die Stunde der Entscheidung. Radikale Linke im Geiste Carl Schmitts*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, (6), 108–119.
- Proust, Marcel (2000): *Auf der Suche nach der verlorenen Zeit*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Quadflieg, Dirk (2008): *Sprache und Diskurs: Von der Struktur zur différance*, in: Moebius, Stephan / Reckwitz, Andreas (Hrsg.): *Poststrukturalistische Sozialwissenschaften*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 93–107.
- Radkau, Joachim (2011): *Die Ära der Ökologie: Eine Weltgeschichte*, München: Beck.
- Raschke, Joachim (1988): *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß*, Frankfurt und New York: Campus Verlag.
- Raschke, Joachim / Tils, Ralf (2007): *Politische Strategie. Eine Grundlegung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Raschke, Joachim / Tils, Ralf (2008): *Politische Strategie*, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung*, 21(1), 11–24.
- Ratner, R.S. (1992): *New Movements, New Theory, New Possibilities? Reflections on Counter-Hegemony Today*, in: Carroll, William K. (Hrsg.): *Organizing Dissent Contemporary Social Movements in Theory and Practice Studies in the Politics of Counter-Hegemony*, Toronto: Garamond Press, 234–242.
- Reckwitz, Andreas (2004): *Die Politik der Moderne aus kulturtheoretischer Perspektive: Vorpolitische Sinnhorizonte des Politischen, symbolische Antagonismen und das Regime der Gouvernamentalität*, in: Schwelling, Birgit (Hrsg.): *Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 33–56.
- Reckwitz, Andreas (2006): *Ernesto Laclau: Diskurse, Hegemonie, Antagonismen*, in: Moebius,

- Stephan / Quadflieg, Dirk (Hrsg.): Kultur. Theorien der Gegenwart, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 339–349.
- Reckwitz, Andreas (2008a): Moderne. Der Kampf um die Öffnung und Schließung von Kontingenzen, in: Moebius, Stephan / Reckwitz, Andreas (Hrsg.): Poststrukturalistische Sozialwissenschaften, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 226–243.
- Reckwitz, Andreas (2008b): Subjekt, Bielefeld: transcript.
- Reckwitz, Andreas (2008c): Subjekt / Identität: Die Produktion und Subversion des Individuums, in: Moebius, Stephan / Reckwitz, Andreas (Hrsg.): Poststrukturalistische Sozialwissenschaften, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 75–92.
- Reckwitz, Andreas (2008d): Unscharfe Grenzen. Perspektiven der Kulturosoziologie, Bielefeld: transcript.
- Reckwitz, Andreas (2010): Die Kontingenzperspektive der „Kultur“. Kulturbegriffe, Kulturtheorien und das kulturwissenschaftliche Forschungsprogramm, in: Reckwitz, Andreas (Hrsg.): Unscharfe Grenzen. Perspektiven der Kulturosoziologie, Bielefeld: transcript, 15–46.
- Rest, Jonas (2011): Von der NGOisierung zur bewegten Mobilisierung. Die Krise der Klimapolitik und die neue Dynamik im Feld der NGOs und sozialen Bewegungen, in: Brunnengräber, Achim (Hrsg.): Zivilisierung des Klimaregimes. NGOs und soziale Bewegungen als Akteure der nationalen, europäischen und internationalen Politik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 85–106.
- Rochon, Thomas R. (1998): Culture Moves. Ideas, Activism, and Changing Values, Princeton: Princeton University Press.
- Rödel, Ulrich (1990): Einleitung, in: Rödel, Ulrich (Hrsg.): Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 7–29.
- Rödel, Ulrich / Frankenberg, Günter / Dubiel, Helmut (1989): Die demokratische Frage, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rootes, Christopher (2004): Environmental Movements, in: Snow, David A. / Soule, Sarah A. / Kriesi, Hanspeter (Hrsg.): The Blackwell companion to Social Movements, London: Blackwell Publishing Ltd, 608–640.
- Rosanvallon, Pierre (1995): The History of the Word „Democracy“ in France, in: Journal for Democracy, 6(4), 140–154.
- Rosanvallon, Pierre (2007): Democracy. Past and Future, New York: Columbia University Press.
- Rosanvallon, Pierre (2008): Counter-Democracy: Politics in an Age of Distrust, New York:

Cambridge University Press.

- Rosanvallon, Pierre (2009): Democratic Universalism as a Historical Problem, in: *Constellations*, 16(4), 539–549.
- Rosanvallon, Pierre (2010): Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit - Reflexivität - Nähe, Hamburg: Hamburger Edition.
- Rosanvallon, Pierre (2013): Die Gesellschaft der Gleichen, Hamburg: Hamburger Edition.
- Roth, Roland / Rucht, Dieter (Hrsg.) (1991): Neue soziale Bewegungen, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Roth, Roland / Rucht, Dieter (2008): Einleitung, in: Roth, Roland / Rucht, Dieter (Hrsg.): Die Soziale Bewegungen in Deutschland seit 1945: Ein Handbuch, Frankfurt am Main: Campus Verlag, 9–38.
- Rucht, Dieter (1990): The Strategies and Action Repertoires of New Movements, in: Dalton, Russell J. / Kuechler, Manfred (Hrsg.): Challenging the Political Order New Social and Political Movements in Western Democracies, New York: Oxford University Press, 156– 175.
- Rucht, Dieter (2001): Soziale Bewegungen als Signum demokratischer Bürgergesellschaft, in: Leggewie, Claus / Münch, Richard (Hrsg.): Politik im 21. Jahrhundert, Berlin: Suhrkamp, 312– 336.
- Rucht, Dieter (2008): Anti-Atomkraftbewegung, in: Roth, Roland / Rucht, Dieter (Hrsg.): Die Soziale Bewegungen in Deutschland seit 1945: Ein Handbuch, Frankfurt am Main: Campus Verlag, 245–266.
- Rucht, Dieter (2011): Zum Stand der Forschung zu sozialen Bewegungen, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung*, 24(3), 20–47.
- Rucht, Dieter / Roose, Jochen (2001): Von der Platzbesetzung zum Verhandlungstisch? Zum Wandel von Aktionsrepertoire und Struktur der Ökologiebewegung, in: Rucht, Dieter (Hrsg.): Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen, Frankfurt am Main: Campus Verlag, 173–210.
- Rucht, Dieter / Roth, Roland (2008): Soziale Bewegungen und Protest - eine theoretische und empirische Bilanz, in: Rucht, Dieter / Roth, Roland (Hrsg.): Die Soziale Bewegungen in Deutschland seit 1945: Ein Handbuch, Frankfurt am Main: Campus Verlag, 635–668.
- Rüdiger, Anja (1996): Dekonstruktion und Demokratisierung. Emanzipatorische Politiktheorie im Kontext der Postmoderne, Opladen: Leske + Budrich.
- Rupert, Mark (2000): Ideology of Globalization. Contending visions of a New World Order, London

und New York: Routledge.

Samjatin, Jewgenij (1984): *Wir*, Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Sandilands (1997): Is the Personal Always Political? Environmentalism in Arendt's Age of „the Social“, in: Carroll, William K. (Hrsg.): *Organizing Dissent. Contemporary Social Movements in Theory and Practice. Studies in the Politics of Counter-Hegemony*, Toronto: Garamond Press, 76–93.

Saussure, Ferdinand de (2001): *Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft*, Berlin/New York: de Gruyter.

Sauvageot, Jacques / Geismar, Alain / Cohn-Bendit, Daniel (1968): *Aufstand in Paris oder ist in Frankreich eine Revolution möglich?* Bourges, Hervé (Hrsg.): Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

Saward, Michael (1998): *The Terms of Democracy*, Cambridge: Polity Press.

Saward, Michael (2003): *Democracy*, Cambridge: Polity Press.

Schmidt, Manfred G. (2000): *Demokratietheorien*, Opladen: Leske + Budrich.

Schmidt, Rainer (2003): Ideengeschichte, Diskursanalyse, Linguistic turn. Konstruktivistische Grundlagen einer Analyse der politischen Sprache., in: Bonacker, Thorsten / Brodocz, André / Noetzel, Thomas (Hrsg.): *Die Ironie der Politik. Über die Konstruktion politischer Wirklichkeiten*, Frankfurt / New York: Campus Verlag, 178–192.

Schmidt, Siegfried J. (1987): Der Radikale Konstruktivismus. Ein neues Paradigma im interdisziplinären Diskurs, in: Schmidt, Siegfried J. (Hrsg.): *Der Diskurs des Radikalen Konstruktivismus*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 11–88.

Schmitt-Beck, Rüdiger (1990): Über die Bedeutung der Massenmedien für soziale Bewegungen, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 42(4), 642–662.

Schulz, Daniel (2007): Hegemoniale Artikulation: Frankreichs „Nation“ als leerer Signifikant, in: Nonhoff, Martin (Hrsg.): *Diskurs - radikale Demokratie - Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, Bielefeld: transcript, 223–243.

Schulz, Daniel (2010): Neue Wege der Demokratietheorie, in: *Berliner Debatte Initial*, (21), 135–138.

Schulz, Daniel (2011): Jenseits von Postdemokratie und Neojakobinismus. Die Demokratiediskussion in der politischen Theorie Frankreichs, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 21(2), 327–339.

Schumacher, Ernst Friedrich (1973): *Small is Beautiful: A Study of Economics as if People*

Mattered, London: Abacus.

Schwarzmantel, John J. (2008): Ideology and Politics, London: SAGE Publications Ltd.

Scott, Alan (1990): Ideology and the New Social Movement, London: Unwin Hyman Ltd.

Selbin, Eric (2010): Gerücht und Revolution. Von der Macht des Wiedererzählens, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Sharp, Gene (2008): Von der Diktatur zur Demokratie. Ein Leitfaden für die Befreiung, München: C.H. Beck Verlag.

Smith, Anna Marie (1998a): Das Unbehagen der Hegemonie. Die politischen Theorien von Judith Butler, Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, in: Marchart, Oliver (Hrsg.): Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus, Wien: Turia & Kant, 225–237.

Smith, Anna Marie (1998b): Laclau and Mouffe. The radical democratic imaginary, London und New York: Routledge.

Stäheli, Urs (1996): Der Code als leerer Signifikant? Diskurstheoretische Beobachtungen, in: Soziale Systeme, 2(2), 257–281.

Stäheli, Urs (1998): Politik der Entparadoxisierung. Zur Artikulation von Hegemonie- und Systemtheorie, in: Marchart, Oliver (Hrsg.): Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus, Wien: Turia & Kant, 52–66.

Stäheli, Urs (2000a): Poststrukturalistische Soziologien, Bielefeld: transcript.

Stäheli, Urs (2000b): Sinnzusammenbrüche, Velbrueck GmbH.

Stäheli, Urs (2007): Von der Herde zur Horde? Vom Verhältnis von Hegemonie- und Affektpolitik, in: Nonhoff, Martin (Hrsg.): Diskurs - radikale Demokratie - Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Bielefeld: transcript, 123–138.

Stäheli, Urs (2008): System: Unterscheidbarkeit und Differenz, in: Moebius, Stephan / Reckwitz, Andreas (Hrsg.): Poststrukturalistische Sozialwissenschaften, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 108–123.

Stäheli, Urs (2009): Die politische Theorie der Hegemonie: Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, in: Brodocz, André / Schaal, Gray S. (Hrsg.): Politische Theorien der Gegenwart II. Eine Einführung. Eine Einführung, Opladen und Farmington Hills: UTB Verlag, 253–285.

Stavrakakis, Yannis (1997a): Green Fantasy and the Real of Nature: Elements of a Lacanian Critique of Green Ideological Discourse, in: Journal for the Psychoanalysis of Culture and Society, 2(1), 123–132.

Stavrakakis, Yannis (1997b): Green ideology: A discursive reading, in: Journal of Political

Ideologies, 2(3), 259–279.

Stavrakakis, Yannis (2000): On the emergence of Green ideology: the dislocation factor in Green politics, in: Howarth, David R., Dr / Stavrakakis, Yannis / Norval, Aletta J. (Hrsg.): Discourse Theory and Political Analysis: Identities, Hegemonies and Social Change, Manchester und New York: Manchester University Press, 100–118.

Steinmetz, G (1994): Regulation Theory, Post-Marxism and the New Social Movements, in: Comparative Studies in Society and History, 36(1), 176–212.

Strathern, Marilyn (1993): Ein schiefes Verhältnis: Der Fall Feminismus und Anthropologie, in: Rippl, Gabriele (Hrsg.): Unbeschreiblich weiblich : Texte zur feministischen Anthropologie, Frankfurt am Main: Fischer, 174–193.

Swidler, Ann (1986): Culture in Action: Symbols and Strategies, in: American Sociological Review, 51(2), 273–286.

Swidler, Ann (1995): Cultural Power and Social Movement, in: Johnston, Hank / Klandermans, Bert (Hrsg.): Social Movements and Culture, London und New York: Routledge, 25–41.

Thomassen, Lasse (2005): Antagonism, Hegemony and Ideology after Heterogeneity, in: Journal of Political Ideologies, 10(3), 289–309.

Thompson, John B. (1990): Ideology and Modern Culture: Critical Social Theory in the Era of Mass Communication, Cambridge: Polity Press.

Tilly, Charles (1986): The Contentious French, Cambridge: Harvard University Press.

Tilly, Charles (2002): Stories, Identities and Political Change, Lanham/ Boulder/ New York/ Oxford: Rowann & Littlefield Publ.

Tilly, Charles (2006): Why? What happens when people give reasons...and why, Princeton und Oxford: Princeton University Press.

Torring, Jacob (2003): New Theories of Discourse. Laclau, Mouffe and Žižek, Oxford: Blackwell Publishing Ltd.

Torgerson, Douglas (1999): The Promise of Green Politics. Environmentalism and Public Sphere, Durham und London: Duke University Press.

Touraine, Alan (1983): Soziale Bewegungen: Spezialgebiet oder zentrales Problem soziologischer Analyse?, in: Matthes, Jörg (Hrsg.): Krise der Arbeitsgesellschaft?, Frankfurt / New York, 94–105.

Tucholsky, Kurt (1931): Es gibt keinen Neuschnee, in: Die Weltbühne, 27(14), 481.

Turner, Victor (2005): Das Ritual. Struktur und Anti-Struktur, Frankfurt / New York: Campus Verlag.

- Turner, Victor Witter (2009): Vom Ritual zum Theater. Der Ernst des menschlichen Spiels, Frankfurt / New York: Campus Verlag.
- Unmüßig, Barbara (2011): NGOs in der Klimakrise. Fragmentierungsprozesse, Konfliktlinien und strategische Ansätze, in: Brunnengräber, Achim (Hrsg.): Zivilisierung des Klimaregimes. NGOs und soziale Bewegungen als Akteure der nationalen, europäischen und internationalen Politik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 45–58.
- Wallerstein, Immanuel (1990): Antisystemic Movements: History and Dilemmas, in: Amin, Samir / Arrighi, Giovanni / Frank, Andre Gunder / Wallerstein, Immanuel (Hrsg.): Transforming the Revolution. Social Movements and the World-System, New York: Monthly Review Press, 13–53.
- Walpen, Bernhard (2000): Von Igeln und Hasen oder: Ein Blick auf den Neoliberalismus, in: UTOPIE kreativ, (121/122), 1066–1079.
- Wced, World Commission On Environment And Development (1987): Our Common Future, Oxford: Oxford University Press.
- Weale, Albert (1992): The New Politics of Pollution, Manchester und New York: Manchester Univ Press.
- Weale, Albert (2007): Democracy, London: Palgrave Macmillan.
- Wieser, Matthias (2008): Technik/ Artefakte: Mattering Matter, in: Moebius, Stephan / Reckwitz, Andreas (Hrsg.): Poststrukturalisistische Sozialwissenschaften, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 419–432.
- Williams, Raymond (1977): Innovationen. Über den Prozesscharakter von Literatur und Kultur, Frankfurt am Main: Syndikat.
- Williams, Rhys H. (1990): Visions of a Good Society and the Religious Roots of American Political Culture, in: Sociology of Religion, 60(1), 1–34.
- Williams, Rhys H. (1995): Constructing the Public Good: Social Movements and Cultural Resources, in: Social Problems, 42(1), 124–144.
- Williams, Rhys H. (2010): The Cultural Context of Collective Action: Constraints, Opportunities, and the Symbolic Life of Social Movement, in: Snow, David A. / Soule, Sarah A. / Kriesi, Hanspeter (Hrsg.): The Blackwell companion to Social Movements, London: Blackwell Publishing Ltd, 91–115.
- Winter, Rainer (2006): Stuart Hall: Die Erfindung der Cultural Studies, in: Moebius, Stephan / Quadflieg, Dirk (Hrsg.): Kultur. Theorien der Gegenwart, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 381–393.

- Wöhl, Stefanie (2007): Das Subjekt der radikalen Demokratie: Institutionalisierte Differenzen und Barrieren gegenhegemonialer Artikulation, in: Nonhoff, Martin (Hrsg.): Diskurs - radikale Demokratie - Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Bielefeld: transcript, 139–158.
- Worth, Owen (2002): The Janus-like Character of Counter-hegemony: Progressive and Nationalist Responses to Neoliberalism, in: Global Society, 16(3), 297–315.
- Worth, Owen / Kuhling, Carmen (2004): Counter-hegemony, anti-globalisation and culture in International Political Economy, in: Capital Class, 28(3), 31–42.
- Wullweber, Joscha (2010): Hegemonie, Diskurs und Politische Ökonomie. Das Nanotechnologie-Projekt, Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Wullweber, Joscha (2012): Konturen eines politischen Analyserahmens _ Hegemonie, Diskurs und Antagonismus, in: Dzudzek, Iris / Kunze, Caren / Wullweber, Joscha (Hrsg.): Diskurs und Hegemonie. Gesellschaftskritische Perspektiven, Bielefeld: transcript, 29–58.
- Zald, Mayer N. / Ash, Roberta (1966): Social Movement Organizations: Growth, Decay and Change, in: Social Forces, 44(3), 327–341.
- Žižek, Slavoj (2001): Die Tücke des Subjekts, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Žižek, Slavoj (2002a): Die heutigen Chancen radikaler Politik, in: Enwezor, Okwui / Ghez, Susanne / Maharaj, Sarat / Nash, Mark / et al. (Hrsg.): Demokratie als unvollendeter Prozess, Weinheim: Hatje Cantz, 79–100.
- Žižek, Slavoj (2002b): Die Revolution steht bevor. Dreizehn Versuche über Lenin, Frankfurt am Main.
- Žižek, Slavoj (2008): Lacan, Frankfurt am Main: Fischer.
- Žižek, Slavoj (2009): Auf verlorenem Posten, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Žižek, Slavoj (2012): Das „unendliche Urteil“ der Demokratie, in: Agamben, Giorgio / Badiou, Alain / Bensaïd, Daniel / Brown, Wendy / et al. (Hrsg.): Demokratie? Eine Debatte, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 116–136.